Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITER BEWEGUNG

IN ACHT BÄNDEN

Dietz Verlag Berlin

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITER BEWEGUNG

BAND 2

Vom Ausgang
des 19. Jahrhunderts
bis 1917

Dietz Verlag Berlin 1966

Autorenkollektiv: Walter Ulbricht (Vorsitzender), Horst Bartel, Lothar Berthold (Sekretär), Ernst Diehl, Friedrich Ebert, Ernst Engelberg, Dieter Fricke, Fritz Globig, Kurt Hager, Werner Horn, Bernard Koenen †, Wilhelm Koenen †, Albert Schreiner, Hanna Wolf

An der Ausarbeitung des Gesamtwerkes waren als Autoren beteiligt: Horst Bartel, Günter Benser, Lothar Berthold, Ernst Diehl, Stefan Doernberg, Rolf Dlubek, Gerhard Engel, Wilhelm Ersil, Herwig Förder, Dieter Fricke, Heinrich Gemkow, Heinz Heitzer, Werner Horn, Günter Hortzschansky, Annelies Laschitza, Bruno Löwel, Walter Nimtz, Walter Schmidt, Wolfgang Schumann, Walter Wimmer

Vorbemerkung

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist entsprechend der Periodisierung im „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" in 15 Kapitel eingeteilt und in acht Bänden zusammengefaßt:

Band 1 Kapitel I bis III: Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts;
Band 2 Kapitel IV und V: Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1917;
Band 3 Kapitel VI und VII: Von 1917 bis 1923;
Band 4 Kapitel VIII und IX: Von 1924 bis Januar 1933;
Band 5 Kapitel X und XI: Von Januar 1933 bis Mai 1945;
Band 6 Kapitel XII: Von Mai 1945 bis 1949;
Band 7 Kapitel XIII: Von 1949 bis 1955;
Band 8 Kapitel XIV und XV: Von 1956 bis Anfang 1963.

Jeder Band enthält Illustrationen, Dokumente, ein Personenverzeichnis und ein Verzeichnis geographischer Namen.

Bei der Ausarbeitung wurden das Autorenkollektiv und die Autoren außer vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED von folgenden Institutionen unterstützt: dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, der Parteihochschule „Karl Marx" beim Zentralkomitee der SED, dem Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und Instituten anderer Universitäten und Hochschulen, von verschiedenen Archiven sowie dem Institut für Stilistik und literarische Publizistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Diesen Instituten sowie allen, die durch Einzeluntersuchungen, Berichte, Erschließung von Materialien und Dokumenten, durch Erinnerungen und Bemerkungen geholfen haben, sei an dieser Stelle gedankt.

Die Dokumente und Materialien im Anhang ergänzen die historische Darstellung. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und werden meistens nur auszugsweise wiedergegeben. Auf Auslassungen wird in den Überschriften hingewiesen und im laufenden Text durch drei Punkte aufmerksam gemacht. Auf Hervorhebungen wird verzichtet, ausgenommen die Arbeiten Karl Marx', Friedrich Engels' und W. I. Lenins. In der Regel wird als Quellenbeleg sowohl auf das Archiv oder die Erstveröffentlichung als auch auf eine heute allgemein zugängliche Publikation verwiesen. Programme und Statuten der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung wurden nicht abgedruckt, da sie in den Publikationen „Revolutionäre deutsche Parteiprogramme" und „Revolutionäre deutsche Parteistatuten" veröffentlicht werden.

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Der Beginn des Zeitalters des Imperialismus.
Die Verlagerung des Schwerpunktes der internationalen Arbeiterbewegung nach Rußland. Die Begründung des Leninismus und das Entstehen der Partei der Bolschewiki unter der Führung W. I. Lenins.
Die Massenkämpfe der deutschen Arbeiterklasse gegen Reaktion und Kriegsgefahr unter dem Einfluß der Revolution von 1905 bis 1907 in Rußland.
Die Herausbildung der drei Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie und die Vorherrschaft des Opportunismus. Der Kampf der deutschen Linken gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus sowie gegen den Opportunismus in der Arbeiterbewegung.
(Periode vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1914)

Die neuen Kampfbedingungen und Aufgaben der Arbeiterklasse in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen. Der Beginn der Leninschen Etappe in der internationalen Arbeiterbewegung. Die Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und politische Entrechtung, imperialistische Rüstungs- und Weltmachtpolitik (vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1904)

1. Die Verlagerung des Zentrums der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung nach Rußland. Der Kampf für die Partei neuen Typus in Rußland. Der Charakter und die Besonderheiten des deutschen Imperialismus

Um die Jahrhundertwende war der Kapitalismus im internationalen Maßstab in eine neue Epoche seiner Entwicklung eingetreten. In den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern hatten die Produktivkräfte einen gewaltigen Aufschwung genommen. Der Prozeß der Konzentration und die Monopolbildung in der Industrie und im Bankwesen erreichten bis dahin ungekannte Ausmaße. Von den 318 Industrietrusts, die 1904 in den USA mit einem Kapital von über sieben Milliarden Dollar bestanden, verfügten die 236, die nach dem 1. Januar 1898 gegründet worden waren, über fünf Sechstel des Kapitals. Die Finanzgeschäfte in den USA wurden von drei Großbanken beherrscht, die ein Kapital von insgesamt mehr als 20 Milliarden Dollar kontrollierten.

Die Konjunkturperiode, in der sich der Kapitalismus in den neunziger Jahren befunden hatte, wurde durch die Weltwirtschaftskrise von 1900 bis 1903 abgelöst. Ihr Ausbruch war durch den Kapitalexport und die Weltmachtpolitik der kapitalistischen Großmächte wesentlich gefördert worden. „Der Bau riesiger Eisenbahnlinien", stellte W. I. Lenin 1901 fest, „die Erweiterung des Weltmarktes und die Entwicklung des Handels – all das verursachte eine unerwartete Belebung der Industrie, das Entstehen neuer Betriebe, eine wilde Jagd nach Absatzmärkten, eine Jagd nach Profiten, die Gründung neuer Gesellschaften, die Einbeziehung einer großen Menge neuer Kapitalien in die Produktion, die zum Teil auch aus den kleinen Ersparnissen kleiner Kapitalisten bestanden. Kein Wunder, daß diese wilde internationale Jagd nach neuen, unbekannten Märkten zu einem ungeheuren Krach geführt hat."[1]

Die Summe der von England im Ausland investierten Kapitalien zum Beispiel hatte sich von 42 Milliarden Goldfranken im Jahre 1893 auf 62 Milliarden im Jahre 1902 erhöht. Die kapitalistischen Großmächte hatten ihre Kolonialpolitik in den wenigen Jahrzehnten des Übergangs vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus so intensiv betrieben, daß die Welt um die Jahrhundertwende unter ihnen im wesentlichen aufgeteilt war. Während sich 1876 erst 10,8 Prozent der Fläche Afrikas im Besitz der Kolonialmächte befanden, waren es 1900 bereits 90,4 Prozent.

Der erste Krieg, in dem es nicht mehr um die Aufteilung, sondern um die Neuaufteilung der Welt ging, wurde 1898 von den USA gegen Spanien geführt. Die USA raubten in diesem ersten imperialistischen Krieg die wertvollsten Teile von Spaniens Kolonialbesitz: Guam, die Philippinen und Puerto Rico, Kuba machten sie zu ihrer Halbkolonie. Im Jahre 1899 begann England den Krieg gegen die Burenrepubliken, der die Einverleibung Südafrikas mit seinen reichen Gold- und Diamantenfeldern in das englische Kolonialreich zur Folge hatte. In Ostasien strebten Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan und Rußland nach der Aufteilung Chinas in Interessensphären. Mit der militärischen Niederschlagung der antiimperialistischen Volksbewegung in China, des Ihotwan-Aufstands, boten die europäischen Großmächte ein erstes Beispiel des gemeinsamen Vorgehens gegen die nationale Befreiungsbewegung in den Kolonien und halbkolonialen Ländern, die seit der Jahrhundertwende in ein neues Stadium eintrat.

[1] W. I. Lenin: Die Lehren der Krise. In: Werke, Bd. 5, Berlin 1959, S. 83/84.

Für den Kampf um Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Kapitalanlagesphären betrieben die imperialistischen Mächte ein Wettrüsten, das sich seit der Jahrhundertwende in einer bis dahin unvorstellbaren Weise beschleunigte. Es verschlang Milliarden um Milliarden auf Kosten der Werktätigen. Die Weltwirtschaftskrise von 1900 bis 1903 lastete auf Europa besonders schwer. Auf Kosten der Existenz zahlreicher mittlerer und kleiner Betriebe wurden hier der Konzentrationsprozeß und die Monopolbildung beschleunigt und verstärkt. Die Krise stand, wie W. I. Lenin nachdrücklich hervorhob, „zum ersten Male ganz im Zeichen der Kartelle"[2]. In den kapitalistischen Ländern Europas führte die Krise zu einem merklichen Rückgang der Produktion in den entscheidenden Zweigen der Industrie und damit zur Entlassung von Hunderttausenden Arbeitern. Sie verschlechterte die Arbeits- und Lebensbedingungen der Massen, die sich in mächtigen Streikkämpfen gegen die weitere Verschärfung der kapitalistischen Ausbeutung zur Wehr setzten.

In Frankreich streikten von 1900 bis 1904 über 940 000 Arbeiter. Im gleichen Zeitraum gab es in England über 800 000 Streikende. In Österreich-Ungarn streikten 1900 auf 224 Zechen fast vier Monate lang 65 000 schlesische und mährische Bergarbeiter. Mehr als 100 000 galizische Landarbeiter kämpften 1901 für die Erhöhung ihres kärglichen Lohnes und für die Verkürzung der Arbeitszeit. Im gleichen Jahr streikte in Italien eine Viertelmillion Landarbeiter und Zwergbauern.

Viele dieser Kämpfe erhielten damals in Belgien, Italien, Rußland und anderen kapitalistischen Ländern den Charakter eines Generalstreiks. An ihnen waren, zum Beispiel 1900 in Genua und 1902 in Barcelona und Triest, die Arbeiter mehrerer oder sogar aller Zweige der Industrie, des Verkehrswesens usw. beteiligt. Verschiedentlich gingen die Arbeiter auch zu neuen Kampfformen über. In politischen Streiks kämpften Hunderttausende von ihnen seit der Jahrhundertwende in Rußland, 1902 in Belgien und Schweden und 1904 in Italien, um politische Rechte, wie das Koalitionsrecht, das Versammlungsrecht und das Wahlrecht, zu verteidigen, zu erweitern beziehungsweise erst zu erobern. Dabei kam es vielfach zu Straßendemonstrationen und Zusammenstößen mit der Polizei und dem Militär. Viele Arbeiter wurden dabei niedergemetzelt.

Das Monopolkapital und der reaktionäre Staat setzten in diesen

2 W. I. Lenin: Hefte zum Imperialismus. In: Werke, Bd. 39, Berlin 1965, S. 48.

kapitalistischen Ländern zur weiteren ökonomischen und politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen alle Mittel ein. Sie reichten von Aussperrungen und Gesetzen gegen Streiks und gegen den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter bis zum Einsatz von Polizei und Militär zur blutigen Niederwerfung der kämpfenden Arbeiter. Dadurch wurde aber die revolutionäre Aktivität der Massen noch mehr gesteigert.

Alle diese Erscheinungen zeigten, daß der Kapitalismus um die Jahrhundertwende in sein höchstes und letztes Stadium eingetreten war: in den Imperialismus. Der Imperialismus erwuchs gesetzmäßig aus der Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals. Der für das imperialistische System entscheidende ökonomische Grundzug, sein Wesen, ist die Ablösung des Kapitalismus der freien Konkurrenz durch die Herrschaft der Monopole. Ein wesentliches Merkmal des imperialistischen Stadiums bestand darin, daß die Welt unter die einzelnen kapitalistischen Großmächte territorial aufgeteilt und daß der Imperialismus zu dem die Welt beherrschenden System geworden war. Infolge der sprunghaften, ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder in der Periode des Imperialismus kämpften die Monopole ständig erneut mit ökonomischen, politischen und militärischen Mitteln um die Neuaufteilung der Welt.

Eine Epoche verschärfter Gegensätze und gewaltiger Klassenkämpfe löste nun die vorangegangene relativ friedliche Entwicklung des Kapitalismus ab. Das war eine Epoche der Kriege und Revolutionen, des Aufschwungs der revolutionären Arbeiterbewegung, der nationalen Befreiungsbewegungen und der allgemein-demokratischen Bewegung.

Damit begann die dritte Hauptperiode der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die vom Beginn des Imperialismus bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 reicht. Das ist in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung das Zeitalter des Heranreifens der proletarischen Revolution. Das sind die Jahre der Entwicklung des Leninismus, der Herausbildung und Festigung der Partei neuen Typus in Rußland und der Ausarbeitung der Strategie und Taktik der Arbeiterklasse zum Kampf gegen den Imperialismus und für die Eroberung ihrer politischen Herrschaft.

Der Imperialismus beseitigte nicht die Grundlagen des vormonopolistischen Kapitalismus, sondern er ist ein besonderes historisches,

das höchste und zugleich letzte Stadium des Kapitalismus. Er ist sterbender Kapitalismus, weil er die antagonistischen Widersprüche des Kapitalismus noch verschärft.

Durch die Herrschaft der Monopole wurden die kapitalistische Konkurrenz und die Anarchie der Produktion nicht aufgehoben. Der Konkurrenzkampf ging innerhalb der Monopole weiter; er tobte zwischen ihnen und unter den imperialistischen Staaten weit heftiger als im vormonopolistischen Kapitalismus, mit verheerenden Folgen für die Völker. Die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit, zwischen den imperialistischen Mächten sowie die zwischen den unterdrückten Völkern der Kolonien und abhängigen Länder und den sie ausbeutenden imperialistischen Mächten spitzten sich zu. Von diesen antagonistischen Widersprüchen ist der zwischen Kapital und Arbeit der entscheidende.

Der Imperialismus ist der Vorabend der proletarischen Revolution. Mit der gigantischen Vergesellschaftung der Produktion schuf der Monopolkapitalismus die materiellen Voraussetzungen für den Übergang zu einer höheren sozialökonomischen Formation, zum Sozialismus. Unter der Herrschaft des Imperialismus verschärfen sich alle gesellschaftlichen Gegensätze so sehr, daß die sozialistische Revolution unvermeidbar und zur historischen Notwendigkeit wird.

Wie in allen anderen entwickelten kapitalistischen Ländern erfolgte auch in Rußland zu Beginn des Jahrhunderts der Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium. Die Weltwirtschaftskrise von 1900 bis 1903, die Rußland besonders hart traf, förderte den Konzentrationsprozeß und das Anwachsen der Monopole in allen wichtigen Zweigen der Industrie. Das waren vor allem die Metallurgie, die Brennstoffindustrie und der Maschinenbau. Weil der Kapitalismus in Rußland relativ jung war, hatte die Entwicklung dieser Industriezweige von vornherein in Form der großkapitalistischen Produktion erfolgen können. Im Vergleich zu den anderen imperialistischen Ländern war besonders deshalb die Konzentration des Proletariats in Rußland in Großbetrieben weitaus größer.

Hier wuchs mit der Arbeiterklasse jene gesellschaftliche Kraft heran, die alle Widersprüche des Imperialismus in revolutionärer Weise zu lösen vermochte. Um die Jahrhundertwende verlagerte sich das Zentrum der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung von Deutschland nach Rußland. In den westeuropäischen Staaten gab es zunächst noch keine revolutionäre Situation. Im zaristischen Rußland

dagegen schürzten sich die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit, zwischen den Großgrundbesitzern und der Masse der Bauern, zwischen feudaler Reaktion und kapitalistischer Entwicklung, zwischen der nationalen Bewegung um Selbstbestimmung und der antinationalen Unterdrückungspolitik des Zarismus zu einem Knoten. Hier kreuzten sich überdies die imperialistischen Interessen, besonders Deutschlands und Frankreichs, die darüber hinaus zu denen der russischen Monopolbourgeoisie in Widerspruch gerieten.

Streiks, Bauernunruhen, revolutionäre Bewegungen der Studenten und anderer Teile des Volkes kündeten davon, daß sich Rußland am Vorabend einer Volksrevolution befand. Die Grundfragen dieser ersten Revolution in der Epoche des Imperialismus mußten zugleich die Kernfragen des Kampfes der Arbeiterklasse aller imperialistischer Staaten sein. Auf der Tagesordnung der Geschichte standen in Rußland der Sturz des Zarismus und die Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution unter der Hegemonie der Arbeiterklasse mit dem Ziel, eine revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern zu errichten und damit die Voraussetzungen für das Hinüberleiten in die sozialistische Revolution zu schaffen.

„Die Geschichte", schrieb W. I. Lenin 1902, „hat uns jetzt die nächste Aufgabe gestellt, welche die *revolutionärste* von allen *nächsten* Aufgaben des Proletariats irgendeines anderen Landes ist. Die Verwirklichung dieser Aufgabe, die Zerstörung des mächtigsten Bollwerks nicht nur der europäischen, sondern (wir können jetzt sagen) auch der asiatischen Reaktion, würde das russische Proletariat zur Avantgarde des internationalen revolutionären Proletariats machen."[3]

Die Entwicklung und Festigung der revolutionären marxistischen Arbeiterpartei war um die Jahrhundertwende in Rußland die dringendste Aufgabe der Arbeiterbewegung. Die im Jahre 1898 in Minsk gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands hatte sich am Ende der neunziger Jahre im Kampf gegen eine Übermacht von Feinden innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung zunächst nicht durchsetzen können.

W. I. Lenin befand sich noch in der Verbannung, als er im Herbst 1899 durch solche Artikel wie „Unser Programm", „Unsere nächste Aufgabe" und „Eine dringende Frage" seine Gedanken über die Gründung einer revolutionären marxistischen Partei und die sich daraus er-

[3] W. I. Lenin: Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung. In: Werke, Bd. 5, S. 383.

gebenden Aufgaben entwickelte. Er hob nachdrücklich hervor, daß es ohne die marxistische Theorie keine starke sozialistische Partei geben könne. Die Theorie von Karl Marx müsse vor allen Versuchen, sie zu verwässern, geschützt werden. Sie sei aber nichts Abgeschlossenes und Unantastbares; „wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß sie nur das Fundament der Wissenschaft gelegt hat, die die Sozialisten nach allen Richtungen weiterentwickeln *müssen*, wenn sie nicht hinter dem Leben zurückbleiben wollen"[4].

W. I. Lenin wandte sich gegen die lokale, handwerklerische Arbeit, die zum Zirkelwesen führt, aus dem die russische Arbeiterbewegung bereits herausgewachsen war. Im Interesse des ideologischen und organisatorischen Zusammenschlusses der russischen Sozialdemokraten forderte er daher die unverzügliche Gründung und feste organisatorische Gestaltung eines Parteiorgans, das regelmäßig erscheinen und mit allen lokalen Gruppen eng verbunden sein sollte.

Wie intensiv sich W. I. Lenin in den letzten Monaten der Verbannung mit diesem Vorhaben beschäftigte, lassen die folgenden Zeilen aus den Erinnerungen N. K. Krupskajas erkennen: „In den schlaflosen Nächten erwog er seinen Plan in allen Einzelheiten, besprach ihn mit Krshishanowski, mit mir, korrespondierte darüber mit Martow und Potressow und verständigte sich mit ihnen über die Abreise ins Ausland. Je näher die Zeit heranrückte, desto stärker bemächtigte sich Iljitschs die Ungeduld, desto mehr drängte es ihn zur Arbeit."[5]

Nachdem W. I. Lenin Ende Januar 1900 aus der Verbannung zurückgekehrt war, begab er sich wenig später ins Ausland. Im September nahm er seinen Wohnsitz in München, wo er in äußerst bescheidenen Verhältnissen lebte und seine ganze Kraft für die Herausgabe der revolutionären marxistischen Zeitung „Iskra", das heißt „Der Funke", einsetzte. Dabei wurde W. I. Lenin von einer Reihe deutscher Sozialdemokraten unterstützt. Sie beschafften ihm Quartier, halfen ihm, in Leipzig-Probstheida eine Druckerei zu finden, in der die ersten Nummern der „Iskra" im Verborgenen hergestellt werden konnten, und leisteten beim illegalen Transport der Zeitung und anderer revolutionärer Schriften über die deutsch-russische Grenze wertvolle Hilfe.

Als kollektiver Propagandist, kollektiver Agitator und kollektiver Organisator spielte die „Iskra" bei der Schaffung einer gesamtrussi-

[4] W. I. Lenin: Unser Programm. In: Werke, Bd. 4, Berlin 1963, S. 206.

[5] Nadeshda Krupskaja: Erinnerungen an Lenin, Berlin 1960, S. 50.

schen revolutionären marxistischen Partei eine entscheidende Rolle. In der „Iskra" führte W. I. Lenin einen kompromißlosen Kampf gegen alle Spielarten des Opportunismus. Dieses vorbildliche revolutionär-marxistische Organ trug das charakteristische Motto „Aus dem Funken wird die Flamme schlagen". Seine erste Nummer erschien mit dem Datum vom 24. Dezember 1900. Mit Hilfe der „Iskra" bereitete W. I. Lenin die fortgeschrittensten Vertreter der Arbeiterklasse in Rußland auf die gewaltigen historischen Aufgaben vor, die von ihnen gelöst werden mußten.

Im Mai 1901 veröffentlichte W. I. Lenin in der „Iskra" seinen Artikel „Womit beginnen?". Hier faßte er den Plan zum Aufbau der marxistischen Partei in Rußland zusammen, den er dann in seinem in München geschriebenen Buch „Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung" ausführlich darlegte. In diesem hervorragenden Werk, das im März 1902 in Stuttgart erschien, entwickelte W. I. Lenin die Ideen von Karl Marx und Friedrich Engels über die proletarische Partei weiter und arbeitete unter Berücksichtigung alles Wertvollen aus der bisherigen Tätigkeit der westeuropäischen und besonders der deutschen Sozialdemokratie in klassischer Weise die ideologischen Grundlagen für die Partei neuen Typus aus.

W. I. Lenin schrieb „Was tun?" in direkter Auseinandersetzung mit den Opportunisten, die die sozialistischen Prinzipien der sozialdemokratischen Parteien unter der falschen Flagge der „Freiheit der Kritik" angriffen, die Bedeutung der revolutionären Theorie herabsetzten, die führende Rolle der Partei in der Arbeiterbewegung verneinten und die Arbeiterbewegung in ein passives Anhängsel des Liberalismus verwandeln wollten. Im Kampf gegen den Opportunismus entwickelte er die marxistische Grundthese weiter, daß die proletarische Partei die Vereinigung der Arbeiterbewegung mit dem Sozialismus ist.

Nachdrücklich hob er Friedrich Engels' Mahnung an die deutsche Arbeiterbewegung aus dem Jahre 1874 hervor, daß das Proletariat den Kampf gegen die Bourgeoisie nicht nur auf politischem und ökonomischem Gebiet, sondern auch in der Theorie zu führen habe. Er wies nach, daß der ideologische Kampf für die Arbeiterklasse von lebenswichtiger Bedeutung ist. Da sich sozialistische und bürgerliche Ideologie unversöhnlich gegenüberstehen, kann die Frage nur lauten: „bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht... Darum bedeutet *jede* Herabminderung der sozialistischen Ideologie, *jedes Abschwenken* von ihr zugleich eine Stärkung der

bürgerlichen Ideologie."[6] Die wichtigste Aufgabe der marxistischen Partei ist es daher, die in die Arbeiterklasse eindringenden bürgerlichen Ideen ständig und entschieden zu bekämpfen, die ideologische Selbständigkeit des Proletariats zu wahren und die sozialistische Ideologie in die Arbeiterklasse zu tragen.

Die Partei muß also als der bewußteste Teil des Proletariats ihre Reihen von jeglichen opportunistischen Elementen rein halten und in sich die besten, klassenbewußtesten Kräfte der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen vereinigen. Das Ideal eines Sozialdemokraten sah W. I. Lenin nicht im Sekretär einer Trade-Union, sondern in einem Volkstribunen, „der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um *vor aller Welt* seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um *allen* und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen"[7].

Nur eine Partei von solchen Sozialdemokraten war in der Lage, die Arbeiterklasse zur Revolution zu führen. An der Spitze dieser Partei mußten vorbildliche Berufsrevolutionäre stehen, die in der revolutionären Arbeit aufgingen und systematisch die dazu notwendigen Eigenschaften bei sich entwickelten. „Gebt uns eine Organisation von Revolutionären, und wir werden Rußland aus den Angeln heben!" schrieb W. I. Lenin zuversichtlich.[8]

W. I. Lenins „Was tun?" nahm bei der Schaffung der Partei neuen Typus in Rußland einen hervorragenden Platz ein. Es besaß große internationale Bedeutung. W. I. Lenin vertiefte darin den marxistischen Leitsatz, daß die marxistische Partei die Vereinigung der Arbeiterbewegung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus ist; er begründete die bedeutende Rolle der Theorie für die Arbeiterbewegung und die gesamte Tätigkeit der Partei; er formulierte die Lehre von der Partei als dem politischen Führer des Proletariats unter den Bedingungen der neuen Epoche, der Partei neuen Typus, die den gesamten Klassenkampf des Proletariats vereinigt und lenkt und die Hauptauf-

6 W. I. Lenin: Was tun? In: Werke, Bd. 5, S. 396.
7 Ebenda, S. 437.
8 Ebenda, S. 483.

merksamkeit auf die Erziehung und Vorbereitung der Massen zur Revolution konzentriert.

Die Arbeiterklasse Rußlands wurde zum Stoßtrupp des internationalen Proletariats und Rußland zum Geburtsland des Leninismus. Es begann eine neue, die Leninsche Etappe in der Entwicklung des Marxismus und der internationalen Arbeiterbewegung. Den Grundstein hierfür legte W. I. Lenin durch seine politische und theoretische Tätigkeit in den neunziger Jahren, durch seinen Kampf gegen den Opportunismus und für die Reinerhaltung des wissenschaftlichen Kommunismus, durch die revolutionäre Erziehung des Proletariats, durch die schöpferische Anwendung des Marxismus auf die Bedingungen in Rußland und durch die politische und theoretische Verallgemeinerung der neuen Erfahrungen der russischen und der internationalen Arbeiterbewegung.

Der Leninismus ist der schöpferisch weiterentwickelte Marxismus in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen, des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und des Aufbaus des Kommunismus. Er stellt in der Entwicklung des Marxismus eine neue, höhere Stufe dar und wurde zur mächtigsten geistigen Waffe bei der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft.

Von seinen Feinden wurde und wird der Leninismus als eine ausschließlich russische Angelegenheit, als die Vereinigung des Marxismus mit der Praxis der Revolution in einem zurückgebliebenen Land mit einer überwiegend bäuerlichen Bevölkerung diffamiert. Der Leninismus besaß aber von Anfang an allgemeine Gültigkeit, die durch die weitere geschichtliche Entwicklung bestätigt wurde. Er formulierte nicht nur die spezifischen Aufgaben des russischen Proletariats in der bevorstehenden Revolution, sondern die Aufgaben, die das internationale Proletariat insgesamt im Kampf um die Macht in der Epoche des Imperialismus zu lösen hat.

Indem sich W. I. Lenin und seine Mitkämpfer auf das Werk von Karl Marx und Friedrich Engels stützten, stellten sie der gesamten internationalen Arbeiterbewegung durch die Entdeckung der allgemeinen Entwicklungsgesetze des Imperialismus, der Gesetze der sozialistischen Revolution, des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und des Aufbaus des Kommunismus und anderer Gesetze, die für alle Länder gültig sind, die Waffen zur Verfügung, die sie zur Erfüllung der historischen Mission der Arbeiterklasse unbedingt benötigt. Als erste marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse entstand

unter W. I. Lenins Führung die Partei der Bolschewiki, das Vorbild für die gesamte internationale Arbeiterbewegung. Durch die Weiterentwicklung des Marxismus zum Leninismus leistete W. I. Lenin einen gewaltigen theoretischen Beitrag zur marxistischen Wissenschaft und erwies sich als bedeutendster Theoretiker und Führer der internationalen kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts.

Mit dem Beginn der imperialistischen Epoche ergaben sich auch für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands neue, gewaltige Aufgaben. In der Epoche des verschärften Klassenkampfes und des Vorabends der proletarischen Revolution mußte sie in organisatorischer, politischer und theoretischer Beziehung eine höhere Qualität ihrer gesamten Tätigkeit erreichen.

Die deutsche Sozialdemokratie hatte sich in den vorangegangenen Klassenschlachten glänzend bewährt. Sie war um die Jahrhundertwende eine gut organisierte Massenpartei, die ein marxistisches Programm besaß und in der die Ideen des Marxismus tief verwurzelt waren. Ihr gehörten mehr als 100 000 Mitglieder an, und in der Arbeiterklasse und unter Teilen der anderen Werktätigen hatte sie großen Einfluß. Von dieser Partei geführt, meisterte die deutsche Arbeiterklasse in vorbildlicher Weise die für das Proletariat, wie W. I. Lenin schrieb, notwendige Kunst „der langsamen, beharrlichen, systematischen Organisationsarbeit auf breiter und breitester Grundlage ..."[9] Für die sozialdemokratischen Kandidaten hatten bei den letzten Reichstagswahlen, denen von 1898, über 2,1 Millionen gestimmt. Im Jahre 1899 besaß die Partei 73 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von rund 400 000 Exemplaren. 49 Zeitungen erschienen wöchentlich sechsmal. In den freien Gewerkschaften waren im gleichen Jahr mehr als 580 000 Mitglieder organisiert. Vornehmlich unter ihrer und der Partei Führung kämpften 1899 über 100 000 deutsche Arbeiter in bedeutenden Streikaktionen um die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Auch die Genossenschaften und die anderen proletarischen Massenorganisationen hatten sich stark in die Breite entwickelt.

Die sozialistische Arbeiterbewegung war in Deutschland eine bedeutende politische Macht. In der deutschen Sozialdemokratie und in den freien Gewerkschaften hatte sich jedoch im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts der Opportunismus ausgebreitet. Bestimmte Grundfragen des Klassenkampfes waren nicht geklärt. Die deutsche Sozial-

9 W. I. Lenin: Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution. In: Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 62.

demokratie stand mit dem Eintritt Deutschlands in die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution vor einer neuen, großen Bewährungsprobe.

Die Weltwirtschaftskrise von 1900 bis 1903 wirkte sich in Deutschland besonders schwer aus. Am härtesten wurden durch sie die Textilindustrie und weiterhin die Schamotte- und Zementfabriken, die Bergbau- und Hüttenindustrie, die Metall- und Maschinenindustrie sowie die Elektroindustrie getroffen. Bei den meisten Aktiengesellschaften wurde 1901 keine oder eine beträchtlich gekürzte Dividende an die Aktionäre ausgeschüttet. Die Zahl der neuen Konkurse stieg von 7742 im Jahre 1899 auf 10 569 im Jahre 1901 an.

Durch die Krise wurde auch in Deutschland der Konzentrationsprozeß ungemein gefördert. Während die Anzahl der industriellen Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten nur einen verschwindend geringen Teil aller Betriebe in Deutschland ausmachte – sie betrug 1895 0,8 Prozent und 1907 1,4 Prozent –, wuchs der Anteil der in ihnen Beschäftigten an der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten von 36,3 Prozent im Jahre 1895 auf 45,5 Prozent im Jahre 1907. Am auffälligsten zeigten sich die neuen Erscheinungen in der vom Monopolkapital beherrschten Industrie an der Stellung der Riesenbetriebe mit mehr als 1000 Arbeitern. Im Jahre 1907 beschäftigten nur 548 der insgesamt über zwei Millionen industriellen Betriebe fast ein Zehntel (1,27 Millionen) aller Arbeiter in Deutschland. Diese Betriebe verfügten über fast die Hälfte aller Dampf- und Elektrizitätskraft.

Der Konzentrationsprozeß vollzog sich durch die Aufsaugung kleiner und mittlerer kapitalistischer Betriebe, die dem verschärften kapitalistischen Konkurrenzkampf nicht standzuhalten vermochten. Auf deren Kosten konnte zum Beispiel die Gelsenkirchener Bergwerks-AG, damals das größte Unternehmen der deutschen Montanindustrie und die führende Gesellschaft im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat, ihre Förderung von 2,9 Millionen im Jahre 1893 auf 6,5 Millionen t Steinkohle im Jahre 1904 steigern. Ihr Anteil an der gesamten Steinkohlenförderung des Ruhrgebietes erhöhte sich damit auf fast zehn Prozent.

Auch in der Landwirtschaft vollzog sich der Konzentrationsprozeß. Im Jahre 1907 besaßen knapp 23 566 Großbetriebe – das waren nur 0,4 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe – etwa 22 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands. Den über drei Millionen Kleinbetrieben – 58,9 Prozent – gehörten dagegen nur 5,4 Pro-

zent dieser Fläche. Die Produktivkräfte entwickelten sich in den einzelnen Teilen Deutschlands sehr unterschiedlich. Während sie vor allem in Westdeutschland stürmisch wuchsen, blieben sie in großen Teilen der Landwirtschaft und der Industrie Ostelbiens relativ stark zurück.

Durch den Konzentrationsprozeß wurde die Grundlage für die Bildung neuer beziehungsweise für das weitere Erstarken bereits vorhandener Monopole geschaffen. Ende 1903 hatte sich das 1896 gegründete Rheinisch-Westfälische Roheisensyndikat eine festere Organisationsform gegeben. Im Jahre 1904 wurde in Düsseldorf der Stahlwerksverband gegründet, der zusammen mit dem Oberschlesischen Stahlwerksverband bald die gesamte Stahlindustrie in Deutschland beherrschte. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, das an der Gründung des Stahlwerksverbandes maßgeblich beteiligt war, kontrollierte 1904 zeitweilig 98 Prozent der Kohlenförderung des Ruhrgebietes.

Die Krise förderte aber vor allem die Bildung von Kombinationen und konzernartigen Interessengemeinschaften. In besonders starkem Maße wurden 1904 in Rheinland-Westfalen Eisenhütten mit Kohlenbergwerken zu sogenannten Hüttenzechen verbunden. In den neuen Industriezweigen, wie der Elektro- und der Chemieindustrie, deren vorrangige und rasche Entwicklung für den deutschen Imperialismus besonders charakteristisch war und die im Weltmaßstab auf ihrem Gebiet führten, waren am Ende der Krise nur noch einige wenige Konzerne vorhanden. Die AEG und Siemens & Halske verleibten sich 1903/1904 die schwächeren Gesellschaften ein, so daß sich in der deutschen Elektroindustrie nur noch diese beiden mächtigen Konzerne gegenüberstanden. Zwischen der AEG und der amerikanischen General Electric Company (GEC) wurde Ende 1903 ein internationaler Kartellvertrag geschlossen, der der AEG die Balkanländer, Belgien, Deutschland, Holland, Luxemburg, Österreich-Ungarn, Rußland, die Schweiz, die skandinavischen Länder und die Türkei als Einflußgebiet sicherte. Die chemische Industrie wurde von sechs großen Firmen beherrscht, von denen sich fünf 1904 in zwei monopolistischen Interessengemeinschaften zusammenschlossen.

Einer der wichtigsten Prozesse beim Hinüberwachsen des Kapitalismus der freien Konkurrenz in den monopolistischen Kapitalismus bestand in der Verwandlung der Banken aus einer Vielzahl nicht sehr einflußreicher Vermittler von Geldgeschäften zu einer kleinen Gruppe allmächtiger Monopolinhaber, die fast über das gesamte Geldkapital

des Landes verfügten. Während der Krise konnte eine Reihe von Provinzbanken dem Expansionsdrang der Großbanken nicht mehr widerstehen und mußte sich von diesen eingliedern lassen. In welchem Maße das Kapital der sechs größten deutschen Banken um die Jahrhundertwende zunahm, läßt die folgende Tabelle erkennen:

	1895	1900	1904	(in Mill. Mark)
Deutsche Bank	100	150	180	
Discontogesellschaft	115	130	170	
Dresdener Bank	85	130	160	
Darmstädter Bank	80	105	132	
Schaaffhausenscher Bankverein	60	100	125	
Berliner Handelsgesellschaft	80	90	100	

Seit dem Ende der neunziger Jahre, begünstigt vor allem durch die Krise, drang das Bankkapital intensiv in die Industrie ein. Es spielte bei der Bildung der großen konzernartigen Interessengemeinschaften eine entscheidende Rolle, indem es der Industrie die Geldmittel zur Verfügung stellte, die solche Monopole erst ermöglichten. Allein die Deutsche Bank beteiligte sich zum Beispiel um die Jahrhundertwende an der Finanzierung der folgenden Großunternehmungen: 1899 der Mannesmann-Röhrenwerke, 1900 der Rheinischen Stahlwerke, der Schalker Gruben und Hütten und der Deutsch-Ostafrika-Linie, 1901 der Germaniawerft und 1902 der Harpener Bergbau-AG.

So verstärkte sich der Einfluß der Banken auf die großen Monopole in der Industrie und im Verkehrswesen, den die Banken unter anderem durch Verträge und Aufsichtsratsposten wirksam machten. Im Jahre 1903 waren die sechs größten deutschen Banken durch ihre Direktoren oder Aufsichtsratsmitglieder in den Aufsichtsräten von 751 Aktiengesellschaften vertreten. Der Direktor der Discontogesellschaft, Adolf von Hansemann, saß 1903 unter anderem in den Aufsichtsräten so bedeutender Gesellschaften wie der Bochumer Bergwerks-AG, der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, der Dortmunder Union und der Shantungbahn und Shantungbergbau. Über sein Verhältnis zu Emil Rathenau, dem Gründer und Leiter der AEG, schrieb Carl Fürstenberg, Chef der Berliner Handelsgesellschaft: „Dreißig Jahre lang haben wir uns niemals aus den Augen verloren, auf finanziellem Gebiet keinen wichtigen Entschluß gefaßt, ohne ihn vorher durchberaten zu haben ..."[10]

[10] Carl Fürstenberg: Die Lebensgeschichte eines deutschen Bankiers, 1870–1914. Hrsg. von Hans Fürstenberg, Berlin 1931, S. 182.

Die kapitalistischen Monopole hatten in Deutschland zu Beginn des Jahrhunderts eine gewaltige ökonomische Macht erhalten, die immer weiter anwuchs. Der deutsche Imperialismus zeichnete sich von Anbeginn an nicht nur durch einen besonders hohen Grad der Konzentration der Produktion und des Kapitals, sondern auch durch eine besonders hohe Organisiertheit seines monopol- und finanzkapitalistischen Systems aus.

Monopolherren wie Albert Ballin, Carl Fürstenberg, Adolf von Hansemann, Emil Kirdorf, Friedrich Alfred Krupp, die Gebrüder Mannesmann, Emil Rathenau, Hugo Stinnes, August Thyssen und Heinrich Wiegand waren die Besitzer beziehungsweise Leiter größter monopolistischer Betriebe. Sie gehörten zu der kleinen Gruppe von Großbankiers und Industriemagnaten, der Finanzoligarchie, die auch in Deutschland alle Kommandohöhen in der Wirtschaft eroberte und im Interesse des Kampfes um den höchstmöglichen Monopolprofit und der Erhaltung ihrer Klassenherrschaft mehr und mehr Einfluß auf den junkerlich-bürgerlichen Staat nahm. Mit seiner Hilfe verstärkte sie die Ausbeutung der Arbeiter und aller anderen Schichten der Werktätigen, vergrößerte sie den Druck auf deren ökonomische und politische Lage und versklavte sie die Völker rückständiger und schwachentwickelter Länder.

Der deutsche Imperialismus erhielt durch eine Reihe historischer Umstände sein spezifisches Gepräge, durch das er sich zum Beispiel von dem englischen, der vornehmlich kolonialer Imperialismus war, und dem französischen Wucherimperialismus unterschied.

Zu Beginn des Jahrhunderts übten die preußischen Junker, die nur ein verschwindend geringer Bruchteil der Bevölkerung waren, weiterhin einen großen Einfluß auf Deutschland aus. Sie behielten zunächst auch noch unter den Bedingungen der imperialistischen Epoche die entscheidenden Machtpositionen in der Regierung, im Offizierskorps und in der Diplomatie. Minister und Staatssekretäre aus den Kreisen der Bourgeoisie stellten um die Jahrhundertwende noch eine Ausnahmeerscheinung dar. Die Junker waren die eifrigsten Verfechter der halbabsolutistischen Monarchie, die in Deutschland bis zur Novemberrevolution 1918 bestand. In ihr sahen sie, wie eines ihrer Presseorgane schrieb, die „vielleicht konservativste Potenz in Europa“[11], die das deutsche Volk und die Völker Europas vor der völligen Demokra-

11 Korrespondenz des Bundes der Landwirte (Berlin), 18. November 1896.

tisierung des politischen Lebens, die sie als ein großes Unheil hinstellten, bewahre. Im gleichen Sinne traten die Junker ständig für die Stärkung des preußisch-deutschen Militarismus ein.

Für den junkerlich-bürgerlichen Ausbeuterblock war der preußisch-deutsche Militarismus die beste Stütze seiner Klassenherrschaft. Wie in den anderen imperialistischen Ländern stellte er auch in Deutschland die höchste Konzentration der brutalen Gewalt des Kapitalismus, die Summe und den Extrakt aller friedenstörenden Tendenzen des Kapitalismus dar. Mit dem Beginn der imperialistischen Epoche nahm der preußisch-deutsche Militarismus aber besonders krasse Züge an und vergrößerte seinen Einfluß mehr und mehr.

Brutal bedrohten alle Machtmittel des Staates – Polizei, Justiz und Militär – die sozialistische Arbeiterbewegung, Streiks, Maifeiern, Wahlrechtsdemonstrationen und andere ökonomische und politische Aktionen der deutschen Arbeiterklasse und der Volksmassen.[12] Die Soldaten wurden durch unmenschlichen Drill, Mißhandlungen und chauvinistische Verhetzung zum Kadavergehorsam erzogen sowie auf die Unterjochung des eigenen Volkes und anderer Völker abgerichtet. Als 1900 die Berliner Straßenbahner streikten, telegraphierte Wilhelm II. an das Generalkommando des Gardekorps: „Ich erwarte, daß beim Einschreiten der Truppen mindestens fünfhundert Leute zur Strecke gebracht werden."[13]

Der Hauptstoß des preußisch-deutschen Militarismus galt zwar der sozialistischen Arbeiterbewegung als dem konsequentesten Kämpfer gegen den Imperialismus; der Militarismus bedrohte und bekämpfte jedoch auch alle anderen demokratischen Bestrebungen. Jeder Kampf für die Befestigung und Erweiterung demokratischer Errungenschaften hatte in ihm seinen Hauptfeind.

Entscheidend beteiligte sich der deutsche Imperialismus an der Knechtung der nationalen Minderheiten und der Kolonialvölker. Um die Jahrhundertwende zeigte sich seine ganze Aggressivität und Brutalität bei seinem gewaltsamen Eindringen in China und bei der Unterjochung des chinesischen Volkes. Als sich das chinesische Volk 1900 gegen die imperialistische Aggressions- und Unterdrückungspolitik der europäischen Großmächte erhob, übernahm der deutsche Imperialis-

12 Dokument Nr. 27.

13 Graf Robert Zedlitz-Trützschler: Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof, Berlin/Leipzig 1924, S. 75.

mus bei der grausamen und blutigen Niederschlagung des Volksaufstandes die führende Rolle.

Bei der Verabschiedung der deutschen Strafexpedition nach China am 27. Juli 1900 in Bremerhaven hielt Wilhelm II. seine berüchtigte „Hunnenrede", in der er unter anderem erklärte: „Kommt Ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer Euch in die Hände fällt, sei Euch verfallen! Wie vor 1000 Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Überlieferungen und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch Euch in einer Weise bestätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen."[14]

In seiner Funktion nach außen war der Militarismus das Hauptinstrument der aggressiven und räuberischen Expansionspolitik des deutschen Monopolkapitals. Mit seinen Bestrebungen zur Eroberung der Vorherrschaft in Europa und zur Neuaufteilung der Welt[15], vor allem mit seinem „Drang nach dem Osten" und seiner Mitteleuropa- und Berlin-Bagdad-Politik[16], bedrohte der deutsche Imperialismus ständig den Frieden und die Völker Europas. Die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus war vor allem auf zwei Umstände zurückzuführen.

Einmal bewirkte das Gesetz der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus erhebliche Veränderungen des ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisses der imperialistischen Länder, denen die alte Verteilung der Kolonien, Kapitalanlage- und Einflußsphären nicht mehr entsprach. Vor allem der deutsche Imperialismus betrat als junger, starker Räuber die internationale Arena erst zu einer Zeit, schrieb W. I. Lenin, als am „Tisch des kapitalistischen Schmauses ... die Plätze schon besetzt waren ..."[17] Im Vergleich zu anderen kapitalistischen Großmächten besaß er zum Beispiel zu Beginn der imperialistischen Epoche nur ein sehr kleines, ökonomisch völlig unergiebiges Kolonialreich.

14 Das persönliche Regiment. Reden und sonstige öffentliche Äußerungen Wilhelms II. Zusammengestellt von Wilhelm Schröder, München 1907, S. 41.

15 Dokument Nr. 44.

16 Dokument Nr. 64.

17 W. I. Lenin: Krieg und Revolution. In: Werke, Bd. 24, S. 401.

Imperialistische Kolonialreiche (1913)

	Fläche (Mill. km²)	Einwohner (Mill.)
Großbritannien	30,1	376,6
Frankreich	7,9	48,5
Holland	2,0	37,9
Belgien	2,4	15,0
Deutschland	2,9	11,8

Seit Beginn des imperialistischen Stadiums versuchte das deutsche Finanzkapital, getrieben von der Gier nach Extraprofiten, mit allen Mitteln eine Neuaufteilung der Welt zu seinen Gunsten herbeizuführen.[18] Es wollte das zunehmende Mißverhältnis zwischen seiner wachsenden ökonomischen, politischen und militärischen Stärke einerseits und der Verteilung der Kolonien und Einflußsphären unter den imperialistischen Mächten andererseits mit Hilfe eines Krieges beseitigen.

Zum anderen wurden die dem deutschen Monopolkapital innewohnende Tendenz zur Reaktion auf der ganzen Linie und seine besondere Aggressivität durch das preußische Junkertum mit seiner Abenteuerlichkeit und schrankenlosen Machtgier ganz besonders verschärft. Das Glück und der Frieden könnten dem deutschen Volk nur gesichert werden, behaupteten die Ideologen des deutschen Imperialismus, wenn es gegenüber dem Ausland „schneidig" und rücksichtslos auftrete.

Der deutsche Imperialismus konnte aber nicht sofort den Kampf gegen seine imperialistischen Rivalen mit Hilfe eines Krieges aufnehmen. Er mußte sich dazu erst entsprechend militärisch rüsten. Das geschah um die Jahrhundertwende vornehmlich auf dem Gebiet der Flottenrüstung. Unter der von Wilhelm II. am 23. September 1898 ausgegebenen Losung „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser"[19] sollte die Kriegsflotte zur Hauptwaffe des deutschen Imperialismus im Kampf um die Neuaufteilung der Welt zu seinen Gunsten werden.

Mit den Stimmen der Mehrheit der bürgerlichen Parteien setzten die Regierung und die schwerindustriellen Kreise 1898 und 1900 im Reichstag zwei Gesetze durch, die die Vergrößerung der Kriegsflotte auf insgesamt 38 Linienschiffe, 14 große und 38 kleine Kreuzer vorsahen. Damit wurde der deutsch-englische Gegensatz wesentlich verschärft. Die Forcierung des Kriegsflottenbaus war der erste waghalsige

18 Dokument Nr. 55.

19 Das persönliche Regiment, S. 26.

Sprung des deutschen Imperialismus in das Verderben einer uferlosen abenteuerlichen Weltmachtpolitik.

Die Flottenrüstungen brachten den schwerindustriellen und großkapitalistischen Kreisen, so unter anderem den Panzerplattenfabrikanten, den Werftbesitzern, der Deutschen Bank und der Discontogesellschaft, gewaltige Profite ein. Das versteuerte Vermögen Friedrich Alfred Krupps beziehungsweise seiner Haupterbin, das 1897 129 Millionen Mark betrug, stieg vor allem durch den Kriegsflottenbau innerhalb kurzer Zeit auf 187 Millionen Mark im Jahre 1902 und auf 214 Millionen Mark im Jahre 1905 an. Mit der systematischen Vorbereitung auf den Krieg wurde die imperialistische Rüstungspolitik in Deutschland immer mehr gesteigert. Sie bereicherte einzelne Gruppen der Monopolbourgeoisie auf Kosten der großen Masse der Werktätigen, denen vorgegaukelt wurde, daß die Flottenrüstungen ihren Interessen entsprächen.[20] Tatsächlich bedeutete die imperialistische Rüstungspolitik aber für die ganze Nation, daß ökonomisch völlig sinnlos unermeßliche Produktivkräfte vergeudet wurden.

Das reaktionäre Preußentum war der Hauptträger der Verherrlichung des Militarismus und des Krieges, des Antidemokratismus und der Verachtung der werktätigen Massen.[21] Durch Schule, Universität und Kirche sowie durch ein ganzes System bürgerlicher Parteien, Propagandaorganisationen und angeblich unpolitischer Vereine, wie der Kriegervereine, wurde das deutsche Volk mit der imperialistischen Ideologie verseucht. Dabei spielte die Propagierung des Chauvinismus und Rassismus eine besonders große Rolle.

Vom Bund der Landwirte wurden deutsche Millionäre „von rein germanischer Abkunft" als „Prachtexemplare der Menschheit" bezeichnet.[22] Die „deutsche Rasse" wurde als „eine königliche Rasse" und das deutsche Volk als „ein Edelvolk" hingestellt, die „gegenüber der Überflutung der slawischen und anderen fremden Rassen" rein erhalten werden müßten.[23] Im gleichen Sinn, zum Teil sogar noch aggressiver, trat der Alldeutsche Verband auf.[24] Einer seiner führenden Propagandisten behauptete 1897 in der Schrift „Die Weltstellung des Deutschtums", daß das deutsche Volk ein „Herrenvolk" sei. „Wie im Walde auf

20 Dokument Nr. 23.

21 Dokument Nr. 56.

22 Korrespondenz des Bundes der Landwirte (Berlin), 16. Februar 1897.

23 Ebenda, 21. Februar 1911 und 20. Februar 1912.

24 Dokument Nr. 30.

morschen Pflanzenresten der junge Nachwuchs emporschießt dem Lichte zu, das die Kronen der stärkeren Nachbarn ihm freilassen, so gründen die Herrenvölker der Erde ihre Reiche auf dem von minderwertigen Arten ihnen bereiteten Boden."[25] Die Aufgabe, die sich, nach diesem Alldeutschen, für das deutsche Volk ergab, faßte er in dem folgenden Vers zusammen:

Wir sind von des Donnerers Heldengeschlecht,
Wir wollen das Weltall erben;
Das ist altes Germanenrecht,
Mit dem Hammer Land zu erwerben.[26]

Obwohl der deutsche Imperialismus schon damals dem Volke keine andere Perspektive als die des Elends und des Massengrabes geben konnte, gelang es ihm dennoch, mit Hilfe seiner chauvinistischen Ideologie große Teile der Nation vor den Karren seiner räuberischen Expansionspolitik zu spannen und auf den verhängnisvollen Weg des Krieges und der Unterdrückung fremder Völker zu treiben. Eine winzige Gruppe von Monopolherren und Militaristen setzte die nationale Existenz des deutschen Volkes bedenkenlos aufs Spiel. Ihre verbrecherische Kriegs- und Eroberungspolitik geriet in einen unüberbrückbaren Gegensatz zum Streben der übergroßen Mehrheit der Nation nach Frieden und gesellschaftlichem Fortschritt, Freiheit und Demokratie, Menschlichkeit und Brüderlichkeit, Gerechtigkeit und Wohlstand.

Seit der Jahrhundertwende wurde daher die Beseitigung der unheilvollen Herrschaft des Imperialismus und Militarismus zum Kernpunkt der nationalen Frage des deutschen Volkes. Von ihrer Lösung hingen das Schicksal und die weitere Entwicklung der Nation ab. Die Lösung der nationalen Lebensfrage konnte auch in Deutschland letzten Endes nur durch die sozialistische Revolution erfolgen. Das bedeutete, die Ideen des Kommunistischen Manifestes von Karl Marx und Friedrich Engels zu verwirklichen und die historische Mission der Arbeiterklasse zu erfüllen.

Mit dem Übergang zum Imperialismus wurde die Abwehr der Versuche der mächtigsten Monopolkapitalisten, sich auf Kosten der ganzen Gesellschaft zu bereichern, ebenso wie die Sicherung des Friedens

25 Fritz Bley: Die Weltstellung des Deutschtums. (Der Kampf um das Deutschtum, 1. Heft), München 1897, S. 3.

26 Ebenda, S. 28.

und die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten zu einem der brennendsten Probleme der Werktätigen. Das wachsende objektive Interesse immer größerer Teile der Nation an der Beseitigung der Allmacht der Monopole ergab die objektive Grundlage für die Vereinigung aller dieser zum Teil sehr unterschiedlichen Volksschichten zu einer umfassenden antiimperialistischen Bewegung unter der Führung der Arbeiterklasse, des konsequentesten Kämpfers für Frieden und Demokratie.

2. Die Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und politische Entrechtung, imperialistische Rüstungs- und Weltmachtpolitik. Die Auseinandersetzung zwischen Marxismus und Revisionismus um die Jahrhundertwende

Im Jahre 1899 holte der deutsche Imperialismus zu einem schweren Schlag gegen die sozialistische Arbeiterbewegung aus. Wilhelm II. brachte die Furcht der herrschenden Klasse vor dem weiteren Erstarken der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der freien Gewerkschaften in einem Privatgespräch ungeschminkt zum Ausdruck. „Die Regierung muß *handeln*", erklärte er, „sonst geht alles verloren ... Ehe nicht die sozialdemokratischen Führer durch Soldaten aus dem Reichstag herausgeholt und füsiliert sind, ist keine Besserung zu erhoffen. Wir brauchen ein Gesetz, wonach es genügt, Sozialdemokrat zu sein, um nach den Karolinen verbannt zu werden."[27] Der Kaiser und seine Umgebung spielten mit dem Gedanken, die deutsche Sozialdemokratie durch die Verhängung des Belagerungszustandes weitestgehend auszuschalten, danach die Arbeiter in Deutschland zu anarchistischen Gewalttaten zu provozieren, um dann unter ihnen „einen *sehr* starken Aderlaß"[28] vornehmen zu können.

Die kaiserliche Regierung versuchte, einen Teil dieses provokatorischen Planes im Frühjahr 1899 durch die Zuchthausvorlage zu verwirklichen. Mit der demagogischen Behauptung, die „nationale Arbeit" schützen zu müssen, legte sie dem Reichstag am 26. Mai 1899 den Entwurf eines Gesetzes vor, das faktisch das Streik- und Koalitions-

27 Bernhard Fürst von Bülow: Denkwürdigkeiten, Erster Band, Berlin (1930), S. 349.
28 Ebenda.

recht der Arbeiter beseitigt hätte sowie Streikenden und besonders ihren Führern Zuchthausstrafen androhte.

Die Monopolisten der deutschen Schwerindustrie waren an der Annahme dieses Gesetzes so brennend interessiert, daß der Zentralverband Deutscher Industrieller dem Reichsamt des Innern Anfang August 1899 auf dessen Wunsch „zum Zwecke der Agitation" für die Zuchthausvorlage „aus naheliegenden Gründen" 12 000 Mark zusicherte und gleichzeitig mitteilte, daß die Firma Krupp bereits 5000 Mark übernommen habe. Die „Leipziger Volkszeitung", die das ein Jahr später, am 22. Oktober 1900, durch die Veröffentlichung eines entsprechenden Schreibens des Zentralverbandes dokumentarisch vor der Öffentlichkeit nachweisen konnte, prangerte das Reichsamt des Innern treffend als „Reichsamt der Industriellen" an.

Die Zuchthausvorlage rief, nach den Worten August Bebels, unter der deutschen Arbeiterklasse *„einen allgemeinen Schrei des Zorns und der Entrüstung und eine Empörung* [hervor], wie ich sie in meinem langen politischen Leben noch niemals in den Massen gefunden habe"[29]. Die deutschen Arbeiter protestierten in Tausenden von mächtigen Kundgebungen gegen das Attentat auf das Streik- und Koalitionsrecht und auf die Gewerkschaften.

Der Kampf gegen die Zuchthausvorlage dauerte noch an, als vom 9. bis 14. Oktober 1899 der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Hannover zusammentrat. Seine 197 Delegierten hatten sich mit Fragen zu beschäftigen, deren richtige Beantwortung für die Partei und ihre weitere Entwicklung von großer Bedeutung war. Im Mittelpunkt des Hannoverschen Parteitages standen das Referat August Bebels und die Beratungen zum Tagesordnungspunkt „Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei". Die Delegierten setzten sich mit den revisionistischen Gedanken Eduard Bernsteins auseinander, die dieser seit Herbst 1896 in einer Artikelserie in der „Neuen Zeit" dargelegt und unter dem Titel „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie" zu einem Buch zusammengefaßt hatte, das vor dem Hannoverschen Parteitag erschienen war.

Während Eduard Bernsteins Angriffe auf den Marxismus bei den bürgerlichen Liberalen lebhafte Zustimmung fanden, stießen sie in der deutschen Sozialdemokratie auf den entschiedenen Widerstand der überwiegenden Mehrheit der Parteimitglieder. Der Berliner Poli-

[29] Die Zuchthausvorlage vor dem Reichstage, Berlin 1899, S. 16.

zeipräsident mußte 1899 in einer geheimen Übersicht feststellen: „Die große Masse steht Bernstein und seiner Lehre zunächst gleichgültig, wenn nicht gar feindlich gegenüber ..."[30] In zahlreichen Versammlungen, in der Presse und in Anträgen an den Parteitag hatten viele sozialdemokratische Wahlkreisorganisationen und einfache Parteimitglieder Eduard Bernsteins Versuch, die revolutionäre Arbeiterpartei in eine Reformpartei zu verwandeln, verurteilt.[31]

Der Kampf gegen den Revisionismus Eduard Bernsteins wurde auf dem Parteitag dadurch wesentlich erleichtert, daß in den vorangegangenen Monaten eine Reihe grundsätzlicher Arbeiten deutscher Sozialdemokraten veröffentlicht worden war, in denen die revolutionären Prinzipien des Marxismus verteidigt und die antimarxistischen, parteifeindlichen Positionen Eduard Bernsteins und seiner Anhänger entlarvt wurden.

Im Frühjahr 1899 hatte Franz Mehring in der „Neuen Zeit" seine Artikelserie „Eine Nachlese" publiziert. In ihr nahm er den Kampf gegen den philosophischen Revisionismus und gegen die verschiedenen Spielarten des Eindringens der bürgerlichen Ideologie in die Arbeiterbewegung auf.

Franz Mehring wies nach, daß Eduard Bernstein den historischen Materialismus durch eine eklektische Theorie „idealer Mächte" zu ersetzen suchte. Eduard Bernstein leugnete, daß das Gesetz der Übereinstimmung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse das Grundgesetz der gesellschaftlichen Entwicklung ist. Er diffamierte den historischen Materialismus als primitiv und antiquiert und unterstellte ihm völlig unbegründet die Verneinung der aktiven Rolle der Ideen und der Persönlichkeit in der Gesellschaft.

Im Gegensatz zu diesen revisionistischen Gedanken war die materialistische Geschichtstheorie für Franz Mehring „eine Methode wissenschaftlicher Forschung, welche die Notwendigkeit alles historischen Geschehens aus der Tatsache zu begreifen sucht, daß die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens den Menschen erst zum Menschen macht..."[32] Franz Mehring brandmarkte Eduard Bern-

30 Übersicht über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung im Jahre 1899. In: Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam, Rep. 30, Berlin C Polizeipräsidium, Tit. 94, Lit. S, Nr. 1255, Bd. 4, Bl. 99.

31 Dokument Nr. 2.

32 Franz Mehring: Eine Nachlese. In: Gesammelte Schriften, Bd. 13, Philosophische Aufsätze, Berlin 1961, S. 363.

steins Verfälschung der revolutionären dialektischen Methode als „Phraseologie“[33] und hob die große Bedeutung des dialektischen Denkens für die revolutionäre Arbeiterbewegung hervor.

In Arbeiten, die er einige Zeit später veröffentlichte, deckte Franz Mehring auf, daß der Neukantianismus eine der entscheidenden philosophischen Wurzeln des Revisionismus war. Als einziger in der deutschen Sozialdemokratie trat er bereits damals allen Versuchen der neukantianischen Revisionisten entgegen, „Marx auf Kant oder Kant auf Marx zu pfropfen“[34]. Durch die Anwendung des historischen Materialismus auf die Analyse der Kantschen Philosophie und auf ihre reaktionäre Neuauflage in Gestalt des Neukantianismus konnte Franz Mehring den bürgerlichen, reaktionären Neukantianismus „seinem objektiven Wesen nach“ als einen „Versuch, den historischen Materialismus zu zerrütten“[35], bestimmen.

Im Kampf gegen den philosophischen Revisionismus leistete Franz Mehring gleichzeitig einen schöpferischen Beitrag zur Anwendung des historischen Materialismus auf den Gebieten der Geschichte, der Literaturgeschichte und der Geschichte der Philosophie.

Ebenfalls noch vor dem Hannoverschen Parteitag hatte Rosa Luxemburg 1899 ihre in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienenen Artikel über den Revisionismus[36] zusammengefaßt und unter dem Titel „Sozialreform oder Revolution?“ veröffentlicht. In dieser historisch bedeutenden Schrift setzte sie sich mit der revisionistischen Verfälschung entscheidender Grundfragen des proletarischen Klassenkampfes auseinander.

Eduard Bernstein und seine Anhänger bekämpften die marxistische Lehre von der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats sowie von den Verbündeten der Arbeiterklasse. Statt dessen beteten sie die bürgerliche Legalität an. Dem Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats, dem Kriterium für eine echte revolutionäre Haltung, stellten sie ihre schädliche Theorie von einer über den Klassen stehenden Demokratie entgegen. Indem die Revisionisten den Klasseninhalt der bürgerlichen Demokratie leugneten und sie nicht als die historisch gewachsene Form staatlicher Gewaltherrschaft der Bourgeoisie ansahen, behaupteten sie im krassen Widerspruch zur Wirk-

33 Ebenda, S. 369.

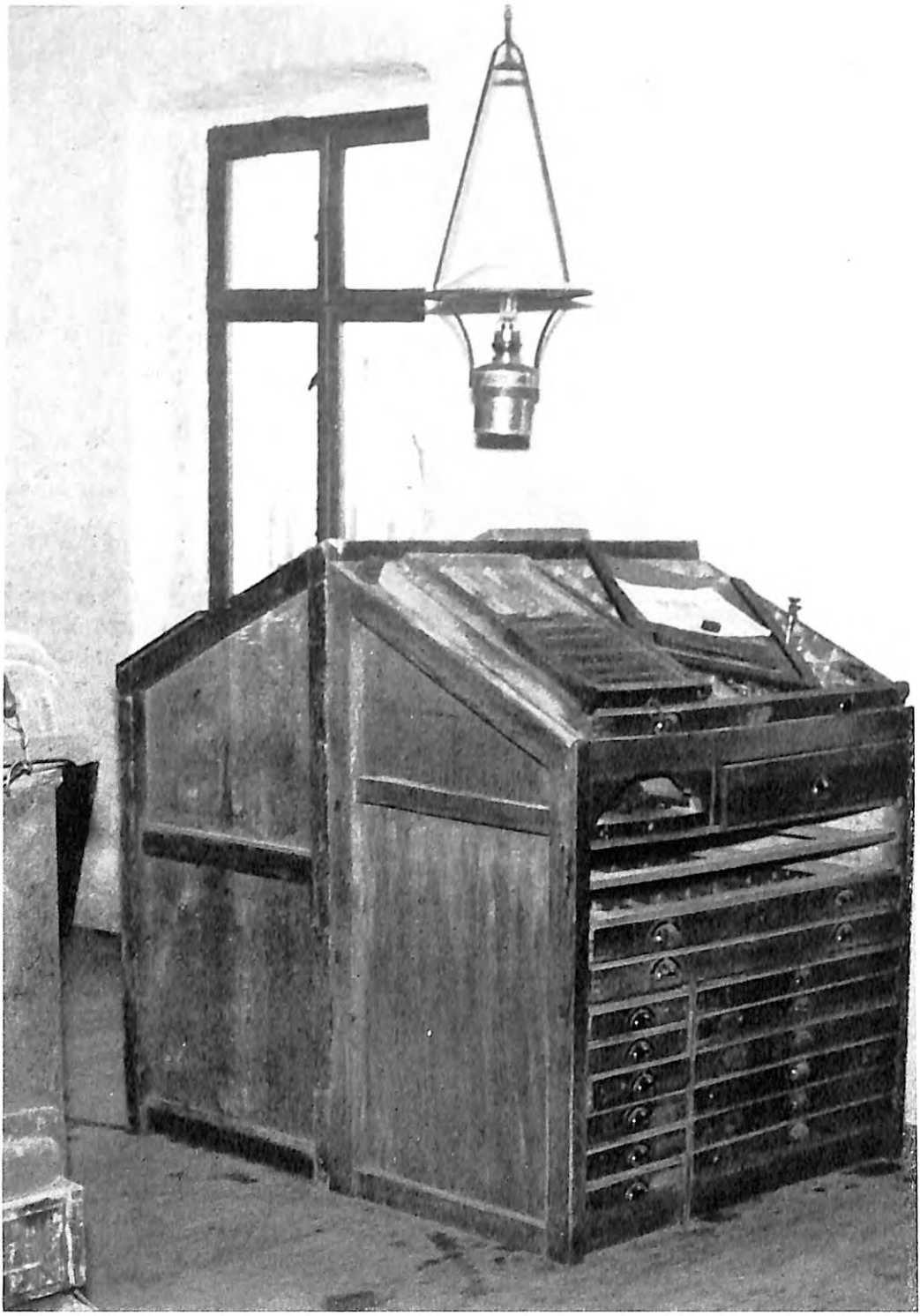
34 Franz Mehring: Kant und Marx. In: Ebenda, S. 57.

35 Ebenda, S. 64.

36 Dokument Nr. 1.



W. I. Lenin



Blick in die Druckerei in Leipzig-Probstheida, in der 1900/1901 die „Iskra" hergestellt wurde

Что дѣлать?

Наболѣвшіе вопросы нашего движенія

Н. ЛЕНИНА.

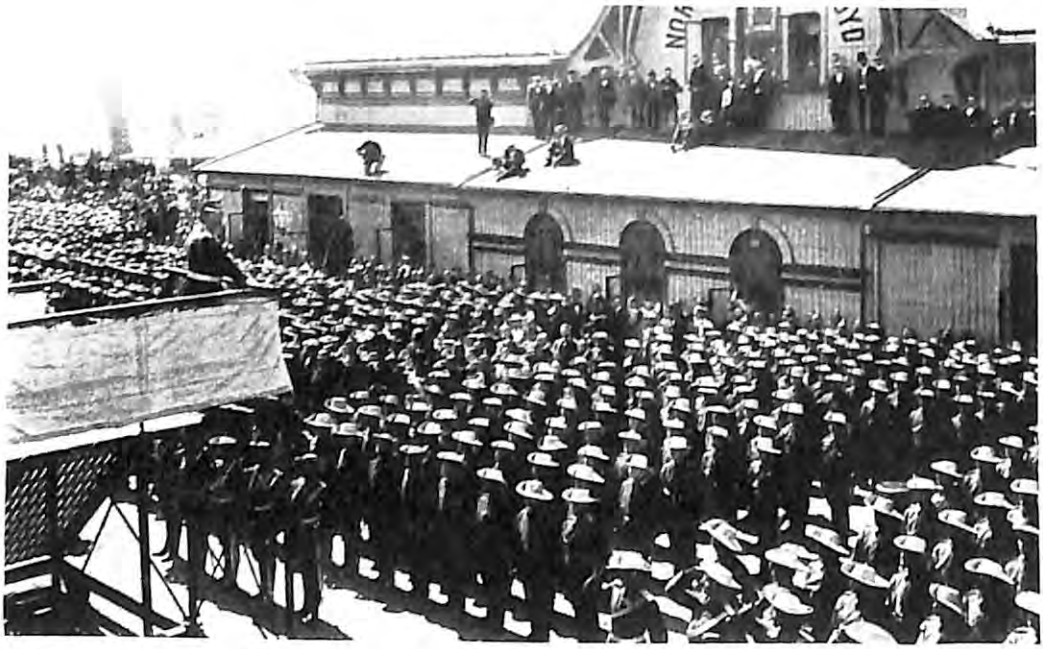
... „Партійная борьба придастъ партіи силу и жизненность, величайшимъ доказательствомъ слабости партіи является ея расплывчатость и притупленіе рѣзко обозначенныхъ границъ, партія укрѣпляется тѣмъ, что очищаетъ себя“... (Изъ письма Лассаля къ Марксу отъ 24 іюня 1852 г.).

Цѣна 1 руб.

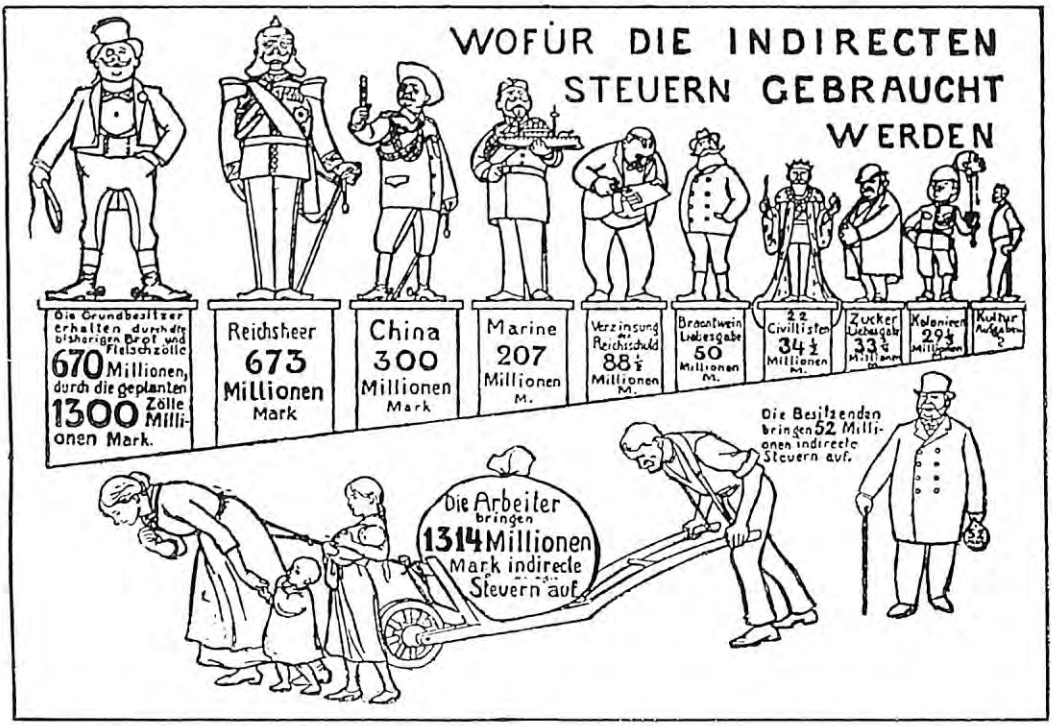
Preis 2 Mark = 2.50 Francs.

STUTTGART
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.)
1902

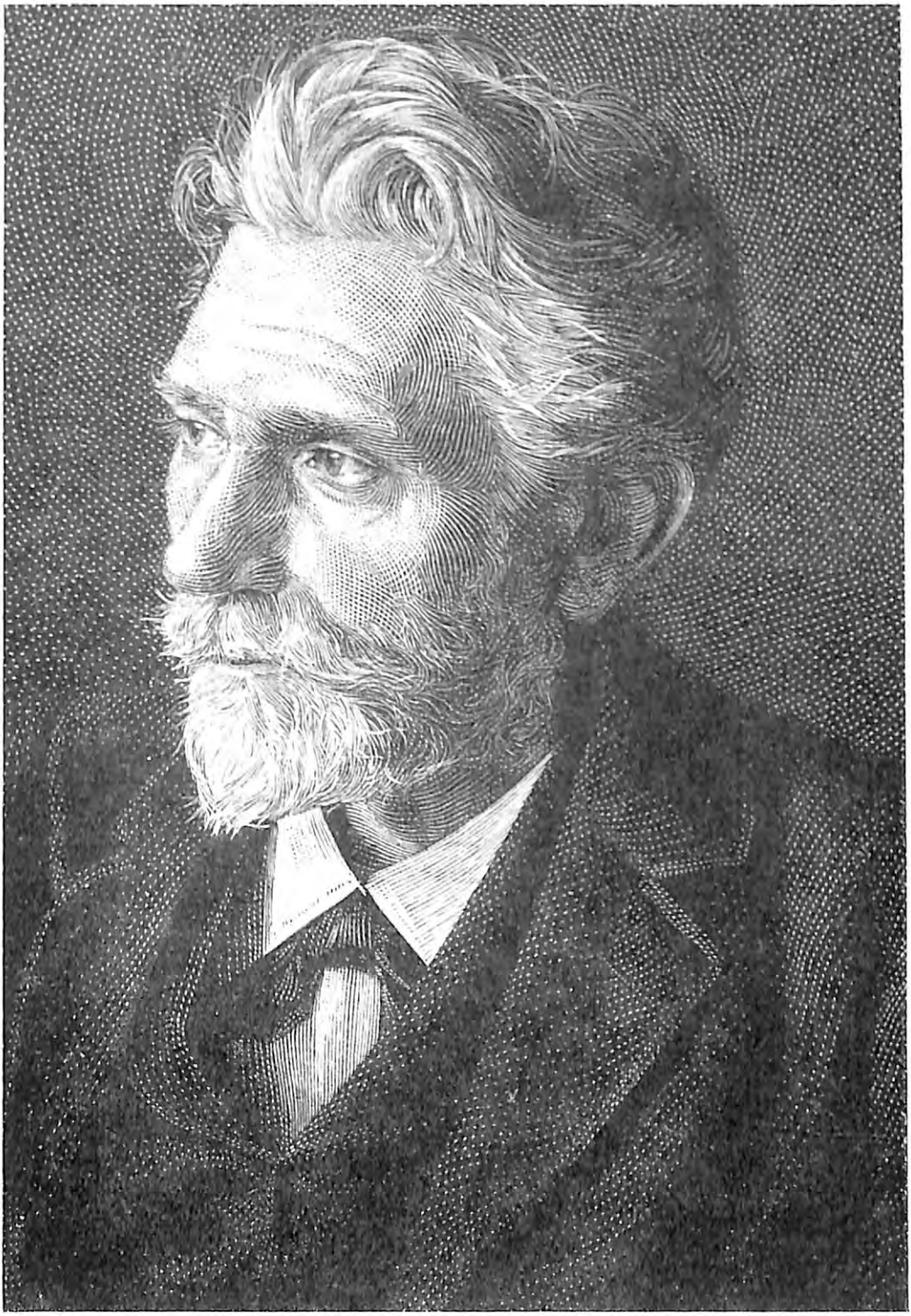
Umschlag der Erstausgabe von W. I. Lenins Werk „Was tun?“



Wilhelm II. während seiner berüchtigten „Hunnenrede"
vor dem deutschen Expeditionskorps in Bremerhaven, 27. Juli 1900



Wahlflugblatt der Sozialdemokratie, 1903



August Bebel



Karl Liebknecht



Rosa Luxemburg



Franz Mehring

lichkeit, daß man durch Reformen im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Ausbeutergesellschaft „allmählich und friedlich" in den Sozialismus hineinwachsen könne. Eduard Bernstein faßte seine revisionistische Verfälschung des Marxismus in dem Ausspruch zusammen: „Das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, ist mir nichts, die Bewegung alles."[37]

Mit dieser Behauptung, die auf die Frage „Entweder Reform oder Revolution?" hinauslief, verneinte Eduard Bernstein – wie Rosa Luxemburg in ihrer Schrift darlegte – den Charakter der deutschen Sozialdemokratie als der politischen Klassenorganisation des Proletariats. Indem sie sich mit den ökonomischen Ansichten Eduard Bernsteins und mit seinen politischen Auffassungen vom Staat, von der Demokratie und der proletarischen Revolution auseinandersetzte, konzentrierte sie ihren Kampf gegen den Revisionismus auf zwei Gebiete, die unmittelbar den Charakter der Partei betrafen und dem praktisch-politischen Kampf Richtung und Aufgabe wiesen.

Im Gegensatz zu Eduard Bernstein zeigte Rosa Luxemburg, daß Reform und Revolution zwei Momente in der Entwicklung der Klassengesellschaft charakterisieren, die untrennbar miteinander verbunden sind und sich gegenseitig durchdringen. In der Revolution sah sie den politischen Schöpfungsakt einer neuen Gesellschaftsordnung, wogegen die Reform diesen Akt vorbereitet. Rosa Luxemburg wies nach, daß Bernstein mit seiner Auffassung über die Sozialreform auf die Verwirklichung des Sozialismus verzichtet hatte, daß er nur für die Reformierung der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft eintrat und die Selbständigkeit der Partei als politische Klassenorganisation aufhob.

In den Monaten vor dem Hannoverschen Parteitag erschienen weiterhin zwei Arbeiten Karl Kautskys, die in der Auseinandersetzung mit Eduard Bernstein eine bedeutsame Rolle spielten. Mit seinem Buch „Die Agrarfrage. Eine Übersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der deutschen Sozialdemokratie" legte Karl Kautsky eine systematische marxistische Untersuchung des Kapitalismus in der Landwirtschaft vor. Eduard Bernstein leugnete die Konzentration der Produktion in der Landwirtschaft und suchte die Überlegenheit der kleinen über die großen landwirtschaftlichen Betriebe nachzuweisen, indem er eklektizistisch ein-

37 Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899, S. 169.

zelne Erscheinungen aus dem Zusammenhang riß und verabsolutierte. Karl Kautsky verlor sich dagegen nicht in Einzelheiten, sondern bewies auf Grund umfassender Untersuchungen, daß die gesellschaftliche Entwicklung in der Landwirtschaft in derselben Richtung verlief wie in der Industrie, nämlich zum „gesellschaftlichen Großbetrieb" und zum Sozialismus.

Eine direkte Auseinandersetzung mit dem Bernsteinschen Revisionismus führte Karl Kautsky in seinem wenig später veröffentlichten Buch „Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik", in dem er politische und ökonomische Auffassungen Eduard Bernsteins konkret widerlegte. Hier zeigte sich aber bereits, daß Karl Kautsky das Wesen der marxistischen Staatslehre nicht begriffen hatte. Der entscheidende Unterschied zwischen Marxismus und Opportunismus hinsichtlich der Aufgaben der proletarischen Revolution wurde bei ihm, wie W. I. Lenin 1918 feststellte, „verkleistert"[38].

Die Debatte auf dem Hannoverschen Parteitag über den Revisionismus dauerte vier Tage. Sie wurde durch ein sechsstündiges Referat August Bebels eingeleitet, das er von einer prinzipiell revolutionären, marxistischen Warte aus hielt.

„Wenn je etwas in der Parteiliteratur erschienen ist", erklärte August Bebel zu Beginn seiner Ausführungen, „das gegen alle Grundanschauungen der Partei sich wendet und sich dabei in der unsichersten und widerspruchsvollsten Weise ausläßt, dann ist es diese Broschüre von Bernstein. Indessen, was er wollte, kommt doch schließlich darin zum Ausdruck."[39]

August Bebel wies nach, daß Eduard Bernstein mit dem Revisionismus die bürgerliche Kritik an allen Grundideen des Marxismus in die Reihen der organisierten Arbeiterklasse trug. „Seine Gedanken, seine Kritik, die von ihm vorgeschlagenen Wege", erklärte August Bebel, seien von bürgerlicher Seite seit Jahrzehnten so oft ausgesprochen beziehungsweise erwogen worden, daß Eduard Bernsteins Schrift „nur eine Kombination aller dieser Gedanken" darstelle, durch die „alle Grundlagen des Marxismus" angegriffen würden.[40]

Damit hatte August Bebel ein wesentliches Merkmal des Revisionis-

38 W. I. Lenin: Staat und Revolution. In: Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 493.

39 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Hannover vom 9. bis 14. Oktober 1899, Berlin 1899, S. 95.

40 Ebenda, S. 96.

mus und seiner Funktion angedeutet. Eduard Bernsteins Revisionismus war der damals geschlossenste Ausdruck der bereits vorhandenen opportunistischen Strömungen. Indem Bernstein behauptete, die allgemeinen Prinzipien des Marxismus auf die Grundfragen der neuen Epoche anzuwenden, verfälschte er dessen revolutionären Inhalt und ersetzte ihn durch Grundsätze der bürgerlichen Ideologie und Politik. Das bedeutete, die Selbständigkeit der deutschen Sozialdemokratie als politische Klassenorganisation des Proletariats zu beseitigen und die Arbeiterklasse mit der kapitalistischen Ausbeuterordnung zu versöhnen.

August Bebel zog gewissermaßen das Fazit seiner glänzenden Rede, als er den Delegierten unter lebhafter Zustimmung zurief: „Ich mache keinen Hehl daraus: an dem Tage, wo solche Grundsätze, wie sie hier Bernstein vertritt, in der Partei zur Geltung gekommen sein sollten, erkläre ich: Du hast 36 Jahre umsonst gearbeitet, jetzt gehst du und lebst in beschaulicher Ruhe. Das ist die Schreibweise Eugen Richters!“[41]

Das hervorragende Referat August Bebels, das auf dem Parteitag nur den Widerspruch einiger weniger opportunistischer Delegierter hervorrief, deckte sich mit den Auffassungen, die bei der Masse der sozialdemokratischen Parteimitglieder vorhanden waren. Zu ihren Wortführern wurden in der Diskussion, die dem Referat folgte, in besonderem Maße Rosa Luxemburg und Clara Zetkin.

Rosa Luxemburg war im Frühjahr 1898 aus der Schweiz nach Deutschland gekommen und Mitglied der deutschen Sozialdemokratie geworden. Sie stammte aus Zamość im Kreise Lublin des damaligen Russisch-Polen, wo sie am 5. März 1871 geboren worden war. Später hatte sie das Gymnasium in Warschau besucht. Ihre revolutionäre Tätigkeit hatte mit ihrem Eintritt in einen illegalen Zirkel der polnischen Sozialrevolutionären Partei „Proletariat“ im Jahre 1887 begonnen. Um einer drohenden Verhaftung zu entgehen, war sie 1889 in die Schweiz geflohen. Hier war sie mit führenden russischen und polnischen Sozialdemokraten zusammengetroffen und zur Mitbegründerin der Sozialdemokratischen Partei Polens geworden. Gemeinsam mit Leo Jogiches hatte sie die Führung dieser Partei übernommen. In Zürich hatte Rosa Luxemburg zunächst Naturwissenschaften, sodann Nationalökonomie und Rechtswissenschaften studiert und 1897 mit der Dissertation „Die industrielle Entwicklung Polens“ promo-

[41] Ebenda, S. 124.

viert. Ein Jahr zuvor hatte sie ihre Mitarbeit in der „Neuen Zeit" begonnen. Im Jahre 1898 war sie nach Berlin übergesiedelt. Rosa Luxemburg entwickelte sich sehr rasch zu einer führenden Vertreterin der revolutionären Kräfte in der deutschen Sozialdemokratie und blieb zugleich nach wie vor leitendes Mitglied der polnischen Sozialdemokratie.

Als die Anhänger Eduard Bernsteins in Stuttgart 1898 arrogant und hämisch auf Rosa Luxemburgs noch kurze Zugehörigkeit zur deutschen Sozialdemokratie hinwiesen, um so ihrer scharfen Kritik die Wirkung zu nehmen, antwortete sie stolz: „Daß ich noch meine Epauletten in der deutschen Bewegung erst holen muß, weiß ich; ich will es aber auf dem linken Flügel tun, wo man mit dem Feinde kämpfen, und nicht auf dem rechten, wo man mit dem Feinde kompromisseln will."[42]

Clara Zetkin hatte den bürgerlichen Charakter der von Eduard Bernstein angepriesenen Theorie und Taktik im April 1899 in einem grundsätzlichen Artikel in der „Gleichheit" angeprangert. Hier hatte sie nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie als Partei des klassenbewußten revolutionären Proletariats Selbstmord beginge, wenn sie sich diese Theorie und Taktik zu eigen machte.

Den Abschluß der Auseinandersetzungen mit dem Revisionismus Eduard Bernsteins bildete auf dem Hannoverschen Parteitag eine von August Bebel vorgeschlagene Resolution, die mit 216 gegen 21 Stimmen angenommen wurde. In diesem Dokument wurde erklärt:

„Die bisherige Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft gibt der Partei keine Veranlassung, ihre Grundanschauungen über dieselbe aufzugeben.

Die Partei steht nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes, wonach die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann, und betrachtet es demzufolge als geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse, die politische Macht zu erobern, um mit Hilfe derselben durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Einführung der sozialistischen Produktions- und Austauschweise die größtmöglichste Wohlfahrt aller zu begründen."[43]

42 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Stuttgart vom 3. bis 8. Oktober 1898, Berlin 1898, S. 117.

43 Protokoll des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Hannover 1899, S. 243.

Der Parteitag bekannte sich ausdrücklich zum „bisherigen Standpunkt" der deutschen Sozialdemokratie in „der Bekämpfung des Militarismus zu Wasser und zu Lande und der Kolonialpolitik" sowie zum proletarischen Internationalismus. Abschließend betonte die Resolution, daß für die deutsche Sozialdemokratie kein Grund vorliege, „weder ihre Grundsätze und Grundforderungen noch ihre Taktik, noch ihren Namen zu ändern, das heißt aus der sozialdemokratischen Partei eine demokratisch-sozialistische Reformpartei zu werden". Sie wies „jeden Versuch entschieden zurück, der darauf hinausgeht, ihre Stellung gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und den bürgerlichen Parteien zu verschleiern oder zu verrücken"[44].

Diese Resolution entsprach weitgehend den Realitäten des Klassenkampfes in Deutschland, mit denen der Revisionismus Eduard Bernsteins unvereinbar war.

Die außerparlamentarischen Protestaktionen gegen die Zuchthausvorlage waren so stark, die Gefahr weiterer Ausnahmegesetze gegen die bürgerlichen demokratischen Rechte war so offensichtlich, daß es sogar ein Teil der bürgerlichen Abgeordneten, die immer noch unter dem Eindruck des Sozialistengesetzes und seines Scheiterns standen, nicht wagte, der Regierungsvorlage zuzustimmen. Sie wurde bereits während der zweiten Beratung im November 1899 zu Fall gebracht. Damit hatten die revolutionären deutschen Arbeiter unter Führung der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften das Attentat auf das Koalitions- und Streikrecht vereitelt und über die kaiserliche Regierung und ihre monopolkapitalistischen Hintermänner einen Sieg errungen.

Franz Mehring würdigte diesen Erfolg in der „Neuen Zeit". Dabei hob er nachdrücklich hervor, daß sich die Arbeiter nicht allein auf den parlamentarischen Kampf, sondern in erster Linie auf ihre eigene Kraft verlassen hatten. „... man kann große Genugtuung darüber empfinden", schrieb er nach dem Fall der Zuchthausvorlage, „daß der Wechselbalg gar so kläglich verendet ist, aber man darf nicht übersehen, daß während dies eine Scheusälchen, das die Reaktion geboren hat, noch verscharrt wird, schon ein anderes Scheusälchen aus ihrem fruchtbaren Schoße ans Tageslicht drängt, das von der Arbeiterklasse nicht minder rücksichtslos ums Leben gebracht werden muß ...; die großindustriellen Scharfmacher müssen auf jedem Gebiete geschlagen werden, wo sie

[44] Ebenda, S. 244.

gegen die Arbeiterklasse vorgehen, gleichviel ob sie ihre Schröpfköpfe hier oder dort ansetzen wollen."[45]

Zu dieser Zeit setzten die kaiserliche Regierung, die Monopolisten und die Junker, die ihre aggressive Weltmachtpolitik auf Kosten des werktätigen Volkes zu verwirklichen suchten, ihre ganze Kraft ein, um für die Massen, wie Franz Mehring treffend in der „Neuen Zeit" schrieb, „die dreischwänzige Katze zu flechten: uferloser Flottenplan, Brotwucher, Zuchthausvorlage"[46].

Die deutsche Sozialdemokratie protestierte in vielen Versammlungen gegen die neue Flottenrüstung. Ihre Abgeordneten benutzten das Parlament als Tribüne, um die Lügen der imperialistischen Flottenpropaganda zu entlarven und um die verhängnisvollen Folgen zu zeigen, die der neue Flottenbau für das deutsche Volk mit sich bringen mußte. Die Partei konnte im Reichstag, in der Presse und in Flugblättern unwiderlegbares Material darüber veröffentlichen, wie sich durch die Flottenrüstung die Lage der Volksmassen weiter verschlechtern mußte, während solche Schwerindustriellen wie Friedrich Alfred Krupp und Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg riesige Profite machten. Diese „Panzerplattenpatrioten" verkauften die in ihren Werken produzierten Panzerplatten an die Marineverwaltung zu einem weit über dem im Ausland üblichen Preis.

Die deutsche Sozialdemokratie verband den Kampf gegen die imperialistische Rüstungspolitik in hervorragender Weise mit der Entlarvung der Aggressivität des deutschen Imperialismus nach innen und nach außen. Während zu dieser Zeit große Teile der Bevölkerung infolge der imperialistischen Propagandakampagne von einem chauvinistischen Taumel erfaßt waren, erklärte sich die Partei mit der chinesischen Volksbewegung gegen die Unterdrückungs- und Aggressionspolitik der imperialistischen Großmächte solidarisch.

Die deutschen Truppen, die an der Strafexpedition gegen das chinesische Volk teilnahmen, handelten im Sinne der „Hunnenrede" des Kaisers und verübten in China unmenschliche Grausamkeiten.[47] Sie waren führend an Plünderungen, Morden und Gewalttaten beteiligt. Briefe, in denen sich die Soldaten gegenüber ihren Angehörigen in

[45] Franz Mehring: Nach der Entscheidung. In: Gesammelte Schriften, Bd. 14, Politische Publizistik 1891 bis 1904, Berlin 1964, S. 313.

[46] Franz Mehring: Eine dreischwänzige Katze. In: Ebenda, S. 308.

[47] Dokument Nr. 7.

Deutschland ihrer Untaten rühmten, wurden unter Namensnennung ihrer Verfasser in der deutschen Presse veröffentlicht. Die deutsche Sozialdemokratie benutzte diese „Hunnenbriefe", um dem preußisch-deutschen Militarismus wieder einmal die Larve von seiner Fratze zu reißen.

Es gehört zu den unbestreitbaren Verdiensten der revolutionären deutschen Sozialdemokraten, daß sie den Protest gegen die imperialistische Aggression in weiteste Volkskreise trugen. Die Partei verstand es, durch zahlreiche Versammlungen in ganz Deutschland Empörung über die imperialistische Politik zu wecken. Kampf gegen Zuchthauspolitik nach innen und gegen imperialistische Weltpolitik nach außen, das war der Grundgedanke vieler dieser Veranstaltungen. Bei ihrer Organisierung und Durchführung erwarben sich vor allem Wilhelm Liebknecht, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin sowie zahlreiche andere sozialdemokratische Funktionäre große Verdienste.[48] In mehreren dieser Volksversammlungen trat auch Karl Liebknecht als Redner hervor.

Karl Liebknecht war am 13. August 1871 als Sohn des deutschen Arbeiterführers Wilhelm Liebknecht in Leipzig geboren worden. Nach Besuch des Nikolai-Gymnasiums in Leipzig hatte er von 1890 bis 1893 in Leipzig und Berlin Rechtswissenschaften und Nationalökonomie studiert. Während seiner vierjährigen Referendarzeit in Westfalen von 1894 bis 1898 promovierte er 1897 an der Universität Würzburg zum Doktor der Rechte und der Staatswissenschaften. Im Jahre 1899 war von ihm und seinem älteren Bruder Theodor in Berlin eine gemeinsame Anwaltspraxis eröffnet worden. Ein Jahr später wurde er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Seitdem war er aktiv politisch tätig und entwickelte sich in wenigen Jahren zu einem bedeutenden Führer der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und der Arbeiterjugendbewegung.[49]

August Bebel und Paul Singer brandmarkten im Reichstag die Greueltaten der deutschen Soldateska in China und klagten vor der Welt die räuberische Annexionspolitik des deutschen Imperialismus an. „Wir machen uns nicht zu Mitschuldigen einer Politik", rief Paul Singer am 22. November 1900 im Reichstag aus, „die von phantastischen Welteroberungsplänen ausgeht, die in einem Rachezuge gipfelt, den ich als blutigen Hohn auf Kultur und Zivilisation bezeichnen

[48] Dokument Nr. 3.

[49] Dokument Nr. 5.

muß."[50] Franz Mehring hatte bereits am 20. Juni 1900 in der „Neuen Zeit" auf den Zusammenhang von kapitalistischer Unterdrückung im eigenen Lande und der gegenüber fremden Völkern hingewiesen. Solche Raubkriege, wie sie der deutsche Imperialismus gegenwärtig in China führe, schrieb Franz Mehring, „züchten vor allen Dingen den einheimischen Despotismus, und jeder Arbeiter, der an dem Joche schmieden hülfe, das den Chinesen auf den Nacken gelegt werden soll, würde nur seine eigenen Ketten fester schmieden"[51].

Vom 17. bis 21. September 1900 fand der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Mainz statt. Seine Delegierten gedachten Wilhelm Liebknechts, der am 7. August 1900 gestorben war. Die Partei hatte ihn in Berlin feierlich zu Grabe getragen. Seine Beisetzung wurde zu einer eindrucksvollen Kundgebung der Stärke der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Verbundenheit mit den Volksmassen. Im Trauerzug befanden sich Deputationen der Parteien der internationalen Arbeiterbewegung und Abordnungen aus vielen Orten Deutschlands. Hunderttausende säumten den Weg, den der Trauerzug nahm; er dauerte fünf Stunden. In der Hauptstadt des Wilhelminischen Kaiserreichs wurde einem Sozialisten die letzte Ehre erwiesen, der der Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie gewesen war, der sich als Freund und Schüler von Karl Marx und Friedrich Engels zu einem der bedeutendsten Führer der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland und im internationalen Maßstab entwickelt hatte und dessen kompromißloser Kampf gegen den preußischen Militarismus und für die Einigung Deutschlands auf revolutionär-demokratischem Wege von großer nationaler Bedeutung gewesen war.

Einer der wichtigsten Tagesordnungspunkte des Mainzer Parteitages war die Stellungnahme der Partei zur „Weltpolitik", die in der imperialistischen Aggression in China handgreiflich Gestalt angenommen hatte. Paul Singer kennzeichnete in seinem Referat treffend die ökonomischen Hintergründe der expansiven Politik des deutschen Imperialismus und entlarvte dessen brutale und unmenschliche Methoden bei der Unterwerfung und Ausplünderung kolonial unterdrückter Völker. Auf seinen Vorschlag hin nahm der Parteitag eine Resolution an, in der die Aggression prinzipiell verurteilt und die nationale Unabhängigkeit des chinesischen Volkes verteidigt wurde. Nachdrücklich

50 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, X. Legislaturperiode, II. Session 1900/1902, Erster Band, Berlin 1901, S. 85.

51 Franz Mehring: Die Unruhen in China. In: Gesammelte Schriften, Bd. 14, S. 344.

wurde auf dem Parteitag betont, daß die imperialistische Eroberungspolitik im Gegensatz zu den Interessen des deutschen Volkes stehe und durch energische Ausweitung der Protestbewegung bekämpft werden müsse.

Eine weitere wichtige Frage, die auf dem Mainzer Parteitag behandelt wurde, war die nach der Organisation der deutschen Sozialdemokratie. Das System der Vertrauensleute entsprach nicht mehr den Bedingungen des Klassenkampfes. Es war außerdem durch die Ende 1899 erfolgte Aufhebung des Verbindungsverbotes inländischer Vereine auch in vereinsrechtlicher Beziehung nicht mehr notwendig. Dem Mainzer Parteitag lagen daher zahlreiche Anträge vor, in denen die Mitglieder eine Zentralisierung der Parteiorganisation forderten. „Ich glaube nicht zu viel zu behaupten", erklärte Ignaz Auer in Mainz, „wenn ich sage, daß mindestens zwei Drittel aller Personen, die zu den Vorberatungen zugezogen wurden, zweifellos mehr oder minder Anhänger der zentralistischen Richtung in der Organisationsform sind."[52]

Der Mainzer Parteitag nahm jedoch ein neues Organisationsstatut an, durch das das Vertrauensleutesystem und die besonders dadurch bedingte lockere Form der Parteiorganisation weiterhin beibehalten wurden. So betrachtete der Paragraph 1 des Statuts bereits jede Person als zur Partei gehörig, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekannte und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützte. Da die Verpflichtung zur Organisierung und zur aktiven Tätigkeit innerhalb der Partei fehlte, stand sie immer noch jedem offen.

Zu Beginn der imperialistischen Epoche behielt die deutsche Sozialdemokratie damit eine Organisationsform bei, die nicht mehr den neuen Anforderungen entsprach, die jetzt an die Arbeiterklasse und ihre Partei gestellt wurden. Das war vor allem darauf zurückzuführen, daß die Notwendigkeit, die Parteiorganisation auf eine neue, qualitativ höhere Stufe zu heben, nicht gesehen beziehungsweise unterschätzt wurde. Hinzu kam, daß es die opportunistischen Gegner einer Zentralisierung und Straffung der Parteiorganisation geschickt verstanden, ihre föderalistischen Bestrebungen mit der angeblichen Rücksichtnahme auf die Interessen der Massen und der Demokratie in der Partei zu tarnen. Dabei fanden sie die Unterstützung Karl Kautskys.

[52] Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mainz vom 17. bis 21. September 1900, Berlin 1900, S. 132.

Unmittelbar nach dem Mainzer Parteitag, vom 23. bis 27. September 1900, fand in Paris der Internationale Sozialistenkongreß statt. An ihm nahmen 791 Delegierte aus 21 Ländern teil. Im Namen der deutschen Delegation rief ihnen Paul Singer unter stürmischem Beifall zu: „... der Weltpolitik des Militarismus, des Chauvinismus, des Kapitalismus setzen wir entgegen die Weltpolitik der Interessengemeinschaft des Proletariats aller Länder, die Weltpolitik des internationalen Friedens; der Raub- und Eroberungspolitik der herrschenden Klassen stellen wir entgegen die internationale Solidarität; der Interessengemeinschaft der Ausbeuter die Interessengemeinschaft der Ausgebeuteten."[53]

Nach einem Referat zum Tagesordnungspunkt „Ausführung der Beschlüsse der Internationalen Kongresse. Aufsuchung und Anwendung praktischer Methoden für die internationale Verständigung. Organisation und Aktion der Arbeiter und Sozialisten" wurde die Gründung einer „dauernden internationalen Zentralkommission", des Internationalen Sozialistischen Büros (ISB), beschlossen. Das ISB und sein Sekretariat, deren Sitz Brüssel war, hatten die Beschlüsse der Internationalen Kongresse zu veröffentlichen, die Berichte über den Stand und die Entwicklung der sozialistischen Organisationen der einzelnen Länder einzufordern und in einem Generalbericht zusammenzufassen, die Kongresse vorzubereiten und Manifeste zu veröffentlichen, in denen „zu allen brennenden großen Tagesfragen, welche die Interessen des Proletariats berühren"[54], Stellung genommen werden sollte.

Der Kongreß beschloß weiterhin die Gründung der Interparlamentarischen Kommission, die sich aus Vertretern der sozialistischen Parlamentsfraktionen der verschiedenen Länder zusammensetzte. Ihre Hauptaufgabe sollte es sein, wie auf dem Kongreß zur Notwendigkeit einer solchen Kommission erklärt wurde, „die Einheitlichkeit der politischen Aktion zu garantieren. In der Zeit des internationalen Imperialismus und Militarismus sei es von höchster Wichtigkeit, daß in allen Parlamenten zu gleicher Zeit ein gemeinsamer Protest erhoben werde, daß die Forderung, dem Militarismus keinen Mann und Groschen zu bewilligen, gleichsam die internationale Proletarier-Parole werde."[55]

Heftige Auseinandersetzungen löste der Tagesordnungspunkt „Er-

53 Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Paris. 23. bis 27. September 1900, Berlin 1900, S. 4.

54 Ebenda, S. 10.

55 Ebenda, S. 11.

oberung der staatlichen Macht und die Bündnisse mit bürgerlichen Parteien" aus. Der führende französische Sozialist Alexandre-Etienne Millerand hatte 1899 Eduard Bernsteins Revisionismus in die Tat umgesetzt, indem er als Minister in eine reaktionäre bürgerliche Regierung eingetreten war, deren Kriegsminister kein anderer war als der Schlächter der Pariser Kommune, General Gaston Alexandre Auguste Marquis de Gallifet. Der Kongreß nahm eine Resolution Karl Kautskys an, die jedoch das Verhalten Millerands nicht prinzipiell ablehnte.

Von hervorragender Bedeutung für den Kampf des internationalen Proletariats waren die Beratungen des Kongresses über Militarismus und Kolonialismus. Rosa Luxemburg hielt das Hauptreferat über das Thema „Der Völkerfriede, der Militarismus und die stehenden Heere". Sie wies darauf hin, daß der Protest gegen den Militarismus auf internationalen Kongressen nichts Neues sei. Das Proletariat habe von jeher richtig empfunden, „daß es im Militarismus den Todfeind aller Kultur zu erblicken hat... Für uns handelt es sich aber nicht bloß um Wiederholung der früheren Beschlüsse, sondern darum, etwas Neues zu schaffen gegenüber der neuen Erscheinung der Weltpolitik."[56]

Der Pariser Kongreß nahm auf Vorschlag Rosa Luxemburgs einstimmig eine Resolution an, in der die Arbeiterparteien eines jeden Landes aufgefordert wurden, den Militarismus und die Kolonialpolitik mit verdoppelter Energie zu bekämpfen und in internationalem Maßstab wirksame gemeinsame politische Gegenaktionen zu führen. In allen sozialistischen Parteien sollte die antimilitaristische Erziehung und Organisierung der Jugend begonnen und wirksam betrieben werden. Damit leistete Rosa Luxemburg einen wichtigen Beitrag zur Ausarbeitung der Strategie und Taktik der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung für den Kampf gegen Militarismus und Kolonialismus in der imperialistischen Epoche.

Schon vor dem Pariser Kongreß traten innerhalb der deutschen Sozialdemokratie verstärkt einzelne Opportunisten mit einer revisionistischen Konzeption in bezug auf den Militarismus und Kolonialismus hervor. In ihrer Artikelserie „Miliz und Militarismus", die 1899 in der „Leipziger Volkszeitung" erschien, brandmarkte Rosa Luxemburg den Revisionisten Max Schippel. Unter dem Pseudonym Isegrim hatte er Artikel in der sozialdemokratischen Presse veröffentlicht, in denen er den marxistischen Standpunkt in der Milizfrage entstellte und den

[56] Ebenda, S. 27.

Verzicht auf den revolutionären Kampf gegen den Militarismus predigte.

Die Revisionisten wandten sich offen gegen die bewährten Positionen der revolutionären Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Kolonialismus. Sie leisteten damit dem imperialistischen Propagandafeldzug für den Kriegsflottenbau und für den Überfall auf das chinesische Volk Schützenhilfe. Eduard Bernstein behauptete 1900 in den „Sozialistischen Monatsheften", daß sich die Partei der Kolonialpolitik nicht „rein negierend" entgegenstellen könne, da sie „heute tatsächlich unvermeidlich"[57] sei.

Bernhard von Bülow, der am 16. Oktober 1900 Reichskanzler geworden war, versuchte zunächst, die sozialistische Arbeiterbewegung in Deutschland durch die sogenannte Mauserungspolitik zu bekämpfen. Das verstärkte Auftreten des Revisionismus erweckte in ihm die Hoffnung, daß sich die deutsche Sozialdemokratie in eine reformistische Arbeiterpartei verwandeln und nach dieser Mauserung den imperialistischen Kurs unterstützen würde. Die bürgerliche „Tägliche Rundschau" schrieb hierzu am 31. Oktober 1900: „Graf Bülow ist ebenso wie der Kaiser in erster Linie Weltpolitiker und er hat volles Verständnis für die moderne Arbeiterbewegung... Er weiß, daß deutsche Weltpolitik auf die Dauer nur zu treiben ist, wenn die Masse des arbeitenden Volkes ihr zum mindesten nicht feindlich gegenübersteht, wenn der Abgrund zwischen den Arbeitern und dem Staat nicht künstlich erweitert wird."

Bezeichnenderweise ermöglichte Bernhard von Bülow bereits wenige Wochen nach seiner Ernennung zum Reichskanzler Eduard Bernstein, der damals als Emigrant in England lebte, die Rückkehr nach Deutschland. Welches Ziel er damit verfolgte, kam später in seinen Erinnerungen deutlich zum Ausdruck: „Ich ließ die Angelegenheit in Ordnung bringen, und Eduard Bernstein konnte nach Deutschland zurückkehren, wo er im Reichstag und in der sozialdemokratischen Fraktion eine bedeutsame Rolle spielen sollte, nicht immer zur Freude des fanatischen August Bebel..."[58] Die Hoffnungen, die Bülow zunächst in Eduard Bernsteins revisionistische Tätigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung setzte, zeigten sich auch in seiner Reichstagsrede vom 19. März 1901, in der er mit Nachdruck auf die Äußerung Bernsteins hinwies,

57 Eduard Bernstein: Der Sozialismus und die Kolonialfrage. In: Sozialistische Monatshefte (Berlin), 1900, Nr. 9, S. 560.

58 Bernhard Fürst von Bülow: Denkwürdigkeiten, Erster Band, S. 469.

„daß Deutschland ein großes Interesse daran hätte, daß der chinesische Handel ihm nicht aus den Händen gleite“[59].

In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts verstärkten Großbourgeoisie und Junker ihre Angriffe auf die Lebenslage der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen. Die Massen mußten durch direkte und indirekte Steuern sowie Zölle die riesigen Summen aufbringen, die der deutsche Imperialismus für die Aufrüstung des Heeres und der Kriegsmarine vergeudete. Hinzu kam noch das Bestreben der imperialistischen Bourgeoisie, die Folgen der Weltwirtschaftskrise durch die erhöhte Ausbeutung der Arbeiterklasse von sich abzuwälzen.

Wie sehr sich der Klassenkampf verschärfte, kam im Anwachsen der Zahl der Streiks und der Aussperrungen zum Ausdruck. Im Jahre 1900 waren an ihnen, nach der amtlichen Statistik, fast 132 000 Arbeiter beteiligt. Dabei sind die lange Zeitdauer vieler Streiks und die oft hohe Zahl der Streikenden ebenso charakteristisch wie die Tatsache, daß die kapitalistischen Unternehmer jetzt immer öfter versuchten, die Arbeiter durch Aussperrungen in die Knie zu zwingen.

Im Herbst 1901 legte die kaiserliche Regierung dem Reichstag den Gesetzentwurf für einen neuen Zolltarif vor, der eine beträchtliche Erhöhung der Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel zur Folge haben mußte. In Tausenden von der Partei einberufenen Volksversammlungen und in einer von ihr organisierten Unterschriftenkampagne protestierten die Massen gegen die Hunger- und Wucherzölle. Wenige Tage nach dem Bekanntwerden der Regierungsvorlage konnte die sozialdemokratische Fraktion dem Reichstag einen „Petitionsballen“ mit einem Gewicht von 15 Zentnern zustellen, der die Unterschriften von fast dreieinhalb Millionen Personen enthielt, die sich gegen jede Erhöhung der Lebensmittelzölle aussprachen. Im Reichstag kämpften die sozialdemokratischen Abgeordneten entschlossen gegen „das Zollkartell von Hetzpeitsche, Weihwedel und Geldsack“[60].

Am 14. Dezember 1902 wurde der Zolltarif infolge der volksfeindlichen Haltung der bürgerlichen Parteien mit 202 gegen 100 Stimmen angenommen. Durch die Hunger- und Wucherzölle plünderten die herrschenden Klassen die Werktätigen in verstärktem Maße auch außerhalb der kapitalistischen Betriebe aus. Die deutsche Bevölkerung

[59] Graf Bülows Reden nebst urkundlichen Beiträgen zu seiner Politik, Leipzig 1903, S. 214.

[60] Der Umsturz im Reichstag. Eine Darstellung der Kämpfe um den Zolltarif nach dem amtlichen Stenogramm, Berlin 1903, S. 23.

zahlte vor 1914 für ein solches Grundnahrungsmittel wie Fleisch die höchsten Preise in der ganzen Welt. Der Kampf gegen die Hunger- und Wucherzölle des deutschen Imperialismus ließ deutlich werden, über welche große Massenbasis die deutsche Sozialdemokratie verfügte.

Mit dem Eintritt in das höchste und letzte Stadium des Kapitalismus vollzogen sich in der Struktur der Klassen und Schichten Deutschlands sowie in ihrer Stellung zueinander wesentliche Veränderungen. Während noch 1890 von den insgesamt 49,4 Millionen Einwohnern 47 Prozent in der Stadt und 53 Prozent auf dem Lande wohnten, wandelte sich dieses Verhältnis bis 1910 wesentlich. Die Zahl der Bevölkerung stieg auf 64,9 Millionen an; nunmehr lebten 60 Prozent der Einwohner in der Stadt und 40 Prozent auf dem Lande.

In Deutschland herrschte eine Klasse, die mit der Existenz der historisch überlebten, dem Untergang geweihten kapitalistischen Ausbeuterordnung untrennbar verbunden war. Die Bourgeoisie bestand aus einzelnen Schichten und Gruppen, die verschiedentlich in Widerspruch zueinander oder zu den Grundinteressen ihrer ganzen Klasse gerieten und sich im Verlaufe der imperialistischen Epoche noch stärker differenzierten.

Zur imperialistischen Großbourgeoisie gehörten wenige, aber mächtige Monopolisten, die über riesige Unternehmen und einflußreiche Banken verfügten. Ihre Klasseninteressen wurden vor allem durch die Nationalliberale Partei und mehr und mehr auch durch das konservative Zentrum vertreten.

Eine besondere Stellung innerhalb der Imperialisten nahmen die Junker ein. Die ökonomische Grundlage ihrer Macht war ihr Großgrundbesitz in den sechs östlichen Provinzen Preußens. Mit 5,6 Millionen Hektar machte er 1898 etwa 75 Prozent des gesamten Großgrundbesitzes in Deutschland aus. In Ostelbien gehörten den Junkern bis zu 80 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Im Staatsapparat und in der Armee hatten die Junker besonders starke Positionen. So waren 1900 in Preußen von 12 Oberpräsidenten 5 Junker und 6 andere Adlige, von 34 Regierungspräsidenten 9 Junker und 14 andere Adlige sowie von 491 Landräten 138 Junker und 130 andere Adlige. Unter den 648 Regierungsreferendaren der Jahrgänge 1903 bis 1905 in Preußen waren nur vier Söhne mittlerer Beamter und 19 von Lehrern. Ein Adelsprädikat, die Zugehörigkeit zu einem studentischen Korps und das Reserveoffizierspatent, das waren die Voraus-

setzungen, von denen ein junger Mensch zumindest eine besitzen mußte, wenn er im preußischen Staatsapparat Karriere machen wollte. Das Offizierskorps der preußischen Armee war völlig vom reaktionären Geist der Junker erfüllt. Von den Obersten und Generälen waren 1900 61 Prozent adlig. Die Interessen der Junker wurden besonders durch die Deutschkonservative Partei, durch den Bund der Landwirte und zum Teil auch durch die Reichs- und freikonservative Partei und das Zentrum wahrgenommen.

Junkertum und Bourgeoisie verbanden sich immer enger miteinander. Zahlreiche Junker wurden selbst zu Großkapitalisten, indem sie durch Kauf oder Heirat große industrielle Unternehmungen erwarben. In der Bourgeoisie wiederum konnte das reaktionäre Preußentum, wie Heinrich Manns Roman „Der Untertan" anschaulich zeigt, immer fester Fuß fassen. Geadelt zu werden, preußischer Reserveoffizier zu sein, preußische Orden oder Titel zu besitzen gehörte im Wilhelminischen Kaiserreich zu den erstrebenswerten Zielen eines Bourgeois.

Sowohl zwischen einzelnen Gruppen der Imperialisten als auch in ihnen selbst gab es vor allem in Fragen der Zoll- und Steuerpolitik noch zeitweilig heftige Auseinandersetzungen. Das gemeinsame Interesse an der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen sowie an der Festigung und Stärkung der ökonomischen und politischen Macht des deutschen Imperialismus ließ jedoch diese Gegensätze immer wieder in den Hintergrund treten. Die typische Partei des junkerlich-bürgerlichen Imperialismus war die Reichs- und freikonservative Partei.

Der imperialistischen Großbourgeoisie stand die große Zahl mittlerer und kleinerer Kapitalisten gegenüber, die in harter Konkurrenz mit den Monopolen um ihre Existenz kämpfen mußten. Zur Bourgeoisie zählten als besondere Schicht auch die Großbauern, die 1907 4,57 Prozent der bäuerlichen Betriebe und fast 30 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche in Deutschland besaßen.

Einen beachtlichen Teil der deutschen Bevölkerung machte das Kleinbürgertum aus. Zu ihm gehörten unter anderem Handwerker sowie Mittel- und Kleinbauern. Sie waren Privateigentümer an Produktionsmitteln, lebten jedoch im Unterschied zur Bourgeoisie von ihrer eigenen Arbeit und wurden von der Bourgeoisie ausgebeutet. Das ungeheure Wachstum der Industrie und der rasche Prozeß der Konzentration der Produktion in immer größeren Betrieben führten zur Ein-

schränkung der Rolle des in Deutschland besonders zahlreichen Kleinbürgertums im wirtschaftlichen Leben, zur Verschlechterung seiner Existenzbedingungen, zur Steigerung seiner wirtschaftlichen Unsicherheit und beschleunigten den Prozeß seiner Proletarisierung und Ruinierung. Dem Kleinhandel machten besonders die Warenhäuser, von denen es 1899 in Deutschland bereits 500 gab, eine so starke Konkurrenz, daß ihnen viele kleinbürgerliche Existenzen zum Opfer fielen.

Im Gegensatz zu den Großbauern, die schon in verhältnismäßig hohem Grade landwirtschaftliche Maschinen benutzten, besaß von den über eine Million mittelbäuerlichen Betrieben mit 5 bis 20 Hektar mehr als ein Viertel noch 1906/1907 keinerlei landwirtschaftliche Maschinen. Die äußerst niedrige Arbeitsproduktivität zwang die Mittelbauern dazu, ihre Familienangehörigen mitarbeiten zu lassen. Die Zahl der von ihnen beschäftigten Lohnarbeiter war dagegen gering.

Über 75 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe gehörten 1907 in Deutschland Zwerg- und Parzellen- sowie Kleinbauern (2 bis 5 ha). An landwirtschaftlicher Nutzfläche standen ihnen dagegen nur 5 beziehungsweise 10 Prozent zur Verfügung. Diese Kleinbetriebe waren, wie W. I. Lenin im Hinblick auf Deutschland schrieb, „zu einer unglaublich elenden, unterdrückten Lage verurteilt... Abhängig vom Großkapital, rückständig im Vergleich zum landwirtschaftlichen Großbetrieb, hält sich der Kleinbetrieb nur durch rigorose Einschränkung seiner Bedürfnisse und durch eine alle Kräfte übersteigende Schinderei. Zersplitterung der menschlichen Arbeitskraft und Raubbau an ihr, schlimmste Arten der Abhängigkeit des Produzenten, Erschöpfung der Kräfte der Bauernfamilie, des bäuerlichen Viehs, des Bauernlandes – das ist es, was der Kapitalismus stets und überall den Bauern bringt."[61]

Von den über zwei Millionen Zwergbauern waren 1907 96 Prozent gezwungen, hauptberuflich noch auf den Gütern der Junker, bei den Großbauern oder – und das traf in überwiegendem Maße zu – in der Industrie zu arbeiten.

Im Zusammenhang mit der Konzentration der Produktion und des Kapitals entstanden auch neue kleinbürgerliche Schichten. Das geschah vor allem im Handel und im Dienstleistungsbereich. Infolge der Anforderungen der Großindustrie, zum Beispiel der Elektro-, Fahrrad-

[61] W. I. Lenin: Der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft. In: Werke, Bd. 19, Berlin 1965, S. 270.

und Automobilindustrie, waren kleine und kleinste Werkstätten über das ganze Land verstreut.

Andere, bis dahin relativ unbedeutende Schichten, die außerhalb der Produktion tätig waren, wuchsen seit Beginn des Imperialismus an Umfang und Bedeutung, so zum Beispiel die Beamten und Angestellten im Staatsapparat und in der Industrie, im Handel und in den Kreditanstalten. Der junkerlich-bürgerliche Staat verfügte im Jahre 1907, vor allem bei der Eisenbahn und bei der Post, über mehr als eine Million Beamte, von denen die unteren ein kümmerliches Dasein fristeten und nur durch Uniform, Pensionsberechtigung und andere Privilegien sowie durch Sonderbestimmungen von ihren proletarischen Klassenbrüdern getrennt waren. Aber auch bei vielen mittleren Beamten waren, wie Clara Zetkin ironisch feststellte, „mehr Titel als Mittel" vorhanden und wurde alles „dem Götzen der ‚standesgemäßen Existenz' geopfert"[62].

Die Zahl der Angestellten in der Industrie, im Handel und in der Landwirtschaft stieg im Zeitraum 1895 bis 1907 von 621 825 auf 1 290 728, dabei allein in der Industrie von 263 745 auf 686 007. Die Masse der unteren Angestellten unterschied sich in bezug auf ihr Einkommen und ihre Abhängigkeit vom Kapital nicht wesentlich von den Lohnarbeitern. Durch Herkunft, Lebenshaltung und Illusionen über ihre reale Lage dachten und handelten sie aber vielfach als Kleinbürger. Die wirtschaftliche Lage der Büro- und vor allem der Warenhausangestellten war besonders schlecht.

Zur Intelligenz gehörten zwar nur einige Hunderttausende, sie nahmen aber auf die politische und geistige Entwicklung des Volkes einen bedeutenden Einfluß. So gab es zum Beispiel im Jahre 1907 in Deutschland mehr als 21 000 Richter und Staatsanwälte, 12 800 Rechtsanwälte und Notare, etwa 277 000 Lehrer und mehr als 8750 Journalisten und Schriftsteller. Die Angehörigen der Intelligenz rekrutierten sich aus den verschiedenen Klassen. In ihrer großen Mehrheit dienten sie dem imperialistischen System und unterstützten dessen reaktionäre, antinationale Politik. Als Künstler, Wissenschaftler, Publizisten verbreiteten sie die imperialistische Ideologie. Nur ein kleiner Teil fortschrittlicher Intellektueller vermochte bereits damals Positionen im Interesse der friedlichen und demokratischen Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes einzunehmen.

62 Clara Zetkin: Zur Dienstbotenbewegung. In: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I, Berlin 1957, S. 171/172.

Das Kleinbürgertum schwankte zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat. Als Privateigentümer oder infolge ihrer Lebenshaltung waren die Kleinbürger mit der Bourgeoisie, als Werktätige, die kapitalistisch ausgebeutet wurden, mit dem Proletariat verbunden. Mit dem verstärkten Proletarisierungsprozeß seit dem Beginn der imperialistischen Epoche schlossen sich größere Teile des Kleinbürgertums in Deutschland der Sozialdemokratie als Sympathisierende oder sogar als Mitglieder an. Das Gros des Kleinbürgertums blieb aber weiterhin unter dem Einfluß der reaktionären Parteien und der Propagandaorganisationen des deutschen Monopolkapitals, deren Wähler beziehungsweise Mitglieder es auch hauptsächlich stellte. Daneben bestanden zahlreiche Spezialorganisationen, wie gelbe Beamtenvereine oder der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der bereits 1907 über 100 000 Mitglieder hatte. Im Widerspruch zu ihren ureigensten Interessen folgte die Mehrheit des Kleinbürgertums den Imperialisten und Militaristen lange Zeit auf dem Wege des Krieges und der Reaktion.

Die Arbeiterklasse hatte sich in Deutschland zur zahlenmäßig stärksten Klasse entwickelt. Die Zahl der in der Industrie, im Handel und in der Landwirtschaft beschäftigten Lohnarbeiter und -arbeiterinnen stieg innerhalb der relativ kurzen Zeit von 1895 bis 1907 bedeutend an, wobei in der Industrie eine besonders starke Zunahme zu verzeichnen war.

Zahl der Arbeiter 1895 und 1907

	1895	1907
Industrie	5 899 708	8 460 338
Handel und Verkehr	1 123 114	1 699 008
Landwirtschaft	3 724 145	3 388 892
Insgesamt	10 746 967	13 548 238

Die Zahl der Proletarier nahm in den verschiedenen Industriezweigen sehr unterschiedlich zu; sie erhöhte sich vor allem in den wichtigsten Zweigen. So stieg sie in der Maschinenindustrie im Zeitraum von 1895 bis 1907 von 268 654 auf 700 184. Obwohl der überwiegende Teil der Industriearbeiter weiterhin in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt war, vollzog sich auch hier infolge der starken Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals eine beträchtliche Veränderung.

	Anzahl der Betriebe		Anzahl der Beschäftigten	
	1895	1907	1895	1907
Kleinbetriebe				
1–5 Beschäftigte	2 934 723	3 124 198	4 770 669	5 353 576
Mittelbetriebe				
6–50 Beschäftigte	191 301	267 410	2 454 333	3 644 415
Großbetriebe				
51 und mehr Beschäftigte	18 953	32 007	3 044 267	5 350 025

Die Zahl der Facharbeiter erhöhte sich ebenfalls. Sie betrug 1895 in der Industrie rund 3,1 Millionen. Neben ihnen gab es aber noch über zwei Millionen ungelernte Arbeiter. Hinzu kamen in der Industrie 610 000 Lehrlinge.

Die Lage der Arbeiterklasse veränderte sich mit dem Eintritt in die Epoche des Imperialismus. Infolge der starken ökonomischen Kämpfe der Arbeiter war die Bourgeoisie zwar zu Lohnerhöhungen gezwungen; dem tendenziellen Ansteigen der Löhne stand aber ein durch die volksfeindliche Politik des deutschen Imperialismus bewirktes ungleich größeres Anwachsen der Steuern, Zölle und damit auch der Preise gegenüber. Infolge der großen Wohnungsnot erhöhten sich die Mietpreise stets schneller als die Löhne. In den Großstädten mußte der Arbeiter in der Regel für eine ungesunde, lichtarme Wohnung, die nur aus einem oft nicht einmal heizbaren Zimmer bestand, durchschnittlich über 25 Prozent seines Lohnes an Miete bezahlen. Während die Profite der Monopolkapitalisten immer größer wurden, stagnierten die Reallöhne der Arbeiter im gleichen Zeitraum.

In harten Klassenauseinandersetzungen hatten sich die deutschen Arbeiter vielfach Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen erkämpft. Die meisten von ihnen mußten aber um die Jahrhundertwende immer noch wöchentlich sechzig Stunden und mehr arbeiten. Urlaub gab es für den Arbeiter nicht. Die außerordentliche Intensivierung der Ausbeutung in den Betrieben führte zum Raubbau an seinen Kräften, zu vermehrten Unfällen und zu früherer Invalidität.

Im Vergleich zur Lage der Arbeiterklasse in der Stadt war die Lage der Millionen Landarbeiter noch weitaus schlechter. Zu ihnen gehörten das landwirtschaftliche Gesinde, die Tagelöhner, die Häusler, die als Landarbeiter vertraglich nicht gebunden waren, und die ausländischen Wanderarbeiter, deren Zahl vor 1914 bis auf fast eine halbe Million anstieg und die zumeist aus den polnischen Gebieten kamen. Das fehlende Koalitionsrecht und solche Ausnahmegesetze wie die Gesinde-

ordnungen erschwerten es den Landarbeitern ungemein, gegen die grenzenlose Ausbeutung und für die Verbesserung ihrer politischen Lage wirksam zu kämpfen. Für den Klassenkampf der Arbeiter in den Städten war die Gewinnung der Landarbeiter von außerordentlich großer Bedeutung. Infolge der politischen Rechtlosigkeit, in der sie sich vor allem in Ostelbien befanden, waren sie aber zunächst noch in ihrer großen Masse weitgehend den preußischen Junkern preisgegeben.

Schamlose Bereicherung der wenigen Besitzenden auf Kosten der Volksmassen – das war der Zustand, zu dem die imperialistische Raubpolitik die Nation verdammte.

Die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie hatte ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie sehr vergrößern können. Weiterhin befand sich aber die Mehrheit der Arbeiterklasse unter bürgerlichem Einfluß. Mit Hilfe ökonomischen und politischen Drucks, nationalistischer und monarchistischer Losungen sowie religiöser Beeinflussung gelang es der imperialistischen Bourgeoisie, Hunderttausende deutscher Arbeiter in bürgerlichen Arbeiterverbänden, wie den christlichen Gewerkschaften, gelben und monarchistischen Arbeiterorganisationen sowie den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen, zu organisieren.

Innerhalb der bürgerlichen Arbeiterorganisationen kam aber immer wieder der objektive Widerspruch zwischen den proletarischen Mitgliedern und den bürgerlichen Führern offen zum Ausdruck. Das zeigte sich besonders während der Krise von 1900 bis 1903. Viele christliche Arbeiter protestierten in sozialdemokratischen Versammlungen gegen die Unterstützung der Hunger- und Wucherzölle durch ihre reaktionären Führer. Die Opposition der christlichen Metallarbeiter war so stark, daß ihr ganzer Verband 1902 aus den christlichen Gewerkschaften ausgeschlossen wurde. Das gemeinsame proletarische Klasseninteresse begann sich zeitweilig stärker zu erweisen als die in den bürgerlichen Arbeiterorganisationen wirksame bürgerliche Ideologie.

Zu Beginn der imperialistischen Epoche verstärkte sich der Wandel, der sich innerhalb der Struktur der deutschen Arbeiterklasse vollzog. Eine Schicht qualifizierter, besserbezahlter Arbeiter hatte sich herausgebildet. Bei ihr handelte es sich vornehmlich um die Oberschicht der Facharbeiter, um die Meister, Aufseher und Vorarbeiter, die für die

unmittelbare Leitung und Überwachung des kapitalistischen Produktionsprozesses unerläßlich geworden waren. Aus ihnen rekrutierte sich die Arbeiteraristokratie. Sie war in den Industriezweigen am stärksten, wo der höchste Grad der Monopolisierung erreicht war, und hier besonders in solchen Riesenbetrieben wie in denen der Schwerindustriellen Friedrich Alfred Krupp und Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg.

Durch ihre Monopolherrschaft, die verstärkte Ausbeutung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen des eigenen Landes sowie Hunderttausender schlechtbezahlter und rechtloser ausländischer Arbeiter[63] und die Ausplünderung der kolonialen und abhängigen Länder eignete sich die imperialistische Bourgeoisie riesige Extraprofite an. Sie ermöglichten es ihr, einen bestimmten Teil der Arbeiterklasse in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern beziehungsweise in einzelnen Industriezweigen dieser Länder durch materielle Besserstellung und durch eine Reihe von Privilegien zu bestechen. Auf diese Weise versuchten die Monopolkapitalisten, sich einen kleinen Teil der Arbeiterklasse politisch-ideologisch gefügig zu machen und ihn als Arbeiteraristokratie der Hauptmasse der Arbeiterklasse gegenüberzustellen.

Zur Herausbildung der Arbeiteraristokratie dienten verschiedene Mittel und Methoden. Sie erhielt zu Beginn der imperialistischen Epoche Löhne, die oft doppelt so hoch waren wie die der Hauptmasse der Arbeiter. Ihr standen vornehmlich die werkseigenen Wohnungen zur Verfügung, die von den großen Industriebetrieben in wachsendem Maße seit der Jahrhundertwende gebaut wurden. Im Ruhrgebiet vergrößerte sich die Zahl der Arbeiterwohnungen, die den Zechenherren gehörten, von 10 000 im Jahre 1893 auf 52 900 im Jahre 1907. Die Beteiligung an Streiks und jede revolutionäre Tätigkeit überhaupt hatte in der Regel die sofortige Kündigung der werkseigenen Wohnung zur Folge.

Hinzu kamen solche Privilegien wie Sicherung des Arbeitsplatzes und Altersversorgung. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte bei der Züchtung der Arbeiteraristokratie die moralische beziehungsweise politisch-ideologische Korrumpierung. Durch Gewährung von Vorrechten und Weisungsbefugnissen anderen Arbeitern gegenüber wurden die Angehörigen der Arbeiteraristokratie besonders herausgehoben. Die Zugehörigkeit zum monopolkapitalistischen Betrieb oder

[63] Dokument Nr. 31.

zu einem bestimmten Beruf wurde als das Entscheidende hingestellt, während die Klassenzugehörigkeit der Arbeiter geleugnet wurde. So erklärte Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg im Jahre 1895 vor seinen Arbeitern:

„Ein wesentliches Kampfmittel, durch welches der wissenschaftliche und pseudochristliche Sozialismus die Sozialdemokratie unterstützt, ist die Legende von der Existenz eines *vierten Standes,* welcher sich ganz allgemein gegen das ‚Kapital' schützen müsse... Ganz unerfindlich ist es mir, wie sich die gelehrten Herren den vierten Stand eigentlich konstruieren. Zwischen mir und dem geringsten Tagelöhner liegen eine Menge Zwischenstufen: der Direktor, der Betriebschef, der Betriebsingenieur, der Meister, der Vorarbeiter – und möchte ich wohl wissen, wo da der dritte Stand aufhört und der vierte Stand beginnt! Nein, meine Freunde, wir alle gehören einem Stande an, das ist der alte, ehrenhafte Stand der Hammerschmiede."[64]

Die großen Teile des Kleinbürgertums, die im Verlauf des kapitalistischen Konzentrationsprozesses proletarisiert wurden, verharrten in ihrer kleinbürgerlichen Denkweise. In der Hoffnung, wieder nach „oben" zu kommen, lehnten sie eine grundlegende revolutionäre Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ab. Mit der Masse der ungelernten Arbeiter, deren proletarisches Klassenbewußtsein noch sehr wenig entwickelt war, bildeten sie in der deutschen Arbeiterbewegung einen guten Nährboden für die bürgerliche Ideologie.

Die stürmische Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung in die Breite machte es notwendig und ermöglichte es auch immer mehr, hauptamtliche Funktionäre anzustellen. Die Zahl der Gewerkschaftsfunktionäre, die in den Zentralverbänden hauptamtlich tätig waren, erhöhte sich von 108 im Jahre 1899 auf 1 625 im Jahre 1907.

Das war eine äußerst positive Tatsache. Viele ehrliche, überzeugte Revolutionäre konnten jetzt ihre ganze Kraft und ihre großen Fähigkeiten uneingeschränkt in den Dienst der sozialistischen Arbeiterbewegung stellen. Ein Teil der neuen hauptamtlichen Funktionäre negierte aber die revolutionären Ziele der Arbeiterbewegung. Bei diesen Funktionären herrschte das Bestreben vor, die Arbeiterorganisationen, die ihnen eine gesicherte Position boten, nicht in das Feuer des revolutionären Klassenkampfes zu führen. Als Gegner des revolutionären

[64] Die Reden des Freiherrn Carl Ferdinand von Stumm-Halberg. Hist. krit. Gesamtausgabe besorgt von Dr. Armin Tille, Bd. 12, Berlin 1915, S. 584.

Marxismus vertraten sie reformistische Auffassungen, berauschten sie sich an Augenblickserfolgen und setzten sie sich für faule Kompromisse mit dem Klassenfeind ein. In der Partei, den Gewerkschaften und den anderen Arbeiterorganisationen schränkten sie mehr und mehr die demokratische Kontrolle der Mitglieder ein. In dem Maße, wie sie die Schlüsselpositionen innerhalb der Organisationen beherrschten, übten sie in der Arbeiterbewegung einen wachsenden Einfluß im Sinne einer bürgerlichen Klassenpolitik aus. Diese Funktionäre waren entweder kleinbürgerlich entartet, oder sie rekrutierten sich bereits direkt aus der Arbeiteraristokratie beziehungsweise aus kleinbürgerlichen Elementen.

August Bebel warnte mehrfach vor dem Treiben dieser Arbeiterbürokraten. So berichtete er auf dem Jenaer Parteitag von 1905 von der Äußerung alter Hamburger Gewerkschaftsfunktionäre: „Ihr wißt gar nicht, wie böse es bei einem Teil unserer jüngeren Gewerkschaftsführer aussieht, die höhnen ja über die Partei, über den Sozialismus, über den Zukunftsstaat. Die bestreiten sogar, daß wir einen Klassenkampf führen ... Ich bin einfach starr gewesen, als ich das hörte ... da muß ich denn doch sagen: seid auf dem Posten, überlegt Euch, was Ihr tut, Ihr wandelt einen sehr verhängnisvollen Weg, an dessen Ende Ihr Euren eigenen Niedergang herbeiführt, ohne es zu wollen!“[65]

Arbeiteraristokratie, proletarisierte Kleinbürger und Arbeiterbürokratie bildeten die soziale Grundlage des Revisionismus. Unter den Bedingungen des Imperialismus kann die Bourgeoisie ihre Macht nicht mehr behaupten, wenn sie nicht innerhalb des Proletariats selbst Stützen besitzt. Diese Rolle übernahm der Revisionismus. Er war keine nationale, sondern eine internationale Erscheinung, die mit dem Eintritt in die Epoche des Imperialismus gesetzmäßig entstand. Der Revisionismus breitete sich in der Arbeiterbewegung aller imperialistischen Länder wie ein Krebsgeschwür aus. In Deutschland waren es zum Beispiel die Bernsteinianer, in Frankreich die Ministerialisten, in England die Fabier und in Rußland die legalen Marxisten, die „Ökonomisten“ und später die menschewistischen Liquidatoren, die, nach W. I. Lenin, „gemeinsam gegen den ‚dogmatischen‘ Marxismus“ zu Felde zogen.[66]

[65] Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Jena vom 17. bis 23. September 1905, Berlin 1905, S. 308.

[66] W. I. Lenin: Was tun? In: Werke, Bd. 5, S. 362.

Eine der entscheidenden philosophischen Wurzeln des Revisionismus war der Neukantianismus, der zunächst als reaktionäre Antwort auf das materialistische Denken, das sich im Zusammenhang mit dem stürmischen Wachstum der Naturwissenschaften ausbreitete, entstanden war. In dem Maße, wie sich der Revisionismus in der deutschen Arbeiterbewegung durchsetzte, wurde er zu einem Mittel der Bekämpfung der philosophischen Grundlagen des Marxismus. Die Revisionisten behaupteten nicht nur im Sinne des Neukantianismus, daß die „Dinge an sich" nicht erkennbar seien und das „Problem der Materie" nicht gelöst werden könne, sondern sie gingen mit den bürgerlichen Neukantianern den Weg der Kritik an Kant von „rechts" konsequent weiter und bestritten die Existenz einer Materie außerhalb und unabhängig vom Bewußtsein überhaupt. Ebenfalls leugneten sie den objektiven Inhalt der marxistischen Dialektik und suchten sie auf eine subjektiv bedingte, mögliche Deutungsweise, auf eine Art „Arbeitshypothese" zu reduzieren.

Der politisch-ideologische Gehalt des Revisionismus war die Preisgabe aller Grundinteressen der Arbeiterklasse, aller Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus. Im Gegensatz zu den historischen Erfordernissen der neuen geschichtlichen Epoche propagierten die Revisionisten den Verzicht auf den revolutionären Klassenkampf und die Umwandlung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse in eine reformistische Partei. Sie leugneten die Notwendigkeit, den bürgerlichen Staat zu beseitigen und die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Eduard Bernsteins geflügeltes Wort, wonach ihm das sozialistische Endziel nichts, die Bewegung aber alles sei, brachte das Wesen des Revisionismus besser zum Ausdruck, wie W. I. Lenin 1908 in seinem bedeutenden Aufsatz „Marxismus und Revisionismus" zusammenfassend feststellte, „als viele langatmige Ausführungen. Die Haltung von Fall zu Fall festlegen, sich an Tagesereignisse, an das Auf und Ab im politischen Kleinkram anpassen, die Grundinteressen des Proletariats, die Grundzüge der ganzen kapitalistischen Ordnung und die gesamte kapitalistische Entwicklung vergessen, diese Grundinteressen um wirklicher oder vermeintlicher Augenblicksvorteile willen opfern – darin besteht die revisionistische Politik. Und aus dem Wesen dieser Politik selbst geht augenfällig hervor, daß sie unendlich mannigfaltige Formen annehmen kann ..."[67]

67 W. I. Lenin: Marxismus und Revisionismus. In: Werke, Bd. 15, Berlin 1963, S. 26.

Die objektive Aufgabe des Revisionismus bestand darin, die Arbeiterklasse an der Erfüllung ihrer historischen Mission in der Epoche des Imperialismus zu hindern. Ein Sieg des Revisionismus in der Partei der Arbeiterklasse mußte zur Kapitulation vor der Bourgeoisie führen. Daher wurde die Beseitigung jeder Erscheinungsform des bürgerlichen Einflusses auf die Partei der Arbeiterklasse und ihre Organisationen unter den Bedingungen der Epoche des Imperialismus unumgänglich. Für die Einheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage war auch in Deutschland die Weiterentwicklung der marxistischen Partei zur Partei neuen Typus die entscheidende Voraussetzung. Sie konnte nur im kompromißlosen Kampf gegen den Revisionismus geschaffen werden.

Eine solche Grundkonzeption war für den Kampf der revolutionären Marxisten und für die Parteitagsresolutionen der deutschen Sozialdemokratie gegen den Revisionismus nicht vorhanden. Sie wiesen zwar den Revisionismus auf das entschiedenste zurück. Rosa Luxemburg und Clara Zetkin hatten 1899 mehrmals den Ausschluß Eduard Bernsteins aus der Partei gefordert und die heuchlerische Art der Revisionisten, ihre Zersetzungsarbeit in der Partei mit dem Schlagwort von der „Freiheit der Kritik" zu tarnen, verurteilt. „Hier können wir nur eine Freiheit gewähren", stellte Rosa Luxemburg zum Beispiel fest, „die Freiheit der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu unserer Partei."[68] Die notwendigen Konsequenzen gegen Eduard Bernstein und seine Anhänger wurden aber nicht gezogen.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Kampf der revolutionären marxistischen Kräfte gegen die Revisionisten in Deutschland durch eine Reihe von Umständen erschwert wurde. Dieser Kampf mußte in einem hochindustrialisierten kapitalistischen Land, in dem es eine starke Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie gab, geführt werden. Im junkerlich-bürgerlichen Imperialismus stand der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Partei ein besonders raffinierter Klassengegner gegenüber. Im Interesse der Aufrechterhaltung seiner Macht und der Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen insgesamt entwickelte der deutsche Imperialismus von Anbeginn an in der Bekämpfung der sozialistischen Arbeiterbewegung eine besonders hohe „Meisterschaft". Das brutale Vorgehen wurde durch Scheinzugeständnisse und andere ideologische Verwirrungsmanöver, durch Heuchelei, Lüge und Betrug ergänzt. Diese Zickzackwege der antisoziali-

[68] Leipziger Volkszeitung, 14. September 1899.

stischen Taktik der herrschenden Klassen erschwerten den Kampf der marxistischen Kräfte gegen den Revisionismus.

Der Revisionismus wurde in der deutschen Arbeiterbewegung auch durch den besonders aggressiven und reaktionären Charakter des deutschen Imperialismus gefördert. Die Revisionisten knüpften geschickt an nationalistische und chauvinistische Auffassungen in den Reihen der Arbeiterklasse an, die von den deutschen Imperialisten und ihren Ideologen durch den Mißbrauch der Vaterlandsliebe und der nationalen Gefühle der Massen gezüchtet wurden.[69]

Das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts war für Deutschland und die anderen westeuropäischen Länder noch, wie W. I. Lenin betonte, „eine Zeit besonders ruhiger und friedlicher Entwicklung des Kapitalismus, eine Zeit ohne große Revolutionen"[70]. Die deutsche Sozialdemokratie benutzte daher ihre Kampfform und ihre Taktik, die sich in den Jahrzehnten zuvor bewährt hatten, mit dem Ergebnis weiter, daß sie vor dem ersten Weltkrieg über eine hohe, die Massen erfassende Organisiertheit und über eine besonders große Schicht von Sympathisierenden verfügte.

Aber die meisten Führer der deutschen Sozialdemokratie, schrieb W. I. Lenin, „gewöhnten sich an die friedliche Zeit und verloren die Fähigkeit zum revolutionären Kampf"[71]. Hinzu kam, daß sie nicht die entscheidenden Lehren und Schlußfolgerungen aus der Pariser Kommune von 1871 für die Strategie und Taktik des revolutionären Kampfes der deutschen Arbeiterklasse um die Macht gezogen hatten, daß bei ihnen noch Überreste des Lassalleanismus vorhanden waren und das Interesse an der marxistischen Theorie mehr und mehr verlorenging.

Vor dem ersten Weltkrieg, als sich in Deutschland die relativ „friedliche" Entwicklung des Kapitalismus ihrem Ende näherte, war in großen Teilen der deutschen Arbeiterbewegung, wie Clara Zetkin rückblickend feststellte, das „Selbstverständliche, daß revolutionäre Kämpfe unter bestimmten geschichtlichen Umständen überflüssig sind, ja vermieden werden müssen, ... zu dem historisch Unsinnigen [geworden], daß das Proletariat unter allen Umständen revolutionären Kämpfen auszuweichen hat. Das Bedingte verwandelte sich in das Un-

69 Dokument Nr. 24 u. 10.

70 W. I. Lenin: Die III., Kommunistische Internationale. In: Werke, Bd. 29, Berlin 1963, S. 228.

71 Ebenda.

bedingte, in einen ‚kategorischen Imperativ' des proletarischen Klassenkampfes. Die Tradition erstarrte zur tötenden Formel."[72]

Der Revisionismus begünstigte, daß die revolutionäre Ausnutzung der bürgerlichen Gesetzlichkeit im Interesse des proletarischen Klassenkampfes in der deutschen Arbeiterbewegung mehr und mehr durch die Ausnutzung der bürgerlichen Legalität um jeden Preis verdrängt wurde. Angesichts der entscheidenden Bedeutung, die eine klare, marxistische Haltung in der Frage des Staates und der Diktatur des Proletariats für den proletarischen Klassenkampf besitzt, wirkte sich das in den folgenden Jahren in besonderem Maße zugunsten der Opportunisten aus. Dadurch wurde die Ausbreitung revisionistischer Theorien von der Möglichkeit eines Überganges zum Sozialismus ohne Revolution unter den Massen wesentlich erleichtert. Der Revisionismus nährte die unter den Massen vorhandenen parlamentarisch-demokratischen Illusionen und rechtfertigte seine Politik mit den parlamentarischen Erfolgen. Gestützt auf die gefälschte Einleitung des Vorwortes von Friedrich Engels zu den „Klassenkämpfen in Frankreich 1848 bis 1850" von Karl Marx, diffamierten die Opportunisten die revolutionäre marxistische Auffassung vom Staat und vom Weg zur Macht als blanquistische, anarchistische Phrase, die im Widerspruch zum Marxismus stehe.

Die mächtige und zahlenmäßig relativ starke Gewerkschaftsbürokratie nutzte die von den Massen trotz ihrer opportunistischen Führung erkämpften gewerkschaftlichen Erfolge zum Ausbau ihrer Machtpositionen aus und propagierte diese Erfolge als „Beweis" für die Richtigkeit ihres reformistischen Kurses, der auf das Nurgewerkschaftertum im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft gerichtet war. Von seiten führender Vertreter der freien Gewerkschaften wurde immer nachdrücklicher die Forderung nach einer angeblich parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften, das heißt nach ihrer Beschränkung auf die Kleinarbeit im Rahmen der kapitalistischen Ausbeuterordnung, nach der völligen „Unabhängigkeit" von der marxistischen deutschen Sozialdemokratie erhoben. So behauptete der damalige Redakteur der „Deutschen Bergarbeiterzeitung", Otto Hue, im Jahre 1900, daß die Erfolge des Bergarbeiterverbandes in erster Linie der gewerkschaftlichen Kleinarbeit und seiner „neutralen" Haltung zu verdanken gewesen seien. „Man muß nicht stets durch die Parteibrille sehen ... Wo-

72 Clara Zetkin: Revolutionäre Kämpfe und revolutionäre Kämpfer 1919. In: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. II, Berlin 1960, S. 169.

hin die gewerkschaftliche Neutralität die Arbeiter politisch führt, *das kann und muß dem Gewerkschaftsführer gleichgültig sein*!"[73]

Mit ihrer schädlichen Theorie von der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften verschafften die reformistischen Gewerkschaftsführer der bürgerlichen Ideologie Eingang in die größte Massenorganisation der deutschen Arbeiterklasse. Auch am Vordringen des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie hatten sie entscheidenden Anteil.

Der Kampf der marxistischen Kräfte gegen den Revisionismus wurde weiterhin dadurch wesentlich erschwert, daß dieser entsprechend seinem ganzen Wesen unbestimmt und verschwommen war. Nach dem Bekanntwerden der revisionistischen Thesen Eduard Bernsteins hatte zum Beispiel Ignaz Auer an ihn geschrieben: „Lieber Ede, Du bist ein großer Esel, denn so was sagt man nicht, so was tut man!"[74] W. I. Lenin wies später darauf hin, daß Ignaz Auer als einer der „alten Füchse" des Opportunismus damit dem „jungen Opportunisten" Eduard Bernstein eine Lektion erteilt habe, die in der Folgezeit von den Opportunisten der verschiedensten Spielarten beachtet wurde, indem er ihn lehrte, „Revisionist zu sein, *ohne* irgendwelche Änderungen an der *orthodoxen* Erfurter profession de foi [Parteiprogramm] *vorzuschlagen*"[75].

In der deutschen Sozialdemokratie wurde so die Auffassung vom Opportunismus als einer „berechtigten Schattierung" der einheitlichen, allen „Extremen" fremden Partei begünstigt. Diese schädliche Theorie wurde, hob W. I. Lenin hervor, „zum schlimmsten Betrug an den Arbeitern und zum größten Hindernis für die Arbeiterbewegung"[76]. Mit ihrer Hilfe konnten die antimarxistischen Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung immer mehr an Boden gewinnen. Grundsätzlichen Diskussionen wichen sie geschickt aus, indem sie sich darauf beriefen, persönlich mißverstanden worden zu sein. Mit der demagogischen Losung von der „Freiheit der Kritik" tarnten sie ihre Zersetzungsarbeit in der deutschen Sozialdemokratie, mißachteten sie die

73 Otto Hue: Neutrale oder parteiische Gewerkschaften, o. O. 1900, S. 142 u. 155.

74 Protokoll des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Hannover 1899, S. 208.

75 W. I. Lenin: Über die soziale Struktur der Staatsmacht. In: Werke, Bd. 17, Berlin 1963, S. 146.

76 W. I. Lenin: Der Zusammenbruch der II. Internationale. In: Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 253.

Parteidisziplin und setzten sie sich über jeden Parteibeschluß hinweg, der ihr verräterisches Treiben einengte.

Alle diese Umstände erschwerten in der deutschen Sozialdemokratie den Erkenntnisprozeß von der Notwendigkeit, solche Formen des Kampfes zu entwickeln, wie sie durch die neue Epoche erforderlich geworden waren. Diese Umstände begünstigten den Revisionismus und komplizierten den Kampf der marxistischen Kräfte gegen ihn.

Die Auseinandersetzungen, die um die Jahrhundertwende in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geführt wurden, zeigten, daß in der deutschen Arbeiterbewegung mit dem Beginn der imperialistischen Epoche zwei Klassenlinien verstärkt hervortraten: eine bürgerliche in Gestalt des Revisionismus, des Reformismus und anderer Abarten des Opportunismus und eine proletarische in Gestalt der marxistischen Ideologie und Klassenpolitik.

Die opportunistischen Elemente setzten sich innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung mehr oder weniger offen für die Zusammenarbeit der Klassen ein. Sie verzichteten auf den Kampf für die Diktatur des Proletariats und auf jede revolutionäre Aktion, ebneten unter der Flagge des Patriotismus und der Vaterlandsverteidigung dem Chauvinismus den Weg, beschränkten den Kampf gegen den Militarismus auf eine kleinbürgerliche, moralisierende Kritik und machten aus der notwendigen Ausnutzung der bürgerlichen Legalität einen Fetisch. Die Arbeiterbewegung wollten sie in die kapitalistische Ausbeutergesellschaft „einordnen". Sie traten die großen Ideen des proletarischen Internationalismus und damit auch die Interessen der deutschen Nation mit Füßen und verfolgten mehr und mehr einen chauvinistischen Kurs. Durch die Anbetung des bürgerlichen Klassenstaates, durch den Nurparlamentarismus, durch die Verherrlichung der nicht mehr ausreichenden alten Organisations- und Kampfformen, durch das Nurgewerkschaftertum und auf andere Weise waren die Opportunisten darum bemüht, die von den Massen errungenen Kampferfolge zunichte zu machen und ins Gegenteil zu verkehren.

Die marxistischen Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung, die von so hervorragenden deutschen Sozialdemokraten wie August Bebel, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin sowie anfänglich auch von Karl Kautsky vertreten wurden, führten einen erbitterten Kampf zur Verteidigung des wissenschaftlichen Kommunismus und zur weiteren Festigung der in vielen Kämpfen erprobten und bewährten revolutionären Prinzipien. Sie gaben der Arbeiter-

klasse eine revolutionäre Orientierung zum Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und Kriegsgefahr, zur Beseitigung des bürgerlichen Klassenstaates und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats. Indem sie dem proletarischen Internationalismus treu blieben, verfochten sie gleichzeitig die wahren Interessen der Nation. Sie waren die Erben von Karl Marx und Friedrich Engels in Deutschland. Sie bewahrten die großen Kampftraditionen der deutschen Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte aus dem 19. Jahrhundert und führten sie unter den neuen Bedingungen des Klassenkampfes fort.

3. Der Dresdener Parteitag von 1903 und die Auseinandersetzungen der Marxisten in der deutschen Arbeiterbewegung mit den Revisionisten in Theorie und Praxis. Die internationale Bedeutung des II. Parteitages der SDAPR

Bei den Reichstagswahlen vom Juni 1903 errang die deutsche Sozialdemokratie einen bedeutsamen Erfolg, den sie nicht zuletzt ihrem konsequenten Kampf gegen den Zolltarif und der positiven Ausnutzung des Parlamentarismus verdankte. Für ihre Kandidaten stimmten 3 010 771 Wähler. Das waren 31,7 Prozent aller gültigen Stimmen. Dieser Wahlsieg verdeutlichte den großen Masseneinfluß der Partei, die 81 Abgeordnete in den Reichstag entsenden konnte. Der Erfolg war dem selbstlosen Einsatz Zehntausender sozialdemokratischer Arbeiter und Arbeiterinnen zu verdanken, die auch auf dem flachen Lande agitatorisch immer wirksamer wurden.

In so ausgeprägten Landarbeitergegenden wie Mecklenburg, Ostpreußen und Pommern stieg der Stimmenanteil der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen von 1903 im Vergleich zu den vorhergegangenen sprunghaft an. Über den Umfang der sozialdemokratischen Agitationsarbeit mußte das Berliner Polizeipräsidium feststellen: „In den Städten und allen Gebieten mit dichter Industrie wurden die Arbeitsräume der Fabriken zu Agitationsfeldern ... Es scheint ferner, als ob es dieses Mal der Partei ganz besonders darauf angekommen sei, sich auch das platte Land zu erobern. Allsonntäglich fahren aus den größeren Städten und allen Zentren der Sozialdemokratie Hunderte

von jüngeren und älteren Arbeitern mit ganzen Stößen Agitationsmaterial beladen mittels Zweirads oder Automobils auf die Dörfer hinaus . . ."[77]

In den Monaten vor und nach den Reichstagswahlen nahmen die antimarxistischen Bestrebungen der Revisionisten in der deutschen Sozialdemokratie Formen an, die energische Gegenmaßnahmen forderten.

Im Februar 1903 war das Buch „Sozialismus und Landwirtschaft" des Revisionisten Eduard David erschienen, in dem die Verfälschung des Marxismus in der Agrarfrage den damals geschlossensten Ausdruck erhielt. Indem David statistische Angaben über die Entwicklung der Landwirtschaft in Deutschland und in anderen Ländern unwissenschaftlich verwertete beziehungsweise verfälschte, bestritt er den Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft und pries die bürgerlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften als das Allheilmittel.

W. I. Lenin wies bereits wenige Wochen nach dem Erscheinen des Buches auf die Ähnlichkeit hin, die zwischen den Versuchen Eduard Davids und denen der russischen Sozialrevolutionäre bestand, die Existenz des Kapitalismus in der Landwirtschaft zu leugnen. Die Ursachen hierfür sah er darin, daß sich sowohl Eduard David als auch die russischen Revisionisten zu Wortführern des unaufhaltsam niedergehenden Kleinbürgertums gemacht und die Entwicklung in der Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt des Kleinproduzenten betrachtet hatten. Der Auseinandersetzung mit diesem „Hauptwerk des Revisionismus in der Agrarfrage"[78] maß W. I. Lenin eine solche Bedeutung bei, daß er in den 1908 erschienenen letzten Kapiteln seiner Arbeit „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'" noch einmal auf dieses „Sammelsurium jener fehlerhaften Methoden und Gedankengänge"[79] zurückkam und es in seiner ganzen Unwissenschaftlichkeit und Gefährlichkeit gründlich entlarvte.

Unmittelbar nach den Reichstagswahlen traten die führenden Revisionisten Eduard Bernstein, Wolfgang Heine und Georg von Vollmar

[77] Übersicht über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung in der Zeit von der Mitte des Jahres 1903 bis zur Mitte des Jahres 1904. In: Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam, Rep. 30, Berlin C Polizeipräsidium, Tit. 94, Lit. S, Nr. 1255, Bd. 5, Bl. 179.

[78] W. I. Lenin: Die Agrarfrage und die „Marxkritiker". In: Werke, Bd. 13, Berlin 1963, S. 169.

[79] Ebenda.

unverhohlen mit der Forderung auf, die deutsche Sozialdemokratie solle sich in eine kleinbürgerliche „Volks"partei umwandeln und mit dem imperialistischen Regime zusammenarbeiten. Die von den Massen bei den Wahlen errungenen Erfolge wurden von ihnen als Bestätigung der Richtigkeit des nurparlamentarischen Kampfes der Partei hingestellt und mißbraucht. Sie verbreiteten die Irrlehre, daß das Proletariat auf den revolutionären Klassenkampf verzichten müsse, weil es allein mit Hilfe des Parlamentarismus die Macht erobern könne. Der antimarxistischen Losung Ferdinand Lassalles „Mit dem Stimmzettel zur Macht!" ordneten sie alles unter. Ein Wahlsieg war für sie wichtiger als die revolutionären Prinzipien der sozialistischen Arbeiterbewegung, die sie im Interesse eines faulen Kompromisses mit dem bürgerlichen Staat preisgaben.

Bernhard von Bülow kam bezeichnenderweise diesen Bestrebungen entgegen. Am 20. Januar 1903 hatte er den sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag zugerufen: „Meine Herren, ich wünsche Ihnen einen Millerand!"[80] Georg von Vollmar, der sich 1900 in einem Artikel der „Sozialistischen Monatshefte" äußerst positiv über Alexandre-Etienne Millerands Haltung ausgelassen hatte, bat daraufhin den Reichskanzler um eine Unterredung und verhandelte mit ihm über seinen Eintritt in die kaiserliche Regierung. Bernhard von Bülow berichtete später über diese Begegnung: „Ich empfing von ihm den Eindruck eines... Mannes, mit dem, unbeschadet der beiderseitigen Grundsätze, eine praktische Verständigung wohl möglich war. Den Anfang mußte freilich die Ernennung von Parlamentariern aus verschiedenen Parteien zu Ministern bilden, wozu sich der Kaiser... nicht entschließen konnte."[81]

Unter den Bedingungen der imperialistischen Epoche waren der parlamentarische Kampf und die Ausnutzung der bürgerlichen Legalität für die marxistische Partei der Arbeiterklasse nicht etwa überflüssig geworden. Sie spielten weiterhin bei der politischen Aufklärung der Massen und bei der Verteidigung der demokratischen Errungenschaften und der Klasseninteressen des Proletariats eine hervorragende Rolle. In ihrer 1904 veröffentlichten Arbeit „Sozialdemokratie und Parlamentarismus" nahm Rosa Luxemburg eine gründliche Analyse des bürgerlichen Parlamentarismus und der Ursachen seines Verfalls

80 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, X. Legislaturperiode, II. Session 1900/1903, Achter Band, Berlin 1903, S. 7429.

81 Bernhard Fürst von Bülow: Denkwürdigkeiten, Erster Band, S. 600.

vor. Sie verurteilte entschieden die Verfälschung des parlamentarischen Kampfes durch die Opportunisten und forderte von den sozialdemokratischen Abgeordneten eine revolutionäre Parlamentstaktik als Garantie dafür, daß die Partei „namentlich im Parlament *nicht* in den einzelnen Fragen des täglichen Lebens untertaucht und nur politische Opposition treibt, sondern daß sie immer kräftiger ihre ‚Grundtendenz' hervorkehrt: *die Bestrebung zur politischen Machtergreifung durch das Proletariat zum Zwecke der sozialistischen Umwälzung*"[82]. Rosa Luxemburg wies aber eindeutig auf die Grenzen des parlamentarischen Kampfes hin. Unter den neuen Bedingungen des Klassenkampfes reichte dieser nicht mehr aus. Es kam jetzt darauf an, ihn auf einer höheren Stufe mit dem außerparlamentarischen Kampf zu verbinden, die Taktik nicht auf das Parlament allein, „sondern auch auf die direkte Aktion der proletarischen Masse"[83] zu orientieren. Die Arbeiterklasse mußte mit solchen außerparlamentarischen Kampfmitteln wie dem politischen Massenstreik und dem Generalstreik vertraut gemacht und „immer mehr auf die eigene Macht, auf die eigene Aktion" hingewiesen werden, damit sie nicht die parlamentarischen Kämpfe als die „Zentralachse des politischen Lebens" ansah.[84]

Die überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder wandte sich im Sommer 1903 gegen die Bestrebungen der Revisionisten, die deutsche Sozialdemokratie in eine kleinbürgerliche „Volks"partei umzuwandeln und faule Kompromisse mit dem imperialistisch-militaristischen Regime zu schließen. In verschiedenen Orten, wie in Berlin, Dortmund, Hörde und Leipzig, distanzierten sie sich offen von den revisionistischen Auffassungen, die allen revolutionären Traditionen der deutschen Sozialdemokratie hohnsprachen. August Bebel gab die Stimmung der Masse der Mitglieder wieder, wenn er in der „Neuen Zeit" schrieb:

„Entscheidend ist, *daß die Masse der Parteigenossen die Augen aufhält*, daß sie nie vergißt, daß, wieviel Personen immer aus bürgerlichen Kreisen der Partei sich anschließen, die Partei eine proletarische Klassenpartei ist . . ., daß die Partei zwar die Befreiung der ganzen Menschheit aus Not, Elend, Ausbeutung und Unterdrückung erstrebt, daß aber dieses Ziel allein auf dem Boden des *Klassenkampfes und der*

82 Rosa Luxemburg: Sozialdemokratie und Parlamentarismus. In: Ausgewählte Reden und Schriften, II. Bd., Berlin 1955, S. 199/200.

83 Ebenda, S. 198.

84 Ebenda.

Eroberung der politischen Macht durch das klassenbewußte Proletariat ... erreicht werden kann."[85]

Die Revisionisten hatten verlangt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre antimarxistischen Forderungen beraten solle. August Bebel wies das in aller Schärfe zurück und bezeichnete den bevorstehenden Parteitag als den einzigen Ort, „an dem die Frage vor der Partei und der Öffentlichkeit entschieden werden muß. Die Partei verlangt eine klare Entscheidung; sie will nicht, daß diese Entscheidung auf Monate hinaus verschoben wird, um in den vier Wänden eines Fraktionszimmers erledigt zu werden."[86]

Drei Monate nach dem von den Massen unter Führung der Sozialdemokratischen Partei errungenen Wahlsieg, vom 13. bis 20. September 1903, fand in Dresden der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie statt. Waren bereits seit Stuttgart 1898 die Parteitage vom Kampf der revolutionären Kräfte gegen die Revisionisten geprägt, so drängte diesmal die bis dahin nicht gelöste Frage zur Entscheidung, ob die deutsche Sozialdemokratie den vor ihr stehenden großen Aufgaben im Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Imperialismus und Militarismus, für Demokratie und Sozialismus in Zukunft gerecht werden könne. Der deutsche Imperialismus und Militarismus war innen- und außenpolitisch zur Offensive übergegangen.

Vor dem Dresdener Parteitag stand die historische Aufgabe, die theoretischen und politischen Ansichten der Revisionisten zu zerschlagen, sie vor den Massen zu entlarven und die deutsche Sozialdemokratie zu einer vom Opportunismus befreiten revolutionären Partei der Arbeiterklasse weiterzuentwickeln. Die Partei mußte befähigt werden, das Proletariat für den Kampf um die Macht unter den neuen Bedingungen der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen vorzubereiten und zu erziehen. Angesichts der führenden Rolle, die die deutsche Sozialdemokratie in der II. Internationale spielte, war der Ausgang des Dresdener Parteitages nicht nur für die deutsche, sondern für die gesamte internationale Arbeiterbewegung von entscheidender Bedeutung.

Mit seinen 263 Delegierten war der Dresdener Parteitag der zahlenmäßig größte in der bisherigen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Allein sein äußeres Bild, von dem die folgende Schilderung

85 August Bebel: Ein Nachwort zur Vizepräsidentenfrage. In: Die Neue Zeit (Stuttgart), 21. Jg. 1902/1903, Zweiter Band, S. 727/728.

86 Ebenda, S. 728.

einen Eindruck vermittelt, läßt das Interesse und die Erwartungen deutlich werden, die innerhalb und außerhalb der deutschen Sozialdemokratie mit diesem Parteitag verbunden waren.

„Der große Saal des ‚Trianon' erweist sich beinahe als zu klein für die Masse der Erschienenen. An sechs großen Längstafeln und zahlreichen Nebentischen haben die Delegierten Platz genommen. Im Hintergrund und an den Seiten des Saales drängt sich die Menge der Zuhörer; Hunderte von einlaßbegehrenden Parteigenossen müssen wegen Überfüllung des Raumes zurückgewiesen werden. Vor dem Podium sitzen an zwei langen Tafeln die Vertreter der Presse, von der einige 60 Anmeldungen vorliegen, darunter auch solche von der ausländischen Presse."[87]

Der Dresdener Parteitag war in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914 ein Höhepunkt der Auseinandersetzungen der Marxisten mit den Revisionisten in Theorie und Praxis. Die überwiegende Mehrheit der Delegierten griff die Revisionisten wegen ihrer Mitarbeit an bürgerlichen antisozialistischen Zeitungen und Zeitschriften sowie wegen der von ihnen propagierten antirevolutionären Taktik leidenschaftlich an. Wie auf den vorhergehenden Parteitagen stand August Bebel auch in Dresden an der Spitze des Kampfes gegen die Revisionisten. Er verfocht beispielhaft marxistische Anschauungen und kämpfte für den revolutionären Charakter der deutschen Sozialdemokratie.

In seiner Rede rechnete August Bebel mit dem ganzen Feuer seiner revolutionären Leidenschaft gründlich mit den Revisionisten ab. Er war bereit, reinen Tisch zu machen, und forderte den Parteitag auf, die Marschroute für die von den Opportunisten beherrschte Reichstagsfraktion unter der Parole zu bestimmen: „Wer nicht pariert, fliegt hinaus."[88] Seine Rede, die immer wieder von dem stürmischen Beifall der Delegierten unterbrochen wurde, gipfelte in den Worten: „Solange ich atmen und schreiben und sprechen kann, soll es nicht anders werden. Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben, und sie, wenn ich kann, beseitigen."[89] August Bebel ist diesem

87 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903, S. 136.

88 Ebenda, S. 308/309.

89 Ebenda, S. 313.

Bekenntnis bis zum Ende seines Lebens unverbrüchlich treu geblieben.

In einer Resolution, die schärfer als die von Hannover 1899 gehalten war, verurteilte der Parteitag „auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt. Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt... Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern."[90]

Die Resolution wurde mit der überwältigenden Mehrheit von 288 gegen 11 Stimmen angenommen. Das Gros der Revisionisten erklärte sich aber demagogisch mit den in der Resolution verurteilten Auffassungen und Bestrebungen nicht identisch. Sie stimmten, wie Ignaz Auer, Paul Göhre und Georg von Vollmar, für die Resolution.

Der Kampf gegen die Revisionisten wurde in Dresden nicht entschieden genug bis zu ihrem Ausschluß aus der Partei weitergeführt. Er endete mit der bloßen Verurteilung ihrer parteifeindlichen Bestrebungen.

Unmittelbar nach dem Dresdener Parteitag schrieb Eduard Bernstein im Oktoberheft der „Sozialistischen Monatshefte" ungeschminkt, was er von der Dresdener Resolution, die er mit dem vor 25 Jahren erlassenen Sozialistengesetz verglich, und ihrer Befolgung durch die Revisionisten hielt. „Bedauerlicher als der Zank selbst", stellte er demagogisch fest, „ist jedoch der Umstand, daß er zu Beschlüssen führte, durch welche die Partei ihren besten Traditionen ins Gesicht schlug... in dem Moment, wo sie die Erinnerung an ihren großen Sieg über die Ächtung einer Tendenz feiert, faßt sie aus einer Stimmung heraus eine Resolution, die, wenn sie wörtlich genommen würde, weiter nichts wäre als ein Gesetz gegen Überzeugungen, die für gemeingefährlich erklärt werden, obwohl sie die einer Anzahl erprobter Kampfgenossen

90 Ebenda, S. 418/419. – Dokument Nr. 6.

sind ... Aber die Resolution ist nicht wörtlich zu nehmen, kann nicht wörtlich genommen werden. Die Praxis der Partei wird den schlagenden Beweis dafür liefern ... *Gerade diejenigen, die die Resolution verneint haben, haben meiner festen Überzeugung nach bejaht, daß die deutsche Sozialdemokratie an ihrem inneren Wesen und ihrer altbewährten sieggekrönten Taktik festhalten soll und wird.*"[91]

Die Inkonsequenz, die auf dem Dresdener Parteitag im Kampf gegen die Träger des bürgerlichen Einflusses in der deutschen Arbeiterbewegung zum Ausdruck gekommen war, wirkte sich auf die weitere Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung verhängnisvoll aus. Sie ermöglichte es den opportunistischen Kräften, die Beschlüsse zwar formal anzuerkennen, gleichzeitig aber ihren Einfluß auf die Arbeit in der Partei, den Gewerkschaften und anderen proletarischen Massenorganisationen auszubauen und dort Schritt für Schritt in die entscheidenden Positionen einzudringen.

Etwa zur gleichen Zeit wie der Dresdener Parteitag der deutschen Sozialdemokratie fand der II. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands statt. Er wurde am 30. Juli 1903 in Brüssel eröffnet. An ihm nahmen 43 Delegierte mit beschließender Stimme, die 26 Parteiorganisationen der SDAPR vertraten, und weitere 14 mit beratender Stimme teil. Es handelte sich bei ihnen in großer Zahl um erfahrene Revolutionäre, von denen viele nicht älter als dreißig Jahre waren. Die ersten 13 Sitzungen konnten illegal in einem unbenutzten Speicher abgehalten werden, der von belgischen Sozialisten zur Verfügung gestellt worden war. Die Verfolgungen durch die belgische Polizei zwangen zur Verlegung des Parteitages nach London, wo er seine Beratungen vom 11. bis 23. August 1903, zunächst in einem Fischerklub, fortsetzte.

W. I. Lenin hatte den Parteitag, der für ihn die höchste Instanz in der Partei war, mit großer Ungeduld erwartet. Alle wichtigen Resolutionen waren von ihm mit vorbereitet worden. Unterstützt von den besten russischen Sozialdemokraten, die sich um ihn im langjährigen Kampf gegen den Opportunismus zusammengeschlossen hatten, kämpfte W. I. Lenin auf diesem Parteitag um die Vollendung seines genialen Planes zur Schaffung einer revolutionären marxistischen Partei in Rußland. Im Mittelpunkt des Parteitages stand die Diskussion über das Parteiprogramm. In erbittertem Kampf mit den Opportu-

91 Eduard Bernstein: 1878 und 1903. In: Sozialistische Monatshefte (Berlin), 1903, Nr. 10, S. 749/750.

nisten setzten es Lenin und seine Anhänger durch, daß ein konsequent revolutionäres Programm angenommen wurde. Die Grundlage dieses Programms bestand in den Leninschen Schlußfolgerungen von der Hegemonie des Proletariats und vom Bündnis der Arbeiterklasse mit der Millionenmasse der verelendeten Bauern und aller ausgebeuteten und unterdrückten Werktätigen.

Das Programm, das den Geist des proletarischen Internationalismus atmete, forderte das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Die Arbeiter und alle Werktätigen Rußlands wurden aufgerufen, für den Sturz des zaristischen Regimes und danach für die Beseitigung der bürgerlich-gutsherrlichen Ordnung in Rußland zu kämpfen. Als wichtigste Voraussetzung für die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische nannte das Programm die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Darin vor allem unterschied es sich grundlegend von den Programmen aller anderen Parteien der II. Internationale.

Damit die Partei die Arbeiterklasse erfolgreich in den Kampf um die Errichtung der Diktatur des Proletariats führen konnte, mußte sie eine revolutionäre, zentralisierte und disziplinierte Organisation besitzen. Die Lösung des Organisationsproblems war zu dieser Zeit die entscheidende Frage in der SDAPR. Von der Lösung hing ab, ob sich die Partei weiter zur höchsten Form der Klassenorganisation des Proletariats entwickeln würde oder ob in ihr die kleinbürgerlichen, antimarxistischen Elemente die Vorherrschaft erhalten und die proletarische Organisiertheit und damit den proletarischen Klassencharakter der Partei zerstören würden.

W. I. Lenin war der einzige, der damals diese entscheidende Frage in marxistischem Sinne beantwortete. Der von ihm auf dem II. Parteitag der SDAPR vorgelegte Statutenentwurf entsprach den Erfordernissen der Partei neuen Typus. Er sah eine einheitliche, straff organisierte und disziplinierte revolutionäre proletarische Kampfpartei vor, in deren Reihen kein Platz für Schwätzer und parteifeindliche Elemente war und deren Aufbau vom Prinzip des demokratischen Zentralismus bestimmt wurde. Der Entwurf gewährleistete die Festigkeit, die Standhaftigkeit und die Reinheit der Partei als der Verkörperung von Disziplin und Organisiertheit. Während die Opportunisten auf dem Parteitag in der Frage der Bestimmung des Statuts über die Mitgliedschaft einen zeitweiligen Sieg erringen konnten, setzten Lenin und seine Anhänger ihren Organisationsplan durch, der dem Prinzip des

demokratischen Zentralismus entsprach und auf dessen Grundlage die gesamtrussische revolutionäre marxistische Partei erstarkte.

Das Wort Bolschewiki wurde zum Synonym für konsequente, der Arbeiterklasse und dem Kommunismus treu ergebene, revolutionäre Marxisten. Das wichtigste Ergebnis des II. Parteitages war die Schaffung einer revolutionären marxistischen Partei in Rußland, der Partei der Bolschewiki. Der geniale Leninsche Plan zur Gründung einer Partei neuen Typus hatte gesiegt.

Der II. Parteitag der SDAPR wurde zu einem Markstein in der internationalen Arbeiterbewegung. Der Kampf W. I. Lenins und der Bolschewiki gegen den Menschewismus war nicht nur von Bedeutung für Rußland, sondern gleichzeitig auch für den Kampf gegen den Opportunismus in der internationalen Arbeiterbewegung. Erstmalig bestand in der internationalen Arbeiterbewegung eine Partei neuen Typus, die Vorbild für alle anderen Parteien war.

In seinem im Mai 1904 in Genf erschienenen Werk „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" arbeitete W. I. Lenin in ständiger Auseinandersetzung mit den parteifeindlichen, antimarxistischen Bestrebungen der Menschewiki die Organisationsprinzipien der Partei neuen Typus vollständig und allseitig aus. Dabei stützte er sich auf die Ideen von Karl Marx und Friedrich Engels über die revolutionäre Partei des Proletariats und entwickelte sie entsprechend den neuen Bedingungen und Aufgaben des Kampfes der Arbeiterklasse in der Epoche des Imperialismus weiter.

Die Menschewiki wollten den Unterschied zwischen der Partei und der Klasse verwischen und so die Partei auf das Niveau der noch rückständigen, wenig entwickelten Schichten des Proletariats herabdrücken. W. I. Lenin dagegen charakterisierte die marxistische Partei als einen Teil der Arbeiterklasse, als ihren bewußten und organisierten Vortrupp und als die höchste und vollkommenste Klassenorganisation des Proletariats. Er brandmarkte die Versuche der Menschewiki, die Unterschiede im Grad der Bewußtheit und der Aktivität zwischen der Partei und der Klasse zu vertuschen, als „Nachtrabpolitik". Die unhaltbare Behauptung der Menschewiki, eine konsequente Verwirklichung der Leninschen Organisationsprinzipien würde die mit der Partei Sympathisierenden von der Teilnahme an der Bewegung ausschließen, beantwortete er wie folgt: „... je stärker unsere Parteiorganisationen sein werden, denen *wirkliche* Sozialdemokraten angehören, je weniger Wankelmütigkeit und Unbeständigkeit es *innerhalb* der Partei geben

wird, um so breiter, vielseitiger, reicher und fruchtbarer wird der Einfluß der Partei auf die sie umgebenden, von ihr geleiteten Elemente der Arbeiter*massen* sein."[92]

W. I. Lenin legte in diesem Werk dar, daß die Partei nicht nur der höchste Ausdruck der Bewußtheit des Proletariats ist, sondern zugleich auch der organisierte Trupp der Arbeiterklasse. Er formulierte die Normen des Parteilebens, die zum Gesetz für die gesamte spätere Tätigkeit der Partei wurden: die rückhaltlose Anerkennung und Einhaltung der Forderungen des Parteistatuts und der einheitlichen Parteidisziplin, die konsequente Durchführung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus und der innerparteilichen Demokratie, die größtmögliche Aktivität und Eigeninitiative der Parteimassen, die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik und das Prinzip der kollektiven Leitung.

Über die Bedeutung der Organisiertheit der Arbeiterklasse heißt es zusammenfassend am Schluß dieses genialen Werkes: „Das Proletariat besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation. Durch die Herrschaft der anarchischen Konkurrenz in der bürgerlichen Welt gespalten, durch die unfreie Arbeit für das Kapital niedergedrückt, ständig in den ‚Abgrund' völliger Verelendung, der Verwilderung und Degradation hinabgestoßen, kann und wird das Proletariat unbedingt nur dadurch eine unbesiegbare Kraft werden, daß seine ideologische Vereinigung auf Grund der Prinzipien des Marxismus gefestigt wird durch die materielle Einheit der Organisation, die Millionen Werktätiger zur Armee der Arbeiterklasse zusammenschweißt. Dieser Armee wird weder die morsche Macht der russischen Selbstherrschaft noch die immer morscher werdende Macht des internationalen Kapitals standhalten."[93]

W. I. Lenins Lehre von der Partei als der wichtigsten Waffe der Arbeiterklasse im Kampf für die siegreiche kommunistische Revolution und für die Diktatur des Proletariats war für die gesamte internationale Arbeiterbewegung in Theorie und Praxis von welthistorischer Bedeutung. W. I. Lenin hatte die Revisionisten aller Schattierungen in der russischen und internationalen Arbeiterbewegung zu Beginn der imperialistischen Epoche als Opportunisten entlarvt und

92 W. I. Lenin: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. In: Werke, Bd. 7, Berlin 1964, S. 257.

93 Ebenda, S. 419/420.

damit ihr wahres, den Lebensinteressen der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen feindliches Wesen aufgedeckt.

Von besonderer Bedeutung war das für die einflußreichste Partei der II. Internationale. Die historischen Aufgaben, die seit dem Beginn der Epoche des Imperialismus als dem Vorabend der proletarischen Revolution vor der deutschen Arbeiterklasse standen, konnten nur gelöst werden, wenn von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands der Leninismus schöpferisch auf die Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland angewandt wurde. Die Werke W. I. Lenins und die Lehren des heroischen Kampfes, den die Bolschewiki unter Leitung W. I. Lenins führten, blieben jedoch in der deutschen Arbeiterbewegung vor dem ersten Weltkrieg in der Regel unbekannt.

Die meisten führenden deutschen Sozialdemokraten unterschätzten die gewaltige Entwicklung, die in Rußland und speziell in der russischen Arbeiterklasse in den letzten Jahren vor sich gegangen war. Gegenüber den Lehren der russischen Arbeiterbewegung und dem Leninismus verhielten sie sich ablehnend. Sie bezweifelten deren Allgemeingültigkeit und deren Wert für die westeuropäische und besonders für die deutsche Arbeiterbewegung. Als der Bolschewik M. N. Ljadow dem „Vorwärts", dem Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, regelmäßige Korrespondenzen über die Arbeiterbewegung in Rußland und über die Spaltung der SDAPR zur Verfügung stellen wollte, antwortete ihm der leitende Redakteur, Kurt Eisner, daß er die Korrespondenzen gern veröffentlichen würde, „doch nicht sehr oft. Der ‚Vorwärts' kann der ausländischen Bewegung nicht sehr viel Platz widmen, insbesondere nicht der russischen, die noch sehr jung ist und der reifen deutschen Bewegung so wenig zu geben vermag. – Denn, sehen Sie doch selbst, teurer Genosse, alles das existiert doch mehr in ihrer Einbildung als in der Wirklichkeit. Kann man denn im Ernst von einer sozialdemokratischen Bewegung bei Ihnen in Rußland sprechen? ... Warum sollen wir nur Ihre Korrespondenzen veröffentlichen und nicht die der anderen? Nein, wir sind nicht in der Lage festzustellen, wer von Ihnen recht hat. Darum mögen alle schreiben. Somit wird die Situation in Rußland von allen Seiten beleuchtet werden."[94]

Während die Führung der deutschen Sozialdemokratie den vorwärtsweisenden Lehren W. I. Lenins und der Bolschewiki, die eine

[94] М. Н. Лядов: Из жизни партии в 1903–1907 гг. (Воспоминания), Moskau 1956, S. 14.

grundlegende Veränderung der von der deutschen Sozialdemokratie im Klassenkampf angewandten Mittel und Methoden forderten, mit Unverständnis gegenüberstand oder sie sogar im Prinzip ablehnte, waren ihr die menschewistischen Auffassungen viel vertrauter.

In einer Reihe von Grundfragen des Klassenkampfes, zum Beispiel in der Organisationsfrage, kam Karl Kautsky zu Schlußfolgerungen, die sich im Prinzip mit der Position der Menschewiki deckten. Als Chefredakteur der „Neuen Zeit" stellte er das theoretische Organ der deutschen Sozialdemokratie den Menschewiki zur Verfügung. Unter der Maske des überparteilichen Schiedsrichters unterstützte er den Kampf der Menschewiki gegen die Bolschewiki.

In seinem Werk „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" mußte W. I. Lenin darauf hinweisen, daß die „prinzipiellen Züge des Opportunismus in organisatorischen Fragen (Autonomismus, Edel- oder Intellektuellenanarchismus, Nachtrabpolitik und Girondismus)" besonders deutlich gerade in allerletzter Zeit in der deutschen sozialdemokratischen Partei ans Tageslicht getreten waren.[95] W. I. Lenin verfolgte die Entwicklung in der deutschen Sozialdemokratie nach dem Dresdener Parteitag mit großer Sorge. Er war davon überzeugt, wie der Bolschewik M. N. Ljadow berichtete, daß die auf dem Dresdener Parteitag beschlossene Verurteilung des Revisionismus diesem kein Ende bereiten konnte.[96]

Aber auch bei den besten Vertretern der deutschen Sozialdemokratie zeigten sich gegenüber dem Leninismus und den Kämpfen zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki zunächst Unklarheiten. So stand Rosa Luxemburg den Leninschen Organisationsprinzipien der Partei neuen Typus lange Zeit ablehnend gegenüber. Die bei ihr vorhandenen Spontaneitätsauffassungen trugen maßgeblich dazu bei, daß sie die Bedeutung der Fragen der Organisation am Vorabend der proletarischen Revolution unterschätzte. Rosa Luxemburg wandte sich gegen den Leninschen Gedanken des demokratischen Zentralismus, ohne daß sie allerdings in sein Wesen eingedrungen war. Sie polemisierte 1904 gegen W. I. Lenins Werk „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück", wobei sie nicht die konkreten historischen Bedingungen berücksichtigte, unter denen die revolutionäre marxistische Partei in Rußland geschaffen werden mußte.

95 W. I. Lenin: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. In: Werke, Bd. 7, S. 401.

96 Большевизм на международной арене. Доклад большевиков Амстердамскому конгрессу 1904 г., Moskau 1932, S. 6.

Vom 14. bis 20. August 1904 fand in Amsterdam der Internationale Sozialistenkongreß statt. An ihm nahmen 483 Delegierte aus 24 Ländern Afrikas, Amerikas, Asiens, Australiens und Europas teil. Der Kongreß beschäftigte sich unter anderem mit der Kolonialpolitik und mit der Frage des Generalstreiks. Er verurteilte die anarchistische Losung des Generalstreiks, die diesen mit der sozialen Revolution gleichsetzte, und sprach sich für die Anwendung des politischen Massenstreiks aus.

Das zentrale Verhandlungsthema war der Tagesordnungspunkt „Internationale Regeln der sozialistischen Taktik". Den Delegierten war die Resolution des Dresdener Parteitages gegen den Revisionismus als Kongreß-Resolution empfohlen worden. Nach einer hervorragenden Rede August Bebels gegen den Opportunismus wurde sie von der Mehrheit der Delegierten angenommen. Auf dem Amsterdamer Kongreß hatten auch die bolschewistischen Delegierten für die Resolution gegen den Revisionismus gestimmt, weil dadurch dem Opportunismus im internationalen Maßstab ein Schlag versetzt wurde. W. I. Lenin und die Bolschewiki erkannten aber auch klar, daß diese Resolution für den wirksamen Kampf gegen den Revisionismus allein nicht ausreichte.

Die Jahre 1903 und 1904 waren in Deutschland durch einen erneuten Aufschwung des ökonomischen Klassenkampfes der Arbeiter gekennzeichnet. An den ökonomischen Kämpfen waren 1903 120 876 und 1904 137 240 Arbeiter beteiligt. Von ihnen hatten die kapitalistischen Unternehmer 1903 35 273 und 1904 23 760 ausgesperrt. Die meisten größeren Kämpfe wurden 1903 durch Aussperrungen eingeleitet, durch die die kapitalistischen Unternehmer Forderungen der Arbeiter nach Lohnerhöhungen, Verkürzung der Arbeitszeit und Verbesserung der Arbeitsbedingungen unterdrücken wollten. Die Arbeiter setzten sich vielfach dagegen zur Wehr, indem sie unter der Führung ihrer Gewerkschaft geschlossen in den Streik traten. In Berlin und seinen Vororten wurden 1800 Tischler ausgesperrt. In der Provinz Brandenburg standen um die Jahreswende 1903/1904 über 3000 Töpfer im Lohnkampf. In Iserlohn waren es 4200 und in Berlin 7000 Metallarbeiter, die 1903 unter anderem wegen Lohnforderungen und Verweigerung von Streikbrecherdiensten mehrere Wochen ausgesperrt waren. In der Meeraner Textilindustrie standen 1902/1903 über 2000 Arbeiter der mechanischen Webereien drei Monate lang in einem Streik für Lohnerhöhungen und Kürzung der täglichen Arbeitszeit auf zehneinhalb Stunden.

Der bedeutendste Streik dieser Zeit begann wenige Wochen vor dem Dresdener Parteitag in der Crimmitschauer Textilindustrie. Hier kam es zu einer großen Kraftprobe zwischen dem mit dem Staat verbündeten Monopolkapital und der organisierten Arbeiterklasse.

Am 7. August 1903 hatten 600 Arbeiter aus fünf Crimmitschauer Textilfabriken gekündigt, um so ihrer langjährigen Forderung nach zehnstündigem Arbeitstag und höheren Löhnen noch stärkeren Nachdruck zu verleihen. Die Antwort der Textilbarone bestand darin, daß sie drohten, sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen in allen Textilfabriken Crimmitschaus und der umliegenden Orte auf die Straße zu werfen. Durch eine Massenaussperrung sollten die Arbeiter eingeschüchtert und zur Zurücknahme ihrer berechtigten Forderungen gezwungen werden.

Die Crimmitschauer Arbeiter und Arbeiterinnen lehnten aber diese Anmaßung ab und begannen am 22. August 1903 zu streiken. Insgesamt befanden sich mit den 1500 Heimarbeitern und -arbeiterinnen, die durch die Unternehmer ebenfalls brotlos gemacht worden waren, 9000 Streikende im Kampf. Mit großem Opfermut und leidenschaftlicher Entschlossenheit widerstanden sie allen Versuchen der Unternehmer und der Staatsorgane, sie durch Korruption, durch die Anwerbung von Streikbrechern außerhalb der Stadt, zum Teil sogar in Böhmen und Mähren, durch das Verbot und die Auflösung vieler Streikversammlungen, durch hohe Geld- und Gefängnisstrafen und durch das Verbot des Streikpostenstehens in die Knie zu zwingen.

Diese und ähnliche Maßnahmen scheiterten an der Kampfentschlossenheit der Crimmitschauer Textilarbeiter, hinter denen die ganze deutsche Arbeiterklasse stand. Revolutionäre Führer der deutschen Sozialdemokratie nahmen öffentlich für die Streikenden Partei und entlarvten das reaktionäre Treiben der Crimmitschauer Unternehmer und der mit ihnen verbündeten reaktionären Staatsgewalt. Für die kämpfenden Arbeiter wurden von ihren Klassenbrüdern über eine Million Mark aufgebracht. Ausländische Arbeiter erklärten sich solidarisch, indem sie sich nicht von den Agenten der Unternehmer als Streikbrecher anwerben ließen oder indem sie die Arbeit sofort niederlegten, nachdem sie über den wahren Sachverhalt informiert worden waren. Viele kleine Geschäftsleute und Gewerbetreibende, Handwerker und Bauern in Crimmitschau und aus der näheren Umgebung unterstützten die Streikenden, die auch ihre Interessen vertraten, durch Lebensmittel- und Sachspenden.

Der Streik konnte erst mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsführer abgewürgt werden. Trotz der für die kämpfenden Crimmitschauer Textilarbeiter günstigen Situation beschlossen jene am 17. Januar 1904 über die Köpfe der Streikenden hinweg, den Streik als aussichtslos abzubrechen. Als Begründung hierfür wurde von ihnen bezeichnenderweise ihre Sorge um das Wohl der Textilbarone angeführt. „Es mußte verhindert werden", stellte der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Carl Legien, fest, „daß die Crimmitschauer Industrie zur Vernichtung geführt wurde."[97] Der Crimmitschauer Textilarbeiterstreik zeigte in aller Deutlichkeit, in welch hohem Grade die reformistischen Gewerkschaftsführer bereits Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse begingen.

Die Streikenden waren vom verräterischen Abbruch ihres Kampfes völlig überrascht worden. In einem Korrespondentenbericht wurde die Stimmung der Massen mit den folgenden Worten eines alten Arbeiters zum Ausdruck gebracht: „Ich weiß, daß ich nun aus dem Ort hinaus muß, aber schrecklicher als die Heimatlosigkeit wäre mir, wenn ich draußen von meinen Arbeitsgenossen verachtet würde, weil ich aus Crimmitschau bin. Die Not ist nicht so hart wie der Verlust der Arbeiterehre."[98]

Obwohl es sich um einen zahlenmäßig nicht sehr großen Streik in einem relativ unbedeutenden Zweig der Industrie handelte, erlangte er dennoch als Ausdruck der Verschärfung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit unter den Bedingungen der imperialistischen Epoche eine herausragende Bedeutung. Das Eingreifen der Staatsorgane zugunsten der Crimmitschauer Textilfabrikanten verlieh dem Streik in steigendem Maße politischen Charakter. Der Streik widerlegte überzeugend die Behauptung der Revisionisten von der Abschwächung des Klassenkampfes und von der Möglichkeit eines friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus im Rahmen der kapitalistischen Ausbeuterordnung. „Wer auch nach den Crimmitschauer Erfahrungen", schrieb Franz Mehring am 31. Dezember 1903 in der „Neuen Zeit", „noch an der süßen Einbildung von der Abschwächung des proletarischen Klassenkampfes und seiner fortschreitenden Humanisierung festhält, dem muß nun schon der liebe Gott zur richtigen Er-

97 Vorwärts (Berlin), 21. Januar 1904.

98 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Berlin), 1904, Nr. 3, S. 35.

kenntnis verhelfen, denn die Kraft menschlicher Überzeugung hat an ihm Hopfen und Malz verloren."[99]

Bald nach der Beendigung des Streiks, im April und Mai 1904, schlossen sich die in Deutschland bereits bestehenden sogenannten Arbeitgeberverbände der Industriellen organisatorisch in zwei zentralen Dachorganisationen enger zusammen: in der von der Schwer- und Textilindustrie beeinflußten Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände und im Verein Deutscher Arbeitgeberverbände, hinter dem vornehmlich die Kapitalisten der Leicht- und Fertigwarenindustrie standen. Die Zentralisierung der kapitalistischen Unternehmerverbände war ein Ausdruck der hohen Konzentration der Produktion und der weiteren Zuspitzung der Klassengegensätze in Deutschland. Das deutsche Monopolkapital suchte damit dem Anwachsen der sozialistischen Arbeiterbewegung, vor allem der Gewerkschaften, und den der Zahl und der Intensität nach zunehmenden Streiks wirksam zu begegnen. Mit Hilfe dieser „Arbeitgeber"zentralen, die eng zusammenarbeiteten und schließlich verschmolzen, wurde die Unterdrückung der deutschen Arbeiterklasse verschärft und die Arbeiterbewegung durch schwarze Listen, Aussperrungen, Beschaffung von Streikbrechern und ähnliche Maßnahmen organisiert bekämpft.[100] Die kapitalistischen Unternehmerorganisationen konnten ihren Einfluß auf den junkerlich-bürgerlichen Staat mehr und mehr verstärken und mit seiner Hilfe die klassenegoistischen Bestrebungen der von ihnen vertretenen kapitalistischen Kräfte durchsetzen.

Als Spezialorganisation zum Kampf gegen die sozialistische Arbeiterbewegung gründeten extrem reaktionäre Kräfte der Großbourgeoisie und der Junker am 9. Mai 1904 den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Der „Reichslügenverband", wie er bald von den Arbeitern treffend genannt wurde, überschüttete die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung mit Kübeln von Schmutz und übelsten Verleumdungen.[101] Zeitweilig konnte er auf Teile des Kleinbürgertums einen Einfluß ausüben, der aber bereits vor dem ersten Weltkrieg im Rückgang begriffen war.

Mit dem Eintritt in die Epoche des Imperialismus wurden immer neue Massen der Arbeiterklasse und anderer werktätigen Schichten als

99 Franz Mehring: Der Streik in Crimmitschau. In: Gesammelte Schriften, Bd. 14, S. 623.

100 Dokument Nr. 9.

101 Dokument Nr. 11.

Lohnarbeiter in den kapitalistischen Produktionsprozeß einbezogen. In besonders großem Umfang traf das für die Frauen und Jugendlichen zu.

In dem relativ kurzen Zeitraum von 1895 bis 1907 stieg die Gesamtzahl der Lohnarbeiterinnen von 2 879 962 auf 3 983 787. Allein in der Landwirtschaft nahm die Zahl der besonders in den Kleinbetrieben mitarbeitenden Frauen in der gleichen Zeit um 1,7 Millionen zu, während sich die Zahl der männlichen Arbeiter nur um 70 000 erhöhte. 1895 gab es in der Industrie 17 Berufsarten mit überwiegender Frauenarbeit, 1907 waren es bereits 28. An erster Stelle standen dabei das Bekleidungsgewerbe und die Textilindustrie, in denen zusammen etwa 1,25 Millionen Frauen ausgebeutet wurden.

Die kapitalistischen Unternehmer bevorzugten mehr und mehr die Ausbeutung von Frauen, weil sie ihnen weitaus geringere Löhne zahlen konnten und weil die Rücksicht auf ihre Kinder die Mütter zwang, ihre Kräfte aufs äußerste anzuspannen. Die größere Fingerfertigkeit der Frauen machte sie weiterhin zur Ausbeutung in einer Reihe neu entstehender oder sich entwickelnder Industriezweige, zum Beispiel der Elektroindustrie, besonders geeignet. Zu den am meisten ausgebeuteten und entrechteten Schichten des weiblichen Proletariats gehörten die rund 1,3 Millionen Dienstboten, die als Haussklavinnen geknechtet wurden.

Die Pariastellung der Frauen in der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft wurde durch ihre politische Entrechtung noch verstärkt. Frauen durften nicht wählen. In großen Teilen Deutschlands, so vor allem in Preußen, war es ihnen verboten, sich politisch zu organisieren und an politischen Versammlungen teilzunehmen.

Zu Beginn der imperialistischen Epoche begannen immer mehr Frauen, für die Verbesserung ihrer elenden ökonomischen und politischen Lage zu kämpfen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder der freien Gewerkschaften erhöhte sich von 13 481 im Jahre 1898 auf 74 511 im Jahre 1905.

Im Crimmitschauer Textilarbeiterstreik waren mehr als die Hälfte der Streikenden Arbeiterinnen. Sie bezogen wie die Männer Streikposten und leisteten als Mitglieder der Streikkomitees eine hervorragende, zum Teil richtungweisende Arbeit. Bei der Erziehung und Festigung des Klassenbewußtseins der Crimmitschauer Textilarbeiterinnen spielte der Streik eine bedeutende Rolle. Große Hilfe leisteten dabei die „Gleichheit" und die Sozialdemokratinnen in Berlin und Leipzig.

Die proletarische Frauenbewegung zählte einige tausend Arbeiterinnen, die in den Reihen ihrer Klasse mutig und aufopfernd um demokratische Rechte und um die Verbesserung der sozialen Lage der proletarischen Frauen kämpften. Infolge der reaktionären Vereinsgesetze waren sie in großen Teilen Deutschlands gezwungen, sich in „unpolitischen" Frauen- und Mädchenvereinen, in Frauenbildungsvereinen und in den im Zusammenhang mit den Reichstagswahlen von 1903 entstandenen zahlreichen Frauenwahlvereinen zu organisieren. Die proletarische Frauenbewegung wurde unter der Führung Clara Zetkins politisch und organisatorisch immer stärker.

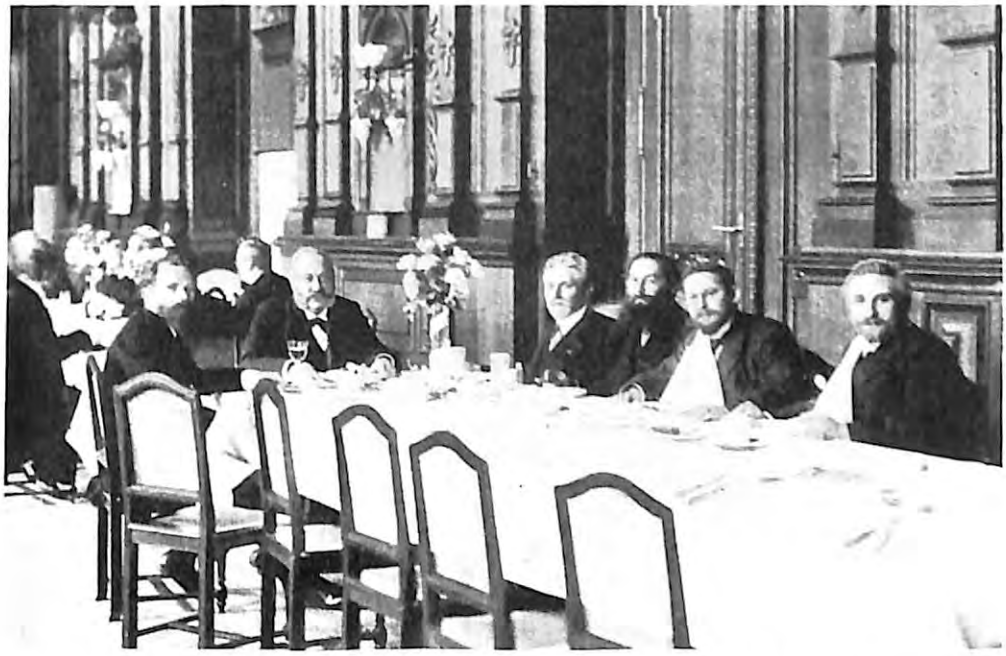
Ein System von Vertrauenspersonen unter Leitung der Zentralen Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands und die sozialdemokratischen Frauenkonferenzen, die seit 1900 alle zwei Jahre stattfanden, sicherten eine größere Einheitlichkeit und Aktionsfähigkeit der Bewegung.[102] Nach unvollständigen Angaben gab es 1901 25 Vertrauenspersonen. Bis 1904 hatte sich ihre Zahl mehr als vervierfacht.

Von der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland wurden mannigfaltige, den besonderen Problemen der Frauenarbeit angepaßte Agitationsmethoden, wie die Frauenleseabende und die Werkstubenagitation, entwickelt. Mit Hilfe dieser mühevollen Kleinarbeit faßte die proletarische Frauenbewegung unter den Arbeiterinnen allmählich Fuß.

Die Maßnahmen zur politischen und organisatorischen Stärkung der proletarischen Frauenbewegung wurden gegen die Revisionisten durchgesetzt, die die Rolle der Frau in der Gesellschaft leugneten und bemüht waren, die proletarische Frauenbewegung vom revolutionären Kampf auf das Gebiet der sozialen Reform zu lenken. Zunächst konnten jedoch die Rechten hier nur wenig Boden gewinnen. Dafür sorgten der leidenschaftliche Kampfgeist und die hohe Autorität Clara Zetkins, die tatkräftige Unterstützung der proletarischen Frauenbewegung durch August Bebel und auch die beispielhafte Einsatzbereitschaft ihrer Funktionärinnen. Der große revolutionäre Elan der Frauen wurde durch eine prinzipienfeste, klassenmäßige Schulung dort besonders gefestigt, wo sie von revolutionären Sozialdemokratinnen, wie Käte Duncker, geleitet wurde.

Die Zahl der Jungarbeiter zwischen 14 und 20 Jahren betrug in Deutschland um die Jahrhundertwende etwa vier Millionen. „Begünstigt durch die Not des Proletariats und die technischen Fortschritte

[102] Dokument Nr. 4.



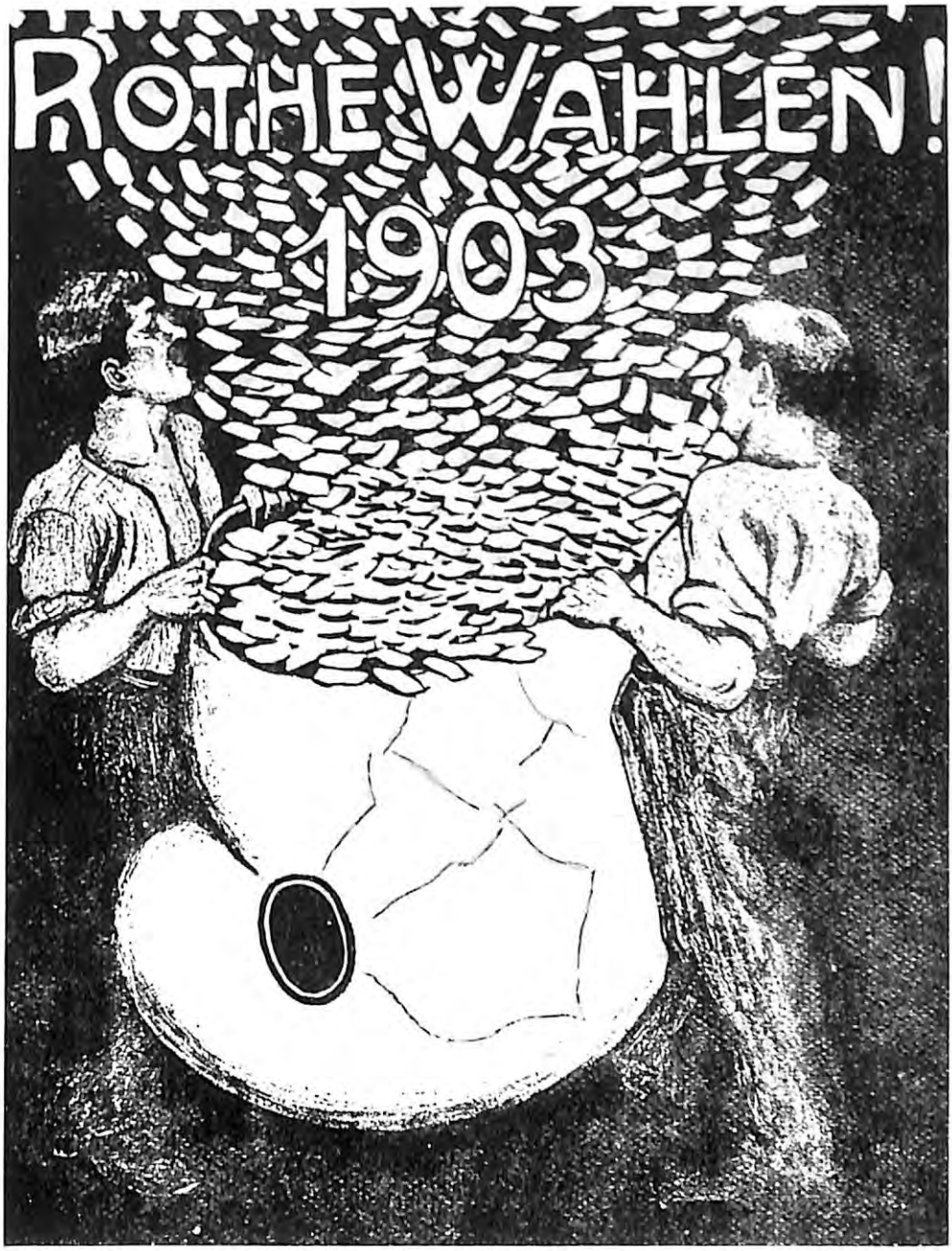
Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. V. l. n. r.: Wilhelm Schmidt, Paul Singer, August Bebel, Arthur Stadthagen, Paul Reißhaus, Gustav Hoch



August Bebel spricht zu den Teilnehmern des Mainzer Parteitages der deutschen Sozialdemokratie, September 1900



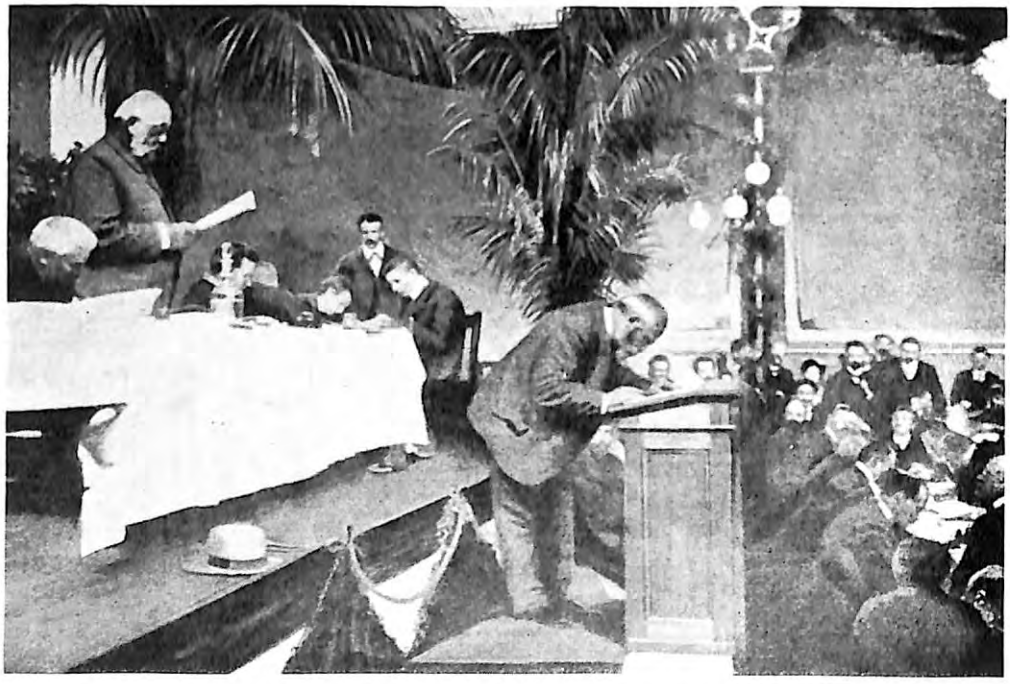
Wilhelm Liebknechts Leichenbegängnis, 12. August 1900



Titelseite einer sozialdemokratischen Agitationsschrift, 1903



Die Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie, August Bebel und Paul Singer, begeben sich zur Sitzung des Parteitages in Dresden, September 1903



Dresdener Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, September 1903.
Am Präsidiumstisch, stehend: Paul Singer; am Rednerpult: Wilhelm Pfannkuch



Amsterdamer Kongreß der II. Internationale, 1904

Arbeiter allerorts!

Crimmitschauer Fabrikanten treiben sich allerorts herum und versuchen,

Arbeitswillige

nach Crimmitschau zu bringen. Unwahre Mitteilungen werden über die Verhältnisse in Crimmitschau verbreitet. — Arbeiter, Arbeiterinnen!

Kommt nicht nach Crimmitschau!

In Crimmitschau werden Arbeiter nicht gebraucht! 8000 Menschen wurden dort ausgesperrt, weil 600 Arbeiter und Arbeiterinnen in Differenzen mit dem Unternehmertum geraten waren.

Die Fabrikanten Crimmitschaus suchen nun, euch heranzuziehen zur Arbeit, um mit eurer Hilfe die kämpfenden Arbeiter Crimmitschaus niederzuzwingen.

Arbeiter! Ihr werdet euch nicht zu

Verrätern

an der Arbeiterklasse stempeln lassen. Der Sieg der Crimmitschauer Arbeiter ist auch euer Sieg!

Die Crimmitschauer kämpfen um bessere Arbeits- und Lohnbedingungen!

Deshalb: Wenn die Fabrikanten oder ihre Agenten an euch herantreten, dann weist sie ab!

Bleibt fern von Crimmitschau!

Fallt den kämpfenden Textilarbeitern nicht in den Rücken!

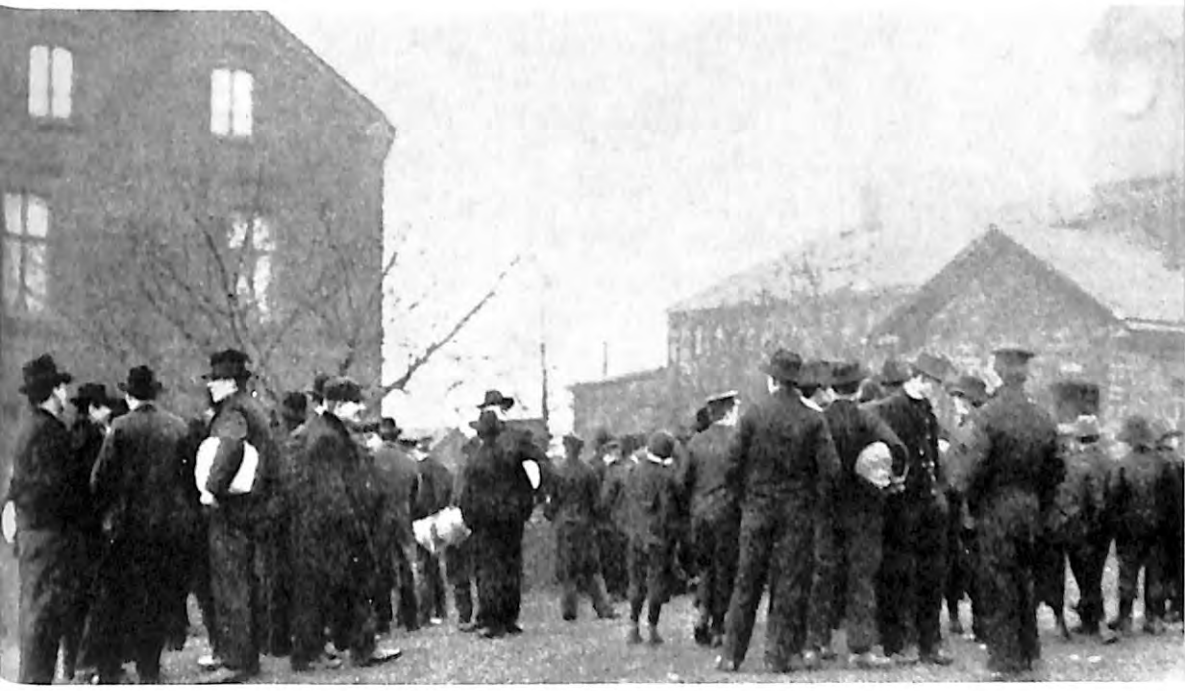
Es lebe die Einigkeit der Arbeiter!

Die kämpfenden Arbeiter und Arbeiterinnen Crimmitschaus.

Solidaritätsaufruf
der streikenden Crimmitschauer
Textilarbeiter und -arbeiterinnen



Teilnehmerinnen am Crimmitschauer Textilarbeiterstreik, Januar 1904



Ruhrbergarbeiter vor ihrem Streikbüro, Januar 1905



Streikleitung der Bergarbeiter in Alten-Essen im Ruhrgebiet, Januar 1905



Teilnehmer des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie in Jena, September 1905



Teilnehmer des Jenaer Parteitages, unter ihnen Franz Mehring
(2. v. l.), Rosa Luxemburg (3. v. l.), Clara Zetkin (im Vordergrund)

der Produktion", hob Clara Zetkin hervor, „verwandelt das Ausbeutungsbedürfnis des Kapitals die jugendlichen Proletarier aus schutz- und erziehungsbedürftigen Angehörigen der Familie in selbständig erwerbende Lohnarbeiter in der Gesellschaft."[103] Die Millionenarmee jugendlicher Arbeiter war für das deutsche Monopolkapital nicht nur ein besonders gefügiges Ausbeutungsobjekt, sondern mit der fortschreitenden Konzentration der Produktion stellte sie dem Militarismus auch die Hauptmasse der Rekruten.

Die jugendlichen Arbeiter wurden durch die imperialistische Entwicklung Deutschlands besonders hart getroffen. Bei der Intensivierung der kapitalistischen Ausbeutung wurde auf die körperliche und geistige Entwicklung der Jugendlichen überhaupt keine Rücksicht genommen. Tägliche Arbeitszeiten von 9 bis 13 Stunden waren die Regel. Einen Urlaub gab es nicht. Besonders schlecht war die Lage der Lehrlinge, die etwa 20 Prozent der jugendlichen Arbeiter ausmachten. Die Meister suchten der mit der Konzentration der Produktion wachsenden Gefahr des Bankrotts und der Proletarisierung vor allem auch durch die verstärkte Ausbeutung ihrer Lehrlinge zu entgehen, denen bei äußerst niedrigem Lohn und unbegrenzter Arbeitszeit noch ständig körperliche Züchtigungen drohten. Infolge des zerrütteten Gesundheitszustandes der jugendlichen Arbeiter war die Zahl der Militärtauglichen bei den Musterungen äußerst gering und sank immer weiter ab. Von den in den Städten arbeitenden gemusterten Jugendlichen waren in Deutschland in den Jahren 1902/1903 53,8 Prozent und 1908/1909 sogar nur 49,3 Prozent militärtauglich.

Die Arbeiterjugend setzte sich gegen das Lehrlings- und Jungarbeiterelend, die militaristische Erziehung und das ständige Werben bürgerlicher Jugend- und Turnvereine zur Wehr. In der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung erkannten die revolutionären Marxisten immer besser, welche große Bedeutung die sozialistische Erziehung der Arbeiterjugend für den antimilitaristischen Kampf besaß. Eine organisatorisch selbständige Arbeiterjugendbewegung entstand in Deutschland 1904 mit der Gründung der Arbeiterjugendvereine in Berlin[104] und Mannheim. Im gleichen Jahr vertrat Karl Liebknecht auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Bremen die Interessen der Arbeiterjugend, indem er, ebenso wie auf dem folgenden Parteitag in

[103] Clara Zetkin: Die Jugendorganisation. In: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I, S. 396.

[104] Dokument Nr. 12.

Jena, neue, weitergehende Methoden des antimilitaristischen Kampfes und die Einbeziehung der Arbeiterjugend in den Klassenkampf durch die Gründung eigener Organisationen verlangte. Karl Liebknecht wurde so zum Vorkämpfer der sozialistischen Jugendbewegung. Die opportunistischen Kräfte der Partei brachten aber seine Anträge zunächst zu Fall. Erst in Mannheim 1906 stimmte der Parteitag der Förderung und Unterstützung der Arbeiterjugendbewegung zu.

Die deutsche Arbeiterjugendbewegung ist in enger Verbindung mit den besten Kräften der deutschen Sozialdemokratie, wie Hermann und Käte Duncker, Karl Liebknecht, Clara Zetkin, aus dem Klassenkampf entstanden. Ihre Geschichte zeigt, daß die Lage der Arbeiterjugend nur im Klassenkampf und unter Führung der revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse verbessert werden kann. Die Arbeiterjugendvereine waren „Rekrutenschulen" der Arbeiterbewegung, Schulungs- und Kampfzentren für zukünftige Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre. Ihr Arbeits- und Kampfprogramm lautete: Antimilitarismus, Schutz der arbeitenden Jugend und sozialistische Bildung auf der Grundlage des Marxismus und der fortschrittlichen Wissenschaft. In Verbindung mit der sozialistischen Bildungsarbeit war sie damit eine Bewegung für eine wahrhaft humanistische Volkserziehung.

Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Ausbeutung, politische Reaktion und imperialistische Kriegsvorbereitung in den Jahren 1905 bis 1909. Der Einfluß der Revolution von 1905 bis 1907 in Rußland auf Deutschland. Die drei Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung

1. Die Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse 1905/1906 und die Auswirkungen der ersten Revolution in Rußland auf den Klassenkampf in Deutschland. Die Herausbildung der deutschen Linken. Das Entstehen des Zentrismus

Das Jahr 1905 war in Deutschland ein Jahr heftiger Klassenkämpfe. Besondere Bedeutung besaß der bis dahin größte Streik von über 215 000 Bergarbeitern im Ruhrgebiet. Er begann am 7. Januar 1905 auf der Zeche „Bruchstraße" in Langendreer, weil der Kohlenbaron Hugo Stinnes Arbeitszeitverlängerungen und Zechenstillegungen angeordnet hatte. Als im Ruhrgebiet zehn Tage später bereits 100 000 Arbeiter streikten, sahen sich die Führer des freigewerkschaftlichen Verbandes deutscher Bergarbeiter, des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und der Polnischen Berufsvereinigung gezwungen, den Streik offiziell zu proklamieren, obwohl sie die Absicht gehabt hatten, den Ausstand auf einige Zechen zu begrenzen. Bald darauf streikte die Mehrheit der Ruhr-

bergarbeiter. Sie forderte die Achtstundenschicht, höhere Löhne, Garantien für die Grubensicherheit und die Beseitigung aller Schikanen wegen politischer Tätigkeit. Die Zechenherren gerieten in große Unruhe. Die preußische Regierung konzentrierte im Streikgebiet Gendarmerie. Die Klassenjustiz verhängte gegen Streikende Terrorurteile.

Da erreichte Deutschland die Nachricht vom Beginn der Revolution in Rußland, das sich seit Februar 1904 im Krieg mit Japan um die Neuverteilung der Einflußsphären im Fernen Osten befand. Am 22. Januar 1905 waren in Petersburg 140 000 Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern zum Winterpalais des Zaren gezogen, um die Linderung ihrer Not zu erbitten. Doch statt Hilfe zu erhalten, waren sie von zaristischen Truppen beschossen und niedergeritten worden. Über 1000 Arbeiter waren diesem furchtbaren Blutbad zum Opfer gefallen. Noch am Abend des 22. Januar errichteten Petersburger Arbeiter Barrikaden zum bewaffneten Kampf gegen die Selbstherrschaft. Durch ganz Rußland ging eine Welle großer Proteststreiks und Bauernunruhen.

In Deutschland wurde die Revolution in Rußland von den klassenbewußten Arbeitern stürmisch begrüßt. Sie stärkte die streikenden Ruhrbergarbeiter in ihrer Kampfentschlossenheit, Ausdauer und Opferwilligkeit. Tapfer standen ihnen ihre Frauen zur Seite. Auch Kaufleute und Gewerbetreibende unterstützten sie. 215 000 Bergarbeiter unterschiedlichster Weltanschauung, Nationalität und Organisation streikten gemeinsam. Deutsche, polnische und italienische Klassengenossen, Mitglieder der freien Gewerkschaften, der bürgerlichen Verbände und eine große Anzahl unorganisierter Arbeiter kämpften gegen Ausbeutung und Entrechtung durch die Ruhrmagnaten. Ihr Kampf wurde in ganz Deutschland und im Ausland durch Solidaritätsstreiks, Sympathiekundgebungen und Geldspenden der Arbeiter unterstützt. Etwa 1,6 Millionen Mark spendeten deutsche Sozialdemokraten und Gewerkschafter. In Belgien traten 80 000 Bergarbeiter in den Streik. Englische und französische Arbeiter halfen durch eindrucksvolle Solidaritätsaktionen.

Die herrschende Klasse fürchtete die Ausweitung des Ruhrbergarbeiterstreiks und die Gefahr des Übergreifens der revolutionären Bewegung von Rußland auf Deutschland. Die preußische Regierung wagte es deshalb entgegen ihrer bisherigen Praxis nicht, die im Ruhrgebiet zusammengezogenen Gendarmerieeinheiten gegen die streiken-

den Bergarbeiter einzusetzen, obwohl die Zechenherren die Anwendung von Gewaltmaßnahmen forderten. Diese Situation nutzte die Streikleitung jedoch nicht zur Durchsetzung der Arbeiterforderungen aus. Da sie von reformistischen Gewerkschaftsbeamten und Führern der bürgerlichen Gewerkschaftsverbände beherrscht wurde, würgte sie den Streik, trotz des ungebrochenen Kampfwillens der Bergarbeiter, am 9. Februar ab, als die Regierung unverbindlich Veränderungen des Berggesetzes versprach.[105] Der Ruhrbergarbeiterstreik leitete eine Welle neuer ökonomischer Kämpfe ein, an denen sich 1905/1906 über 800 000 Arbeiter und Arbeiterinnen vieler Industriezweige beteiligten.

In der deutschen Arbeiterklasse fand die Revolution in Rußland ein begeistertes Echo. Bereits Ende Januar und im Februar 1905 begrüßten Berliner Massenversammlungen die Revolution und verurteilten den Terror der zaristischen Truppen. Hunderte ähnlicher Versammlungen fanden zur gleichen Zeit in vielen Städten Deutschlands statt.[106] Im März 1905 gab August Bebel vor dem Reichstag der Hoffnung der deutschen Sozialdemokratie auf den Sieg der Revolution in Rußland Ausdruck. In der „Neuen Zeit" schrieb er: „Das westeuropäische Proletariat wünscht dem russischen Proletariat den Sieg. Es wird ihm diesen Sieg nicht neiden. Es weiß, daß, was das Proletariat eines großen Landes erobert, dem Proletariat aller anderen Länder zugute kommt. Möglich, daß dieses Mal die Sonne der Freiheit im Osten aufgeht und es der Westen ist, der, statt zu geben, empfängt."[107]

Die revolutionären Kräfte in der deutschen Sozialdemokratie verbanden die Bewegung zur Unterstützung der Revolution in Rußland mit verstärktem Kampf gegen die herrschende Klasse in Deutschland, die dem Zarismus zur Niederschlagung der Revolution ihre militärische Hilfe anbot. „Wir wären erbärmliche Kerls, und der Teufel sollte uns holen", erklärte Karl Liebknecht, „wenn wir nicht dafür sorgen würden, daß jeder etwaige Versuch, der russischen Revolution aus Deutschland in den Rücken zu fallen, mit einer gründlichen Niederlage auch der preußisch-deutschen Reaktion enden würde."[108]

105 Dokument Nr. 17.

106 Dokument Nr. 14, 15 u. 16.

107 August Bebel: Ein Buch über die Revolution in Rußland. In: Die Neue Zeit (Stuttgart), 23. Jg. 1904/1905, Zweiter Band, S. 286. – Dokument Nr. 18.

108 Karl Liebknecht: Über die Bedeutung des politischen Massenstreiks. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, Berlin 1958, S. 193.

Indem das deutsche Proletariat die Sympathie der Werktätigen für die russischen Revolutionäre mit dem Kampf gegen die konterrevolutionäre Politik der deutschen Reaktion verband, leistete es gemeinsam mit den Sozialisten anderer Länder den russischen Revolutionären eine große Hilfe.

Viele Sozialdemokraten stellten sich schützend vor russische Emigranten, die der zunehmenden Verfolgung durch die deutschen Behörden ausgesetzt waren. Schon in den vorangegangenen Jahren hatten deutsche Sozialdemokraten russische Revolutionäre aktiv unterstützt und waren deshalb von der reaktionären Klassenjustiz belangt worden. Im Juli 1904 zum Beispiel hatten neun Sozialdemokraten wegen der Unterstützung des Kampfes ihrer russischen Klassenbrüder gegen die zaristische Selbstherrschaft vor den Schranken des Gerichts in Königsberg gestanden. Karl Liebknecht war im Königsberger Prozeß als Verteidiger der Angeklagten aufgetreten und hatte in glänzender Weise auf der Tribüne des Gerichts die reaktionäre Klassenjustiz angeprangert. Über die meisten Angeklagten waren längere Gefängnisstrafen verhängt worden. Der Geist des proletarischen Internationalismus aber wurde in der deutschen Arbeiterklasse durch dieses Terrorurteil noch mehr gefestigt. Wenige Wochen nach der Verkündung des Urteils nahm der Bremer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie einstimmig eine von Sozialdemokraten aus Königsberg eingebrachte Resolution an, die zur Unterstützung der Klassenbrüder in Rußland aufrief.

Die bürgerlich-demokratische Revolution von 1905 in Rußland besaß große internationale Bedeutung. Sie war die erste Volksrevolution unter proletarischer Führung in der Epoche des Imperialismus und brachte Mittel und Formen des Kampfes hervor, die die früheren Revolutionen nicht gekannt hatten. Ihr gesamter Verlauf, ihre Ergebnisse und Lehren bewiesen, daß sich das Zentrum der internationalen revolutionären Bewegung nach Rußland verlagert hatte und das russische Proletariat zur Avantgarde des Weltproletariats geworden war.

„Während wir in Mittel- und Westeuropa uns die Köpfe zerbrechen", schrieb August Bebel, „ob das Proletariat für eine führende geschichtliche Rolle reif sei, ob es vermöge, die Staatsleitung in seine Hände zu nehmen, und über diese Frage lang und breit tiefgründige Erörterungen pflegen, hat das russische klassenbewußte Proletariat, das weder an Zahl noch an politischer Erfahrung, noch an geschlossenen Massenorganisationen es mit dem mittel- und westeuropäischen

Proletariat aufzunehmen vermag und das in einem Lande von überwiegend primitiver sozialer und kultureller Entwicklung lebt, alle Theorien und Klügeleien über den Haufen geworfen und frisch Hand ans Werk gelegt. Und siehe da, was selbst in unseren Reihen vielfach für unmöglich gehalten wurde, ist ihm gelungen. Es hat sich zum Herrn der Lage aufgeworfen."[109]

Die Auswirkungen der Revolution in Rußland zeigten sich vor allem in Asien und Europa. Die bürgerliche Revolution 1908 in der Türkei, der Sturz der Monarchie in China 1912, die Fortschritte der revolutionären Bewegungen in Afghanistan, Indien, Indonesien, Persien und in anderen Ländern kündeten davon, daß die Revolution in Rußland Asien endgültig wachgerüttelt hatte. In den Ländern Europas, in Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich-Ungarn und Rumänien, inspirierte diese Revolution die Arbeiterklasse und die demokratischen Volkskräfte zu größeren Anstrengungen im Kampf um die nationale und soziale Befreiung.

Die Erfahrungen des heroischen Kampfes der Arbeiter und Bauern Rußlands besaßen große Bedeutung für die Arbeiterklasse und die Volksmassen in allen Ländern. Es war deshalb eine erstrangige internationale Aufgabe, ihnen diese Erfahrungen und die sich aus ihnen ergebenden neuen theoretischen Schlußfolgerungen zu vermitteln. Diese Aufgabe erfüllte W. I. Lenin. Im Sommer 1905 schrieb er sein Buch „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution", das zu seinen bedeutendsten Werken gehört. In diesem Werk und in anderen Schriften entwickelte er die marxistische Revolutionstheorie entsprechend den neuen Bedingungen des proletarischen Befreiungskampfes in der Epoche des Imperialismus weiter. W. I. Lenin begründete nicht nur den strategischen Plan und die taktische Linie der Bolschewiki in der Revolution von 1905, sondern beantwortete damit zugleich die entscheidenden Grundfragen der Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterklasse.

In Auseinandersetzung mit den opportunistischen Auffassungen der Menschewiki legte W. I. Lenin dar, daß zwischen den bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts und der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland grundlegende Unterschiede bestanden. Die Revolution von 1905 in Rußland unterschied sich von den bisherigen Revolutionen in Europa vor allem darin, daß in ihr nicht

[109] August Bebel: Neujahrsbetrachtung. In: Die Gleichheit (Stuttgart), 1906, Nr. 1, S. 1.

mehr die Bourgeoisie, sondern nur noch das Proletariat als Führer auftreten konnte. Der Kapitalismus hatte bereits seine historisch aufsteigende Bahn überschritten und war in das Stadium seines Niedergangs und Verfalls eingetreten. Die Bourgeoisie hatte ihre Fähigkeit verloren, Führer des gesellschaftlichen Fortschritts zu sein; sie hatte sich in eine reaktionäre Klasse verwandelt. Die Arbeiterklasse aber war zu einer starken politischen Kraft herangewachsen und bildete den Vortrupp im Kampf um den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft.

Unter diesen historischen Bedingungen war die liberale Bourgeoisie des zaristischen Rußlands darum bemüht, die Revolution einzudämmen und zu Vereinbarungen mit dem Zarismus zu gelangen. Sie wollte die notwendige Umgestaltung in bürgerlich-demokratischer Richtung durch Reformen erreichen und die alte Staatsmaschinerie, wie Heer, Polizei und Justiz, unangetastet lassen, um sie zum Kampf gegen die Arbeiter und Bauern einsetzen zu können. Die bürgerlich-demokratische Revolution konnte deshalb nur unter der Voraussetzung zum Sieg geführt werden, daß sich die Arbeiterklasse ohne Schwanken an ihre Spitze stellte und die Führung übernahm. Im Gegensatz zu den Behauptungen der Menschewiki, daß die Revolution nur der Bourgeoisie zum Vorteil gereichen werde, hob W. I. Lenin hervor: „Je vollständiger und entschiedener, je konsequenter die bürgerliche Revolution sein wird, desto gesicherter wird der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie für den Sozialismus sein ... Der Marxismus lehrt den Proletarier nicht, sich von der bürgerlichen Revolution fernzuhalten, auf die Teilnahme an ihr zu verzichten, die Führung in ihr der Bourgeoisie zu überlassen, sondern im Gegenteil, er lehrt die energischste Teilnahme, den entschlossensten Kampf für den konsequenten proletarischen Demokratismus, für die Durchführung der Revolution bis zu Ende."[110] W. I. Lenin betonte, daß die Arbeiterklasse in Rußland in gewissem Sinne mehr an der bürgerlich-demokratischen Revolution interessiert sei als die Bourgeoisie. Die Überreste der feudalen Gesellschaft hemmten die Entwicklung der Produktivkräfte. Ihre Beseitigung diente dem Kampf des Proletariats um seine eigene Befreiung. Außerdem brauchte das Proletariat bürgerlich-demokratische Rechte und Freiheiten, um seine Kräfte für diesen Kampf sammeln, schulen und organisieren zu können.

110 W. I. Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution. In: Werke, Bd. 9, Berlin 1964, S. 37 u. 39.

Damit die Arbeiterklasse wirklich zum Führer der bürgerlich-demokratischen Revolution werden konnte, mußte sie die Bauernschaft dem Einfluß der Bourgeoisie entreißen und ein festes Bündnis mit ihr schließen. Entgegen den Auffassungen der Opportunisten wies W. I. Lenin nach, daß die Bauernschaft der natürliche Verbündete der Arbeiterklasse ist. Die Bauern waren vor allem daran interessiert, die Überreste der Leibeigenschaft zu beseitigen, den gutsherrlichen Großgrundbesitz aufzuheben, um Rückständigkeit und Knechtschaft zu überwinden und ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Nur der Sieg der Revolution unter Führung der Arbeiterklasse konnte die Bodenfrage im Interesse der Bauernschaft lösen. „Ein konsequenter Kämpfer für die Demokratie", schrieb W. I. Lenin, „kann nur das Proletariat sein. Ein siegreicher Kämpfer für den Demokratismus kann das Proletariat nur unter der Bedingung werden, daß sich die Masse der Bauernschaft seinem revolutionären Kampf anschließt."[111]

Die Idee der Hegemonie des Proletariats in der bürgerlich-demokratischen Revolution bildet den Grundgedanken des Leninschen Werkes. Das Proletariat kann aber nur dann Hegemon werden, wenn es von einer revolutionären, marxistischen Partei geführt wird, die fähig ist, die ideologisch-politische und organisatorische Selbständigkeit des Proletariats zu sichern und eine wissenschaftliche Strategie und Taktik auszuarbeiten. Eine solche Partei neuen Typus muß alle Formen und Methoden des revolutionären Kampfes beherrschen und es verstehen, diese im richtigen Moment anzuwenden und miteinander zu verbinden.

In bezug auf die Mittel und Formen des Kampfes der Arbeiterklasse maß W. I. Lenin dem politischen Massenstreik besondere Bedeutung bei, da dieser für die Entfaltung der Initiative und die Mobilisierung großer Massen zum revolutionären Kampf eine erstrangige Rolle spielt. Auch den Fragen des bewaffneten Aufstandes widmete Lenin große Aufmerksamkeit, denn der Zarismus konnte damals nur gewaltsam gestürzt werden.

W. I. Lenin beantwortete die Hauptfrage jeder Revolution, die Frage der Macht, auf neue Art und Weise. Er begründete, daß die bürgerliche Revolution nicht mehr – wie früher – die Herrschaft der Bourgeoisie errichten werde, sondern daß im Ergebnis der siegreichen bürgerlich-demokratischen Revolution, deren Führer und Haupttriebkraft die Arbeiterklasse ist, eine revolutionär-demokratische Diktatur

[111] Ebenda, S. 48.

des Proletariats und der Bauernschaft in Form der demokratischen Republik errichtet werden müsse. Dabei knüpfte er an Gedanken an, die Karl Marx und Friedrich Engels in der Revolution von 1848/1849 in Deutschland vertreten hatten. Aufgabe der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft sollte es sein, alle Anschläge des Feindes gegen errungene Freiheiten zu vereiteln oder abzuwehren. Diese revolutionär-demokratische Diktatur mußte sich auf das bewaffnete Volk stützen, die revolutionäre Initiative der Massen entfalten und ihre Aktionen durch entsprechende Maßnahmen einer revolutionären provisorischen Regierung sichern. Im Gegensatz zu den Menschewiki, die sich gegen den Eintritt in eine solche Regierung aussprachen, forderte W. I. Lenin die Teilnahme von Vertretern der Arbeiterklasse an einer solchen revolutionären Regierung, um ihr die notwendige Energie und Entschlossenheit zu verleihen und die selbständigen Interessen der Arbeiterklasse zu wahren.

Ausgehend von den neuen Bedingungen der imperialistischen Epoche sowie vom Charakter und von den Triebkräften der Revolution in Rußland, entwickelte W. I. Lenin die Marxsche Idee der permanenten Revolution weiter zu der in sich geschlossenen Theorie vom Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution. Damit setzte er sich mit den Auffassungen der Opportunisten auseinander, nach denen zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Revolution eine lange Periode der Herrschaft der Bourgeoisie liegen müsse und die sozialistische Revolution erst dann möglich sei, wenn das Proletariat die zahlenmäßige Mehrheit innerhalb der Gesellschaft erlangt habe. Die Leninsche Konzeption richtete sich gleichzeitig gegen die von L. D. Trotzki verfochtene Theorie der „permanenten Revolution", die forderte, die bürgerlich-demokratische Etappe der Revolution zu überspringen. Im September 1905 schrieb W. I. Lenin in einem Artikel: „... von der demokratischen Revolution werden wir sofort, und zwar nach Maßgabe unserer Kraft, der Kraft des klassenbewußten und organisierten Proletariats, den Übergang zur sozialistischen Revolution beginnen. Wir sind für die ununterbrochene Revolution. Wir werden nicht auf halbem Wege stehenbleiben."[112] Dieser Idee lag die Tatsache zugrunde, daß die in Rußland bereits bestehenden Widersprüche zwischen den gesellschaftlichen Produktivkräften und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen es ermög-

[112] W. I. Lenin: Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bauernbewegung. In: Ebenda, S. 232.

lichten und notwendig machten, die bürgerlich-demokratische Revolution in die sozialistische Revolution hinüberzuleiten.

Obwohl die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland schließlich eine Niederlage erlitt und ihre Aufgabe nicht löste, erwies sich die von W. I. Lenin ausgearbeitete Theorie der Revolution und die auf ihr beruhende Strategie und Taktik der bolschewistischen Partei als die einzig richtige. Sie zeigte den Weg, wie die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland vollendet und in die sozialistische Revolution hinübergeleitet werden konnte.

Die Revolution von 1905 bis 1907 in Rußland war die erste Volksrevolution in der Epoche des Imperialismus; sie richtete sich nicht nur gegen den Zarismus, sondern auch gegen das System des Imperialismus. Die grundlegenden ökonomischen, politischen und ideologischen Bedingungen des Kampfes der Arbeiterklasse waren überall die gleichen, wenn auch die einzelnen imperialistischen Länder durch zahlreiche Besonderheiten in ihrer Entwicklung Unterschiede aufwiesen. Mit dem Eintritt in die Epoche des Imperialismus wurden alle Fragen des Kampfes um den Sozialismus auf neue Art gestellt. Imperialismus bedeutete Reaktion auf der ganzen Linie, bedeutete Negation der Demokratie auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Deshalb erlangte der Kampf um Demokratie, um demokratische Umgestaltungen auf antiimperialistischer Grundlage entscheidende Bedeutung für den Kampf der Arbeiterklasse um den Sozialismus. Der Kampf um antiimperialistische demokratische Verhältnisse wurde in imperialistischen Staaten für die Arbeiterklasse zur historischen Notwendigkeit im Kampf um den Sozialismus. Nur in diesem Kampf konnte die Arbeiterklasse unter Führung ihrer revolutionären Partei sich organisieren und schulen, ihre Einheit schaffen, ein festes Bündnis mit den Massen des Volkes herstellen und die günstigsten Bedingungen, den besten Kampfboden für den Übergang zur sozialistischen Revolution schaffen. W. I. Lenin beantwortete in seinem Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" zum erstenmal konkret die Frage, auf welchem Weg die Arbeiterklasse ihre Macht errichten kann. Die Arbeiterparteien, die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse in allen Ländern, besonders in den imperialistischen Ländern, mußten deshalb, um ihre Aufgaben erfüllen zu können, W. I. Lenins Erkenntnisse studieren und sie entsprechend den Bedingungen ihrer Länder anwenden. Das galt vor allem auch für Deutschland.

W. I. Lenin unternahm große Anstrengungen, die Erfahrungen und Lehren der Revolution in Rußland in der internationalen Arbeiterbewegung, besonders in der deutschen Sozialdemokratie, zu verbreiten. Er veröffentlichte in München die Resolutionen des III. Parteitages der SDAPR von 1905, die jene Fragen behandelten, die auch im Mittelpunkt seines Werks „Zwei Taktiken" standen, in einer deutschsprachigen Broschüre. W. I. Lenin richtete an die im Ausland lebenden Bolschewiki einen speziellen Aufruf zur Agitation in sozialdemokratischen Kreisen über den strategischen Plan und die taktische Linie der bolschewistischen Partei in der Revolution. Er veröffentlichte 1907 in der „Neuen Zeit" den Artikel „Die Dumawahlen und die Taktik der russischen Sozialdemokratie". Darin erläuterte er wichtige Thesen aus „Zwei Taktiken". Die Auffassungen W. I. Lenins und der Bolschewiki fanden jedoch nur selten Eingang in die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Die Menschewiki dagegen konnten ihre Betrachtungen in den meisten Fällen veröffentlichen. Dadurch wurden falsche Vorstellungen von der Lage und dem Kampf der Arbeiterklasse in Rußland erzeugt. Die Auswertung der Erfahrungen der Revolution in Rußland und der Erkenntnisse W. I. Lenins wurde infolgedessen in der deutschen Arbeiterbewegung sehr erschwert und verzögert.

Über die Lehren der Revolution in Rußland entspannen sich zwischen den Revisionisten und den Marxisten in der deutschen Sozialdemokratie und in den freien Gewerkschaften heftige Auseinandersetzungen.

Angesichts der Stimmung der Massen für die Revolution in Rußland bekundeten auch die Revisionisten den russischen Revolutionären und den Opfern der zaristischen Polizeiwillkür Sympathie. Sie sahen in dieser Revolution allerdings nur den Nachläufer der bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts, der nachzuholen hatte, was in Deutschland und in den übrigen Staaten Westeuropas längst erreicht worden sei. In ihren Berichten und Kommentaren kehrten sie bewußt die Schrecken des Bürgerkrieges hervor, um bei den deutschen Arbeitern Abscheu zu erwecken und sie vom revolutionären Kampf abzuhalten. Sie wollten ihnen weismachen, offene revolutionäre Kämpfe führten lediglich zum Chaos und Ruin der Organisation und seien als Putschismus und Anarchismus abzulehnen. Damit wollten sie verhindern, daß die Arbeiter revolutionäre Schlußfolgerungen aus den Ereignissen in Rußland zogen. Zugleich versuchten sie in diesem Zusammenhang ihre eigenen revisionistischen Auffassungen als die den

Entwicklungsbedingungen in Deutschland entsprechende Politik hinzustellen.

Die Marxisten hatten gegen viele Entstellungen und Verleumdungen zu kämpfen, um ihre Meinung über die Revolution in Rußland und die Anwendung wichtiger Lehren zu verbreiten und durchzusetzen. August Bebel, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin und vielen anderen revolutionären Sozialdemokraten gebührt das Verdienst, den Blick der deutschen Arbeiterklasse auf wichtige Lehren dieser Revolution gelenkt zu haben. Auch Karl Kautsky verfolgte das große Ereignis mit Aufmerksamkeit und zog wichtige Schlußfolgerungen.

Diese Revolution, schrieb Rosa Luxemburg, „ist also nach Inhalt und Methoden ein ganz neuer Typus der Revolution. Formell bürgerlich-demokratisch, in ihrem Wesen proletarisch-sozialistisch, ist sie sowohl nach Inhalt wie Methoden *eine Übergangsform* von den bürgerlichen Revolutionen der Vergangenheit zu den proletarischen Revolutionen der Zukunft, in denen es sich bereits um die Diktatur des Proletariats und die Verwirklichung des Sozialismus handeln wird."[113] Franz Mehring würdigte Ende 1905 die Revolution wie folgt: „Dies Jahr kennzeichnet den Anfang einer Revolution, die, wie viele Phasen sie noch durchlaufen mag, wie Sieg und Niederlage in ihr wechseln mögen, dennoch nicht enden wird, ohne das Antlitz der zivilisierten Welt von Grund aus umgewandelt zu haben."[114] Viele Marxisten in der deutschen Sozialdemokratie betrachteten die Revolution in Rußland wie Rosa Luxemburg und Franz Mehring als eine bedeutende Entwicklungsetappe für die Völker Rußlands und als einen Markstein in der Weltgeschichte. An der Hegemonie des Proletariats in der Revolution in Rußland und an der Allgemeingültigkeit dieser Tatsache gab es bei den meisten von ihnen keine Zweifel. Sie stellten fest, daß sich der Schwerpunkt des revolutionären Kampfes nach Rußland verlagert habe.

Unter dem Einfluß der Revolution verstärkten die deutschen Sozialdemokraten die Agitation auf dem Lande. In Artikeln legten sie dar, wie das große Heer der Landarbeiter besonders in dem vom preußischen Junkertum beherrschten Ostelbien organisiert und am Kampf

[113] Rosa Luxemburg: Die russische Revolution. In: 1649 – 1789 – 1905, Berlin o. J., S. 14.

[114] Franz Mehring: Ein Jahr der Revolution. In: Die Neue Zeit (Stuttgart), 24. Jg. 1905/1906, Erster Band, S. 441.

gegen Ausbeutung und Reaktion beteiligt werden könne. Vor allem die Linken sahen in den fast dreieinhalb Millionen Landarbeitern eine wichtige Reserve für den Kampf gegen den Militarismus und das junkerlich-bourgeoise Regime. In hoher Auflage wurden 1905/1906 Broschüren und Flugblätter unter den Landarbeitern Preußens und Mecklenburgs verteilt. Sonntags zogen sozialdemokratische Agitatoren aus den Städten aufs Land und erfüllten in verstärktem Maße jene Aufgabe, zu deren Verwirklichung Friedrich Engels 1894 aufgerufen hatte: „Werft den Samen der Sozialdemokratie unter diese Arbeiter, gebt ihnen den Mut und den Zusammenhalt, auf ihren Rechten zu bestehen, und es ist aus mit der Junkerherrlichkeit... Hier, im ostelbischen Preußen, liegt unser entscheidendes Schlachtfeld, und deshalb wird Regierung und Junkerschaft alles aufbieten, uns hier den Zugang zu verschließen. Und wenn es – wie man uns droht – zu neuen Gewaltmaßregeln kommen sollte zur Verhinderung der Ausbreitung unserer Partei, so wird dies geschehen vor allem, um das ostelbische Landproletariat vor unserer Propaganda zu schützen. Uns kann's gleich sein. Wir erobern es doch."[115]

Zunächst ging es vor allem um die gewerkschaftliche Organisierung der Landarbeiter. Im Jahre 1907 gab es unter ihnen nur 2500 Gewerkschaftsmitglieder. Im Februar 1909 schlossen sich die Landarbeiter, die bis dahin dem Fabrikarbeiterverband angehört hatten, zum Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands zusammen und gaben ein eigenes Verbandsorgan, „Der Landarbeiter", heraus. Bis 1913 vereinigte der Verband, der sich seit diesem Jahr Deutscher Landarbeiterverband nannte, 20 000 Mitglieder. Diese Zahl war im Verhältnis zu den Millionen Landarbeitern gering. Die organisierten Landarbeiter stellten jedoch eine Kraft dar, die den Junkern energisch in den Weg trat und die Herausbildung eines proletarischen Klassenbewußtseins unter dem Landproletariat förderte. Die opportunistischen Führer des Landarbeiterverbandes konnten diese Auswirkung der Gründung einer eigenen Gewerkschaftsorganisation für die Landarbeiter zwar beeinträchtigen, aber nicht verhindern.

In der Epoche des Imperialismus verlangten die Lage und die Interessen der Klein- und Mittelbauern, der Handwerker, der Händler, der Intelligenz und der kaufmännischen und technischen Angestellten die

115 Friedrich Engels: Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 505.

besondere Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse, denn nur im Bündnis mit ihnen konnte der Kampf der Arbeiterklasse Aussicht auf Erfolg haben. Bei Streiks und Wahlrechtsaktionen gab es vereinzelt Ansätze des Zusammengehens mit diesen Kräften. Doch systematisch wurde diese Aufgabe nicht in Angriff genommen, weil keiner der marxistischen Führer in der deutschen Sozialdemokratie das Wesen der von W. I. Lenin und den Bolschewiki entwickelten Bündnispolitik verstand.

Besonders kraß zeigte sich diese Schwäche in der Haltung zu den Klein- und Mittelbauern. Über das Verhältnis der Sozialdemokratie zu ihnen hatte es in der Partei schon 1894/1895 große Diskussionen gegeben. Durch grundlegende Arbeiten war von Friedrich Engels auf die Wichtigkeit und die ganze Problematik dieser Frage aufmerksam gemacht worden. Karl Kautsky hatte 1899 ein umfangreiches Werk über „Die Agrarfrage" geschrieben. Da aber in der deutschen Sozialdemokratie keine klaren Vorstellungen vom konkreten Weg zur Macht vorhanden waren, vermochte die Partei auch nicht, die theoretischen und praktischen Fragen für die Gewinnung der Bauern als Bundesgenossen zu lösen. Die deutsche Sozialdemokratie besaß kein theoretisch begründetes Agrarprogramm und interessierte sich für die Bauern im allgemeinen nur bei Wahlen. Einzelne ihrer Wahlaufrufe enthielten dann Forderungen zum Beispiel nach Abschaffung der Getreidezölle, Übernahme der Viehversicherung durch den Staat, Gründung und Förderung von staatlichen Musteranstalten und Landwirtschaftsschulen. Die Zahl der Wähler der deutschen Sozialdemokratie unter den Klein- und Mittelbauern aber erhöhte sich kaum. Die Mehrheit der Bauern blieb in Deutschland in geistiger und politischer Knechtschaft der Junker, Gutsbesitzer und Pfaffen.

Karl Liebknecht, der in seiner Tätigkeit als Abgeordneter und Rechtsanwalt sehr oft kleinbürgerliche und bäuerliche Interessen zu verteidigen hatte, kritisierte 1912 diesen Mangel nachdrücklich. Er erklärte, die Partei werde in den Fragen der Mittelstands- und Agrarpolitik nicht mehr lange mit der Aufstellung eines genauen Programms warten können. Diese Erwägung Karl Liebknechts hatte grundsätzliche Bedeutung und zeigte, daß er als führender deutscher Linker Fragen der Bündnispolitik zu durchdenken begann.

Im Mittelpunkt der Diskussion über die Lehren der Revolution in Rußland stand der politische Massenstreik, stand der Kampf der revolutionären Kräfte um die Propagierung und Anwendung neuer Kampf-

mittel. In unzähligen Versammlungen in ganz Deutschland bestürmten die Arbeiter die sozialdemokratischen Funktionäre mit der Frage: Stehen uns neben den bereits erprobten Mitteln des gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kampfes nicht auch noch andere Kampfmittel zu Gebote? Die klassenbewußten Arbeiter Deutschlands suchten nach Klarheit über die den neuen Bedingungen der imperialistischen Epoche entsprechenden Kampfmittel. Anhand der eigenen Erfahrungen in den letzten Jahren und durch das Beispiel der Revolution in Rußland kamen sie zu der Auffassung, daß jetzt die Taktik für den Kampf gegen den Klassengegner weiterentwickelt werden mußte.

Über diese Frage gab es in der internationalen Arbeiterbewegung bereits seit den neunziger Jahren, seit dem unmittelbaren Übergang zum Imperialismus, Diskussionen. Die beiden letzten internationalen Sozialistenkongresse 1900 in Paris und 1904 in Amsterdam hatten sich auf Grund von Anträgen aus der französischen Arbeiterbewegung damit beschäftigt. In der Amsterdamer Resolution war dann auch vorgeschlagen worden, in bestimmten Situationen, besonders bei reaktionären Anschlägen auf das allgemeine Wahlrecht, die Anwendung von General- oder Massenstreiks zu erwägen. Die Diskussionen hatten aber noch keineswegs alle damit zusammenhängenden Fragen klären können.

In Deutschland waren in den letzten Jahren viele Artikel über die politischen Massenstreiks in Belgien 1902, Schweden 1902, Holland 1903 und Italien 1904 erschienen. Großen Anteil an diesen Informationen und Erörterungen hatte Rosa Luxemburg. Sie schrieb an die holländische Sozialistin Henriette Roland-Holst: „Das einzige Mittel, gegen den Opportunismus radikal zu kämpfen, ist, selbst vorwärts zu gehen, die Taktik zu entwickeln, die revolutionäre Seite der Bewegung zu steigern."[116] Auf dem Bremer Parteitag 1904 hatte Karl Liebknecht den politischen Massenstreik als die aktuellste Frage der gegenwärtigen und künftigen Politik bezeichnet und auf „die Gefahr des Verrostens in bezug auf die Kampfesmittel" aufmerksam gemacht.[117] Er stützte sich dabei auf die Forderungen der revolutionären Sozialdemokraten seiner Wahlkreisorganisation Potsdam-Spandau-Osthavelland.

116 Rosa Luxemburg an Henriette Roland-Holst, 17. Dezember 1904. In: Henriette Roland Holst-van der Schalk: Rosa Luxemburg. Ihr Leben und Wirken, Zürich 1937, S. 216.

117 Karl Liebknecht: Für den politischen Massenstreik. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 88.

Ihm zur Seite stand Clara Zetkin, die sich mit anarchistischen Auffassungen auseinandersetzte, den politischen Massenstreik als Kampfmittel der Arbeiterklasse verteidigte und für die enge Verbindung von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf eintrat.

Im Verlauf der Revolution erprobte das russische Proletariat den politischen Massenstreik nun erstmalig umfassend und vielseitig, einschließlich des Übergangs zum bewaffneten Aufstand. Der politische Massenstreik erwies sich als eine neue Waffe des proletarischen Klassenkampfes, die im antimilitaristischen und antiimperialistischen Kampf entsprechend den jeweiligen Gegebenheiten variiert und mit bisher üblichen Kampfmitteln kombiniert angewendet werden kann. Sie bietet der Partei und den Gewerkschaften die Möglichkeit, Massen von Proletariern in die Auseinandersetzung mit dem Klassengegner zu führen und sie in Vorbereitung auf die Revolution zu sammeln, zu vereinen und zu schulen. Clara Zetkin sagte 1905: „Der politische Massenstreik unterscheidet sich von den gewerkschaftlichen Streiks dadurch, daß er nicht bestimmten Forderungen an die Kapitalisten gilt, sondern daß er sich gegen deren politische Machtorganisation, gegen den Ausbeuterstaat wendet. Er wirkt einmal durch den ökonomischen Druck auf die Kapitalistenklasse... Andererseits übt der politische Massenstreik einen unmittelbaren Druck auf den Staat selbst aus, indem er desorganisierend wirkt, und das durch die Furcht vor dem Gespenst der Revolution, welches hinter dem Massenstreik steht."[118]

Da die Konzeption der reformistischen Gewerkschaftsführer vom „friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus" auf eine Aussöhnung mit dem imperialistischen Staat hinauslief, waren ihre Verfechter, wie Theodor Bömelburg, Otto Hue, Carl Legien und Robert Schmidt, strikte Gegner des politischen Massenstreiks. Außerdem hatten die Opportunisten Angst vor revolutionären Massenaktionen, da diese, wie sie meinten, die Existenz und die Entwicklung der Arbeiterorganisationen gefährden könnten. Auf dem Kölner Kongreß der Gewerkschaften im Mai 1905 unternahmen sie deshalb einen ersten großen Versuch, die Forderung vieler Arbeiter und ganzer Gewerkschaftsorganisationen nach revolutionären Kampfmitteln zurückzudrängen. Sie brachten eine Resolution durch, in der es hieß: „Der Kongreß hält daher auch alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich;

[118] Vorwärts (Berlin), 25. März 1905.

er empfiehlt der organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen energisch entgegenzutreten."[119] Durch diese Resolution wollten sie den Kampfwillen der Massen dämpfen und der Entscheidung des bevorstehenden Jenaer Parteitages zur gleichen Frage zuvorkommen. Sie wollten die deutsche Sozialdemokratie unmißverständlich vor vollendete Tatsachen stellen.

Aber der Beschluß von Köln stieß auf den erbitterten Widerstand aller revolutionären Partei- und Gewerkschaftsmitglieder. Zahlreiche Gewerkschafts- und Parteiorganisationen in Berlin, Bremen, Hamburg, Kiel, Köln, Leipzig und anderen Orten erhoben Protest. Energisch bekundeten die organisierten Metallarbeiter in Dresden, Frankfurt (Main), Magdeburg, Nowawes und Wilhelmshaven und die Holzarbeiter in Leipzig und Stuttgart ihr Mißfallen. Die vom 12. bis 17. Juni 1905 in Leipzig tagende Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes distanzierte sich ebenfalls, wenn auch mit knapper Mehrheit, von dem Auftreten ihrer Verbandsdelegierten auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß. Selbst in solchen opportunistisch geführten Gewerkschaftsverbänden wie in denen der Bergarbeiter und Buchdrucker machte sich die Empörung der Arbeiter bemerkbar. Der Bergarbeiterfunktionär Franz Pokorny zum Beispiel berichtete: „Wir sind vom Gewerkschaftskongreß nach Hause gekommen. Was haben wir vorgefunden? Äußersten Widerstand bei den Arbeitern. Fast jeder von uns hat sich Vorwürfe sagen lassen müssen, und besonders diejenigen Parteigenossen, die auf dem Kongreß eine führende Stellung innehatten ..."[120] In zahlreichen Gewerkschaftsversammlungen wurde nicht nur gegen die Kölner Resolution protestiert, sondern zugleich die stärkere Kontrolle der Funktionäre durch die Mitglieder und ein demokratischerer Organisationsaufbau gefordert.

Den rechten Gewerkschaftsführern gelang es 1905 nicht, die Diskussion über den Massenstreik zu unterdrücken. Das war sowohl dem Widerstand der Mitgliedermassen als auch dem hervorragenden Wirken revolutionärer Marxisten, wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin und anderer, zu danken, die die Versuche der reformistischen Gewerkschaftsbeamten zur Entwaffnung der Massen entlarvten.

Der Jenaer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, der vom 17.

119 Protokoll der Verhandlungen des fünften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Köln a. Rh. vom 22. bis 27. Mai 1905, Berlin o. J., S. 30.

120 Vorwärts (Berlin), 11. August 1906 (Sonderbeilage).

bis 23. September 1905 stattfand, stand im Gegensatz zum Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses ganz im Zeichen der Debatte über den politischen Massenstreik. Dem Parteitag waren zu diesem Tagesordnungspunkt ausschließlich befürwortende Anträge zugegangen. Das Referat hielt August Bebel. Er erklärte, daß der politische Massenstreik „nicht bloß eine theoretische, sondern auch eine eminent praktische Frage nach einem Kampfmittel [ist], das gegebenenfalls angewendet werden soll und muß". August Bebel sagte weiter: „Ja, nichtswürdig, erbärmlich ist aber auch die Arbeiterklasse, die sich wie Hundsfötter behandeln ließe, die ihren Bedrängern nicht die Spitze zu bieten wagte. Da ist Rußland, da ist die Junischlacht, da ist die Kommune! Bei den Manen dieser Märtyrer solltet Ihr nicht einmal ein paar Wochen hungern, um Eure höchsten Menschenrechte zu verteidigen! Da kennt Ihr die deutschen Arbeiter schlecht, wenn man ihnen das nicht zutraut!"[121]

Dank dem entschiedenen Auftreten der revolutionären Kräfte wurde vom Parteitag eine Resolution angenommen, die den politischen Massenstreik als neues Kampfmittel in das Arsenal der Arbeiterklasse aufnahm und erklärte, „daß es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden. Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenen Falles der Parteitag *‚die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung'*."[122] W. I. Lenin würdigte diesen Beschluß und schrieb: „Die Frage des politischen Massenstreiks – die Hauptfrage des Jenaer Parteitags – bewegt die ganze internationale Sozialdemokratie ... Und die Entscheidung der deutschen Sozialdemokratie wird zweifellos auf die gesamte internationale Arbeiterbewegung einen nicht unbeträchtlichen Einfluß in dem Sinne ausüben, daß sie den revolutionären Geist der kämpfenden Arbeiter festigt und stärkt."[123]

Die Resolution des Jenaer Parteitages über den 1. Mai, in der die

[121] Protokoll des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Jena 1905, S. 305.

[122] Ebenda, S. 143.

[123] W. I. Lenin: Der Jenaer Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In: Werke, Bd. 9, S. 285.

Arbeitsniederlegung als die würdigste Form der Maifeier befürwortet wurde, bedeutete ebenfalls eine entschiedene Absage an die Opportunisten, die den Kampfcharakter des 1. Mai durch den Verzicht auf die Arbeitsniederlegung beseitigen wollten.

Der Jenaer Parteitag 1905 nahm auch ein neues Organisationsstatut an, das weitgehend den Forderungen der Mitgliedermassen entsprach und den neuen Bedingungen des Klassenkampfes in der imperialistischen Epoche mehr Rechnung trug als das Statut von 1900. Der charakteristische Grundzug des neuen Organisationsstatuts bestand in der Tendenz zur vollständigeren Durchführung des demokratischen Zentralismus und zur Schaffung einer festeren Organisation. Jeder Sozialdemokrat war jetzt im Prinzip verpflichtet, dem Sozialdemokratischen Verein seines Reichstagswahlkreises anzugehören. Die Wahlkreisorganisation war die Grundlage der sozialdemokratischen Parteiorganisation. Sie untergliederte sich gegebenenfalls in Ortsvereine, Abteilungen und Bezirke. Die Sozialdemokratischen Vereine schlossen sich in Bezirksverbänden beziehungsweise Landesorganisationen zusammen. Das neue Parteistatut ersetzte das bisherige Vertrauensleutesystem durch das System sozialdemokratischer Lokalorganisationen mit gewählten Leitungen. Die Kontrollkommission hatte den Parteivorstand zu kontrollieren und war die Berufungsinstanz für Beschwerden gegen den Parteivorstand. Parteivorstand und Kontrollkommission wurden vom Parteitag, dem höchsten Organ, gewählt. Es dauerte einige Jahre, ehe sich die neue organisatorische Struktur in der deutschen Sozialdemokratie durchgesetzt hatte.

Das neue Statut enthielt auch eine Reihe von Mängeln und Inkonsequenzen. Die Organisationsstruktur war zu ausschließlich auf den parlamentarischen Kampf abgestimmt. Indem das Statut den Bezirksverbänden und Landesorganisationen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten überließ, leistete es den Bestrebungen der Opportunisten, den demokratischen Zentralismus zu durchbrechen, Vorschub.

Der Verlauf und die Beschlüsse des Jenaer Parteitages spornten die Arbeiter zu neuen Aktionen gegen die herrschende Klasse an. Die Kampfbereitschaft und Aktivität der Mitglieder der Partei und der freien Gewerkschaften nahmen weiter zu. Zum Beispiel wurde nicht geduldet, daß der „Vorwärts" als Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie unter der Leitung von Kurt Eisner sich auf die Seite der Gegner des politischen Massenstreiks stellte. Im Oktober 1905 kam

es deshalb zum „Vorwärts"-Konflikt. Unter dem Druck der Massenstimmung sah sich der Parteivorstand gezwungen, nach mehreren Beratungen mit der Preßkommission die Kündigung von sechs revisionistischen Redakteuren des „Vorwärts" anzunehmen und dafür revolutionäre Sozialdemokraten einzusetzen. Auch Rosa Luxemburg wurde für kurze Zeit zur Mitarbeit herangezogen. Nach dem Abebben der Revolution in Rußland und des Aufschwungs der deutschen Arbeiterbewegung geriet der „Vorwärts" allerdings wieder in das Fahrwasser der Opportunisten und veröffentlichte nur selten Artikel der deutschen Linken.

Im Herbst 1905 streikten in der Berliner Elektroindustrie über 40 000 Arbeiter. Dieser Kampf war ihnen von den Unternehmern durch Aussperrungen aufgezwungen worden. Auch im Gebiet Glauchau-Meerane-Gera und im Vogtland wurden 35 000 Arbeiter ausgesperrt. Aus Furcht vor einer revolutionären Entwicklung griff die Bourgeoisie immer häufiger zu diesem Gewaltmittel. Tausende von Arbeitern wurden auf die Straße geworfen. Sie sollten auf diese Weise eingeschüchtert und in Abhängigkeit von der Bourgeoisie gebracht werden. Doch die Massenaussperrungen öffneten großen Teilen der Arbeiterklasse die Augen über die unversöhnlichen Klassengegensätze im Kapitalismus und trugen zur Verschärfung und Ausweitung des Kampfes bei. Im Jahre 1906 beteiligten sich mehr als 300 000 Arbeiter an Streiks. Immer offener griff die imperialistische Staatsmacht in diese Auseinandersetzungen ein. So verübte Polizei blutige Überfälle auf Arbeiter in Breslau und Nürnberg. Terror und Willkür vermochten jedoch nicht, die Kampfentschlossenheit des Proletariats zu erschüttern. Im Gegenteil, es wuchs die Erkenntnis, wie Karl Liebknecht schon im Februar 1905 erklärt hatte, daß die Regierung nichts als ein Ausschuß der Kapitalisten ist und das Märchen vom sozialen Königtum heute seinen Platz in der Rumpelkammer hat.

Die deutsche Sozialdemokratie führte 1905 und in den folgenden Jahren gewaltige Wahlrechtskämpfe, in denen sich die Arbeiter gegen das reaktionäre Dreiklassenwahlrecht und ähnliche Mehrklassenwahlsysteme in Preußen, Sachsen und anderen Gebieten Deutschlands auflehnten und dabei mit nichtproletarischen Schichten des deutschen Volkes zusammenzugehen begannen.

Im November und Dezember 1905 organisierte die Sozialdemokratie in Sachsen während des Kampfes für ein demokratisches Wahlrecht zur II. Kammer des Sächsischen Landtages große Wahlrechts-

kundgebungen in Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und in anderen Städten. Nach den Kundgebungen demonstrierten die Arbeiter und andere Werktätige zu Zehntausenden. In Dresden schritt die Polizei mit Waffengewalt ein. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" schrieb: „Vor den blitzenden Klingen der Polizei ward der Ruf ausgestoßen: Jetzt kommt der Massenstreik! Und wer die Stimmung des Proletariats kennt, der weiß, daß dieser Schrei nicht eine leere Drohung ist! Der weiß, daß Massen von Arbeitern heute auf diesen Ruf warten!"[124] Doch der Parteivorstand der Sozialdemokratie wurde dem Gebot der Stunde nicht gerecht. Anstatt die von den unteren Organisationen erwartete Losung des politischen Massenstreiks auszugeben und diesen vorzubereiten, ließ er die große Massenbewegung in rein parlamentarischen Aktionen abklingen.

Im Januar 1906 führten 80 000 Hamburger Proletarier erstmalig in Deutschland einen politischen Massenstreik durch. Der Anteil der Sozialdemokraten an den 160 Sitzen der Bürgerschaft dieser Stadt war 1904 auf 13 gestiegen. Dieser Entwicklung wollte der Senat durch Einführung eines noch reaktionäreren Wahlrechts nach preußischem Muster einen Riegel vorschieben. Nachdem gegen diese Wahlrechtsbeschränkung große Protestversammlungen erfolglos geblieben waren, verließen die Hafenarbeiter und Werktätige vieler anderer Betriebe am Nachmittag des 17. Januar 1906 ihre Arbeitsplätze und demonstrierten, trotz Bedrohung durch Polizei und Militär, zu den Sälen, in denen von der Partei öffentliche Versammlungen für ein demokratisches Wahlrecht vorbereitet worden waren. „Jahrelange Propaganda bester Lehrer hätte unsere Parteibewegung nicht so fördern können wie die einzige kecke Tat", schrieb der Teilnehmer Gustav Stengele begeistert. „Die ‚Masse, die noch nicht reif ist', wie die Strategen hinter dem Ofen und die Helden des Wortes sich auszudrücken belieben, hat der sozialdemokratischen Idee neuen Schwung, neue Spannkraft gegeben."[125] Zwar gelang es nicht, den Wahlrechtsraub zu verhindern, doch die Aktion in Hamburg bestätigte, daß der politische Massenstreik auch in Deutschland für die Mobilisierung des Proletariats zum Kampf um demokratische Rechte und Freiheiten angewendet werden konnte.

Nach diesem ersten praktischen Versuch bat die Hamburger Par-

124 Sächsische Arbeiter-Zeitung (Dresden), 4. Dezember 1905.

125 Gustav Stengele: Der 17. Januar in Hamburg. In: Die Neue Zeit (Stuttgart), 24. Jg. 1905/1906, Erster Band, S. 621.

teiorganisation Rosa Luxemburg, eine Broschüre über den politischen Massenstreik zu schreiben. Rosa Luxemburg widmete sich sehr bald dieser Aufgabe, zumal die deutschen Linken in ihrer Propaganda für den politischen Massenstreik ständig opportunistische Anfeindungen rechter Partei- und Gewerkschaftsvertreter abwehren mußten. Die Wortführer der Reformisten, die es unter dem Druck der Massen nicht gewagt hatten, gegen die Jenaer Resolution zu stimmen, behaupteten jetzt, die Jenaer Massenstreikresolution werde von den Linken zu einer „verderblichen Revolutionsromantik" mißbraucht, die sich „gegen die Interessen der gewerkschaftlichen Organisation und Bewegung richte" und „unvereinbar mit den Interessen der Partei und der Arbeiterbewegung" sei.[126]

Es war eine beliebte Taktik der Opportunisten, die marxistischen Auffassungen der deutschen Linken vor den Massen mit den anarchistischen Vorstellungen vom Generalstreik zu identifizieren. Die Anarchisten mißachteten die konkreten geschichtlichen Bedingungen des Kampfes, strebten eine einmalige Entscheidungsschlacht an und waren sowohl Gegner des gewerkschaftlichen als auch des parlamentarischen Kampfes für Teilforderungen. Mit beiden Tendenzen in der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung, dem Opportunismus und dem Anarchismus, die auf sehr unterschiedliche Weise zum Ausdruck kamen, setzte sich Rosa Luxemburg in ihrer Schrift „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" vom Jahre 1906 auseinander.

Rosa Luxemburg legte darin zusammenfassend neue Erkenntnisse dar, die sie aus der Revolution in Rußland gewonnen hatte; sie hatte selbst in Warschau an den revolutionären Kämpfen teilgenommen. Rosa Luxemburg wies nach, daß die Periode der offenen politischen Volkskämpfe objektiv zur Diktatur des Proletariats hinführe und daß die Diskussion über den politischen Massenstreik vor allem unter dem Gesichtspunkt dieses historischen Zieles geführt werden müsse, um den Tatendrang der Arbeiter in konsequent-revolutionäre Bahnen zu lenken. Das sei, schrieb sie, nur zu erreichen, indem man den Arbeitern „die Entwicklung der russischen Revolution, die internationale Bedeutung dieser Revolution, die Verschärfung der Klassengegensätze in Westeuropa, die weiteren politischen Perspektiven des Klassenkampfes in Deutschland, die Rolle und die Aufgaben der Masse in den kommenden Kämpfen klarmacht. Nur in dieser Form wird die Diskussion über den Massenstreik dazu führen, den geistigen Horizont

126 Hamburger Echo, 24. November 1905.

des Proletariats zu erweitern, sein Klassenbewußtsein zu schärfen, seine Denkweise zu vertiefen und seine Tatkraft zu stählen."[127]

Die Einwände der Gewerkschaftsbürokratie enthüllte Rosa Luxemburg schonungslos als einen „Ausdruck der bekannten Tendenz jenes opportunistischen Flügels der Sozialdemokratie, der den politischen Kampf der Arbeiterklasse auch tatsächlich auf den parlamentarischen Kampf reduzieren und die Sozialdemokratie aus einer revolutionären proletarischen in eine kleinbürgerliche Reformpartei umwandeln will"[128]. Am Beispiel der Revolution in Rußland wies Rosa Luxemburg überzeugend nach, daß Gewerkschaften und andere proletarische Massenorganisationen nicht durch die Beschränkung auf „ruhige" und „unpolitische" Tagesarbeit gestärkt werden. Ihr Entwicklungselement sei vielmehr der revolutionäre Massenkampf, dem jede gewerkschaftliche, genossenschaftliche und parteipolitische Kleinarbeit dienen sollte.

Die Revolution in Rußland unterscheide sich von allen früheren auch dadurch, schrieb Rosa Luxemburg, daß die Sozialdemokratie in Rußland dem Stürmen der Massen sofort den nötigen Ausdruck, die politische Parole und die klare Richtung gegeben habe. Rosa Luxemburgs Vorstellungen von den Aufgaben der Partei beschränkten sich jedoch auf die ideologische Führung der Massen. Sie erkannte nur ungenügend, daß eine revolutionäre Bewegung auch organisatorisch geleitet werden muß. Sie überschätzte die Kraft der spontanen Entwicklung des Massenstreiks und der Revolution.

Rosa Luxemburg warf viele brennende Fragen des Klassenkampfes auf, so auch zum Verhältnis von Partei und Gewerkschaften, zur Rolle der unorganisierten Arbeiter in Zeiten des revolutionären Aufschwungs und andere mehr. Durch die Behandlung aller dieser Probleme ist ihre Schrift, die W. I. Lenin als die beste Darstellung in deutscher Sprache über die Bedeutung des Massenstreiks im Zusammenhang mit der westeuropäischen Eigentümlichkeit des Kampfes bezeichnete, heute noch von großer Bedeutung.

Gewaltige Volksmassen beteiligten sich an den sozialdemokratischen Veranstaltungen zum ersten Jahrestag des Petersburger „Blutsonntages" im Januar 1906. Hunderttausende Arbeiter und demokratisch gesinnte Bürger folgten dem Aufruf der deutschen Sozial-

127 Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. In: Ausgewählte Reden und Schriften, I. Bd., Berlin 1955, S. 167.

128 Ebenda, S. 238.

demokratie und der II. Internationale.[129] In allen großen und auch in vielen kleineren Städten Deutschlands, so in Bielefeld, Bremen, Breslau, Duisburg, Düsseldorf, Erfurt, Essen, Frankfurt (Main), Halle, Hannover, Kassel, Köln, Lübeck, Mainz, Offenbach, Solingen und Würzburg, brachten sie ihren Protest gegen das Dreiklassenwahlrecht, gegen die Reaktion im eigenen Land und ihre Sympathie für die Revolution in Rußland zum Ausdruck. In Berlin und Umgebung fanden 95 Versammlungen unter Teilnahme führender sozialdemokratischer Funktionäre statt. Die Losung lautete: Gegen Volksentrechtung und Volksknechtung! In der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" berichtete ein Augenzeuge am folgenden Tage: „Niemals hat die Ankündigung einer Aktion unserer Partei in Berlin so sehr die Verwirrung und den Ärger der Gegner hervorgerufen wie diesmal... Unsere Genossen hatten alles trefflich vorbereitet... Einige der größten Säle waren schon 1½ Stunde vor Beginn der Versammlung voll besetzt. In allen Versammlungen herrschte eine einheitliche, ernste große Stimmung... Ich sah den begeisterten Empfang, der im Moabiter Gesellschaftshaus Bebel bereitet wurde, und hörte, wie Bebel einleitend auf die epochemachenden Gedenktage der menschlichen Geschichte, auf Luthers Thesenanschlag, auf den Tag des Bastillesturms, auf den 18. März in Berlin, auf den 22. Januar 1905 in Petersburg wies. In Südost, im großen Sanssoucisaal, hörte ich Singer, der unter großem Beifall der Versammelten die lächerlichen Hoffnungen der Scharfmacher verspottete, als ob wir so töricht sein könnten, die Arbeiter vor die Kleinkalibrigen zu führen; an der Disziplin der Arbeiter, an der granitnen Ruhe der Sozialdemokratie würden alle solche Hoffnungen zuschanden; wir provozieren nicht, aber wir werden auch nicht bremsen."[130]

Die Aktionen der Arbeiterklasse Ende des Jahres 1905 und zu Beginn des Jahres 1906 unterstrichen deutlich ihre Entschlossenheit, den Kampf um demokratische Rechte und Freiheiten mit ganzer Kraft zu führen und alle Mittel und Möglichkeiten dafür auszunutzen.

Auch im Ringen für die Erhaltung des Friedens, gegen die zunehmende Kriegspolitik des deutschen Imperialismus stand die Arbeiterklasse in vorderster Linie. Ihr Kampf richtete sich 1905/1906 besonders gegen die abenteuerliche Expansionspolitik des deutschen Imperialismus in Marokko. Seitdem 1904 die englisch-französische Entente neben den französisch-russischen Zweiverband getreten war,

[129] Dokument Nr. 19.

[130] Sächsische Arbeiter-Zeitung (Dresden), 22. Januar 1906.

sah sich der deutsche Imperialismus einem entstehenden Bündnis seiner englischen, französischen und russischen Konkurrenten gegenüber. Im Augenblick hielt er einen Zweifrontenkrieg jedoch für unwahrscheinlich, da der Zarismus im Krieg gegen Japan eine Niederlage erlitten hatte und von der Revolution erschüttert wurde. Außerdem spekulierte der deutsche Imperialismus auf eine Neutralität Englands. Er witterte eine Chance zur Durchsetzung seiner Eroberungsabsichten in Marokko im Kampf gegen den französischen Imperialismus. Provokatorisch war Wilhelm II. bereits am 31. März 1905 auf seiner Mittelmeerreise in Tanger gelandet, hatte sich dort als Beschützer Marokkos aufgespielt und Frankreich zum Krieg herausgefordert. Die deutschen Imperialisten hatten dadurch eine der schwersten internationalen Krisen der Vorkriegszeit heraufbeschworen.

Gegen das imperialistische Marokkoabenteuer protestierten Tausende deutscher und ausländischer Arbeiter auf großen Friedenskundgebungen in Berlin, Konstanz und London und in zahlreichen Versammlungen in den verschiedensten Gebieten Deutschlands.

Als sich die Hoffnung der Kriegstreiber des deutschen Finanzkapitals auf die englische Neutralität im Marokkokonflikt als Fehlspekulation erwies, gaben sie ihr geplantes Kriegsabenteuer vorläufig auf. Zu diesem Rückzug wurden die deutschen Imperialisten nicht zuletzt auch durch den allgemeinen Aufschwung der Massenkämpfe der deutschen Arbeiterklasse Ende 1905 und Anfang 1906 gezwungen. Wilhelm II. erklärte, daß zum gegebenen Zeitpunkt kein Krieg geführt werden könne, weil „wir wegen unserer Sozialisten keinen Mann aus dem Lande nehmen könnten ohne äußerste Gefahr für Leben und Besitz der Bürger". Zynisch forderte er: „Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen, wenn nötig per Blutbad, und dann Krieg nach außen. Aber nicht vorher und nicht à tempo!"[131] Die Marokkokonferenz in Algeciras endete am 7. April 1906 mit einer Niederlage des deutschen Imperialismus.

Die Reformisten und Revisionisten versuchten auf ihre Weise, sich mit allen Mitteln dem gewaltigen Aufschwung der Massenkämpfe in den Jahren 1905/1906 entgegenzustemmen. Als die zaristische Reaktion den bewaffneten Dezemberaufstand des Moskauer Proletariats niedergeschlagen hatte und die Konterrevolution in Rußland im Vormarsch war, sahen sie die Zeit zu neuen Angriffen auf die Einheit und

131 Bernhard Fürst von Bülow: Denkwürdigkeiten, Zweiter Band, Berlin (1930), S. 198.

Kampfkraft der Arbeiterbewegung für gekommen. In Geheimverhandlungen zwischen dem sozialdemokratischen Parteivorstand und der Generalkommission der Gewerkschaften im Februar 1906 erklärten die opportunistischen Gewerkschaftsführer, für sie sei lediglich die Festlegung des Kölner Gewerkschaftskongresses, nicht aber der Beschluß des Parteitages von Jena maßgebend. Außerdem erzwangen sie von den Vertretern des Parteivorstandes das Zugeständnis, daß an einen politischen Massenstreik vorerst nicht zu denken sei und daß sich die Gewerkschaftsführung bei einem späteren Massenstreik im wesentlichen darauf zu beschränken brauche, nicht gegen die Partei aufzutreten. Ebenfalls im Februar 1906 gingen maßgebliche Gewerkschaftsführer auf einer Vorständekonferenz so weit, offen die Ansicht zu verfechten, der Kampf sei nicht das wesentliche Element der gewerkschaftlichen Bewegung, die Gewerkschaften bedürften vielmehr einer vom Klassenkampf gereinigten neuen Theorie, mit deren Hilfe sie „selbstverständlich" auch die Sozialdemokratie beeinflussen müßten.

Schließlich gelang es ihnen, durch Beschluß des Mannheimer Parteitages 1906 die eventuelle Anwendung des Massenstreiks von ihrer Zustimmung abhängig zu machen. Da sie Gegner des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse waren, bedeutete das in Wirklichkeit die Absage an den Jenaer Beschluß über den politischen Massenstreik. Für die Masse der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder war das jedoch nicht sofort erkennbar, denn formell bestätigte der Mannheimer Parteitag die Jenaer Massenstreikresolution und behauptete versöhnlerisch, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch zum Jenaer Beschluß stehe und daß aller Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses erledigt sei.[132]

Karl Kautsky gab eine völlig irreführende Einschätzung, indem er schrieb, es könne der Eindruck entstehen, „als herrsche in führenden Kreisen der Partei nicht mehr die siegreiche Zuversicht vom vorigen Jahre, und dies mußte notwendigerweise dahin wirken, daß die Mannheimer Verhandlungen über den Massenstreik nicht jenen Charakter jubelnder Kampfeslust trugen wie die von Jena, daß ihr Ton ein gedämpfter war... Daher erscheint es uns geboten zu konstatieren, daß dieser Eindruck auf einer Täuschung beruht. War der Mannheimer Ton über den Massenstreik ein anderer als der Jenenser, so beruht dies auf einer Reihe äußerlicher Momente, die den Verhandlungen hier ein anderes Gepräge gaben als dort, nicht aber auf einem Wandel

[132] Dokument Nr. 20.

der Anschauungen oder auch nur der Stimmungen ... die Signatur von Mannheim [war] vor allem die eines entschiedenen Rucks der gewerkschaftlichen Welt nach links."[133] Auf solche Art vertuschte er wesentliche Gegensätze, die zwischen den Revisionisten und Reformisten einerseits und den Marxisten, besonders den Vertretern der deutschen Linken, andererseits über die Auswertung der Revolution in Rußland bestanden. Dadurch sollte angeblich die „Einheit der Partei", die „Einheit der Bewegung" verteidigt werden. In Wirklichkeit untergruben die Duldung revisionistischer Auffassungen, der Verbleib der Vertreter der bürgerlichen Ideologie in der Partei und die Verwischung der Gegensätze die revolutionäre Einheit der Organisation.

In weiten Kreisen der Arbeiterbewegung kam nach dem Mannheimer Parteitag die Illusion auf, nunmehr sei die Auseinandersetzung über den Massenstreik und über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften zu einem befriedigenden Abschluß gelangt, jetzt seien Einheit und Kampfkraft der Arbeiterbewegung gesichert. Die meisten Versammlungen und Arbeiterzeitungen begrüßten das Ergebnis des Mannheimer Parteitages.

Der Ausgang des Mannheimer Parteitages widerspiegelte die großen Veränderungen, die in der deutschen Sozialdemokratie inzwischen vor sich gegangen waren. Während auf dem Dresdener Parteitag 1903 die Angriffe der Revisionisten noch eindeutig verurteilt worden waren, gelang es den Revisionisten in Mannheim, einen Beschluß durchzusetzen, der den revolutionären Kräften in der deutschen Sozialdemokratie die Hände band. Die Ergebnisse des Mannheimer Parteitages bedeuteten einen Sieg des Revisionismus in der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Marxisten und Revisionisten in den Jahren 1905/1906 über die Stellung zur Revolution in Rußland und über die von ihr aufgeworfenen Grundfragen der Strategie und Taktik des Klassenkampfes in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen zeigten deutlich, daß sich die Gegensätze zwischen den zwei Klassenlinien innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung verschärften. Deutlich zeichneten sich jetzt drei Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie ab. Neben den Revisionisten, die in der Partei, vor allem aber in den freien Gewerkschaften

133 Karl Kautsky: Der Parteitag von Mannheim. In: Die Neue Zeit (Stuttgart), 25. Jg. 1906/1907, Erster Band, S. 9 u. 10.

bereits wichtige Positionen errungen hatten, kam als neue opportunistische Strömung der Zentrismus auf.

Der Zentrismus war keine spezielle deutsche, sondern wie der Revisionismus eine internationale Erscheinung. Die wichtigste Ursache für sein Entstehen war die Zuspitzung des Kampfes zwischen Revisionismus und Marxismus in den Grundfragen des proletarischen Klassenkampfes, die die neue, imperialistische Epoche aufgeworfen hatte und die sich besonders deutlich während der Revolution in Rußland zeigten. Die Herausbildung des Zentrismus kennzeichnete den weiteren Differenzierungsprozeß in der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung. Der Zentrismus entstand als Ideologie der Versöhnung, der Vertuschung und Verschleierung der prinzipiellen Gegensätze zwischen den beiden Klassenlinien in der Arbeiterbewegung und verdeckte viele Jahre die Krise, die sich in der Sozialdemokratie seit dem Beginn der Epoche des Imperialismus zu entwickeln begonnen hatte. Selbst ein Produkt der bürgerlichen Ideologie innerhalb der Arbeiterbewegung, betrachteten sich die Zentristen als Hüter der „Einheit der Partei" und bedienten sich dabei pseudomarxistischer und scheinrevolutionärer Phraseologie. Objektiv unterstützten sie damit die offenen Opportunisten, ebneten ihnen den Weg zur Eroberung der deutschen Sozialdemokratie und verhinderten die Schaffung einer Partei neuen Typus. Der Zentrismus war deshalb eine besonders gefährliche Abart des Opportunismus.

In den Jahren 1905 bis 1907 begann sich der Zentrismus zunächst hauptsächlich in der Praxis des Klassenkampfes und weniger in der Theorie zu äußern. In der Massenstreikdebatte auf dem Mannheimer Parteitag 1906 zum Beispiel kam er vor allem in Zugeständnissen an die Revisionisten und Reformisten zum Ausdruck. Sehr charakteristisch dafür war in diesem Zusammenhang Karl Kautskys Verhalten. Er hatte an den Parteitag zur Resolution August Bebels einen weitergehenden Zusatzantrag gestellt, der von 32 Sozialdemokraten unterstützt wurde. In ihm bezeichnete er die Sozialdemokratie als „die höchste und umfassendste Form des proletarischen Klassenkampfes"[134]. Er forderte deshalb, den sozialdemokratischen Einfluß auf die freien Gewerkschaften, in denen starke opportunistische Neutralitätsbestrebungen vorhanden waren, zu verstärken und von allen Sozialdemo-

134 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906, Berlin 1906, S. 143.

kraten, auch den sozialdemokratischen Gewerkschaftern, eine einheitliche Parteidisziplin gegenüber den Parteitagsbeschlüssen zu verlangen. Nur so könne die Einheitlichkeit des Denkens und Handelns der Partei und der freien Gewerkschaften gesichert werden. Als sich über diese Forderungen zwischen den Marxisten und Reformisten heftige Debatten entspannen und opportunistische Gewerkschaftsführer die Auseinandersetzungen auf die Spitze zu treiben schienen, wich Karl Kautsky einer konsequenten Klärung der Streitfragen aus, indem er die wichtigsten Teile seines Zusatzantrages zurückzog. Er wollte angeblich verhindern, daß die Einstimmigkeit zur Resolution des Parteivorstandes gefährdet werde, und begründete seinen Schritt mit den Einwänden aus der Debatte, nach denen es sich bei seinen Forderungen um selbstverständliche Grundsätze handle, die zu nennen aus taktischen Rücksichten unzweckmäßig sei. Um der „Einheit in der Abstimmung" willen gab er wichtige revolutionäre Forderungen preis.

Karl Kautsky hob auch bei der Einschätzung sozialdemokratischer Parteitage oder internationaler Sozialistenkongresse immer häufiger die „Einheit" der Tagungen, die „Geschlossenheit wie noch nie" hervor, unabhängig davon, wie heftig und grundsätzlich sich Marxisten und Opportunisten gestritten hatten. Diese für den Zentrismus typische Methode der „Lösung" von innerparteilichen Auseinandersetzungen, die Verwischung der Klassengegensätze zwischen Revisionismus und Marxismus, hatte die Duldung und Ausbreitung der bürgerlichen Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie zur Folge. Sie erzeugte große Illusionen über die Geschlossenheit und Kampffähigkeit der Partei. Der Zentrismus erschwerte die klare Orientierung der Arbeiter durch die revolutionären Sozialdemokraten. Er untergrub die revolutionäre Einheit der Partei und ermöglichte die Umwandlung der deutschen Sozialdemokratie in eine reformistische Arbeiterpartei.

Für die Wahrung der revolutionären Traditionen in der deutschen Arbeiterbewegung und für deren weiteren Kampf war deshalb von entscheidender Bedeutung, daß im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen über die von der Revolution in Rußland aufgeworfenen Probleme der Strategie und Taktik in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen aus den Reihen der marxistischen Kräfte die deutschen Linken hervortraten. Unter wesentlichem Einfluß von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin begannen sich die deutschen Linken 1905/1906 deutlich als eine politisch-ideologische Strömung abzuzeichnen. Sie

werteten wichtige Lehren der Revolution in Rußland aus, analysierten neue Erscheinungen des Klassenkampfes in Deutschland und zogen entsprechende Schlußfolgerungen, um die Wirksamkeit des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse zu erhöhen. Sie verteidigten in der deutschen Sozialdemokratie den Marxismus am konsequentesten, trugen zu seiner Weiterentwicklung bei und waren die besten Vertreter der revolutionären Klassenpolitik in der Partei wie in den Gewerkschaften. Durch all diese Eigenschaften erwiesen sie sich immer mehr als die fortgeschrittensten Kräfte unter den revolutionären Sozialdemokraten und gewannen auf einen großen Kreis von Mitgliedern und Funktionären der mittleren und unteren Parteiorganisationen Einfluß.

Die deutschen Linken zeichneten sich besonders dadurch aus, daß sie auf Grund der neuen Kampfbedingungen in der imperialistischen Epoche und der Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung konsequent um die Anwendung neuer Kampfformen und Kampfmittel rangen. Sie forderten den entschiedenen Kampf gegen Militarismus und imperialistischen Krieg und traten für die revolutionäre Ausnutzung des Parlaments und für die Verbindung des parlamentarischen mit dem außerparlamentarischen Kampf ein. Gegen die chauvinistische Hetze der imperialistischen Kriegstreiber und die von den Opportunisten in der Arbeiterklasse verbreitete nationalistische Ideologie verteidigten sie die Ideen des proletarischen Internationalismus. Sie verlangten vor allem das brüderliche Bündnis der deutschen Arbeiterklasse mit der Arbeiterklasse Rußlands und Polens. Sie standen an der Spitze des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung zur Verteidigung der Rechte der nationalen Minderheiten in Deutschland. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin, die Führer dieser revolutionären Strömung, erwiesen sich dadurch als Fortsetzer der besten Traditionen der deutschen Sozialdemokratie und als konsequente Verfechter einer revolutionären Klassenpolitik. Das größte Verdienst der Linken um die Arbeiterklasse und die Nation war ihr heroischer Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus und seine innen- und außenpolitischen Kriegsvorbereitungen.

Die Linken erkannten allerdings noch nicht die Gesamtheit der neuen Bedingungen des Klassenkampfes im Zeitalter des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen. Sie blieben in einer Reihe grundlegender Fragen hinter den objektiven Anforderungen der

neuen Epoche zurück. Die Linken berücksichtigten nicht die Lehren, die W. I. Lenin in solchen Werken wie „Was tun?" und „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" ausgearbeitet hatte, und taten wenig zu deren Verbreitung in der deutschen Arbeiterbewegung. Sie verstanden nicht W. I. Lenins Lehre, ein enges Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und den anderen Werktätigen und oppositionellen Schichten herzustellen. Die fehlerhaften Vorstellungen Rosa Luxemburgs und anderer ihrer Kampfgefährten über die Entwicklung des Imperialismus und den Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sowie ihre Spontaneitätsauffassungen hinderten die Linken lange am Verständnis der Notwendigkeit, ideologisch und organisatorisch mit allen Spielarten des Opportunismus völlig zu brechen und eine Partei neuen Typus zu schaffen. Der Fehler der deutschen Linken bestand darin, daß sie sich nicht rechtzeitig, das heißt schon in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, innerhalb der Sozialdemokratie zusammenschlossen, um sich mit einem großen Kreis von Mitgliedern und Funktionären auch organisatorisch vom Opportunismus trennen zu können. Die deutschen Linken entwickelten sich vor 1914 nicht zu einer einheitlichen und geschlossenen Gruppierung, sondern blieben eine politisch-ideologische Strömung mit zum Teil sehr unterschiedlichen Auffassungen. Sie überschätzten die Rolle und die Kraft des spontanen Kampfes der Massen, auf den sie für die Bekämpfung der Opportunisten wie für die sozialistische Revolution ihre Hoffnung setzten.

Ebenso wie in Deutschland fand die Revolution in Rußland auch unter den Arbeitern anderer Länder großen Widerhall. In Frankreich traten bei den Meetings für die Revolution Vertreter der verschiedenen sozialistischen Parteien gemeinsam auf. Im April 1905 bildeten die Guesdisten, Blanquisten und Jaurèsisten die vereinigte französische Sozialistische Partei, die Section Française de l'Internationale Ouvrière, aus der extreme Opportunisten, wie Aristide Briand, sehr bald austraten. An der Spitze dieser Partei stand Jean Jaurès, der ein Jahr zuvor die große französische Tageszeitung „l'Humanité" begründet hatte. Die Führung der Partei unterlag allerdings sehr bald völlig dem Einfluß des Reformismus.

In England organisierten die Social-Democratic Federation, die Independent Labour Party, die Fabier und die Gewerkschaften gemeinsam in vielen Städten, besonders in Glasgow, Liverpool und London, große Sympathiekundgebungen für die Revolution in Ruß-

land. Die Umbildung des Labour Representation Committees zur Labour Party und ihr bedeutender Erfolg bei den Parlamentswahlen im Januar 1906 waren zweifellos auch Anzeichen für die Belebung der englischen Arbeiterbewegung in diesen Jahren. Die Labour Party verfolgte keine konsequente proletarische Klassenpolitik, ihre Konstituierung zeugte jedoch auch von dem Streben der Arbeiter, vom reinen Trade-Unionismus abzukommen und um die Durchsetzung eigener politischer Forderungen zu ringen. Einige Jahre darauf, 1911, wurde in Manchester auf Initiative der Social-Democratic Party die British Socialist Party gegründet, die eindeutig den Sozialismus zu ihrem Ziel erklärte. Sie betrieb marxistische Propaganda und eine von den Liberalen unabhängige Politik.

In Italien schlossen sich im Jahre 1906 auf Initiative der Metallarbeitergewerkschaft die einzelnen Fachgewerkschaften zu einer einheitlichen Organisation, der Confederazione Generale del Lavoro, zusammen und erhielten dadurch eine zentralisierte Führung, die vorwiegend von Sozialisten geleitet wurde. In Österreich beschloß der Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter dem Eindruck der Nachrichten aus Rußland, am Tage der Eröffnung des Parlaments, am 28. November 1905, einen politischen Massenstreik für das allgemeine Wahlrecht durchzuführen. An dieser Aktion beteiligten sich etwa 250 000 Männer und Frauen. Auch die Sozialdemokratie Finnlands proklamierte für den Kampf um das allgemeine Wahlrecht und um die Pressefreiheit den Generalstreik, der vom 30. Oktober bis 6. November 1905 währte und ein Gesetz über das allgemeine Wahlrecht ab 1. Oktober 1906 erzwang. In diesem Kampf stieg die Zahl ihrer Mitglieder von Ende 1904 bis Ende 1906 auf das Fünffache und betrug 1906 85 027. In den USA entstand als Gegengewicht zur korrupten und opportunistischen American Federation of Labor im Juni 1905 in Chikago unter Eugene V. Debs, William D. Haywood und Daniel De Leon eine neue Arbeiterorganisation, die Industrial Workers of the World.

Viele führende Persönlichkeiten der Parteien der II. Internationale waren jedoch nicht in der Lage oder nicht willens, über Sympathieerklärungen für die russischen Revolutionäre hinauszugehen, die Erfahrungen dieser Revolution auszuwerten, zu verallgemeinern und Lehren für die Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes zu ziehen. Sie gingen bei den sich verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen den revolutionären und den opportunistischen

Kräften über diese Grundfragen allmählich auf die Position des Zentrismus über. In der II. Internationale begann sich der Opportunismus stärker auszubreiten.

Im Gegensatz dazu entwickelten sich im Kampf mit den Opportunisten in den meisten Parteien ähnlich wie in der deutschen Sozialdemokratie linke Kräfte, Strömungen und Gruppen, die die Revolution in Rußland mit Enthusiasmus begrüßten und deren reiche Erfahrungen bereitwilligst studierten und auswerteten. In Bulgarien festigten die Engherzigen unter Dimiter Blagojeff, Gavril Georgieff und Georgi Kirkoff ihre Positionen im Kampf gegen den Nationalismus und Reformismus der Weitherzigen. Innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands gaben die Linken ab 1907 eine eigene Zeitung, „De Tribune", heraus und gründeten, nachdem sie von den Rechten aus der Partei ausgeschlossen worden waren, 1909 eine selbständige Partei, die Sozialdemokratische Partei Hollands. Zu den Linken in der internationalen Arbeiterbewegung gehörten weiter die Führer der Sozialdemokratischen Partei des Königreichs Polen und Litauens Feliks Dzierzynski, Leo Jogiches und Julian Marchlewski. Auch Rosa Luxemburg blieb als hervorragende Vertreterin der Linken in der deutschen Sozialdemokratie nach wie vor leitendes Mitglied in der Führung der Sozialdemokratischen Partei des Königreichs Polen und Litauens. Während der Kongresse der II. Internationale in Stuttgart 1907 und Kopenhagen 1910 kam es auf Initiative W. I. Lenins und der Bolschewiki, die die Herausbildung linker Strömungen und Gruppen in der internationalen Arbeiterbewegung aufmerksam verfolgten und förderten, zu ersten gesonderten Zusammenkünften der revolutionären Marxisten.

In den Auseinandersetzungen zwischen Marxismus und Revisionismus innerhalb der internationalen und der deutschen Arbeiterbewegung erlangten seit der Jahrhundertwende die Fragen der Philosophie immer mehr Gewicht. Nach wie vor ging der Streit um das Verhältnis von Materie und Bewußtsein und um die Beantwortung der Frage: Ist die Welt erkennbar? Durch die Entdeckung der Röntgenstrahlen 1895, der Radioaktivität 1896, des Elektrons 1897, der radioaktiven Elemente Radium und Polonium 1898 und durch Albert Einsteins spezielle Relativitätstheorie 1905 vollzog sich in den Naturwissenschaften, besonders in der modernen Physik, eine Revolution. Sie offenbarte die Begrenztheit des bisherigen physikalischen Weltbildes. Die verschiedenen Strömungen der bürgerlichen Philosophie, wie der

Neukantianismus, der Positivismus und der Machismus, versuchten anhand dieser naturwissenschaftlichen Entdeckungen die Richtigkeit ihrer idealistischen Standpunkte zu beweisen. Ihr Streben ging vor allem dahin, die Unmöglichkeit der Erkenntnis der objektiven Realität nachzuweisen, den Begriff der Materie als veraltet abzutun und dem Materialismus den Todesstoß zu versetzen.

W. I. Lenin sah die Gefahr der Auswirkungen dieser Bemühungen der bürgerlichen Philosophen und erkannte vor allem die Notwendigkeit, die philosophischen Grundlagen des Marxismus entsprechend den neuen Erfahrungen und Erkenntnissen, die nach dem Tode Friedrich Engels' auf den verschiedensten Gebieten gewonnen worden waren, weiterzuentwickeln. Dieser Aufgabe widmete er sich besonders in seinem Werk „Materialismus und Empiriokritizismus". In ihm unterwarf er die einzelnen Richtungen der bürgerlichen Philosophie einer gründlichen Kritik und setzte sich dabei auch prinzipiell mit allen typischen Erscheinungen des philosophischen Revisionismus in der Arbeiterbewegung auseinander. W. I. Lenin war der einzige in der internationalen Arbeiterbewegung, der die Auseinandersetzungen mit dem Revisionismus auf philosophischem Gebiet konsequent bis zu Ende führte. „Man kann aus dieser aus einem Guß geformten Philosophie des Marxismus", schrieb er, „nicht eine einzige grundlegende These, nicht einen einzigen wesentlichen Teil wegnehmen, ohne sich von der objektiven Wahrheit zu entfernen, ohne der bürgerlich-reaktionären Lüge in die Fänge zu geraten."[135] W. I. Lenin zerschlug mit seinem Werk die Behauptung vieler Führer der Parteien in der II. Internationale, zwischen der Politik und der Philosophie gebe es keine Zusammenhänge, jedes Parteimitglied könne seine privaten philosophischen Ansichten haben, man könne Marxist sein, ohne auf dem Boden des dialektischen Materialismus zu stehen.

Ausgehend von den neuen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen und ihrer Bedeutung für die Beantwortung der Frage nach der Erkennbarkeit der Welt, entwickelte W. I. Lenin in seinem Werk umfassend die Lehre von der objektiven, der absoluten und der relativen Wahrheit. „Vom Standpunkt des modernen Materialismus, d. h. des Marxismus", schrieb W. I. Lenin, „sind die *Grenzen* der Annäherung unserer Kenntnisse an die objektive, absolute Wahrheit geschichtlich bedingt, *unbedingt* aber ist die Existenz dieser Wahrheit selbst, unbedingt ist,

[135] W. I. Lenin: Materialismus und Empiriokritizismus. In: Werke, Bd. 14, Berlin 1964, S. 329.

daß wir uns ihr nähern. Geschichtlich bedingt sind die Konturen des Bildes, unbedingt aber ist, daß dieses Bild ein objektiv existierendes Modell wiedergibt."[136] Eindeutig bejahte er die Frage nach der Erkennbarkeit der Welt und hob besonders die Bedeutung der Praxis als Kriterium der Wahrheit im Erkenntnisprozeß hervor. Auf der Grundlage von Karl Marx' und Friedrich Engels' Anschauungen und der neuen Erkenntnisse der Naturwissenschaften gab W. I. Lenin eine exakte Definition des Materiebegriffs, indem er feststellte: „Die Materie ist eine philosophische Kategorie zur Bezeichnung der objektiven Realität, die dem Menschen in seinen Empfindungen gegeben ist, die von unseren Empfindungen kopiert, fotografiert, abgebildet wird und unabhängig von ihnen existiert."[137]

W. I. Lenin erwies der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung mit seinem Werk „Materialismus und Empiriokritizismus" eine außerordentlich große Hilfe. Sie bestand vor allem darin, daß er die neuesten naturwissenschaftlichen Erkenntnisse vom Standpunkt des wissenschaftlichen Kommunismus philosophisch verallgemeinerte, die Richtigkeit des dialektischen Materialismus nachwies und ihn in grundlegenden Fragen entscheidend weiterentwickelte. Für den politischen Klassenkampf des Proletariats hob er damit zugleich die Notwendigkeit und Möglichkeit hervor, Wesen und Erscheinung der neuen gesellschaftlichen Bedingungen in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen gründlichst zu untersuchen, um sie erkennen und die Strategie und Taktik der Partei der Arbeiterklasse richtig weiterentwickeln zu können.

In der deutschen Sozialdemokratie wurde das Erscheinen des Werkes W. I. Lenins in russischer Sprache 1909 durch eine kurze Notiz in der Bibliographie des Sozialismus der „Neuen Zeit" bekannt. W. I. Lenin hatte Rosa Luxemburg am 4. Mai 1909 ein Exemplar seines Buches geschickt und gebeten, sein Erscheinen anzuzeigen. Eine Auswertung und Verbreitung der Erkenntnisse dieses Buches erfolgte jedoch nicht, obwohl in der deutschen Arbeiterbewegung der Bildungsdrang gerade in diesen Jahren stark anwuchs und großes Interesse für philosophische Fragen vorhanden war. Die „Welträtsel" des berühmten Naturforschers und Philosophen Ernst Haeckel aus dem Jahre 1899 zum Beispiel fanden Tausende von Lesern. Und der allgemeine Geist dieser Schrift Ernst Haeckels war, wie W. I. Lenin schrieb, „die *Un-*

136 Ebenda, S. 130.
137 Ebenda, S. 124.

ausrottbarkeit des naturwissenschaftlichen Materialismus, seine *Unvereinbarkeit* mit der *ganzen* offiziellen Professorenphilosophie und -theologie"[138].

Infolge der Verschärfung des Klassenkampfes seit Beginn der imperialistischen Epoche hatte sich bei großen Teilen der deutschen Arbeiterklasse der Wille gefestigt, mehr Wissen als bisher zu erwerben, um den neuen Anforderungen im Klassenkampf gerecht werden zu können. In Auswertung der Erfahrungen der Kämpfe in Deutschland und unter dem Einfluß der Revolution in Rußland von 1905 erreichten die revolutionären Kräfte es auch, daß in der deutschen Arbeiterbewegung ein bis dahin noch nicht gekannter Aufschwung der sozialdemokratischen Bildungsarbeit einsetzte.

Die deutsche Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften hatten in den letzten Jahren ihre Mitgliederzahlen so erheblich vergrößert, daß es dringend geboten war, das politische Bewußtsein der Mitglieder durch ein organisiertes Studium des wissenschaftlichen Sozialismus zu erhöhen. Der sozialdemokratische Parteivorstand hatte bisher eine solche theoretische Schulung unterschätzt. In den Jahren 1905 und 1906 häuften sich die Anträge an die Parteitage, in denen zahlreiche Mitglieder Maßnahmen für die theoretische Schulung aller Sozialdemokraten forderten. Vor allem die deutschen Linken drängten auf eine systematische und gründliche Bildungsarbeit.

August Bebel eröffnete am 15. November 1906 in Berlin die Zentrale Parteischule, in der bis zum Beginn des ersten Weltkrieges in sieben Halbjahreskursen insgesamt 203 Sozialdemokraten ausgebildet wurden. Besonders erfolgreich lehrten an ihr führende Vertreter der Linken, wie Rosa Luxemburg und Franz Mehring sowie später auch Hermann Duncker, und machten sie zu einer bedeutenden sozialistischen Bildungsstätte. Ihre vorbildliche Lehrtätigkeit wurde von den Revisionisten immer wieder heftig angegriffen. Die Schüler kamen fast alle aus der Arbeiterklasse und wurden von den lokalen Organisationen der Partei beziehungsweise der Gewerkschaften für den Besuch der Schule ein halbes Jahr freigestellt. Fritz Heckert, Wilhelm Koenen, Wilhelm Pieck, Georg Schumann und viele andere hervorragende Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung studierten an der Zentralen Parteischule der deutschen Sozialdemokratie. Unterrichtet wurde an ihr in Wirtschaftsgeschichte, Nationalökonomie, Soziologie, Historischem Materialismus, Deutscher Geschichte, Geschichte des Sozialismus,

[138] Ebenda, S. 355.

Rechtsfragen, Kommunalpolitik, Naturwissenschaften, Literatur, Rhetorik und Stilistik. In Geschichte des Sozialismus hörten die Parteischüler zum Beispiel Vorlesungen über die utopischen Sozialisten, den Chartismus, das Kommunistische Manifest, die Geschichte der Internationale, die Pariser Kommune und die Entwicklung der sozialistischen Parteien in Belgien, England, Frankreich, Holland, Italien, Rußland und den USA. Wilhelm Pieck schrieb als Absolvent des zweiten Kurses im „Vorwärts": „Den Vorteil, den ich vom Besuch der Schule gehabt habe, empfinde ich fast Tag für Tag. Beim Lesen eines Buches, beim Ausarbeiten eines Vortrages oder eines Flugblattes, bei gelegentlichen Diskussionen, kurz, überall verspüre ich die vorteilhafte Wirkung des auf der Parteischule genossenen systematischen Unterrichts. Mit stolzer Genugtuung erfüllt mich das Bewußtsein, nunmehr in noch besserer Weise meinen Posten, auf den mich die Genossen gestellt haben, ausfüllen zu können. Der Drang, mein erworbenes Wissen zu erweitern, immer tiefer einzudringen in die Gedankenwelt des Sozialismus, ist mächtig gestärkt worden. Aber auch die Bescheidenheit in der Einschätzung meines Wissens gegenüber dieser Gedankenwelt ist in mir gewachsen."[139]

Wilhelm Pieck war am 3. Januar 1876 als Sohn einer Arbeiterfamilie in Guben (Niederlausitz) geboren worden. Er hatte die Volksschule besucht und das Tischlerhandwerk erlernt. 1894 war er Mitglied des Deutschen Holzarbeiterverbandes und 1895 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei geworden. Nach Jahren der Wanderschaft als Tischlergeselle hatte er sich 1896 in Bremen angesiedelt. Hier war er 1905 Vertreter des Deutschen Holzarbeiterverbandes im Gewerkschaftskartell, Leiter des Bildungsausschusses, Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft und 1906 hauptamtlicher Parteisekretär des Sozialdemokratischen Vereins geworden.

Ende 1906 begann der Zentralbildungsausschuß der Partei seine Arbeit. Seine Mitglieder, unter ihnen August Bebel und die führenden Vertreter der Linken Franz Mehring und Clara Zetkin, waren vom Parteivorstand und von der Kontrollkommission gewählt worden. Der Zentralbildungsausschuß stützte sich auf die aufopferungsvolle Mitarbeit vieler Tausender Funktionäre im ganzen Land. Wilhelm Pieck berichtete: „Überall in der Partei, in den Distriktsversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins, in einzelnen Gewerkschaften

139 Wilhelm Pieck: Der Nutzen der Parteischule. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, Berlin 1959, S. 144.

macht sich mehr als bisher ein eifriges, ernstes Drängen nach Erfassen und Klarheit des wissenschaftlichen Sozialismus und der modernen Wissensgebiete bemerkbar... Wir können mit voller Berechtigung behaupten, zur Heranbildung von tüchtigen, überzeugten Klassenkämpfern ein tüchtiges Stück Arbeit mit geleistet zu haben."[140] In den Jahren 1908/1909 bestanden bereits in 281 Orten lokale Bildungsausschüsse, ihre Zahl wuchs bis 1914 auf 854 an. Am Vorabend des ersten Weltkrieges gab es in Deutschland an 748 Orten 1147 Arbeiterbibliotheken mit insgesamt über 833 000 Büchern. Seit 1907 hatte Hermann Duncker als Wanderlehrer für Wirtschaftsgeschichte, Nationalökonomie und wissenschaftlichen Sozialismus hervorragenden Anteil an der marxistischen Bildungsarbeit. Bis 1914 vermittelte er insgesamt über 18 000 Arbeitern Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus.

Von 1907 bis 1914 erweiterten 137 120 Sozialdemokraten in insgesamt 882 Wanderkursen ihr Wissen unter anderem auf folgenden Gebieten: Die wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialismus, Volkswirtschaftliche Grundbegriffe, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Historischer Materialismus, Geschichte des Sozialismus, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Grundfragen der Pädagogik, Deutsche Dichtung im Zeitalter der Klassik beziehungsweise im 19. Jahrhundert, Hauptstile der bildenden Kunst, Naturwissenschaft und Biologie.

Die Vortrags- und Unterrichtskurse halfen die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus überall dort zu verbreiten, wo revolutionäre Sozialdemokraten verhindern konnten, daß die Revisionisten die Bildungsabende in einen atheoretischen, vom Klassenkampf losgelösten Bildungsbetrieb über Biologie, Theater, Stenografie, Buchführung, Kochen und anderes verwandelten. Denn die Revisionisten versuchten vielerorts, der Arbeiterbildung unter dem Deckmantel der Verbreitung von Allgemeinwissen einen kleinbürgerlichen Inhalt zu geben und sich jeder ernsthaften theoretischen Schulung in Grundfragen des Marxismus zu widersetzen. Alle revolutionären Kräfte in der Sozialdemokratie dagegen betrachteten die Bildungsveranstaltungen nach einem treffenden Wort Wilhelm Piecks als Werkstätten, in denen der Sieg geschmiedet wurde. Nach ihrer Meinung hatte die Sozialdemokratie die Aufgabe, wie Heinrich Schulz und Clara Zetkin in ihren Leitsätzen zum Thema Volkserziehung und Sozialdemokratie auf dem Mannheimer Parteitag 1906 hervorgehoben hatten, „in steigendem

[140] Wilhelm Pieck: Über die Kulturarbeit der Arbeiterorganisationen. In: Ebenda, S. 112 u. 114.

Maße für die allseitige Weiterbildung ihrer Mitglieder zu sorgen, und zwar in erster Linie für deren theoretische Schulung durch planmäßige Einführung in die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus"[141].

Die deutschen Linken und viele revolutionäre Sozialdemokraten förderten darüber hinaus in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterklasse das Verständnis für die Schätze der Kultur, der Literatur, der bildenden Kunst und der Musik. Alle bedeutenden Vertreter der deutschen Linken zeichneten sich durch eine tiefe Liebe zur Kunst aus und bewiesen durch ihre vielseitige Bereicherung vor allem der marxistischen Literaturwissenschaft, daß die Arbeiterklasse der legitime Erbe der fortschrittlichen Kultur der deutschen Nation ist. Unter ihrem Einfluß erwarb sich die deutsche Arbeiterklasse große Verdienste um die Pflege des nationalen Kulturerbes und um die Entwicklung der proletarischen Literatur und Kunst. Dem kulturellen Teil der „Neuen Zeit" verlieh Franz Mehring als bewährter Feuilletonredakteur eine hervorragende Ausgestaltung und große erzieherische Wirkung. Unzählige Artikel, Rezensionen, Essays, Kunst- und Theaterkritiken dieser Zeitschrift halfen vielen Lesern, in die Schätze der klassischen deutschen und der Weltliteratur einzudringen. Die Veröffentlichungen zu den Schillerjubiläen 1905 und 1909 bildeten dabei einen besonderen Höhepunkt. Außerdem konzentrierte Franz Mehring die Aufmerksamkeit auf die kritisch-realistische Literatur, besonders Rußlands und Skandinaviens. Für viele Werke von Maxim Gorki, Henrik Ibsen, M. J. Saltykow-Schtschedrin, August Strindberg, L. N. Tolstoi, A. P. Tschechow, I. S. Turgenjew, G. I. Uspenski und anderen weckte die „Neue Zeit", zum Teil auch die sozialdemokratische Tagespresse, das Interesse der deutschen Arbeiterklasse. Seit Juli 1907 druckte der „Vorwärts" Maxim Gorkis Roman „Die Mutter" ab, mit dem neue Maßstäbe in der sozialistischen Literatur gesetzt wurden.

Viele Aufsätze Franz Mehrings zur marxistischen Literaturkritik beschäftigten sich mit der zeitgenössischen deutschen bürgerlichen Literatur; andere wieder verteidigten die echten Ansätze proletarischer Kunst und Literatur. Dabei kam Franz Mehring dem Leninschen Begriff von der proletarischen Parteilichkeit in Kunst und Literatur sehr nahe. In Würdigung all seiner Verdienste schrieb Rosa Luxemburg an Franz Mehring anläßlich seines 70. Geburtstages 1916: „Durch Ihre Bücher wie durch Ihre Artikel haben Sie das deutsche Proletariat nicht

141 Protokoll des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Mannheim 1906, S. 136. – Dokument Nr. 21.

bloß mit der klassischen deutschen Philosophie, sondern auch mit der klassischen Dichtung, nicht nur mit Kant und Hegel, sondern mit Lessing, Schiller und Goethe durch unzerreißbare Bande verknüpft. Sie lehrten unsere Arbeiter durch jede Zeile aus Ihrer wunderbaren Feder, daß der Sozialismus nicht eine Messer- und Gabelfrage, sondern eine Kulturbewegung, eine große und stolze Weltanschauung sei."[142]

Die deutschen Linken kritisierten bei allen sich ihnen bietenden Gelegenheiten in der Presse, auf Kundgebungen und im Parlament den reaktionären Charakter der herrschenden bürgerlichen Kulturpolitik. Sie lehrten die Arbeiterklasse, wie Franz Mehring schrieb, daß der Niedergang der spätbürgerlichen deutschen Kultur „nur die deutsche Bourgeoisie trifft und keineswegs die deutsche Nation, deren größter und kräftigster Teil, eben das Proletariat, in dem wachsenden Unvermögen seiner Todfeinde nur ein verstärktes Pfand seines nahenden Weltentags erblicken kann"[143]. In der Arbeiterklasse erstarkte das Bewußtsein, Erbe und Anwalt der nationalen und der Weltliteratur zu sein.

Karl Kaiser, Heinrich Kämpchen, Ernst Klaar, Franz Rehbein und andere Sozialdemokraten waren selbst als Dichter oder Schriftsteller tätig. In Liedern, Gedichten und Prosa gaben sie ihren Eindrücken von den Streiks der Crimmitschauer Textilarbeiter 1903/1904, der Ruhrbergarbeiter 1905 und der Mansfelder Bergarbeiter 1909 künstlerische Gestalt. Der Bergarbeiterdichter Heinrich Kämpchen zeigte in seinen Gedichten das Leid der ausgebeuteten Bergarbeiter, die er zum Kampf gegen die Zechenherren aufrief. Im Jahre 1905 begrüßte er in einem Gedicht den Aufstand der Matrosen des Panzerkreuzers „Potemkin". Seit der Jahrhundertwende erschienen mehrere Autobiographien von Arbeitern, so zum Beispiel 1905 William Brommes „Lebensgeschichte eines modernen Fabrikarbeiters", in der er das Schicksal eines modernen Industriearbeiters literarisch darstellte. Große Aufmerksamkeit erregte 1909 die „Jugendgeschichte einer Arbeiterin" von der österreichischen Sozialdemokratin Adelheid Popp mit einem Geleitwort August Bebels. Mit der elenden Lage der Landarbeiter und den reaktionären Verhältnissen auf dem Lande beschäftigte sich

142 Rosa Luxemburg an Franz Mehring, Februar 1916. In: Franz Mehring: Gesammelte Schriften und Aufsätze in Einzelausgaben. Hrsg. von Eduard Fuchs. Zur Kulturgeschichte von Calderon bis Heine, Berlin 1929, S. 10.

143 Franz Mehring: Gesammelte Schriften, Bd. 12, Aufsätze zur ausländischen Literatur. Vermischte Schriften, Berlin 1963, S. 180.

Franz Rehbeins Buch „Das Leben eines Landarbeiters" von 1911. Von ganz besonderer Bedeutung war August Bebels Autobiographie, in der er eindrucksvoll seine Entwicklung vom Drechslerlehrling zum angesehenen Führer der Arbeiterbewegung schilderte. Sie erschien von 1910 bis 1914 unter dem Titel „Aus meinem Leben" und hatte einen tiefen Einfluß auf die Entwicklung des Klassenbewußtseins vieler deutscher Arbeiter.

Die meisten der sozialdemokratischen Schriftsteller gerieten jedoch mehr und mehr in Isolierung von der politisch organisierten Arbeiterklasse. Das war in erster Linie auf die feindliche Haltung der Opportunisten gegenüber der revolutionären proletarischen Kunst und Literatur zurückzuführen. Die Opportunisten hielten nach 1905 entscheidende Positionen der sozialdemokratischen Kulturpolitik besetzt, so daß sie die Veröffentlichung literarischer Arbeiten, die eine antiimperialistische Zielsetzung hatten, in der Partei- und Gewerkschaftspresse hintertreiben konnten. Agitationsstücke, die den preußisch-deutschen Militarismus und die imperialistische Expansionspolitik anprangerten, konnten infolge des Widerstandes der Opportunisten nur noch von einzelnen Arbeitertheatergruppen aufgeführt werden.

In den letzten Vorkriegsjahren setzte ein neuer Aufschwung der kritisch-realistischen Literatur ein, der sich am ausgeprägtesten in Heinrich Manns Roman „Der Untertan" von 1912 bis 1914, in Gerhart Hauptmanns Tragikomödie „Die Ratten" von 1911 sowie in Carl Sternheims Bürgerkomödien seit 1911 zeigte. Die kritischen Realisten setzten sich bereits mit bestimmten Erscheinungen des deutschen Imperialismus auseinander und entwickelten neue ideologische und künstlerische Qualitäten. Heinrich Mann und andere wandten sich leidenschaftlich gegen die Erziehung der Jugend im Ungeist des Militarismus und des Chauvinismus. Arnold Zweig prangerte den Antisemitismus an. Johannes R. Bechers Gedichtsammlung „Verfall und Triumph" aus dem Jahre 1914 ließ erkennen, wie verzweifelt er über seine bürgerliche Umwelt war. In einem seiner frühen Gedichte deutete er auch zum ersten Mal die historische Rolle der Arbeiterklasse an. Die Vorherrschaft der reformistischen Klassenlinie in der deutschen Sozialdemokratie am Vorabend des ersten Weltkrieges bewirkte jedoch, daß den kritischen Realisten, die zu dieser Zeit verstärkt in der deutschen Nationalliteratur hervortraten, die Erkenntnis von der revolutionären Kraft und Rolle der Arbeiterklasse weitgehend verwehrt blieb.

Der Kampf der Arbeiterklasse seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts war auch auf die Entwicklung der bildenden Kunst von großem Einfluß. Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts trat eine Anzahl bedeutender Künstler an die Seite der Arbeiterklasse. Schöpferisches Profil und weltanschauliche Position dieser Künstler waren vielgestaltig. So errang Heinrich Zille durch seine scharfe Anklage der Leiden der Proletariermassen eine besonders große Popularität. In Tausenden von Zeichnungen schilderte er mit beißendem Spott und bitterem Humor die elenden Verhältnisse in den Berliner Arbeitervierteln. Unter dem Eindruck der sozialen Not und der schroffen Gegensätze in der Gesellschaft hatte sich Hans Baluschek vom bürgerlichen Kunstbetrieb losgesagt und, beeinflußt von der Strömung des Naturalismus seiner Zeit, der Darstellung des Großstadtelends zugewandt. Die Künstler der bekannten bürgerlichen satirischen Zeitschrift „Simplicissimus", unter ihnen vor allem Thomas Theodor Heine, rissen mit ihren Zeichnungen und graphischen Zyklen den Ausbeutern die Maske vom Gesicht und geißelten die verlogene Moral der Bourgeoisie und der Kleinbürger. Viele ihrer Arbeiten richteten sich gegen den Militarismus und die politische Willkür der herrschenden Klasse. Der Bildhauer Ernst Barlach, die junge Graphikerin Sella Hasse, Hugo Krayn und andere Künstler traten, erschüttert von dem Ausmaß der menschlichen Erniedrigung im Kapitalismus, auf die Seite der Unterdrückten. Ihr Schaffen richtete sich gegen die bestehende Ordnung und trug markante neue Züge.

In dieser progressiven Entwicklung der darstellenden Kunst schlug Käthe Kollwitz mit ihren Werken bereits vor dem ersten Weltkrieg eine neue Richtung ein. Ihre Werke widerspiegelten das Suchen nach einem höheren Idealbild des Menschen. Käthe Kollwitz knüpfte unmittelbar an die humanistischen Traditionen der deutschen Kunst an und gelangte in ihrem Schaffen auf eine Entwicklungsstufe, von der aus bereits eine durch das sozialistische Ideal geprägte Gestaltung des künstlerischen Menschenbildes möglich wurde.

2. Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Reaktion und imperialistische Kriegsvorbereitung 1907 bis 1909

Am 13. Dezember 1906 ließ der Kaiser durch den Reichskanzler den Reichstag auflösen, weil die Mehrheit der Abgeordneten neue Militärforderungen der Regierung für den seit 1904 grausam wütenden Kolonialkrieg der deutschen Imperialisten gegen die Hereros und die Hottentotten in Afrika abgelehnt hatte. Angesichts der allgemeinen Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze in der Welt und des wachsenden Einflusses der Sozialdemokratie in Deutschland hielt die Reaktion die Zeit für gekommen, gegen alle oppositionellen Kräfte im Reich, in erster Linie gegen die Sozialdemokratie, eine Hetzkampagne zu entfachen. Die Reichstagswahlen im Januar 1907 schienen ihr für diesen Zweck sehr geeignet.

Propagandaorganisationen des Monopolkapitals, wie der Alldeutsche Verband, der Deutsche Flottenverein, die Deutsche Kolonialgesellschaft, sowie die Kriegervereine und andere verleumdeten die deutsche Sozialdemokratie, deren revolutionäre Kräfte durch ihren Kampf gegen die imperialistische Kolonial- und Kriegspolitik als einzige in Deutschland noch die nationalen Interessen vertraten, als „vaterlandslos" und „innenpolitische Gefahr". Sie diskriminierten die afrikanischen Völker und inszenierten chauvinistische Hetzveranstaltungen.[144] Verlogen priesen sie im Interesse der deutschen Kriegsrüstung die „Freiheit der Expansion" als „nationales" Prinzip. In Wirklichkeit aber bedeutete die imperialistische Expansionspolitik die grausame Unterdrückung anderer Völker, die ständige Gefährdung des Friedens in der Welt und führte die deutsche Nation schließlich in kriegerische Katastrophen.

Die deutschen Sozialdemokraten hatten einen schwierigen Wahlkampf zu bestehen. Nach Bernhard Fürst von Bülows eigenen Äußerungen in einem Schreiben von 1905 an den Chef der Reichskanzlei, Friedrich Wilhelm von Loebell, sollte die ideologische Offensive gegen die Sozialdemokratie besonders in dreifacher Hinsicht geführt werden: erstens gegen die „Vaterlandslosigkeit", zweitens gegen den „Doktrinarismus", der angeblich Zwang, Verkümmerung der Individualität und Verlust aller Errungenschaften eines hundertjährigen Kampfes

[144] Dokument Nr. 22.

für bürgerliche Freiheit und Regierungsweise bedeutete, und drittens gegen die „Ruinierung des Wohlstandes aller Schichten der Gesellschaft" durch die Revolution der Sozialdemokraten nach dem gefürchteten russischen Muster. Diese Gesichtspunkte enthielten nichts anderes als die schon von Karl Marx und Friedrich Engels bekämpfte Lüge vom „Gespenst des Kommunismus", die seitdem in den verschiedensten Variationen aus jedem Haßgesang der herrschenden Klassen gegen die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse herauszuhören war und jetzt immer mehr dem gesteigerten Nationalismus des deutschen Finanzkapitals dienen sollte. Neu daran waren die besondere nationalistische Prägung und die sich offenbarende Angst vor den Auswirkungen der Revolution in Rußland. Bernhard Fürst von Bülow erklärte den „Reichslügenverband" gegen die Sozialdemokratie zum offiziösen Wahlrepräsentanten der Regierung. Die Unternehmerverbände, voran der Zentralverband Deutscher Industrieller, finanzierten den Pressefeldzug von mehr als 1000 Zeitungen gegen die Sozialdemokratie. Hunderte von sozialdemokratischen Versammlungen wurden verboten. Funktionäre der Partei wurden von den Unternehmern auf die Straße gesetzt. Flugblattverteiler, Redner, Redakteure wurden wie in der Zeit des Sozialistengesetzes verhaftet und verurteilt.

Dennoch konnte die deutsche Sozialdemokratie die meisten Stimmen auf sich vereinen und ihre absolute Stimmenzahl von 3 Millionen auf 3,3 Millionen steigern. Diesen großartigen Erfolg verdankte sie dem unermüdlichen Einsatz ihrer Mitglieder und der Alternative der Partei zur imperialistischen Regierungspolitik. Zweitstärkste Partei war das Zentrum mit 2 Millionen Stimmen. Ihm folgten die Nationalliberalen mit 1,6 Millionen, die Deutschkonservativen mit 1,1 Millionen, die Freisinnige Volkspartei mit 0,7 Millionen und die Reichspartei mit 0,5 Millionen Stimmen. Die Linksliberalen schwenkten während der Wahlen bis auf wenige Ausnahmen ganz auf die Linie der imperialistischen Politik ein und beteiligten sich an der Hetze gegen die Sozialdemokratie. Infolge der geschlossenen Front aller Gegner der Sozialdemokratie wirkten sich das Festhalten der Reaktion an der veralteten Wahlkreiseinteilung und das Stichwahlsystem so aus, daß die Sozialdemokratie trotz der Zunahme ihrer Wählerstimmen fast die Hälfte ihrer Mandate einbüßte und nur 43 Abgeordnetensitze im Reichstag erhielt.

Die politische Herrschaft des deutschen Imperialismus wurde nun durch den berüchtigten Bülow-Block gestützt, der eine Verschärfung

der reaktionären Innen- und Außenpolitik betrieb. Er bestand aus den Nationalliberalen, der Reichspartei, den Deutschkonservativen und den linksliberalen Parteien.

Die Opportunisten in der deutschen Arbeiterbewegung erklärten die Wahlen für eine Niederlage, die durch die antiimperialistischen Losungen der Partei verursacht worden sei. Man müsse daher auf solche Losungen künftig verzichten. Die deutschen Linken dagegen erörterten in sozialdemokratischen Versammlungen die Frage, wie der veränderten Taktik des Klassengegners entgegengetreten werden sollte. Sie schlugen eine stärkere Verknüpfung des parlamentarischen Kampfes mit außerparlamentarischen Aktionen vor und traten für einen noch entschiedeneren Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus ein.

Die Ursachen für die Verschärfung des Klassenkampfes während der Reichstagswahlen 1907 lagen in der ökonomischen Entwicklung des deutschen Imperialismus, der Zuspitzung der Klassengegensätze im Innern und der Verschärfung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten. Seit der Jahrhundertwende hatte der deutsche Imperialismus im Vergleich zu Frankreich und Großbritannien seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit außerordentlich verstärken können. Das wird deutlich, wenn man die Produktion von Kohle und Stahl der drei Länder vergleicht.

		Deutschland	Großbritannien	Frankreich
Kohle	1900	150	225	33
(Mill. t)	1910	222	264	39
Stahl	1900	6,6	4,9	1,6
(Mill. t)	1910	13,7	6,4	3,4

Noch offensichtlicher wird das rasche Tempo der Entwicklung des deutschen Imperialismus an einem Vergleich der Wachstumsraten der industriellen Produktion. Sie betrugen für Deutschland von 1903 bis 1909 38 Prozent, für Großbritannien von 1904 bis 1908 10 Prozent und für Frankreich von 1903 bis 1908 11 Prozent. Die Wachstumsrate war in Deutschland infolgedessen mehr als dreimal so hoch wie in Großbritannien und in Frankreich. Der Besitz des deutschen Finanzkapitals im Ausland hatte sich beträchtlich vergrößert. Hatte er 1892 rund 10 bis 13 Milliarden Mark betragen mit einem jährlichen Gewinn von 500 bis 600 Millionen Mark, so war er 1906 bereits auf 26 Milliarden Mark mit einem Gewinn von 1240 Millionen Mark angewachsen.

An der Aufteilung der Welt unter die imperialistischen Großmächte aber hatte sich seit der Jahrhundertwende nicht viel verändert. Dieser Widerspruch steigerte die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus zusehends und verschärfte die Rivalität der imperialistischen Staaten. Raubgierig trachtete der deutsche Imperialismus danach, Großbritannien und Frankreich Kolonien abzujagen. Außerdem wollte er das Ostseegebiet, Polen und die Ukraine an sich reißen und durch seine Bagdadbahnpolitik in der Türkei ein Sprungbrett zugleich nach Ägypten, Indien und Persien schaffen. Überall jedoch traf er auf die Gegnerschaft seiner imperialistischen Konkurrenten. Im Interesse der kriegerischen Expansion zur Neuaufteilung der Welt befand er sich seit Jahren in einem regelrechten Rüstungstaumel und versuchte mit allen Mitteln, Großbritannien die Vorherrschaft zur See streitig zu machen.

Nach dem Russisch-Japanischen Krieg nutzte er die Schwächen des zaristischen Rußlands aus und verstärkte seine Expansion nach dem Vorderen Orient. Die deutschen Imperialisten forcierten den Bau der Bagdadbahn. Sie vergrößerten ihren ökonomischen und politischen Einfluß auf dem Balkan, brachten die Türkei noch stärker in deutsche Abhängigkeit, griffen rücksichtslos nach Marokko und Persien und fingen überall in der Welt gefährliche Händel mit den älteren imperialistischen Räubern an. Dabei stießen sie in der Hauptsache auf die Interessen ihrer englischen Konkurrenten, so daß der deutsch-englische Gegensatz die Weltpolitik immer mehr beherrschte.

Unter maßgeblichem Einfluß Großbritanniens bildete sich deshalb im Jahre 1907 die Triple-Entente. Seitdem standen sich zwei imperialistische Mächteblocks gegenüber. Auf der einen Seite stand Großbritannien, verbündet mit Frankreich und Rußland, die Triple-Entente, auf der anderen Seite Deutschland, gestützt auf Österreich-Ungarn und Italien, der Dreibund.

Aus der Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze in der Welt durch die besonders aggressive und räuberische Politik des deutschen Imperialismus schlußfolgerten die Vertreter der Linken in der deutschen Sozialdemokratie richtig, daß der Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus, die Todfeinde der Nation und der gesamten friedliebenden Menschheit, stärker als bisher die Aktionen der deutschen Arbeiterklasse bestimmen müsse.

Diesen revolutionären Standpunkt, der dem Willen der Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder entsprach, brachte Karl Lieb-

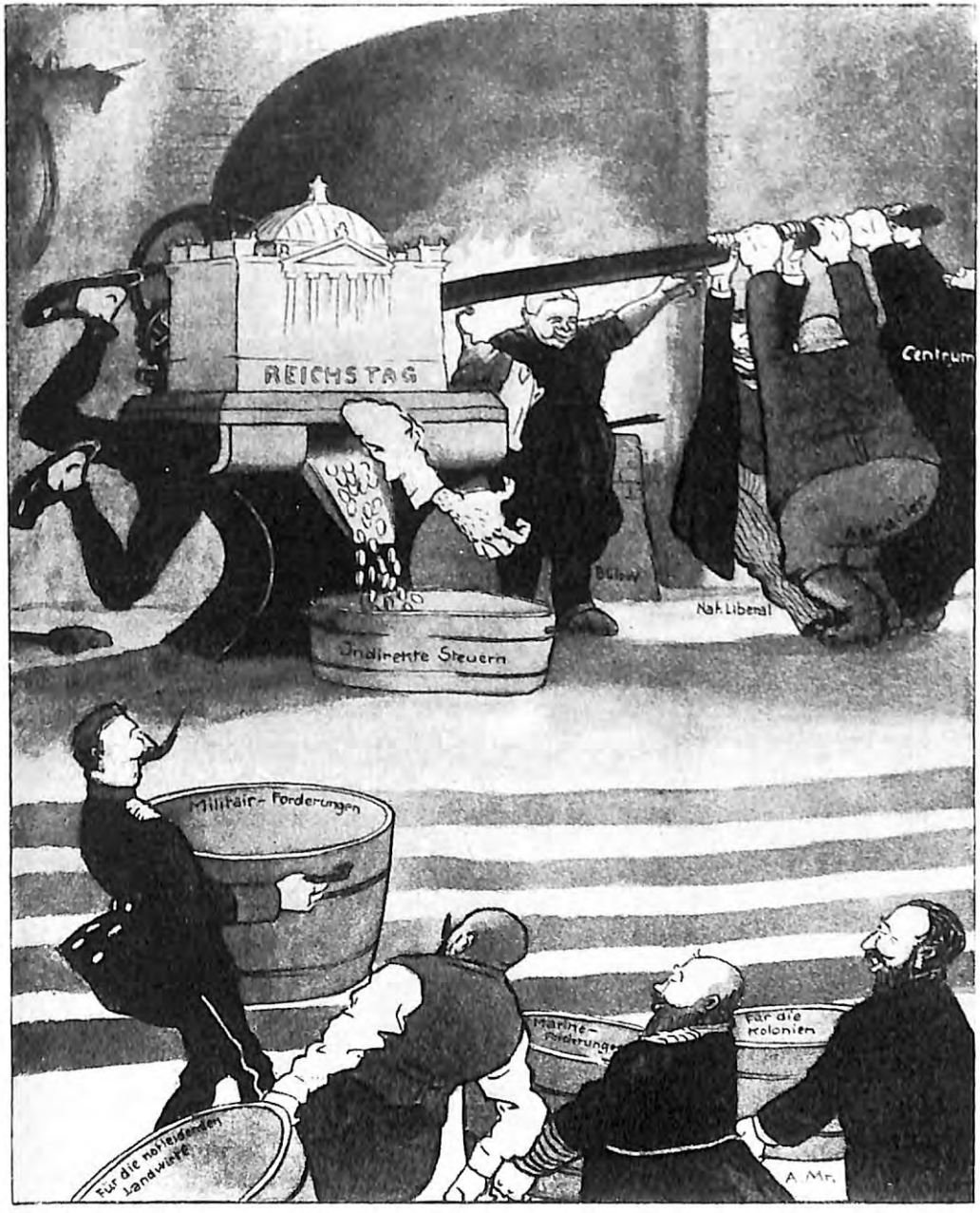
knecht in seinem Werk „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung", das im Frühjahr 1907 erschien, hervorragend zum Ausdruck.

Im Kampf gegen den deutschen Militarismus ging Karl Liebknecht von der marxistischen Erkenntnis aus, daß der Militarismus „die Quintessenz und die Summe aller Volksfeindlichkeit, der brutale Exekutor und der blutig-eiserne Schutzwall des Kapitalismus" und daher nicht nur der schlimmste Feind der Arbeiterklasse, sondern des gesamten Volkes, der Demokratie und des Fortschritts ist. „Und der Militarismus", schrieb er, „ist der Würgengel der Kultur; er barbarisiert die Zivilisation und frißt, das Volk aussaugend, alle Mittel auf, die einem wahrhaftigen Fortschritt dienen könnten."[145]

Auf der Grundlage umfangreicher Quellenstudien analysierte Karl Liebknecht in seiner Schrift das Wesen des Militarismus unter den Bedingungen des Imperialismus. Er untersuchte erstmalig in der sozialistischen Literatur im einzelnen den Militarismus als weitverzweigtes System, das alle Gebiete des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens durchdringt. Er stellte die offene Volksfeindlichkeit und die Brutalität des Militarismus in seinen inneren und äußeren Funktionen an den Pranger. Karl Liebknecht verallgemeinerte als erster in der marxistischen Literatur die Kampferfahrungen der internationalen antimilitaristischen Bewegung, begründete die Notwendigkeit einer speziellen antimilitaristischen Propaganda und forderte damit die Einführung neuer Kampfformen. Die antimilitaristische Propaganda sollte sich vor allem an die Arbeiterjugend wenden, um sie mit Klassenbewußtsein und Haß gegen den Militarismus zu durchdringen und dadurch die Armee als Klassenwerkzeug gegen demokratische und sozialistische Bestrebungen untauglich zu machen. Der Kampf um die Jugend stellte einen der wichtigsten Bereiche im Klassenkampf zwischen Proletariat und imperialistischer Bourgeoisie, zwischen Fortschritt und Reaktion dar. Deshalb entbrannten über Inhalt, Ausmaß und Formen des Kampfes der Sozialisten um die Jugend immer wieder heftige Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der beiden Klassenlinien innerhalb der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung. Und nicht zuletzt deshalb hatte die Arbeit der deutschen Linken unter der Jugend, die sie mit Konsequenz, beispielhaften Methoden und Erfolg leisteten, so große Bedeutung. In vielen Gebie-

145 Karl Liebknecht: Rekrutenabschied. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 189.

Die Lehren der Reichstagswahl.



Wer nicht hören will, muß fühlen.

Karikatur aus dem „Wahren Jacob“ auf die Ausbeutung des deutschen Volkes, 1907

Woher? Wohin?



„Wir fahren herrlichen Zeiten entgegen."

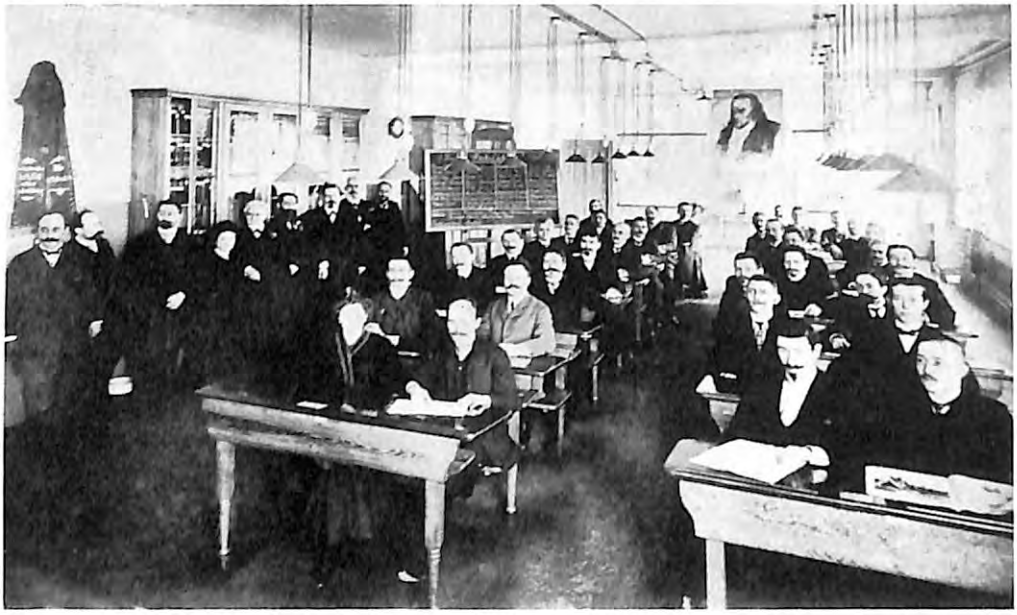
Karikatur aus dem „Wahren Jacob" auf die antinationale Politik der herrschenden Klasse Deutschlands, 1907



Maidemonstration in Teuchern bei Halle, 1907



Sozialdemokratische Landagitation in Radewege bei Brandenburg (Havel), 1907



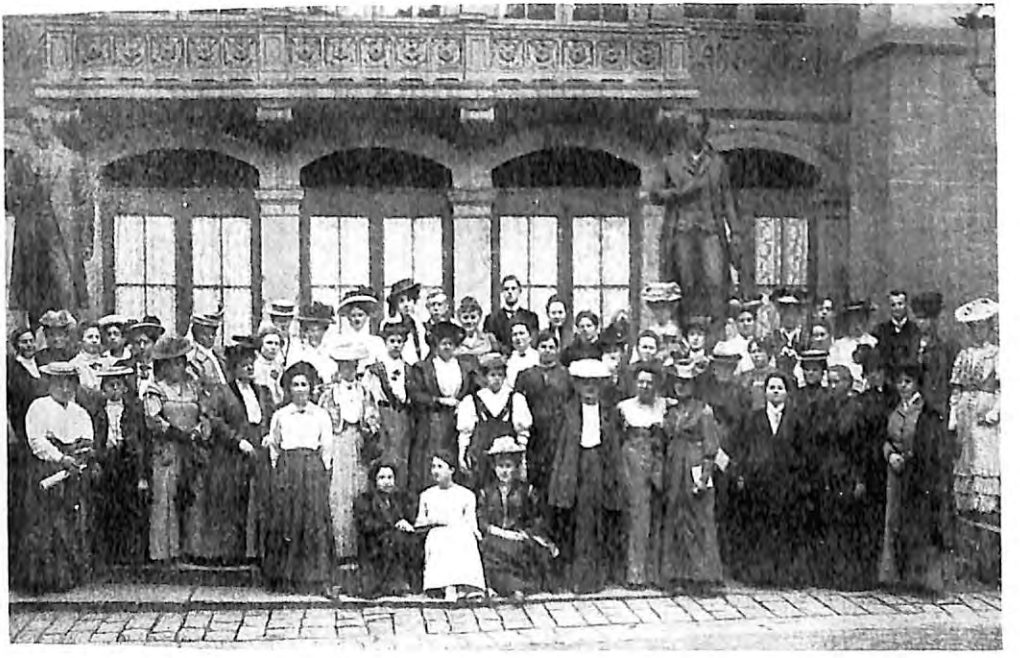
Parteischule der deutschen Sozialdemokratie, 1908. Stehend v. l. n. r. die Lehrer: Anton Heinemann, Heinrich Schulz, Kurt Rosenfeld, Rosa Luxemburg, August Bebel, Arthur Stadthagen, Heinrich Cunow, Franz Mehring, Emanuel Wurm; auf der zweiten Bank links: Wilhelm Pieck



Die Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Büros, 1907



Clara Zetkin



Die Teilnehmerinnen der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Stuttgart, 1907

Militarismus und Antimilitarismus

unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung

von

Dr. Karl Liebknecht



Leipzig 1907

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Titelblatt der Arbeit Karl Liebknechts



Karl Liebknecht beim Verlassen des Reichsgerichtes, 1907



Spendenpostkarte zur Linderung der Wohnungsnot in Berlin, entworfen von Käthe Kollwitz, 1912



Heinrich Zille
geißelt die Wohnungsnot
der werktätigen Bevölkerung
Berlins

„Wollt ihr von die Blumen weg,
spielt mit'n Müllkasten!"



„Die Schlafstelle is für een,
der det nachts arbeet
und am Tage schläft;
wir hab'n bloß det eene Bette!"

ten Deutschlands wurden gerade die Jugendlichen die zuverlässigsten Kampfgefährten der deutschen Linken.

Karl Liebknecht forderte in seiner Schrift, jede Möglichkeit der Agitation, auch innerhalb der Armee, zu nutzen. Nachdrücklich wies er darauf hin, daß die Arbeiterklasse in ihrem antimilitaristischen Kampf den Widerspruch, der zwischen der Bewaffnung großer Teile der Bevölkerung und der zunehmenden Volksfeindlichkeit des Militarismus besteht, auszunutzen lernen muß. Er begründete, daß der Kampf um den Frieden untrennbarer Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse für den Sozialismus ist. Karl Liebknecht argumentierte auch gegen die Ansichten der Anarchisten, die den Militärstreik gewissermaßen „aus der blauen Luft hervorzaubern" wollten und auf die Bedingungen des Kampfes keine Rücksicht nahmen.

Sein Werk ist vom Geist des proletarischen Internationalismus und den Ideen des Kampfes für den Frieden durchdrungen, es ist eine Kampfansage gegen die herrschende Klasse sowie gegen den Opportunismus in den Reihen der Sozialdemokratie. Karl Liebknecht schrieb: „Schwächung des Militarismus heißt Förderung der Möglichkeiten friedlich organischer Fortentwicklung oder wenigstens Einschränkung der Möglichkeiten gewaltsamer Zusammenstöße; sie heißt aber weiter und vor allem Gesundung, Auffrischung des politischen Lebens, des Parteikampfes. Schon der rücksichtslose und systematisierte Kampf an und für sich gegen den Militarismus führt zur revolutionären Befruchtung und Kräftigung der Partei, ist ein Jungborn revolutionären Geistes."[146]

Die Orientierung der Massen auf den Kampf gegen den Militarismus, das wichtigste Instrument des aggressiven deutschen Imperialismus, und der überzeugende Nachweis, wo der Todfeind der Nation steht und wie er überwunden werden kann, hatte große nationale und internationale Bedeutung. Diese noch heute aktuelle Arbeit Karl Liebknechts mit ihrem revolutionären antimilitaristischen Kampfprogramm stellte eine wichtige Bereicherung des Marxismus dar. Sie gab Antwort auf die Frage nach der Rolle des antimilitaristischen Kampfes im Ringen des Proletariats um die Eroberung der politischen Macht. Sie ist eines der hervorragendsten Dokumente aus den Reihen der deutschen Linken im Kampf um die Befreiung des deutschen Volkes von Milita-

146 Karl Liebknecht: Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung. In: Ebenda, S. 440.

rismus und Imperialismus.[147] In vielen Fragen kam Karl Liebknecht in seiner Schrift zu ähnlichen Schlußfolgerungen wie W. I. Lenin 1908 in seinem Artikel „Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie".

Karl Liebknecht hatte die empfindlichste Stelle des deutschen Imperialismus getroffen. Sofort richtete sich gegen ihn der Haß der Reaktion. Bereits am 17. April 1907, wenige Wochen nach Erscheinen der ersten Auflage der Schrift, ordnete der preußische Kriegsminister ihre Beschlagnahme und die Strafverfolgung Karl Liebknechts an.

Im August 1907 tagte in Stuttgart einer der bedeutendsten internationalen Sozialistenkongresse, an dem 884 Delegierte aus 25 Ländern teilnahmen. Zum ersten Mal war auch W. I. Lenin anwesend. Der deutschen Delegation gehörten 289 Mitglieder an. Die Hälfte davon waren Vertreter der freien Gewerkschaften. Die linken Kräfte befanden sich in der Minderheit. Im Unterschied zu früheren Kongressen waren die Vertreter Deutschlands diesmal in den meisten Fragen und Kommissionen die Wortführer des Opportunismus. „Dadurch hat sich aber die Vertretung der deutschen Arbeiterschaft gerade auf dem ersten auf deutschem Boden abgehaltenen Kongreß der Internationale der geistigen Führerschaft entschlagen", schrieb Clara Zetkin wenige Tage danach und zog als bittere Lehre: „Nicht durch die reichsten Kassen, nicht durch die zahlreichsten Wählermassen, nicht durch die stärksten Organisationen allein, so hochwichtig diese sind, behält man die Stellung des Vordertrupps im internationalen Sozialismus: die klarste, revolutionärste Position im großen Meinungskampf der Gegenwart gehört unbedingt auch dazu."[148]

Zur Debatte standen auf dem Kongreß vor allem Fragen des Kampfes gegen die imperialistische Kolonial- und Kriegspolitik.

Nach heftigen Auseinandersetzungen verurteilte der Kongreß mit 127 gegen 108 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen jegliche Kolonialpolitik als Ausplünderungs- und Gewaltpolitik. Die Resolution verpflichtete die internationale Sozialdemokratie, unversöhnlich gegen die Unterdrückung fremder Völker und für die nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung eines jeden Landes zu kämpfen. Damit wurden auch Eduard Bernstein und Eduard David entschieden zurückgewiesen, die zusammen mit dem Holländer Henri van Kol um die Aner-

147 Dokument Nr. 25.

148 Clara Zetkin: Der Internationale Sozialistenkongreß zu Stuttgart. In: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I, S. 365.

kennung „sozialistischer" Kolonialpolitik und „positiver Reformarbeit" in den Kolonien bemüht gewesen waren.

In der deutschen Sozialdemokratie war die Stellung zur Kolonialfrage von Anfang an sehr umstritten. Sie wurde auch nach dem Stuttgarter Kongreß nicht völlig geklärt. Vor allem wurde die Diskussion nie auf die prinzipielle Frage des gemeinsamen Kampfes mit den vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten Kolonialvölkern für ihre Befreiung und nationale Selbstbestimmung ausgedehnt. Die Kolonialdebatten in der deutschen Sozialdemokratie brachten zwar den Revisionisten nie einen solchen Sieg, daß Parteitagsbeschlüsse in ihrem Sinne zustande kamen. Aber Revisionisten wie Eduard Bernstein, Eduard David, Gustav Noske, Ludwig Quessel und Albert Südekum traten immer unverhüllter für die Verteidigung der Kolonialpolitik ein, die nach ihrer Meinung die rasche Entwicklung des Kapitalismus und die Interessenharmonie von Bourgeoisie und Proletariat fördere. Dadurch unterstützten sie die chauvinistische Propaganda des deutschen Imperialismus und trugen wesentlich zur Verbreitung imperialistischer Ideologien bei.

Nur die revolutionären Kräfte in der deutschen Sozialdemokratie kämpften konsequent im Sinne des Stuttgarter Beschlusses gegen die imperialistische Kolonialpolitik und für die Festigung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse. Sie waren Gegner der Unterdrückung fremder Völker und erkannten den ursächlichen Zusammenhang zwischen Kolonialpolitik und Krieg im Imperialismus. Julian Marchlewski schrieb später treffend: „Die Einbildung, Kolonialpolitik treiben, aber ihre gewaltsamen Methoden beseitigen zu können, ist nicht ernst zu nehmen. Das ist ebensowenig möglich, wie das Proletariat abzuschaffen, jedoch den Kapitalismus erhalten zu wollen."[149]

Julian Marchlewski war als polnischer Marxist ein enger Kampfgefährte Rosa Luxemburgs und lebte seit 1896 in Deutschland. Er war am 17. Mai 1866 in Włocławek in Polen geboren worden, war von Beruf Färber und hatte in der Schweiz Nationalökonomie studiert. Als ständiger Mitarbeiter der „Leipziger Volkszeitung" und anderer deutscher sowie auch polnischer sozialdemokratischer Zeitungen war er vorwiegend journalistisch tätig und wurde in der deutschen Arbeiterbewegung unter seinem Decknamen Karski bekannt. Julian March-

149 Julian Marchlewski (J. Karski): Imperialismus oder Sozialismus?, Berlin 1960, S. 29.

lewski gehörte zu den Begründern und führenden Vertretern der Sozialdemokratischen Partei des Königreichs Polen und Litauens und nahm als Delegierter der polnischen Arbeiter an den wichtigsten Kongressen der II. Internationale teil.

Das bedeutendste Ergebnis des Stuttgarter Kongresses für die Strategie und Taktik der sozialistischen Parteien im Kampf gegen den imperialistischen Krieg war die Resolution zum Tagesordnungspunkt: Der Militarismus und die internationalen Konflikte. Für die Resolution hatte die entsprechende Kommission des Kongresses viele Vorschläge erhalten. Als Grundlage wurde August Bebels Entwurf genommen. Er bezeichnete im marxistischen Sinne den Kapitalismus als Ursache für Militarismus und Krieg. Die Aufgaben der Arbeiter im Kampf gegen den drohenden Krieg waren im Entwurf jedoch zu allgemein gehalten, orientierten zu einseitig auf die parlamentarische Tätigkeit und berücksichtigten zu wenig die Erfordernisse der neuen Epoche. Rosa Luxemburg unterbreitete deshalb in Stuttgart Zusatzanträge, die sie zusammen mit W. I. Lenin und L. Martow eingereicht hatte.[150] Ihre Anträge „besagten 1., daß der Militarismus ein Hauptwerkzeug der Klassenunterjochung ist, verwiesen 2. auf die Aufgabe der Agitation unter der Jugend und betonten 3. die Aufgabe der Sozialdemokratie, nicht nur gegen den Ausbruch von Kriegen oder für die rasche Beendigung bereits ausgebrochener Kriege zu kämpfen, sondern auch die durch den Krieg herbeigeführte Krise auszunutzen, um den Sturz der Bourgeoisie zu beschleunigen"[151].

In der vom Kongreß einstimmig angenommenen Resolution hieß es nach Berücksichtigung dieser Vorschläge: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise

150 Dokument Nr. 29.

151 W. I. Lenin: Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart. In: Werke, Bd. 13, S. 72.

zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."[152]

Diese Resolution besaß programmatischen Charakter. Zum ersten Male wurden in ihr die Prinzipien der internationalen Arbeiterbewegung für den Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und imperialistischen Krieg nach Eintritt in die Epoche des Imperialismus formuliert. Auf der Grundlage einer Analyse der inzwischen eingetretenen Veränderungen der Lage in der Welt enthielt die Stuttgarter Resolution jene Aufgaben, die vor der Arbeiterklasse stehen würden, sobald eine revolutionäre Situation eintrat. Clara Zetkin unterstrich die Bedeutung der Resolution für Deutschland, wo sich die Sozialdemokratie bisher vorrangig auf den parlamentarischen Kampf orientiert hatte, besonders klar, indem sie den in der Resolution aufgestellten Grundsatz der proletarischen Taktik hervorhob: die Veränderlichkeit der Taktik, ihre Entwicklungsfähigkeit und ihre mit dem Reifen der Verhältnisse erforderliche Zuspitzung. In Anbetracht der drohenden Weltkriegsgefahr rief die Stuttgarter Resolution die Parteien auf, sich nicht nur einseitig auf parlamentarische Kampfmittel zu orientieren, sondern alle, auch die außerparlamentarischen, anzuerkennen. Das hieß vor allem, noch besser als bisher die Erfahrungen der Revolution in Rußland zu berücksichtigen und den Marxismus und die revolutionäre Kampftaktik schöpferisch weiterzuentwickeln. Die Partei und die Volksmassen sollten auf den Kampf für das sozialistische Endziel so systematisch vorbereitet werden, daß sie die Fähigkeit erwarben, die durch einen Krieg entstehende Krise zum Sturz der Bourgeoisie auszunutzen.

Diese klare und konkrete Aufgabenstellung, die von den darauffolgenden internationalen Sozialistenkongressen in Kopenhagen 1910 und Basel 1912 bekräftigt wurde, war vor allem das Verdienst W. I. Lenins, der während des Kongresses mit den hervorragendsten Vertretern der revolutionären Kräfte die Grundsätze und die Taktik für ihre Haltung auf dem Kongreß besprochen hatte. Das Ergebnis des Stuttgarter Kongresses bewies, daß Rosa Luxemburg ebenso wie Karl Liebknecht und viele ihrer Kampfgefährten in der Lebensfrage der Völker mit W. I. Lenin völlig übereinstimmten und mit ihm gemeinsam für ein konsequentes antiimperialistisches Programm der internationalen Arbeiterbewegung kämpften.

152 Die revolutionäre Arbeiterbewegung im Kampf um den Frieden 1848 bis 1964. Dokumente, Berlin 1964, S. 25/26. – Dokument Nr. 28.

Vorbehaltlos und begeistert stellte sich die erste internationale Jugendkonferenz, die im Anschluß an den Sozialistenkongreß in Stuttgart tagte und zur Gründung der Sozialistischen Jugendinternationale führte, auf Empfehlung Karl Liebknechts hinter die Stuttgarter Resolution zur Bekämpfung des Militarismus. Die Delegierten ehrten Karl Liebknecht als einen der besten und entschiedensten Kämpfer gegen Militarismus und Kriegsvorbereitung, indem sie ihn als Vorsitzenden des internationalen Jugendbüros an die Spitze der internationalen Jugendbewegung stellten. Die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz, die zur gleichen Zeit wie der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart tagte, beschloß, in Deutschland eine internationale Zentralstelle zu schaffen, und erklärte „Die Gleichheit" zum Publikationsorgan der internationalen proletarischen Frauenbewegung. Clara Zetkin wurde Sekretärin des Internationalen Frauensekretariats.

Wenige Wochen nach dem Stuttgarter Sozialistenkongreß, vom 15. bis 21. September 1907, fand der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Essen statt. Den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen bildete die Stellung der Partei zum Krieg und zur Kolonialfrage. Der Parteitag faßte jedoch keine Beschlüsse für die systematische Auswertung des Stuttgarter Kongresses und unternahm nichts gegen die zunehmende revisionistische Gefahr, die besonders im provokatorischen Auftreten Gustav Noskes sichtbar wurde. Gustav Noske bekannte sich unverhohlen zur „Vaterlandsverteidigung", zur Verteidigung des imperialistischen Klassenstaates. Revisionisten wie Eduard David, Albert Südekum und Georg von Vollmar traten sofort auf seine Seite und rückten damit in aller Öffentlichkeit von der Stuttgarter Resolution ab. Darin zeigte sich, daß die Zustimmung zu Resolutionen der Internationale, wie in Stuttgart durch alle 289 deutschen Vertreter, für viele Opportunisten nur noch ein formaler Akt war, mit dem sie jedoch bei den Massen falsche Vorstellungen von der Geschlossenheit und Kraft der II. Internationale erweckten. Unter Berufung auf eine sogenannte Freiheit der Selbstbestimmung für die einzelnen Parteien verletzten die Opportunisten schon kurze Zeit später die internationalistischen Verpflichtungen.

Gustav Noske hatte im April 1907 unter dem Einfluß des nationalistischen Rummels während der Reichstagswahlen im Reichstag erklärt, die Sozialdemokratie erkenne die „Friedens"politik der Regierung an und werde sich im Ernstfalle von keiner Klasse im „Patriotis-

mus" übertreffen lassen.[153] „‚Wir wünschen, daß Deutschland möglichst wehrhaft ist.' So schließt ein Sozialdemokrat eine Rede!" empörte sich Karl Liebknecht. „In der ganzen Rede Noskes kommt nicht mit einem Worte der Klassenkampfcharakter der Sozialdemokratie zum Ausdruck ... Nicht eine Silbe von internationaler Solidarität, als ob die Aufgaben der Sozialdemokratie an den schwarzweißroten Grenzpfählen aufhörten! Die ganze Rede ist ein fortgesetztes Betonen unseres Patriotismus in einer Art Hurrastimmung."[154]

In dieser Zeit der Zuspitzung des Klassenkampfes besonders auch auf ideologischem Gebiet war es dringend geboten, Klarheit über das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Nation zu schaffen. Die historische Verantwortung der Arbeiterklasse hatte sich mit dem Übergang Deutschlands zum Imperialismus außerordentlich erhöht, da die nationale Befreiung des deutschen Volkes von der Herrschaft des Imperialismus und Militarismus völlig mit dem sozialen Befreiungskampf der Arbeiterklasse verschmolz. Der Sturz der imperialistischen und militaristischen Kräfte war zur Lebensfrage für die deutsche Nation geworden, und die Arbeiterklasse war die einzige historische Kraft, die die Widersprüche der neuen Epoche im Sinne der ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen lösen konnte. Daher wurde das Ringen der deutschen Arbeiterklasse um die Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes zu einem untrennbaren Bestandteil ihres Kampfes für die sozialistische Revolution. Ihr Kampf gegen die antinationale Katastrophenpolitik des deutschen Imperialismus und Militarismus entsprach dem Interesse aller Schichten des Volkes an einer friedlichen und demokratischen Entwicklung der ganzen Nation und erforderte deshalb auch das Bündnis mit allen Werktätigen. Indem die Arbeiterklasse konsequent gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg kämpft, dabei das Bündnis mit allen Werktätigen festigt, die politische Macht erobert und die Produktivkräfte von den Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse befreit, rettet sie die Nation vor ihren Verderbern und schafft die entscheidenden Voraussetzungen dafür, daß die Nation als sozialistische Nation einer neuen Blüte entgegengehen kann.

Die Bereitschaftserklärung Gustav Noskes zur Verteidigung des Vaterlandes im imperialistischen Sinne diente dem gesteigerten Na-

153 Dokument Nr. 26.

154 Karl Liebknecht: Gegen die opportunistische Haltung Noskes. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. II, Berlin 1960, S. 67/68.

tionalismus der herrschenden Klassen, mit dem sie dem objektiv wachsenden Einfluß der Arbeiterklasse und den zunehmenden Erfolgen der deutschen Sozialdemokratie entgegenwirken und ihre imperialistischen Kriegsabsichten verschleiern wollten. Die fortgeschrittensten Kräfte in der deutschen Sozialdemokratie erkannten die Gefährlichkeit des Einschwenkens von Opportunisten auf die nationalistische Propaganda. Sie begegneten ihm mit der konsequenten Verteidigung des proletarischen Internationalismus, der den wahrhaft revolutionären Patriotismus im Sinne des historischen Fortschritts der Nation einschließt. Clara Zetkin erklärte auf dem Essener Parteitag: „Wir wollen nichts verheimlichen, wir wollen keine Zweifel darüber lassen, daß zwischen unserem Patriotismus und dem Patriotismus der herrschenden Klassen nicht ein Unterschied des Grades, sondern ein Unterschied des Wesens besteht. Der Patriotismus der herrschenden Klassen ist konservativ, ist reaktionär; er hat nur ein Ziel: diesen Klassen das Vaterland als Domäne der Klassenausbeutung und Klassenherrschaft zu erhalten und diese Klassenausbeutung über die Landesgrenzen hinaus auf das Proletariat anderer Länder auszudehnen. Der Patriotismus des Proletariats ist dagegen revolutionär. Er geht von der Auffassung aus, daß das Vaterland erst im Kampfe gegen den inneren Feind, die bürgerliche Klassenherrschaft, erobert werden, daß es umgewälzt werden muß, um ein Vaterland für alle zu sein. Schauen wir dem ins Gesicht, was die bürgerliche Auffassung Vaterland nennt. Es ist der moderne bürgerliche Nationalstaat. Wir verkennen absolut nicht die wichtige historische Bedeutung, welche der moderne Nationalstaat auch für die Führung des proletarischen Klassenkampfes hat ... Wir vergessen aber auch nicht, daß der gegenwärtige Nationalstaat der kapitalistische Klassenstaat ist, der seine Vorteile und Segnungen in erster Linie den ausbeutenden, herrschenden Klassen vorbehält. Das Proletariat ... empfängt die nationalen Segnungen nicht kraft der mystischen Natur des Vaterlandes selbst und dank der vaterländischen Gesinnung der herrschenden Klassen, die ihre nationale Verwandtschaft mit dem Bruder Arbeiter entdecken, wenn sie seiner bedürfen ... Nur im Klassenkampf allein wird ihm das Vaterland zuteil, das auch ihm teuer ist."[155] In der „Gleichheit" hatte Clara Zetkin bereits vor dem Parteitag Aufsätze veröffentlicht, in denen sie wichtige Erkenntnisse über die nationalen Bedingungen des proletarischen

155 Clara Zetkin: Bürgerlicher und proletarischer Patriotismus. In: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I, S. 368/369.

Klassenkampfes vermittelte, deren Bedeutung mit der zunehmend ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Staaten ständig wuchs.

In heftigem Streit mit Eduard David, Gustav Noske, Albert Südekum und Georg von Vollmar äußerten sich auf dem Essener Parteitag außer Clara Zetkin auch Georg Ledebour, Paul Lensch, Karl Liebknecht und Arthur Stadthagen grundsätzlich zum Militarismus und Antimilitarismus, zum Patriotismus und Internationalismus und zum Recht auf Kritik am opportunistischen Verhalten sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. Sie traten im Geiste der marxistischen Auffassungen der Linken auf und verteidigten die Beschlüsse des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart. In ihren Auseinandersetzungen mit den nationalistischen Auffassungen und dem herausfordernden Verhalten Gustav Noskes und seiner Verteidiger enthüllten sie den Wesensunterschied zwischen dem bürgerlichen Chauvinismus und dem proletarischen Patriotismus. Weiterhin forderten sie die Wahrung der revolutionären Prinzipien der Sozialdemokratie und die Berücksichtigung der seit einigen Jahren vor sich gehenden gesellschaftlichen Veränderungen in Europa.

August Bebel verteidigte Gustav Noske, bezeichnete dessen Reichstagsrede als eine im ganzen gute Rede und gab jenen in der Diskussion recht, die die Forderung der deutschen Linken nach Wahrung der revolutionären Prinzipien der Partei in der Stellung zum Militarismus und bürgerlichen Hurrapatriotismus als Selbstverständlichkeiten abtaten, deren Wiederholung sich für Abgeordnete erübrige. August Bebels Stellungnahme entsprang weder einer besonderen Sympathie für Gustav Noske noch einer Übereinstimmung in den Grundauffassungen mit ihm. „Freund ist mir Bebel nie geworden", schrieb Gustav Noske später selbst.[156] Zwei Wochen vor dem Parteitag hatte ihm August Bebel mitgeteilt: „Ich will hierbei nicht verschweigen, daß es eine Zeit gab, wo ich auf Ihre Entwicklung hoffte. Ich muß erklären, daß diese Hoffnung getäuscht wurde." Und nach dem Parteitag, am 7. Oktober 1907, bezeichnete August Bebel ihn als „einen Mann, dem wesentliche Eigenschaften fehlen, die er als Führer des Proletariats haben sollte"[157]. Die Ursache der fehlerhaften Haltung August Bebels

156 Gustav Noske: Aufstieg und Niedergang der deutschen Sozialdemokratie. Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Zürich 1947, S. 32.

157 August Bebel an Gustav Noske, 2. September u. 7. Oktober 1907. In: Ebenda, S. 28 u. 32.

gegenüber Gustav Noske auf dem Essener Parteitag lag darin, daß August Bebel das Wesen des Imperialismus nicht richtig erkannte und aus den neuen Kampfbedingungen im 20. Jahrhundert nicht die erforderlichen Schlußfolgerungen für die Partei und ihre Strategie und Taktik zu ziehen vermochte. Das ist auch der Grund, weshalb August Bebel an der Taktik des vorrangig parlamentarischen Kampfes gegen den bestehenden Staat und den Militarismus festhielt, die von der Sozialdemokratie unter seiner Führung bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts mit großem Erfolg angewandt worden war. Die antimilitaristische Konzeption Karl Liebknechts und dessen Forderungen nach Einführung neuer Kampfmethoden und -formen verstand August Bebel nicht. In banger Sorge um eine revolutionäre Einheit der Partei sah er vor allem auch nicht immer, daß gegen den Opportunismus mit aller Konsequenz gekämpft werden mußte. Hinzu kam, daß er weiterhin mit der Möglichkeit eines Verteidigungskrieges rechnete, obwohl das imperialistische Deutschland inzwischen die raubgierigste und aggressivste Macht in Europa geworden war.

„Wir müssen beispielsweise Bebel selbstverständlich kritisieren", schrieb W. I. Lenin 1907. „Aber man muß dabei zugleich betonen, daß dies Fehler eines Menschen sind, mit dem wir denselben Weg gehen, Fehler, die nur auf diesem marxistischen, sozialdemokratischen Weg zu korrigieren sind."[158]

Die Revisionisten nutzten die Schwächen August Bebels aus und gaben vor, August Bebels unumstößlichen proletarischen Klassenstandpunkt und seine absolute Feindschaft gegen Militarismus, Imperialismus und imperialistischen Krieg zu teilen. Ohne jeden offiziellen Widerspruch konnte Albert Südekum am Ende der Debatte des Essener Parteitages über Gustav Noskes Auftreten höhnisch bemerken, daß der Aufwand der langen Diskussion über die Rede eines einzelnen Abgeordneten in keinem Verhältnis zur Bedeutung des Objektes gestanden habe. Albert Südekum erklärte: „Unsere Stellung zum Militarismus ist heute genau so, wie sie gestern war und wie sie war, als Noske seine Rede gehalten hat... Sie haben aus der Rede von Bebel klar und deutlich gehört, daß keine Furcht zu bestehen braucht, als seien Strömungen vorhanden, die dem Kampf gegen den Militarismus auch nur die allermindeste Abschwächung zuteil werden

158 W. I. Lenin an A. W. Lunatscharski, zwischen dem 2. u. 11. November 1907. In: Werke, Bd. 34, Berlin 1963, S. 358 u. 359.

lassen wollen. Aber wir lehnen auch heute grundsätzlich die Liebknechtschen Ansichten und Anregungen ab."[159]

Die prinzipielle Ablehnung von Gustav Noskes Auftreten durch viele Diskussionsredner wurde vertuscht, Karl Liebknechts revolutionärer Antimilitarismus, Clara Zetkins ausgezeichnete Darlegungen über den Patriotismus und Paul Lensch Ausführungen zu Rußlands Verlust der Weltgendarmenrolle wurden als „Theoretisiererei", „Phantasterei" und „Binsenwahrheit" herabgewürdigt und für undiskutabel erklärt. Auf diese Weise bereiteten Revisionisten und Zentristen den Boden für den Mehrheitsbeschluß des Parteitages gegen den Antrag des Sozialdemokratischen Vereins Kiel, den einzigen Antrag gegen Gustav Noskes Rede, der gefordert hatte, bei „Beratung des Militäretats sind nur solche Fraktionsredner zu bestimmen, die die völlige Garantie dafür bieten, daß sie entschieden Stellung gegen den Militarismus nehmen und im Sinne der Resolution des Internationalen Kongresses in Stuttgart"[160].

Die Mehrheit des Parteitages billigte unter der Regie von Revisionisten und Zentristen die Haltung Gustav Noskes im Falle eines Krieges gegen Rußland. Sie erlag der Demagogie jener Kräfte, die Karl Marx' und Friedrich Engels' Stellungnahme zu Rußland und jene in der deutschen Sozialdemokratie weitverbreitete Ansicht aus dem 19. Jahrhundert mißbrauchten, derzufolge ein nationaler Verteidigungskrieg gegen Rußland möglich sei. Auch August Bebel vertrat diese Ansicht. Die Revisionisten verschwiegen aber, daß August Bebel niemals für eine „Vaterlandsverteidigung" im imperialistischen, im chauvinistischen Sinne eingetreten war. Eindeutig hatte er den deutschen Imperialisten und Militaristen zum Beispiel 1904 im Reichstag entgegengerufen, daß die Arbeiterklasse das Vaterland gegen einen eventuellen Angreifer verteidigen werde, aber „nicht Ihnen, sondern uns zuliebe, selbst meinetwegen Ihnen zum Trotz!"[161]

Während im 19. Jahrhundert tatsächlich noch unter bestimmten Bedingungen ein nationaler Verteidigungskrieg Deutschlands gegen den

159 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Essen vom 15. bis 21. September 1907, Berlin 1907, S. 264.

160 Ebenda, S. 174.

161 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, XI. Legislaturperiode, I. Session, erster Sessionsabschnitt 1903/1904, Zweiter Band, Berlin 1904, S. 1588.

russischen Zarismus, das damalige Hauptbollwerk der europäischen Reaktion, möglich gewesen wäre, konnte es mit dem Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium zwischen den Großmächten in Europa damals nur noch einen allseitig imperialistischen Krieg geben. Nicht mehr der russische Zarismus, sondern der deutsche Imperialismus war jetzt die aggressivste, die Völker am meisten bedrohende Macht in Europa. Zudem hatten die Niederlage des zaristischen Rußlands im Russisch-Japanischen Krieg und die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland wesentlich dazu beigetragen, daß der Zarismus seine Rolle als Gendarm Europas endgültig ausgespielt hatte. Einzig wahre Vaterlandsverteidigung konnte in Deutschland seit dem Beginn der Epoche des Imperialismus deshalb nur noch der Kampf gegen den Feind im eigenen Land, gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus, sein.

Der Vorstoß der Revisionisten und das Ergebnis der Auseinandersetzungen auf dem Essener Parteitag deuteten darauf hin, daß sich die Gegensätze zwischen den beiden Klassentendenzen in der deutschen Arbeiterbewegung angesichts der zunehmenden imperialistischen Kriegsvorbereitungen außerordentlich verstärkten und daß sich der Zentrismus ausbreitete.

Diese Entwicklung innerhalb der Arbeiterbewegung ging Hand in Hand mit den zunehmenden Verfolgungen, denen die Führer der deutschen Linken, die wahren Verteidiger der nationalen Interessen, durch die herrschende Klasse ausgesetzt waren. Im Oktober 1907 zerrte sie Karl Liebknecht vor das Reichsgericht. Die imperialistische Klassenjustiz beschuldigte ihn wegen seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus" des Hochverrats. Karl Liebknecht war jedoch durch die Demagogie der Anklage und die rohe Gewalt dieses Terroraktes nicht einzuschüchtern. Der Angeklagte wurde vor Gericht zum mutigen Ankläger gegen den preußisch-deutschen Militarismus. Überzeugend wies er nach, daß nicht er und mit ihm die deutsche Arbeiterklasse die Nation verraten hatten, sondern daß die Politik der Imperialisten und Militaristen eine ununterbrochene Kette des Verrats an den nationalen Interessen war.

Das bourgeoise Racheurteil lautete auf einundeinhalb Jahre Festung. Eine Welle der Empörung erfaßte viele Arbeiter, darunter eine große Anzahl Jugendliche, in ganz Deutschland. August Bebel stellte sich wider alle opportunistischen Spekulationen und Verleumdungen vorbehaltlos an Karl Liebknechts Seite. Karl Liebknecht werde seinen

Weg gehen, erklärte August Bebel, und schrieb ihm: „Wir brauchen tüchtigen Nachwuchs. Leider ist derselbe sehr rar. Du bist der einzige, auf den ich meine Hoffnung setze."[162] Dieser Brief läßt die innige Verbundenheit und Kampfgemeinschaft erkennen, die zwischen den revolutionären Marxisten August Bebel und Karl Liebknecht trotz einiger unterschiedlicher Auffassungen bestand. Er straft jene Lügen, die die Gemeinsamkeiten zwischen August Bebel und den deutschen Linken leugnen und behaupten, Bebel sei ein „Einzelführer" gewesen, der es nicht verstanden habe, Nachwuchs heranzuziehen.

Im Herbst 1907 erschütterte erneut eine von den USA ausgehende Wirtschaftskrise die kapitalistischen Staaten und verschlimmerte für die Arbeiterklasse und alle werktätigen Schichten die Auswirkungen der imperialistischen Rüstungswirtschaft.[163] Obwohl diese Krise etwas „milder" war als die von 1900 bis 1903, ging die deutsche Industrieproduktion spürbar zurück. So verringerte sich die Roheisenproduktion von 12,8 Millionen t im Jahre 1907 auf 11,8 Millionen t im Jahre 1908. Der deutsche Warenabsatz stockte nicht nur auf dem nationalen, sondern auch auf dem internationalen Markt.

Arbeitslosigkeit griff um sich, die Löhne sanken, und die Lebenshaltungskosten stiegen. Gleichzeitig stärkte die Krise die wirtschaftliche und politische Macht der Monopole und Banken. Die Konzentration der Produktion und des Kapitals nahm zu. Die AEG verfügte 1907 über ein Aktienkapital von 100 Millionen Mark und kontrollierte durch die Beherrschung anderer Gesellschaften 800 Millionen Mark. Ein Ergebnis der Krise war, daß die AEG sich im Jahre 1910 die Felten & Guilleaume-Lahmeyer-AG unterwarf. In der Chemieindustrie war der Konzentrationsprozeß so weit vorgeschritten, daß sich 1908 die letzte Großfirma dem Druck der Monopole beugen mußte.

Auch im Bankwesen schritt der Monopolisierungsprozeß weiter fort. Ende 1909 verwalteten neun Berliner Großbanken 11,276 Milliarden Mark, das heißt rund 83 Prozent des gesamten deutschen Bankkapitals, das immer stärker mit dem Industriekapital zum Finanzkapital verschmolz. Die Repräsentanten dieser Finanzoligarchie übten den bestimmenden Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik des Deutschen

162 August Bebel an Karl Liebknecht, 10. November 1908. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Sonderheft anläßlich des 15. Jahrestages der Gründung der SED, 1961, S. 255. – Dokument Nr. 33.

163 Dokument Nr. 34.

Reiches aus. Sie waren es, die um ihrer Profite willen die Rüstungsausgaben weiter in die Höhe trieben und die nationalistische Verhetzung des deutschen Volkes schürten. Allein 1908 diente die Hälfte aller Staatseinnahmen der Finanzierung der Aufrüstung. Im gleichen Jahr beschloß der Reichstag eine neue Flottennovelle, durch die die Zahl der zu bauenden Linienschiffe für die Jahre 1908 bis 1912 fast verdoppelt werden sollte. Landheer und Flotte zusammen verschlangen 1908 rund 1,25 Milliarden Mark. Die Verschuldung des preußisch-deutschen Staates nahm infolge dieser Politik ständig zu. Es bedurfte immer neuer Methoden, um die Massen für den Militarismus auspressen zu können. So forderte die Regierung unter dem Vorwand einer „Reichsfinanzreform" Ende 1908 zusätzlich jährlich 500 Millionen Mark, die zu vier Fünfteln durch neue indirekte Steuern aufgebracht werden sollten.

Die Arbeiterklasse wehrte sich energisch gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lebenslage durch die steigenden Rüstungslasten. In fast 7000 Kämpfen streikten 1907 bis 1909 über eine halbe Million Arbeiter, 1907 zum Beispiel die Bauarbeiter in Berlin und die Seeleute der Ost- und Nordseehäfen und 1908 die Bergarbeiter an Saar und Mosel und die Werftarbeiter im Gebiet von Stettin. Auch für den Generalstreik der schwedischen Arbeiter im Jahre 1909 fanden viele Solidaritätskundgebungen statt.

Die Imperialisten waren bei ihren verstärkten Kriegsvorbereitungen vor allem auch darauf bedacht, die Verbreitung der sozialistischen Auffassungen unter der Arbeiterjugend zu unterbinden. Deshalb richteten sie 1908 ihren Angriff besonders gegen die Arbeiterjugendbewegung, die unter dem Einfluß der deutschen Linken erstarkte und sich organisatorisch bereits gefestigt hatte.

In vielen Orten hatten junge Arbeiter und Arbeiterinnen inzwischen nach dem Berliner Beispiel Arbeiterjugendvereine gegründet. Im Februar 1906 hatten sich die süddeutschen Arbeiterjugendvereine zum Verband junger Arbeiter und Arbeiterinnen, Sitz Mannheim, zusammengeschlossen. Auf Anraten Karl Liebknechts hatten die Delegierten von 1500 Jugendlichen norddeutscher Vereine die Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands mit dem Sitz in Berlin gebildet. Ein Jahr später gehörten dieser Vereinigung schon 3789 Mitglieder aus zahlreichen Orten an.

Im April 1908 setzte Bernhard Fürst von Bülow gegen den erbitterten Widerstand der revolutionären Sozialdemokraten das Reichs-

vereinsgesetz durch. Dieses Gesetz beschnitt durch die meisten seiner Paragraphen die demokratischen Rechte des Volkes, vor allem der Arbeiterjugend. Besonders zwei Paragraphen drückten seinen volksfeindlichen Charakter aus: einmal der sogenannte Sprachenparagraph, der für öffentliche Versammlungen nur noch die deutsche Sprache zuließ und damit die elementarsten Rechte der nationalen Minderheiten in Deutschland, der Dänen, Elsässer, Lothringer, Polen und Sorben, einschränkte und revolutionäre Sozialdemokraten aus dem Ausland am öffentlichen Auftreten hindern sollte; zum anderen das Verbot für Jugendliche unter 18 Jahren, politischen Vereinen beizutreten oder politische Versammlungen zu besuchen. Durch das Reichsvereinsgesetz sollte die Arbeiterjugend vor der Ableistung des Militärdienstes von antimilitaristischen und sozialistischen Ideen ferngehalten werden. Vor allem sollte damit das Wirken der deutschen Linken unter der Arbeiterjugend unterbunden werden.

Die Opportunisten hatten aus dem gleichen Grund schon vor dem Reichsvereinsgesetz eine Auflösung der sozialistischen Jugendorganisationen gefordert. Jetzt nutzten sie – und das war wiederum charakteristisch für ihre bürgerliche Klassenposition – das Gesetz für die Verwirklichung dieses Zieles aus. Zuerst auf Geheimberatungen und dann auf Versammlungen und in der Presse fielen sie über die sozialistische Jugendbewegung her und lehnten die antimilitaristische Erziehung der Jugend als „Phantasterei" ab. Auf Betreiben der Opportunisten sprachen sich im Juni 1908 der 6. Gewerkschaftskongreß in Hamburg und im September des gleichen Jahres der sozialdemokratische Parteitag in Nürnberg gegen selbständige Arbeiterjugendorganisationen aus. Es wurden Jugendkommissionen gebildet, in denen zumeist die Opportunisten herrschten, die die Jugend bewußt von der Politik fernzuhalten versuchten und sie einseitig auf Wandern und Spiele orientierten.

Demgegenüber erwiesen sich die deutschen Linken erneut als die besten Führer und Verteidiger der Arbeiterjugend. Karl Liebknecht wandte sich in Briefen aus der Festung Glatz gegen die Auflösung der Jugendorganisationen. Hermann Duncker und Clara Zetkin deckten den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie auf und verteidigten in Wort und Schrift die Interessen der Jugend. Der lebendige Geist des proletarischen Kampfes gegen den Militarismus konnte von den Reformisten nicht überall ausgerottet werden. Unter Einfluß der Linken entstanden in den folgenden Jahren einige Zentren der revolutionären

Jugendbewegung, und zwar besonders in Berlin, Dresden, Jena, Köln, Leipzig, Stuttgart und Weimar. Sie wurden später zum Ausgangspunkt des Antikriegskampfes und einer einheitlichen revolutionären Jugendbewegung in ganz Deutschland.

Infolge des jahrzehntelangen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse für die Gleichberechtigung der Frau war die herrschende Klasse gezwungen, mit dem Reichsvereinsgesetz die staatlichen Beschränkungen für die Teilnahme der Frauen am politischen Leben aufzuheben. Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder stieg seitdem stark an. Von 1908 bis 1914 vergrößerte sie sich von rund 62 000 auf 175 000.

Im Jahre 1908 lehnte die preußische Regierung erneut die Abschaffung des reaktionären Dreiklassenwahlrechts und die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zum preußischen Landtag ab, weil es „dem Staatswohl nicht entsprechen würde". Tausende protestierten in Berlin sowie auch in Braunschweig, Mecklenburg und Sachsen mit Demonstrationen und Kundgebungen gegen diese Provokation.

Bei den Landtagswahlen 1908 erhielt die preußische Regierung die Quittung für ihre volksfeindliche Haltung. Dreiklassenwahlrecht und Wahlterror konnten nicht verhindern, daß erstmalig sieben sozialdemokratische Abgeordnete, unter ihnen Karl Liebknecht, ins preußische Abgeordnetenhaus gewählt wurden. In Sachsen brachte der entschiedene Kampf der Arbeiter 1909 das Dreiklassenwahlrecht für die II. Kammer des Sächsischen Landtages zu Fall. Es mußte durch ein weniger reaktionäres ersetzt werden. Im Gefolge heftiger Auseinandersetzungen über die Reichsfinanzreform zerfiel Mitte 1909 der Bülow-Block. An seine Stelle trat nun ein konservativ-klerikaler, der sogenannte schwarzblaue Block, mit Theobald von Bethmann Hollweg als Reichskanzler.

Zu einer verheißungsvollen Aktion für das politische Recht der Arbeiterklasse auf Koalitionsfreiheit wurde im Herbst 1909 der Mansfelder Bergarbeiterstreik. Er war einer der bedeutendsten Streiks der Vorkriegszeit und richtete sich gegen die eng mit der Staatsgewalt liierten Beherrscher des Mansfeld-Konzerns, die als eine besonders reaktionäre Gruppe der imperialistischen Großbourgeoisie Deutschlands die gesamte Bevölkerung des Mansfelder Reviers in ökonomischer und politischer Abhängigkeit hielten. Die Mehrheit der Bergarbeiter war in den 1890 von den Grubenbaronen gegründeten Verein reichstreuer Mansfelder Berg- und Hüttenleute gepreßt worden. Dem

sozialdemokratischen Einfluß traten die Beherrscher des Mansfelder Reviers mit offenem Terror entgegen. Ausbeutung und Willkür waren in diesem Gebiet infolge noch schwacher gewerkschaftlicher Organisiertheit der Arbeiter besonders zügellos.

Im September 1909 warfen die Direktoren des Mansfeld-Konzerns 45 gewerkschaftlich oder politisch organisierte Arbeiter auf die Straße. Sofort traten etwa 10 000 Bergleute hinter ihre gemaßregelten Kameraden und legten die Arbeit nieder. Sie wurden hervorragend von ihren Frauen unterstützt. Das Mansfelder Revier war bald ein einziges Streikgebiet. Die erschrockenen Konzernherren versuchten vergeblich, die Front der Streikenden zu zerbrechen. Als sie damit keinen Erfolg hatten, riefen sie nach Militär. Der Kommandierende General in Magdeburg, der spätere Reichspräsident Paul von Hindenburg, begab sich selbst in das Streikgebiet. Eine Kompanie war mit dem in der deutschen Armee neu eingeführten Maschinengewehr, Modell 1908, ausgerüstet. Die Militaristen schreckten nicht davor zurück, neue Waffen zuerst gegen den „inneren Feind" aufzubieten. Die Arbeiter ließen sich jedoch nicht provozieren. Militär und Polizei konnten den Streik nicht niederwerfen. Über sechs Wochen hielten die kämpfenden Bergarbeiter durch, unterstützt und getragen von der Solidarität der ganzen deutschen Arbeiterklasse. Erst als der Unternehmerverband über alle Teile Deutschlands die Sperrung von Arbeitskräften aus dem Mansfelder Revier verhängte und die Arbeiter mit schwarzen Listen unter Druck setzte, mußte der Streik abgebrochen werden. Viele Bergarbeiter wurden in den folgenden Wochen gemaßregelt. Aber die Beherrscher des Mansfeld-Konzerns konnten nicht mehr verhindern, daß die Sozialdemokratie und der freigewerkschaftliche Bergarbeiterverband in diesem Ringen um das Koalitionsrecht im Mansfeldischen immer mehr erstarkten.

Mit dem Mansfelder Bergarbeiterstreik, einem Streik, der nicht allein um ökonomische Forderungen, sondern um eines der politischen Grundrechte der Arbeiterklasse geführt wurde, kündeten sich neue Massenkämpfe in Deutschland an.

Das Heranreifen einer politischen Krise in Deutschland 1910 bis 1914. Die Rolle der deutschen Linken im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus, für Demokratie und Frieden. Das weitere Vordringen des Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung

1. Die Massenaktionen der deutschen Arbeiterklasse. Der Kampf der deutschen Linken für die demokratische Republik und die Anwendung des politischen Massenstreiks. Das weitere Vordringen des Zentrismus

Im Herbst 1909 setzte in Deutschland eine Rüstungskonjunktur ein, die in hohem Maße die Macht der deutschen Monopol- und Finanzkapitalisten vergrößerte und die Entwicklung staatsmonopolistischer Tendenzen des Imperialismus beschleunigte. Sie verstärkte die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter und Arbeiterinnen und die soziale Belastung aller werktätigen Schichten des deutschen Volkes. Während die Profite der Kapitalisten 1910 bis 1914 von 1,12 auf 1,76 Milliarden Mark stiegen, erhöhte sich der Reallohn der Arbeiter in diesen Jahren kaum und lag im Durchschnitt unter dem Existenzminimum. „Für die Arbeiterklasse", schrieb Julian Marchlewski, „... ergibt sich die bittere Lehre, daß in der jetzigen Phase der kapitalistischen Produktion auch die ‚fetten Jahre' nur den Unternehmern zugute kom-

men, nicht aber denen, die durch ihrer Hände Arbeit die Werte schaffen."[164]

Die Imperialisten steuerten zur Durchsetzung ihrer Expansionsziele mit allen Mitteln auf einen Krieg zu. In Deutschland reifte eine politische Krise heran, die ihren Ausdruck in Massenkämpfen der Arbeiterklasse fand, in mächtigen Wahlrechts-, Streik- und Antikriegsaktionen. Über 1,5 Millionen Arbeiter beteiligten sich von 1910 bis Mitte 1914 an ökonomischen Kämpfen.

Hunderttausende Arbeiter und Angehörige des Kleinbürgertums demonstrierten in diesen Jahren gegen das reaktionäre Dreiklassenwahlrecht und die zunehmende Kriegsgefahr, die von der herrschenden Klasse Deutschlands über ganz Europa heraufbeschworen wurde.

Die relativ „friedliche" Entwicklung des Kapitalismus, in der es in Deutschland wie in ganz Westeuropa keine revolutionäre Situation gegeben hatte, ging ihrem Ende zu. In allen Ländern häufte sich der Zündstoff, stellte W. I. Lenin fest, so „daß eine Verstärkung der internationalen bürgerlichen Reaktion und eine Zuspitzung jeder einzelnen nationalen Revolution absolut unvermeidlich" wurden.[165]

In den ersten Monaten des Jahres 1910 loderten die Kämpfe gegen das reaktionäre Dreiklassenwahlrecht in Preußen, die ihrem Charakter nach revolutionäre Massenbewegungen für demokratische Verhältnisse in Deutschland waren, stärker auf. Die Wahlrechtsbewegung beschränkte sich nicht auf Preußen. Ähnliche Aktionen fanden in Anhalt, Braunschweig, Bremen, Elsaß-Lothringen, Hessen und Mecklenburg statt. In den süddeutschen Ländern kam es zu Sympathie- und Solidaritätsdemonstrationen. Der Kampf gegen das reaktionäre Wahlrecht war zu einer Kernfrage der politischen Ereignisse im ganzen Reich geworden.

Die Forderung nach einem demokratischen Wahlrecht stand deshalb auch auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Preußens vom 3. bis 5. Januar 1910 in Berlin zur Diskussion. Die Mitglieder der Parteiorganisationen von Berlin VI, von Breslau und von Spandau-Osthavelland verlangten in Anträgen die Anwendung des politischen Massenstreiks im Wahlrechtskampf. Karl Liebknecht unterstützte diese Anträge und erläuterte auf dem Parteitag außerdem seine Leitsätze „Zur Verwaltungsreform in Preußen". Diese Leitsätze und sein Referat gehören zu den wertvollsten Dokumenten des Kampfes der

164 Leipziger Volkszeitung, 4. Januar 1913.

165 W. I. Lenin: Zündstoff in der Weltpolitik. In: Werke, Bd. 15, S. 182.

deutschen Arbeiterklasse für demokratische Verhältnisse in Deutschland. Schon 1907 hatte Karl Liebknecht in einem Brief an Karl Kautsky betont, daß der Wahlrechtskampf mit Notwendigkeit zur Ausweitung des taktischen Gesichtskreises der Partei und zur Einbeziehung von Bundesgenossen aus anderen Bevölkerungskreisen führen müsse, wenn er nicht versanden solle. In diesem Sinne entwickelte er jetzt vor dem Parteitag in Berlin sein bis ins Detail gehendes Kampfprogramm.

Karl Liebknecht, der als hervorragender sozialdemokratischer Rechtsanwalt und Parlamentarier zu den besten Kennern der preußischen Zustände und ihrer Geschichte zählte, enthüllte in aufrüttelnder Rede die Willkürherrschaft der Bürokratie, der Polizei und der Justiz und ihre volksfeindliche Rolle im Dienste des deutschen Imperialismus.

Für wichtige Bereiche des öffentlichen Lebens, vor allem für die Sozialpolitik, die Volksbildung, das Gesundheitswesen, das Wohnungswesen, die Justiz, das Militärwesen und die Rechte der nationalen Minderheiten, unterbreitete er weitgehende Vorschläge, die im Interesse der Mehrheit des deutschen Volkes lagen. Karl Liebknecht forderte zum Beispiel die Einschränkung der Landratswillkür, die Wählbarkeit der Beamten, die Aufhebung der Gesindeordnung und die Trennung von Staat und Kirche. Im Interesse der Breite der demokratischen Bewegung und der Beteiligung anderer Bevölkerungskreise bezog er in seine Vorschläge auch jene Kritik ein, die kleinbürgerliche und linksliberale Vertreter an den preußischen Zuständen übten. Seine Angriffe richteten sich hauptsächlich gegen die absolutistische Gewalt der preußischen Verwaltung und die Machtlosigkeit des Parlaments und gipfelten in der Forderung nach der Volkssouveränität als oberstem Staatsprinzip. Dabei knüpfte Karl Liebknecht an fortschrittliche Traditionen des demokratischen Kampfes aus dem 19. Jahrhundert an. Er stützte sich auf die demokratischen Forderungen des Erfurter Programms der Partei und erweiterte sie im Sinne der Programmkritik Friedrich Engels', wonach die verschiedenen demokratischen Forderungen der Arbeiterbewegung in der Losung der Republik gipfeln müßten, dem nächsten politischen Ziel des proletarischen Befreiungskampfes in Deutschland.

Karl Liebknechts Dokumente zum Parteitag der Sozialdemokratie Preußens sind ein Beweis dafür, daß die Linken in der deutschen Sozialdemokratie Karl Marx' und Friedrich Engels' Kampf für Demo-

kratie konsequent fortsetzten und nicht die Bernsteinianer, wie es viele rechtssozialdemokratische Geschichtsdarstellungen behaupten. Den deutschen Linken gebührt das Verdienst, für die brennenden Fragen des Lebens weitgehende konstruktive Reformvorschläge vorgelegt zu haben. Nachdrücklich machten sie aber auch darauf aufmerksam, daß keinerlei Reform dauerhaft, echt und ernsthaft sein kann, wenn sie nicht durch revolutionäre Kampfmethoden der Massen unterstützt und verteidigt wird.

Karl Liebknecht unterbreitete dem Parteitag seine Dokumente in erster Linie deshalb, um die Wahlrechtsaktionen durch einen umfassenden außerparlamentarischen Kampf für die Beseitigung der halbabsolutistischen Monarchie und die Errichtung der Republik in Deutschland weiterzutreiben. Seine Dokumente enthielten ein konsequent demokratisches Programm zur Entfaltung eines antiimperialistischen Volkskampfes, der wichtige Ausgangspositionen für die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse hätte schaffen können.

In der Resolution des Parteitages zum Wahlrechtskampf blieben jedoch Karl Liebknechts Forderungen und die Anträge aus der Mitgliedschaft auf Anwendung des politischen Massenstreiks unbeachtet. Das geschah auf Betreiben der Revisionisten, denn eine Erweiterung und Vertiefung des Wahlrechtskampfes mit außerparlamentarischen Mitteln widersprach dem antirevolutionären Wesen ihrer nurparlamentarischen Taktik. Sie behaupteten, demokratische Rechte und Freiheiten seien ausschließlich auf dem parlamentarischen Weg zu erringen. Die deutschen Linken mußten deshalb ihre Forderungen nach konsequent revolutionärem Kampf für Demokratie gegen den Widerstand der Opportunisten verbreiten.

Bereits im Januar 1910 bekundeten große Teile der organisierten Arbeiterklasse in ganz Preußen in Massenversammlungen ihre Entschlossenheit, für demokratische Verhältnisse in Deutschland zu kämpfen. Große Empörung erfaßte die Massen, als am 4. Februar in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" die Wahlrechtsvorlage der preußischen Regierung veröffentlicht wurde, die weiterhin an der Dreiklasseneinteilung, der öffentlichen Stimmabgabe und der alten Wahlkreiseinteilung festhielt. Sie sah lediglich die direkte Wahl und das Aufrücken von Reichstagsabgeordneten, Akademikern, ehemaligen Offizieren und ähnlichen sogenannten Kulturträgern in eine höhere Klasse vor. Bereits wenige Tage danach demonstrierten Zehntausende

gegen diese Regierungsvorlage, die von den Sozialdemokraten zu Recht als Provokation bezeichnet wurde.[166] Am 13. Februar kam es im ganzen Lande zu Massendemonstrationen. Überall folgten die Arbeiter, aber auch Anhänger bürgerlicher Parteien, Handwerker, kleine Geschäftsleute, Intellektuelle, dem Aufruf der Sozialdemokratischen Partei zu Protestkundgebungen.[167] In Berlin allein zählten die Kundgebungen 200 000 Teilnehmer, in Dortmund 12 000, Düsseldorf 10 000, Essen 15 000, Frankfurt (Main) 20 000, Halle 15 000, Hannover 25 000 und in Kiel, Köln und Magdeburg je 10 000. In verschiedenen Städten ging die Reaktion gegen die Demonstranten und Versammlungsteilnehmer mit Waffengewalt und Verhaftungen vor. Auf die blutigen Zusammenstöße antworteten die Werktätigen zu Hunderttausenden mit neuen Protestaktionen. Sie erfaßten das ganze Reich.[168]

Der fortgeschrittene Teil der Arbeiterklasse erkannte, daß es jetzt an der Zeit war, den politischen Massenstreik anzuwenden. Am 23. Februar 1910 streikten in Frankfurt (Main) 25 000 Arbeiter einen halben Tag gegen den blutigen Polizeiterror und die Verweigerung des demokratischen Wahlrechts. Diesem Beispiel des politischen Streiks folgten am 7. März 5000 Arbeiter in Hanau und am 15. März 10 000 Arbeiter der Howaldtwerft und der Kruppschen Werft in Kiel.

Zu einem hervorragenden Ereignis des Wahlrechtskampfes wurde der 6. März 1910. Der von der Berliner sozialdemokratischen Organisation für diesen Tag geplante Massenspaziergang für ein demokratisches Wahlrecht nach dem Treptower Park war von der Polizei verboten worden. Doch die Arbeiter ließen sich das Recht auf die Straße nicht nehmen. Während die Polizei die Zugänge zum Treptower Park besetzt hielt, leiteten Tausende sozialdemokratischer Funktionäre 150 000 Demonstranten nach dem Tiergarten um, wo imposante Kundgebungen vor dem Reichstagsgebäude stattfanden. Die Aktion war gelungen. Die Polizei hatte das Nachsehen und konnte ihre Wut nur noch an einigen abziehenden Teilnehmern auslassen. Dieses Beispiel zeigte, welche Kraft und welche Möglichkeiten die Sozialdemokratische Partei mit ihren Zehntausenden Funktionären in den mittleren und unteren Organisationen und deren festen Verbindungen zu den Massen in sich barg.

Der April wurde zum Höhepunkt der Wahlrechtskämpfe im Früh-

166 Dokument Nr. 35.
167 Dokument Nr. 36.
168 Dokument Nr. 38.

jahr 1910. In fast allen Städten und vielen Dörfern Preußens bekundeten erneut Hunderttausende ihre Kampfentschlossenheit.[169] Die Regierung sah sich gezwungen, ihre Spottgeburt von Wahlrechtsvorlage zurückzuziehen. Doch vergeblich warteten die sozialdemokratischen Mitglieder auf den Ruf des Parteivorstandes zu weiteren, sich steigernden Massenaktionen. Die Führung der Partei, die schon im März bemüht gewesen war, den Elan der Massen zu hemmen, würgte im April unter dem Einfluß opportunistischer Elemente, besonders aus der Gewerkschaftsführung, die Bewegung ab. Rosa Luxemburg schrieb dazu: „Der Vorstand und die Generalkommission haben bereits die Frage des Massenstreiks erwogen, und nach langen Verhandlungen ist sie an dem Widerstand der Generalkommission gescheitert. Angesichts dessen glaubt der Parteivorstand natürlich, die Segel streichen zu müssen, und möchte am liebsten sogar eine *Diskussion* über den Massenstreik verbieten! Deshalb halte ich es für dringend notwendig, die Diskussion in die breitesten Massen der Partei zu tragen. Die Massen selbst sollen entscheiden. Unsere Pflicht aber ist es, ihnen das Für und Wider, die Argumentationen zu liefern."[170]

Die einzigen, die den Arbeitern in diesen Massenkämpfen den Weg nach vorn wiesen und den Kampfgeist festigen halfen, waren die deutschen Linken. In vielen Versammlungen und in der Presse traten sie unermüdlich mit ihren Vorschlägen zur Steigerung der Aktionen auf. Karl Liebknecht nutzte dafür auch die Tribüne des preußischen Abgeordnetenhauses und seine Tätigkeit als Verteidiger angeklagter Wahlrechtskämpfer aus.

Die Führer der deutschen Linken unterstützten konsequent die Forderungen der Volksbewegung um demokratische Rechte und Freiheiten. Mit ihrem Eintreten für die demokratische Republik erfaßten sie eine wichtige Seite des Kampfes gegen die Deutschland beherrschende Reaktion und verfochten in dieser Zeit der Massenbewegung für ein demokratisches Wahlrecht eine im wesentlichen richtige Taktik, wenngleich sie noch keine klaren Vorstellungen über den konkreten Weg zur Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse besaßen. Doch besonders angesichts dessen, daß der deutsche Imperialismus viele Jahre die halbabsolutistische monarchistische Staatsform beibehielt

169 Dokument Nr. 37.

170 Rosa Luxemburg an Konrad Haenisch, Sommer 1910. In: Rosa Luxemburg: Briefe an Freunde. Nach dem von Luise Kautsky fertiggestellten Manuskript hrsg. von Benedikt Kautsky, Hamburg 1950, S. 26.

und für seine Herrschaft ausnutzte, war der revolutionäre Kampf der deutschen Linken für die demokratische Republik dazu geeignet, die Arbeiterklasse auf die Erringung des Sieges über die Monopolbourgeoisie vorzubereiten und weite Kreise des deutschen Volkes in den Kampf einzubeziehen.

Rosa Luxemburg gebührt das Verdienst, die Forderung nach der demokratischen Republik direkt zur Losung für die Wahlrechtskämpfe erhoben und den Kampf für Demokratie in seiner Bedeutung für die Bezwingung des deutschen Imperialismus und Militarismus richtungweisend gekennzeichnet zu haben. „Die Losung der Republik", schrieb sie Ende März 1910, „ist also in Deutschland heute unendlich mehr als der Ausdruck eines schönen Traums vom demokratischen ‚Volksstaat' oder eines in den Wolken schwebenden politischen Doktrinarismus, sie ist ein praktischer Kriegsruf gegen Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik, Weltpolitik, Junkerherrschaft, Verpreußung Deutschlands, sie ist nur eine Konsequenz und drastische Zusammenfassung unseres täglichen Kampfes gegen alle diese Teilerscheinungen der herrschenden Reaktion."[171] In ihrem Kampf für die Anwendung der Losung der Republik ließ sich Rosa Luxemburg von der Erkenntnis leiten, daß der „letzte Rest des Liberalismus unter dem Stampfen des Imperialismus"[172] zusammenbrach und deshalb allein die Arbeiterklasse die Forderung nach der Republik konsequent vertreten konnte. Sie schrieb: „Die besten demokratischen Reformen sind aber nur kleine Etappen auf dem großen ... Marsch des Proletariats zur Eroberung der politischen Macht, zur Verwirklichung des Sozialismus ... Aus Kämpfern gegen Bethmann Hollweg und den schwarzblauen Block sollen überzeugte Kämpfer für die sozialistische Gesellschaftsordnung geworben werden."[173]

Über beide Forderungen, den politischen Massenstreik und die demokratische Republik, entbrannten zwischen Rosa Luxemburg und Karl Kautsky heftige Auseinandersetzungen. Karl Kautsky weigerte sich, Rosa Luxemburgs Aufsatz „Was weiter?" in der „Neuen Zeit" zu veröffentlichen. Unter Hinweis auf die bevorstehenden Reichstagswahlen, die in der politischen Situation angeblich eine entscheidende

171 Rosa Luxemburg: Zeit der Aussaat. In: Ausgewählte Reden und Schriften, II. Bd., S. 341.

172 Leipziger Volkszeitung, 4. Dezember 1911.

173 Rosa Luxemburg: Zeit der Aussaat. In: Ausgewählte Reden und Schriften, II. Bd., S. 342.

Wende herbeiführen würden, trat Karl Kautsky ausschließlich für den parlamentarischen Kampf ein und behauptete, die Zeit sei noch nicht reif für die Vorbereitung der Arbeiterklasse auf den Endkampf.

In diesem Zusammenhang entwickelte Karl Kautsky seine verderbliche „Ermattungsstrategie". Er behauptete, bis zur Pariser Kommune habe es die „Niederwerfungsstrategie" gegeben. Diese Zeit sei jedoch vorbei. Jetzt könne der Kampf nur noch auf parlamentarischer Ebene geführt werden. In einer Vielzahl von parlamentarischen Kleinkämpfen gelte es, die Positionen der herrschenden Klasse allmählich zu untergraben. Auf diese Weise könne der Klassengegner „ermattet" werden und die Arbeiterklasse schließlich „friedlich in den Sozialismus hineinwachsen".

„Ermattung oder Kampf?" überschrieb Rosa Luxemburg einen ihrer polemischen Artikel gegen Karl Kautsky und erfaßte damit den Kernpunkt der Auseinandersetzungen zwischen den Zentristen und den Linken. Treffend charakterisierte sie in diesem Artikel die Auswirkungen von Karl Kautskys Auffassung: „Der wirkliche Effekt des Auftretens des Genossen Kautsky ist also nur der, daß er eine theoretische Schirmwand für die Elemente in der Partei und den Gewerkschaften geliefert hat, die sich bei der weiteren rücksichtslosen Entfaltung der Massenbewegung unbehaglich fühlen, sie im Zaume halten und sich am liebsten so schnell wie möglich auf die alten bequemen Bahnen des parlamentarischen und gewerkschaftlichen Alltags zurückziehen möchten. Indem Genosse Kautsky unter Berufung auf Engels und den Marxismus diesen Elementen für ihr Vorgehen eine Gewissensberuhigung gebracht hat, hat er zugleich ein Mittel geliefert, um derselben Demonstrationsbewegung wieder für die nächste Zeit das Genick zu brechen, die er immer machtvoller gestalten möchte."[174]

Karl Kautskys „Ermattungsstrategie" verwirrte in dieser Situation der Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland weite Kreise der Arbeiterklasse und erschwerte den Linken die revolutionäre Orientierung der Massen auf die Fortsetzung und Steigerung der außerparlamentarischen Aktionen. Immerhin war Karl Kautsky nach dem Tode Friedrich Engels' der führende Theoretiker der II. Internationale. In seiner Schrift von 1909 „Der Weg zur Macht" hatte er die Erringung der Demokratie in Deutschland und den Kampf gegen Imperialismus und Militarismus im allgemeinen richtig als die nächsten Aufgaben des

174 Rosa Luxemburg: Ermattung oder Kampf? In: Die Neue Zeit (Stuttgart), 28. Jg. 1909/1910, Zweiter Band, S. 303. – Dokument Nr. 39.

Proletariats bezeichnet und befürwortend über den Massenstreik geschrieben. Die Hauptfrage des proletarischen Klassenkampfes in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen, die Frage nach dem konkreten Weg zur Macht, hatte er jedoch nicht beantwortet.

Als die Massen im Jahre 1910 auf die Straße gingen und die Anwendung des politischen Massenstreiks forderten, schreckte Karl Kautsky zusammen mit anderen schwankenden Elementen in der Partei vor den revolutionären Konsequenzen der Massenbewegung und der neuen Situation zurück. Karl Kautsky orientierte einseitig auf den nurparlamentarischen Kampf und die für 1911 in Aussicht gestellten Reichstagswahlen. Aber auf die Parlamentswahlen war ohnehin das Hauptaugenmerk der Parteiführung gerichtet. Die gesamte Taktik der Partei wurde mehr als genug von Rücksichten auf die Wahlen beeinflußt. In der deutschen Arbeiterbewegung waren auf diese Weise systematisch Illusionen über die Erfolgsaussichten des parlamentarischen Kampfes genährt worden. Während es bei jeder Reichstagswahl als selbstverständlich galt, daß im ganzen Land eine unermüdliche Agitation entfaltet wurde, sämtliche Redner aufgeboten, in jeder Stadt und jedem Städtchen Versammlungen abgehalten wurden, wurde jetzt, während dieses gewaltigen Aufschwungs der Wahlrechtsbewegung, vom Parteivorstand nichts Derartiges systematisch organisiert. Rosa Luxemburg war berechtigt darüber empört, daß Kaul Kautsky nun dafür obendrein die „theoretische" Begründung lieferte, und erklärte im Namen der revolutionären Sozialdemokraten: „Zum Bremsen, Genosse Kautsky, brauchen wir Sie nicht."[175]

Karl Kautsky erwies sich im entscheidenden Moment, da sich die Situation im Klassenkampf, wie er vorhergesagt hatte, zuspitzte, als unfähig, den Marxismus in der Praxis anzuwenden. Jetzt zeigte sich, daß er das Wesen der marxistischen Dialektik nicht erfaßt hatte. Karl Kautsky war ungenügend mit der lebendigen politischen Praxis des Klassenkampfes verbunden. Er unterschätzte den dialektischen Materialismus als weltanschauliche Grundlage des Marxismus. Außerdem hatte er eine dogmatische Auffassung vom historischen Prozeß und falsche Vorstellungen von der Rolle der Spontaneität in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Er überbewertete den objektiven Gang der Geschichte und unterschätzte die realen Möglichkeiten des bewußten Handelns der Menschen, besonders der Arbeiterklasse,

175 Ebenda, S. 305.

in ihrem Befreiungskampf. So vertrat er eine Auffassung, die auf einen automatischen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft hinauslief und die es ihm unmöglich machte, in entscheidenden Situationen den historischen Prozeß mit allen seinen Faktoren zu erfassen.

In Worten zwar erwies Karl Kautsky dem Marxismus auch weiterhin seine Reverenz, in der Tat aber verschrieb er sich dem Opportunismus, verriet er den Marxismus und die Arbeiterklasse. Wie W. I. Lenin später schrieb, akzeptierte Karl Kautsky „vom Marxismus *alles, ausgenommen* die revolutionären Kampfmittel, ihre Propagierung und Vorbereitung, die Erziehung der Massen gerade in dieser Richtung“[176]. Im Scheinmarxismus, im Widerspruch zwischen Theorie und Praxis aber bestand gerade die Gefährlichkeit des Zentrismus. Karl Kautsky entwickelte sich zum theoretischen Haupt dieser Strömung. Deshalb nannte W. I. Lenin den Zentrismus auch häufig Kautskyanertum.

Karl Kautskys „Ermattungsstrategie“ ließ nun den Zentrismus auch theoretisch deutlicher erkennbar werden. Es zeigte sich vor allem klarer, daß der Zentrismus die Gegensätze zwischen Marxisten und Revisionisten nicht aussöhnen konnte, sondern zur Unterordnung der Arbeiterbewegung unter die Herrschaft des Opportunismus führte. Der Zentrismus richtete sich theoretisch und praktisch gegen die vorwärtsweisenden Vorschläge der Linken zur Entwicklung der Taktik und mißachtete die revolutionäre Masseninitiative, indem er sie in opportunistische Bahnen lenkte.

Karl Kautsky verschleierte den zunehmenden Widerspruch zwischen den Mitgliedermassen und den revisionistischen und reformistischen Führern der Partei. Er führte ihn lediglich auf die „psychischen Unterschiede“ im Denken und Empfinden der Massen und der Führer zurück. Er behauptete, daß das Vorwärtsstürmen der Massen und das Bremsen der Führer für die Entwicklung der Partei unvermeidlich und notwendig seien. Außerdem verharmloste er alle gegensätzlichen Auffassungen über das Ziel als Meinungsverschiedenheiten über den Weg und stellte es als notwendiges Übel hin, daß eine Massenpartei durch ihre Ausdehnung gezwungen sei, den Meinungsverschiedenheiten Raum zu gewähren und sich mit ihnen abzufinden.

Der relativ große Einfluß, den die Zentristen in der Folgezeit auf viele Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie gewannen, ist besonders auf ihre pseudomarxistischen und scheinrevolutionären Phrasen zurückzuführen. Unterschiede zwischen öffentlichen Stellungnahmen

176 W. I. Lenin: Sozialismus und Krieg. In: Werke, Bd. 21, S. 313.

von Zentristen und denen deutscher Linker erschienen den meisten deutschen und ausländischen Sozialdemokraten im Höchstfalle als taktische, kaum jedoch als prinzipielle Meinungsverschiedenheiten von Vertretern entgegengesetzter Klassenstandpunkte, wie es die Differenzen zwischen den Zentristen und den deutschen Linken in Wirklichkeit waren. Dadurch wurde den deutschen Linken die revolutionäre Orientierung der Massen sehr erschwert und teilweise unmöglich gemacht, zumal die Zentristen im Gegensatz zu den Linken entscheidende Positionen in der Partei besetzt hielten beziehungsweise eroberten und zudem mit der Phrase von der Einheit der Partei operierten.

Neben den Wahlrechtskämpfen erlebte die Streikbewegung im Jahre 1910 einen enormen Aufschwung. Es gab kaum einen Industriezweig, in dem es keinen Streik gegeben hätte. Zu den bedeutendsten gehörten die Kämpfe der Bauarbeiter und der Werftarbeiter.

Von April bis Juni kämpften über 160 000 Bauarbeiter gegen die Angriffe der Unternehmerverbände, die glaubten, die Arbeiter durch Massenaussperrungen bezwingen und die gewerkschaftlichen Organisationen zerschlagen zu können. Schwere Tarifkämpfe erfaßten zum ersten Male in Deutschland einen wichtigen Wirtschaftszweig in nationalem Ausmaß. Die Arbeiter forderten örtliche Tarifverträge, Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen, paritätischen Arbeitsnachweis und Agitationsfreiheit auf den Baustellen. Unterstützt von ihren Klassenbrüdern aus dem In- und Ausland, hielten die Bauarbeiter Woche um Woche stand und verteidigten vor allem das Recht der Arbeiter auf die für sie damals noch günstigen örtlichen Tarifverträge. Die Kraft und Ausdauer der Streikenden brachte die Gegensätze zwischen den Großkapitalisten und der Masse der kleinen Bauunternehmer, Gegensätze, die sich aus dem Konzentrationsprozeß des Kapitals im Bauwesen ergaben, an den Tag und führten den Streik zum Erfolg. Die Bauarbeiter erzwangen die Beendigung der Aussperrung durch die Bauunternehmer, behaupteten ihr Recht auf örtliche Tarifverträge, das ihnen die Unternehmer rauben wollten, erkämpften sich fünf, zum Teil aber auch nur einen Pfennig Lohnerhöhung und in einigen Städten den Neuneinhalb- statt den Zehnstundenarbeitstag.

Von August bis Oktober 1910 erschütterte ein großer Streik der Werftarbeiter die deutsche Schiffbauindustrie und versetzte der Flottenrüstung einen empfindlichen Schlag. Dieser Werftarbeiterstreik für Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen war seit Bestehen des Deutschen Metallarbeiterverbandes die bedeutendste Streikbewegung

der in ihm organisierten Arbeiter. Die Massenaussperrung als Methode der Bourgeoisie zur Maßregelung der Arbeiterklasse machte erneut bankrott. Sozialdemokratische Agitatoren traten besonders der Streikbruchhetze der Unternehmer unter den Frauen entgegen. Am 1. Oktober sprach Rosa Luxemburg auf einer vom Gewerkschaftskartell in Hagen einberufenen Versammlung. Der revolutionäre Einfluß erstarkte spürbar. Die opportunistischen Gewerkschaftsführer schritten deshalb zur Diffamierung der Linken. In ihren Verhandlungen mit den Werftindustriellen stützten sie sich nicht auf die Massenbewegung und vertraten um geringer Vorteile willen die Arbeiterinteressen nicht konsequent. Infolgedessen kam es zwischen den revolutionären Kräften und den reformistischen Elementen im Deutschen Metallarbeiterverband zu heftigen Auseinandersetzungen über die Mißachtung des Willens der Mitglieder durch die reformistische Gewerkschaftsbürokratie. Schließlich endete der Werftarbeiterstreik von 1910, der das Monopolkapital an einem empfindlichen Nerv getroffen und es geschlossen gegen die Arbeiterklasse auf den Plan gerufen hatte, mit einem Teilerfolg. Die Werftarbeiter erkämpften sich die Verkürzung der Arbeitszeit von 60 Stunden in der Woche auf 55 beziehungsweise 56 Stunden, eine Stundenlohnerhöhung um zwei Pfennig, die Garantierung von Mindesteinstellungslöhnen und das Recht, auf allen Werften Arbeiterausschüsse aus ihren selbstgewählten Vertretern zu bilden.

Auch die Kämpfe in Berlin-Moabit und Berlin-Wedding im September und Oktober 1910 zeigten deutlich, wie sehr sich der Klassenkampf verschärft hatte. Aus einem Lohnstreik von 140 Arbeitern einer Kohlenhandlung in Berlin-Moabit entwickelte sich in kürzester Zeit eine Auseinandersetzung zwischen Arbeiterklasse und Staatsgewalt. Dabei kam es sogar zu Straßenkämpfen. Empört über den Einsatz von etwa 1000 Polizisten, über das Streikpostenverbot und den Einsatz von berufsmäßigen Streikbrecherbanden, griffen die Arbeiter zur Selbsthilfe, entwaffneten Provokateure und errichteten Hindernisse gegen das Vordringen der Polizei. Die Streikenden wurden von den Moabiter Arbeitern sowie auch von Kaufleuten und Gewerbetreibenden tatkräftig unterstützt. Insgesamt waren etwa 20 000 bis 30 000 Menschen an den Auseinandersetzungen beteiligt. Durch die Polizei wurden Hunderte verletzt und zwei Arbeiter getötet. Viele der beteiligten Arbeiter erhielten hohe Freiheitsstrafen. Einen Monat später kam es bei einem Streik von Metzgergesellen in Berlin-Wedding

gleichfalls zu blutigen Zusammenstößen. Gegen den Polizeiterror fanden in ganz Deutschland Protestkundgebungen statt, auf denen die Linken die Arbeiter zum entschiedenen Kampf aufriefen. Die opportunistischen Elemente der Partei und der freien Gewerkschaften dagegen mahnten im Hinblick auf die nächsten Wahlen zur „Ruhe" und „Besonnenheit" und distanzierten sich im Reichstag durch ihren Sprecher Eduard David von den Kämpfenden.

Inzwischen hatten im Spätsommer 1910 in Kopenhagen wichtige internationale sozialistische Konferenzen stattgefunden. Die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz beschloß einstimmig den von Clara Zetkin, Käte Duncker und anderen Genossinnen eingebrachten Antrag, nach dem Beispiel der amerikanischen Sozialistinnen alljährlich einen Internationalen Frauentag zu veranstalten, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dienen sollte und der zum Kampftag für Frieden, Demokratie, Sozialismus und Gleichberechtigung der Frauen wurde. Dieser geschichtlich bedeutsame Beschluß war ein Sieg der revolutionären Kräfte, ein wichtiger Schritt zum internationalen Zusammenschluß und zur festeren Einbeziehung der proletarischen und fortschrittlichen Frauen in den Befreiungskampf der Arbeiterklasse.

Vom 28. August bis zum 3. September 1910 tagte in Kopenhagen der Internationale Sozialistenkongreß, an dem als Vertreter von etwa acht Millionen organisierten Arbeitern aus 23 Ländern 896 Delegierte teilnahmen. Unter ihnen befanden sich 189 Vertreter der deutschen Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften.

Die wichtigsten Fragen, mit denen sich der Kongreß beschäftigte, waren der Kampf gegen die Kriegsgefahr, die Gewerkschaftsbewegung und das Genossenschaftswesen.

Im Namen der Abrüstungs- und Friedenskommission des Kongresses hielt Georg Ledebour das Referat über die internationalen Schiedsgerichte und die Abrüstung und entlarvte die Aggressionspolitik der imperialistischen Großmächte. Im Referat und in der Resolution wurden die grundlegenden Thesen der Stuttgarter Resolution von 1907 bekräftigt. Die Resolution betonte nachdrücklich, daß das organisierte sozialistische Proletariat die einzige zuverlässige Stütze des Weltfriedens ist. Außerdem forderte sie eine Verstärkung des parlamentarischen Kampfes gegen die Kriegsgefahr. Der Frieden sollte vor allem durch Bemühungen um die Einschränkung der Rüstungen, durch die Übergabe aller internationalen Streitfragen an Schiedsgerichte,

durch die Abschaffung der Geheimdiplomatie und durch die Verteidigung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker erhalten werden. Da die Resolution die Aufgaben für die sozialistischen Fraktionen in den bürgerlichen Parlamenten ganz besonders hervorhob und keinerlei konkrete außerparlamentarische Massenaktionen vorschlug, barg sie die Gefahr der einseitigen Orientierung auf den parlamentarischen Kampf in sich.

Über die bereits in früheren Resolutionen der II. Internationale und in Kopenhagen erneut erhobenen Forderungen nach Schiedsgerichten und Abrüstung entbrannten in den folgenden Jahren heftige Diskussionen. Einen richtigen Standpunkt vertraten in Deutschland dabei nur jene Marxisten, wie Karl Liebknecht, Julian Marchlewski und Clara Zetkin, die die Wirkung dieser beiden Forderungen nicht pazifistisch überbewerteten, sie aber auch nicht schlechthin als illusionär oder schädlich ablehnten. Sie hielten sie als Losungen des proletarischen Klassenkampfes zur Enthüllung der imperialistischen Kriegsvorbereitungen und zur Einbeziehung weiter Kreise der Bevölkerung in den Kampf gegen den Militarismus für möglich und ordneten sie in den konsequenten und allseitigen Kampf gegen die Urheber der internationalen Streitigkeiten und des Rüstungswettlaufs ein. Wie klar Karl Liebknecht diesen Zusammenhang erfaßt hatte, bezeugen seine Thesen zum Referat über den Militarismus auf der II. Internationalen Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen in Kopenhagen, die im Anschluß an den Internationalen Sozialistenkongreß stattfand. Die Forderungen nach Schiedsgerichten und Abrüstung erschienen in Liebknechts Thesen als Erläuterung der Aufgabe, „alle zur Abschwächung des Militarismus geeigneten Maßregeln" zu propagieren. Karl Liebknecht rief die Jugend in revolutionärem Geist zum umfassenden Kampf gegen den Militarismus auf. Leidenschaftlich prangerte er die sich durch das imperialistische Wettrüsten steigernde Kriegsgefahr an und begründete erneut die spezielle und entschiedene Bekämpfung des Militarismus als eine „Lebensnotwendigkeit für das Proletariat" und für die „organische Fortentwicklung des Volksganzen".[177] Karl Liebknecht präzisierte in diesen Thesen eine Reihe früherer Formulierungen seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus". Von besonderer Bedeutung war seine umfassende Definition des Inhalts und der Methoden des antimilitaristischen Kampfes sowie die stär-

177 Karl Liebknecht: Der Militarismus, Thesen. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. III, Berlin 1960, S. 481 u. 480. – Dokument Nr. 40.

kere Betonung der Notwendigkeit, die Armee in die Tätigkeitsbereiche der revolutionären Antimilitaristen einzubeziehen.

Der Kopenhagener Sozialistenkongreß beschäftigte sich auch eingehend mit der Genossenschaftsfrage. In der kapitalistischen Gesellschaft sind die Genossenschaften ein wichtiges Mittel zur Organisierung der proletarischen Massen, denn die Arbeiterklasse kann ihren Befreiungskampf, wie W. I. Lenin schrieb, nicht „ohne eine mächtige, vielseitige Arbeiterbewegung" führen, „und eine dieser vielen Seiten bilden unbedingt die Konsumgenossenschaften". Die Konsumgenossenschaften waren nach ihrer sozialen Zusammensetzung proletarische Organisationen und ermöglichten es, weite Kreise der Arbeiterklasse, aber auch des Kleinbürgertums am Kampf zu beteiligen und ihre Lage etwas zu verbessern. Die Konsumgenossenschaften bleiben im Kapitalismus jedoch ein „Verband von Lohnsklaven ..., die vom Kapital niedergehalten und erdrückt werden", und können keine entscheidenden Veränderungen in den Produktionsverhältnissen bewirken.[178]

Die Mehrheit der deutschen Delegation bezog in der Genossenschaftsfrage einen opportunistischen Standpunkt, wonach der Kapitalismus mit Hilfe der Genossenschaften „ausgehöhlt" und ohne Klassenkampf „überwunden" werden könne. Ebenso wie Ferdinand Lassalle sprachen sie den Genossenschaften diese entscheidende Rolle zu, weil nach ihrer Auffassung die Hauptfrage für die sogenannte Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaft die Änderung der Verteilung der Produkte, nicht aber die Änderung der Eigentumsverhältnisse sei.

Wenn die Internationale mit ihrer Kopenhagener Resolution die Aufgaben der proletarischen Genossenschaften dennoch in den Grundprinzipien richtig bestimmte, dann war es den Bemühungen der revolutionären Marxisten aus Bulgarien, Deutschland, Holland, Polen, Rußland und einigen anderen Ländern zu verdanken. W. I. Lenin beriet mit einigen ihrer Vertreter auf einer besonderen Zusammenkunft ihr konsequentes und einheitliches Auftreten.

In der Resolution des Kopenhagener Kongresses hieß es, „daß die Genossenschaftsbewegung, wenn sie auch allein niemals die Befreiung der Arbeiter herbeiführen kann, doch eine wirksame Waffe in dem Klassenkampf sein kann, den die Arbeiterschaft um die Erringung

178 W. I. Lenin: Das letzte Wort der „iskristischen" Taktik oder eine Wahlkomödie als neuer Impuls, der zum Aufstand anregt. In: Werke, Bd. 9, S. 370.

ihres unverrückbaren Zieles – der Eroberung der politischen und ökonomischen Macht zum Zwecke der Vergesellschaftung aller Mittel der Produktion und des Austausches – führt, und daß die Arbeiterklasse das stärkste Interesse daran hat, diese Waffe zu gebrauchen". Der Kongreß forderte alle Parteigenossen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf, „tätige Mitglieder der Konsumvereinsbewegung zu werden ... und in den Konsumvereinen in sozialistischem Geiste zu wirken"[179]. Durch das Übergewicht der Opportunisten wurden jedoch wichtige Ergänzungsvorschläge W. I. Lenins niedergestimmt.

Nicht allein in der Zusammensetzung und Haltung der deutschen Delegationen zu den internationalen Sozialistenkongressen, sondern in vielerlei Hinsicht wurde in diesen Jahren die Schädlichkeit des Einflusses der Opportunisten auf die deutsche Arbeiterbewegung spürbar. Mit allen Mitteln gingen die opportunistischen Kräfte zum Beispiel gegen die sich ausbreitende Arbeiterjugendbewegung und das Wirken der deutschen Linken in ihr vor. In der „Arbeiter-Jugend", dem Organ der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, die nach dem Nürnberger Parteitag 1908 gegründet worden war, setzte sich unter der Leitung von Friedrich Ebert der opportunistische Kurs durch. Der revolutionäre Antimilitarismus wurde offen bekämpft.

Auf Betreiben der Opportunisten wurde in der Parteipresse auch kaum auf Karl Liebknechts Kopenhagener Thesen über den Militarismus aufmerksam gemacht. Revisionistische Redakteure verhinderten bereits in vielen sozialdemokratischen Presseorganen die Veröffentlichung von Artikeln und Materialien der deutschen Linken. Statt dessen besorgten sie sich über private Korrespondenzen, namentlich „Stampfers politische Korrespondenz für die sozialdemokratische Parteipresse", Leitartikel und Kommentare opportunistischen Charakters und nahmen sich in ihrer Mehrheit Praktiken der bürgerlichen Presse zum Vorbild. In Anbetracht ihres Masseneinflusses trugen auf diese Weise viele sozialdemokratische Zeitungen zur Verbreitung der bürgerlichen Ideologie bei. Ausnahmen waren „Die Gleichheit" und die „Leipziger Volkszeitung", auf die Linke lange Zeit Einfluß besaßen, und solche Organe wie die „Schwäbische Tagwacht", die „Bremer Bürger-Zeitung", die Dresdener „Sächsische Arbeiter-Zeitung", die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung", die Erfurter „Tribüne" und die Cottbusser

179 Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Kopenhagen. 28. August bis 3. September 1910, Berlin 1910, S. 63.

„Märkische Volksstimme", in denen Linke zeitweilig die Redaktionen besetzten oder zumindest Artikel veröffentlichen konnten. Ein eigenes Publikationsorgan besaßen die Linken allerdings nicht.

In den letzten Jahren häuften sich vor allem die Fälle, daß die süddeutsche Fronde, eine aus opportunistischen Parlamentariern und Parteifunktionären Badens, Bayerns und Württembergs bestehende fraktionelle Gruppierung, durch Bewilligung der Budgets ihrer Länder mit den marxistischen Prinzipien gegenüber dem bürgerlichen Staat brach.[180] Ihr Verhalten war bereits 1908 auf dem Nürnberger Parteitag energisch verurteilt worden. Nachdem die badische Landtagsfraktion am 14. Juli 1910 dem Budget trotzdem wieder zugestimmt hatte und ihren Disziplinbruch obendrein mit taktischen Rücksichten auf den parlamentarischen Kampf bemäntelte, stand die Budgetbewilligung auf dem Parteitag in Magdeburg, der vom 18. bis 24. September 1910 stattfand, erneut im Mittelpunkt heftiger Debatten.

In einer der wichtigsten Grundfragen, dem Verhältnis zum imperialistischen Staat als dem Machtinstrument der herrschenden Klassen, stießen hier am Vorabend einer tiefen politischen Krise Marxisten und Reformisten mit ihren völlig entgegengesetzten Konzeptionen aufeinander. „Zwei Ideenwelten", so charakterisierte W. I. Lenin die damalige Situation, „auf der einen Seite der Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes, der in bestimmten historischen Perioden auf dem Boden der bürgerlichen Gesetzlichkeit geführt werden kann, der aber *unvermeidlich* zur Entscheidung, zum offenen Kampf, zu der Alternative führt: entweder den bürgerlichen Staat zu ‚zertrümmern' oder selbst zertrümmert und erwürgt zu werden. Auf der anderen Seite der Standpunkt des Reformisten, des Kleinbürgers, der den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht, der hinter dem Flitterkram der verfassungsmäßigen Gesetzlichkeit den erbitterten Klassenkampf nicht sieht und in dem Krähwinkel irgendeines Kleinstaates die großen historischen Fragen der Gegenwart vergißt."[181]

Die Revisionisten stellten das badische Vorgehen als beispielhaft für die künftige Politik der Sozialdemokratie hin und forderten in sieben Anträgen die ausdrückliche Billigung der Budgetbewilligung. Die überwiegende Mehrheit der Partei lehnte diesen neuen revisionistischen Angriff auf die marxistischen Grundprinzipien der Partei ab. In vielen Wahlkreisversammlungen, zum Beispiel in Elberfeld-Barmen

180 Dokument Nr. 32.

181 W. I. Lenin: Zwei Welten. In: Werke, Bd. 16, Berlin 1964, S. 311.

und Hanau-Gelnhausen, wurde in Vorbereitung des Parteitages der Ausschluß der Budgetbewilliger aus der Partei gefordert. 26 Anträge aus der Mitgliedschaft mißbilligten die Politik der Revisionisten. Zehn dieser Anträge aus den Parteiorganisationen Berlin I, Bremen, Breslau, Elberfeld-Barmen, Halle, Hanau-Gelnhausen, Kassel, Leipzig Stadt und Land, Sande bei Wilhelmshaven sowie der von Fritz Zubeil und Genossen forderten direkt oder indirekt den Ausschluß der betreffenden Abgeordneten aus der Partei.[182]

In leidenschaftlicher Anklage rechnete August Bebel in seinem Referat mit den Revisionisten ab und drohte ihnen bei Wiederholung der Budgetbewilligung mit dem Ausschluß. Er geißelte den Disziplinbruch und wies nach, daß die herrschenden Klassen bisher nur dann den Arbeiterforderungen entgegengekommen waren, wenn sie sich von der Arbeiterklasse durch kompromißlosen Kampf bedrängt fühlten. August Bebel warnte vor der Beherrschung der Partei durch die opportunistischen Parteibürokraten. Er sagte: „Ich habe oftmals den Eindruck, daß ein Teil unserer Führer nicht mehr versteht, was die Massen zu leiden haben, daß sie der Lage der Massen entfremdet sind."[183] Er verurteilte die Versuche der Rechten, die Arbeiterbewegung der Bourgeoisie auszuliefern, und bekräftigte sein Bekenntnis, der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung zu bleiben. August Bebel argumentierte mit der ganzen Kraft seines außerordentlichen Talents, seiner Erfahrungen und seiner Autorität gegen die Opportunisten.

Er betonte nachdrücklich, daß jene, die in der Partei nationalliberale Politik betreiben wollten, nicht in der Partei bleiben könnten. „... wir sind eine Partei von Sozialdemokraten", sagte August Bebel, „und wenn Nationalliberale unter uns sind, dann müssen sie hinaus ... Wir sind jetzt in einer Zeit, wo wir uns auf faule Kompromisse nicht einlassen dürfen. Die Klassengegensätze werden nicht milder, sie werden schärfer. Wir marschieren sehr, sehr ernsten Zeiten entgegen. Was kommt nach den nächsten Wahlen? Das wollen wir abwarten. Wenn es gar dazu kommt, daß 1912 ein europäisches Kriegsgewitter losbricht, dann sollt Ihr sehen, was wir erleben und wo wir zu stehen haben. Sicherlich ganz woanders, als man jetzt in Baden steht ...

182 Dokument Nr. 41.

183 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910, Berlin 1910, S. 350.

Jetzt heißt es, geschlossen marschieren, den Ereignissen, die kommen, die Stirn bieten, nicht nach rückwärts schauen, sondern nach vorwärts, und zu marschieren drauf und durch."[184]

Über den künftigen Kampf beschränkte er sich auf Andeutungen, um für die Partei nicht die Vorzüge der Legalität aufs Spiel zu setzen. Seine Hinweise über die Zuspitzung der Klassengegensätze in Deutschland zielten jedoch deutlich darauf ab, der Partei und den Massen die Unvermeidlichkeit des revolutionären Kampfes klarzumachen. Doch erkannte August Bebel auch zu dieser Zeit nicht alle veränderten Aufgaben, die sich für die Arbeiterklasse in der Epoche des Imperialismus ergaben. August Bebel blieb tief in den alten Kampfformen verhaftet, mit denen die deutsche Sozialdemokratie die revolutionärste und bestorganisierte Partei in der internationalen Arbeiterbewegung geworden war, die aber im Imperialismus nicht mehr ausreichten. Daraus resultierten solche Fehler wie die Unterschätzung der Gefahr und der Macht des Revisionismus, falsche Auffassungen über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften und die Verneinung einer speziellen antimilitaristischen Taktik.

Die Zuspitzung des Kampfes zwischen Reformisten und revolutionären Kräften innerhalb der Arbeiterbewegung war das unvermeidliche Resultat der Veränderungen in der gesamten ökonomischen und politischen Situation. Durch die langjährige bürgerliche Legalität war in Deutschland der Reformismus besonders gezüchtet worden, eine Richtung, „die jedem Gedanken an ‚Störungen der schrittweisen Entwicklung' direkt, offen, völlig bewußt und systematisch feindselig" gegenüberstand.[185]

Der damals in Deutschland wirkende holländische Marxist Anton Pannekoek machte 1909 in seiner Schrift „Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung" den interessanten Versuch, die Ursachen der verschiedenen Abweichungen vom Marxismus zu erforschen. W. I. Lenin unterstützte Anton Pannekoeks Schlußfolgerungen, daß erstens das Wachstum der Arbeiterbewegung selbst, zweitens die ungleichmäßige und im Tempo unterschiedliche Entwicklung des Kapitalismus in den einzelnen Ländern, drittens der dialektische Charakter der gesellschaftlichen Entwicklung, die sich in Widersprüchen und durch Widersprüche vollzieht, und daß schließlich viertens die ständige Veränderung der Taktik der herrschenden Klasse die sozial-

184 Ebenda, S. 251, 258 u. 259.

185 W. I. Lenin: Unter fremder Flagge. In: Werke, Bd. 21, S. 142.

demokratische Bewegung immer und immer wieder vor die Aufgabe stellten, die Festigkeit ihrer marxistischen Positionen zu überprüfen und sowohl gegen reformistische als auch gegen anarchistische Abweichungen zu kämpfen.

In den Auseinandersetzungen mit der süddeutschen Fronde auf dem Magdeburger Parteitag verwahrten sich die Marxisten entschieden gegen deren reformistischen Kurs. Als Rosa Luxemburg die arbeiterfeindliche Haltung der Reformisten in Baden jedoch schonungslos kritisierte, randalierte die süddeutsche Fronde derart, daß Rosa Luxemburg nicht weitersprechen konnte. Obwohl nur eine Minderheit, zwang sie die Sprecherin der Linken mit der Bemerkung zum Aufhören: „Ihre Zeit ist vorbei, Genossin Luxemburg."[186] Und der Parteitag ließ das geschehen. Die von den Zentristen immer wieder ins Feld geführte „Einheit der Partei" erwies sich als eine fiktive Einheit zwischen Reformisten und Marxisten und leistete den Reformisten Vorschub. Clara Zetkin fragte zornig: „Um welchen Preis, auf welchem Boden wollen wir die Geschlossenheit? Wollen wir sie durch einen Schritt nach rechts, auf dem Flugsand der Konzessionspolitik, der Konjunkturalpolitik mit Wenn und Aber, oder wollen wir sie auf dem festen Granit der prinzipiellen Auffassung, auf dem die Sozialdemokratie bis jetzt gestanden hat, auf dem sie noch steht und auf dem sie stehen muß, wenn sie bleiben will, was sie ist: der politische Ausdruck, die politische Organisation der kämpfenden, revolutionären Arbeiterklasse."[187]

Den Linken gelang es in Magdeburg nicht, ihren Antrag, der die Erörterung und Propagierung des Massenstreiks forderte, der dem Willen der kampfbereiten Mehrheit der Mitgliedermassen entsprach und auf die Anwendung der den neuen Bedingungen entsprechenden Kampfmittel orientierte, gegen den Widerstand der Revisionisten und Zentristen durchzusetzen. Sie erreichten nur, daß die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission zur Wahlrechtsfrage durch einen Satz ergänzt wurde, der den Hinweis enthielt, nötigenfalls den politischen Massenstreik anzuwenden.

Auf dem Magdeburger Parteitag zeichnete sich deutlich das weitere Vordringen des Opportunismus ab. Darüber konnte auch die große Auseinandersetzung, die auf diesem Parteitag mit dem Revisio-

[186] Rosa Luxemburg: Ausgewählte Reden und Schriften, II. Bd., S. 349.

[187] Clara Zetkin: Budgetfrage – keine akademische Doktorfrage! In: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I, S. 489.

nismus geführt worden war, nicht hinwegtäuschen. Der Zentrismus hatte sich schon so ausgebreitet, daß die bürgerliche Klassenlinie in der Arbeiterbewegung unter dem Deckmantel revolutionärer Phraseologie wachsen und schließlich das Übergewicht erhalten konnte.

2. Das weitere Anwachsen der Massenaktionen der deutschen Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und zunehmende Kriegsgefahr 1911/1912. Die Diskussion über den Imperialismus in der deutschen Sozialdemokratie. Der Baseler Sozialistenkongreß

Im Gegensatz zu dem Auftreten der Opportunisten auf dem Magdeburger Parteitag bewiesen große Teile der Arbeiterklasse und andere Werktätige 1911 auf gewaltigen Massenkundgebungen ihre wachsende Kampfentschlossenheit.

Anläßlich der Beisetzung Paul Singers am 5. Februar 1911, der zusammen mit August Bebel Parteivorsitzender gewesen war, demonstrierten die Arbeiter zu Hunderttausenden. Sie bekundeten damit ihre tiefe Verehrung für einen ihrer ältesten und treuesten Führer, der sein ganzes Leben der Befreiung der Arbeiterklasse gewidmet hatte. W. I. Lenin schrieb in seinem Nachruf: „Er gab der Partei alle seine Kräfte, seinen ganzen Reichtum, seine ganzen hervorragenden organisatorischen Fähigkeiten, alle Talente des Praktikers und Führers ... Singer war ein unerbittlicher Feind des Opportunismus in den Reihen der deutschen Arbeiterpartei, und bis ans Ende seiner Tage blieb er der unversöhnlichen, revolutionären sozialdemokratischen Politik unerschütterlich treu."[188] In seinem Geist wollten die Arbeiter entschlossen weiterkämpfen.

Am 19. März 1911 begingen etwa eine Million Frauen und Männer in Dänemark, Deutschland, Österreich und der Schweiz zum ersten Mal den Internationalen Frauentag für die Gleichberechtigung der Frauen, für Demokratie und Frieden. In Millionen von Exemplaren waren zu seiner Vorbereitung sozialdemokratische Flugblätter mit der Forderung nach einem demokratischen Frauenwahlrecht hinausgegangen. In Berlin und Umgebung fanden 42 Versammlungen mit mehr als 45 000 Teilnehmern statt. Bürgerliche Frauenrechtlerinnen

[188] W. I. Lenin: Paul Singer. In: Werke, Bd. 17, S. 77 u. 78.

zollten ihnen ihre Aufmerksamkeit und überbrachten einigen Veranstaltungen Sympathieerklärungen. In vielen Orten Deutschlands fanden an diesem Tage Kundgebungen statt. Aus Braunschweig, Sachsen, Schlesien und Westfalen wurden über 180 Versammlungen gemeldet. Die Sozialdemokratie gewann aus diesem Anlaß Tausende neuer Mitglieder und neuer Leser ihrer Presse, darunter viele Arbeiterfrauen.

In den folgenden Jahren erfaßten die Kundgebungen zum Internationalen Frauentag immer mehr Länder. Die revolutionäre Kampfstimmung wuchs an. Der historische Beschluß der Internationalen Frauenkonferenz von Kopenhagen war zur Wirklichkeit geworden. Durch den alljährlichen Internationalen Frauentag wurden neue Kreise der Arbeiterklasse, vor allem Arbeiterfrauen, für den aktiven Kampf gegen soziale und politische Ungerechtigkeit, gegen Militarismus und imperialistischen Krieg gewonnen. Darin lag vor allem die große Bedeutung dieses internationalen Kampftages. Die deutschen Opportunisten unternahmen deshalb ständig neue, aber vergebliche Anstrengungen, die proletarische Frauenbewegung dem Einfluß der Linken zu entziehen.

Vom Kampfwillen und der Stärke der Arbeiterklasse zeugten auch Protestversammlungen gegen die reaktionäre Reichsversicherungsordnung im April, der 1. Mai mit einer Massenbeteiligung wie noch nie zuvor und die Wahlrechtskundgebungen während des Jahres 1911.

Den Höhepunkt erreichte die Massenbewegung dieses Jahres während der zweiten Marokkokrise. Infolge der aggressiven Politik deutscher Rüstungsindustrieller, Militärs und Diplomaten kam es im Sommer 1911 zu einer ernsten Bedrohung des Friedens. Durch die provokatorische Entsendung des deutschen Kanonenbootes „Panther" in den südmarokkanischen Hafen Agadir am 1. Juli 1911 wurde der Marokkokonflikt zwischen dem deutschen und dem französischen Imperialismus auf die Spitze getrieben[189]; bald begann sich auch Großbritannien als Bündnispartner Frankreichs einzumischen. „Hurra, eine Tat!" schrieb das Blatt der Schwerindustrie, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", am 2. Juli 1911. „Vor Agadir liegt nun ein deutsches Kriegsschiff. Die Verständigung mit uns über die Aufteilung Marokkos steht den Franzosen noch frei, wollen sie nicht, dann mag der ‚Panther' die Wirkung der Emser Depesche haben."[190]

Chauvinismus und Kriegshetze wurden durch den Alldeutschen

189 Dokument Nr. 42.

190 Rheinisch-Westfälische Zeitung (Essen), 2. Juli 1911.

Verband, der wichtigsten und einflußreichsten Organisation des deutschen Monopolkapitals zur ideologischen Vorbereitung des deutschen Volkes auf einen imperialistischen Krieg, in bisher nicht erlebtem Ausmaß gesteigert. Heinrich Claß, seit 1908 Vorsitzender des Verbandes, hatte bereits seit Beginn der imperialistischen Marokkokampagne im Jahre 1904, wie er selbst schrieb, dafür gesorgt, „daß durch Aufsätze, Vorträge und Kundgebungen die öffentliche Erörterung im Flusse blieb und immer eingehender wurde. Wir hatten die Genugtuung, daß unsere Forderung nach dem deutschen Neuland Westmarokko in der nationalen Presse lebhaft, zum Teil begeistert unterstützt wurde."[191] Die Alldeutschen verbreiteten vor allem die imperialistische Lüge vom „Volk ohne Raum" und vom „berechtigten Landhunger". Sie versuchten damit dem deutschen Volk einen Ausweg aus der krisenhaften Zuspitzung der Verhältnisse in Deutschland weiszumachen und die Eroberungsgelüste des Finanzkapitals auf fremde Länder zu rechtfertigen.[192] Der Alldeutsche Hermann Freiherr von Vietinghoff-Scheel behauptete zum Beispiel 1912, „im eigenen Innern" habe sich Unzufriedenheit breitgemacht, weil „unsere Grenzen zu eng sind. Wir müssen landhungrig werden, neue Siedlungsgebiete erwerben, sonst werden wir ein sinkend Volk, eine verkümmerte Rasse. Aus echter wahrer Liebe müssen wir an unser Volk und seiner Kinder Zukunft denken, wenn man uns auch Kriegs- und Rauflust vorwirft. Wäre das germanische Volk kriegsfürchtig, so hätte es ausgelebt."[193]

Die Marokkokrise 1911 nahmen die Alldeutschen zum Anlaß, eine großangelegte Propagandakampagne für Heeresverstärkungen einzuleiten. Sie gründeten zu diesem speziellen Zweck neben dem seit Jahren existierenden Flottenverein den Deutschen Wehrverein mit General August Keim als Vorsitzenden. August Keim stand auf dem äußersten rechten Flügel der Reaktion und betrachtete es als seine Aufgabe, einen „mit kriegerischem Sauerteig durchsetzten, hochgemuten, mannhaften Volksgeist"[194] zu pflegen. Der von vornherein als imperialistische Massenorganisation gedachte Deutsche Wehrverein widmete seine ganze Tätigkeit der Förderung des Militarismus, der Verstär-

191 Heinrich Claß: Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich, Leipzig 1932, S. 105.

192 Dokument Nr. 43.

193 Erfurter Allgemeiner Anzeiger, 9. September 1912. – Dokument Nr. 52.

194 Der Tag (Berlin), 8. November 1912.

kung der deutschen Landmacht und deren Durchdringung mit aggressivem Geiste. Für seine Propaganda zog er neben Generalen auch einflußreiche Intellektuelle, wie den sogenannten Kathedersozialisten Adolph Wagner und die Historiker Georg von Below, Friedrich Meinecke und Dietrich Schäfer, heran. In seinen Aufrufen ließ der Deutsche Wehrverein auch seine eigentlichen Urheber und Geldgeber, Industrielle wie Emil Kirdorf, Vertreter der Industriemagnaten Poensgen und Röchling, den Hamburger Bankier Max Warburg und den Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Philipp Heineken, hervortreten. Für die verschiedenen Bevölkerungsschichten arbeitete er spezielle Aufrufe und Argumentationen aus.

Der Deutsche Wehrverein verfolgte das Ziel, im Volk den Willen zum Krieg zu schüren, mit dem, wie General August Keim 1912 erklärte, der Entschluß zur rücksichtslosen Offensive verbunden sein müsse, da sich Deutschland zum Angriff zu rüsten und deshalb sein Heer im umfassenden Sinne zu verstärken habe. Und er tat das bewußt zu einer Zeit, als die deutsche und internationale Öffentlichkeit noch im Banne der Marokkoereignisse stand, mit denen der deutsche Imperialismus auf einen Krieg um die Neuaufteilung der Welt zusteuerte.

Zur gleichen Zeit sicherten sich Monopolisten hinter den Kulissen ihrer offiziellen Politik und Propaganda, in geheimen Verhandlungen mit französischen Monopolgruppen, für jeden Fall einen Anteil an der Ausbeutung Marokkos. Das war die Praxis ihrer „patriotisch" getarnten Profitgeschäfte.

Eine Reihe sozialdemokratischer Zeitungen rief zu gemeinsamen Aktionen des deutschen und französischen Proletariats gegen das imperialistische Kriegsabenteuer auf. In 31 Wahlrechtsversammlungen in Berlin am 4. Juli 1911 gingen die meisten sozialdemokratischen Redner auf die Hintergründe der Marokkokrise ein. Zu den vom Parteivorstand vorgeschlagenen Wahlrechtsresolutionen wurden vielfach Zusatzanträge angenommen, die die Marokkoprovokation zurückwiesen und in denen sich die Teilnehmer verpflichteten, einmütig für den Frieden und gegen den Krieg zu kämpfen. 6000 Stuttgarter Sozialdemokraten erklärten in einer Versammlung mit Karl Liebknecht am 15. Juli, „daß für das marokkanische Abenteuer nicht ein Mann und nicht ein Groschen aufgewendet werden darf"[195]. Im gleichen Sinne sprach Karl Liebknecht am darauffolgenden Tag auf einem internationalen Sozialistentreffen in Arbon in der Schweiz.

[195] Vorwärts (Berlin), 18. Juli 1911.

Die Mehrheit des Parteivorstandes widersetzte sich der Masseninitiative gegen die Marokkokrise. Erst am 8. August 1911, fünf Wochen nach dem „Panthersprung nach Agadir", gab der Parteivorstand einen Aufruf zu Massenversammlungen gegen die imperialistische Marokkopolitik heraus. Der Druck der Massen und die scharfe Kritik revolutionärer Sozialdemokraten an seiner opportunistischen Abwartepolitik zwangen ihn dazu.

Die Protestbewegung gegen die imperialistische Kriegsgefahr erlebte einen gewaltigen Aufschwung. In vielen Städten wurden Massenkundgebungen organisiert: in Augsburg, Brandenburg, Bremen, Erfurt, Essen, Forst (Lausitz), Frankfurt (Oder), Görlitz, Hagen, Halle, Hamburg, Jena, Mannheim, München, Potsdam, Schwerin, Stralsund und vielen anderen Städten. Die außerordentlich hohen Teilnehmerzahlen – in Leipzig und Nürnberg 30 000, in Hannover 15 000, in München 10 000, in Halle 6000 – zeigten, wie verhaßt die provokatorische Kriegspolitik bei den Werktätigen Deutschlands war. Die Kundgebung der rund 200 000 Berliner am 3. September 1911 im Treptower Park war eine der größten Friedensmanifestationen der deutschen Arbeiter vor 1914.[196]

Auf allen Kundgebungen protestierten die Teilnehmer in Resolutionen gegen die imperialistische Kriegspolitik. Die friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes, an deren Spitze die Arbeiterklasse stand, bewiesen in jenen Wochen, daß sie bereit waren, Hüter des Weltfriedens zu sein und, wie Karl Liebknecht schrieb, „den diplomatischen Geheimköchen der kapitalistischen Kolonialfreibeuter ihr Rezept recht gründlich zu verderben"[197].

Überall dort, wo Linke an der Vorbereitung dieser Kundgebungen entscheidend beteiligt waren, gab es in den Resolutionen Hinweise auf die Beschlüsse des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart, klare Einschätzungen der Lage und die Forderung, alle Kampfmittel der Arbeiterbewegung gegen die Kriegsgefahr einzusetzen. Im Gegensatz dazu versuchten die Revisionisten und Zentristen, die beginnenden Aktionen der Massen von der Grundfrage, dem Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik, abzulenken. In ihren Veröffentlichungen beschränkten Eduard Bernstein und Karl Kautsky zum Beispiel den proletarischen Friedenskampf auf Probleme des Völker-

196 Dokument Nr. 47.

197 Karl Liebknecht: Marokko-Hundstagspolitik. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IV, Berlin 1961, S. 451/452.

rechts, der Vernunft und der Moral. Andere wieder beanstandeten die angebliche Mißachtung der Gleichberechtigung Deutschlands in Marokko. Mit solchen „Argumenten" unterstützten sie objektiv die chauvinistische Aufhetzung der Bevölkerung durch die deutsche Kriegspartei. Außerdem brachten die Revisionisten und Zentristen auf dem Jenaer Parteitag von 1911 wichtige Zusatzanträge der deutschen Linken zur Marokkoresolution des Parteivorstandes[198] zu Fall. Diese Anträge protestierten gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der Kolonialvölker und gegen jede durch Krieg oder Diplomatie erzielte Vergrößerung des Kolonialbesitzes und wiesen auf die Verantwortung der imperialistischen Bourgeoisie für einen Weltkrieg hin.

Im Gegensatz zum Jenaer Parteitag nahm das Internationale Sozialistische Büro in seiner Sitzung vom 23. September 1911 in Zürich, an der unter anderen W. I. Lenin, Rosa Luxemburg und für die deutsche Sozialdemokratie August Bebel und Hermann Molkenbuhr teilnahmen, eine Resolution gegen die Kriegsgefahr an, die ausdrücklich die Pflichten des Proletariats im Falle eines Krieges unterstrich und die wichtige Aufforderung enthielt, auch gegen jede Erweiterung des Kolonialbesitzes auf „friedlichem" Weg zu protestieren, also jene Gedanken, um deren Annahme die Linken auf dem Parteitag in Jena vergeblich gerungen hatten.

Über die schädliche Abwartepolitik des Parteivorstandes und die Befürwortung der imperialistischen Außenpolitik durch die Revisionisten war es bereits vorher zu heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen gekommen. Rosa Luxemburg hatte als Mitglied des Internationalen Sozialistischen Büros scharfe Kritik an der Haltung des Parteivorstandes geübt. Hermann Molkenbuhr hatte im Namen des Parteivorstandes eine von den französischen und englischen Sozialdemokraten angeregte Sondersitzung des Internationalen Sozialistischen Büros zur Marokkofrage als unnötig abgelehnt. Rosa Luxemburg veröffentlichte den entsprechenden Brief Hermann Molkenbuhrs in der Presse.[199] Die Revisionisten, unterstützt von Karl Kautsky, beschuldigten sie deshalb des Bruches der Parteidisziplin und suchten sie und ihre Kampfgefährten durch die Verleumdung zu isolieren, sie habe mit ihrer Kritik dem Gegner mitten in der Aktion Waffen geliefert. Damit wollten die Rechten verhindern, daß die prinzipiellen Auseinandersetzungen auf dem Jenaer Parteitag 1911 fortgeführt

198 Dokument Nr. 48.

199 Dokument Nr. 45 u. 46.

wurden. Die Linken wehrten sich auf dem Parteitag auf das entschiedenste gegen dieses Ablenkungs- und Verwirrungsmanöver und vereitelten das von den Rechten gegen Rosa Luxemburg geplante Disziplinarverfahren.

Das Vorgehen gegen Rosa Luxemburg ist eines der vielen Beispiele dafür, daß die Revisionisten und Zentristen bei der Bekämpfung der revolutionären Kräfte in der Partei vor keinem Mittel zurückschreckten. Durch Intrigen und fraktionelle Politik verdrängten sie die Linken nach und nach aus allen wichtigen Positionen des Parteiapparates und der Parteipresse, um die Partei allein zu beherrschen.

Dennoch gewannen die deutschen Linken durch ihren vielseitigen und konsequenten Kampf, vor allem gegen die zunehmenden imperialistischen Kriegsvorbereitungen und gegen den Opportunismus, in der deutschen Arbeiterbewegung an Einfluß. Wie aus Rosa Luxemburgs Artikel „Das Offiziösentum der Theorie" von 1913 hervorgeht, konnten sich die Linken mit der Forderung nach revolutionären Mitteln und Methoden des Klassenkampfes auf ihren Einfluß in den Parteiorganisationen von Berlin, Essen, Gotha, im niederrheinischen Bezirk, in Sachsen, Solingen, Stuttgart, bei den Redaktionen der „Gleichheit" sowie der Bochumer, Braunschweiger, Dortmunder, Elberfelder, Erfurter, Nordhäuser und anderer Parteiblätter stützen.

Der Kampf der deutschen Linken trat in den letzten Vorkriegsjahren endgültig aus dem Stadium der Abwehr einer revisionistischen Minderheit innerhalb der revolutionären Partei heraus und entwikkelte sich zur revolutionären Opposition gegenüber der offiziellen Politik der immer mehr vom Revisionismus und Zentrismus beherrschten Führungsgremien der deutschen Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften. Aber die deutschen Linken blieben weiterhin eine politisch-ideologische Strömung mit sehr unterschiedlichen Auffassungen. Sie besaßen keine einheitliche politisch-ideologische Plattform und bildeten keine selbständige Gruppierung oder Fraktion in der Partei. Das kennzeichnete die Schwäche der deutschen Linken.

Die Revisionisten versuchten auch bei den Auseinandersetzungen auf lokaler Ebene mit raffinierten, heimtückischen Methoden gegen die Linken vorzugehen und von den grundsätzlichen Fragen abzulenken. In der Landesparteiorganisation Baden gelang es ihnen auf diese Weise, die gegen die Budgetbewilliger entstandene Opposition unter Adolf Geck in Karlsruhe, Mannheim, Offenburg und anderen Orten wieder zurückzudrängen und teilweise sogar zu zerschlagen.

Auch gegen die Linken in Stuttgart münzten die Revisionisten des Landesvorstandes in Württemberg und des Parteivorstandes jede grundsätzliche Auseinandersetzung in „persönliche Differenzen" um. Hier jedoch verstanden es neben Clara Zetkin Arthur Crispien, Käte Duncker, Edwin Hoernle, Jakob Walcher, Fritz Westmeyer und ihre Kampfgefährten, ihren entscheidenden Einfluß in der Stuttgarter Parteiorganisation zu behaupten, die „Schwäbische Tagwacht" in ihre Hand zu bekommen und für kurze Zeit auch die Göppinger „Freie Volkszeitung" herauszugeben.

Die deutschen Linken hatten es bereits überall äußerst schwer, sich gegen die Revisionisten und Zentristen durchzusetzen. Nur dort, wo sie, wie in Stuttgart, organisiert und systematisch vorgingen und ein Presseorgan errangen, vermochten sie längere Zeit ihren ausschlaggebenden Einfluß zu behaupten.

In den letzten Vorkriegsjahren stießen alle Bestrebungen der revolutionären Kräfte zur Festigung der sozialdemokratischen Parteiorganisation auf den heftigen Widerstand der Opportunisten. Ausschlüsse aus der Partei aus ideologischen Gründen waren sehr selten. Der Ausschluß von Gerhard Hildebrand 1912, der sich in einem Buch 1910 für die imperialistische Kolonialpolitik, für den Militarismus und für die Schutzzölle ausgesprochen hatte, blieb eine Ausnahme.

Der verderbliche Einfluß des Opportunismus in der deutschen Sozialdemokratie äußerte sich darüber hinaus im Organisationsfetischismus.

Die deutsche Sozialdemokratie hatte seit rund einem halben Jahrhundert die bürgerliche Gesetzlichkeit ausgenutzt und sich seit 1890 ihre Legalität erhalten können. In diesen Jahren war sie zu einer mächtigen Organisation angewachsen, besaß einen weitverzweigten Organisationsapparat und hatte großen Einfluß auf verschiedene andere Arbeiterorganisationen. Im Jahre 1910 hatte die deutsche Sozialdemokratie 720 038 Mitglieder, unter ihnen 82 642 Frauen. In 381 Reichstagswahlkreisen hatte sie entsprechend dem Statut von 1905 Parteiorganisationen aufgebaut und besaß in ihnen 3831 Ortsvereine. In 410 Orten bestanden Bildungsausschüsse, in 360 Orten Jugendausschüsse. In 103 Orten existierten selbständige Jugendvereine mit 17 755 Mitgliedern. Bei den letzten Reichstagswahlen, 1907, gaben 3,3 Millionen Wähler ihre Stimme der Sozialdemokratie. 1910 hatte die deutsche Sozialdemokratie 52 Reichstags- und 186 Landtagsabgeordnete und 7729 Gemeindevertreter. Sie besaß 83 eigene Zei-

tungen, von denen 76 wöchentlich sechsmal erschienen. Das Zentralorgan, der „Vorwärts", hatte 1910 139 000 Abonnenten, die theoretische Wochenschrift, „Die Neue Zeit", 9800, „Die Gleichheit" 85 000, die „Arbeiter-Jugend" 45 000 und die humoristisch-satirische Zeitschrift „Der wahre Jacob" 286 000. Die freien Gewerkschaften bestanden aus 53 Zentralverbänden mit 2 017 298 Mitgliedern, unter ihnen 161 512 Frauen. Sie besaßen 1910 684 Gewerkschaftskartelle und vertrieben rund 60 Gewerkschaftszeitungen mit etwa zwei Millionen Exemplaren. Außerdem existierten viele andere Arbeiterorganisationen, so zum Beispiel 1151 Konsumvereine mit 1 181 360 Mitgliedern, 1806 Vereine des Arbeiter-Turnerbundes mit 153 582 Mitgliedern und Hunderte andere Arbeitersportvereine, Arbeitergesangvereine mit großem Masseneinfluß.

Doch vielerorts hatten die Versammlungen und die Zahlabende der deutschen Sozialdemokratie ihren revolutionären Inhalt verloren. Wilhelm Pieck, der seit 1910 Zweiter Sekretär des Zentralen Bildungsausschusses und Sekretär der Parteischule war, kritisierte dies auf einer Generalversammlung des Verbandes Sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend: „Die Klagen über die Öde der Zahlabende nehmen zu. Aber von oben her ist man bisher ängstlich bemüht gewesen, diese Klagen zu unterdrücken, sie zu ignorieren, ohne ernsthaft an eine Beseitigung der Mißstände heranzugehen. Durch einen theoretisch fein ausgeklügelten Organisationsapparat, der aber praktisch von Jahr zu Jahr mehr und mehr versagt, versucht man ängstlich, den Fortschritt zu hindern ... Wir haben sorgfältig einen Organisationsaufbau errichtet, aber dabei vergessen, für die Zufuhr von Licht und frischer Luft zu sorgen, und wo noch eine Ritze der frischen Luft Zutritt gewährt, da wird sie schnell verstopft ..."[200] Zur Überwindung des „verknöcherten Bürokratismus" forderte er unter anderem die Ersetzung der Zahlabende durch reguläre Mitgliederversammlungen, die politische Ausbildung von Referenten und die Organisierung von Ausstellungen und Kunstabenden. Doch Artikel Wilhelm Piecks mit solchen Vorschlägen wurden bezeichnenderweise nicht selten von Zeitungsredaktionen oder anderen Parteiinstitutionen unterdrückt.

Ein Ausdruck der Unzufriedenheit der revolutionären Kräfte mit der gesamten opportunistischen Politik der Parteiführung waren die

200 Wilhelm Pieck: Gegen verknöcherten Bürokratismus in der Partei. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 293 u. 294. – Dokument Nr. 51.

Beschlüsse des Jenaer Parteitages 1911 zur Organisationsfrage. Der Parteitag wählte nicht den offenen Opportunisten Friedrich Ebert zum Nachfolger des verstorbenen Paul Singer, sondern Hugo Haase, der in wichtigen Fragen der Parteipolitik zentristische Positionen einnahm. Der Parteivorstand wurde um zwei Sekretäre erweitert, und zur Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission wurde eine Kommission eingesetzt.

Doch die Neuerungen im Statut, die auf dem darauffolgenden Parteitag 1912 in Chemnitz beschlossen wurden, verwandelten sich in den Händen der Opportunisten in Mittel zur Ausweitung und Festigung ihrer Vorherrschaft, obwohl die Neuerungen von den revolutionären Kräften zur Einschränkung des Übergewichts der opportunistischen Elemente gedacht waren. Besonders die Einrichtung eines Parteiausschusses und sein Aufbau nach föderalistischem Prinzip schränkte die Rechte der Kontrollkommission, in der die Linken durch Clara Zetkin noch Einfluß hatten, sehr ein und stärkte die Positionen der Revisionisten und Zentristen in der Partei. Die führenden Gremien der deutschen Sozialdemokratie versanken im Opportunismus und gerieten mehr und mehr in völligen Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse und des deutschen Volkes.

Die Arbeiter sahen in der deutschen Sozialdemokratie jedoch nach wie vor ihre Interessenvertreterin, und zwar vor allem, weil die politische Linie der Partei offiziell gegen Ausbeutung, politische Entrechtung, Militarismus und imperialistische Kriegsgefahr gerichtet war. An ihrer Spitze stand außerdem der hervorragende Arbeiterführer August Bebel, mit dessen Leben und Wirken die besten Traditionen und alle großen Erfolge der deutschen Sozialdemokratie in den vergangenen Jahrzehnten verbunden waren. In ihren Reihen kämpften Zehntausende revolutionär gesinnter Mitglieder, beeinflußt von den vorwärtsweisenden Auffassungen Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs, Franz Mehrings, Clara Zetkins und anderer führender Vertreter der deutschen Linken, konsequent gegen die imperialistische Kriegspolitik der herrschenden Klassen und für die Verbesserung der Lage der Massen. Wie August Bebel 1911 feststellte, wuchs außerdem die Feindseligkeit der Massen gegen die revisionistischen Führer, je mehr sich die Gegensätze in Deutschland zuspitzten. Die meisten revolutionären Sozialdemokraten und ihre Führer hatten allerdings die Illusion, der Massenwille werde im entscheidenden Moment die Revisionisten vorwärtsdrängen oder über sie hinweggehen, so daß die

revolutionäre Massenbewegung von ihnen nicht gehemmt werden könne. In der deutschen Sozialdemokratie waren viele falsche Auffassungen über das Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit vorhanden, die mit einer gewissen Unterschätzung der Gefahr des Opportunismus für die Partei verbunden waren. Hinzu kam, daß die gefährliche opportunistische Strömung des Zentrismus und ihr Wesen so gut wie gar nicht erkannt wurden.

Der wachsende Einfluß der deutschen Sozialdemokratie in diesen Jahren war jedoch keineswegs eine Zustimmung der Arbeitermassen zur sogenannten einsichtsvollen opportunistischen Politik der Rechten in der Führung der Partei und der freien Gewerkschaften. Die tatsächlichen Ursachen des zunehmenden sozialdemokratischen Einflusses lagen in der Zuspitzung des Klassenkampfes, in den trotz der Ausbreitung des Opportunismus noch vorhandenen revolutionären Potenzen der deutschen Sozialdemokratie und in den Ideen des Marxismus, die in den Arbeitermassen wirkten. Diese Ideen wurden vor allem von den deutschen Linken als ideologischer Strömung der fortgeschrittensten marxistischen Kräfte, der besten Verteidiger revolutionärer sozialdemokratischer Politik, verkörpert.

Bei den Reichstagswahlen im Januar 1912 errang die Sozialdemokratie mit 4,25 Millionen von insgesamt 12,2 Millionen Stimmen ihren größten Wahlsieg vor dem ersten Weltkrieg und zog mit 110 Abgeordneten in den Reichstag ein. Unter ihnen war auch Karl Liebknecht, der als erster Sozialdemokrat im Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland, dem sogenannten Kaiserwahlkreis, gewählt worden war. In Berlin errangen die Sozialdemokraten rund 75 Prozent der gültigen Stimmen.

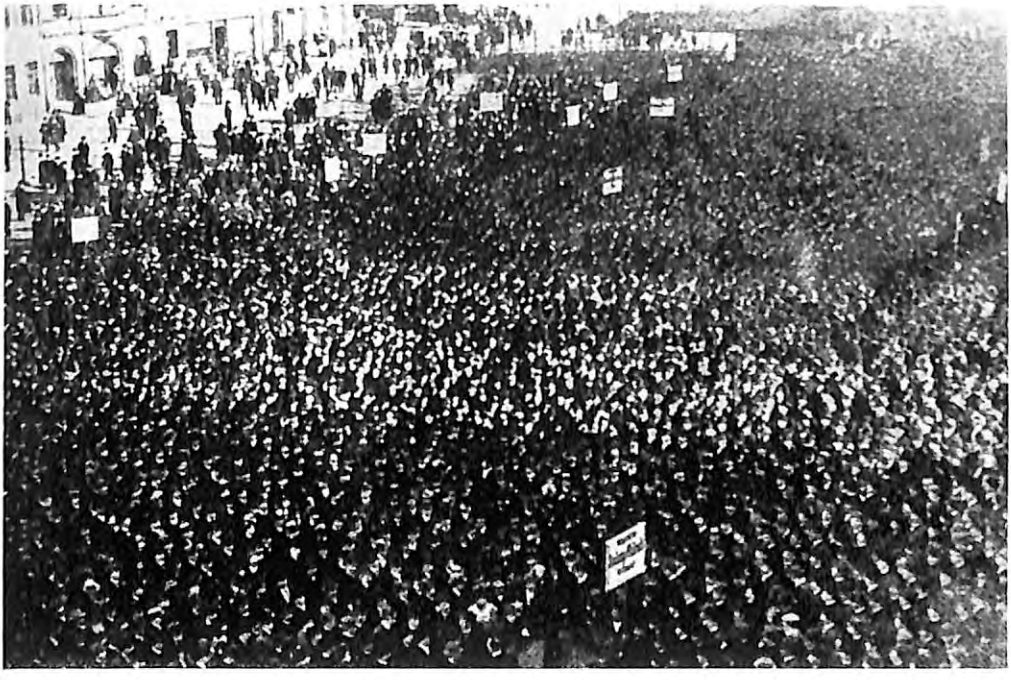
Jeder dritte Wähler hatte seine Stimme der deutschen Sozialdemokratie gegeben und durfte dem sozialdemokratischen Wahlaufruf zufolge eine konsequente demokratische, eine revolutionäre Politik der Partei und ihrer Fraktion erwarten. Doch es traf ein, was August Bebel am Wahltag vorausgesehen hatte, daß die Sozialdemokratie „eine merkwürdig gemischte Gesellschaft in die Fraktion bekommen" werde.[201] Die Fraktion wählte August Bebel, Hugo Haase und Hermann Molkenbuhr zu ihren Vorsitzenden. Den beherrschenden Einfluß hatten in der Fraktion die Revisionisten und Zentristen.

Nur wenige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete sahen wie

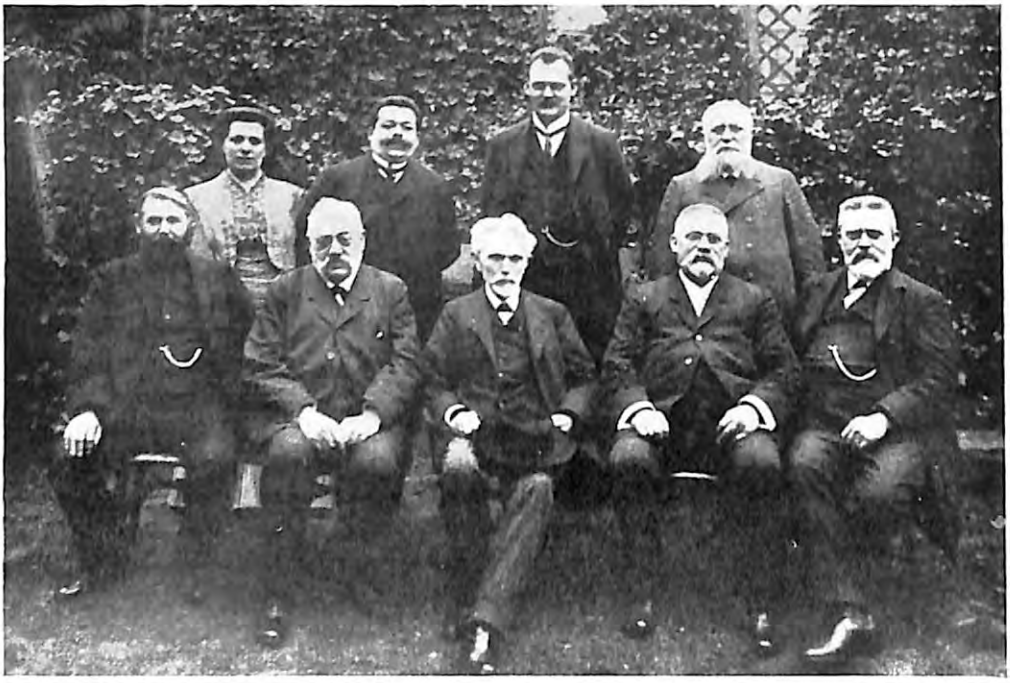
201 August Bebel an Victor Adler, 12. Januar 1912. In: Victor Adler: Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, Wien 1954, S. 545.



Demonstration in Jena, 1909



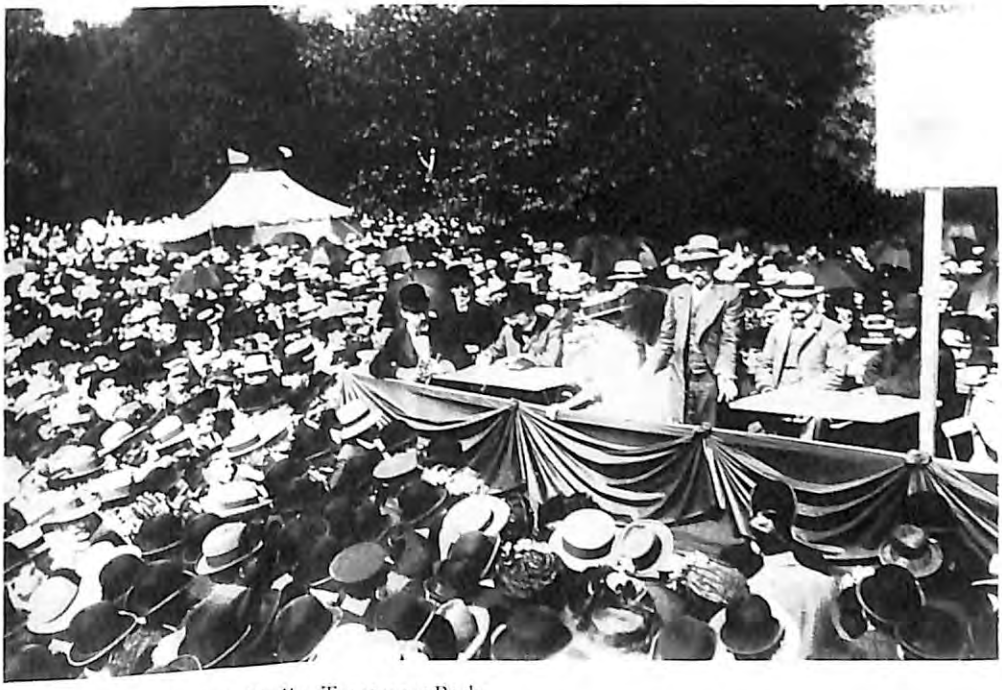
Wahlrechtsdemonstration in Essen, März 1910



Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1909.
V. l. n. r. stehend: Luise Zietz, Friedrich Ebert, Hermann Müller, Robert Wengels;
sitzend: Alwin Gerisch, Paul Singer, August Bebel, Wilhelm Pfannkuch, Hermann Molkenbuhr



Rosa Luxemburg spricht in Deutz, 1910



Friedenskundgebung in Berlin, Treptower Park,
gegen die Kriegsprovokation des deutschen Imperialismus in Marokko,
3. September 1911



Demonstration zum Internationalen Frauentag in Berlin, 1911



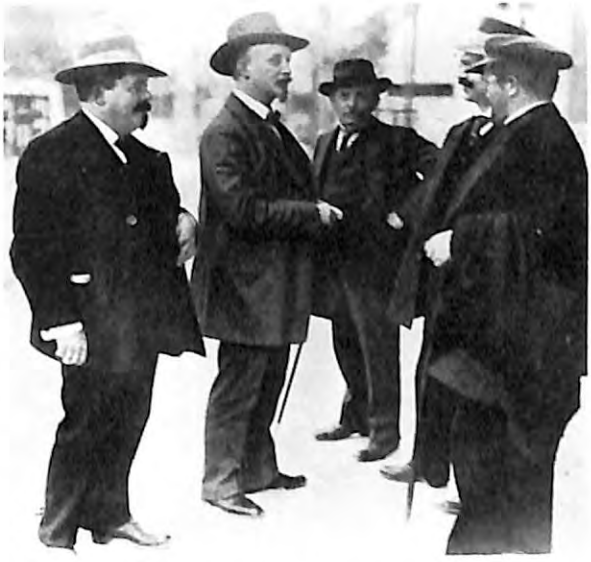
Polizei jagt während des Ruhrbergarbeiterstreiks
eine Menschenansammlung in Dortmund auseinander, März 1912



Militärpartrouille während des Ruhrbergarbeiterstreiks
in den Straßen von Herne, März 1912



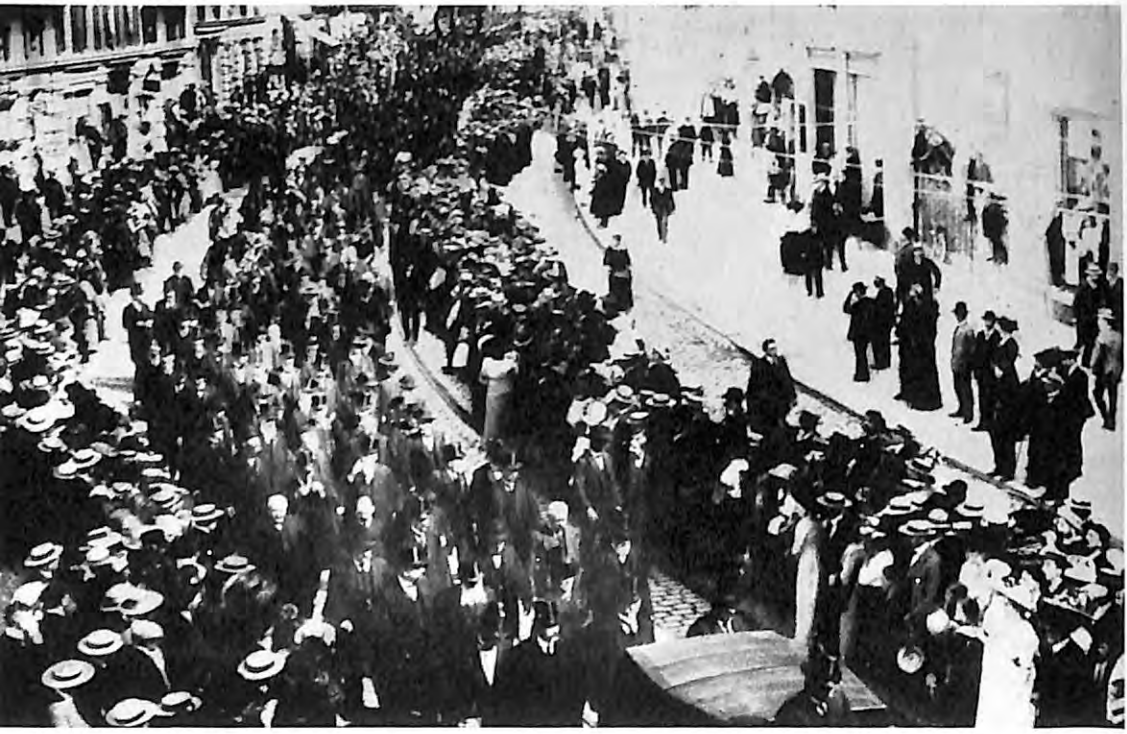
August Bebel



Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann (v. l. n. r.)
im Gespräch mit Teilnehmern des Parteitages
der deutschen Sozialdemokratie in Jena, September 1913



Karl Liebknecht nach einer Sitzung
des preußischen Abgeordnetenhauses, 1912



Führer der internationalen Sozialdemokratie und Einwohner Zürichs geben August Bebel das letzte Geleit, 14. August 1913



Trauergäste. In der ersten Reihe v. l. n. r.: Luise Kautsky, Kathia Adler, Victor Adler, Karl Kautsky, J. H. W. Dietz; hinter Karl Kautsky: Hugo Heinemann und Frau, Karl Liebknecht



Internationaler Jugendtag in Stuttgart, Pfingsten 1914

Im Garten der Hesperiden.

Die Chancen des Rüstungsgeschäftes 1913/14.

Eine ausserordentliche Expansion der grossen Unternehmungen des Rüstungskapitals ist die Signatur der letzten Jahre. Es ist wieder viel Blut geflossen, die Erde dampft von Blut und eine fatale verfluchte Bitterung nach künftigem Blut will uns nicht aus der Nase.

Das ist die Atmosphäre, in der die Mordindustrie an die Halme schiesst.

Die Erweiterung des Krupp- und des Löwecon-cerns und der grossen ausländischen Rüstungsconcerne, die Kapitalsverdoppelung der Waffen- und Munitionsfabriken, die Kapitalserhöhung von Böhler & Co und vom Kobelken, die Kapitalserhöhung vom Trust, die im Rechenschaftsbericht der Skoda Werke aus 1914 verzeichneten Neuinvestitionen (Vossische Ztg 22. April 1914), die Riesengewinne von Krupp, die in der neuesten Zeit fast über das Fassungsvermögen gewöhnlicher Sterblicher hinausgehen, die höchst günstige Geschäftslage von Goerz, dem hauptsächlichen deutschen Unternehmen der optischen Kriegsindustrie, die Mitteilung der Verwaltung von Ehrhardt in der Generalversammlung vom 27. Februar 1913, dass der Auftragsbestand in Kriegsmaterial und die Preise dafür höher als im Vorjahre seien und also für 1912/13 ein günstiges Resultat erwartet werde, eine Erwartung, die sich bekanntlich inzwischen bestätigt hat, das Anwachsen des Werftkapitales und

Eine Seite
aus dem Manuskript der
Arbeit Karl Liebknechts
über die Internationale
der Rüstungsindustrie



Kaiser Wilhelm II. und Gustav Krupp von Bohlen und Halbach
auf der Hundertjahrfeier der Krupp-Werke in Essen, 1912

Karl Liebknecht, daß „der Kampf um das Vertrauen, um die ‚Seele' der Träger der außerparlamentarischen Macht ... der Kern jedes parlamentarischen Ernstkampfes" für einen sozialistischen Abgeordneten ist.[202] Nur wenige handelten so kühn und unerschrocken wie er, der an den Fragen der Tagespolitik die Gesamtpolitik des proletarischen Klassenkampfes entwickelte und die Volksmassen durch hervorragende Parlamentsreden aufzurütteln verstand. Zu jenen, die Karl Liebknecht in der Anklage gegen die Politik der herrschenden Klasse und im Ringen um demokratische und soziale Reformen unterstützten, zählten neben August Bebel Wilhelm Dittmann, Adolf Geck, Alfred Henke, Joseph Herzfeld, Georg Ledebour und Arthur Stadthagen.

In völligem Gegensatz zu ihnen standen die extrem opportunistischen Reichstagsabgeordneten der Sozialdemokratie, wie Gustav Noske und Albert Südekum, die zum Beispiel 1912 in der Budgetkommission des Reichstages für eine Regierungsforderung von 650 000 Mark zur Unterstützung imperialistischer Interessen in China stimmten, weil diese Mittel angeblich dem Schutze deutscher Staatsbürger dienen sollten.

Die Fraktion setzte sich zu ihrem größten Teil aus Opportunisten zusammen, die ihren Einfluß zur Verstärkung der parlamentarischen Illusionen in der Partei und unter der Bevölkerung mißbrauchten und die Reichstagsfraktion immer mehr zum bestimmenden Parteigremium machten. Auch der Parteivorstand nutzte das Wahlergebnis zur endgültigen Absage an außerparlamentarische Kämpfe und zur Verbreitung der reformistischen Ideologie aus. Gegen den Widerstand der Mitglieder verpflichtete er sich außerdem in einem geheimen Abkommen mit der Fortschrittlichen Volkspartei, bei den Stichwahlen in 16 Wahlkreisen den Wahlkampf einzustellen.[203]

Die Arbeiter erfüllte berechtigter Stolz auf die Erfolge, die sie in den vergangenen Jahrzehnten durch Wahl- und Streikkämpfe errungen hatten. Solche großartigen Erfolge wie der Wahlsieg 1912 führten allerdings bei einem großen Teil von ihnen zu der Annahme, daß der Klassengegner allein durch Streiks und Wahlkämpfe zu besiegen sei. Diese trügerischen Vorstellungen wurden durch die Propaganda der Opportunisten über die Vorteile ihrer „praktischen Politik" systema-

202 Karl Liebknecht: Zur Taktik im parlamentarischen Kampf. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd.VI, Berlin 1964, S. 407/408.

203 Dokument Nr. 50.

tisch gefördert. Sie nutzten die Illusionen über die Tragweite des parlamentarischen Kampfes geschickt aus, um den Nurparlamentarismus zu verherrlichen, von Kampfmitteln wie dem politischen Massenstreik abzulenken und die Arbeiter von der Orientierung auf die Revolution abzubringen.

Im Jahre 1912 streikten wiederum mehrere hunderttausend Arbeiter insgesamt fast fünf Millionen Tage gegen die infolge der imperialistischen Kriegsvorbereitungen immer drückender werdende Ausbeutung und Unternehmerwillkür. Von besonderer Bedeutung waren die Kampfaktionen der Bergarbeiter in den Kohlenrevieren des Ruhrgebiets, Aachens, Lothringens, Sachsens und der Saar. Zur gleichen Zeit standen Millionen Klassenbrüder in Belgien, Böhmen, Frankreich und Großbritannien in erbittertem Kampf gegen ihre Zechenherren.

Die Bergarbeiter im Ruhrgebiet forderten 15 Prozent Lohnerhöhung, statt zehn- bis zwölfstündiger Arbeitszeit den Achtstundenarbeitstag, Ersetzung des Arbeitsnachweises der Unternehmer durch einen paritätischen Nachweis, höhere Leistungen aus der Knappschaftskasse und Einschränkung der Geldstrafen. Da die Ruhrmagnaten alle Forderungen ablehnten, entschieden sich die Arbeiter für den Streik. Unter ihrem Druck mußten auch die Führer des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes, der Polnischen Berufsvereinigung und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die die Bewegung zunächst zu bremsen versucht hatten, dem Streik zustimmen. Am 13. März streikten im Ruhrrevier bereits 250 000 Bergarbeiter, die von ihren Frauen im Kampf unterstützt wurden. Unter ihnen befanden sich auch viele Anhänger des christlichen Bergarbeiterverbandes, dessen Führung jede Beteiligung am Streik ablehnte und ihn verriet.

„Wir haben alle die Empfindung, daß wir in beschleunigtem Tempo der Revolution mit dem Ziele der sozialistischen Republik entgegeneilen", konstatierte der Konservative Jesco von Puttkamer am 12. März im Preußischen Herrenhaus und beschwor die Regierung, den Streik mit allen Mitteln niederzuwerfen und weder vor dem Verfassungsbruch noch vor dem Erlaß eines Ausnahmegesetzes zurückzuschrecken.[204]

Die schon vor Beginn des Streiks im Ruhrgebiet zusammengezogenen Tausende von Polizisten griffen vom ersten Streiktag an zu Terror-

[204] Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Herrenhauses in der Session 1912/1913, Erster Band, Berlin 1913, Sp. 103.

maßnahmen. Versammlungen wurden aufgelöst. Streikbüros geschlossen, Streikbrecher geschützt, Streikführer verhaftet und Flugblätter verboten. Auf Ersuchen der Grubenbesitzer setzte die Regierung außerdem starke Militäreinheiten ein. Es kam zu blutigen Zusammenstößen, bei denen vier Arbeiter getötet und Hunderte verletzt wurden. Auch die Klassenjustiz wurde gegen die streikenden Arbeiter eingesetzt. In größter Hast wurden über 2000 Strafverfahren eingeleitet; fast alle endeten mit mehrmonatigen Gefängnis- oder hohen Geldstrafen. Die Bergarbeiter blieben standhaft. Die reformistischen Gewerkschaftsführer aber, die dem Streik nur widerwillig und unter dem Druck der Arbeiter zugestimmt hatten, benutzten die erste Möglichkeit, den Streik abzuwürgen. Der Streikabbruch erfolgte für die Bergarbeiter völlig unerwartet. Da sich die Empörung der Streikenden berechtigt, aber fälschlicherweise ausschließlich gegen die Streikbruchpolitik der Gewerkschaftsführer des christlichen Bergarbeiterverbandes richtete, vermochten die reformistischen Führer des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes ihre eigene Kapitulationspolitik raffiniert zu decken.

Der Streik endete mit einer Niederlage. Dennoch hatte er große Bedeutung, denn er demonstrierte die Bereitschaft Hunderttausender Bergarbeiter in Deutschland, neben dem Stimmzettel die Macht des Streiks in dem sich zuspitzenden Klassenkampf einzusetzen.

Angesichts der Verschärfung der imperialistischen Gegensätze und der Tatsache, daß sich jeder Konflikt zwischen den imperialistischen Mächten in einen Weltbrand auszuweiten drohte, begannen führende Sozialdemokraten, besonders deutsche Linke, die neuen ökonomischen Erscheinungen des imperialistischen Systems auch theoretisch genauer zu untersuchen.

Bereits 1910 war „Das Finanzkapital" des in Deutschland lebenden österreichischen Marxisten Rudolf Hilferding erschienen, das W. I. Lenin 1916 als „eine höchst wertvolle theoretische ‚Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus'" bezeichnete.[205] Auf marxistischer Grundlage hatte Rudolf Hilferding wichtige Seiten der imperialistischen Entwicklung und des Zusammenhangs von Imperialismus und Krieg analysiert und war zu neuen Erkenntnissen, zum Beispiel über die Rolle der Aktiengesellschaften und die verschiedenen Formen des Kapitalexports, gekommen. Rudolf Hilferdings „Finanzkapi-

[205] W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 199.

tal" hatte vor dem ersten Weltkrieg einen großen Einfluß in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung; es gehört zu den wichtigsten marxistischen Werken über den Imperialismus. Rudolf Hilferding ging jedoch vor allem von der Konzentration des Kapitals und nicht der Produktion aus, irrte in der Geldtheorie und neigte dazu, „den Marxismus mit dem Opportunismus zu versöhnen"[206]. Seine Tendenz zum Versöhnlertum ließ ihn wenig später in das opportunistische Lager abschwenken und dann zu einem der ärgsten Verfechter bürgerlicher Politik in der Arbeiterbewegung werden.

Julian Marchlewski hatte noch im selben Jahr in der „Leipziger Volkszeitung" Rudolf Hilferdings Leistung gewürdigt und dabei auch auf die Fehler hingewiesen, aber in ihnen lediglich ein „sonderbares Mißverständnis" gesehen.[207] Im Jahre 1912 schrieb Julian Marchlewski die Broschüre „Imperialismus oder Sozialismus?", die in Vorbereitung des Chemnitzer Parteitages 1912 in hoher Auflage vertrieben wurde. In ihr faßte er wichtige Erkenntnisse über das Wesen des Imperialismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse zusammen und betonte, daß der Kampf gegen den Imperialismus immer mehr zum „Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit" werde.[208] Von dem gleichen Grundgedanken war auch die wenig später erschienene Arbeit Rosa Luxemburgs „Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus" durchdrungen. Kämpferisch und leidenschaftlich prangerte Rosa Luxemburg die imperialistische Politik als Verbrechen an der Menschheit an und entlarvte vor dem deutschen Volk die Todfeinde der Nation. Sie irrte jedoch in der Akkumulationstheorie. Sie ging in ihren Untersuchungen von der Zirkulationssphäre aus und kam zu der falschen Schlußfolgerung, daß der Kapitalismus zusammenbrechen werde, sobald er alle nichtkapitalistischen Wirtschaftsformen beseitigt und sich in der ganzen Welt ausgebreitet habe. Viel gelesen und diskutiert wurde auch die 1912 veröffentlichte Broschüre Karl Radeks „Der deutsche Imperialismus und die Arbeiterklasse". Radek lebte als polnischer Marxist seit einigen Jahren in Deutschland, wirkte etwa ab 1912 in Bremen und förderte die Entwicklung linker Sozialdemokraten.

Indem führende Vertreter der deutschen Linken die Fragen: Imperialismus oder Sozialismus? Sozialreformismus oder Revolution? in

206 Ebenda.

207 Leipziger Volkszeitung, 27. August 1910.

208 Julian Marchlewski (J. Karski): Imperialismus oder Sozialismus?, S. 48.

vielfältiger Form durch Wort und Tat beantworteten, drangen sie zu wichtigen Teilerkenntnissen über den Imperialismus vor. Das trifft auf Karl Liebknechts Schriften und Dokumente über den Militarismus und das Rüstungskapital ebenso zu wie auf die Arbeiten Rosa Luxemburgs und Julian Marchlewskis. Auch August Bebels Werk „Die Frau und der Sozialismus" enthielt in der Neuauflage von 1909 ebenso wie sein Vorwort von 1911 zu Karl Marx' Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850" wichtige Andeutungen. Alle diese Arbeiten, die einen mehr, die anderen weniger, untersuchten die Kartelle und Trusts als neue Organisationsformen der Wirtschaft, deckten das zunehmende Profit- und Expansionsstreben der Kapitalisten auf, analysierten die Kapitalkonzentration und -ausfuhr und wiesen dabei immer wieder auf den ursächlichen Zusammenhang zwischen imperialistischer Politik und Kriegsgefahr hin. Ihre Erkenntnisse über einzelne Merkmale des imperialistischen Systems waren sehr bedeutsam und bereicherten den Marxismus. Wie Clara Zetkin 1912 schrieb, verfolgten die Linken dabei die Absicht, „die ganze Frage des Imperialismus vor die Massen zu tragen und hier den wahnwitzigen Gegensatz der kapitalistischen Ordnung selbst mit ihren Lebensnotwendigkeiten zu den Ansprüchen der Vernunft, der Kultur, aller Menschheitsideale aufzuzeigen . . ., das internationale Solidaritätsempfinden der breitesten proletarischen Massen zu wecken, sie zum klaren Bewußtsein zu schulen und als unerschütterlichen Friedenswillen den imperialistischen Kriegshetzereien entgegenzustellen"[209].

Die deutschen Linken sprachen, wenn auch mit Erkenntnissen sehr unterschiedlichen Grades und Umfanges, von einer neuen Phase oder auch letzten Etappe des Kapitalismus, in der die Bedingungen für den Sieg des Sozialismus herangereift sind, die Klassenauseinandersetzungen auf die Spitze getrieben werden und an deren Ende deshalb mit historischer Notwendigkeit die proletarische Revolution stehen werde. Sie sahen den Einfluß des Imperialismus auf den Staatsapparat und enthüllten den Militarismus als Hauptwerkzeug der Imperialisten im Kampf gegen die Arbeiterklasse und um die Eroberung der Weltherrschaft.

Der Parteitag in Chemnitz vom 15. bis 21. September 1912 behandelte Fragen des Imperialismus in einem besonderen Tagesordnungspunkt. Die Politik der Revisionisten und Zentristen bestand darin, die imperialistischen Gegensätze zu vertuschen, Illusionen über die Mög-

209 Die Gleichheit (Stuttgart), 1912/1913, Nr. 1, S. 2.

lichkeit einer friedlichen Entwicklung im Imperialismus zu verbreiten, auf diese Weise die Unversöhnlichkeit der Klassenwidersprüche zwischen Bourgeoisie und Proletariat in Frage zu stellen und die Notwendigkeit der proletarischen Revolution zu leugnen. Vor allem Eduard Bernstein und Ludwig Quessel vertraten diese offen antimarxistische Position. Die Zentristen dagegen versuchten, sich hinter scheinrevolutionären Phrasen zu verbergen. Das kam besonders im Referat Hugo Haases sowie in der von ihm vorgelegten und vom Parteitag angenommenen Resolution zum Ausdruck. Im ersten Teil seiner Ausführungen wies Hugo Haase nach, daß der Imperialismus die Reibungsflächen zwischen den imperialistischen Staaten vermehre und immer neue kriegerische Konflikte erzeuge. Diese richtige Darstellung hob er im letzten Teil seines Referats, der dem Kampf der Arbeiterklasse eine Orientierung geben sollte, selbst wieder auf. Er versuchte nachzuweisen, daß die Gewaltpolitik der Imperialisten und das Wettrüsten keine gesetzmäßige Erscheinung der kapitalistischen Entwicklung seien, sondern daß diese Politik lediglich vom Willen der Bourgeoisie abhänge. Demzufolge sei auch eine „friedliche Expansion", eine friedliche Einigung über die Aufteilung der Welt ohne kriegerische Verwicklungen, möglich. Auf dieser Grundlage überbewertete Hugo Haase die Forderung nach Rüstungsbeschränkungen. Seine Ausführungen besaßen insgesamt einen scheinrevolutionären Anstrich, der die Arbeiter über den opportunistischen Inhalt seines Referates hinwegtäuschte.

Die Zentristen vertraten im Grunde Auffassungen, wie sie Karl Kautsky später in seiner Theorie vom „Ultraimperialismus" zusammenfaßte, die zur theoretischen Basis des Sozialpazifismus im ersten Weltkrieg wurde. Danach führe die Herrschaft der Monopole zu einer organisierten kapitalistischen Weltwirtschaft und zur Beseitigung aller Widersprüche, Krisen und Kriege. In Wirklichkeit verschärften die Monopolverbände die Gegensätze unter sich und zwischen den kapitalistischen Ländern und trieben zum bewaffneten Kampf um die Neuverteilung der bereits aufgeteilten Welt.

Als Verteidiger marxistischer Auffassungen traten in der Debatte über den Imperialismus auf dem Parteitag Paul Lensch, Karl Liebknecht und Anton Pannekoek auf. Karl Liebknecht wies eindringlich auf die revolutionären Aufgaben des Proletariats im Kampf gegen den Imperialismus hin. Die Forderung nach internationaler Abrüstung war für ihn zu seiner Zeit, als imperialistische Kriege noch unvermeid-

bar waren, ein wichtiges, aber nicht das entscheidende Mittel im Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und Kriegsvorbereitung. Karl Liebknecht forderte die Abrüstung im Sinne der Friedenssicherung und der Entmachtung des Militarismus durch den proletarischen Klassenkampf. „Die internationale proletarische Solidarität immer weiter auszubilden und zu festigen, den Klassenkampf immer intensiver und leidenschaftlicher zu gestalten, immer mehr bereit zu sein, mit allen Mitteln, koste es, was es wolle, dem Imperialismus entgegenzutreten", das seien die entscheidenden Voraussetzungen, um der imperialistischen Völkerverhetzung zu begegnen und der herrschenden Klasse keine Zweifel zu lassen, erklärte Karl Liebknecht, „welch gewaltige wirtschaftliche, politische und soziale Gefahren sie durch die Entzündung eines Weltenbrandes über sich heraufbeschwören, vermöge der hohen intellektuellen Entwicklung des Proletariats und vermöge der rücksichtslosen Entschlossenheit des Proletariats zum Klassenkampf"[210]. Karl Liebknecht forderte, die Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse einzuhalten und den Mächten des imperialistischen Kapitalismus die proletarische Macht entgegenzusetzen. Diese klare und entschiedene Linie entsprach den Interessen der deutschen Arbeiterklasse und denen aller demokratischen und friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes.

In den Jahren 1912 und 1913 beschworen die beiden Balkankriege eine äußerst gefährliche Situation für den Weltfrieden herauf. Der Konflikt zwischen den Balkanstaaten und der Türkei berührte die Politik aller imperialistischen Großmächte Europas und drohte einen Weltbrand zu entfachen. Die Empörung der Völker war so groß und die außenpolitische Krise so tiefgreifend, daß der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie dieses Mal sofort reagieren mußte. Sein Appell vom 14. Oktober 1912, in dieser kritischen Situation das ganze Gewicht der Arbeiterklasse in die Waagschale zu werfen, um den Frieden zu retten und den kriegslüsternen deutschen Imperialisten und Militaristen in den Arm zu fallen, fand überall, in Berlin, Dortmund, Hamburg, Köln, Leipzig, Stuttgart und vielen anderen Städten, auf riesigen Protestmeetings starkes Echo. Die von den Opportunisten beherrschte Parteiführung erweckte für weite Kreise des deutschen Volkes den Anschein, sie sei bereit zu konsequentem Friedenskampf, obwohl sie sich in Wirklichkeit schon längst dem Wesen nach von bürger-

[210] Karl Liebknecht: Zum Problem des Imperialismus. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. V, Berlin 1963, S. 405/406.

lich-pazifistischen Ansichten leiten ließ. In den anderen europäischen Ländern wurden ebenfalls gewaltige Massenkundgebungen veranstaltet.

Angesichts der Bedrohung des Weltfriedens durch den Balkankrieg beschloß das Internationale Sozialistische Büro, einen außerordentlichen Sozialistenkongreß einzuberufen. Dem Internationalen Sozialistischen Büro, dem Exekutivorgan der II. Internationale, gehörten 1912 über 70 Delegierte aus 26 Ländern an, die die verschiedensten marxistischen und opportunistischen Richtungen, Strömungen oder Gruppen ihrer Parteien repräsentierten. Unter ihnen befanden sich bekannte Persönlichkeiten der internationalen Arbeiterbewegung, wie Victor Adler, Angelica Balabanoff, August Bebel, Daniel De Leon, Hermann Greulich, Jules Guesde, James Keir Hardie, Jean Jaurès, Georgi Kirkoff, O. W. Kuusinen, Constantino Lazzari, W. I. Lenin, Rosa Luxemburg, Ramsay Macdonald, Anton Nemec, G. W. Plechanow und Edouard Vaillant. Der Vorsitzende des Büros war Emile Vandervelde und der Sekretär Camille Huysmans aus Belgien.

Dem Kongreß ging eine neue Welle von Protestveranstaltungen in ganz Europa voraus. In fast allen europäischen Hauptstädten fanden am 17. November 1912 Friedensdemonstrationen statt, auf denen jeweils auch ausländische Sozialdemokraten sprachen. In Berlin traten James O'Grady, Jean Jaurès und Karl Renner auf. Ludwig Frank sprach in London, Karl Liebknecht in Budapest, Hermann Molkenbuhr in Amsterdam und Philipp Scheidemann in Paris.

Der Außerordentliche Sozialistenkongreß in Basel am 24. und 25. November 1912 wurde zu einem der bedeutendsten Höhepunkte des Kampfes der organisierten internationalen Arbeiterklasse gegen den imperialistischen Krieg. Der Kongreß widerspiegelte den Friedenswillen der Arbeiterklasse. Wie leicht könnten die Völker die einfache Rechnung aufstellen, warnte Jean Jaurès die Kriegshetzer, daß sie ihre eigene Revolution weniger Opfer kosten würde als der Krieg der anderen. Das Baseler Manifest der Internationale zur gegenwärtigen Lage bestätigte den revolutionären Beschluß des Stuttgarter Kongresses und forderte das internationale Proletariat auf, alle wirksamen Mittel zur Verhinderung des Krieges einzusetzen und, falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ihn durch den Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beenden. „Verkündet euren Willen in allen Formen und in allen Orten, erhebt euren Protest mit voller Wucht in den Parlamenten, vereinigt euch in Massen zu großen Kundgebungen,

nützt alle Mittel aus, die euch die Organisation und die Stärke des Proletariats in die Hand geben!" forderte es die Delegierten auf. „Sorgt dafür, daß die Regierungen beständig den wachsamen und leidenschaftlichen Friedenswillen des Proletariats vor Augen haben! Stellt so der kapitalistischen Welt der Ausbeutung und des Massenmordes die proletarische Welt des Friedens und der Verbrüderung der Völker entgegen!"[211] W. I. Lenin würdigte das Manifest als die beste und offiziellste Darstellung der sozialistischen Auffassungen vom imperialistischen Krieg und von der revolutionären Taktik der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Krieg.

Auf Beschluß des Kongresses oblagen der Arbeiterklasse Deutschlands, Englands und Frankreichs im Kampf der internationalen Arbeiterbewegung gegen die drohende Weltkriegsgefahr die wichtigsten Aufgaben. Sie sollten von ihren Regierungen verlangen, sowohl Österreich-Ungarn als auch Rußland jede Unterstützung zu verweigern, sich jeder Einmischung in den Balkankonflikt zu enthalten und unbedingte Neutralität zu wahren. Der Kongreß gab konkrete Empfehlungen für die Parteien dieser Länder. Er riet, wie bestimmte außenpolitische Maßnahmen einzelner Regierungen zu bewerten seien und welche Haltung ihnen gegenüber einzunehmen sei. Vom Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie wurden diese Hinweise nicht beachtet.

Im Namen der sozialdemokratischen Frauen hielt Clara Zetkin in Basel eine hervorragende Rede zur Verteidigung des Friedens. Sie versicherte die aktive Teilnahme der Frauen am Friedenskampf und rief auf, unter Einsatz des Lebens die Sache des Friedens, der Freiheit und des Glückes der Menschheit zu verteidigen und in diesem Sinne die Kinder zu erziehen.

Der Baseler Sozialistenkongreß und die vorangegangenen Antikriegskundgebungen in allen Ländern stellten erneut unter Beweis, welche einflußreiche politische Kraft die II. Internationale war. Den ihr angeschlossenen Parteien gehörten etwa 3,4 Millionen Mitglieder an. Davon entfielen bei Beginn des Krieges 1914 auf die deutsche Sozialdemokratie 1 085 905, auf die sozialdemokratischen und Arbeiterparteien Englands 1 559 082, Frankreichs 90 700 und Österreichs 145 500. Die Sozialdemokraten der einzelnen Länder vereinigten auf sich Millionen von Wählerstimmen. Bei den letzten Parlamentswahlen

211 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, 1914–1945, Bd. 1. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958, S. 7/8. – Dokument Nr. 53.

vor 1914 erhielten sie zum Beispiel in Belgien 600 000, in Deutschland 4 250 329, in England 370 802, in Frankreich 1 397 337, in Österreich 1 041 000 und in Rußland 800 000 Stimmen. Bedeutend gewachsen waren auch die Massenorganisationen, die unter dem Einfluß der II. Internationale standen. Im Jahre 1912 gab es in der Welt rund 14 Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Im Internationalen Gewerkschaftssekretariat waren davon 1912 Gewerkschaftsverbände aus Belgien mit 116 082, Deutschland mit 2 553 162, England mit 874 281, Frankreich mit 387 000, Italien mit 320 912 und Österreich mit 428 363 Mitgliedern zusammengeschlossen. Seine Führung stand allerdings unter dem starken opportunistischen Einfluß der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, deren Vorsitzender, Carl Legien, zugleich der Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftssekretariats, ab 1913 des Internationalen Gewerkschaftsbundes war. Die Genossenschaften hatten mehr als sieben Millionen Mitglieder.

Dieses ungeheure Wachstum der Arbeiterbewegung in die Breite, die Vielzahl und das Ausmaß der Massenaktionen der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern gegen die Kriegsgefahr täuschten jedoch darüber hinweg, daß der Charakter der meisten in der II. Internationale zusammengeschlossenen Parteien sowie deren Strategie und Taktik nicht mehr den Anforderungen der neuen Epoche entsprachen. Die sozialdemokratischen Parteien und die unter ihrem Einfluß stehenden Massenorganisationen waren in den vergangenen Jahren, wenn auch in unterschiedlichem Maße, allmählich vom Opportunismus zersetzt worden und in ihrer Aktionsfähigkeit stark beeinträchtigt. Das traf vor allem auf die deutsche Sozialdemokratie zu, die in der II. Internationale noch immer ihren Platz als größte und einflußreichste Partei behauptete. Die fortgeschrittenste, theoretisch und organisatorisch für den Kampf gegen Imperialismus und Krieg am besten gerüstete Partei in der internationalen Arbeiterbewegung war aber in Wirklichkeit die Partei der Bolschewiki in Rußland unter Führung W. I. Lenins.

Während die Arbeiter in Deutschland nach dem Kongreß in Massenversammlungen der Baseler Resolution uneingeschränkt zustimmten und überzeugt waren, daß die Partei im Ernstfalle Aktionen organisieren werde, die es ermöglichen, dem aggressionslüsternen deutschen Imperialismus rechtzeitig die Kriegsfackel aus der Hand zu schlagen[212], tat der Parteivorstand nichts, um eine große Massenbewegung zu entwickeln. Im Gegenteil, er ließ den Revisionisten Eduard David wenige

[212] Dokument Nr. 54.

Tage danach ungestraft im Namen der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag befürwortend zur deutschen Außenpolitik Stellung nehmen und erklären, daß die Sozialdemokratie eine Stütze des Dreibundes sei, soweit er ein Defensivbündnis darstelle. Die „Leipziger Volkszeitung" wies darauf hin, daß solche Bekenntnisse zum Dreibund zur Spaltung der Internationale führen und der Idee des Weltfriedens schaden würden. Die bürgerliche Presse zog sogar den Schluß, daß sich die deutsche Arbeiterklasse bei Ausbruch eines Weltkrieges nicht regen werde.

3. Der Kampf der deutschen Linken für die Rettung der deutschen Nation vor der Katastrophenpolitik des deutschen Imperialismus 1913/1914. Die Vorherrschaft des Opportunismus in der Partei und in den Gewerkschaften

Die ökonomische und politische Macht des deutschen Imperialismus hatte sich seit der Jahrhundertwende gewaltig entfaltet. Der Monopolisierungsprozeß war weiter vorgeschritten. Im Jahre 1913 kontrollierten zum Beispiel sechs Konzerne – die Gelsenkirchener Bergwerks-AG, die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG, die Phönix-AG für Bergbau und Hüttenbetrieb, Krupp, Thyssen und die Vereinigte Burbach – 45 Prozent der schweren Stahlwerksproduktion im Stahlwerksverband, 25 Prozent der Produktion im Roheisensyndikat und 22 Prozent der Gesamtquote des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats. Im gleichen Jahr schlossen sich die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände und der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände zur Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zusammen, um ihre Interessen gegenüber der Arbeiterklasse noch organisierter und rücksichtsloser durchsetzen zu können.

Der Widerspruch zwischen der ökonomischen und politischen Stärke des deutschen Imperialismus und der Größe seiner Einflußsphären in der Welt hatte sich weiter verschärft. Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der imperialistischen Mächte hatte außerordentlich zugenommen. Der prozentuale Anteil der führenden imperialistischen Länder an der Weltindustrieproduktion sah 1913 im Vergleich zu 1890 wie folgt aus:

	Deutschland	Großbritannien	Frankreich	USA
1890	14	22	8	31
1913	16	14	6	36

Die Gier des deutschen Finanzkapitals nach Kolonien, profitablen Absatzgebieten und Kapitalanlagemöglichkeiten war ins unermeßliche gewachsen. Intensiver als je richteten deshalb die deutschen Imperialisten und Militaristen in den Jahren 1913/1914 ihre gesamte Politik auf die Entfesselung eines Krieges. Sie rüsteten fieberhaft und gerieten durch ihren aggressiven Kriegskurs immer mehr in unüberbrückbaren Gegensatz zu dem Interesse der Mehrheit des deutschen Volkes an der Erhaltung des Friedens.

Im März 1913 forderten sie in einer Heeresvorlage an den Reichstag eine unerhörte Verstärkung ihrer Aggressionsarmee. Innerhalb von zwei Jahren sollte allein das Landheer um 136 000 Mann vergrößert werden.[213] Die imperialistischen Kriegstreiber forderten zur Finanzierung der neuen Heeresvorlage über eine Milliarde Mark zusätzlicher Mittel, die durch einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag und durch Besitzsteuern, das heißt direkte Steuern, aufgebracht werden sollten. Die Unmöglichkeit, aus den Volksmassen durch neue indirekte Steuern noch mehr Gelder herauszupressen, die Furcht vor dem zunehmenden Widerstand der Massen gegen den Kriegskurs und die Absicht, die deutsche Sozialdemokratie bei den weiteren Kriegsvorbereitungen außer Gefecht zu setzen, zwangen die herrschenden Kreise zu neuen betrügerischen Manövern. Ihre Taktik, die vorgesehenen Rüstungsmaßnahmen durch direkte Steuern, durch angebliche Belastung der besitzenden Schichten, zu sichern, und die getrennte Behandlung der Heeres- und Deckungsvorlage hatten zum Ziel, weite Kreise des deutschen Volkes zu verwirren und die Aufmerksamkeit davon abzulenken, daß die Steuern der weiteren Aufrüstung dienen sollten.

Zur gleichen Zeit verstärkten die imperialistischen Propagandaorganisationen – besonders der Alldeutsche Verband, der Flottenverein, der Deutsche Wehrverein und der für die spezielle Beeinflussung der Jugend im militaristischen und chauvinistischen Geist geschaffene Jungdeutschlandbund – ihre Hetzkampagne zur Kriegsvorbereitung. Sie versuchten, der Bevölkerung die angebliche Notwendigkeit der Wehrhaftmachung gegen Gefahren von außen und den Anspruch der Deutschen auf eine höhere Mission in der Weltgeschichte

213 Dokument Nr. 58.

einzureden und sie chauvinistisch zu verhetzen. Sie züchteten Haß gegen fremde Völker und alle progressiven Kräfte des eigenen Volkes.[214]

Es erschien eine Flut chauvinistischer und militaristischer Literatur. Bücher und Flugschriften mit so bezeichnenden Titeln wie „Deutschland und der nächste Krieg", „Deutschland erwache", „Krieg oder Frieden mit England?", „Frankreichs Ende im Jahre 19?? Ein Zukunftsbild", „Die Friedensbewegung und ihre Gefahren für das deutsche Volk", „Der ‚bevorstehende' Weltkrieg als Vorläufer des Weltfriedens, zugleich ein Kampf ums Deutschtum" wurden in Riesenauflagen verbreitet. In ihnen fanden imperialistische „Theorien", wie die von der „Überlegenheit der deutschen Rasse und ihrer besonderen Befähigung zur Weltherrschaft", vom „Volk ohne Raum", von der „Feindschaft der Nachbarstaaten" und vom „Verlust der Existenzberechtigung kleinerer und schwächerer Länder", weite Verbreitung, zumal sie oftmals mit verwirrenden Argumentationen über Treue und Liebe zum Kaiser, zur Kirche und zum Vaterland, über Stolz auf den Fleiß und die Wertarbeit der Deutschen und ähnlichem verbrämt wurden. „Wenn ich der Kaiser wär' " nannte Heinrich Claß, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, kurz vor dem Krieg ein Buch unter dem Pseudonym Daniel Frymann und pries darin die Diktatur als die erstrebenswerteste Form der Machtausübung des Monopolkapitals. Außerdem hielt er es für geboten, „daß alle am öffentlichen Leben Interessierten umdenken lernen und verlangen, daß wir tätige äußere Politik treiben, sagen wir ruhig aggressive". Heinrich Claß bezeichnete jetzt den Krieg unverhohlen „als den Erwecker aller guten, gesunden, starken Kräfte im Volke"[215].

Über die Situation in anderen Ländern wurden Zwecklügen verbreitet. Die „Alldeutschen Blätter" schrieben zum Beispiel 1912: „Niemals war die Stimmung in Rußland leidenschaftlicher deutschfeindlich wie jetzt; niemals ist mit mehr Eifer der Krieg nach Westen vorbereitet worden ... Es ist kein Geheimnis, daß die neue Ostsee-Flotte im Einverständnis mit England gegen uns gebaut wird; es wird im Heere offen davon gesprochen, daß man im Bund mit England, Frankreich und Italien des Sieges über Deutschland-Österreich sicher sei, und man kann bestimmt behaupten, daß Einverständnis der vier Mächte

214 Dokument Nr. 57 u. 62.

215 Daniel Frymann: Wenn ich der Kaiser wär'. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig 1912, S. 137 u. 53.

darüber besteht, über uns bei erster Gelegenheit herzufallen . . ."[216] Die Ideologen des deutschen Finanzkapitals erzeugten auf diese Weise bei großen Teilen des deutschen Volkes eine regelrechte Kriegspsychose. Im Jahre 1913 nutzten sie dazu vor allem das 25jährige Regierungsjubiläum des Kaisers und den 100. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig aus.

Der chauvinistische Rummel der herrschenden Klasse erregte in der deutschen Arbeiterklasse heftige Empörung. Die Führer der deutschen Linken enthüllten die Absichten der Chauvinisten und traten entschieden gegen die Verhetzung des deutschen Volkes auf. Besonders Franz Mehring trug mit ausgezeichneten historischen Aufsätzen zur Zerstörung der Legende von der sogenannten nationalen Mission des preußisch-deutschen Staates bei und machte seine Leser mit den revolutionären Traditionen der Geschichte des deutschen Volkes bekannt. Franz Mehring setzte sich dabei eingehend mit der reaktionären bürgerlichen Geschichtsschreibung auseinander, die das Preußentum und den Militarismus verherrlichte, die Volksmassen verachtete, Untertanengeist predigte, nationalistische Überheblichkeit züchtete und sich damit maßgeblich an der ideologischen Kriegsvorbereitung beteiligte.

Gegen den Rüstungswahnsinn der Imperialisten hatten die sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Frankreichs unter dem Druck ihrer Mitgliedermassen am 1. März 1913 ein Manifest veröffentlicht, das sich für eine gemeinsame Bekämpfung des Militarismus, des Chauvinismus und des drohenden Krieges aussprach.

„Kampf den Kriegshetzern!", „Nieder mit der Militärvorlage!", „Keinen Mann und keinen Groschen für neue Rüstungen!" – das waren die Losungen der Arbeiter, mit denen sie zu Tausenden in Berlin, Leipzig, Stuttgart und anderen Orten ihre Kampfentschlossenheit gegen die Heeresvorlage und das gefährliche Kriegsgeschrei der herrschenden Kreise bekundeten.[217] Der „Vorwärts" appellierte an alle Arbeiter, gegen den menschenmordenden Militarismus, gegen die Kriegsfanatiker und für Friede, Volksfreiheit und Kultur einzutreten. Der sozialdemokratische Parteivorstand jedoch unterließ es, den Mitgliedermassen konkrete Aufgaben zu stellen. Er tat nichts, um die Arbeiterklasse und andere werktätige Schichten zu einem demokratischen

[216] Alldeutsche Blätter (Mainz), 1912, Nr. 30, S. 257 u. 258.
[217] Dokument Nr. 59 u. 60.

Volkskampf gegen die Heeresvorlage und für die Verteidigung des Friedens zu mobilisieren.

Wiederum waren es allein die deutschen Linken, die in dieser Zeit der verstärkten Kriegsvorbereitungen, als alle konsequenten Kämpfer gegen Imperialismus, Militarismus und Kriegsgefahr von der Reaktion zu „vaterlandslosen Gesellen", zu „Agenten des Auslandes" gestempelt wurden und als die besitzenden Klassen das Vaterland mit sich und ihren volksfeindlichen Interessen identifizierten, der Arbeiterklasse und dem ganzen deutschen Volk zeigten, wer die wirklichen Feinde Deutschlands sind und wie man sie bekämpfen muß.

Am 26. April 1913 erklärte Karl Liebknecht in der Reichstagsdebatte über den laufenden Militäretat: „... im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens, im Interesse der Förderung der Bestrebungen, die verhindern sollen, daß um eine solche wahnwitzige Prestigepolitik Europa in einen Krieg gebracht werde, ist es erforderlich, vor aller Welt einmal wieder mit Fingern auf jene Kapitalcliquen zu weisen, deren Interesse und deren Nahrung der Völkerunfriede, der Völkerzwist, der Krieg ist; ist es erforderlich, den Völkern zuzurufen: *Das Vaterland ist in Gefahr! Es ist aber nicht in Gefahr vor dem äußeren Feinde, sondern vor jenen gefährlichen inneren Feinden, vor allem vor der internationalen Rüstungsindustrie.*"[218]

Karl Liebknecht unterstützte den Kampf gegen die Heeresvorlage mit aufsehenerregenden Enthüllungen über die antinationalen Machenschaften der deutschen Rüstungsmonopole, besonders des Kanonenkönigs Krupp. Auf der Grundlage umfangreichen und unwiderlegbaren Beweismaterials deckte er auf, wie die Rüstungsindustriellen durch Beamtenbestechung, Militärspionage, Zwecklügen und ähnliche skrupellose Geschäftspraktiken Kriegsrüstung und -hetze steigerten. Karl Liebknecht enthüllte, wie einträchtig die Rüstungsmonopole verschiedener Länder zusammen an Mordwaffen arbeiteten und sich gegenseitig Waffen und Militärgeheimnisse lieferten, während zur gleichen Zeit ihre Propagandaorganisationen in den einzelnen Ländern mit chauvinistischen Losungen zum Kriege hetzten und Völkerhaß erzeugten. Indem er das Profit- und Machtstreben der deutschen Rüstungsmonopolisten bloßstellte, zerstörte er den sorgsam gehüteten Heiligenschein ihres „Patriotismus", „eines teils philisterhaften, teils

218 Karl Liebknecht: Die Internationale des Rüstungskapitals. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VI, S. 296. – Dokument Nr. 61.

marktschreierischen, teils in trüben Spekulationen entarteten ‚Patriotismus'"[219]. Karl Liebknecht wies nach, daß der Landesverrat dem Monopolkapital wesenseigen ist.

Seine Enthüllungen über Krupp erregten in der Welt großes Aufsehen, zumal sie Bestandteil einer internationalen antimilitaristischen Kampfaktion waren, in der englische und französische Antimilitaristen dem Beispiel Karl Liebknechts folgten und die Rüstungsindustriellen ihrer Länder anprangerten.

Karl Liebknecht erzwang zwei Prozesse, die allgemein als Krupp-Prozesse bezeichnet wurden, in denen jedoch auf Betreiben der Reaktion nur sieben Militärbeamte und zwei Angestellte des Krupp-Konzerns zu lächerlich geringen Strafen verurteilt wurden. Die wirklichen Kriegstreiber, die Karl Liebknecht angeklagt und getroffen hatte, versuchten unter Führung des damaligen Generaldirektors des Krupp-Konzerns, Alfred Hugenbergs, die Affäre durch eine Verleumdungsflut gegen Karl Liebknecht aus der Welt zu schaffen.

Karl Liebknecht orientierte die deutsche Arbeiterklasse durch seine Enthüllungen darauf, den Hauptstoß ihres Kampfes gegen die Urheber der imperialistischen Kriegsgefahr, die international verquickten deutschen Rüstungsmonopole, zu führen. Damit leistete er einen hervorragenden Beitrag für die Protestbewegung gegen die Heeresvorlage 1913. Außerdem konkretisierte er seine antiimperialistische Konzeption des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse für Demokratie und Verteidigung des Friedens.

An der Haltung der Opportunisten dagegen wurde 1913 sichtbar, daß sie zur direkten Unterstützung der volks- und friedensfeindlichen Politik des deutschen Imperialismus übergingen. Im Widerspruch zu allen feierlichen Erklärungen und Aufrufen der Partei, zu den bewährten Prinzipien des Klassenkampfes und zur Kampfentschlossenheit der Arbeitermassen stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 30. Juni 1913 dem einmaligen Wehrbeitrag und dem Vermögenszuwachssteuergesetz zur Finanzierung der von ihr zuvor abgelehnten Heeresvorlage zu. Die sozialdemokratische Fraktion verriet durch den Beschluß ihrer opportunistischen Mehrheit einen der bedeutendsten revolutionären Grundsätze der Arbeiterpartei: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen! und bewilligte erstmalig Gelder für den Todfeind Militarismus. Damit bereiteten die Opportunisten ihren offenen Übergang in das Lager des Imperialismus vor.

219 Karl Liebknecht: Was ist? Was wird sein? In: Ebenda, S. 298.

Unter Mißbrauch der Fraktionsdisziplin unterdrückten die Revisionisten den Widerstand von 37 Abgeordneten gegen diese verderbenbringende Politik. Organisationsprinzipien, wie die Fraktionsdisziplin, die sich bisher im Kampf der Marxisten gegen die Revisionisten bewährt hatten, wurden jetzt, unter der Vorherrschaft der Revisionisten, zu Fesseln für die marxistischen Kräfte.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war in ihrer opportunistischen Mehrheit nicht mehr gewillt und imstande, die Forderungen des Erfurter Programms und der Beschlüsse der II. Internationale zu vertreten. Für die deutsche Sozialdemokratie hatte das schwerwiegende Folgen, denn die Reichstagsfraktion nahm in ihr eine besondere Stellung ein. Durch das Recht aller ihrer Mitglieder auf Teilnahme an den Parteitagen besaß die Reichstagsfraktion wesentlichen Einfluß auf den Verlauf und die Beschlüsse der Parteitage. Außerdem maßte sie sich unter der Herrschaft der Opportunisten immer stärker das Recht der politischen Führung in der Partei an und setzte sich willkürlich über die Prinzipien des demokratischen Zentralismus hinweg. Zur Rechtfertigung ihres Vorgehens mißbrauchte sie revolutionäre Traditionen des Kampfes gegen das Sozialistengesetz, als die Fraktion in Anbetracht der Illegalität der Partei eine führende Rolle eingenommen hatte.

Die herrschenden Kreise frohlockten über das Abstimmungsergebnis im Reichstag und verstärkten ihre Kriegstreibereien: „Unser europäisches Kleid ist uns allzu eng geworden", schrieben die „Berliner Neuesten Nachrichten" als Organ der deutschen Schwerindustrie bereits am folgenden Tag. „Mögen die Männer, die unsere Geschicke leiten, Sorge tragen, daß Deutschland den Platz an der Sonne erhält, den es beanspruchen darf und muß."[220]

Die Revisionisten und Zentristen aber gaben vor, das angeblich kleinere Übel gewählt zu haben. Sie verbreiteten die verlogene These, die Sozialdemokratie habe nach ihrem Programm die Verpflichtung, für jede wie immer geartete direkte Steuer unter allen Umständen stimmen zu müssen. In Wirklichkeit verpflichtete das Erfurter Programm alle Mitglieder in erster Linie zur Einhaltung seiner sozialistischen Grundsätze. Die Abgeordneten sollten gegebenenfalls nicht etwa schlechthin für direkte Steuern stimmen, schon gar nicht für die Aufrüstung, sondern für die Ersetzung indirekter Steuern durch direkte Steuern kämpfen.

220 Berliner Neueste Nachrichten, 1. Juli 1913.

Darüber hinaus bedienten sich die Rechten der betrügerischen Argumentation, die Heranziehung der Herrschenden zur Übernahme von Rüstungskosten kühle ihre Sympathie für die Aufrüstung und erleichtere den Kampf gegen den Militarismus. Tatsächlich aber bedeuteten die bewilligten Mittel eine direkte Unterstützung für den Militarismus und eine Steigerung der Profite besonders der Rüstungsindustriellen auf Kosten der Arbeiterklasse.

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder lehnte in den Versammlungen, in denen sie über den Sachverhalt richtig informiert wurde, empört die Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den Rüstungskosten ab. Im Namen der Mitglieder erklärte Rosa Luxemburg auf dem Jenaer Parteitag 1913 warnend, daß es nach der Bewilligung der Kosten für die Heeresvorlage auch zur Kriegskreditbewilligung bei Kriegsausbruch kommen werde, wenn sich die Partei auf den Boden der opportunistischen Fraktionsmehrheit stellen sollte. „Das ist eine schiefe Ebene, wie Wurm in Leipzig gesagt hat, auf der es kein Halt mehr gibt. Deswegen wollen wir mit unserer Resolution einen Riegel vorschieben und diesen Seitensprüngen entgegenrufen: Bis hierher und nicht weiter!“[221]

Die Revisionisten hatten sich schon seit Jahren zu einer festen Fraktion innerhalb der Sozialdemokratie formiert und sich über die „Sozialistischen Monatshefte“, über deren Redakteure und über verschiedene Pressekorrespondenzen Einfluß auf die Mehrzahl der lokalen Presseorgane verschaffen können. Durch vielfältige persönliche Beziehungen und Schikanen, gestützt oder gedeckt durch die scheinrevolutionären Auslassungen der Zentristen in den Führungsgremien der Partei, lancierten sie ihre Gesinnungsgenossen auf verantwortungsvolle Posten in der Partei. Außerdem besaßen sie in der opportunistischen Gewerkschaftsbürokratie maßgebliche Wortführer, die in der Gewerkschaftspresse und anderen Publikationsorganen immer ungeschminkter jede revolutionäre Forderung als „gewerkschaftsfeindlich“ und „organisationsschädigend“ ablehnten und den Rechtskurs der Parteiführung wesentlich mitbestimmten.

Auf dem Parteitag in Jena legten die Opportunisten nunmehr alles darauf an, bei den Auseinandersetzungen über die Stellung der Reichstagsfraktion zur Heeresvorlage und zur Steuerfrage die marxistischen

221 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 14. bis 20. September 1913, Berlin 1913, S. 487.

Kräfte so gut wie gar nicht zu Wort kommen zu lassen. Der Parteitag stellte sich mit übergroßer Mehrheit „auf den Boden der von der Reichstagsfraktion zu den Deckungsvorlagen abgegebenen Erklärung und billigt ausdrücklich die Zustimmung der Fraktion zu den beiden Besitzsteuergesetzen“[222].

Die „Schwäbische Tagwacht“ schrieb am 30. September 1913 zum Ausgang des Parteitages treffend: „Die Opportunisten und Revisionisten haben in Jena zweifellos einen Sieg errungen. Sie jubeln, nun sei der Weg zur Umwandlung der revolutionären Klassenkampfpartei zu einer radikalen Reformpartei endgültig beschritten. Nun muß sich zeigen, ob die Massen gewillt sind, diesen Weg weiterzugehen, oder ob die Partei bleiben soll, was sie bisher war, die Todfeindin der bürgerlichen Gesellschaft.“[223] Der Sieg lag in den Händen der offenen Opportunisten, der Gustav Bauer, Eduard David, Carl Legien, Gustav Noske, Philipp Scheidemann, Albert Südekum, mit ihrer verhängnisvollen Taktik des „praktischen Erfolgs“ und des „geringeren Übels“. Die Vorherrschaft des Opportunismus wurde unverkennbar und führte die einstmals revolutionäre deutsche Sozialdemokratie einer offenen Krise entgegen.[224]

Den Führern der deutschen Linken wurde die Veröffentlichung realer Einschätzungen über den Parteitag verwehrt und jede weitere Betätigung in der sozialdemokratischen Presse fast unmöglich gemacht. Von den Rechten wurden sie 1913 aus den Redaktionen der „Neuen Zeit“ und der „Leipziger Volkszeitung“ vertrieben. Die „Neue Zeit“ war bereits seit einigen Jahren theoretisch mehr und mehr verflacht. Jetzt hatte sie ihren marxistischen Charakter völlig verloren und war eindeutig auf zentristische Positionen übergegangen.

Rosa Luxemburg, Julian Marchlewski und Franz Mehring gründeten daraufhin die „Sozialdemokratische Korrespondenz“, die in einer Auflage von 150 Exemplaren erschien und von 60 sozialdemokratischen Zeitungsredaktionen, von der „Gleichheit“ und von 14 Personen regelmäßig bezogen wurde. In der Hand der jeweiligen Redakteure lag es jedoch, ob und wie sie die Materialien der Korrespondenz veröffentlichten.

Am 13. August 1913 starb August Bebel in Passugg in der Schweiz. Mit seinem Tode verlor die deutsche und die internationale Arbeiter-

222 Ebenda, S. 557.

223 Schwäbische Tagwacht (Stuttgart), 30. September 1913.

224 Dokument Nr. 63.

bewegung einen ihrer hervorragendsten Führer, der bis an sein Lebensende der Arbeiterklasse und dem Marxismus die Treue bewahrte. Als August Bebels Tod bekannt wurde, brachten fast alle sozialdemokratischen Zeitungen Sondernummern heraus. Eine Flut von Beileidsbezeugungen spiegelte die tiefe Trauer wider, die das internationale Proletariat ergriffen hatte. Der Zehntausende umfassende Trauerzug, der August Bebel am 17. August 1913 in Zürich das letzte Geleit gab, vereinte neben schweizerischen und deutschen Sozialdemokraten Vertreter der Arbeiterklasse vieler Länder. Zur gleichen Stunde fanden in Deutschland und in allen Teilen der Welt Gedächtniskundgebungen zu Ehren August Bebels statt. Das deutsche und das internationale Proletariat nahm Abschied von einem seiner Besten.

August Bebel verkörperte im Verlauf seiner Entwicklung und seiner politischen Tätigkeit wie kein anderer eine ganze historische Periode der Geschichte der deutschen und der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung, die Periode der Vorbereitung und Sammlung der Kräfte der Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer welthistorischen Aufgaben. August Bebel war „zum fähigsten Parlamentarier Europas, zum talentiertesten Organisator und Taktiker, zum einflußreichsten Führer der internationalen, dem Reformismus und dem Opportunismus feindlichen Sozialdemokratie“[225] geworden. Seine leidenschaftliche Parteinahme für die Sache der Demokratie und des Sozialismus und gegen die Verderber der deutschen Nation brachte ihm die Liebe und Verehrung der Volksmassen ein. Sie zog ihm aber auch den Haß aller Feinde des Volkes zu. Doch selbst seine erbittertsten Gegner konnten nicht umhin, ihm ihre Achtung auszusprechen, indem sie seine dominierende Rolle im Reichstag betonten oder das Maß von Kenntnissen, das er sich durch eigene Studien angeeignet hatte. Der bürgerliche Historiker Theodor Mommsen hatte zum Beispiel 1902 voller Anerkennung geschrieben: „... jedermann in Deutschland weiß, daß mit einem Kopf wie Bebel ein Dutzend ostelbischer Junker so ausgestattet werden könnten, daß sie unter ihresgleichen glänzen würden.“[226]

August Bebel blieb bis zum Ende seines Lebens mit den Massen verbunden. Er vertraute auf ihre Kraft und bekannte sich bis zuletzt uneingeschränkt zum revolutionären Kampf für den Sozialismus: „Das 20. Jahrhundert ist mehrfach als das Jahrhundert der Sozialreform

225 W. I. Lenin: August Bebel. In: Werke, Bd. 19, S. 286.

226 Theodor Mommsen: Was uns noch retten kann. In: Die Nation (Berlin), 13. Dezember 1902.

bezeichnet worden", schrieb er 1910. „Ich betrachte es als das Jahrhundert der sozialen Revolution, in dem die letzten Reste menschlicher Unfreiheit und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt werden."[227] Sein Vermächtnis gehörte fortan zu den besten revolutionären Traditionen der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung. August Bebel ist einer der größten Söhne des deutschen Volkes.

Im Sommer 1913 kam es erneut zu einem Werftarbeiterstreik in der norddeutschen Schiffbauindustrie, bei dem sich in besonders krasser Form die Zuspitzung der Gegensätze zwischen der zu entschlossenerem Massenkampf bereiten Arbeiterschaft und den opportunistischen Führern der freien Gewerkschaften zeigte. Wiederholt hatten die Werftarbeiter von ihren Gewerkschaftsvorständen die Vorbereitung einer allgemeinen Lohnbewegung gefordert, weil die Profitjagd der Werftindustriellen im in- und ausländischen Rüstungsgeschäft die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter maßlos verschlechterte. Ihre Empörung steigerte sich, als die Unternehmer provokatorisch zum Lohnraub übergingen, gewerkschaftliche Vertrauensleute maßregelten und Polizei heranzogen. Die Werftarbeiter ließen sich von den Opportunisten nicht weiterhin am Kampfe hindern und legten die Arbeit nieder.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer waren gegen den Streik. Sie zahlten keine Streikunterstützung, mißbrauchten die gewerkschaftliche Organisation und ihre Statuten bei der Bekämpfung der streikenden Arbeitermassen, die sie der „Disziplinlosigkeit", des „wilden Streikens", der Gefährdung der „Einigkeit zwischen Massen und Führern" und der „fundamentalsten Grundsätze der gewerkschaftlichen Verfassung" bezichtigten. Durch das Abwürgen des Streiks der 36 000 Werftarbeiter in Bremen, Flensburg, Hamburg, Kiel, Stettin und Vegesack, die trotz größter Entbehrungen und Schikanen vier Wochen lang im Kampf ausgehalten hatten, unterstützten die reformistischen Gewerkschaftsführer objektiv die imperialistischen Kriegsvorbereitungen. Sie besorgten ihre Arbeit so „gut", daß die Regierung im Gegensatz zu ihrem bisherigen Vorgehen keinen Anlaß zum Eingreifen sah.

Die kleinbürgerliche Furcht der demoralisierten Arbeiterbürokratie

227 August Bebel an Hermann Schlüter, 3. Februar 1910. Zit. nach: Horst Bartel: Zur historischen Rolle August Bebels in der deutschen Arbeiterbewegung von 1900 bis 1913. In: Einheit (Berlin), 1962, H. 11, S. 111.

und Arbeiteraristokratie vor Massenaktionen trieb auch die Gewerkschaftsbewegung einer tiefen Krise zu und stellte die oppositionellen Kräfte vor schwierige Aufgaben. Die Macht der opportunistischen Elemente in den Gewerkschaften, wie Gustav Bauer, Carl Legien und ihresgleichen, war deshalb besonders gefährlich, weil sie sich nach dem Mannheimer Parteitag 1906 im Laufe der Jahre maßgeblichen Einfluß auf die Führung der deutschen Sozialdemokratie verschafft hatten und in ihr das Vordringen des Opportunismus weitestgehend mitbestimmten. Von den 110 Reichstagsmandaten der Sozialdemokratie hatten die Gewerkschaftsführer bereits 36 an sich gerissen. Mehr und mehr bestätigte sich die bereits 1911 vom Berliner Polizeipräsidenten getroffene Feststellung, daß das Übergewicht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands um so größer werde, je enger sie mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand zusammenarbeite. Als nach August Bebels Tod Revisionisten wie Albert Südekum und Georg von Vollmar im geheimen darangingen, einen Nachfolger auszuhandeln, stellten sie mit Bedauern fest, daß die Gewerkschaftsbewegung zur Zeit leider keinen Mann habe, der mit Aussicht auf guten Erfolg vorgeschoben werden könnte. Die extremsten Gewerkschaftsopportunisten waren es auch, die sowohl auf dem Jenaer Parteitag 1913 als auch in einer Vorbereitungssitzung des Parteivorstandes mit der Generalkommission für den nächsten internationalen Sozialistenkongreß, der für 1914 in Wien vorgesehen war, wiederum die Forderungen der Mitglieder der Arbeiterorganisationen nach Propagierung und Anwendung des politischen Massenstreiks beiseite schoben.

Auf dem Jenaer Parteitag war es erneut zu einer Massenstreikdebatte gekommen. Das Verlangen der Arbeitermassen nach neuen Kampfmitteln war so stark, daß sich selbst ein Reformist wie Ludwig Frank gezwungen sah, den Massenstreik als Kampfmittel für die Wahlrechtsreform in Preußen anzuerkennen. Die Opportunisten sahen in einer verschwommenen Massenstreikresolution eine Art Allheilmittel, um die Stimmung der Massen für eine revolutionäre Taktik auffangen und deren schwindendes Vertrauen zur Partei festigen zu können. Den Resolutionsentwurf der Linken über den politischen Massenstreik jedoch, der auf eine offensive und konsequente Taktik der Partei abzielte und den Schwerpunkt des Kampfes in die Aktion der Massen legte, lehnte die opportunistische Mehrheit des Parteitages mit 333 gegen 142 Stimmen ab. Darin kam ihre tatsächlich ab-

lehnende Haltung gegenüber revolutionären Massenkämpfen zum Ausdruck.

Der reaktionäre Charakter des deutschen Imperialismus zeigte sich besonders im wachsenden Einfluß des preußisch-deutschen Militarismus auf das gesamte öffentliche Leben und in den Ausschreitungen gegen die nationalen Minderheiten im Deutschen Reich. Die sogenannte Zabern-Affäre im November/Dezember 1913 war ein Beispiel dafür, welche ungeheure Machtfülle der Militarismus in Deutschland erlangt hatte und welche Gefahr er für das Volk bedeutete.

Ein preußischer Leutnant beschimpfte ihm unterstellte elsässische Rekruten und verletzte grob das Nationalgefühl der elsässisch-lothringischen Bevölkerung. Da er von den Militärs bis hinauf zum Kaiser gedeckt und da der Bevölkerung die Genugtuung verweigert wurde, kam es in Zabern zu Protestkundgebungen, gegen die die Militaristen mit großer Brutalität vorgingen. Über die Stadt wurde der Belagerungszustand verhängt. Nur der besonnenen Haltung der Bevölkerung war es zu verdanken, daß keine Todesopfer zu beklagen waren. Schon ständig hatte sie unter den „Germanisierungs"bestrebungen und militaristischen Überfällen der herrschenden Kreise Deutschlands zu leiden gehabt. An den neuerlichen Vorfällen entzündete sich eine starke Volksbewegung gegen den Militarismus und für die Verteidigung der Rechte der nationalen Minderheiten in Deutschland, an deren Spitze die Führer der deutschen Linken standen. Interpellationen zwangen auch den Reichstag zur Stellungnahme. Dem Reichskanzler wurde mit großer Mehrheit ein Mißtrauensvotum erteilt. Doch der Reichskanzler blieb im Amt, und es offenbarte sich erneut die ganze Machtlosigkeit des Reichstags im Wilhelminischen Kaiserreich.

Den preußisch-deutschen Militarismus konnte nur ein entschiedener Kampf bändigen, wie er von den Linken propagiert und geführt wurde. Rosa Luxemburg leistete in dieser Zeit Hervorragendes im Kampf gegen das von vielen friedliebenden und demokratisch gesinnten Kräften des deutschen Volkes verabscheute System des Militarismus. Zusammen mit Karl Liebknecht, Julian Marchlewski, Franz Mehring, Wilhelm Pieck, Clara Zetkin und vielen Tausenden revolutionären Sozialdemokraten trug sie mit ihrem konsequenten antimilitaristischen Kampf wesentlich dazu bei, der Sozialdemokratischen Partei jene mächtige Massenbasis zu schaffen und zu erhalten, über die sie am Vorabend des ersten Weltkrieges verfügte.

Die Klassenjustiz inszenierte gegen Rosa Luxemburg im Februar und Juni 1914 zwei politische Prozesse, weil sie auf Volksversammlungen die Arbeiter aufgerufen hatte, die Mordwaffen nicht gegen ihre Klassenbrüder in anderen Ländern zu richten, und damit den Lebensnerv des imperialistischen deutschen Staates getroffen hatte. Rosa Luxemburg wußte sich eins mit dem Friedenswillen von Millionen Männern und Frauen des deutschen Volkes. Das gab ihr die Kraft, mutig und unerschrocken vor die Schranken des Gerichts zu treten und aus einer Angeklagten zur Anklägerin zu werden. „Nach der Auffassung des Staatsanwalts ist die Armee die kriegführende Partei, nach unserer Auffassung ist es das gesamte Volk. Dieses hat zu entscheiden, ob Kriege zustande kommen oder nicht; bei der Masse der arbeitenden Männer und Frauen, alten und jungen, liegt die Entscheidung über das Sein oder Nichtsein des heutigen Militarismus – nicht bei dem kleinen Teilchen dieses Volkes, der im sogenannten Rock des Königs steckt."[228]

Das Urteil über ein Jahr Gefängnis für Rosa Luxemburg löste unter den Volksmassen starke Empörung aus. Rosa Luxemburg erhielt einen Strafaufschub bis Ende März 1915 zugesprochen. Aufs neue klagte sie in Volksversammlungen den Militarismus an und enthüllte grausame Soldatenmißhandlungen. Die amtliche Statistik verzeichnete für den Zeitraum von 1870 bis 1911 in der Armee 10 439 Selbstmorde, 2353 Selbstmordversuche, 6676 tödliche Unfälle und 189 202 weitere Unfälle. Jährlich wurden im kaiserlichen Deutschland durchschnittlich 2855 Soldaten wegen Fahnenflucht bestraft und kamen 2984 Soldaten wegen „militärischen Ungehorsams" auf die Anklagebank. All das waren die furchtbaren Folgen des militaristischen Ausbildungssystems. Rosa Luxemburg wurde von einem solchen Massenaufgebot von Zeugen barbarischer Mißhandlungen unterstützt, daß sich die Klassenjustiz zur Vertagung des zweiten Prozesses gezwungen sah.[229]

Clara Zetkin warnte in der „Gleichheit" eindringlich vor den verbrecherischen Kriegsplänen der deutschen Großbourgeoisie. Zur Vorbereitung der für den Herbst 1914 in Wien geplanten internationalen sozialistischen Frauenkonferenz organisierte sie am 21. April 1914 in

228 Rosa Luxemburg im Kampf gegen den deutschen Militarismus. Prozeßberichte und Materialien aus den Jahren 1913 bis 1915. Mit einem Anhang, Berlin 1960, S. 51/52.

229 Dokument Nr. 65.

Berlin gegen den Widerstand der Opportunisten ein internationales Frauenmeeting für den Frieden.

In den Arbeiterjugendgruppen entwickelte sich die Opposition gegen die opportunistische Jugendpolitik der Parteiführung und der Jugendzentrale. Seit dem internationalen Jugendtreffen Pfingsten 1914 in Stuttgart begannen sich erste lose Verbindungen zwischen den revolutionären Kräften der Arbeiterjugend einzelner Orte, wie Dresden, Leipzig, Stuttgart, zu entwickeln.

Karl Liebknecht erkannte unter allen Linken am klarsten, daß nur der Sieg der deutschen Arbeiterklasse über den deutschen Imperialismus und Militarismus der ganzen Nation eine glückliche und friedliche Zukunft sichern könne. Nach seinen Enthüllungen über die Praktiken des Krupp-Konzerns beschäftigte er sich 1913/1914 intensiv mit der Internationale der Rüstungsindustrie und sammelte über die einflußreichsten Monopole, wie Daimler-Benz, Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Erhardt, Goerz, Krupp, Loewe, und ihre internationalen Rüstungsringe systematisch Material. Zusammen mit den bewährten Antimilitaristen André Morizet von der „Humanité" und Walton Newbold von der Independent Labour Party wollte er eine Kampfschrift gegen die wahren Urheber der Kriegstreiberei und über das Geheimnis herausgeben, wie Kriege gemacht werden. Bei seinen Vorarbeiten dazu analysierte er vor allem die antinationale Rolle des Monopolkapitals. Karl Liebknecht untersuchte das Schmiergeldunwesen, die Korruption, die Spionage, besonders die Bestechung deutscher und ausländischer Beamter, Militärs, Diplomaten und Journalisten. Er beschäftigte sich mit Fragen der Personalunion bei Monopolkapital und Staatsapparat.

Karl Liebknecht untersuchte damit wesentliche Erscheinungsformen staatsmonopolistischer Tendenzen des Imperialismus. Der deutsche Imperialismus nahm bereits vor 1914 in bezug auf den Prozeß der Herausbildung von Elementen des staatsmonopolistischen Kapitalismus den ersten Platz in der Welt ein. Eine kleine Gruppe von Großbankiers und Industriemagnaten eroberte alle Kommandohöhen in der Wirtschaft und verstärkte mehr und mehr ihren Einfluß auf den imperialistischen Staat, und zwar einzig und allein im Interesse eines höchstmöglichen Monopolprofits und der Erhaltung ihrer Klassenherrschaft. Tendenzen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus äußerten sich vor dem ersten Weltkrieg in Deutschland vor allem in der Rüstungsindustrie und im militärischen Sektor, im Bergbau, in

der Kaliindustrie und im Bankwesen. Sie wurden durch den in Deutschland besonders starken Staatskapitalismus, der zum Beispiel im staatlichen Eisenbahnmonopol, im staatlichen Eigentum an bedeutenden Zechen und Werken seinen Ausdruck fand, wesentlich gefördert.

Des weiteren enthüllte Karl Liebknecht internationale Verflechtungen des Kapitals und die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital. An diese wichtigen Erkenntnisse konnte er während des ersten Weltkrieges bei der Ausarbeitung seiner revolutionären Konzeption für die Beendigung des Völkermordens folgerichtig anknüpfen.

Karl Liebknecht konnte dieses Werk nicht zu Ende führen. Aber wesentliche Materialien und Einschätzungen seines Manuskripts, das zu den wichtigsten marxistischen Dokumenten der deutschen Linken gehört, machte er den Volksmassen durch seine bedeutsame Reichstagsrede zum Etat der Heeresverwaltung am 11. Mai 1914 nutzbar. „Es ist bekannt", erklärte er dort unter anderem, „daß die auswärtige Politik unserer jetzigen Epoche schon längst nicht mehr in den Auswärtigen Ämtern gemacht wird, sondern in den Fabrik- und Bankkontoren, und daß ihre Mittel weit weniger diplomatische Noten als andere Noten sind."[230]

Doch es gab in Deutschland keine revolutionäre marxistische Partei mehr, die die kampfbereite Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer Klasseninteressen, der nationalen Interessen Deutschlands und zur Erfüllung ihrer historischen Mission im Sinne von Karl Liebknechts antiimperialistischer Konzeption führen konnte.

Die Lage in der deutschen Arbeiterbewegung war am Vorabend des ersten Weltkrieges sehr widerspruchsvoll. Seit der Jahrhundertwende hatten sich die deutsche Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften zu gewaltigen Massenorganisationen entwickelt. Die Masse der Mitglieder beider Arbeiterorganisationen war bereit, für die Erhaltung des Friedens einzutreten, und erwartete, daß die deutsche Sozialdemokratie als stärkste Partei der II. Internationale getreu ihrem Erfurter Programm und den Beschlüssen der internationalen Sozialistenkongresse von Stuttgart, Kopenhagen und Basel mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Entfesselung eines Völkermordens kämpfen werde. Davon zeugten alle Aktionen der deutschen Arbeiterklasse gegen den drohenden Krieg.

230 Verhandlungen des Reichstags, XIII. Legislaturperiode, I. Session, Bd. 295, Stenographische Berichte, Berlin 1914, S. 8713.

Der Führung der deutschen Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften hatten sich jedoch in den letzten Jahren immer mehr die opportunistischen Elemente bemächtigt. Zentristen und Revisionisten hielten die Schlüsselpositionen in der Partei und den freien Gewerkschaften besetzt. Gegen den Willen der Mitgliedermassen und trotz des unermüdlichen Ringens der Linken für die Verteidigung und Weiterentwicklung des Marxismus und der revolutionären Taktik der deutschen Arbeiterbewegung war es ihnen gelungen, auf die Politik der Partei beherrschenden Einfluß zu gewinnen und die deutsche Sozialdemokratie in eine reformistische Arbeiterpartei zu verwandeln.

Die deutsche Sozialdemokratie war zu jenem überlebten Typus der sozialistischen Parteien in der Epoche der II. Internationale geworden, „die in ihrer Mitte einen Opportunismus duldete, der sich in den Jahrzehnten der ‚friedlichen' Periode immer mehr ausbreitete, aber im Verborgenen blühte, der sich den revolutionären Arbeitern anpaßte, von ihnen ihre marxistische Terminologie *übernahm* und jeder klaren, prinzipiellen Abgrenzung aus dem Wege ging"[231].

Im Sommer 1914 hatten sich die Widersprüche zwischen den imperialistischen Großmächten so weit zugespitzt, daß der geringste Konflikt Anlaß werden konnte, die Menschheit in den Abgrund eines Weltkrieges zu stürzen. Der Konkurrenzkampf der imperialistischen Staaten hatte bis an den imperialistischen Krieg herangeführt. Die imperialistische Welt starrte in Waffen.

In der von Großbritannien geführten Triple-Entente und dem von Deutschland beherrschten Dreibund standen sich zwei imperialistische Staatenblocks gegenüber, deren Gegensätze, besonders der zwischen den Hauptrivalen Deutschland und Großbritannien, sich in den letzten Jahren ständig verschärft hatten und unaufhaltsam zum Kriege trieben. Im Bündnis mit Österreich-Ungarn steuerten die herrschenden Kreise Deutschlands besonders aggressiv und skrupellos auf den Eroberungskrieg zu.

Der deutsche Imperialismus hatte sich seit der Jahrhundertwende gewaltig entfaltet. Deutschland war zur ökonomisch stärksten Macht in Europa geworden, war ökonomisch, politisch und ideologisch zum Krieg gerüstet und besaß eine der größten Aggressionsarmeen der Welt. Die Friedensstärke seiner gut ausgebildeten Land- und Seestreitkräfte betrug bei Kriegsausbruch 1914 847 000 Mann, die Gesamtkriegsstärke der Landstreitkräfte 3,82 Millionen Mann. Berauscht

231 W. I. Lenin: Was weiter? In: Werke, Bd. 21, S. 99.

von seinem zeitweiligen Rüstungsvorsprung, nahm der deutsche Imperialismus im Jahre 1914 in seiner gesamten Innen- und Außenpolitik direkten Kurs auf die Entfesselung des Krieges.

Das tatsächliche Kräfteverhältnis real einzuschätzen, war er nicht in der Lage. Abenteuerlich spekulierte er darauf, Frankreich durch einen Blitzkrieg in wenigen Wochen besiegen zu können, um dann Rußland rasch niederzuwerfen, so daß Großbritannien nicht zum Eingreifen und die Vereinigung der potentiellen Kräfte aller drei Ententemächte nicht zum Tragen kommen würde. Von vornherein plante er den Bruch des Völkerrechts durch Verletzung der Neutralität Belgiens und Luxemburgs ein.

In Wirklichkeit war aber kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Eindringlich hatte August Bebel 1911 vor dem drohenden Weltkrieg und seinen Folgen gewarnt: „Millionen von Arbeitern werden weggerufen von ihren Familien, die nichts mehr zu beißen und zu leben haben. Hunderttausende von kleinen Gewerbetreibenden können ihren Bankrott ansagen... Der Ausfuhrhandel stockt... Zahllose Fabriken und gewerbliche Unternehmungen... kommen zum Stillstand. Arbeitslosigkeit und Verdienstlosigkeit an allen Ecken! Die Zufuhr der Lebensmittel hört ganz oder zum großen Teil auf. Die Preise der Lebensmittel erreichen eine unerschwingliche Höhe... Armee und Flotte [werden] jeden Tag der Mobilmachung 45 Millionen Mark [kosten]... Und nun stellen Sie sich den Krieg selbst vor, mit der ungeheuren technischen Entwicklung seit 1870, den Millionenheeren hüben und drüben, den Repetiergewehren, den Schnellfeuergeschützen, den Maschinengewehren, mit den modernen Sprengstoffen usw.... Alle diese Vorgänge werden eine Stimmung erzeugen, von der wir uns gar keinen Begriff machen können. Schon 1904 habe ich dem Reichskanzler Fürst Bülow gesagt, wenn ein großer Krieg kommt, steht die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft auf dem Spiele. Und nicht wir sind es, die das herbeigeführt haben, sondern die Vertreter dieser bürgerlichen Gesellschaft, die glauben, die bürgerliche Gesellschaft stützen zu müssen, sie allein tragen die Verantwortung für all das ungeheure Elend und die schrecklichen Folgen eines solchen Krieges."[232]

232 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 10. bis 16. September 1911, Berlin 1911, S. 346 u. 347.

Kapitel V

Der erste Weltkrieg. Der Zusammenbruch der II. Internationale. Der offene Übergang der rechten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer in das Lager des Imperialismus. Der Kampf der deutschen Linken gegen imperialistischen Krieg, Sozialchauvinismus und Sozialpazifismus. Der Aufschwung der Massenbewegung gegen den Krieg. Der Einfluß der Februarrevolution in Rußland auf Deutschland
(Periode von 1914 bis 1917)

Die Entfesselung des ersten Weltkrieges durch den deutschen Imperialismus. Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie und der Zusammenbruch der II. Internationale. Die Stellung der Linken

Das Attentat serbischer Nationalisten auf das österreichische Thronfolgerpaar in Sarajevo am 28. Juni 1914 war den deutschen Kriegstreibern der erwünschte Anlaß, die letzten Vorbereitungen zur Entfesselung des Krieges zu treffen. Die Wilhelminische Diplomatie war hektisch darum bemüht, die Verantwortung für den Kriegsausbruch Rußland und seinen Verbündeten zuzuschieben.

Wilhelm II. und die Militärkamarilla drängten Österreich-Ungarn, das Attentat als Kriegsvorwand gegen Serbien zu benutzen. Deutschland werde seinem habsburgischen Bundesgenossen Unterstützung gewähren. Die österreichische Regierung provozierte daraufhin am 23. Juli 1914 Serbien mit einem vorsätzlich unannehmbar formulierten Ultimatum. Ein Krieg gegen Serbien mußte aber zwangsläufig dessen

Verbündeten Rußland und damit auch Frankreich und Großbritannien auf den Plan rufen.

Auf die Nachricht vom österreichischen Ultimatum setzte in vielen Ländern ein Proteststurm gegen diese Kriegsprovokation ein. Deutsche sozialdemokratische Zeitungen warnten am 27. Juli die herrschenden Klassen vor der Anzettelung eines Krieges. Die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs brachte am 25. Juli die Haltung der deutschen Arbeiterklasse zum Ausdruck, als sie einstimmig eine von Clara Zetkin verfaßte Resolution annahm, in der die Versammelten gelobten, „die Massen auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes" für die Aufrechterhaltung des Friedens zu sammeln und zu schulen.[1] Auch der sozialdemokratische Parteivorstand mußte der Antikriegsstimmung in der deutschen Arbeiterklasse Rechnung tragen. Er forderte die deutschen Arbeiter auf, ihren unerschütterlichen Friedenswillen in Massenversammlungen zu bekunden. In einem Manifest des Parteivorstandes vom 25. Juli 1914 hieß es: „Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Überall muß den Gewalthabern in den Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!"[2] Der Parteivorsitzende Hugo Haase sprach noch am 29. Juli 1914 auf einem internationalen Meeting in Brüssel gegen den Krieg. Damit bestärkte der Parteivorstand die Massen in dem Glauben, die deutsche Sozialdemokratie werde zu ihren internationalistischen Verpflichtungen im Kampf gegen den Krieg stehen.

Die klassenbewußten Arbeiter Leipzigs leiteten mit einer großen Antikriegskundgebung am 26. Juli 1914 eine Kette von Protestveranstaltungen der revolutionären Arbeiter Deutschlands ein. An den beiden darauffolgenden Tagen schlug den Kriegstreibern auf Kundgebungen in Berlin, Bielefeld, Brandenburg, Braunschweig, Bremen, Bremerhaven, Breslau, Dresden, Elberfeld-Barmen, Frankfurt (Main), Freiburg, Görlitz, Hagen, Halle, Hamburg, Jena, Kiel, Köln, Königsberg, Leipzig, Ludwigshafen, Lübeck, München, Nürnberg, Riesa, Rostock, Rüstringen, Stuttgart, Wanne und anderen Städten eine Welle der Kampfbereitschaft Hunderttausender Arbeiter für den Frie-

1 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II: 1914–1945, Bd. 1. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin 1958, S. 13.

2 Ebenda, S. 12.

den entgegen. In Berlin brachten fast 30 000 Demonstranten auf 13 Großversammlungen ihren Kampfwillen gegen den Krieg zum Ausdruck. Nach den Versammlungen strömten die Arbeiter unter dem Gesang der „Internationale" und anderer Kampflieder zur Berliner Innenstadt. Sie ließen sich von dem großen Polizeiaufgebot nicht aufhalten.[3] Zwischen dem 28. und 30. Juli nahmen nach den Angaben der sozialdemokratischen Presse in 30 Städten rund 243 000 Arbeiter und Angehörige der Mittelschichten an den Antikriegskundgebungen teil. Aus 28 weiteren Städten wurden keine Teilnehmerzahlen mitgeteilt. Die Gesamtzahl der Teilnehmer dürfte fast eine halbe Million betragen haben.

Diese machtvollen Antikriegskundgebungen in ganz Deutschland waren zugleich die unmißverständliche Antwort der revolutionären Arbeiter auf die Entfesselung einer hemmungslosen chauvinistischen Hysterie durch die herrschende Klasse.

Die Staatsorgane des kaiserlichen Deutschlands wurden durch die offensichtliche Kampfbereitschaft der deutschen Arbeiterklasse in allen Teilen des Reiches aufs höchste alarmiert. Einerseits bereiteten sie für den Kriegsfall scharfe Unterdrückungsmaßnahmen gegen die deutsche Sozialdemokratie und die Gewerkschaften vor. Andererseits verfolgten sie jedoch den Plan, die Arbeiterklasse mit Hilfe der opportunistischen Führer zu überrumpeln, mit der raffiniert ausgeklügelten und schwer durchschaubaren Lüge von einem Verteidigungskrieg gegen Rußland zu blenden und sie als williges Kanonenfutter in den imperialistischen Krieg zu schicken.

Während in den letzten Julitagen Hunderttausende Arbeiter gegen den drohenden Krieg demonstrierten, verhandelten rechtsopportunistische und zentristische Führer der Sozialdemokratie mit Regierungsstellen des kaiserlichen Staatsapparates. Ein solcher Verrat der Opportunisten an den Interessen der Arbeiter war bis dahin beispiellos in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Otto Braun, Kurt Eisner, Hugo Haase und Albert Südekum erfuhren von den Mobilmachungsplänen der deutschen Regierung und gaben sich dazu her, im Interesse der Militaristen die Protestbewegung gegen die Kriegsgefahr zu dämpfen und die Lüge zu verbreiten, das zaristische Rußland sei der Hauptkriegstreiber, gegen den es einen Verteidigungskrieg zu führen gelte. Einflußreiche Rechtsopportunisten setzten ihre Besprechungen mit dem Reichskanzler fort, auch nachdem Österreich-

[3] Dokument Nr. 66 u. 67.

Ungarn am 28. Juli Serbien den Krieg erklärt hatte und nunmehr die Waffen sprachen. Albert Südekum informierte am 29. Juli den Reichskanzler, daß der sozialdemokratische Parteivorstand im Krieg keinerlei Klassenkampfaktionen einleiten und sich auch „mißverständlicher" Äußerungen in der Presse enthalten werde.[4] Um den Antikriegsdemonstrationen die Spitze gegen den deutschen Imperialismus zu nehmen, rückte der Parteivorstand von seinen ersten Appellen zum Kampf gegen den Krieg ab. Zwar kleidete er die Resolutionen, die auf den Massenversammlungen am 28. und 30. Juli angenommen werden sollten, in radikale Worte, aber als Hauptkriegstreiber wurde nicht der deutsche Imperialismus, sondern wurden Rußland und Österreich-Ungarn gebrandmarkt.

Während die kaiserliche Regierung bemüht war, dem deutschen Imperialismus einen Nimbus der Friedfertigkeit zu verschaffen, und in der Öffentlichkeit die anderen Staaten zur „Mäßigung" aufrief, drängten die deutschen Kriegstreiber insgeheim die österreichisch-ungarische Monarchie, die allgemeine Mobilmachung zu vollziehen, um dadurch endgültig Rußland einen Kriegsvorwand in die Hände zu spielen. Die „Friedfertigkeit", die vom Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg zur Schau getragen wurde, war ein besonders raffinierter Schachzug, um die Völker über die Hauptschuldigen an der Entfesselung des Krieges zu täuschen. Wie sehr gerade auch Bethmann Hollweg die expansionistischen Ziele des deutschen Imperialismus verfocht, bewies bereits in den ersten Kriegswochen das von ihm inspirierte Kriegszielprogramm der kaiserlichen Regierung.[5]

Als die zaristische Regierung am 30. Juli die allgemeine Mobilmachung verkündete, verlangte die deutsche Regierung in einem auf zwölf Stunden befristeten Ultimatum, diese Maßnahme sofort aufzuheben. Der Plan der deutschen Kriegstreiber ging auf: Der zaristische Rivale des deutschen Imperialismus war in die Rolle des Aggressors gedrängt. Die kaiserliche Regierung trat vor den Massen des Volkes als verhinderter Friedensretter auf, der wider seinen Willen gezwungen war, den Verteidigungskrieg aufzunehmen. Dabei ließ Theobald von Bethmann Hollweg bereits die Kriegserklärung formulieren, als das Ultimatum an Rußland noch nicht abgelaufen war. Eine Frage nach dem Grund für diese hektische Eile beantwortete er mit den für die

[4] Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 1, S. 17. – Dokument Nr. 68.
[5] Dokument Nr. 71.

Kriegsentfesselungstaktik des deutschen Imperialismus so überaus charakteristischen Worten: „Sonst kriege ich die Sozialdemokraten nicht mit!"[6]

Die deutschen Opportunisten waren bemüht, von ihrem verräterischen Übergang ins imperialistische Lager abzulenken. Sie mißbrauchten dafür, wie schon in früheren Jahren, die Argumentation von Karl Marx und Friedrich Engels sowie auch die August Bebels, die in der vorimperialistischen Epoche, als das zaristische Rußland der Hort der europäischen Reaktion gewesen war, unter bestimmten Bedingungen einen Verteidigungskrieg gegen das reaktionäre Rußland für gerechtfertigt hielten. Bei dem imperialistischen Charakter des ersten Weltkrieges konnte jedoch von einer „Vaterlandsverteidigung" nicht die Rede sein. In Rußland stand dem durch den Russisch-Japanischen Krieg von 1904/1905 und durch die Revolution von 1905 bis 1907 geschwächten Zarismus ein kampfentschlossenes, von einer marxistischen Kampfpartei geführtes Proletariat gegenüber. Das Haupthindernis des historischen Fortschritts und damit der Feind der Arbeiterklasse jedes Landes war längst das imperialistische Regime.

Diejenigen deutschen Opportunisten, die einen gewissen Einblick in die Kriegsvorbereitungen der deutschen Imperialisten erhalten hatten, verschwiegen ihr Wissen den Massen. Sie halfen vielmehr der kaiserlichen Regierung, die zum Friedenskampf entschlossenen Arbeiter mit der Lüge vom Verteidigungskrieg gegen den Zarismus zu entwaffnen und sie der chauvinistischen Hetze auszuliefern.

Der führende rechtssozialdemokratische Journalist Friedrich Stampfer schrieb anläßlich der Mobilmachung in Rußland am 30. Juli einen für die gesamte sozialdemokratische Parteipresse bestimmten Leitartikel, in dem er die Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse von Stuttgart und Basel beiseite schob und die verräterische Losung von der angeblich notwendigen „Vaterlandsverteidigung" offiziell verkündete: „Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die Arbeiter das *Wort einlösen,* das von ihren Vertretern für sie abgegeben worden ist. Die *‚vaterlandslosen Gesellen' werden ihre Pflicht erfüllen* und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen lassen. Unsere Fraktion steht bei der Frage der Bewilligung der Kriegskredite vor einer furchtbaren verantwortungsvollen Entschei-

6 Bernhard Fürst von Bülow: Denkwürdigkeiten, Dritter Band. Hrsg. von Franz von Stockhammern, Berlin 1931, S. 168.

dung, die ihr durch keine Diskussion erschwert werden darf."[7] Friedrich Stampfer verfälschte die Tatsache, daß die Kriegstreiber die Feinde der Nation, die unerschrockenen Kämpfer gegen den imperialistischen Krieg aber die wirklichen Patrioten waren, diejenigen Kräfte des Volkes, die ihre Nation wirklich liebten und um des historischen Fortschritts willen darum kämpften, ihr den Frieden zu erhalten.

Die Mehrzahl der sozialdemokratischen Zeitungen begann im Sinne des Stampferschen Leitartikels unverhüllt mit der bürgerlichen Presse in Chauvinismus und Greuelpropaganda gegen Rußland zu wetteifern.

Der Parteivorstand sagte sich am 31. Juli in einem Aufruf an die Parteimitglieder vom Klassenkampf gegen den Krieg los und forderte Ergebenheit und Ruhe: „Unbesonnenheiten, nutzlose und falsch verstandene Opfer schaden in diesem Augenblick nicht nur dem einzelnen, sondern unserer Sache."[8] Den Arbeitern billigten die rechten sozialdemokratischen Führer lediglich die Rolle passiver Zuschauer zu.

Die Militaristen konnten in dem Maße, wie die Rechtsopportunisten auf den imperialistischen Kriegskurs einschwenkten, von ihren Plänen zur gewaltsamen Niederhaltung der Arbeiterorganisationen im Kriegsfalle abgehen und damit rechnen, in den opportunistisch geführten Arbeiterorganisationen eine Reserve für die imperialistische Kriegführung zu finden.

Am 1. August 1914 erklärte Deutschland Rußland den Krieg. Am 3. August folgte die Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich. Am 4. August überfielen deutsche Truppen unter Bruch der Neutralität und des Völkerrechts Belgien. Am gleichen Tage trat England in den Krieg gegen Deutschland ein. Damit war der imperialistische Weltkrieg Wirklichkeit geworden.

Der deutsche Imperialismus als der aggressivste Räuber strebte die Zerschlagung der Vormachtstellung Englands und die Errichtung seiner eigenen Hegemonie auf dem Weltmarkt an. Er wollte vor allem den Einfluß des englischen Imperialismus in Europa, Afrika und im Nahen Osten brechen und seine eigene Vorherrschaft aufrichten.

Aber auch die anderen imperialistischen Staaten verfolgten imperialistische Kriegsziele. Sie waren nicht nur bestrebt, eine Neuaufteilung der Welt zugunsten des deutschen Imperialismus zu verhindern, son-

7 Philipp Scheidemann: Memoiren eines Sozialdemokraten, Erster Band, Dresden 1928, S. 240/241.

8 Vorwärts (Berlin), 1. August 1914.

dern trachteten danach, durch den Krieg ihre Anteile an den imperialistischen Herrschaftsgebieten und Einflußsphären zu vergrößern.

So war der erste Weltkrieg ein allseitig imperialistischer Krieg. Außer den ökonomischen und machtpolitischen Zielsetzungen jedes imperialistischen Staates – territoriale Eroberungen und Unterjochung fremder Nationen, Ruinierung der konkurrierenden Nationen, Plünderung ihrer Reichtümer – verfolgten die Imperialisten gleichzeitig das Ziel, den „inneren Feind" auszuschalten, die werktätigen Massen von der inneren politischen Krise abzulenken, ihre revolutionäre Führung zu zerschlagen, den Klassenkampfgedanken bei den Arbeitern durch Opportunismus und bürgerlichen Nationalismus und Chauvinismus zu ersetzen, um die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse zu schwächen. Diese beiden Elemente – Kampf gegen die imperialistischen Konkurrenten und gegen die revolutionäre Bewegung im eigenen Lande – wurden zum einzigen wirklichen Inhalt und Sinn, zur wahren Bedeutung des Krieges.[9] Der erste Weltkrieg war also nicht die Folge des Aufstrebens großer Nationalstaaten, wie reaktionäre bürgerliche Historiker und auch rechte sozialdemokratische Politiker und Publizisten behaupten. Der Krieg erwuchs aus den imperialistischen Widersprüchen. Er war die Folge der expansiven Politik der imperialistischen Staaten, insbesondere des deutschen Imperialismus. Er war auch nicht das Ergebnis zufälliger diplomatischer Verwicklungen und Fehler in der Außenpolitik dieser oder jener imperialistischen Macht, sondern das Ergebnis zielstrebiger Vorbereitungen der Imperialisten aller Länder, die Welt mit Hilfe eines Krieges neu aufzuteilen, wobei der deutsche Imperialismus den größten Rüstungsvorsprung gewonnen hatte. Weder die deutschen Imperialisten noch die anderer imperialistischer Staaten sind 1914 unversehens in einen Krieg „hineingeschlittert". Der Krieg war kein Deutschland aufgezwungener Verteidigungskrieg gegen seine imperialistischen Rivalen, sondern ein „kapitalistischer Angriffs- und Eroberungskrieg", wie Karl Liebknecht treffend feststellte.[10]

Selbst die rechtssozialdemokratischen Verkünder der „Vaterlandsverteidigung" waren sich über den wahren Charakter des Krieges im klaren. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Eduard David schrieb am 15. August 1914 über eine Unterredung mit seinen Frak-

9 W. I. Lenin: Der Krieg und die russische Sozialdemokratie. In: Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 13.

10 IML beim ZK der SED, Berlin, ZPA, NL 1/23, Bl. 324.

tionskollegen Gustav Bauer, Max Cohen, Paul Göhre, Philipp Scheidemann, Robert Schmidt und Georg Schöpflin in sein Tagebuch: „Man vertritt die Auffassung, daß die deutsche Regierung den Krieg gewollt habe als Präventivkrieg. Scheidemann ist davon überzeugt und scheint besondere Anhalte dafür zu haben."[11]

Die Behauptungen reaktionärer westdeutscher Geschichtsschreiber über Ursachen und Charakter des ersten Weltkrieges verfolgen den Zweck, die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus und seine Hauptschuld an der Entfesselung des Krieges zu leugnen.

Im Interesse ihrer eigenen, nur einer kleinen Minderheit dienenden Klassenziele waren die Monopolbourgeoisie und die Junker bereit, das ganze deutsche Volk in den Krieg zu stürzen. Noch nie hatte sich so klar erwiesen, daß die deutsche Großbourgeoisie unfähig war, die Geschicke der deutschen Nation zu lenken, wie im Sommer 1914, als sie den verbrecherischen Weltkrieg entfesselte. Angesichts der wirtschaftlichen und militärischen Stärke ihrer zahlreichen Gegner suchte sie in bornierter Überschätzung ihrer eigenen Kräfte und in überheblicher Unterschätzung des Potentials ihrer imperialistischen Konkurrenten ihr Heil in einem Blitzkrieg, den sie bis zum Jahresende 1914 zu gewinnen gedachte. In ihrem verbrecherischen Wahn, die Gegner in einem nur kurzen Krieg niederwerfen zu können, hatte sie auch der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung nur ungenügend Beachtung geschenkt.

Die imperialistischen Armeen verwandelten weite Gebiete Europas in blutige Schlachtfelder. So gingen die Imperialisten auf die ihnen eigene Weise an die „Lösung" der Widersprüche im imperialistischen Weltsystem. Der Krieg jedoch konnte keinen dieser Widersprüche aufheben. Im Gegenteil: Die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten und die Widersprüche in den kriegführenden Ländern mußten sich außerordentlich vertiefen. Mit dem ersten Weltkrieg begann die allgemeine Krise des kapitalistischen Weltsystems. Der Krieg war ihr erster sichtbarer Ausdruck. Die Imperialisten stürzten die ganze Welt in eine Katastrophe, deren Ausmaß sich menschliches Denken bis dahin kaum hatte vorstellen können. Der Einsatz von Millionenheeren und modernster Kriegstechnik stellte alle bis 1914 geführten Kriege, was ihr Ausmaß, die Grausamkeit der Kriegführung und die

11 Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Eduard David, Nr. 2, Bd. 2, Bl. 14/15, Eintragung vom 15. 8. 1914. Zit. nach: Willibald Gutsche: Neue Dokumente zur Rolle der Sozialchauvinisten im ersten Weltkrieg (Manuskript), S. 4.

Zahl der Opfer betrifft, weit in den Schatten. Es gab auch im Hinterland keinen Bereich gesellschaftlichen und privaten Lebens mehr, in den der Krieg nicht eingriff. Der Weltimperialismus setzte eine Kriegsmaschinerie in Gang, die gleich einem riesigen, unersättlichen Raubtier Millionen von Menschen, unschätzbare ökonomische und kulturelle Werte, zahllose Städte und Dörfer verschlang.

Die Entfesselung des Weltkrieges brachte eine Wende im Klassenkampf der Arbeiter; nunmehr mußte er unter den Bedingungen des Kriegszustandes geführt werden. Opportunismus und Chauvinismus hatten die Kampfkraft der Arbeiter gelähmt. Die Arbeiterklasse konnte den Krieg nicht verhindern. Es war also jene Situation entstanden, die die marxistischen Kräfte der internationalen Arbeiterbewegung im Auge hatten, als sie 1907 in Stuttgart in ihrem Zusatzantrag zur Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses und in Basel 1912 forderten, nach Ausbruch eines imperialistischen Krieges für dessen rasche Beendigung zu kämpfen und alles zu tun, die durch den Krieg offenbarte tiefe Krise des imperialistischen Systems auszunutzen, um den Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft herbeizuführen.

Die Arbeiterklasse hatte am Vorabend des Krieges nachdrücklich ihren Friedenswillen bekundet. Sie wurde aber von den opportunistischen Führern im Stich gelassen. Deshalb konnten bei Kriegsbeginn zunächst Chauvinismus und Sozialchauvinismus die Oberhand gewinnen. Die Selbstbesinnung und Sammlung der revolutionären Kräfte war unter diesen Umständen sehr erschwert; sie war ein komplizierter, langwieriger Prozeß.

Das propagandistische Trommelfeuer der Bourgeoisie und ihrer opportunistischen Agenten ging pausenlos auf die Massen nieder. Alle Antikriegsaktionen wurden von den Militärbehörden verboten und unterdrückt. Die kaiserliche Regierung verhängte den Belagerungszustand. Die Militärkommandos beriefen Zehntausende von Arbeitern ein und unterwarfen sie der militärischen Disziplin. Unter den ersten Gestellungspflichtigen waren auffallend zahlreiche linke Sozialdemokraten.

Die meisten Presseorgane der deutschen Sozialdemokratie fielen in den ersten Augusttagen in den bürgerlichen Chor zügelloser Hetze gegen Russen, Franzosen und Briten ein. In den Schulen und auf zahllosen Kundgebungen, durch großaufgemachte Siegesmeldungen in der Presse vom Überfall auf Belgien und vom Einmarsch in Frankreich

wurde ein ungeheuerlicher nationalistischer Taumel entfacht. Der jahrzehntelang verbreitete Chauvinismus wurde zur Kriegshysterie hochgepeitscht. Falschmeldungen versetzten die Bevölkerung in ständige Unruhe. Systematisch geschürte Angst vor angeblichen Spionen führte zu Exzessen nationalistisch aufgeputschter Menschen gegen unschuldige Straßenpassanten.

Die rechten Gewerkschaftsführer, seit Jahren Hauptstützen des Reformismus in der deutschen Arbeiterbewegung, gaben am 2. August das Signal zum völligen Einschwenken der Führungsgremien der deutschen Arbeiterbewegung in das imperialistische Kriegslager. Reformistische Gewerkschaftsführer, die nicht daran dachten, ihre mächtigen Organisationen in den Kampf gegen den Krieg zu führen, befragten das Reichsamt des Innern nach dem Schicksal der Gewerkschaften im Kriege und erhielten die aufschlußreiche Antwort: „Wir denken nicht daran, Ihnen zu Leibe zu gehen, falls Sie uns keine Schwierigkeiten machen, denn wir sind froh, große Organisationen der Arbeiterklasse zu haben, auf die sich die Regierung bei den notwendigen Hilfsaktionen stützen kann!"[12] Die führenden Gewerkschaftsbürokraten lieferten die Mitglieder widerstandslos dem imperialistischen Krieg aus und beeilten sich, die Organisationen zu „retten", indem sie die Gewerkschaften zu Institutionen im Dienste des imperialistischen Krieges degradierten. Auf ihren Konferenzen am 2., 5. und 17. August beschlossen die Vertreter der Verbandsvorstände, sofort alle Streiks abzubrechen, die von den Arbeitern für die Führung gewerkschaftlicher Kämpfe aufgebrachten Gelder für die Kriegsfürsorge auszugeben und die Mitglieder zur Erntehilfe auf den Junkergütern zu mobilisieren.

Die revolutionären Teile der deutschen Arbeiterklasse erwarteten indessen noch immer von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, denen Millionen Wähler ihr Vertrauen ausgesprochen hatten, die Ablehnung der Kriegskredite, die einer offenen Kampfansage gegen den Krieg gleichkommen mußte. Doch hinter dem Rücken der revolutionären Arbeiter verhandelten Vertreter des Parteivorstandes am 3. August mit dem Reichskanzler und den Führern der bürgerlichen Parteien über den Ablauf der bevorstehenden Reichstagssitzung, als sei die Zustimmung zu den Krediten bereits beschlossene Sache.

In der anschließenden Sitzung der Reichstagsfraktion trat eine ein-

12 Paul Umbreit: Die deutschen Gewerkschaften im Weltkriege, Berlin 1917, S. 21.

flußreiche Gruppe der Rechtsopportunisten, zu der unter anderen Eduard David, Edmund Fischer, Hermann Molkenbuhr, Philipp Scheidemann, Georg Schöpflin, Albert Südekum und Otto Wels gehörten, für die Bewilligung der Kriegskredite ein. Sie waren entschlossen, es über diese Frage notfalls sogar zur Spaltung der Partei kommen zu lassen. Sie verhießen eine gewaltige Stärkung der Sozialdemokratie und eine Demokratisierung Deutschlands nach dem Kriege, wenn die Partei den Krieg unterstütze. Die zentristischen Abgeordneten traten ebenfalls für die „Vaterlandsverteidigung" ein. Sie sprachen sich zwar gegen die Bewilligung der Kriegskredite aus, forderten aber keine Kampfmaßnahmen gegen den imperialistischen Krieg. Der opportunistische Charakter der zentristischen Auffassungen führte die Abgeordneten des sogenannten Parteizentrums in der Praxis auf die Positionen der rechtsopportunistischen „Vaterlandsverteidigung" im imperialistischen Krieg. Allein Karl Liebknecht forderte mit Nachdruck, die Fraktion solle zu Kampfaktionen gegen den Krieg aufrufen. Die Gegner der Kreditbewilligung wurden mit allen Mitteln an der Diskussion gehindert, und die Debatte wurde abgewürgt. Die Abgeordneten Adolf Albrecht, Otto Antrick, Wilhelm Bock, Friedrich Geyer, Hugo Haase, Alfred Henke, Joseph Herzfeld, Fritz Kunert, Georg Ledebour, Paul Lensch, Karl Liebknecht, Jacques Laurent Peirotes, Otto Rühle und Ewald Vogtherr entschieden sich in der Fraktionssitzung gegen, 78 Abgeordnete stimmten für die Bewilligung der Kriegskredite. Der Parteivorsitzende Hugo Haase erklärte sich nach einigem Zögern bereit, die Zustimmungserklärung der Fraktion im Reichstag zu verlesen. Alle diese Vorgänge wurden vor den Massen sorgfältig geheimgehalten.

Als der Reichstag am 4. August 1914 zusammentrat, gab es nur auf den Bänken der vom Kriegstaumel erfaßten bürgerlichen und junkerlichen Abgeordneten Grund zur Freude. Die Fraktion der deutschen Sozialdemokratie gab geschlossen ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten. „Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel", hieß es in der von Hugo Haase verlesenen Erklärung: „Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich."[13]

Die Kreditverweigerer aus der Fraktionssitzung bestanden nicht auf ihrem Nein gegen die Kriegskredite. Widerwillig gab auch Karl

13 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 1, S. 22 u. 23.

Liebknecht sein Ja, weil er den Beschluß der Fraktionsmehrheit für eine nur kurze Zeit andauernde Verirrung hielt und sich zur Fraktionsdisziplin verpflichtet fühlte.[14]

Der 4. August 1914 war ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die Rechtsopportunisten gaben jetzt den proletarischen Klassenkampf sogar in der Phrase auf, die sie vor dem Kriege noch oft im Munde geführt hatten. Mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten brach die Krise, die infolge der opportunistischen Zersetzung seit Jahren in der Partei schwelte, offen aus. Das bedeutete die offene Spaltung der deutschen Sozialdemokratie durch die Opportunisten. Die rechte sozialdemokratische Führung verriet die deutsche Arbeiterklasse und ihre ruhmreichen Traditionen. Das war die Konsequenz des jahrelangen Vormarsches des Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung, der schließlich zur Niederlage der revolutionären Kräfte führte. Der 4. August war das Ergebnis der systematisch betriebenen ideologischen Entwaffnung großer Teile der sozialdemokratischen Arbeiterschaft durch die Opportunisten in der Partei- und Gewerkschaftsführung, die die Massen zum Glauben an die Allmacht des Stimmzettels und zum Respekt vor dem bürgerlichen Staat erzogen hatten.

Der 4. August 1914 vermittelt die geschichtliche Lehre, daß der Kampf gegen den Imperialismus notwendig den konsequenten Kampf gegen den Opportunismus einschließen muß, damit die Arbeiterklasse ihrer historischen Mission gerecht werden kann.

Aus dem Rechtsopportunismus wurde unter den Bedingungen des Krieges zwangsläufig Sozialchauvinismus, der sozial in seinen Worten, aber chauvinistisch in seinen Taten war. „Unter Sozialchauvinismus", schrieb W. I. Lenin, „verstehen wir die Anerkennung der Idee der Vaterlandsverteidigung im jetzigen imperialistischen Krieg, die Rechtfertigung des Bündnisses der Sozialisten mit der Bourgeoisie und den Regierungen der ‚eigenen' Länder in diesem Krieg, den Verzicht auf die Propagierung und Unterstützung proletarisch-revolutionärer Aktionen gegen die ‚eigene' Bourgeoisie ..."[15]

Diese Politik besaß nur deshalb eine Chance verwirklicht zu werden, weil die Zentristen als die einflußreichsten opportunistischen Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung den Sozialchauvinismus objektiv unterstützten. Der Zentrismus verwandelte sich unter den Be-

[14] Dokument Nr. 69.

[15] W. I. Lenin: Der Zusammenbruch der II. Internationale. In: Werke, Bd. 21, S. 237.

dingungen des imperialistischen Krieges in den Sozialpazifismus. W. I. Lenin kennzeichnete den Sozialpazifismus als noch gefährlicher und schädlicher denn den offenen Sozialchauvinismus, da er mit marxistisch drapierten Phrasen die opportunistische Praxis zu rechtfertigen und mit einer Reihe von Sophismen das Unzeitgemäße revolutionärer Aktionen nachzuweisen suchte.[16] Der Sozialpazifismus war versteckter Sozialchauvinismus. Der zentristischen Richtung folgten viele sozialdemokratische Mitglieder und Funktionäre, die sich auf die revolutionär klingenden Erklärungen der führenden Zentristen orientierten, weil sie in ihnen Vertreter einer selbständigen Arbeiterpolitik gegen den Krieg sahen.

Der Hauptvertreter der sozialpazifistischen Richtung war Karl Kautsky. Für die Wesensgleichheit von Rechtsopportunismus und Zentrismus war charakteristisch, daß sich auch Eduard Bernstein, das geistige Haupt der Revisionisten, den Sozialpazifisten anschloß. Die Sozialpazifisten unterstützten den Sozialchauvinismus vor allem dadurch, daß auch sie den Krieg als Verteidigungskrieg bezeichneten. Sie verurteilten zwar in Worten den Krieg, propagierten jedoch die Verteidigung des imperialistischen Deutschlands, bis die deutschen Grenzen gesichert seien.

Nach dem Verrat vom 4. August war es für die revolutionären Kräfte erst recht notwendig und unumgänglich geworden, mit dem Opportunismus in seiner offenen und seiner versteckten Form vollständig zu brechen. Angesichts des „offenen, oft ordinären Bündnisses der Sozialchauvinisten mit der Bourgeoisie und den Generalstäben" war es, wie W. I. Lenin betonte, unmöglich geworden, „den Opportunismus noch für eine Erscheinung im Innern der Partei zu halten"[17].

Am 4. August 1914 machte es sich in erschreckender Weise bemerkbar, daß es die revolutionären Kräfte nicht verstanden hatten, die Sozialdemokratische Partei rechtzeitig von den Opportunisten zu säubern. Jetzt war es notwendiger denn je, eine vom Opportunismus freie, selbständige marxistische Kampfpartei zu schaffen. Nur sie konnte in der Lage sein, die von den Opportunisten zerstörte marxistische Einheit der revolutionären Arbeiterbewegung im Klassenkampf gegen Imperialismus und Krieg wiederherzustellen.

Die gleichen opportunistischen Führer, die am 4. August 1914 die

16 Ebenda, S. 253.

17 W. I. Lenin: Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale. In: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 112.

Massen schmählich und heimtückisch verrieten, versuchten nachträglich, ihren Verrat mit der Lüge zu rechtfertigen, sie wären von den Massen hinweggefegt worden, hätten sie nicht für die Kriegskredite gestimmt.[18]

Die Volksmassen waren zutiefst am Frieden interessiert. Hunderttausende Arbeiter hatten an den Demonstrationen gegen die Kriegsgefahr teilgenommen. Die Massen waren aber nicht in der Lage, die raffinierte Regie bei der Entfesselung des Krieges zu durchschauen. Die Arbeiterklasse stand der herrschenden Klasse infolge des Verrats der opportunistischen Führer gespalten und zerrissen gegenüber. In den ersten Kriegstagen herrschte tiefe Niedergeschlagenheit und Verwirrung unter den Arbeitern. Das politische Leben in den Arbeiterorganisationen war zeitweilig gelähmt. Mancher Sozialdemokrat kehrte seiner Partei enttäuscht den Rücken. Die Bereitschaft der revolutionären Arbeiter zum Kampf gegen den Krieg blieb wirkungslos, weil es keine kampfbereite Führung gab. Unter dem von Siegesfanfaren begleiteten ideologischen Trommelfeuer der Bourgeoisie und der Sozialchauvinisten und unter den verwirrenden Phrasen der Zentristen unterlagen große Teile der Arbeiterklasse der nationalistischen Hetze der herrschenden Klasse und ließen sich – da sie das Geheimnis, wie der Krieg inszeniert worden war, nicht durchschauen konnten – durch die verräterischen Lügen des Parteivorstandes täuschen. Anknüpfend an parlamentaristische und reformistische Illusionen und an nationalistische Vorstellungen, die von den Opportunisten länger als ein Jahrzehnt in der Arbeiterbewegung verbreitet worden waren, gelang es den rechten Führern der Partei und der Gewerkschaften, den Kampfwillen Hunderttausender Arbeiter gegen den Krieg zu lähmen, ja, ihn bei vielen in Bereitschaft zum Kampf gegen ausländische Imperialisten umzufälschen. Der einzelne Arbeiter, verwirrt und verraten von seinen Führern, seine Klassenorganisation nicht mehr hinter, sondern gegen sich, hatte nur noch die Möglichkeit zu gehorchen, das heißt in den imperialistischen Krieg zu ziehen, oder sich dem Terror der Militärbehörden auszusetzen. „Die Massen hatten bei dem Verrat ihrer Führer im kritischen Augenblick *keine Möglichkeit,* etwas zu tun", schrieb W. I. Lenin.[19] „Die proletarischen Massen, deren alte Führerschicht wahrscheinlich zu etwa neun Zehnteln zur Bourgeoisie übergelaufen ist, standen der Orgie des Chauvinismus, dem Druck des

18 Dokument Nr. 74.

19 W. I. Lenin: Der Zusammenbruch der II. Internationale. In: Werke, Bd. 21, S. 235.

Belagerungszustands und der Militärzensur zersplittert und hilflos gegenüber."[20]

Die Partei- und Gewerkschaftsführung selbst nahm den Arbeitern die durch ihre Organisationen gegebenen Möglichkeiten zum Kampf gegen den Krieg. Die Führungen der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften verkündeten den „Burgfrieden". Unter dieser Bezeichnung arbeiteten sie während des Krieges mit der herrschenden Klasse zusammen, versuchten sie, jeden Gedanken an Klassenkampf in der Arbeiterbewegung zu ersticken, und knebelten sie die innerparteiliche Opposition gegen den Krieg. Burgfrieden, das war zugleich die spezifische Form des Klassenkampfes, den die imperialistische Bourgeoisie und die Junker unter den Bedingungen des Krieges gegen die deutsche Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen führten. Burgfrieden bedeutete die Einordnung der in jahrzehntelanger mühevoller Arbeit geschaffenen großen Organisationen der deutschen Arbeiterklasse in das System des imperialistischen Staates, ihre Unterordnung unter den imperialistischen Krieg. Einige Sozialchauvinisten, wie Max Cohen und Eduard David, boten der Regierung an, die Sozialdemokratie in eine monarchistische Staatspartei umzuwandeln. Sie bettelten bei der kaiserlichen Regierung um Reformen mit dem Hinweis, daß ihr doch ebenfalls, auch im Hinblick auf kommende Kriege, daran gelegen sein müsse, die Einheit zwischen Regierung und sozialdemokratischer Parteiführung dauerhaft zu gestalten.[21] In den Organisationen versuchten die Sozialchauvinisten, die Reste der Demokratie zu zerschlagen. „Wie die Dinge heute liegen", erklärte Carl Legien bereits am 2. August 1914, „hört die Demokratie in den Gewerkschaften auf ..."[22] Der sozialdemokratischen Presse wurde, sofern sie nicht von selbst auf den Regierungskurs überging, von den Sozialchauvinisten im Zeichen des Burgfriedens der Maulkorb umgehängt. Mit dem Hinweis auf den Burgfrieden verstärkten die rechten Gewerkschaftsführer ihre Bemühungen, ihre Politik der Klassenharmonie zu verwirklichen und zwischen Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften vertraglich fixierte Arbeitsgemeinschaften herzustellen. Am 13. Oktober 1914 unterzeichneten der Bauarbeiterverband und der Reichsbund der Arbeitgeber im Baugewerbe auf Initiative der

[20] Ebenda, S. 253/254.

[21] Dokument Nr. 70.

[22] Siegfried Nestriepke: Die Gewerkschaftsbewegung, Zweiter Band, Stuttgart 1921, S. 24.

sozialchauvinistischen Gewerkschaftsführer eine entsprechende zentrale Vereinbarung. Andere Gewerkschaftsverbände folgten nach.

Die Generalkommission der Gewerkschaften richtete am 25. November 1914 ein Schreiben an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, in dem sie zur Zusammenarbeit zwischen Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften im Interesse der „wirtschaftlichen Rüstung" des deutschen Imperialismus aufforderte.[23]

Die kaiserlichen Behörden vergalten den Sozialchauvinisten ihr Einschwenken in das imperialistische Lager mit einigen Zugeständnissen, wie der am 31. August 1914 verfügten Aufhebung des 1894 bekräftigten Verbots, sozialdemokratische Schriften in der Armee zu halten und zu verbreiten. Natürlich wurde dieses Zugeständnis von der Bedingung abhängig gemacht, die Schriften dürften sich nicht gegen den Burgfrieden richten. Charakteristisch für diese Politik waren auch die demonstrativen Besuche von hohen Staatsbeamten in Partei- und Gewerkschaftshäusern.

Der Verrat der deutschen Opportunisten wirkte auch im Ausland als schwerer Schock. Noch in den letzten Julitagen hatten Hugo Haase und Hermann Müller durch Erklärungen im Ausland den Eindruck hervorgerufen, als würden gerade die deutschen sozialdemokratischen Führer alles tun, um den Krieg zu verhindern. Die sozialdemokratischen Arbeiter vieler Länder Europas hielten die Nachricht von der Kreditbewilligung durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für einen raffinierten Betrug ihrer herrschenden Klassen, mit dessen Hilfe die Arbeiter für den imperialistischen Krieg geködert werden sollten. Schon eher glaubwürdig erschienen ihnen Gerüchte, wonach Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet und viele andere Sozialdemokraten erschossen oder eingekerkert worden seien. Aber was die internationalen Sozialdemokraten zunächst für eine Lüge ihrer Bourgeoisie hielten, war die bittere Wahrheit: Die opportunistischen Führer der deutschen Sozialdemokratie hatten den proletarischen Internationalismus verraten. Sie hatten den Kampfruf Karl Marx' und Friedrich Engels' „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" durch den Aufruf zum Brudermord ersetzt.

Diese Haltung der Führer der deutschen Sozialdemokratie, die in der II. Internationale die größte Autorität besaß, erleichterte es den Opportunisten in Belgien, England, Frankreich, Österreich-Ungarn

23 Beschlüsse der Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände, Berlin 1919, S. 19.

und Rußland, ebenfalls zu „ihrer" Bourgeoisie überzulaufen. Die Sozialchauvinisten jedes Landes „entschuldigten" ihr nationalistisches Verhalten mit dem nationalistischen Verhalten der anderen. Die offene Unterstützung der imperialistischen Staaten durch die große Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien, die Verwandlung des Opportunismus in Sozialchauvinismus, des Zentrismus in Sozialpazifismus im internationalen Maßstab bedeutete den völligen Zusammenbruch der II. Internationale.

Die Führung der einflußreichen österreichischen Sozialdemokratie wurde wie die deutsche von Opportunisten beherrscht. Schon vor Kriegsbeginn war sie im Sinne der habsburgischen Regierung für das Ultimatum gegen Serbien eingetreten. Die sozialchauvinistische Parteiführung rief zum „Freiheitskrieg gegen das zaristische Rußland und das halbbarbarische Serbien" auf. Wie in Deutschland, beschlossen auch die reformistischen Gewerkschaftsführer in Österreich-Ungarn, alle Lohnkämpfe einzustellen.

Die belgischen Sozialisten unterstützten ebenfalls die imperialistische „Vaterlandsverteidigung". Ihr Führer Emile Vandervelde trat in die bürgerliche Regierung ein.

Die opportunistischen Führer der französischen Sozialistischen Partei und der französischen Gewerkschaften unterwarfen die über eine Million organisierten Arbeiter Frankreichs der Kriegspolitik der Imperialisten. Der leidenschaftliche Kämpfer gegen den internationalen Militarismus Jean Jaurès wurde am 31. Juli 1914 heimtückisch ermordet. Der Rechtsopportunist Marcel Sembat und der ehemalige Marxist Jules Guesde übernahmen Ministerposten in der französischen Kriegsregierung. Die sozialistische Presse rief zum „Verteidigungskrieg" gegen den deutschen Überfall auf.

In England stellten sich die Labour Party mit nahezu 1,6 Millionen gewerkschaftlich organisierten und etwa 50 000 Mitgliedern verschiedener sozialistischer Parteien und Organisationen sowie der von Henry Hyndman geführte rechte Flügel der British Socialist Party vorbehaltlos an die Seite des englischen Imperialismus. In der Independent Labour Party regten sich zwar Stimmen des Protests gegen den Krieg, die Partei ging aber über pazifistische Positionen nicht hinaus.

Die Mehrheit der italienischen Sozialisten vertrat den Standpunkt einer absoluten Neutralität Italiens. Als aber die italienische Bourgeoisie im Mai 1915 in den Krieg eintrat, stellten sich auch hier die rechten Opportunisten auf die Seite der Imperialisten.

Die internationalen Verbindungen unter den Parteien der II. Internationale waren zerrissen. Ihre bedeutendsten Mitgliedsparteien standen als sozialchauvinistische Parteien einander feindlich gegenüber. Das Internationale Sozialistische Büro war zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Sein Vorsitzender, der belgische Sozialchauvinist Emile Vandervelde, agitierte für die Entente-Imperialisten.

Die tiefste Ursache für den Zusammenbruch der II. Internationale lag darin, daß ihre Mitgliedsparteien fast alle vom Opportunismus beherrscht wurden. Jahrelang hatten die opportunistischen Führer die Massen umworben, indem sie in Worten das revolutionäre Ziel und die revolutionäre Strategie und Taktik der Arbeiterklasse vertraten. Sie hatten die tausendfältige Kleinarbeit, den Ausbau der Organisationen und den „friedlichen" Kampf der Arbeiter für die Verbesserung ihrer sozialen Lage als die Vorbereitung auf die von ihnen angeblich erstrebte proletarische Revolution bezeichnet. Nun aber, angesichts der unausweichlichen Frage, mit der Arbeiterklasse gegen den Krieg oder mit dem imperialistischen Staat gegen die Arbeiterklasse zu stehen, enthüllte sich die Heuchelei des Opportunismus. Der Zusammenbruch der II. Internationale war in Wirklichkeit die Bankrotterklärung der Politik des Opportunismus. W. I. Lenin schrieb: „Die Opportunisten haben diesen Zusammenbruch seit langem vorbereitet, indem sie die sozialistische Revolution verneinten und sie durch den bürgerlichen Reformismus ersetzten; indem sie den Klassenkampf und seinen zu bestimmten Zeitpunkten notwendigen Umschlag in den Bürgerkrieg leugneten und die Zusammenarbeit der Klassen predigten ..."[24]

Karl Kautsky, der Wortführer des Zentrismus, versuchte, den Verrat der Opportunisten an der Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" wissenschaftlich zu drapieren, indem er mit erbärmlicher Sophistik herausfand, die Internationale sei „im wesentlichen ein Friedensinstrument" und daher für eine Tätigkeit im Kriege nicht geeignet.[25]

Der Opportunismus spaltete die Arbeiterbewegung auch im internationalen Maßstab. Für die internationale Arbeiterbewegung entstand damit die Aufgabe, sich von allen opportunistischen Schattierun-

[24] W. I. Lenin: Der Krieg und die russische Sozialdemokratie. In: Werke, Bd. 21, S. 18.

[25] Karl Kautsky: Die Internationalität und der Krieg. In: Die Neue Zeit (Stuttgart), 33. Jg. 1914/1915, Erster Band, S. 248.

Nr. 210. 31. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 4. August 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Kriegsschauplätze.

Im westlichen Teil entwickelt sich der erste Akt der neuesten Weltkatastrophe. Es ist wahrscheinlich, daß eine solche Entwicklung in Bewegung setzt, drängen jetzt den Landesgrenzen und das Ostufer zu, die die strategischen Aufmarschpläne als Zielen der Entscheidung angenommen haben. Ob die Berechnungen der Generalstäbe ohne unerwartetes eintreffen, hängt von einer Menge unabhängiger Dinge ab, die sich nicht voraussehen lassen. Aber auf einen möchten wir unsere Leser aufmerksam machen. Man lese bei dem jetzigen Weltkrieg, in dem ganz Europa sich in Waffen gegenübersteht, all die kühnen, weiten Berechnungen, die zu Beginn des Herrschaftsantritts und der Siebzigerjahre vor 100 Jahren entstanden, endgültig beseitigt. Die Riesenzahl der stehenden Armeen, die ungeheure Zeitspanne der drittenhalb Jahre und Landsturmpflichtigen, die Verwendung aller Kulturmittel modernster Technik (Luftstreitkräfte, Flugzeuge, Zeppelin, Kraftwagen) ergeben ganz andere Perspektiven als die, die in den Köpfen und unter Anleitung der Führer von vorhanden waren, gestaltungen Zahlen, Bewegungsgesetzen und Kanälen Raum geben. Der moderne Krieg ist auch ein Organisationsproblem in dem der einzelne verschwindet, in dem die modernen strategischen Aufgaben unbedingte Disziplin erfordert und ihr Grundcharakter verändert.

den einen ganzen Teil heute noch-heute Neutrale ab. Es ist praktisch die vollständig noch-nicht gestörte Kette, die Italien als Dreibundmacht spricht. Damit Italien offenen Anteil am Weltkriege kann noch im Kriegsschauplatz im italienisch-französischen Mittelmeergebiet haben auch ein Vorgehen Italiens gegen Frankreich in Nordafrika gehört in den Bereich der Möglichkeiten. Wie bei in diesem Falle Spanien das auch entscheidend hat verhalten wird, ist noch nicht voraussehbar.

Ein großes Rätsel ist auch noch das Verhalten Englands. Eine Entscheidung in der europäischen Mitte wird die englischen Machtmittel auch zuletzt auch in Bezug auf die Verkehrsmöglichkeiten nach dem Mittelmeer, fühlen.

So hat in diesen Tagen alle militärischen, politischen, nationalitätenmäßigen und gesellschaftlichen Probleme Europa über geworfen. Jetzt in Flammen von der Nordsee, den Vogesen, Oberschlesien und Südtirol, den Balkan, Innerasiatien, Indien, Ägypten, die in Millionen flammen ihren Umfang erhalten haben.

All das sind nur kleine Bruchteile der Kriegserklärungen der Weltgeschichte. Alle und weiten Gebiet der modernen kapitalistischen Weltkultur. Hier sind nur die Hauptlinien angedeutet. Innerhalb dieser Hauptlinien sind Tagesereignisse haben diese Züge doch meistens wiederholt-planen kapitalistischen Interessen verborgen, sind und sind verschleiert, verdeckt, verändert und verwandelt worden. Und auch in unseren eigenen Reihen haben sich die Ansichten und die Stellungnahme verschoben. Die Ansicht der Sozialdemokratie, die Mehrheit hat, unterstützt die Kriegskredite und die Minderheit, die Kriegskredite ablehnt. Jetzt sind wir mitten im Weltkriege. Jetzt ist es an der Zeit, die Gegensätze zu überwinden und alle Kräfte einzusetzen, um den Sieg unserer Waffen zu sichern.

Unser Volk wird kämpfen müssen. Den Männern erklärt unser, daß der Generalstab vorgesorgt hat, die Oeffentlichkeit über den Gang der Kriegsereignisse zu unterrichten. Die Bevölkerung werde das wissen und darüber und darüber Ruhe bewahren müssen, da diese Maßregel von der militärischen Notwendigkeit diktiert wird.

Italiens Verhalten.

Rom, 3. August. Die „Tribuna" meldet: Gestern abend begab sich der deutsche Botschafter in die Consulta und teilte dem Minister des Aeußern Marquis di San Giuliano amtlich mit, daß Deutschland sich in Kriegszustand befinden. Marquis di San Giuliano nahm von der Mitteilung Kenntnis und erklärte, daß Italien genau den Geist und Wortlaut des Dreibundvertrages

Neutralität beobachten

werde. Der Minister bestätigte die freundschaftlichen Gefühle für Deutschland und Oesterreich-Ungarn und sagte, der deutsche Botschafter möchte seiner Regierung über die gegenwärtigen deutsch-französischen Beziehungen

Aus Oesterreich.

Ein Thronfolgerrecht.

Wien, 3. August. Amtlich wird verlautbart: Nachdem [illegible] und in der österreichisch-ungarischen Monarchie eine

nung über den Weltkrieg, daß sie [illegible] dafür hinter Schloß und Riegel gesetzt oder sonst aufs schwerste verfolgt wurden.

Alles in allem kann man schließlich auch dem zustimmen, was die „Kreuzzeitung" im letzten Absatz ihres Artikels sagt: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht."

Politische Uebersicht.

Die sozialdemokratische Fraktion für die Kriegskredite.

Die sozialdemokratische Fraktion faßte in einer Montag nachmittag abgehaltenen Fraktionssitzung den Beschluß, für die von der Regierung angeforderten Kredite zu stimmen. Durch Abgabe einer Erklärung wird sie ihren Beschluß begründen.

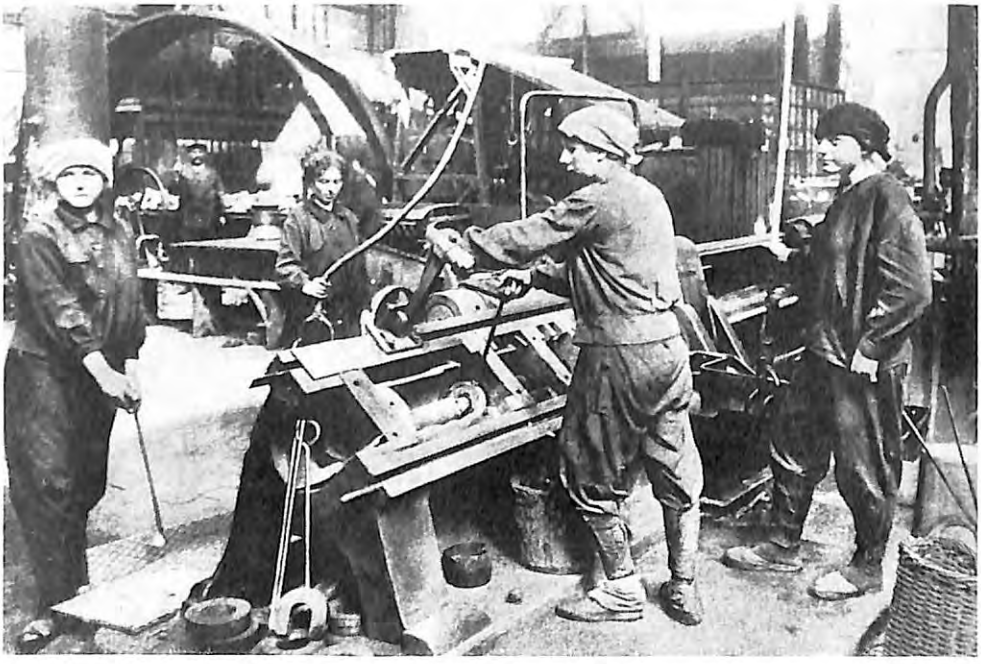
Reichstagsvorlagen.

Von den dem Reichstag zugegangenen Vorlagen sieht eine vor, daß an Stelle der Goldmünzen Reichskassenscheine und Reichsbanknoten verabfolgt werden können.

Der „Vorwärts" vom 4. August 1914 mit der Mitteilung,
daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Kriegskrediten zugestimmt hat



Sie ziehen für die Interessen des deutschen Imperialismus und Militarismus in den Krieg



Arbeiterinnen einer Munitionsfabrik an einer 125-Tonnen-Ziehpresse



Die satirische Zeitschrift der Sozialdemokratie wird von rechten sozialdemokratischen Führern für die chauvinistische Propaganda mißbraucht („Der Wahre Jacob", 28. August 1914)



Annexionspropaganda der deutschen Imperialisten



Deutsche Truppen an der Westfront



Verwundete warten auf den Abtransport

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Was seit 10 Monaten, seit dem Angriff Oesterreichs auf Serbien, täglich zu erwarten war, ist eingetreten: der Krieg mit Italien ist da.

Die Volksmassen der kriegführenden Länder haben begonnen, sich aus den amtlichen Lügennetzen zu befreien. Die Einsicht in die Ursachen und Zwecke des Weltkriegs, in die unmittelbare Verantwortlichkeit für seinen Ausbruch hat sich auch im deutschen Volk verbreitet. Der Irrwahn heiliger Kriegsziele ist mehr und mehr gewichen, die Kriegsbegeisterung geschwunden, der Wille zum schleunigen Frieden mächtig emporgewachsen, allenthalben — auch in der Armee!

Eine schwere Sorge für die deutschen und österreichischen Imperialisten, die sich vergeblich nach Rettung umsahen. Sie

Durch die Torpedierung der Lusitania wurde nicht nur die Macht der englischen, französischen und russischen Kriegsparteien gefestigt, ein schwerer Konflikt mit den Vereinigten Staaten heraufbeschworen, das ganze neutrale Ausland zu leidenschaftlicher Empörung gegen Deutschland aufgebracht, sondern auch der italienischen Kriegspartei gerade in der kritischen Zeit ihr verhängnisvolles Werk erleichtert — auch dazu hat das deutsche Volk schweigen müssen; die eiserne Faust des Belagerungszustandes drückte ihm die Gurgel zu.

Im März d. J. schon konnte der Friede angebahnt werden — die Hand war von England geboten — die Profitgier der deutschen Imperialisten wies sie zurück. Hintertrieben wurden aussichtsreiche Friedensbemühungen durch die deutschen Interessenten an kolonialen Eroberungen großen Stils, an der Annexion Belgiens und Französisch-Lothringens, durch die Kapitalisten der großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften, durch die Scharfmacher der deutschen Schwerindustrie.

Auch das hat man dem deutschen Volke verheimlicht, auch da hat man es nicht zu Rate gezogen.

Wem hat, so fragen wir, das deutsche Volk die Fortsetzung des grauenvollen Kriegs, wem Italiens Eingreifen zu danken? Wem anders als den verantwortlichen Unverantwortlichen im eigenen Lande.

Alles lernen, nichts vergessen!

Den italienischen Abklatsch der deutschen Ereignisse vom Sommer vorigen Jahres kann Denkenden kein Sporn zu neuem Kriegstaumel sein, nur ein neuer Anstoß zur Verscheuchung jener Hoffnungsirrwische von einer Morgenröte politischer und sozialer Gerechtigkeit, nur ein neues Licht zur Erhellung der politischen Verantwortlichkeiten, zur Enthüllung der ganzen Gemeingefährlichkeit jener österreichischen und deutschen Kriegstreiber, nur ein neuer Anklagepakt gegen sie.

Lernen und nicht vergessen aber gilt es auch und vor allem, welch heldenmütigen Kampf unsere italienischen Genossen gegen den Krieg gekämpft haben und noch kämpfen. Kämpfen in der Presse, in Versammlungen, in Straßenkundgebungen, kämpfen mit revolutionärer Kraft

Jede Brandmarkung verdienen die italienischen Kriegshetzer. Aber sie sind nichts als die Abbilder der deutschen und österreichischen Kriegshetzer, jener Hauptschuldigen am Kriegsausbruch. Gleiche Brüder, gleiche Kappen!

Wem hat das deutsche Volk die neue Heimsuchung zu danken? Von wem hat es Rechenschaft zu fordern für die neuen Opfer-Hekatomben, die sich türmen werden?

Es bleibt dabei: das österreichische Ultimatum an Serbien vom 23. Juli 1914 war die Brandfackel, die die Welt entzündete, wenn auch der Brand erst spät auf Italien übergriff.

Es bleibt dabei: dieses Ultimatum war das Signal für die Neuverteilung der Welt und rief mit

Proletariat.

Aber kein Zuspät traut entschlossener Kampfeswille!

Abgewirtschaftet hat die unsinnige Parole des „Durchhaltens", die nur immer tiefer in den Malstrom der Völkerzerfleischung führt. Internationaler proletarischer Klassenkampf gegen internationale imperialistische Völkerzerfleischung, heißt das sozialistische Gebot der Stunde.

Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land!

Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.

Wir wissen uns eins mit dem deutschen Volk — nichts gemein haben wir mit den deutschen Tirpitzen und Falkenhayns, mit der deutschen Regierung der politischen Unterdrückung, der sozialen Knechtung. Nichts für diese, alles für das deutsche Volk. Alles für das internationale Proletariat, um des deutschen Proletariats, um der getretenen Menschheit willen!

Die Feinde der Arbeiterklasse rechnen auf die Vergeßlichkeit der Massen — sorgt, daß sie sich gründlich verrechnen! Sie spekulieren auf die Langmut der Massen — wir aber erheben den stürmischen Ruf:

„Wie lange noch sollen die Glücksspieler des Imperialismus die Geduld des Volkes mißbrauchen? Genug und übergenug der Metzelei! Nieder mit den Kriegshetzern diesseits und jenseits der Grenze!

Ein Ende dem Völkermord!"

Proletarier aller Länder, folgt dem heroischen Beispiel eurer italienischen Brüder! Vereinigt euch zum internationalen Klassenkampf gegen die Verschwörungen der Geheimdiplomatie, gegen den Imperialismus, gegen den Krieg, für einen Frieden im sozialistischen Geist.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Teilweise Wiedergabe des Flugblattes Karl Liebknechts
„Der Hauptfeind steht im eigenen Land!", Mai 1915

April 1915 Heft 1

Die Internationale

Eine Monatsschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

Herausgegeben von
Rosa Luxemburg und Franz Mehring.

Inhalt des Heftes

Zur Einführung.
Der Wiederaufbau der Internationalen. Von Rosa Luxemburg.
Wer zahlt die Kriegskosten? Von Johannes Kämpfer.
„Sozialismus wohin wir blicken." Von Paul Lange.
Unsere Frauen und der nationale Frauendienst. Von Käte Duncker.
Für den Frieden. Von Klara Zetkin.
Aus den Parlamenten:
1. Der Riß in der preußischen Landtagsfraktion. Von Heinrich Ströbel.
2. Die Zersetzung der Reichstagsfraktion.
Die Geheimlehre und der Mythus. Von A. Thalheimer.
Unsere Altmeister und die Instanzenpolitik. Von Franz Mehring.
Literarische Rundschau.

Preis 30 Pfg.

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Peter Berten;
Druck von A. Gerisch & Co., G. m. b. H., beide Düsseldorf.

Umschlagseite der von der Gruppe „Internationale" herausgegebenen Zeitschrift

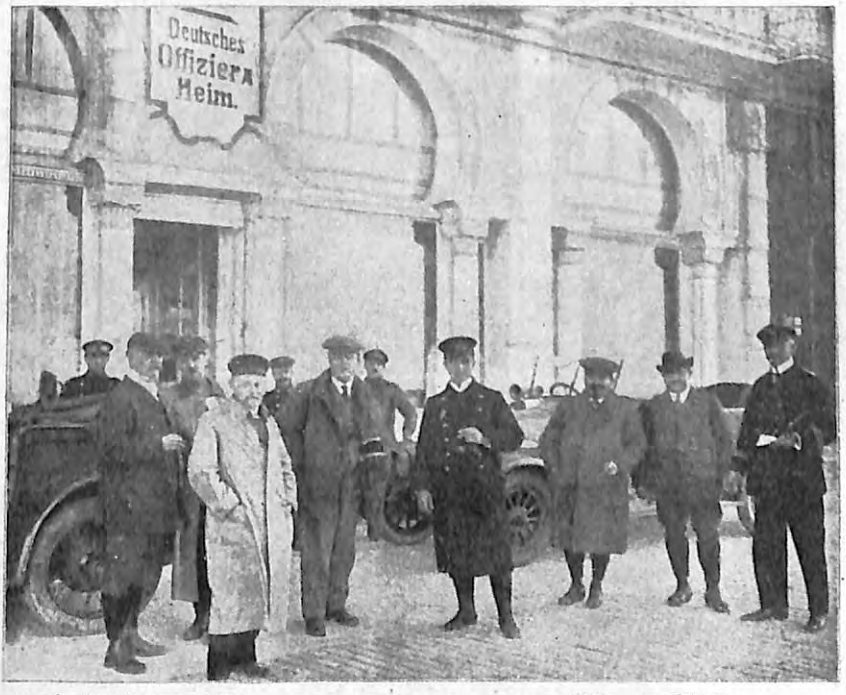
Bilder ohne Worte.



Rosa Luxemburg im Weibergefängnis Berlin Barnimstraße



Clara Zetkin im Untersuchungsgefängnis in Karlsruhe



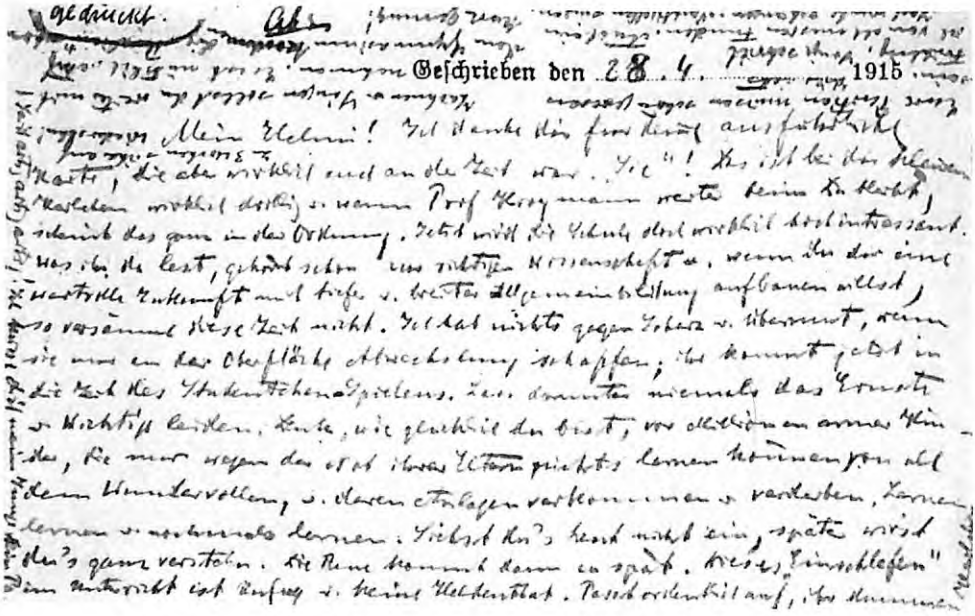
Scheidemann David Ebert Schöpflin

Vier sozialdemokratische Abgeordnete als Gäste im kaiserlichen Hauptquartier im besetzten Belgien.

Von der Gruppe „Internationale“ illegal herausgegebene Postkarte



Karl Liebknecht in der Uniform des Armierungssoldaten auf dem Wege zum Reichstag, 1915



Geschrieben den 28. 4. 1915

Rückseite der Feldpostkarte Karl Liebknechts vom 28. April 1915 an seinen Sohn Wilhelm

gen zu lösen und im Kampf gegen den Opportunismus ihre revolutionäre Einheit wiederherzustellen.

Nur wenige Parteien blieben dem proletarischen Internationalismus und den auf internationalen Kongressen gefaßten Beschlüssen treu: an ihrer Spitze die russischen Bolschewiki mit W. I. Lenin, ferner die sozialdemokratische Partei Serbiens, die „Engherzigen" in Bulgarien und zunächst auch die Italienische Sozialistische Partei.

In den Bolschewiki besaßen die revolutionären Kräfte der internationalen Arbeiterbewegung die Partei, die ihnen für den Kampf gegen Imperialismus und Krieg den einzig richtigen, den leninistischen Weg weisen konnte. Die bolschewistischen Abgeordneten lehnten in der Duma geschlossen die Kriegskredite ab. Die Partei W. I. Lenins nahm unter den schwersten Repressalien der zaristischen Behörden den Kampf gegen den imperialistischen Krieg auf. Von der Stuttgarter Resolution des Jahres 1907 ausgehend, entwickelte sie als einzige Partei ein marxistisches Programm des Kampfes für den Frieden, der zum Hauptinhalt des proletarischen Klassenkampfes geworden war. W. I. Lenin legte in der Erklärung des ZK der SDAPR vom 11. Oktober 1914 „Der Krieg und die russische Sozialdemokratie" ein umfassendes Programm vor, das zur revolutionären Beendigung des Krieges durch die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, zum Sturz der Bourgeoisie und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats aufrief.[26] In dem Beschluß „Die Losungen der revolutionären Sozialdemokratie" vom Frühjahr 1915 formulierte W. I. Lenin die ersten Schritte zur Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg: „1. unbedingte Ablehnung der Kriegskredite und Austritt aus den bürgerlichen Kabinetten; 2. völliger Bruch mit der Politik des ‚nationalen Friedens' (bloc national, Burgfrieden); 3. Bildung illegaler Organisationen überall dort, wo Regierung und Bourgeoisie unter Verhängung des Belagerungszustandes die verfassungsmäßigen Freiheiten aufheben; 4. Unterstützung der Verbrüderung der Soldaten der kriegführenden Nationen in den Schützengräben und auf den Kriegsschauplätzen überhaupt; 5. Unterstützung aller revolutionären Massenaktionen des Proletariats überhaupt."[27]

Dieses Programm der revolutionären Beendigung des Krieges besaß für die revolutionären Kräfte in allen kriegführenden Ländern Gül-

[26] W. I. Lenin: Werke, Bd. 21, S. 13–21.

[27] W. I. Lenin: Die Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR. In: Ebenda, S. 150.

tigkeit. Der konsequente Kampf gegen den Krieg mußte jede revolutionäre Gruppe an die Positionen des leninistischen Programms heranführen. Doch in Deutschland gab es noch keine Partei, die den Kampf gegen den Krieg auf der Grundlage eines solchen Programms hätte aufnehmen können.

Die führenden Vertreter der linken Strömung in der deutschen Sozialdemokratie hatten nicht erwartet, daß die Opportunisten so offen zu den Feinden der Arbeiterklasse überlaufen würden. Karl Liebknecht schrieb später, mit dem 4. August sei „der alte radikale Flügel" in der Partei „atomisiert" worden.[28] Für die marxistischen Kräfte wirkte es sich verhängnisvoll aus, daß die deutschen Linken vor 1914 nie mehr als eine Strömung in der Arbeiterbewegung gewesen waren, daß sie über keinerlei Organisation, ja, nicht einmal über eine selbständige Gruppe in der Partei verfügten, die ihnen Grundlage für gemeinsame Orientierung und gemeinsames Handeln in der komplizierten Situation im Sommer 1914 hätte sein können. Die Beherrschung der Organisationen der deutschen Arbeiterklasse durch die Sozialchauvinisten und -pazifisten machte eine Antikriegspropaganda der Linken fast unmöglich. War es angesichts der starken Verwirrung der Arbeiterklasse ohnehin schwer, wirksame Antikriegsarbeit zu leisten, so kam hinzu, daß die deutschen Linken fast keine Gelegenheit mehr hatten, vor den Massen gegen die opportunistischen Lügen aufzutreten. Ein eigenes Presseorgan besaßen sie nicht, und die Möglichkeit, ihre Auffassungen in den legalen Parteiorganen darzulegen, war ihnen von den Opportunisten weitgehend genommen worden. Nur wenige lokale Parteiblätter wagten den Abdruck von Artikeln und Zuschriften der Linken. Das „Gothaer Volksblatt" zum Beispiel, das Otto Geithner im Sinne der linken Strömung redigierte und das Artikel von Rosa Luxemburg und Franz Mehring veröffentlichte, wurde Anfang 1915 von den Militärbehörden verboten. Die deutschen Linken hatten nur noch die Möglichkeit der halblegalen und illegalen Arbeit.

Dennoch zeigte sich, daß auch in den schwierigsten Situationen des Klassenkampfes, in denen scheinbar der Imperialismus in seiner Allmacht das Leben der Nation beherrscht, die revolutionären Kräfte der Arbeiterbewegung nicht versiegen. Die deutsche Arbeiterklasse besaß einen unerschütterlichen revolutionären Kern, der die proletari-

[28] Karl Liebknecht: Betrachtungen und Erinnerungen aus „großer Zeit". In: Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Berlin 1952, S. 429.

schen Klassenpositionen zu keinem Zeitpunkt aufgab. Diese sozialdemokratischen Mitglieder bewiesen Standhaftigkeit, Prinzipientreue und wahres Heldentum im Dienst ihrer Klasse und im Interesse der Nation, als sie mutig und opferbereit, zunächst oft vereinzelt und in kleinen Gruppen, den Kampf gegen Chauvinismus und Belagerungszustand aufnahmen. In Bremen zogen nach dem 4. August revolutionäre Sozialdemokraten vor das Parteibüro und protestierten gegen den Verrat der rechten Führer. In den Waffenrock gepreßte Arbeiter brachten in Briefen ihre Erbitterung zum Ausdruck und drohten, sie würden die opportunistischen Führer davonjagen, wenn sie nach Hause kämen. In Stuttgart sprach eine Vertrauensleutevollversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins am 6. August der Reichstagsfraktion mit überwältigender Mehrheit das Mißtrauen aus. Oppositionelle Stimmen regten sich in Berlin und Umgebung, besonders in Neukölln, im Kreis Niederbarnim, in Steglitz und im Kreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, sowie auch in Braunschweig, Gotha, Hamburg, am Niederrhein und anderen Orten.

Stimmen des Protestes wurden vor allem auch in den Gruppen der revolutionären Arbeiterjugend laut. Die jungen Sozialdemokraten waren in vielen Orten die ersten, die zum Kampf gegen den Krieg und seine sozialchauvinistischen Befürworter antraten. In der Haltung dieser Jugendgenossen zeigten sich die Früchte der jahrelangen antimilitaristischen Erziehung der Arbeiterjugend durch Karl Liebknecht und andere Linke.

Eines der ersten Zentren der Antikriegsarbeit der Jugend in Berlin war Neukölln, wo die Jugendgenossen Bruno und Reinhold Schönlank sowie Hans und Willy Zimmerlich führend tätig waren. In Berlin traten auch die Jugendgenossen Leo Flieg, Fritz Globig, Friedrich Heilmann, Marta Jogsch, Clara Schabbel, Georg Thiele und Fritz Winguth in die erste Reihe der revolutionären Kriegsgegner. In Süd- und Südwestdeutschland hatte die revolutionäre Arbeiterjugend ihre Zentren besonders in Eßlingen, Göppingen, Stuttgart und Ulm. Die oppositionelle Gruppe in Leipzig, die bereits im Herbst 1914 durch Georg Schumann Verbindung zu Karl Liebknecht aufnahm, bestand überwiegend aus jungen Genossen, wie Max Borsdorf, Willi Langrock und Walter Ulbricht. Im Rhein- und Ruhrgebiet entwickelte sich eine starke Oppositionsbewegung der sozialdemokratischen Jugend gegen die Burgfriedenspolitik des Parteivorstandes. Schon am Abend des 1. August 1914 waren in Elberfeld über 800 junge Arbeiter und Ar-

beiterinnen zum Markt gezogen und hatten dort gegen den Krieg protestiert. Ende September 1914 fand in Remscheid eine illegale Bezirksjugendkonferenz statt, auf der Gruppen aus Barmen, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Hagen, Haspe, Köln, Remscheid und Solingen vertreten waren. Führende Jugendgenossen in der Antikriegsarbeit im Rhein-Ruhrgebiet waren Franz Dahlem, Ernst Lohagen und August Sedat. In Thüringen stand die oppositionelle Arbeiterjugend von Erfurt, Gotha, Jena, Suhl und Weimar an der Spitze. Aktive oppositionelle Jugendgruppen entwickelten sich ebenfalls in Braunschweig und Hamburg-Altona sowie in Dresden, wo Wella Henker und Erich Lewinsohn den Kampf der Arbeiterjugend gegen den imperialistischen Krieg anführten.

Die oppositionelle, revolutionäre Arbeiterjugend wurde in Gemeinschaft mit älteren und erfahrenen revolutionären Sozialdemokraten zur wichtigsten Stütze des Antikriegskampfes der deutschen Linken.

Der revolutionäre Kern der deutschen Arbeiterklasse unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg resignierte nicht. Er wandte sich sofort gegen die nationalistische Demagogie der Imperialisten und Sozialchauvinisten, gegen die Verschleierung der wahren Ursachen des Krieges und seines imperialistischen Charakters. Sie, die als Minderheit der mächtigen Front der Interessenten und Befürworter des imperialistischen Krieges von der gesamten Bourgeoisie bis zu den rechten Führern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gegenüberstanden und wegen ihrer Absage an den imperialistischen Staat als Feinde der Nation diffamiert wurden, waren die Patrioten Deutschlands im ersten Weltkrieg. Sie rangen vom ersten Kriegstage an um die Gewinnung der Massen für den Friedenskampf. Sie kämpften gegen den Raubkrieg und für den Frieden, gegen den Imperialismus und für den sozialen Fortschritt und stellten damit die Lösung der Lebensfragen der Nation in den Mittelpunkt ihres Kampfes.

Kaum war der schändliche Verrat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bekannt geworden, da trafen sich noch am Abend des 4. August 1914 bei Rosa Luxemburg Hermann Duncker, Hugo Eberlein, Julian Marchlewski, Franz Mehring, Ernst Meyer und Wilhelm Pieck, um über die nächsten Aufgaben zu beraten. Da der Parteivorstand fast alle Bemühungen der Linken durchkreuzte, in der sozialdemokratischen Parteipresse gegen die Lüge von der „Einmütigkeit" der Reichstagsfraktion bei der Zustimmung zu den Kriegskrediten aufzutreten und Kämpfer gegen den Krieg und die Burgfriedenspolitik

zu gewinnen, mußten die führenden Linken ausländische Zeitungen in Anspruch nehmen. In Briefen an sozialdemokratische Zeitungen im Ausland protestierten Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin entschieden gegen die sozialchauvinistische Hetze und die von Albert Südekum und anderen Führern verbreitete Einmütigkeitslegende über den 4. August. Durch die in der Schweiz erscheinende „Berner Tagwacht" erhielten auch deutsche Leser von diesen Briefen und anderen Stellungnahmen der Linken Kenntnis. So bahnten sich die Linken trotz aller Schwierigkeiten Wege, um zu den deutschen Arbeitern zu sprechen. Franz Mehring protestierte Mitte September 1914 in offenen Zuschriften an den „Vorwärts" und die „Bremer Bürger-Zeitung" gegen die Methode der Sozialchauvinisten, sich verlogen auf Friedrich Engels zu berufen, um ihren Übergang in das imperialistische Lager zu rechtfertigen. So wurden auf verschiedene Weise auch in Deutschland erstmals Einzelheiten über die Machenschaften der Rechten in der entscheidenden Sitzung der Reichstagsfraktion am Vortage der Kreditbewilligung bekannt.

Die Linken begannen gleichzeitig eine systematische Agitation in Parteiversammlungen, auf Zahlabenden, Frauenleseabenden, in Jugendsektionsversammlungen und anderen Zusammenkünften, in denen sich die Arbeiter um Klarheit über die Politik ihrer Führung bemühten. Dabei wandten sich die linken Führer scharf gegen die Unterstützung des Krieges durch die Partei- und Gewerkschaftsführungen.

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterfrauen begannen damit, Exemplare der wenigen sozialdemokratischen Zeitungen, in denen oppositionelle Stimmen gegen die sozialchauvinistische Politik zu Wort kamen, an die Front zu versenden.

Der Kreis der Arbeiter, der von der Antikriegsagitation der Linken, vor allem der revolutionären Arbeiterjugend, erfaßt wurde, vergrößerte sich allmählich. Klein waren zunächst die sichtbaren Auswirkungen dieser Agitation, aber groß war ihre Bedeutung als Anfang des notwendigen politisch-ideologischen Klärungsprozesses in der deutschen Arbeiterbewegung und der Sammlung der Kämpfer gegen Imperialismus und Krieg.

Das Scheitern der Blitzkriegsstrategie des deutschen Imperialismus. Das allmähliche Anwachsen einer revolutionären Opposition gegen den Krieg und den Sozialchauvinismus bis zur Gründung der Gruppe „Internationale" (September 1914 bis Frühjahr 1915)

Die Armeen des imperialistischen Deutschlands errangen in den ersten Wochen des Krieges rasch Erfolge. Sie besetzten große Teile Belgiens und stießen in schnellem Vormarsch auf Paris zu. Die bürgerliche und die sozialchauvinistische Presse jubelten siegestrunken. Es schien, als sollte die abenteuerliche Blitzkriegsstrategie des deutschen Militarismus triumphieren. Die Anfangserfolge der deutschen Kriegführung wurden von der herrschenden Klasse ausgenutzt, um die chauvinistische Verhetzung der Massen zu steigern und einen Siegestaumel zu entfachen. So gelang es ihnen schließlich, die Mehrheit des deutschen Volkes vor den imperialistischen Kriegskarren zu spannen.

Ohne Ausnahme standen alle bürgerlichen Parteien unter der chauvinistischen Losung „Deutschland, Deutschland über alles" an der

Seite der Monopolisten. Die meisten bürgerlichen Intellektuellen stellten ihre Fähigkeiten in den Dienst des imperialistischen Krieges oder ließen sich in nationalistischer Verblendung für den Krieg mißbrauchen.[29]

Während die Rüstungsmonopole an dem gewaltigen materiellen Bedarf der deutschen Kriegsmaschine und an der Opferbereitschaft der irregeführten Volksmassen unermeßlich verdienten, verschlechterte sich die Lebenslage der Werktätigen in den ersten Kriegswochen schlagartig. Das gesamte kapitalistische Wirtschaftsgefüge geriet durch die Mobilmachung in eine ernste Krise. Die Einberufung Hunderttausender Arbeiter desorganisierte den Produktionsablauf. Exportindustrie und Außenhandel erlitten einen empfindlichen Rückschlag.

Die Militarisierung der Industrie führte in den ersten Kriegswochen zu einem sprunghaften Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Im August 1914 waren 22,4 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erwerbslos. Erst im April 1915 ging die Arbeitslosigkeit mit 2,9 Prozent wieder auf den Stand vom Juli 1914 zurück. Dem niedrigen Beschäftigungsniveau entsprach ein empfindlicher Rückgang der Löhne. Sie erreichten ebenfalls erst nach acht Monaten wieder den Vorkriegsstand.

Besonders kompliziert wurde die Lebenslage für die Familien, deren Ernährer an die Front geschickt wurden. Viele Frauen mußten nach einer Arbeit suchen, um ihre Kinder ernähren zu können.

Die Militarisierung der Wirtschaft und das Bestreben, die Mobilmachungskrise rasch zu überwinden, führten dazu, daß die Entwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, die sich bereits vor 1914 in einzelnen Tendenzen besonders abgezeichnet hatte, eine neue Stufe erreichte. Die Kriegswirtschaft bot den Monopolisten die Möglichkeit, alle Kräfte des Volkes für den imperialistischen Krieg zu mobilisieren. Die mächtigsten Konzernherren, die jetzt vielfach auch Staatsbeamte wurden, schanzten sich die einträglichsten Rüstungsaufträge, wertvolle Rohstoffe sowie staatliche Zuschüsse aus den Steuergeldern der Werktätigen zu, die sie in kostspielige und für den einzelnen Kapitalisten unrentable Kriegsproduktionen investierten. Der Staat, unersättlicher Abnehmer der jetzt in Massen produzierten und vernichteten Waffen und Militärausrüstungen, garantierte ihnen den Absatz zu hohen Preisen.

Charakteristisch für diese immer stärker hervortretende Tendenz war die unmittelbar nach Kriegsbeginn auf Initiative und unter Lei-

[29] Dokument Nr. 72 u. 82.

tung des Präsidenten des großen deutschen Elektrokonzerns AEG, Walther Rathenau, gegründete Kriegsrohstoffabteilung des preußischen Kriegsministeriums. In dieser Behörde, die faktisch die gesamte Wirtschaft Deutschlands lenkte und auch auf die Wirtschaft Österreich-Ungarns und der Türkei einen erheblichen Einfluß besaß, hatten Vertreter der mächtigsten Monopole die führenden Positionen inne. Auch die Militärbehörden arbeiteten eng mit den Monopolherren zusammen.

Die staatlichen Eingriffe in die kapitalistische Wirtschaft demonstrierten den neuen, höheren Grad der Ausnutzung des Staates für die Sicherung des Monopolprofits durch die Rüstungskonzerne und die wachsende Tendenz der Verschmelzung von Monopolkapital und Staat.

Die neue Stufe der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus von Kriegsbeginn an bedeutete eine enorme Verstärkung der Macht der größten Monopole in Deutschland. Den wirtschaftlichen Maßnahmen zur Sicherung der monopolistischen Kriegswirtschaft entsprach, daß der von den Monopolen mehr und mehr direkt beherrschte Staat seinen antidemokratischen Charakter im Kriege in bisher nicht gekannter Weise enthüllte. Es erfolgte ein radikaler Abbau der politischen und sozialen Rechte der Werktätigen. Über das Reich wurde der Belagerungszustand verhängt, der die vollziehende Gewalt in die Hände der Militärbehörden legte. Die herrschende Klasse zerstörte ihre eigene bürgerliche Legalität, setzte die wichtigsten bürgerlichen Grundrechte außer Kraft, bildete Stand- und Kriegsgerichte und führte eine Presse- und Versammlungszensur ein. W. I. Lenin charakterisierte den staatsmonopolistischen Kapitalismus als „Militärzuchthaus für die Arbeiter", als „militärischen Schutz für die Profite der Kapitalisten".[30]

Anfang September 1914 wurde die deutsche Offensive in Frankreich 50 Kilometer vor Paris gestoppt. An der Marne gingen am 5. September französische und englische Truppen zum Gegenangriff über und zwangen den rechten Flügel des deutschen Westheeres zum Rückzug.

In der Schlacht an der Marne brach die abenteuerliche Blitzkriegsstrategie des deutschen Militarismus zusammen. Das Fiasko der deutschen Kriegführung in der Marneschlacht leitete die Niederlage des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg ein. Der rasche Bewe-

30 W. I. Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll. In: Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 368.

gungskrieg, auf den die deutschen Militaristen alles gesetzt hatten, war zu Ende. Damit verloren sie ihre durch das Überraschungsmoment und den Rüstungsvorsprung bei Beginn des Krieges errungene militärische Überlegenheit. Der Krieg ging in einen langwierigen, blutigen Stellungskrieg über. Dabei setzte sich auf die Dauer das überlegene Kriegspotential der Entente durch und wirkte im Laufe der Jahre kriegsentscheidend.

Unfähig, die Auswirkungen der Niederlage an der Marne auf den weiteren Kriegsverlauf real einzuschätzen und das tatsächliche Kräfteverhältnis nüchtern abzuwägen, setzte die deutsche Kriegführung den ungleichen Kampf fort, in dem die Blüte und der Reichtum der Nation gewissenlos dem Profit- und Weltmachtstreben des deutschen Monopolkapitals geopfert wurde.

Seit der Niederlage an der Marne begann der Widerspruch zwischen den maßlosen Kriegszielen des deutschen Imperialismus und seinen beschränkten ökonomischen, politischen und militärischen Möglichkeiten verstärkt zu wirken. Der Versuch des deutschen Imperialismus, den „Platz an der Sonne" zu erobern, mußte unabhängig von den verschiedenen Wechselfällen des weiteren Kriegsverlaufs gesetzmäßig zu seiner Niederlage führen.

Das Debakel der deutschen Kriegführung an der Westfront ließ die anfängliche, durch nationalistische Verhetzung erzeugte Kriegsbegeisterung in den Massen merklich abflauen. Bis Ende 1914 hatte das deutsche Volk bereits über 800 000 Tote, Verwundete und Vermißte zu beklagen.

Angesichts der schwindenden Aussicht auf ein baldiges Kriegsende, der schweren Opfer des deutschen Volkes und der in den ersten Kriegswochen besonders einschneidenden Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen begann im Herbst 1914 unter den irregeführten Massen eine gewisse Desillusionierung.

Am 22. Oktober regte sich erstmalig während des Krieges in einem deutschen Parlament eine öffentliche parlamentarische Opposition. Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses gab eine Erklärung ab, in der sie zwar einem Notstandskredit für die preußische Regierung zustimmte, aber zugleich forderte, in Preußen ein demokratisches Wahlrecht einzuführen, die Ausnahmegesetze aufzuheben und den Frieden wiederherzustellen. Die fünf oppositionellen Mitglieder der zehnköpfigen Fraktion, Adolf Hofer, Adolph Hoffmann, Paul Hoffmann, Karl Liebknecht und Heinrich

Ströbel, verließen vor der Schlußrede des Präsidenten demonstrativ den Saal.

Gestützt auf oppositionelle Stimmungen in Partei- und Gewerkschaftsorganisationen sowie in der Arbeiterjugendbewegung, gelang es den Linken, die Basis ihres revolutionären antiimperialistischen Kampfes zu erweitern.

In zahlreichen Versammlungen setzten sie sich mit den Auffassungen der Fraktionsmehrheit auseinander. Am 21. September 1914 zog Karl Liebknecht vor den sozialdemokratischen Funktionären Stuttgarts aus dem Verrat vom 4. August die Schlußfolgerung, daß die Partei „von der Haut bis zum Mark regeneriert werden muß, wenn sie das Recht nicht verwirken will, sich sozialdemokratisch zu nennen"[31]. Leidenschaftlich rief Karl Liebknecht zum Klassenkampf gegen den Krieg, gegen die herrschenden Klassen und gegen die offiziellen Parteiinstanzen auf, die die Partei zu einem Instrument der kaiserlichen Regierung erniedrigt hatten.

In solchen Diskussionen mit den Arbeitern festigte Karl Liebknecht seinen revolutionären Standpunkt. Die Kritik der Genossen in seinem Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland und in Stuttgart an seiner Haltung vom 4. August 1914 beantwortete er mit der einem echten Revolutionär eigenen Selbstkritik und versprach, fortan „einen kompromißlosen Kampf gegen den Wilhelminischen Krieg und die Kaisersozialisten"[32] zu führen. Er hat dieses Versprechen unter großen Opfern heroisch erfüllt.

Im Herbst 1914 sammelten sich in verschiedenen Städten Deutschlands um hervorragende Funktionäre der linken Strömung in der Sozialdemokratie oppositionelle Gruppen, die zum systematischen Kampf gegen den imperialistischen Krieg übergingen. Das Hauptzentrum der revolutionären Arbeit war Berlin, die Wirkungsstätte der besten Führer der deutschen Linken: Käte und Hermann Duncker, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Julian Marchlewski, Franz Mehring, Ernst Meyer und Wilhelm Pieck. Sie stützten sich auf die oppositionellen Kräfte in den Parteiorganisationen der Kreise Niederbarnim und Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, in Neukölln und Steglitz.[33] Eine andere Gruppe sammelte sich um die seit 1913 von Julian

31 Karl Liebknecht: Klassenkampf gegen den Krieg, Berlin o. J., S. 22. – Dokument Nr. 73.

32 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 1, S. 35.

33 Dokument Nr. 75.

Borchardt herausgegebene Zeitschrift „Lichtstrahlen". Der Kreis um diese Zeitschrift setzte sich bald aus Angehörigen verschiedener Gruppen und Zentren der deutschen Linken zusammen. Die „Lichtstrahlen" besaßen in den ersten zwei Kriegsjahren Bedeutung als legales Publikationsorgan deutscher Linker. Die Anhänger der „Lichtstrahlen" bezeichneten sich als „Internationale Sozialisten Deutschlands". Unter diesem Namen traten anfangs auch die Linken in Bremen auf.

In Bremen entstand unter Führung von Johann Knief die Gruppe der Bremer Linksradikalen, die sich vor allem auf die Arbeiter der Weser-Werft und einiger anderer Großbetriebe stützen konnte und sich zu einer bedeutenden Kraft innerhalb der Bremer Parteiorganisation entwickelte. In gewissem Umfange war es den Bremer Linken möglich, die „Bremer Bürger-Zeitung" zur Agitation gegen den Krieg und die Kriegspolitik der Partei- und Gewerkschaftsführer auszunutzen.

In Stuttgart, wo die Linken unter Führung Friedrich Westmeyers und Clara Zetkins seit 1907 eine nicht zu erschütternde Mehrheit besaßen, entwickelte sich ein weiteres Zentrum des antiimperialistischen Kampfes gegen den Krieg. Die „Schwäbische Tagwacht", eines der wenigen linksstehenden Organe, wurde mehr und mehr zum Organisator des Kampfes gegen den Burgfrieden und die sozialchauvinistische Parteiführung. Als der sozialdemokratische Landesvorstand Anfang November 1914 die Zeitung unter Bruch der Parteistatuten an sich riß, beantwortete die Stuttgarter Parteiorganisation diesen Gewaltstreich mit der Herausgabe eines Mitteilungsblattes, aus dem 1915 das Wochenorgan „Der Sozialdemokrat" hervorging. Die Mitglieder sperrten dem Landesvorstand, der den Ortsverein Stuttgart durch die Gründung vorstandstreuer Sonderorganisationen zu spalten begann, die Beiträge.

Die Stuttgarter Parteiorganisation war die einzige sozialdemokratische Parteiorganisation in Deutschland, in der es kurz nach der Entfesselung des Krieges gelang, die rechten Spalter aus der Partei zu vertreiben.

Andere Zentren des Kampfes gegen den Krieg und den Sozialchauvinismus entstanden in Chemnitz um Fritz Heckert, um Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim in Hamburg, wo Ernst Thälmann zu den aktivsten Kämpfern gegen den Krieg zählte, am Niederrhein um Karl Minster, im Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland, in Leipzig und anderen Städten.

Eine entscheidende Rolle im Antikriegskampf spielten in allen diesen Städten die Frauen und die revolutionäre Arbeiterjugend. Bei den Frauen wirkte sich die lange Erziehungsarbeit der „Gleichheit" und das Wirken von Käte Duncker, Clara Zetkin und anderen aus.

Die besten Kräfte der Arbeiterjugendbewegung nahmen sich Karl Liebknecht zum Vorbild, der sich an die Spitze der aktiven Gegner des imperialistischen Krieges und der Burgfriedenspolitik stellte. Der Reichstagsabgeordnete Ludwig Frank dagegen, der jahrelang die opportunistische Politik in die Arbeiterjugendbewegung hineingetragen hatte, meldete sich in konsequenter Vollendung der Politik des 4. August freiwillig an die Front und ließ bereits im September 1914 für die Profite der Imperialisten sein Leben.

Die Antikriegsstimmung in den Jugendgruppen war so stark, daß die von Opportunisten geleitete Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands nicht umhin konnte, eine Beteiligung an den staatlichen Maßnahmen zur vormilitärischen Ausbildung der Jugend abzulehnen.

So entwickelte sich im Herbst 1914 auf den verschiedensten Ebenen in der Partei die Auseinandersetzung zwischen den zum Klassenfeind übergelaufenen Führungen und der zunächst kleinen Schar aufrichtiger revolutionärer Sozialdemokraten, die gegen den Verrat Front machten und darum rangen, die Arbeiterbewegung auf revolutionäre Positionen zurückzuführen.

Die Linken erkannten die Notwendigkeit, als Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen den bürgerlichen Nationalismus und den Sozialchauvinismus den Charakter des Krieges marxistisch zu analysieren, eine marxistische Plattform zu schaffen, auf der sich alle oppositionellen, revolutionären Kräfte der Arbeiterbewegung sammeln konnten.

In einem Referentenmaterial und in den von Käte Duncker ausgearbeiteten Leitsätzen über „Die wirtschaftlichen Ursachen des Krieges" gaben die Linken erste marxistische Einschätzungen des imperialistischen Charakters des Krieges. Das hervorragendste Dokument der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung über Ursachen und Charakter des ersten Weltkrieges wurden die Thesen Karl Liebknechts vom November 1914.[34] Seine enge Verbundenheit mit den Volksmassen, sein hohes Klassenbewußtsein und seine hervorragenden Führereigenschaften hatten in Karl Liebknecht den Entschluß reifen lassen, der Regierung und ihren sozialchauvinistischen Lakaien bei der

[34] Dokument Nr. 76.

nächsten Abstimmung über die Kriegskredite öffentlich den Kampf anzusagen. Er bemühte sich in vielen persönlichen Aussprachen, Vertreter der Fraktionsminderheit dafür zu gewinnen, die Kredite abzulehnen und auf der Grundlage seiner Thesen eine Gegenerklärung abzugeben.

Die besondere Bedeutung dieser Thesen bestand darin, daß Karl Liebknecht überzeugend die historische Schuld des deutschen Imperialismus an der Entfesselung des Krieges nachwies. Er erläuterte die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten, die zum Kriege geführt hatten, und stellte fest: „Einen Wesenszug des Imperialismus, dessen Hauptträger auf dem europäischen Festland Deutschland ist, bildet das wirtschaftliche und politische Expansionsstreben, das immer stärkere politische Spannungen erzeugt."

Karl Liebknecht enthüllte die regierungsoffizielle und opportunistische Politik zur Irreführung der Massen, die raffinierte Regie, die Rußland in die Rolle des Angreifers manövriert hatte, und den verstärkten Militarismus der herrschenden Klasse. Er brandmarkte den Chauvinismus, wies auf die Zerschlagung der Demokratie hin und protestierte gegen jede Annexion fremder Territorien und Unterdrükkung fremder Völker. Seine Thesen schlossen mit dem glühenden Appell: „Wir rufen das deutsche Volk und die Völker der anderen kriegführenden Staaten auf, sich zu erheben gegen den Wahnwitz, in dem sie ihr bestes Blut für ihre Ausbeuter und Unterdrücker verspritzen. Im Namen der Ausgebeuteten und Entrechteten fordern wir ein Ende dem Völkermord. Wir hoffen, daß der Tag bald kommen wird, an dem die Proletarier im Felde erklären werden, wir schießen nicht mehr aufeinander! Wo sie sich über die blutgetränkten Schlachtfelder die Hände reichen und die Macht des mordgebietenden Militarismus an dem Felsen der internationalen Brüderlichkeit zerschellt."[35]

Mit der Ausarbeitung einer gemeinsamen Plattform gegen den imperialistischen Krieg trugen die deutschen Linken hervorragend zur Konkretisierung und Weiterentwicklung der marxistischen Erkenntnisse über den ersten imperialistischen Weltkrieg bei. Karl Liebknechts Einschätzung des Charakters des Krieges stimmte völlig mit der Einschätzung überein, die W. I. Lenin kurz zuvor in dem berühmten Manifest des ZK der SDAPR „Der Krieg und die russische Sozialdemokratie" gegeben hatte. Liebknechts Eintreten für die Verweigerung der Kriegskredite, für die Durchbrechung des Burgfriedens und für die Verbrüderung der Frontsoldaten wurde in verschiedener Hinsicht dem

[35] IML beim ZK der SED, Berlin, ZPA, NL 1/23, Bl. 322 u. 326.

Appell W. I. Lenins gerecht, während des Krieges auf die sozialistische Revolution hinzuarbeiten. Obwohl Karl Liebknecht an keiner Stelle direkt gegen Sozialchauvinismus und Sozialpazifismus polemisierte, grenzte er sich mit seinen Thesen prinzipiell von den opportunistischen Auffassungen über den Krieg ab und widerlegte die sozialchauvinistischen und zentristischen Argumentationen zur „Begründung" der „Vaterlandsverteidigung".

Am 28. November kam es zu einer Zusammenkunft der Minderheit in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, auf der mehrere oppositionelle Abgeordnete Karl Liebknecht gegenüber die prinzipielle Verpflichtung zur Ablehnung der Kriegskredite anerkannten, sich jedoch weigerten, die Kredite öffentlich abzulehnen. Diese zentristischen Führer stellten die Einheit mit den Sozialchauvinisten über die Prinzipien des Sozialismus.

So stimmte Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914 als einziger Abgeordneter gegen die Kriegskredite. In seiner Begründung dafür, die von den Linken als illegales Flugblatt verbreitet wurde, entlarvte Karl Liebknecht die heuchlerischen Parolen vom Verteidigungskrieg und von der „Befreiermission" Deutschlands gegenüber dem russischen Volk.

Mit seinem mutigen Nein gegen den imperialistischen Völkermord gab Karl Liebknecht den Millionen Arbeitern in Deutschland und darüber hinaus allen friedliebenden Kräften ein leuchtendes Beispiel und ein weithin sichtbares Signal zum Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg. Mit diesem Nein, das über die Schützengräben hinweg zu allen Völkern drang, stellte Karl Liebknecht vor der Weltöffentlichkeit die Ehre der deutschen Arbeiterklasse wieder her. Sein Name wurde in allen Ländern zum Symbol des proletarischen Internationalismus. W. I. Lenin nannte Karl Liebknecht und die deutschen Linken „unsere Genossen". In ihnen sah er „die Hoffnung aller internationalistischen Elemente"[36].

Karl Liebknecht erhielt nach dem 2. Dezember zahlreiche Zustimmungserklärungen von Organisationen der Sozialdemokratie, von Arbeitern, Soldaten und auch von bürgerlichen Kriegsgegnern. Sozialistische Frauen Hollands und junge dänische Sozialdemokraten dankten ihm in Briefen. Die Zeitungen der Sozialdemokratie in Frankreich und Italien, „l'Humanité" und „Avanti", würdigten seine Haltung. Durch seine mutige Tat erwies sich Karl Liebknecht „als wahrer natio-

[36] W. I. Lenin: Sozialismus und Krieg. In: Werke, Bd. 21, S. 328.

naler Held des deutschen Volkes, als Führer der revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse"[37].

Die reaktionären bürgerlichen und auch viele rechtssozialdemokratische Geschichtsschreiber versuchen bis heute, Karl Liebknechts mutigen Kampf für die Interessen der Nation zu verschweigen, zu bagatellisieren oder als antinational zu verleumden. Während sich einige dieser Historiker bemühen, Karl Liebknecht als einen Einzelgänger ohne jeglichen Anhang hinzustellen, diffamieren andere ihn und die deutschen Linken als Verräter am „nationalen Gedanken". Sie mißbrauchen den Begriff Nation als Synonym für die Klasseninteressen der Imperialisten; Karl Liebknecht aber kämpfte gegen Imperialismus und Militarismus, die zu keiner Zeit vor 1914 so brutal das Interesse der Nation am Frieden und die Lebensrechte der Menschen mit Füßen getreten hatten wie in den Jahren des ersten Weltkrieges.

Nach dem 2. Dezember 1914 traten die Führer der Linken in zahlreichen Versammlungen auf, um den Arbeitern den Charakter des Krieges zu erklären und sie gegen den Burgfrieden zu mobilisieren. Viele Partei- und Jugendorganisationen baten Karl Liebknecht, auf ihren Versammlungen über das Thema „Sozialdemokratie und Krieg" zu sprechen. Die Teilnehmer der Versammlungen, auf denen linke Sozialdemokraten sprachen, stellten sich hinter Karl Liebknecht und verurteilten die Burgfriedenspolitik der opportunistischen Arbeiterführer. Die mit großer Mehrheit angenommenen Resolutionen gipfelten immer wieder in der Forderung, „der imperialistischen Kriegspolitik eine Politik des Klassenkampfes gegen den Krieg entgegenzusetzen"[38].

Ende 1914 und Anfang 1915 erschienen in dichterer Folge illegale Flugblätter der Linken gegen den Krieg und die Kriegspolitik des Parteivorstandes. Gestützt auf die revolutionäre Arbeit einer linken Gruppe im Kreis Niederbarnim, an der besonders Martha Arendsee, Otto Gäbel und Paul Schwenk beteiligt waren, gaben die Linken im Dezember ein von Julian Marchlewski ausgearbeitetes Referentenmaterial des Bildungsausschusses Niederbarnim heraus. Darin wurde der Verrat der Opportunisten vom 4. August 1914 als „historisches

37 Walter Ulbricht: Die Novemberrevolution und der nationale Kampf gegen den deutschen Imperialismus. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin), 1959, H. 1, S. 10.

38 Karl Liebknecht: Klassenkampf gegen den Krieg, S. 48. – Dokument Nr. 77.

Verbrechen" gebrandmarkt.[39] Der Verfasser kam zu der Schlußfolgerung, daß sich nach dem 4. August eine andere Auffassung, auch wenn sie tief in den Massen wurzelte, *„nur durchsetzen konnte nicht unter Führung der erprobten Partei, sondern nur gegen den Willen der Parteiinstanzen, unter Überwindung des Widerstandes der Partei und der Gewerkschaften"*[40]. W. I. Lenin, der von dem Referentenmaterial Kenntnis erhielt, unterstützte diesen Gedanken als „unbedingt richtig"[41]. Das Referentenmaterial kursierte in der Berliner Parteiorganisation und wurde auch im Ausland diskutiert.

Von wachsender Aktivität und ideologischer Klarheit zeugten auch die Briefe, die Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin Ende 1914 an den „Labour Leader", das Organ der britischen Independent Labour Party, richteten. Karl Liebknecht erklärte in seinem Brief, in dem er sich mit den imperialistischen Vaterlandsverteidigungs- und Volksbefreiungsphrasen auseinandersetzte: „Jede sozialistische Partei hat ihren Feind, den Feind des internationalen Proletariats, im eigenen Lande; dort hat sie ihn zu bekämpfen. Die Befreiung jedes Volkes muß sein eigenes Werk sein."[42] Die Führer der deutschen Linken sprachen sich für den Wiederaufbau der von den Opportunisten zertrümmerten Internationale aus, freilich einer anderen, „gemehrt an revolutionärer Kraft, an Klarheit, an Bereitschaft, die Gefahren des Absolutismus, der Geheimdiplomatie und der kapitalistischen Verschwörungen gegen den Frieden zu überwinden"[43].

Die Sozialchauvinisten reagierten wütend auf das konsequente Auftreten und den wachsenden Einfluß der Linken. Besonders die rechten Führer der Gewerkschaften betätigten sich als Scharfmacher gegen die revolutionären Kräfte. Der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Carl Legien, berief nach dem Erscheinen des Niederbarnimer Referentenmaterials eine Versammlung von 1500 besoldeten

39 Spartakusbriefe. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958, S. 8.

40 Ebenda, S. 7. In den Spartakusbriefen heißt es statt „Widerstandes" „Gegenstandes". Die Korrektur folgt dem handschriftlichen Original Julian Marchlewskis im Institut für Parteigeschichte beim ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Horst Schumacher: Sie nannten ihn Karski. Das revolutionäre Wirken Julian Marchlewskis in der deutschen Arbeiterbewegung 1896 bis 1919, Berlin 1964, S. 113, Anm. 107 u. S. 134, Anm. 111.

41 W. I: Lenin: Der Zusammenbruch der II. Internationale. In: Werke, Bd. 21, S. 247.

42 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 1, S. 80.

43 Ebenda, S. 81.

Gewerkschaftsfunktionären ein, vor denen er die revolutionären Schlußfolgerungen Julian Marchlewskis als Anarchismus verleumdete und verlangte, gegen die Opposition innerhalb der Partei energisch vorzugehen.

Ein wahres Kesseltreiben veranstalteten die Rechten gegen Karl Liebknecht. Vom 2. bis 4. Februar 1915 tagte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Der Initiator der Tagung, Georg Ledebour, wollte eine Entscheidung der Fraktion über das Verhalten des Abgeordneten Albert Südekum herbeiführen. Dieser hatte kurz zuvor im ausdrücklichen Auftrage der kaiserlichen Regierung eine Reise nach Rumänien unternommen und dort für die deutsche Kriegspartei um Unterstützung geworben. Außerdem war er, gleichfalls im Regierungsauftrag, in deutschen Kriegsgefangenenlagern vor gefangenen Franzosen mit politischen Reden zugunsten des deutschen Imperialismus aufgetreten. Die Fraktionsmehrheit betrachtete jedoch diesen bis dahin wohl offensichtlichsten Akt der Zusammenarbeit zwischen der kaiserlichen Regierung und den Sozialchauvinisten sehr wohlwollend und – verwandelte die Tagung in ein Tribunal gegen den entschiedensten Gegner der Kriegspolitik der Opportunisten, gegen Karl Liebknecht. Carl Legien versuchte sogar, den Ausschluß Karl Liebknechts aus der Fraktion durchzusetzen. Das gelang ihm zwar nicht, aber mit 65 gegen 26 Stimmen beschloß die Fraktion einen Antrag des Sozialchauvinisten Karl Frohme, in dem Karl Liebknechts Abstimmung vom 2. Dezember 1914 verurteilt und seine Abstimmungsbegründung als „unvereinbar mit den Interessen der deutschen Sozialdemokratie“[44] bezeichnet wurde. Die Militärbehörden zogen Karl Liebknecht am 7. Februar 1915 ein und zwangen ihn als Armierungssoldaten zum Kriegsdienst. Als Abgeordneter bekam er zwar zu den Sitzungen des Reichstages und des preußischen Landtags Urlaub, durfte dann aber Berlin nur mit besonderer Erlaubnis verlassen. Ihm wurde verboten, an Versammlungen teilzunehmen sowie mündliche und schriftliche Agitation zu treiben.

Am 18. Februar mußte Rosa Luxemburg die einjährige Gefängnisstrafe antreten, die gegen sie im Februar 1914 verhängt worden war.

Trotz dieser Schläge des Klassenfeindes festigten die Linken sowohl theoretisch als auch organisatorisch ihre Reihen. Seit der Jahreswende 1914/1915 bemühten sich die führenden deutschen Linken, die verschiedenen oppositionellen Gruppen in der deutschen Sozialdemokratie auf einer einheitlichen Linie des Kampfes gegen den Krieg zu ver-

[44] Karl Liebknecht: Klassenkampf gegen den Krieg, S. 49.

einigen und wirksamere Methoden der Antikriegsarbeit anzuwenden.[45] Sie konzentrierten sich vor allem auf den Aufbau eines illegalen Verbindungsnetzes und auf die Herausgabe einer marxistischen Zeitschrift. Mitte des Jahres 1915 waren bereits mit etwa 300 Orten Verbindungen hergestellt, über die Propagandamaterialien verteilt und politische Aktionen koordiniert werden konnten.

Unter dem programmatischen Namen ihrer geplanten Zeitschrift, „Die Internationale", schlossen sich die führenden Linken um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im März 1915 zu einer Gruppe zusammen. Am 5. März trafen sich bei Wilhelm Pieck in Berlin Käte und Hermann Duncker, Karl Liebknecht, Franz Mehring aus Berlin, Peter Berten aus Düsseldorf, Arthur Crispien aus Stuttgart, Otto Gäbel aus dem Kreis Niederbarnim, Otto Geithner aus Gotha, Paul Levi aus Frankfurt (Main), Bernhard Menke und Otto Rühle aus Dresden. Nachdem die Vertreter aus dem Reich Bericht erstattet hatten, wurden Vertrauensleute für die einzelnen Gebiete des Reiches eingesetzt. Die Konferenz der Gruppe „Internationale" schuf eine erste lose Verbindung zwischen den oppositionellen Gruppen verschiedener Städte in Deutschland, von der aus weitere Verbindungen zu anderen Zentren des revolutionären Antikriegskampfes geknüpft werden sollten. Mit der Bildung der Gruppe „Internationale" verbanden die Linken noch nicht die Vorstellung vom organisatorischen Bruch mit den Opportunisten. Auf Grund ihrer ideologischen Unklarheiten über den inneren Zusammenhang zwischen Opportunismus und Imperialismus strebten sie vielmehr das illusorische Ziel an, die Partei von innen heraus für den revolutionären Kampf gegen den Krieg zu erobern. „Spaltung der deutschen Sozialdemokratie –", hatte W. I. Lenin bereits im Dezember 1914 geschrieben, „das scheint ein Gedanke zu sein, der viele wegen seiner ‚Ungewöhnlichkeit' allzusehr schreckt. Doch die objektive Lage bürgt dafür, daß entweder dieses Ungewöhnliche eintritt ... oder, daß wir Zeugen der qualvollen Verwesung dessen sein werden, was einst die deutsche Sozialdemokratie war."[46] Die Erfordernisse des Klassenkampfes veranlaßten die Linken, Schritte zu gehen, die objektiv die Herausbildung einer marxistischen Kampfpartei förderten.

Am 14. April 1915 konnte das erste Heft der von Rosa Luxemburg und Franz Mehring herausgegebenen Zeitschrift „Die Internationale.

45 Dokument Nr. 78.

46 W. I. Lenin: Der tote Chauvinismus und der lebendige Sozialismus. In: Werke, Bd. 21, S. 89/90.

Eine Monatsschrift für Praxis und Theorie des Marxismus" erscheinen.

Rosa Luxemburg geißelte in ihrem Artikel „Der Wiederaufbau der Internationalen" die sozialchauvinistische Kriegspolitik und entlarvte das theoretische Haupt der Sozialpazifisten, Karl Kautsky, als „Theoretiker des Sumpfes"[47]. Sie kennzeichnete seinen Versuch, die Internationale als untauglich für den Kampf gegen den Krieg hinzustellen, als „eine Revision, gegen die alle ehemaligen Versuche Bernsteins als ein harmloses Kinderspiel erscheinen"[48]. Rosa Luxemburg forderte, den Klassenkampf als das Gesetz des Handelns der Arbeiterklasse sowohl im Frieden als auch im Kriege anzuerkennen.[49]

Franz Mehring deckte in seinem Artikel „Unsere Altmeister und die Instanzenpolitik" die Unvereinbarkeit der Politik des Parteivorstandes mit dem Marxismus auf. Mehring verteidigte den Standpunkt Karl Marx' und Friedrich Engels', die „in jedem Kriege die selbständige Politik der Arbeiterklasse als eine unerläßliche Notwendigkeit, als die oberste Pflicht der Stunde betrachtet haben"[50].

Clara Zetkins Artikel „Für den Frieden" berichtete über den Friedenskampf in den anderen Ländern und hob besonders den heldenhaften Kampf der revolutionären Sozialdemokraten in Rußland hervor. Clara Zetkin appellierte an die deutschen Arbeiter, in Massenaktionen für den Frieden zu kämpfen, und schrieb: „Mit den Führern, wenn diese sich endlich entscheiden; ohne sie, wenn sie noch weiter unentschlossen zögern; gegen sie, wenn sie bremsen wollen."[51]

Wilhelm Pieck organisierte den Vertrieb von 5000 Exemplaren auf den Zahlabenden der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins. Eine Anzahl von Exemplaren gelangte auch in andere Städte. Die Polizei beschlagnahmte die nicht verteilten Hefte und unterband durch schikanöse Zensurvorschriften das Weitererscheinen der Zeitschrift.

Die Herausbildung der Gruppe „Internationale" schloß die erste Etappe des ideologischen Selbstverständigungsprozesses der Linken über den volksfeindlichen Charakter des ersten Weltkrieges und das historische Verbrechen vom 4. August ab. Sie schuf zugleich die ersten

47 Rosa Luxemburg: Ausgewählte Reden und Schriften, II. Bd., Berlin 1955, S. 518.

48 Ebenda, S. 523.

49 Dokument Nr. 79.

50 Franz Mehring: Krieg und Politik, Bd. I: Militärpolitische und militärgeschichtliche Aufsätze, Berlin 1959, S. 172.

51 Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I, Berlin 1957, S. 693. – Dokument Nr. 80.

organisatorischen Voraussetzungen für die Verbreiterung des revolutionären antiimperialistischen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse. Damit begann der Prozeß, in dessen Verlauf sich die deutschen Linken aus einer Strömung innerhalb der Sozialdemokratie zu einer organisierten Gruppe entwickelten, die zur Keimzelle der Kommunistischen Partei Deutschlands werden sollte.

Die Resultate des Klassenkampfes bis zum Frühjahr 1915 waren Vorbedingungen dafür, daß die revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung trotz der nach wie vor außerordentlich komplizierten Kampfbedingungen dazu übergehen konnten, Massenaktionen gegen den Krieg auszulösen.

Die Ausarbeitung eines Programms zum revolutionären Kampf gegen den Krieg durch die Linken. Die Massenaktionen gegen Hunger und Krieg im Jahre 1915

Nach der Niederlage an der Marne vermochte die deutsche Kriegführung auch im Jahre 1915 nicht, das militärische Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verändern. Trotz einer erfolgreichen Offensive an der Ostfront konnte sie weder im Osten noch im Westen kriegsentscheidende Siege erringen. An der Westfront erlitten die Armeen der kriegführenden Mächte im mörderischen Stellungskrieg weiterhin unerhörte Verluste an Menschen und Material. Mit der Fortführung des Krieges unter Mißachtung des realen Kräfteverhältnisses verschlimmerte die deutsche Kriegführung ihr Verbrechen an der Nation.

In Deutschland drückte der Krieg dem Leben der Menschen immer fühlbarer seinen Stempel auf. Nachdem mit Hilfe staatsmonopolistischer Maßnahmen die drastischen Auswirkungen der Mobilmachung

auf die Wirtschaft überwunden und die ersten Schritte zur Umstellung der Wirtschaft auf eine längere Kriegsdauer eingeleitet waren, begann sich in der Rüstungsindustrie ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar zu machen. Die Unternehmer nutzten die von den rechten Gewerkschaftsführern im Zeichen des Burgfriedens befürwortete staatliche Aufhebung der Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitszeitbegrenzung hemmungslos aus. Der Arbeitstag wurde bis zur Grenze der physischen Leistungsfähigkeit der Arbeiter ausgedehnt. Für viele Arbeiter dauerte der Arbeitstag zwölf Stunden. Die Nachtarbeit und die Arbeit an Sonn- und Feiertagen wurden zur Regel.

Durch die Mehrarbeit stiegen zwar die Nominallöhne vor allem der Rüstungsarbeiter, aber die Reallöhne sanken infolge steigender Lebenshaltungskosten. In den weniger kriegswichtigen Industrien blieben die Löhne weit hinter denen in der Rüstungsindustrie zurück. Unzählige Frauen und Mädchen, die gezwungen waren, die Arbeitsplätze der Männer einzunehmen und sich in den Rüstungsbetrieben einer unmenschlichen Ausbeutung zu unterwerfen, erhielten Löhne, die fast um die Hälfte niedriger waren als die der Männer.

Mit dem Krieg begann eine fortlaufende Verknappung und Verteuerung der Lebensmittel. Schon am 15. Februar 1915 wurde der Preis für Kartoffeln nahezu verdoppelt. Im März 1915 führten die Behörden die Brotkarte ein. In der Folgezeit wurden nach und nach alle Lebensmittel rationiert. Konsumgüter wurden rar, ihre Qualität verschlechterte sich.

Die Rüstungsgewinnler und Kriegsspekulanten genossen den Krieg in Luxus und Überfluß. Ihnen konnten weder Mangelerscheinungen noch Teuerungen etwas anhaben. Zur Befriedigung ihrer parasitären Bedürfnisse begannen sich Schleichhandel und Schwarzmarkt zu entwickeln. So zeichnete sich immer deutlicher ab, auf wessen Kosten und für wessen Wohlleben der Krieg geführt wurde. Die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz der absoluten Verelendung des Proletariats verstärkte sich während des Weltkrieges in erschreckendem Tempo.

In der Bevölkerung, besonders unter den Arbeiterfrauen, wuchs die Empörung über die ständig steigende Not und die Verknappung der Grundnahrungsmittel. Als es im Februar oft tagelang keine Kartoffeln zu kaufen gab, kam es in Berlin und anderen Städten zu stürmischen Szenen vor den Geschäften. Am 18. März 1915 fand die erste Frauendemonstration vor dem Reichstag statt.

Um vor den Arbeitern das offene Aufbrechen der Klassengegensätze im Kriege zu verschleiern und sie vom revolutionären Kampf für Frieden und menschenwürdige Lebensverhältnisse abzuhalten, gaben die Sozialchauvinisten die neuen Erscheinungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die staatlichen Maßnahmen zur Organisierung des Hungers, die Brotrationierung, die Festsetzung von Höchstpreisen und anderes, als „Kriegssozialismus" aus. Den Arbeitern wurde eingeredet, daß durch den Krieg der Übergang zum Sozialismus begonnen habe. Die Regelung der Produktion durch die Kriegsbehörden sei sozialistische Planwirtschaft, die Getreidebeschlagnahme richte sich gegen das Privateigentum, alle Kräfte des Volkes würden im Dienste der Allgemeinheit zusammengefaßt, und durch den Burgfrieden bahne sich eine Gleichstellung innerhalb der Gesellschaft an. In seiner Schrift „Kriegssozialismus in Theorie und Praxis", die 1915 erschien, zerschlug Julian Marchlewski Punkt für Punkt diese Lügen und wies nach, wie gerade der Krieg dazu führte, daß „die ganze Widersinnigkeit der kapitalistischen Zustände mehr denn je mit Händen zu greifen ist"[52].

Der erste Kriegswinter hatte im deutschen Volk die Illusion zerstört, der Krieg werde nur von kurzer Dauer sein. Um der wachsenden Ernüchterung unter den Volksmassen entgegenzuwirken und die Werktätigen zum „Durchhalten" zu bewegen, leitete die herrschende Klasse im Frühjahr 1915 eine neue nationalistische Propagandakampagne ein. Sie berief sich auf ihre zeitweiligen Erfolge an der Ostfront und verhieß dem Volk für spätere Zeiten ein Leben in Wohlstand durch die Ausbeutung eroberter Gebiete. Eine großangelegte Kriegszielagitation begann, bei der sich besonders die Alldeutschen und zahlreiche bürgerliche Intellektuelle zum Fürsprecher der Expansionsziele des deutschen Imperialismus machten.

Die sechs größten Interessenverbände des deutschen Monopolkapitals und des Junkertums, unter ihnen der Zentralverband deutscher Industrieller, der Bund der Industriellen und der Bund der Landwirte, forderten am 20. Mai 1915, erst dann Frieden zu schließen, wenn er „politisch, militärisch-maritim und wirtschaftlich diejenigen Machterweiterungen bringt, die unsere größere Stärke nach außen gewährleisten". Im einzelnen verlangten sie unter anderem die faktische Annexion Belgiens, die französischen Erzgebiete von Longwy und Briey, die nordfranzösischen Kohlengruben, die Kanalküste und die Festungen Verdun und Belfort. Sie forderten eine „erhebliche Erweite-

52 Johannes Kämpfer: Kriegssozialismus in Theorie und Praxis, München (1915), S. 26.

rung der Reichs- und preußischen Grenzen" nach Osten, von Rußland Kriegsentschädigungen in Form von Landübereignung sowie die Eroberung eines großen Kolonialreiches.[53]

Im Juni unterzeichneten 1341 Intellektuelle, Künstler und Schriftsteller gemeinsam mit Industriellen, Bankiers und prominenten Militärs die sogenannte Professorendenkschrift. Der Inhalt dieser Denkschrift deckte sich weitgehend mit den Forderungen der Wirtschaftsverbände. Mit dieser Denkschrift schlossen sich die meisten führenden Vertreter der deutschen bürgerlichen Intelligenz den Kriegszielen des deutschen Imperialismus an und stellten sich damit gegen die Interessen der deutschen Nation.

Die Sozialchauvinisten, allen voran die rechten Führer der Gewerkschaften, wetteiferten mit den Imperialisten und Militaristen in der Annexionspropaganda. Bereits am 29. August 1914 hatten die führenden Sozialchauvinisten Max Cohen, Eduard David, Paul Göhre, Robert Schmidt, Georg Schöpflin und Otto Wels ihre Annexionsforderungen besprochen. Eduard David notierte in seinem Tagebuch: „Wegnahme des Kongostaates und Bildung eines großen deutschen Kolonialreiches durch das äquatoriale Afrika hindurch. Frankreich müßte das französische Kongoland dreingeben, evtl. Tanger als deutscher Flottenstützpunkt. Deutschland erhält damit ein Feld für seine expansiven Kräfte. Für Belgien und Frankreich bedeuten diese Verluste keine nationalen Eingriffe. Die Eingeborenen der betroffenen Länder gewinnen nur durch den Übergang in die deutsche Verwaltung. Die Kollegen sind der gleichen Meinung, glauben auch, daß man damit bei der großen Mehrheit der Partei keinen Widerstand fände."[54] In zahlreichen Presseorganen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften feierten die Sozialchauvinisten unverhohlen jeden Erfolg der imperialistischen deutschen Truppen. So schrieb zum Beispiel der „Courier", das Organ des Transportarbeiterverbandes, nach der Einnahme Antwerpens: „Heute weht die deutsche Flagge auf den Türmen Antwerpens, hoffentlich für immer."[55] Die Generalkommission der Gewerkschaften trat der „Auskunftsstelle vereinigter Ver-

53 Deutsches Zentralarchiv Merseburg, Rep. 77, Tit. 885, Nr. 4, Bd. 1, Bl. 16–21. – Dokument Nr. 81 u. 87.

54 Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Eduard David, Nr. 2, Bd. 2, Bl. 27/28, Eintragung vom 29. August 1914. Zit. nach: Willibald Gutsche: Neue Dokumente zur Rolle der Sozialchauvinisten im ersten Weltkrieg (Manuskript), S. 10.

55 Courier (Berlin), 25. Oktober 1914.

bände" bei, die von den Alldeutschen und einigen Industriellenverbänden gegründet worden war. Das Mitglied der Generalkommission Wilhelm Jansson veröffentlichte unter dem Titel „Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis" einen Sammelband, in dem prominente Gewerkschaftsführer Annexionshetze betrieben und den Arbeitern weiszumachen versuchten, die Expansion des deutschen Imperialismus liege im Interesse des Wohlstandes und der sozialen Sicherheit des deutschen Proletariats. Der einflußreichste Führer des Bergarbeiterverbandes, Otto Hue, stellte es als „Naturrecht" der Deutschen dar, als Kolonisten und weltwirtschaftliche Unternehmer vor den anderen Völkern aufzutreten.[56] Der Sozialchauvinist Max Schippel behauptete, es wäre unmarxistisch, das weitere „Großstaatwachstum" Deutschlands grundsätzlich abzulehnen.[57] Ganz auf dieser Linie der unbedingten Parteinahme der extrem sozialchauvinistischen Kreise in der Partei- und Gewerkschaftsführung für den imperialistischen Krieg lag ein bezeichnender Artikel von Ernst Heilmann in der Chemnitzer „Volksstimme" vom 30. Juli 1915, dessen Veröffentlichung Gustav Noske besorgt hatte. In dem Artikel hieß es: „In diesem Kampfe bestimmt nur Deutschlands Interesse die Mittel. Zu besonderer Schonung sind wir gegen niemand mehr verpflichtet ... Dazu hilft uns gegen diese Feinde nur eins: Den Daumen aufs Auge und die Knie auf die Brust." Die den Frieden herbeisehnenden Arbeiter und Sozialdemokraten wurden von Ernst Heilmann und Gustav Noske als „alte Weiber" verhöhnt.[58]

Die zentristischen Führer in der Sozialdemokratie traten seit dem Frühjahr 1915 aktiver hervor. Angesichts der wachsenden Antikriegsstimmung und des Unwillens vieler Arbeiter über die Politik des Parteivorstandes und der Gewerkschaftsführung sprachen sie sich in der Parteipresse und in Versammlungen für den Frieden aus. Da sie den revolutionären Kampf gegen die eigene Regierung ablehnten, konnten sie den Massen keinen Weg weisen, auf dem der Frieden zu erreichen war. Die allgemeinen Reden über den Frieden führten vielmehr dazu, in den mit dem Kriege Unzufriedenen pazifistische Illusionen zu wecken, die die Arbeiterklasse zur Passivität verurteilten. Sie

56 Otto Hue: Die Bergwerks- und Hüttenindustrie. In: Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis. Ein gewerkschaftliches Kriegsbuch. Hrsg. von Wilhelm Jansson, Berlin 1915, S. 52.

57 Max Schippel: Friedensgedanken in der Sozialdemokratie. In: Sozialistische Monatshefte (Berlin), 1915, H. 7, S. 332.

58 Gustav Noske: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach (Main) 1947, S. 47.

hielten die Arbeiter davon ab, Anschluß an die Linken zu finden und nach deren revolutionären Losungen zu handeln. Bei der Abstimmung über das Kriegsbudget und die Kriegskredite im Reichstag am 20. März 1915 verließen etwa 30 Abgeordnete den Saal und drückten sich so vor einem klaren Nein. Sie wollten auch Karl Liebknecht dazu veranlassen. Aber Karl Liebknecht bestand auf der revolutionären Ausnutzung des Parlaments für den Kampf gegen den deutschen Imperialismus und stimmte – diesmal gemeinsam mit Otto Rühle – gegen die Kredite und die Etatvorlage.

Indem die führenden Zentristen dem revolutionären Kampf gegen Imperialismus und Krieg auswichen und damit die Arbeiter auf bürgerliche Positionen drängten, verbreiteten sie weiterhin den Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung, der zum Verrat vom 4. August geführt hatte. Der Zentrismus war der Schutzschild, hinter dem die Sozialchauvinisten ihren fortgesetzten Verrat an der Arbeiterklasse und an der Nation verüben konnten, ohne ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse zu verlieren.

Unter heuchlerischer Berufung auf Karl Marx und Friedrich Engels lieferten führende Zentristen den Sozialchauvinisten die theoretischen Argumente, mit denen sie ihren Verrat rechtfertigen konnten. Karl Kautsky faßte 1915 die bereits vor dem Kriege vorhandenen zentristischen Auffassungen vom Imperialismus zu seiner Theorie vom „Ultraimperialismus" zusammen. Sie war das Herzstück der theoretischen Auffassungen des Zentrismus. Karl Kautsky behauptete, der Imperialismus könne in seiner vollen Entfaltung zu einer Abschwächung der Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten führen. Damit würde der Imperialismus jene Widersprüche verlieren, die gesetzmäßig imperialistische Kriege hervorbringen. Dadurch könnten sich die kapitalistischen Staaten friedlich über die Abrüstung verständigen und zu einem dauerhaften Frieden kommen. Der „Ultraimperialismus" könne eine Ära „neuer Hoffnungen und Erwartungen innerhalb des Kapitalismus bringen"[59]. Mit seiner Irrlehre versuchte Karl Kautsky weiszumachen, daß es schon unter den Bedingungen der vollständigen Beherrschung der Welt durch den Imperialismus möglich sei, den Frieden durch Schiedsgerichte und Verhandlungen für immer zu sichern. Diese „Theorie" lenkte die Arbeiter von dem einzigen Weg ab, den es gab, um den Frieden zu erkämpfen, dem revolutionären

59 Karl Kautsky: Zwei Schriften zum Umlernen. In: Die Neue Zeit (Stuttgart), 33. Jg. 1914/1915, Zweiter Band, S. 145.

Kampf zum Sturz der imperialistischen Gesellschaftsordnung. W. I. Lenin nannte eine solche „Theorie" angesichts des Völkermordens „eine höchst reaktionäre Vertröstung der Massen auf die Möglichkeit eines dauernden Friedens im Kapitalismus, indem man die Aufmerksamkeit von den akuten Widersprüchen und akuten Problemen der Gegenwart ablenkt auf die verlogenen Perspektiven irgendeines angeblich neuen künftigen ‚Ultraimperialismus'"[60].

Die führenden Repräsentanten der Gruppe „Internationale" bemühten sich nach der Reichskonferenz vom März 1915 verstärkt darum, ein Kampfprogramm gegen den Krieg auszuarbeiten, das einen wirklichen Ausweg aus dem imperialistischen Völkermord wies. Sie beantworteten damit den verschärften Kriegskurs der Sozialchauvinisten und das deutlicher werdende Bemühen der rechten zentristischen Führer um Karl Kautsky, die Unzufriedenheit vieler Werktätiger in sozialpazifistische Bahnen zu lenken.

Im April 1915 entstand im Berliner Frauengefängnis Barnimstraße eine der bedeutendsten politischen und theoretischen Schriften der deutschen Linken, Rosa Luxemburgs Arbeit „Die Krise der Sozialdemokratie", die nach dem Pseudonym, unter dem sie veröffentlicht wurde, als „Junius-Broschüre" in die Geschichte einging. Die „Junius-Broschüre" enthält eine meisterhafte Darstellung der Politik des deutschen Imperialismus bei der Vorbereitung und Entfesselung des ersten Weltkrieges. Rosa Luxemburg analysierte ausführlich die Entstehungsgeschichte des imperialistischen Krieges und die Ursachen für die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus. Sie deckte auf, wie die Imperialisten Kriege machen und versuchen, ihren Eroberungsfeldzügen den Anstrich von Verteidigungskriegen zu geben. Rosa Luxemburg erwies sich mit ihrer „Junius-Broschüre" als eine hervorragende marxistische Historikerin. Treffend charakterisierte sie die Klassenherrschaft der Bourgeoisie: „Geschändet, entehrt, im Blute watend, von Schmutz triefend – so steht die bürgerliche Gesellschaft da, so ist sie. Nicht wenn sie, geleckt und sittsam, Kultur, Philosophie und Ethik, Ordnung, Frieden und Rechtsstaat mimt – als reißende Bestie, als Hexensabbat der Anarchie, als Pesthauch für Kultur und Menschheit –, so zeigt sie sich in ihrer wahren, nackten Gestalt."[61] In

60 W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Werke, Bd. 22, S. 299/300.

61 Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie (Junius-Broschüre). In: Ausgewählte Reden und Schriften, I. Bd., Berlin 1955, S. 259/260.

plastischer Sprache und mit beißendem Spott prangerte sie die verräterische Zusammenarbeit der rechten Führer mit dieser Gesellschaft an.

Die Schrift Rosa Luxemburgs gipfelte in der Aufforderung zur schonungslosen Kritik der opportunistischen Auffassungen und zur Wiederbesinnung auf den revolutionären Klassenkampf.

W. I. Lenin bezeichnete die „Junius-Broschüre" nach ihrem Erscheinen im Jahre 1916 als eine „ausgezeichnete marxistische Arbeit"[62]. Zugleich unterzog er die Mängel der Arbeit einer kameradschaftlichen Kritik. Er kritisierte, daß „Junius" in der Beurteilung des Zentrismus hinter den Schlußfolgerungen zurückgeblieben sei, die im ersten Heft der „Internationale" dargelegt worden waren. In dieser Frage zeigte sich, daß einmal geäußerte richtige Gedanken nicht immer und sofort zum theoretischen Allgemeingut der Linken gehörten. Der theoretische Reifeprozeß der Linken vollzog sich widersprüchlich und kompliziert. W. I. Lenin wies mit seiner Kritik auf die entscheidende Schwäche bei vielen deutschen Linken hin, die zwar in der Praxis gegen Rechtsopportunisten und Zentristen kämpften, jedoch die sozialökonomischen und ideologischen Wurzeln des Opportunismus noch nicht erkannt hatten. „Der größte Mangel des gesamten revolutionären Marxismus in Deutschland", lautete seine entscheidende Schlußfolgerung, „ist das Fehlen einer festgefügten illegalen Organisation, die systematisch ihre Linie verfolgt und die Massen im Geiste der neuen Aufgaben erzieht: eine solche Organisation müßte sowohl dem Opportunismus als auch dem Kautskyanertum gegenüber eine eindeutige Stellung einnehmen."[63]

W. I. Lenin kritisierte außerdem theoretische Unklarheiten Rosa Luxemburgs in der nationalen Frage, die sie dazu verleiteten, die falsche These von der Unmöglichkeit nationaler Kriege in der Epoche des Imperialismus zu vertreten. Für den imperialistischen Krieg, der zu Eroberungszwecken von der reaktionären, antidemokratischen und antinationalen Bourgeoisie geführt wurde, forderte sie das bürgerlich-demokratische Programm der Revolution von 1848, anstatt auf die Vorbereitung der sozialistischen Revolution zu orientieren.

Die „Junius-Broschüre" hatte große Bedeutung für den ideologischen Klärungsprozeß innerhalb der Sozialdemokratie. Die in ihr hervortretenden fehlerhaften Auffassungen Rosa Luxemburgs be-

62 W. I. Lenin: Über die Junius-Broschüre. In: Werke, Bd. 22, S. 311.

63 Ebenda, S. 312.

zeugen jedoch, daß die Linken noch keine einheitliche Orientierung auf die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg besaßen.

Als Antwort auf die chauvinistische Hetze, die die herrschende Klasse nach dem Eintritt Italiens in den Krieg gegen die Mittelmächte betrieb, schrieb Karl Liebknecht im Mai 1915 sein berühmtes Flugblatt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"[64] Das Flugblatt stützte sich auf die marxistischen Verallgemeinerungen und Schlußfolgerungen, die sich aus der Analyse der Entstehung und des Charakters des Krieges, aus der Klassenkampfsituation in Deutschland und aus den praktischen Kampferfahrungen der Linken gegen Krieg und Sozialchauvinismus ergaben. In dem Flugblatt formulierte Karl Liebknecht die nationale Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung, die im Kampf für den Frieden gelöst werden mußte: „*Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie.* Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen ... Wir wissen uns *eins mit dem deutschen Volk* – nichts gemein haben wir mit den deutschen Tirpitzen und Falkenhayns, mit der deutschen Regierung der politischen Unterdrückung, der sozialen Knechtung. Nichts für diese, alles für das deutsche Volk."[65]

Das Flugblatt orientierte auf die Kernfrage des Kampfes: die Beseitigung der Macht des Imperialismus und Militarismus. Liebknechts Losung „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!", entstanden bereits vor dem Kriege in den Kämpfen der Sozialdemokratie gegen die Rüstungskapitalisten, bedeutete jetzt, während des Krieges, einen offenen Aufruf zu revolutionären Massenaktionen gegen den imperialistischen Krieg. Mit ihr grenzten sich die revolutionären Marxisten ideologisch scharf vom Opportunismus ab. Das mußte zwangsläufig zu verstärkten Auseinandersetzungen mit dem gefährlichen Sozialpazifismus der Zentristen führen.

Am 28. Mai verteilten Mitglieder und Anhänger der Gruppe „Internationale" das Flugblatt in Berliner Betrieben. Über die organisatorischen Verbindungen der Gruppe gelangte es auch in andere Städte. Polizei und Justiz fahndeten fieberhaft nach den Flugblättern und bedrohten die Verteiler mit hohen Gefängnisstrafen.

W. I. Lenin verfolgte die Entwicklung in der deutschen Arbeiter-

64 Dokument Nr. 83.

65 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 1, S. 165.

bewegung mit größtem Interesse. So wie er den Zusammenbruch der II. Internationale besonders anhand des opportunistischen Zersetzungsprozesses in der deutschen Vorkriegssozialdemokratie analysierte, so studierte er im Kriege mit höchster Aufmerksamkeit die Entwicklung der innerparteilichen Opposition. Er ging davon aus, daß sich in den deutschen Linken internationale Verbündete der Bolschewiki entwickelten, von deren Sieg oder Niederlage der weitere Verlauf der internationalen revolutionären Bewegung bestimmend beeinflußt werden mußte. Eine klare marxistische Vorhut an der Spitze der starken, organisations- und kampferfahrenen Arbeiterklasse in Deutschland war nicht nur entscheidend für die weitere Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung, sondern auch von größter Wichtigkeit für die Entwicklung der Revolution in Rußland und der revolutionären Bewegung in ganz Europa. Deshalb nahm W. I. Lenin am Kampf der deutschen Linken lebhaft Anteil. Er förderte nach Kräften ihre marxistische Konsequenz im Kampf gegen Krieg, Sozialchauvinismus und Sozialpazifismus. „Unter den großen europäischen Parteien war es die deutsche", schrieb er, „in welcher die Genossen, die der Fahne des Sozialismus treu geblieben waren, zuerst die laute Stimme des Protests erhoben." Lenin brachte seine Freude über Zeitschriften wie „Die Internationale" und „Lichtstrahlen" sowie über die Verbreitung illegaler revolutionärer Aufrufe wie „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" zum Ausdruck. All das zeuge davon, „daß unter den deutschen Arbeitern der Geist des Sozialismus lebendig ist, daß es in Deutschland noch Männer und Frauen gibt, fähig, den revolutionären Marxismus zu verteidigen"[66].

Die Übereinstimmung einzelner Losungen im Programm Karl Liebknechts mit Thesen der Leninschen Lehre vom Zusammenhang zwischen proletarischem Friedenskampf und sozialistischer Revolution bedeutete jedoch noch nicht, daß der bedeutendste Führer der deutschen Linken, Karl Liebknecht, oder gar die deutschen Linken in ihrer Gesamtheit bereits auf leninistischen Positionen gestanden hätten. Dazu fehlte es vor allem an Klarheit über die Notwendigkeit einer revolutionären Partei, ohne die das Programm Karl Liebknechts nicht zu verwirklichen war, und an der Ausarbeitung eines konkreten Weges zum Sturz der imperialistischen Macht und zur Errichtung der sozialistischen Ordnung in Deutschland. Erst im Verlauf des Klassenkampfes gegen Krieg und Imperialismus näherten sich die deutschen

[66] W. I. Lenin: Sozialismus und Krieg. In: Werke, Bd. 21, S. 327/328.

Linken in Grundfragen des Klassenkampfes dem Leninismus. Dieser Prozeß dauerte über die Zeit des ersten Weltkrieges hinaus an und setzte sich noch in der Kommunistischen Partei Deutschlands fort.

Karl Liebknechts Flugblatt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" beflügelte die Anhänger der revolutionären Opposition, zu immer entschiedeneren Aktionen gegen den Krieg überzugehen. Wilhelm Pieck organisierte für den 28. Mai 1915 eine Frauendemonstration vor dem Reichstag, an der sich etwa 1500 Frauen, meist Arbeiterinnen, beteiligten. Die Polizei schritt rücksichtslos ein und verhaftete viele Demonstranten, darunter auch Wilhelm Pieck. Die Frauen mußten die meisten Lasten des Krieges tragen. Sie wurden in der Rüstungsindustrie am schärfsten ausgebeutet. Sie verloren ihre Männer und Söhne und lebten ständig in Angst um ihre Angehörigen an der Front. Sie sahen zu Hause ihre Kinder hungern, ohne ihnen helfen zu können. Die Demonstration vor dem Reichstag zeigte, daß sich die Frauen zu einer bedeutenden Kraft gegen den Krieg entwikkelten. In wachsender Zahl beteiligten sie sich mutig und aufopferungsvoll an der Herstellung und dem Vertrieb illegaler Materialien, verschickten sie an die Front und hielten die Verbindung mit den Soldaten in den Schützengräben aufrecht. Zu den Frauen, die unerschrocken gegen den imperialistischen Krieg kämpften, gehörten unter anderen Frida Düwell aus Hamburg, Herta Geffke aus Stettin, Roberta Gropper aus Ulm, Auguste Lewinsohn aus Dresden, Valeska Meinig aus Limbach (Sachsen), Gertrud Morgner aus Jena, Anna Stegmaier aus Stuttgart.

Unvergeßliche Verdienste um die Mobilisierung der proletarischen Frauen gegen den Krieg erwarb sich Clara Zetkin. Angeregt von bolschewistischen Frauenorganisationen, arbeitete sie seit Ende 1914 an der Vorbereitung einer internationalen sozialistischen Frauenkonferenz. Diese fand im März 1915 in Bern statt. Clara Zetkin führte die deutsche Delegation, der Lore Agnes, Martha Arendsee, Käte Duncker, Toni Sender, Berta Thalheimer und Margarete Wengels angehörten. Das Manifest der Frauenkonferenz war ein leidenschaftlicher Aufruf zum Kampf gegen den Krieg und hatte eine aufrüttelnde Wirkung in den kriegführenden Ländern. In Deutschland wurde es als illegales Flugblatt in 200 000 Exemplaren verbreitet. Es mobilisierte viele Frauen zum Kampf unter den Losungen der Gruppe „Internationale". Die deutschen Delegierten konnten sich jedoch nicht zu dem klaren Standpunkt der Bolschewiki durchringen, der in dem von

W. I. Lenin ausgearbeiteten Resolutionsentwurf der russischen Delegierten formuliert war. Sie stimmten mit der Mehrheit für einen zentristisch beeinflußten Resolutionsentwurf, der darauf verzichtete, den Sozialchauvinisten den schärfsten Kampf anzusagen. W. I. Lenin kritisierte die Halbheiten der Konferenzmehrheit, begrüßte aber die Frauenkonferenz als einen bedeutenden Versuch, die internationalen Verbindungen der revolutionären Sozialdemokraten wiederherzustellen und die proletarischen Frauen zum Klassenkampf gegen den Krieg zu mobilisieren.

Neben den Frauen begehrten immer größere Teile der Jugend gegen den Krieg auf. Voller Elan nahmen viele Jugendliche am illegalen Kampf der deutschen Linken teil. Junge revolutionäre Arbeiter schrieben und verbreiteten Flugblätter und stellten Verbindungen zwischen revolutionären Jugendgruppen her. Anfang April 1915 tagte in Bern eine Internationale Sozialistische Jugendkonferenz, an der aus Deutschland die Jugendgenossen Georg Dietrich aus Karlsruhe, Friedrich Notz aus Stuttgart und Stirner aus Göppingen teilnahmen. Die Vertreter von mehr als 33 000 Jungsozialisten aus zehn europäischen Ländern verurteilten den imperialistischen Raubkrieg aufs schärfste und prangerten die verräterische Burgfriedenspolitik der Opportunisten an. Die Konferenz erneuerte die Internationale Verbindung Sozialistischer Jugendorganisationen, setzte ein neues Internationales Sekretariat ein, das seinen Sitz in der Schweiz hatte, und beschloß die Herausgabe eines eigenen Organs, der „Jugend-Internationale". Es wurde zu einer der bedeutendsten revolutionären Zeitschriften während des Weltkrieges. W. I. Lenin, Karl Liebknecht und andere hervorragende Revolutionäre zählten zu ihren Mitarbeitern. Die Berner Jugendkonferenz erklärte den ersten Sonntag im September jedes Jahres zum antimilitaristischen Kampftag der Jugend aller Länder.

Die Mehrheit der Jugendkonferenz entschloß sich jedoch unter dem Einfluß der anwesenden zentristischen Delegierten aus verschiedenen Ländern ebenfalls nicht, mit den Opportunisten entschieden zu brechen.

Das mutige Auftreten der linken Führer und die von ihnen geleiteten ersten Massenaktionen gegen Hunger und Krieg stärkten die Autorität dieser am klarsten sehenden Kräfte der deutschen Nation unter den Kriegsgegnern.[67] Auch immer mehr zentristisch beeinflußte sozialdemokratische Funktionäre in der Partei und in den Gewerkschaften

[67] Dokument Nr. 85

begannen offen gegen die Politik des Parteivorstandes aufzutreten. Im Juni 1915 unterzeichneten rund 850 Partei- und 140 Gewerkschaftsfunktionäre – darunter zahlreiche Anhänger der zentristischen Strömung – einen von Karl Liebknecht entworfenen und von ihm, Hermann Duncker, Heinrich Laufenberg, Gustav Laukant, Georg Ledebour, Julian Marchlewski, Franz Mehring, Ernst Meyer und Heinrich Ströbel redigierten „Offenen Brief" an den Parteivorstand.[68] Die Unterzeichner protestierten darin scharf gegen die Politik des 4. August und forderten, den Klassenkampf auf der Grundlage des Parteiprogramms und der Parteibeschlüsse aus der Zeit vor dem Kriege fortzusetzen. So erreichten die Linken, daß eine größere Anzahl zentristischer Funktionäre aus der Anonymität hervortrat und die Opposition der Zentristen gegen die Politik der Kreditbewilligung, die „nichtprinzipielle Fronde des Kautskyanertums"[69], zum Kampf gegen den Sozialchauvinismus ausgenutzt wurde.

Die wachsende Aktivität und der steigende Einfluß der Linken veranlaßten die führenden Sozialpazifisten zu einer Gegenaktion gegen den „Offenen Brief". Am 19. Juni 1915 veröffentlichten Eduard Bernstein, Hugo Haase und Karl Kautsky einen Aufruf mit dem Titel „Das Gebot der Stunde". Darin maßten sie sich an, die eigentlichen Fürsprecher der friedliebenden Ziele der Massen zu sein, und propagierten die pazifistische Losung eines „demokratischen Friedens" unter Beibehaltung des kapitalistischen Systems.[70] Angesichts dessen mußte sich neben der weiteren Zuspitzung des Kampfes zwischen den Linken und den Sozialchauvinisten auch die Auseinandersetzung der revolutionären Kräfte mit dem Zentrismus verstärken. Die starke Ausbildung des Zentrismus in Deutschland und sein bedeutender Einfluß auf die Massen durch seine marxistisch gefärbten, revolutionär klingenden Phrasen wurden immer hemmender für die revolutionäre Orientierung der deutschen Arbeiterbewegung. Große Teile der Arbeitermassen konnten die Gefährlichkeit des Zentrismus nicht durchschauen. Sie waren in der Illusion befangen, daß die Führer des Zentrismus die Vertreter der von der Gruppe „Internationale" erhobenen Forderungen seien.

Die rechten Gewerkschaftsführer bemühten sich im Sommer 1915 besonders eifrig, der anwachsenden Opposition in der Sozialdemokra-

68 Dokument Nr. 84.

69 W. I. Lenin: Sozialismus und Krieg. In: Werke, Bd. 21, S. 329.

70 Dokument Nr. 86.

tie Herr zu werden und einen stärkeren Einfluß in der Partei zu erlangen. Dazu beriefen sie sich auf die Mannheimer Resolution von 1906 über die Massenstreikfrage. Um den sozialchauvinistischen Parteiführern und Abgeordneten gegen die anwachsende Opposition den Rücken zu stärken, nahm die Vorständekonferenz der Gewerkschaften am 7. Juli 1915 eine Entschließung an, in der sich die rechten Führer der Gewerkschaften bedingungslos für die sozialchauvinistische Politik der Mehrheit des Parteivorstandes und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aussprachen. Zusammen mit der Behauptung, sie kämpften damit für die Einheit der Partei, richteten die rechten Gewerkschaftsführer auch in der Folgezeit üble Verleumdungen gegen die Opposition in der Partei und drohten, die Gewerkschaften würden sich von der Sozialdemokratie lossagen, wenn sie die Politik des 4. August nicht beibehielte.

In der an Schärfe ständig zunehmenden ideologischen Auseinandersetzung in der Sozialdemokratie unterzog Karl Liebknecht vor allem die den opportunistischen Verrat tarnende Behauptung der Sozialchauvinisten und der Kautskyaner, eine Niederlage der deutschen Imperialisten wäre auch eine Niederlage der deutschen Arbeiterklasse, einer gründlichen wissenschaftlichen Kritik. Er stellte eindeutig fest, daß das Proletariat nur durch unerbittlichen Klassenkampf gegen die eigene Regierung die Macht entfalten könne, die es für die Beendigung des Krieges und für die demokratische Gestaltung des Friedens benötigt. Karl Liebknecht arbeitete in diesem Zusammenhang die bedeutsame These aus, daß es im Falle einer Machtergreifung der Arbeiterklasse beim militärischen Zusammenbruch des imperialistischen Deutschlands möglich sei, eine „unüberwindliche kriegerische Macht" zu bilden. Der Krieg müsse also durch eine Revolution beendet werden, vor der dann die Aufgabe stehe, die eben errungene Macht und Souveränität gegen imperialistische Eindringlinge zu verteidigen.[71] Mit diesen Erkenntnissen bezog Karl Liebknecht in wichtigen Fragen den leninistischen Standpunkt.

Im Kampf gegen den Krieg und die sozialchauvinistische Politik der Mehrheit der Parteien der II. Internationale wuchs unter den revolutionären Kriegsgegnern das Bedürfnis, die internationalen Kontakte der Marxisten wiederherzustellen und die Zusammenarbeit der inter-

71 Karl Liebknecht: Das Zuchthausurteil. Wörtliche Wiedergabe der Prozeßakten, Urteile und der Eingaben Karl Liebknechts, Berlin-Wilmersdorf 1919, S. 139. – Dokument Nr. 88.

nationalen oppositionellen Kräfte auf dem Boden des proletarischen Internationalismus zu organisieren. W. I. Lenin hatte seit der Entfesselung des Krieges in zahlreichen Arbeiten, unter anderen in „Der Zusammenbruch der II. Internationale" und „Sozialismus und Krieg", alle durch den Krieg aufgeworfenen politischen Grundfragen umfassend beantwortet. Seitdem die II. Internationale zusammengebrochen war, hatte er unermüdlich die Bildung einer neuen, einer III. Internationale gefordert und ideologisch vorbereitet. Das entscheidende Kriterium für die zu schaffende neue Internationale mußte die vollständige Befreiung ihrer Mitgliedsparteien vom Einfluß der bürgerlichen Ideologie, vom Opportunismus und Revisionismus, sein. Die neue Internationale mußte eine neue, höhere Stufe der proletarischen Einheit von marxistischen Kampfparteien darstellen, deren Beschlüsse für das Handeln ihrer einzelnen Glieder verbindlich sind. Nur dadurch war eine Wiederholung der Politik des 4. August auszuschließen. Ein solcher internationaler Zusammenschluß der revolutionären Marxisten war um so notwendiger, als die Opportunisten versuchten, den Leichnam der II. Internationale wieder zum Leben zu erwecken.

W. I. Lenin und die Bolschewiki begannen auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Zimmerwald vom 5. bis 8. September 1915, die besten internationalistischen Kräfte für eine neue, revolutionäre Internationale zusammenzufassen. An der Konferenz nahmen Delegationen aus zwölf Ländern teil. Aus Deutschland waren von der Gruppe „Internationale" Ernst Meyer und Berta Thalheimer, von den „Internationalen Sozialisten Deutschlands" Julian Borchardt und von der zentristisch beeinflußten Opposition Adolph Hoffmann, Georg Ledebour und fünf weitere Delegierte gekommen.

Die Konferenz brandmarkte den Verrat der Parteien der II. Internationale. In einem Manifest wurden die Arbeiter aller Länder aufgefordert, durch unversöhnlichen Klassenkampf für die Ziele des Proletariats einzutreten. Doch die zentristisch beeinflußte Mehrheit der Konferenz verhinderte, daß in die Resolution der Grundsatz aufgenommen wurde, unbedingt völlig mit den Parteien der Sozialchauvinisten zu brechen und den Kampf für den Sturz der eigenen Regierung zu führen. Wie schon auf den Frauen- und Jugendkonferenzen in Bern, erwies sich auch in Zimmerwald die zentristische Ideologie der „Einheit" mit den Sozialchauvinisten als der größte Hemmschuh für die Durchsetzung des konsequenten revolutionären Programms der Bolschewiki. W. I. Lenin und die anderen bolschewistischen Delegierten

stimmten dennoch für das Manifest, um alle Möglichkeiten der Aktionseinheit der revolutionären und der zentristischen Opposition im Kampf gegen die offiziellen sozialdemokratischen Führungen auszunutzen.

Auf der Grundlage des bolschewistischen Programms bildete sich die internationale Gruppe der „Zimmerwalder Linken", die in den Monaten nach der Konferenz beträchtlich an Einfluß gewann. Das bezeugte die zweite Zimmerwalder Konferenz, die im April 1916 in Kienthal stattfand und an der von deutscher Seite Ernst Meyer und Berta Thalheimer für die Gruppe „Internationale", Paul Frölich für die Bremer Linksradikalen sowie Hermann Fleißner, Adolph Hoffmann und andere für die zentristische Opposition teilnahmen. Die Bremer Linksradikalen schlossen sich, wie schon in Zimmerwald Julian Borchardt, den Zimmerwalder Linken an. Trotz der tiefen Differenzen mit den Zentristen, die sie auch während der Konferenzen austrugen, waren die Delegierten der Gruppe „Internationale" nicht bereit, mit den Zentristen auch organisatorisch zu brechen und der Leninschen Resolution zuzustimmen.

Die Delegierten der Gruppe „Internationale" blieben mit ihrem Auftreten hinter der Haltung des Führers der Gruppe, Karl Liebknechts, zurück. Dieser sandte der Zimmerwalder Konferenz ein Begrüßungsschreiben, in dem er die Positionen der Zimmerwalder Linken bezog. Er kleidete seinen Standpunkt in die Worte: „Burgkrieg, nicht Burgfriede! ... internationaler Klassenkampf für den Frieden, für die sozialistische Revolution."[72] W. I. Lenin begrüßte diese Liebknechtsche Losung lebhaft. Sie entsprach ihrem Wesen nach der Leninschen Losung von der Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg und der Forderung nach der Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Krieg. Nicht zuletzt Karl Liebknechts Brief bewog W. I. Lenin, die Gruppe „Internationale" zur Zimmerwalder Linken zu zählen, obwohl ihre Konferenzvertreter sich dieser Gruppe formell nicht angeschlossen hatten.

In Deutschland kündigte sich der zweite Kriegswinter an. Im September 1915 gingen die Kämpfe auch an der Ostfront erneut in den Stellungskrieg über. An der Westfront schlugen die deutschen Truppen mit größter Mühe englisch-französische Angriffe ab. Damit war im Herbst 1915 die militärische Lage des imperialistischen Deutschlands nicht wesentlich gebessert. Die Zeit arbeitete für die Ententemächte.

72 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 1, S. 233.

In Deutschland stand eine Ernährungskrise bevor. Brotverschlechterungen, Preiswucher und Kohlenknappheit erhöhten die Sorgen der Werktätigen vor Einbruch des zweiten Kriegswinters.[73] Die Kosten für Nahrungsmittel waren pro Kopf und Monat in Berlin vom Juli 1914 bis Juli 1915 um fast 70 Prozent, in der Provinz Sachsen sowie in der Rheinprovinz um etwa 60 Prozent und in Danzig um 50 Prozent gestiegen.

Die weitere Verschlechterung der Lebenslage, die Verschärfung der Ausbeutung, das Ausbleiben großsprecherisch angekündigter kriegsentscheidender Siege stärkten das Verlangen nach Frieden und führten zu den ersten größeren Massenaktionen seit Kriegsbeginn. Im Oktober 1915 kam es in Berlin, Chemnitz und anderen Städten wegen der ständigen Preiserhöhungen zu Protestaktionen und blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. In Berlin machten über 200 Frauen ihrer Empörung vor dem sozialdemokratischen Parteiausschuß Luft.[74] Die Gruppe „Internationale" griff die Vorschläge der Frauen sofort auf und organisierte am 21., 23. und 30. November 1915 in Berlin Straßendemonstrationen. Am 21. November zogen 150 Berliner Arbeiter unter Führung des jungen Arbeiterdichters Bruno Schönlank die Straße Unter den Linden vom Brandenburger Tor bis zur Neuen Wache hinunter. Sie sangen die „Internationale" und forderten in Sprechchören Frieden. Als die Polizei Bruno Schönlank und einen anderen Führer der Demonstration, Fritz Fuchs, verhaftete, leisteten die Demonstranten den Polizeibütteln erbitterten Widerstand. Am 23. November gab es eine neue Demonstration. Eine Woche später erschollen Unter den Linden aus mehr als 10 000 Kehlen die Rufe „Frieden! Brot! Nieder die Lebensmittelwucherer!" Auch am 9. und 16. Dezember kam es Unter den Linden und in Neukölln zu Demonstrationen für den Frieden und ein menschenwürdiges Leben.

Die deutschen Linken verbanden beispielhaft ihre geringen legalen, parlamentarischen Kampfmöglichkeiten im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus mit der illegalen Flugblattagitation. Karl Liebknechts „Kleine Anfragen" im Reichstag, die die nationalistische Demagogie der herrschenden Klasse und den antinationalen, volksfeindlichen Charakter der Kriegspolitik bloßstellten, wurden durch eine immer größere Anzahl von Flugschriften der Gruppe „Internationale" ergänzt. Bis Ende 1915 wurden fast eine Million Exemplare

[73] Dokument Nr. 89.

[74] Dokument Nr. 90.

verbreitet. Eine hervorragende Rolle bei der ideologischen und organisatorischen Festigung der revolutionären Kräfte der Arbeiterbewegung spielten die Informationsmaterialien der Gruppe „Internationale", die ab Herbst 1915 als „Politische Briefe" erschienen und über das Netz der Vertrauensleute verteilt wurden.

Der Polizei- und Justizapparat reagierte auf die wachsende Aktivität der revolutionären Kriegsgegner mit zahlreichen Terrormaßnahmen. Gegen Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin leitete die Klassenjustiz im Juli 1915 wegen ihrer Mitarbeit an der Zeitschrift „Die Internationale" ein Strafverfahren ein. Im gleichen Monat wurden Friedrich Westmeyer, Clara Zetkin und andere Genossen verhaftet, weil sie das Manifest der Berner Frauenkonferenz verteilt hatten. Mitte September erfolgte die Verhaftung Hugo Eberleins, Ernst Meyers und weiterer Genossen, ebenfalls wegen Verbreitung illegaler Flugblätter. In Duisburg, Düsseldorf, Remscheid und anderen Orten verhängten die Militärbehörden gegen zahlreiche oppositionelle Sozialdemokraten Versammlungs- und Redeverbote für die Dauer des Krieges. Indessen gingen die führenden Sozialchauvinisten bei den kaiserlichen Behörden ein und aus.

Um ihre Autorität bei den Massen nicht einzubüßen, erließen die sozialchauvinistisch beherrschten Gremien der Sozialdemokratie von Zeit zu Zeit Aufrufe, in denen sie sich formal für einen baldigen Frieden aussprachen. Für diese Manöver war die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag am 9. Dezember 1915 charakteristisch, in der der Reichskanzler gefragt wurde, ob er bereit sei, „Auskunft darüber zu geben, unter welchen Bedingungen er geneigt wäre, in Friedensverhandlungen einzutreten"[75]. Allein der unverbindliche Wortlaut dieser Interpellation verdeutlicht, daß ihr eine grundsätzlich andere Absicht zugrunde lag als den auf die Anklage des Krieges und seiner Urheber gerichteten Anfragen Karl Liebknechts im Reichstag. Das wesentliche Resultat der Interpellation war dann auch die willkommene Gelegenheit für den Reichskanzler, in seiner Erwiderung die anderen imperialistischen Mächte der alleinigen Verantwortung für den Krieg und seine lange Dauer zu beschuldigen. Auch den bürgerlichen Parteien bot die Interpellation eine neue Möglichkeit, im Reichstag offen zu verkünden, das Volk solle durchhalten bis zu Friedensverhandlungen, „bei denen die militärischen, wirtschaftlichen, finan-

75 Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Neue Folge, 31. Jg. 1915 (Der ganzen Reihe LVI. Bd.). Hrsg. von Ernst Jäckh und Kurt Hönn, München 1919, S. 576.

ziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfang und mit allen Mitteln einschließlich der dazu erforderlichen Gebietserwerbungen"[76] gewahrt würden.

Den Sozialchauvinisten gelang es immer weniger, den Unwillen vieler Sozialdemokraten und anderer Arbeiter über den Krieg zu unterdrücken. Das zunehmende Aufbegehren großer Teile der Arbeiterklasse und die wachsende Aktivität der Linken veranlaßten die zentristischen Abgeordneten in der Reichstagssitzung am 21. Dezember 1915 zu einer Friedenskundgebung. Außer Karl Liebknecht und Otto Rühle stimmten auch 18 zentristische Abgeordnete, unter ihnen Eduard Bernstein, Wilhelm Dittman, Hugo Haase, Alfred Henke, Joseph Herzfeld, Georg Ledebour und Arthur Stadthagen, gegen die Kriegskredite. Karl Liebknecht wertete die neuen Stimmen gegen die Kredite als eine erfreuliche Tatsache. Sie widerspiegelten das Anwachsen der Antikriegsbewegung. Jedoch nur bei wenigen dieser Abgeordneten, zum Beispiel bei Joseph Herzfeld, entsprang die Kreditverweigerung einer klaren, ehrlichen antiimperialistischen Haltung. Während Karl Liebknecht die Kredite aus prinzipieller Feindschaft gegen den deutschen Imperialismus und seine sozialchauvinistischen Lakaien ablehnte, motivierte die zentristische Abgeordnetengruppe ihr Nein in einer Erklärung vor dem Reichstag damit, daß die deutschen Grenzen gesichert seien. Sie distanzierten sich in keiner Weise vom Verrat am 4. August 1914. Die Inkonsequenz dieser Erklärung wurde bereits dadurch unterstrichen, daß sie überhaupt im Reichstag verlesen werden durfte, während Karl Liebknecht bei seiner Ablehnung der Kredite daran gehindert worden war, seine Begründung vorzutragen.

Die parlamentarische Aktion der Achtzehn war in erster Linie das Ergebnis des wachsenden Druckes der Massen auf die zentristischen Führer und Ausdruck des Bestrebens der rechten Zentristen, ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse nicht zu verlieren. Sie war ein Versuch, eine neue Taktik anzuwenden, die ihnen in den Augen der Massen den Ruf von Kämpfern gegen den Krieg einbringen sollte, ohne daß sie selbst bereit waren, die Kriegsgegner zum Kampf aufzurufen. Die Aktion trug beträchtlich dazu bei, die Autorität der Zentristen bei den Massen zu heben. Das aber erschwerte es den Arbeitern, den Weg zu den Linken zu finden, die das einzige konsequente Programm für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg vertraten. Karl Liebknecht deckte in seinem Artikel „Die Dezember-Männer von 1915" die Halb-

[76] Ebenda, S. 594.

heiten des Schrittes der Zentristen auf und setzte sich prinzipiell mit der Politik des Zentrismus auseinander.

So war am Jahresende 1915 die Auseinandersetzung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung um die Lebensfragen der Arbeiterklasse und der Nation in vollem Gange.

Die wachsende Friedenssehnsucht und Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse und die Erfahrungen aus den Kämpfen im Jahre 1915 stellten die Gruppe „Internationale" objektiv vor die Aufgabe, ein umfassendes Kampfprogramm zu schaffen, die entscheidenden Fragen der Strategie und Taktik des Kampfes für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg auszuarbeiten und unter den revolutionären Kräften durchzusetzen. Insgesamt bedeutete das die Vorbereitung auf die sozialistische Revolution.

Die Konstituierung der Spartakusgruppe. Das Anwachsen der revolutionären Bewegung gegen den imperialistischen Krieg im Jahre 1916

Für die frühen Morgenstunden des 1. Januar 1916 hatten illegale Kuriere den führenden Funktionären der Linken, dem „kleinen, festen und aktionsfähigen Kern"[77] der Opposition, Einladungen zur Reichskonferenz der Gruppe „Internationale" zugestellt. Die Teilnehmer wurden von Genossen an verschiedenen Stellen Berlins empfangen und auf Kreuz- und Querwegen in das Rechtsanwaltsbüro Karl Liebknechts in der Chausseestraße geführt.

An den Beratungen der Reichskonferenz der Gruppe „Internationale" beteiligten sich Käte Duncker, Hugo Eberlein, Karl Liebknecht, Franz Mehring, Ernst Meyer und Wilhelm Pieck aus Berlin sowie

77 Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, 8. Dezember 1915. In: Die Rote Fahne (Berlin), 15. Januar 1929.

Johann Knief aus Bremen, Rudolf Lindau aus Hamburg, Karl Minster aus Duisburg, Fritz Rück aus Stuttgart, Otto Rühle aus Dresden, Georg Schumann aus Leipzig, August Thalheimer aus Braunschweig, Berta Thalheimer aus Cannstatt. Auch aus Frankfurt (Main) und anderen Orten waren Delegierte gekommen.

Die Reichskonferenz diskutierte die von Rosa Luxemburg auf der Grundlage ihrer „Junius-Broschüre" entworfenen „Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie"[78]. Über den Entwurf war es bereits im Herbst 1915 zwischen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu einem Meinungsaustausch gekommen, der Karl Liebknecht veranlaßte, Änderungsvorschläge auszuarbeiten. Im Unterschied zu Rosa Luxemburg hob Karl Liebknecht wesentlich klarer hervor, daß dem antiimperialistischen Kampf im Weltkrieg erstrangige Bedeutung zukam. Deshalb verwies er nachdrücklich darauf, daß der Krieg zur Verschärfung der Klassengegensätze führe und dem revolutionären Klassenkampf gegen den Imperialismus einen großen Antrieb gebe, *„dessen unermüdliche und rücksichtslose Ausnützung während des Krieges und nach dem Kriege Aufgabe der sozialistischen Parteien"*[79] sei. Karl Liebknecht wünschte im gleichen Zusammenhang, die These Rosa Luxemburgs, Imperialismus, Militarismus und Krieg seien nicht zu beseitigen und nicht einzudämmen, solange es eine imperialistische Klassenherrschaft gebe, zu korrigieren. Er wies entschieden darauf hin, daß es durch den antiimperialistischen Kampf der Arbeiterklasse auch während der Herrschaft von Imperialismus und Militarismus notwendig und möglich sei, die antinationale Politik der herrschenden Klasse einzudämmen. Karl Liebknecht betrachtete den antiimperialistischen Friedenskampf als Mittel, die Massen an die sozialistische Revolution heranzuführen. In den Änderungsvorschlägen von Karl Liebknecht wurden damit wichtige Gedanken über das dialektische Verhältnis zwischen demokratischer und sozialistischer Revolution ausgesprochen. Für die Grundsätze einer neuen sozialistischen Internationale schlug Karl Liebknecht vor, darin nicht nur verbindliche Organisationsprinzipien festzulegen, sondern vor allem auch die Notwendigkeit einer systematischen marxistischen Schulung der Arbeiter zu betonen. Er war davon überzeugt, daß ohne politisch-ideologische Klarheit auch kein zielgerichteter antiimperialistischer Kampf, keine Vorbereitung der sozialistischen Revolution möglich sei. Karl Lieb-

[78] Dokument Nr. 91.

[79] Zit. nach: Heinz Wohlgemuth: Burgkrieg, nicht Burgfriede!, Berlin 1963, S. 288.

knechts Vorschläge brachten die Aufgaben der Arbeiterklasse am klarsten zum Ausdruck. Er erwies sich erneut als der Weiterblickende unter den Führern der deutschen Linken. Aber nur einige, wenn auch wichtige seiner Abänderungsvorschläge wurden in der Schlußfassung der Leitsätze berücksichtigt, so daß verschiedene Mängel der „Junius-Broschüre" auch in die Leitsätze eingingen.

Die Leitsätze brandmarkten den Verrat der Sozialchauvinisten und wandten sich entschieden gegen „utopische oder im Grunde reaktionäre Pläne"[80], den Frieden durch internationale Schiedsgerichte der imperialistischen Regierungen und unter Beibehaltung des Kapitalismus wiederherstellen und sichern zu wollen. Mit dieser Feststellung grenzte sich die Gruppe „Internationale" scharf von den bürgerlich-pazifistischen und den sozialpazifistischen Losungen der Kautskyaner ab. Das war für die politische Festigung der revolutionären Antikriegskräfte ganz besonders wichtig. Unter den Bedingungen des den ganzen Erdball umspannenden imperialistischen Weltsystems gab es nur einen Weg zum dauerhaften Frieden: den Kampf zur Beseitigung des Imperialismus und Militarismus. Der Pazifismus aber verbreitete die Illusion, auch unter den Bedingungen der imperialistischen Weltherrschaft sei ein dauerhafter Frieden möglich. Von derartigen Trugbildern mußte sich die revolutionäre Arbeiterbewegung unbedingt frei halten. Das schloß, sofern der marxistische Standpunkt gewahrt wurde, ein zeitweiliges Zusammenwirken mit Vertretern pazifistischer Auffassungen gegen den Krieg nicht aus.

Die Leitsätze unterstrichen den tiefen, unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der kleinen Clique von Imperialisten und Militaristen einerseits und der Masse des deutschen Volkes andererseits. Sie umrissen Grundsätze der Strategie und Taktik der deutschen Arbeiterbewegung im antiimperialistischen Kampf für den Frieden und die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse: „Gegen den Imperialismus muß der proletarische Klassenkampf im Frieden wie im Krieg in erster Reihe konzentriert werden. Der Kampf gegen ihn ist für das internationale Proletariat zugleich der Kampf um die politische Macht im Staate, die entscheidende Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Das sozialistische Endziel wird von dem internationalen Proletariat nur verwirklicht, indem es gegen den Imperialismus auf der ganzen Linie Front macht und die Losung ‚Krieg dem Kriege' unter Aufbietung der vollen Kraft und des

80 Spartakusbriefe, S. 114.

äußersten Opfermutes zur Richtschnur seiner praktischen Politik erhebt."[81] Mit dieser durch Abänderungsvorschläge Karl Liebknechts präzisierten Orientierung des proletarischen Klassenkampfes als der einzigen „Verteidigung aller wirklichen nationalen Freiheit"[82] wurde im Grunde ausgesprochen, daß der antiimperialistische Kampf um den Frieden Hauptinhalt der Heranführung der Massen an die sozialistische Revolution sein mußte.

Im letzten Teil der Leitsätze forderte die Gruppe „Internationale" eine neue Arbeiter-Internationale. Sie sollte sich grundsätzlich von der zusammengebrochenen II. Internationale unterscheiden. Als Grundlagen der neuen Internationale bezeichneten die Leitsätze die Anerkennung des Klassenkampfes gegen die herrschenden Ausbeuterklassen im Kriege wie im Frieden und die internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder. Die Reichskonferenz stellte eindeutig fest, daß der Schwerpunkt der proletarischen Klassenorganisation in der Internationale liege. „Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran."[83] Das bedeutete – im Unterschied zur II. Internationale –, den demokratischen Zentralismus zum Leitgesetz der neuen Internationale zu erheben.

Die Vertreter der Linken aus Bremen und Hamburg, Johann Knief und Rudolf Lindau, erhoben gegen die Leitsätze den Einwand, es fehle in ihnen die Zielsetzung, mit der rechten wie mit der zentristischen Führung zu brechen. Der Vertreter aus Chemnitz, Heinrich Brandler, kritisierte, daß die Leitsätze kein Aktionsprogramm für den Tageskampf enthielten. Diese Bemerkungen widerspiegelten die unterschiedlichen politischen Auffassungen in den Reihen der deutschen Linken.

Die Januarkonferenz der Gruppe „Internationale" behandelte außer den Leitsätzen die Berichte der einzelnen Teilnehmer über den Stand der revolutionären Arbeit in den verschiedenen Gebieten. Die Teilnehmer diskutierten ausführlich über die Agitation unter den Massen sowie über die Durchführung von Straßendemonstrationen und Streiks. Karl Liebknecht betonte mehrfach die Notwendigkeit, die Frauen und die Jugendlichen in die Aktionen einzubeziehen.

Die Reichskonferenz beschloß, die „Politischen Briefe" künftig regelmäßig herauszugeben. Der erste der fortan mit „Spartacus" unter-

81 Ebenda, S. 115.

82 Ebenda, S. 117.

83 Ebenda, S. 116.

zeichneten Briefe erschien am 27. Januar 1916. Der Name „Spartacus" flößte den herrschenden Klassen bald Furcht und Schrecken ein. Unter den Arbeitern wurde er zum Ehrennamen für die mutigsten und besten ihrer Kämpfer.

Die Reichskonferenz der Gruppe „Internationale", die fortan Spartakusgruppe genannt wurde, orientierte die Arbeiterklasse und alle ehrlich am Frieden interessierten Kräfte des deutschen Volkes auf die Notwendigkeit, den Imperialismus und Militarismus zu stürzen, weil nur so den Hauptfeinden der Nation im eigenen Land die ökonomische und politische Basis entzogen werden konnte. Darin lag die große gesamtnationale Bedeutung der Reichskonferenz. Sie vermochte allerdings noch nicht, ein detailliertes Programm für die Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution auszuarbeiten.

Die Leitsätze der deutschen Linken erschienen, als die antinationale Katastrophenpolitik der herrschenden Klasse immer drückender auf dem Volk lastete. Zunehmende Verknappung aller Lebensmittel und Konsumgüter und zügelloser Preiswucher verschlechterten im zweiten Kriegswinter die Versorgung der Bevölkerung erheblich. In Berlin stiegen die Einzelhandelspreise zwischen 1913 und 1916 für Rindfleisch um das Zweieinhalbfache, für Butter um mehr als das Doppelte, für Kartoffeln um fast das Doppelte und für Eier um nahezu das Vierfache. Die Preise für Textilien und Schuhe waren noch rascher hochgeschnellt. Durch die Verwendung von Ersatzstoffen verschlechterte sich die Qualität der Lebensmittel und Industriewaren weiter. Viele wichtige Grundnahrungsmittel gab es nur noch selten zu kaufen.

Der junkerlich-bourgeoise Staatsapparat war unfähig, eine einigermaßen ausreichende Versorgung zu gewährleisten. Die landwirtschaftlichen Anbauflächen nahmen infolge Arbeitskräftemangels ab. Die Junker und Großbauern hielten Kartoffeln und andere landwirtschaftliche Produkte in großen Mengen zurück, um die Preise hochzutreiben. So war auch der Hunger – als Begleiterscheinung des imperialistischen Krieges – nur durch die Beseitigung des junkerlich-bourgeoisen Gesellschaftssystems zu überwinden.

Während Not und Elend für die Werktätigen immer unerträglicher wurden, erhöhten sich die Kriegsgewinne der Monopolisten enorm. „Die Dividenden steigen, und die Proletarier fallen"[84], schrieb Rosa Luxemburg in der „Junius-Broschüre". Das Blut von 670 000 toten

[84] Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie (Junius-Broschüre). In: Ausgewählte Reden und Schriften, I. Bd., S. 394.

und 1 641 000 verwundeten deutschen Soldaten, die die amtliche Verlustliste bis Mitte Februar 1916 verzeichnete, brachte den Konzernherren Riesengewinne ein. Der Krupp-Konzern steigerte seinen Gewinn von 1914 bis 1916 um 350 Prozent; nach allen Abzügen war das ein Reingewinn von über 105 Millionen Mark. Die Vereinigten Köln-Rottweiler-Pulverfabriken erhöhten ihren Reingewinn sogar um 526 Prozent. Die AEG erzielte in den ersten drei Kriegsjahren einen Reingewinn von 80,8 Millionen Mark. Bei diesen Zahlen handelt es sich um Berechnungen aus den von Monopolisten veröffentlichten Statistiken. Der wirkliche Gewinn dürfte jeweils noch höher gelegen haben, denn die Konzernherren taten alles, um ihre Gewinne in den publizierten Bilanzen möglichst zu verschleiern. Die deutschen Monopole bereicherten sich auch an den Lieferungen von Rüstungsmaterial und Lizenzen für das Ausland. Über neutrale Länder verkauften sie während des Krieges Zink an englische Rüstungskonzerne. Die englischen Geschäftspartner revanchierten sich mit rüstungswichtigem Kupfer. Über die Schweiz lieferten deutsche Stahlindustrielle Stabeisen und Grobbleche an französische Rüstungsmonopole. Die Monopolherren, die jeden Gegner des Krieges als antinational denunzierten, verdienten Riesensummen bei derartigen Geschäften, mit denen sie sich gegenseitig bei der Verlängerung des für sie so profitablen Krieges unterstützten. Ein anderes krasses Beispiel für diese zutiefst antinationale Profitgier der Imperialisten lieferte der Krupp-Konzern. Dieser hatte vor dem Krieg das Patent eines Handgranatenzünders an den englischen Konzern Vickers & Armstrong verkauft. Millionen von englischen Handgranaten mit dem Kruppschen Zünder brachten den deutschen Soldaten im ersten Weltkrieg Tod und Verstümmelung, dem Krupp-Konzern aber Riesengewinne.

Unersättlich in ihrer Profitgier, trieben die Militaristen immer größere Armeen in blutige Vernichtungsschlachten. Im Februar 1916 begann die Schlacht um Verdun. Sie wurde zum grauenhaften Höhepunkt der Materialschlachten des ersten Weltkrieges. 282 000 Deutsche und ungefähr 317 000 Franzosen wurden vom Februar bis August 1916 allein im Kampf um Verdun hingemordet. Die Massenschlächterei in der Hölle von Verdun wurde zum Sinnbild des imperialistischen Krieges.

Die Abenteuerlichkeit und Menschenverachtung der imperialistischen Kriegführung weckte in den Massen immer stärkeren Haß gegen den Krieg und bei vielen Menschen die Entschlossenheit, gegen diesen

Wahnsinn Front zu machen. Vielerorts nahmen die Arbeiter Erklärungen an, in denen sie die Ablehnung der Kriegskredite durch die Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 21. Dezember 1915 begrüßten. Die fortgeschrittensten Arbeiter demonstrierten häufiger für die Beendigung des Krieges. Straßenkundgebungen gegen den Lebensmittelmangel, wie die in Dortmund von Ende Januar bis Anfang Februar 1916, fanden in vielen Großstädten statt. Immer öfter stürmten empörte Arbeiterfrauen Lebensmittelgeschäfte.

Die Linken steigerten im Frühjahr 1916 ihre systematische Flugblattagitation, um dem Hoffen und Sehnen dieser Massen Weg und Ziel zu weisen und ihnen die Aufgaben des antiimperialistischen Kampfes für den Frieden zu erläutern.

Im Januar entzog die reaktionäre Mehrheit des Reichstages Karl Liebknecht das Anfragerecht. Die Sozialchauvinisten schlossen den mutigsten Kämpfer für die Interessen der Nation aus der sozialdemokratischen Fraktion aus. Ihr Schlag richtete sich gegen den einzigen Sozialdemokraten in der Reichstagsfraktion, der die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse bewahrte.

Am 16. März 1916 benutzte Karl Liebknecht die Tribüne des stockreaktionären preußischen Abgeordnetenhauses zu einem kühnen Appell an die deutschen Arbeiter und Soldaten: „Ans Werk! Sowohl die in den Schützengräben wie die im Lande – sie sollen die Waffen senken und sich gegen den gemeinsamen Feind kehren, der ihnen Licht und Luft nimmt."[85] Die mutige Rede Karl Liebknechts half den Linken, die Massen zu Aktionen gegen den Hauptfeind im eigenen Lande aufzurütteln.

Der unversöhnliche Kampf der Linken gegen Imperialismus und Krieg und ihre unnachsichtige Kritik an den Halbheiten der zentristischen Opposition führten dazu, daß sich auch innerhalb der Opposition die Fronten klärten. Die zentristischen Führer entfalteten nach der Reichskonferenz der Gruppe „Internationale" eine wütende Kampagne gegen die Linken und ihre Leitsätze. Sie erhoben den Anspruch, die einzig „wahre Opposition" zu sein, und wurden zu einer immer ernsteren Gefahr für den Fortschritt der Antikriegsbewegung. Die Kautskyaner stellten in Berlin und danach auch in anderen Städten

85 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 22. Legislaturperiode, III. Session 1916/1917, 2. Bd., Berlin 1917, Sp. 1809.

ihre Mitarbeit in den aus Linken und Zentristen bestehenden Oppositionszirkeln ein.

In den Spartakusbriefen, wie die „Politischen Briefe" nunmehr genannt wurden, veröffentlichten die führenden Linken im Frühjahr 1916 zahlreiche Artikel gegen die Phrasen der Zentristen. Karl Liebknecht brandmarkte in seinem Artikel „Die Lebensfrage des Sozialismus" das prinzipienlose Geschwätz der Zentristen von der „Einheit", mit dem die Kautskyaner die sich aus den unterschiedlichen Klassenstandpunkten ergebenden Gegensätze in der Arbeiterbewegung noch immer vertuschen wollten. „Nicht ‚Einheit', sondern Klarheit über alles ...", schrieb Karl Liebknecht. „Durch unerbittliche Aufdeckung und Austragung der Differenzen zur prinzipiellen und taktischen Einmütigkeit und damit zur Aktionsfähigkeit und damit zur Einheit, so geht der Weg."[86]

Auch Rosa Luxemburgs illegal erschienene Broschüre „Entweder–oder" richtete sich gegen den Versuch der Zentristen, die Antikriegsbewegung unter der Flagge der „Einheit" den Opportunisten auszuliefern. Rosa Luxemburg kennzeichnete die zentristische Opposition treffend: „Keine Spur von Konsequenz, von Tatkraft, von Schneid, von grundsätzlicher Schärfe, nichts als Halbheiten, Schwächlichkeiten und Illusionen."[87]

In dieser Zeit wurde auch die im April 1915 geschriebene „Junius-Broschüre" von Rosa Luxemburg veröffentlicht. Viele Sozialdemokraten wurden erst durch diese bedeutende Arbeit umfassend mit den ökonomischen und politischen Ursachen und mit dem imperialistischen Charakter des Krieges bekanntgemacht. Die bestechende marxistische Beweisführung Rosa Luxemburgs ließ es manchem wie Schuppen von den Augen fallen. Viele Arbeiter begannen nach der Lektüre, die Politik ihrer Partei und ihrer Gewerkschaft neu zu durchdenken. Die „Junius-Broschüre" förderte das Umdenken vieler Arbeiter und Soldaten, die durch Chauvinismus und Opportunismus desorientiert und mißbraucht wurden. Sie half der deutschen Arbeiterklasse, sich wieder auf ihre revolutionäre Kraft zu besinnen.

Auch andere Führer der deutschen Linken vollbrachten während des Krieges durch ihre wissenschaftliche und publizistische Tätigkeit große theoretische Leistungen für eine fortschrittliche Orientierung der

86 Spartakusbriefe, S. 112.

87 Rosa Luxemburg: Entweder – oder. In: Ausgewählte Reden und Schriften, II. Bd., S. 540.



Opfer des imperialistischen Krieges



In einem zerschossenen französischen Ort umherirrende Kinder

Teilnehmer
der Reichskonferenz
der Gruppe
„Internationale"
am 1. Januar 1916
in Berlin



Käte Duncker



Hugo Eberlein



Johann Knief



Karl Liebknecht



Rudolf Lindau



Franz Mehring



Ernst Meyer



Wilhelm Pieck



Georg Schumann



August Thalheimer



Berta Thalheimer



Teilnehmer der illegalen Reichskonferenz der Arbeiterjugend in Jena, Ostern 1916



Karl Liebknecht während der Antikriegskundgebung auf dem Potsdamer Platz in Berlin, 1. Mai 1916 (Zeichnung von R. Lipus, 1958)

Arbeiter!

Auf zum Protest

gegen das Schand-Urteil im Prozeß Liebknecht!

Auf zum Kampf

gegen die Fortsetzung des Krieges!

Genug des Völkermordens! Genug des Hungerns!

Laßt die Arbeit ruhen!

Wie ein Mann verlaßt die Werkstätten und Fabriken!

Mann der Arbeit aufgewacht!
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will.

Aufruf zum Streik gegen die Verurteilung Karl Liebknechts, Juni 1916

Die Krise der Sozialdemokratie

Von

Junius

Anhang:
Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie

1916

Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Union, Zürich

Titelblatt der Broschüre Rosa Luxemburgs


Morgenrot
Mitteilungsblatt der Freien Jugendorganisation Stuttgart


Mitteilungs-Blatt der Arbeiter-Jugend
Hanau am Main

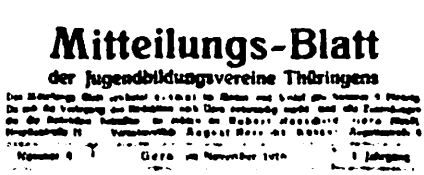

JUGENDRUF


Mitteilungsblatt
für die Sozialistische Jugendbewegung


Mitteilungsblatt
der Jugendsektion
des
Zentralverbandes proletarischer Freidenker


Freie Jugend


Nr. 31
Der Kampf
Sozialdemokratisches Propaganda-Organ.


Mitteilungs-Blatt
der Jugendbildungsvereine Thüringens

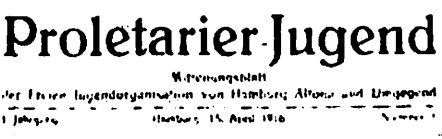

Arbeiterpolitik
Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.


Der Stürmer
Kampfzeitung für die Arbeiterjugend Deutschlands


Der Kampf
Schon jubeln des Sieges Signale. Empor! Der Tag bringt ein,
Die Internationale wird die Menschheit sein!


Mitteilungs-Blatt
der freien Jugendbewegung von Groß Berlin


Der Sozialdemokrat
Mitteilungsblatt für die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart


Proletarier-Jugend
Mitteilungsblatt
der Freien Jugendorganisation von Hamburg, Altona und Umgegend

Revolutionäre sozialdemokratische Presseorgane

Nr. 2. November 1916.

SPARTACUS

3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats . . .

4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran . . . (Leitsätze.)

An Karl Liebknecht.

Ein Posten ist vakant! Die Wunden klaffen
Der eine fällt, die anderen rächen nach . . .

Nein, du bist nicht gefallen! Jetzt gehst du fort von uns, aber in der engen Zelle, hinter den eisernen Gittern, in der Jacke des Zuchthäuslers bleibst du auf dem Posten als Streiter und Führer der heiligen Sache, und jeder Tag, den du im Zuchthaus verlebst, ist ein Stachel für die deutsche Arbeiterklasse, jedes Geklirr deiner Ketten ist ein Posaunenruf für uns alle: Zum Kampf! Zum Kampf für unsere und deine Befreiung!

Stolz und unbeugsam, ein Todfeind der Herrschenden, ein treuer Freund und Verteidiger der Unterdrückten, ein Fahnenträger des internationalen Sozialismus gehst du ins Zuchthaus, und die Liebe von Hunderttausenden in Deutschland und in allen Ländern begleitet dich auf diesem Opfergang, die Blicke von Hunderttausenden werden sich auf das eiserne Tor, hinter dem du verschwindest, richten, um von dort Kraft, Mut und Begeisterung zum Kampfe zu schöpfen. Als Geisel unserer Ehre gehst du hin, an uns anderen ist es nun, mit letzter Kraft an der Waffe zu schmieden, mit der das deutsche Proletariat dereinst deine Ketten sprengen wird, um dich wieder an die Spitze des revolutionären Kampfheeres zu führen.

Wir kennen dich, wir wissen, du wirst aushalten. Du wirst alle Pein und Qual mit lachendem Stolz erdulden und wirst zu uns in derselben trotzigen Jugendkraft zurückkehren. Und nun nicht viel Worte an dich, den Mann der Tat. Durch Taten können wir allein uns deiner würdig zeigen. Nur ein kurzer heißer Abschiedsgruß, nur ein kräftiger Händedruck: auf Wiedersehn im Kampf! Auf Wiedersehn, wenn sich die deutsche Arbeiterklasse aus der heutigen Schmach wieder zu ihrer historischen Größe emporrichtet, auf Wiedersehn — mit deinem Ruf auf den Lippen:

Nieder mit dem Krieg!
Nieder mit der Regierung!

Geßlers Hut.

Der kritische Prozeß in der Sozialdemokratie schreitet mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts. Der neueste Staatsstreich des sogenannten Parteivorstands gegen die Berliner Arbeiterschaft hat die Lebensfrage der Partei in ihrem ganzen tragischen Ernst aufgerollt und treibt mit Gewalt zu einer Entscheidung. Die Entwendung des Vorwärts reiht sich würdig der Zwangsentlassung der Duisburger Redaktion, den Willkürakt in Frankfurt a. M., dem Kesseltreiben gegen den Redakteur Gen. Meyer, dem Umsturz in der Preußischen Landeskommission, dem denunziatorischen Flugblatt gegen die „anonymen" Hetzer und den politischen Massenstreik, den Machenschaften im Kreise Teltow-Beeskow, dem versuchten Kriegsparteitag an. Zugleich aber ist diese neueste Palastrevolution im gewissen Sinne ein Höhepunkt und eine Krone der bisherigen Infamien. Hier tritt nämlich wie mit Blitzlicht grell beleuchtet zu Tage, was schon von Anbeginn des Krieges in dem ganzen Tun und Lassen der „obersten Parteibehörde" für jeden Urteilsfähigen klar war: daß die Gewaltherrschaft des „Parteivorstandes" ein Kind des Belagerungszustands ist, wenn auch ein von der Bank gefallenes Kind.

Es ist nötig, sich über die ganze Tragikomik der Situation klar zu werden. Der jetzige „Parteivorstand", die Scheidemann-Ebert sind auf einem ordentlichen Parteitag der Sozialdemokratie gemäß allen formalen Anforderungen des Parteistatuts gewählt worden. Seitdem ist aber eine Umwälzung vor sich gegangen. Der gewesene sozialdemokratische Parteivorstand hat sich inzwischen zum bürgerlichen Imperialismus bekehrt, hat Parteiprogramm und Parteistatut der Sozialdemokratie zum alten Eisen geworfen und die eigene Tätigkeit wie die offizielle Politik der Partei auf einen ganz neuen Boden gestellt. Er bleibt aber nach wie vor sozialdemokratischer „Parteivorstand" und setzt als solcher seine neue Politik *gegen* die Partei durch, einzig und allein dank dem Belagerungszustand, der die Parteimasse geknebelt und gefesselt hat. Gegau wie die Kriegslieferanten und die Lebensmittelwucherer den Notstand der Bevölkerung ausnutzen, um durch alle Tricks der künstlich erzeugten Teuerung und der Lebensmittelverfälschung Geschäfte im Kriege zu machen, so nutzt der sogenannte Parteivorstand den politischen Notstand der sozialdemokratischen Arbeiterschaft aus, um bei dem Völkermord sein Geschäft zu machen und seine Politik den Arbeitern gegen ihren ausdrücklichen Willen aufzuzwingen. Wie der biedere Hamburger Wurstfabrikant die Konsumenten mit seiner Leberwurst aus Gummiabfällen, Haaren und Wagenschmiere vergiftete, so will der „Parteivorstand" jetzt die Berliner Arbeiterschaft geistig vergiften, indem er ihr in ihrem eigenen Organ an Stelle der sozialistischen Klassenpolitik die Politik des sozialimperialistischen Verrats vorsetzt. Er tut es zwar gegen die Redaktion des Vorwärts, gegen die Preßkommission, gegen den Berliner Zentralvorstand und gegen die gesamte Masse der organisierten Berliner Arbeiterschaft, aber mit Zustimmung — des Oberkommandos in den Marken, und diese Zustimmung ist die einzige Sanktion seiner Maßnahmen und seiner Politik. Der ehemals von der Sozialdemokratie als ihr ausführendes Organ gewählte Parteivorstand funktioniert somit jetzt nur noch als untergeordnetes Organ der Militärdiktatur. Er hat seine Machtbefugnisse nicht von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, sondern von Herrn v. Kessel.

Dies alles ist in der Vorwärts-Sache nunmehr mit der brutalsten Nacktheit und Ungeniertheit zutage getreten, und gerade deshalb steht jetzt die Berliner Arbeiterschaft und mit ihr die Gesamtpartei vor einem Entweder-Oder. Dieser Staatsstreich hat die Parteikrise zu einer akuten gemacht: der „Parteivorstand" zwingt der Partei selbst den Kampf auf und macht die Entscheidung unausweichlich. Jetzt muß sich endlich zeigen, ob die Partei Mittel und Macht genug besitzt, sich der Gewaltpolitik ihrer treulosen Diener, die sich zu ihren Herren aufwerfen, zu erwehren, oder ob sie ihnen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist. Der Kampf um den Vorwärts muß um jeden Preis aus-

Titelblatt eines Spartakusbriefes

deutschen Nation. Franz Mehring setzte in zahlreichen militärgeschichtlichen Artikeln und vor allem in seiner großangelegten Marx-Biographie, die 1918 erschien, die Traditionen der von Karl Marx und Friedrich Engels begründeten marxistischen Geschichtsauffassung fort. Mit seinen kriegsgeschichtlichen Arbeiten gab Franz Mehring ein hervorragendes Beispiel für den antimilitaristischen Kampf der deutschen Linken unter den Bedingungen des Krieges. Indem er Ursachen und Charakter früherer Kriege analysierte, half er den revolutionären Kräften, den Charakter des Weltkrieges richtig zu verstehen und die sozialchauvinistischen und sozialpazifistischen Phrasen zu durchschauen. Die Vermittlung geschichtlicher Lehren war eine wirksame Methode der Linken, auch unter den Bedingungen des Belagerungszustandes die revolutionären Ideen des Marxismus zu verbreiten.

Die ideologische Auseinandersetzung der Spartakusgruppe mit der prinzipienlosen Opposition der Zentristen war die eine Seite ihres Kampfes für die Entwicklung der konsequenten, revolutionären Antikriegsbewegung. Die andere, nicht minder wichtige, bestand darin, die Massen auf umfassende selbständige Aktionen gegen den imperialistischen Krieg, für einen demokratischen Frieden und den gesellschaftlichen Fortschritt der Nation zu orientieren. Diesem Ziel diente die Reichskonferenz der Spartakusgruppe vom 19. März 1916.

Die Konferenz legte entsprechend den Beschlüssen vom Januar die konkreten Maßnahmen zur Aufklärung der Massen und zur Organisierung von Aktionen fest. Die Berichte der Vertrauensmänner aus den einzelnen Gebieten des Reiches über den Stand der Antikriegsbewegung und die örtlichen Auseinandersetzungen mit den Zentristen gaben ein eindrucksvolles Bild vom Anwachsen der Autorität der Spartakusgruppe in den Parteiorganisationen und unter den Arbeitern. Die Oppositionellen in Arnstadt, Braunschweig, Dresden, Göppingen, Hanau, Spandau, Stuttgart und im Kreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg unterstützten ganz oder zum großen Teil die in den Leitsätzen vertretenen Auffassungen. Fortschritte hatten die Linken auch in Chemnitz, Frankfurt (Main), Leipzig, im Rheinland und in anderen Orten und Gebieten erzielt.

Karl Liebknecht referierte über die weiteren Aufgaben der Opposition in Deutschland.[88] Er warnte eindringlich davor, mit den Zen-

[88] Dokument Nr. 92.

tristen zusammenzugehen. Er gab wertvolle Hinweise für die Ausnutzung legaler Möglichkeiten, im illegalen Kampf Massenaktionen einzuleiten, sowie für eine differenzierte Agitation unter den verschiedenen Bevölkerungsschichten und unter den Soldaten. „Das Ziel der gesamten Propaganda muß sein", hieß es in der von Karl Liebknecht eingebrachten Resolution, „die Voraussetzungen für revolutionäre Massenaktionen großen Stils zu entwickeln, Massenaktionen, wo sie entstehen, mit politischem Inhalt und Ziel zu erfüllen, voranzutreiben und zu bewußten Auseinandersetzungen mit dem Krieg und der kapitalistischen Klassenherrschaft zu gestalten."[89]

Die Märzkonferenz schloß die Konstituierung der Spartakusgruppe ab und orientierte die revolutionären Kräfte auf die Auslösung und Führung größerer Massenaktionen.

So spiegelte auch die Märzkonferenz den Prozeß der besseren organisatorischen Zusammenfassung der revolutionären Kräfte wider, der sich angesichts der Verschärfung des Klassenkampfes und der Zuspitzung der Auseinandersetzungen innerhalb der Opposition vollzog. Die Linken rangen sich aber immer noch nicht zu dem Entschluß durch, organisatorisch mit den Opportunisten aller Schattierungen zu brechen und eine selbständige marxistische Partei neuen Typus zu schaffen. Die Unterschätzung der Rolle der Partei erwies sich während des ersten Weltkrieges als der verhängnisvollste politisch-ideologische Fehler der Linken. Weil sie vor dem organisatorischen Bruch mit den Opportunisten zurückschreckten, vermochten sie es nicht, den revolutionären Kräften in Deutschland einen Kristallisationspunkt zur Sammlung und konsequenten ideologischen Klärung zu schaffen, von dem aus der Kampf der Arbeiterklasse eine umfassende strategische und taktische Orientierung erhalten konnte. Der Prozeß des Zusammenschlusses erstreckte sich folglich nur auf die bestehenden Gruppen selbst: die Spartakusgruppe, die Bremer Linksradikalen und andere, kleinere linke Gruppierungen in verschiedenen lokalen Parteiorganisationen. Das komplizierte den Prozeß der endgültigen Trennung der Linken vom Opportunismus außerordentlich.

Die Spartakusgruppe war unter den linken Gruppen in Deutschland die größte und einflußreichste. Sie besaß als einzige ein wissenschaftliches Programm zur Führung des Kampfes gegen Imperialismus und Krieg. Die anderen linken Gruppen folgten den Aktionslosungen der Spartakusgruppe. Die Bremer Linksradikalen kämpften nach dem

[89] Spartakusbriefe, S. 141.

Vorbild Karl Liebknechts mutig gegen den imperialistischen Krieg und den Sozialchauvinismus. Sie verteilten die Agitationsmaterialien der Spartakusgruppe, zum Beispiel das Flugblatt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!". Seit Ende 1915 gingen sie dazu über, die Auseinandersetzung mit den Opportunisten planmäßig in die Versammlungen des Sozialdemokratischen Ortsvereins Bremen zu tragen. Durch ihr organisiertes und entschlossenes Auftreten eroberten sie die Mehrheit der Bremer Parteiorganisation. Ab Juni 1916 gaben sie unter Leitung von Johann Knief die legale Wochenschrift „Arbeiterpolitik" heraus, in der hervorragende Artikel gegen Sozialchauvinismus und Zentrismus erschienen. Der Anschluß der Bremer Linksradikalen an die Zimmerwalder Linken bewies, daß sie, was den Bruch mit allen Spielarten des Opportunismus betraf, am entschiedensten von allen deutschen Linken auftraten. In vielen Fragen erreichten sie jedoch nicht die theoretische Klarheit, wie sie aus dem Wirken Karl Liebknechts in der Spartakusgruppe sprach. Ebenso wie viele andere deutsche Linke erkannten sie noch nicht das Wesen der nationalen Frage im Imperialismus. Sie unterschätzten den Kampf für demokratische Forderungen als Vorbereitung auf den Kampf für die Herrschaft der Arbeiterklasse. Ihre Politik gegenüber den Massen war nicht frei von sektiererischen Zügen.

Der Druck der anschwellenden Unzufriedenheit mit der Unterstützung des Krieges durch die Sozialchauvinisten und die Aktivität der Linken führten im Frühjahr 1916 auch zur schnelleren Differenzierung zwischen Sozialchauvinisten und Sozialpazifisten. Die Zentristen stimmten im März 1916 gegen den Kriegshaushalt. Sie waren deshalb immer schärferen Attacken der Mehrheitssozialdemokraten ausgesetzt. Am 24. März 1916 schloß die sozialchauvinistische Mehrheit der Reichstagsfraktion die 18 Etatverweigerer um Hugo Haase, der sein Amt als Parteivorsitzender niederlegte, aus der Fraktion aus. Damit wurde die organisatorische Spaltung der deutschen Sozialdemokratie durch die Opportunisten weiter vorangetrieben. Die Ausgeschlossenen erklärten am 30. März, daß sie sich zu einer „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" im Reichstag zusammengeschlossen hätten, sich aber weiterhin als Angehörige der Sozialdemokratischen Partei betrachteten. Die Arbeitsgemeinschaft wich in der Folgezeit nicht von ihrer zentristischen Position in allen grundlegenden Fragen des Krieges ab. Karl Kautsky kennzeichnete sie als das Band zwischen Rechten und Linken, das die Partei noch zusammenhalte: „Hätte sie

sich nicht gebildet, wäre Berlin von den Spartakusleuten erobert und stünde außerhalb der Partei."[90]

Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft führte zu einer Stärkung des Einflusses der Zentristen auf die Massen. Viele sahen in der Gründung einen radikalen Bruch mit den Sozialchauvinisten und den verheißungsvollen Anfang einer Politik gegen den Burgfrieden.[91] Sie glaubten, der erste Schritt zu einer Wiederbesinnung der Partei auf ihre Vorkriegstraditionen sei getan. Die zentristischen Führer verwirrten dadurch die kampfbereiten Teile der Arbeiterklasse und erschwerten es ihnen, den prinzipiellen Unterschied zwischen dem revolutionären Antikriegskampf der Spartakusgruppe und dem Sozialpazifismus der Zentristen zu erkennen. Dadurch hemmte die Gründung der Arbeitsgemeinschaft, obwohl sie ein Widerschein der wachsenden Empörung gegen den Sozialchauvinismus war, die Trennung der revolutionären Kräfte vom Opportunismus und damit auch das weitere Fortschreiten der Mobilisierung der Arbeiter für den Friedenskampf unter revolutionären Losungen.

Die Spartakusgruppe kritisierte die zentristische Position der Arbeitsgemeinschaft. In den Spartakusbriefen hieß es: „Die äußerliche Sammlung eines bunten Gemischs mehr oder weniger unklarer Oppositionsstimmungen und -motive bildet stets eine ernste Gefahr – die ernsteste in den Tagen einer Weltwende. Sie wirkt verwirrend; sie verbreitet die Seuche des Fortwurstelns; sie entzieht den tatkräftigen Elementen, die in die bunte Gemeinschaft geraten, ihre besten Kräfte, die sie fesselt und lähmt."[92] In diesen Worten wurde die Gefahr des Zentrismus, seine hemmende Wirkung auch auf den Kampf der Spartakusgruppe völlig richtig beurteilt. Doch die Linken zogen daraus nicht die Schlußfolgerung, mit den Opportunisten zu brechen, sondern verharrten auf ihrem illusionären Standpunkt, die Partei für sich zu erobern: „Nicht Spaltung oder Einheit, nicht neue Partei oder alte Partei heißt die Parole, sondern Zurückeroberung der Partei von unten auf durch Rebellion der Massen, die die Organisationen und ihre Mittel in eigene Hände nehmen müssen, nicht durch Worte, sondern durch Taten der Rebellion."[93]

90 Karl Kautsky an Victor Adler, 7. August 1916. In: Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 1, S. 431. – Dokument Nr. 97.

91 Dokument Nr. 93.

92 Spartakusbriefe, S. 130.

93 Ebenda, S. 133.

In den komplizierten innerparteilichen Kämpfen wuchs die Autorität der Spartakusgruppe. Im Frühjahr beantworteten Parteiorganisationen in Berlin-Lichterfelde, Duisburg und Neukölln entsprechend einem Aufruf der Spartakusgruppe die Politik der sozialchauvinistischen Parteiführung mit einer Beitragssperre gegen den Parteivorstand. Bei den Parteiwahlen wurden in vielen Orten Vertreter der Opposition in die Leitungen gewählt. Die Generalversammlung der Parteiorganisation Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg enthob im Juni 1916 den parteivorstandstreuen Kreisvorstand seiner Funktion und wählte die Mitglieder der Spartakusgruppe Käte Duncker, Hugo Eberlein, Paul Frassek und Wilhelm Pieck in einen neuen, provisorischen Vorstand. Diese Wahlkreisorganisation war die erste in der Parteiorganisation von Groß-Berlin, in der auf lokaler Ebene die organisatorische Trennung von den Sozialchauvinisten herbeigeführt wurde.

Auch in den Gewerkschaftsverbänden begannen die Mitglieder, den Verrat der rechten Führer mit Beitragssperren, Protestresolutionen und ähnlichen Kampfmaßnahmen zu beantworten. Auf dem Berliner Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Sommer 1915 übten oppositionelle Diskussionssprecher scharfe Kritik an der Burgfriedenspolitik der rechten Gewerkschaftsführer. Sie verurteilten den Streikabbruch und das Verbot neuer Lohnbewegungen, das die Gewerkschaftsvorstände bei Kriegsbeginn ausgesprochen hatten. In verschiedenen Anträgen tadelten Delegierte aus Barmen, Berlin, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Frankfurt (Main), Göppingen, Hamburg, Kiel und Leipzig die sozialchauvinistische Haltung der „Metallarbeiter-Zeitung". Resolutionen gegen nationalistische Auslassungen von Gewerkschaftsorganen hatten zuvor bereits Gewerkschaftsmitglieder in Hanau, Jena und Remscheid beschlossen. Im Deutschen Metallarbeiterverband entwickelte sich die Bewegung revolutionärer Obleute. Unter dem ideologischen Einfluß der Spartakusgruppe festigte sich das Klassenbewußtsein dieser Gewerkschaftsfunktionäre. Sie lösten sich nach und nach vom Einfluß der Sozialchauvinisten und suchten nach einem revolutionären Ausweg aus dem imperialistischen Krieg.

Der Radikalisierungsprozeß in den Gewerkschaften schritt jedoch nur langsam voran. Die alten Vorstellungen und Traditionen aus der Zeit, in der der Opportunismus erstarkte, die Überbetonung des Parlamentarismus, der Legalität, der Macht der Organisationen, die ver-

söhnlerische Haltung gegenüber der opportunistischen und der zentristischen Strömung, die Neutralitätspolitik der Gewerkschaften und ähnliche Erscheinungen wirkten sich hemmend auf die Entwicklung des Bewußtseins der Massen aus. Das hatte auch zur Folge, daß sich die erforderliche organisatorische Zusammenarbeit der revolutionären Obleute mit der Spartakusgruppe nur zögernd entwickelte. In den Betrieben verfolgten die Unternehmer, sekundiert von den rechten Gewerkschaftsführern, wütend jede oppositionelle Stimme. Sie drohten den Arbeitern bei Widerstand gegen den Krieg mit dem Schützengraben und denunzierten zahlreiche revolutionäre Gewerkschafter an die Militärbehörden.

Viele revolutionäre Arbeiter wandten sich aus Empörung über die Burgfriedenspolitik und aus Haß gegen die verräterische Gewerkschaftsbürokratie ganz von den Gewerkschaften ab. Infolge ideologischer Unklarheiten über die große Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter unterlagen sie gewerkschaftsfeindlichen, syndikalistischen Vorstellungen und traten aus den Verbänden aus. Damit begaben sie sich der Möglichkeit, ihre vom Opportunismus beeinflußten Klassengenossen durch Überzeugungsarbeit und gemeinsam geführte gewerkschaftliche Kämpfe von der bürgerlichen Ideologie zu befreien und für den revolutionären Standpunkt der Linken zu gewinnen. Diese Erscheinungen erschwerten es den revolutionären Kräften in der Folgezeit, eine marxistische Position in der Gewerkschaftspolitik zu gewinnen und gegen alle sektiererischen Tendenzen durchzusetzen.

Besonders tiefgreifend war der Einfluß der Spartakusgruppe auf den antimilitaristischen Kampf der Arbeiterjugend während des Krieges. Die jungen Menschen wurden an der Front und in der Heimat gezwungen, ihre Jugend dem Krieg des Monopolkapitals zu opfern. Durch die Abschaffung der ohnehin spärlichen Jugendschutzbestimmungen waren der Arbeitstag für Jugendliche auf über zwölf Stunden und die Arbeitswoche auf 80 Stunden und mehr verlängert worden, wobei die Jugendlichen weniger Lohn erhielten als die Erwachsenen. Die schädliche, gefährliche und schwere Tag- und Nachtarbeit der Jugend, besonders auch der Mädchen, in den Munitionsfabriken untergrub ihre Gesundheit. Unter menschenunwürdigen Bedingungen mußten viele Jugendliche nach der Einberufung des Vaters als Ernährer für den Unterhalt der Familie arbeiten.

Der Haß der revolutionären jungen Arbeiter richtete sich gegen den

imperialistischen Krieg und die kapitalistische Ordnung. Viele Jugendliche reihten sich in die vorderste Front des Antikriegskampfes für Frieden, Brot und Demokratie ein. Zahlreiche revolutionäre Jugendgruppen hielten Kontakt mit Jugendgenossen im Heer und versorgten über sie Fronteinheiten mit revolutionärer Literatur. Die Jugendlichen leisteten einen großen Teil der für den revolutionären Antikriegskampf notwendigen Kleinarbeit. Unter großen Opfern und in ständiger Gefahr vervielfältigten und vertrieben sie Flugblätter der Linken. In den Kämpfen der Arbeiterjugend wuchsen hervorragende Funktionäre, wie Franz Dahlem, Wilhelm Koenen, Walter Stoecker, Walter Ulbricht und viele andere, heran, die später zum Kern der Kommunistischen Partei Deutschlands gehörten und von denen viele heute hervorragende Repräsentanten unseres sozialistischen Staates sind.

Im Jahre 1916 unternahm die revolutionäre Arbeiterjugend unter Führung der Spartakusgruppe wichtige Schritte zur Herausbildung einer revolutionären Arbeiterjugendorganisation. Starke Impulse gingen dazu von der Internationalen Verbindung Sozialistischer Jugendorganisationen und ihrer Zeitschrift „Jugend-Internationale" aus.

In verschiedenen Städten, so in Hamburg und Stuttgart, spalteten die Sozialchauvinisten die bestehenden Jugendorganisationen und raubten ihnen ihre Heime. Die oppositionellen jungen Sozialdemokraten schufen sich daraufhin eigene Organisationen, wie die Freie Jugend in Hamburg-Altona. Das Entstehen solcher selbständiger Jugendgruppen rief unter den oppositionellen Jugendlichen immer mehr das Bedürfnis wach, die Kräfte der revolutionären Arbeiterjugend organisatorisch zusammenzufassen. Im März vereinigten sich, von Karl Liebknecht unmittelbar beeinflußt, die selbständigen oppositionellen Jugendbildungsvereine Berlins unter der Leitung eines zentralen Arbeitsausschusses.

Auf Anregung von Karl Liebknecht bereiteten einige Berliner, Jenaer und Weimarer Jugendfunktionäre für Ostern 1916 eine illegale Reichskonferenz der Arbeiterjugend in Jena vor. An dieser Konferenz nahmen über 40 Delegierte aus Berlin, Bremen, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Erfurt, Frankfurt (Main), Gera, Gotha, Halle, Hamburg, Jena, Leipzig, Meißen, Mühlberg (Elbe), Pirna, Remscheid, Selb, Stuttgart und Weimar teil. Unter ihnen befanden sich Curt Böhme, Max Borsdorf, Martha Dämmrich, Otto Dattan, Wilhelm Eildermann, Hedwig Fuchs, Edwin Hoernle, Günther Hopfe, Willi

Langrock, Erich und Felix Lewinsohn, Alfred Noll, Friedrich Notz, Georg Schumann, Karl Wichert, Erich Wiesner, Rosi Wolfstein und Hans Zimmerlich. Während über 1000 Jugendliche im Jena benachbarten Kahla eine Friedensdemonstration durchführten, um die Polizei von der Konferenz abzulenken, orientierte Karl Liebknecht die Delegierten auf die wichtigsten Aufgaben: schärfster Kampf gegen den Krieg im Sinne der Internationalen Jugendkonferenzen, gegen Sozialchauvinismus und Sozialpazifismus; organisatorischer Bruch mit der opportunistischen Zentralstelle der Arbeiterjugend, Boykott ihrer Zeitung; Herausgabe einer eigenen Zeitung; Anschluß an die Internationale Verbindung Sozialistischer Jugendorganisationen; wirksame öffentliche Friedensdemonstrationen am 1. Mai und Antikriegsaktionen für die Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiterjugend. Karl Liebknechts Thesen wurden zum Beschluß erhoben.[94] Damit gab sich die revolutionäre deutsche Arbeiterjugendbewegung ein konkretes Kampfprogramm gegen den Krieg. Es zeichnete sich durch besondere revolutionäre Konsequenz aus und war in seiner Forderung nach organisatorischem Bruch mit den Opportunisten ein Beispiel dafür, wie die Organisationsfrage auch in der Partei hätte gelöst werden müssen. Vom Geist der Jenaer Konferenz getragen, entstand in den folgenden Jahren in Deutschland eine neue, wahrhaft sozialistische Jugendbewegung mit einer zentralen Leitung.

Nach der Märzkonferenz der Spartakusgruppe verstärkten die Linken auch ihren Einfluß im Heer und in der Flotte. Von ihren Angehörigen erfuhren die Soldaten von der Verschlechterung der Versorgung und von der sozialen und politischen Entrechtung der Massen unter dem Belagerungszustand. Sie hörten auch von den Protestaktionen in der Heimat. Mit zunehmender Dauer des Krieges zeigte sich den Soldaten die Fratze des Militarismus immer unverhüllter.

Die linken Kräfte stützten sich bei ihrer Agitation unter den Soldaten und Matrosen auf die eingezogenen revolutionären Sozialdemokraten. Über viele Verbindungen wurden Materialien der Spartakusgruppe und der zentristischen Opposition unter den Soldaten verteilt. So kamen neben der „Junius-Broschüre" Flugblätter, wie „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!", die Spartakusbriefe und Zeitschriften, wie die „Arbeiterpolitik" und der Stuttgarter „Sozialdemokrat", in die Schützengräben. Viele Soldaten hatten den „Vorwärts", der zu dieser Zeit noch von Gegnern der sozialchauvinistischen Politik beeinflußt

[94] Dokument Nr. 94.

war, die „Leipziger Volkszeitung" und andere oppositionelle sozialdemokratische Presseorgane abonniert.

Die wachsende Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht in den Massen ermöglichte es der Spartakusgruppe, seit dem Frühjahr zu großen Massenaktionen in Deutschland überzugehen. Mit Flugblättern, Handzetteln und mündlicher Agitation bereitete sie in ganz Deutschland den 1. Mai 1916 als Kampftag gegen den Krieg, für Frieden, Brot und Demokratie vor.

Am 1. Mai fanden Friedensdemonstrationen in Berlin, Braunschweig, Bremen, Dresden, Duisburg, Jena, Kiel, Leipzig, Magdeburg, Pirna und Stuttgart statt. In Berlin gab Karl Liebknecht das weithin sichtbare Signal für Massenaktionen gegen den Krieg und die imperialistische Regierung. Ohne Rücksicht auf die eigene Person, eingekreist von einem großen Polizeiaufgebot, rief er den Tausenden von Demonstranten auf dem Potsdamer Platz zu: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!" Die Polizeibüttel stürzten sich auf Karl Liebknecht und verhafteten ihn.

Karl Liebknecht erwies sich noch als Gefangener den Todfeinden des Volkes überlegen. Als Untersuchungshäftling und vor Gericht wurde er zum Ankläger der kaiserlichen Regierung und des imperialistischen Krieges. Stolz schleuderte er den Vertretern der bürgerlichen Klassenjustiz die Worte entgegen: „... kein General trug je eine Uniform mit so viel Ehre, wie ich den Zuchthauskittel tragen werde. – Ich bin hier, um anzuklagen, nicht – um mich zu verteidigen! Nicht Burgfrieden, sondern Burgkrieg ist für mich die Losung! – Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!"[95] Das mutige Auftreten Karl Liebknechts auf der Maidemonstration und vor Gericht hinterließ in der deutschen und internationalen Arbeiterklasse einen unauslöschlich tiefen Eindruck. Karl Liebknecht erwarb sich das große internationale Verdienst, durch sein persönliches Opfer der antimilitaristischen Massenbewegung gegen den imperialistischen Krieg einen neuen, starken Impuls gegeben zu haben. Der französische Schriftsteller Henri Barbusse würdigte die Tat Karl Liebknechts in seinem berühmten Roman „Das Feuer" mit den Worten eines französischen Soldaten: „Sieh! Da ist ein Mensch, der sich über den Krieg erhoben hat, und sein Name wird voranleuchten, weil dieser Mut so selten und so groß ist ... Liebknecht!"[96]

95 Karl Liebknecht: Das Zuchthausurteil, S. 108.

96 Henri Barbusse: Das Feuer. Tagebuch einer Korporalschaft, Berlin 1955, S. 308.

Das Urteil gegen Karl Liebknecht, zweieinhalb Jahre in erster, vier Jahre und einen Monat Zuchthaus in zweiter Instanz, rief unter den Arbeitern einen Sturm der Empörung hervor. Die fortgeschrittensten Kräfte in der Arbeiterklasse führten die ersten politischen Massenstreiks während des Weltkrieges durch. Sie bewiesen, daß dieses hervorragende Kampfmittel der Arbeiterklasse auch unter den Bedingungen der schärfsten politischen Unterdrückung der Werktätigen anwendbar war.

Ende Juni 1916 streikten Zehntausende Arbeiter für die Freilassung Karl Liebknechts. In Berlin waren es 55 000, in Braunschweig 8000 Streikteilnehmer. Streiks und politische Massendemonstrationen fanden auch in Bremen, Leipzig, Stuttgart und anderen Städten statt.[97]

Die Spartakusgruppe führte die Streikkämpfe mit klaren politischen Losungen, die sich die Streikenden zu eigen machten. Dadurch waren die Gewerkschaftsfunktionäre in vielen Orten gezwungen, sich an die Spitze der Streikenden zu stellen. Eine von Anfang an klassenkämpferische Haltung nahmen dagegen vor allem in Berlin die revolutionären Obleute im Deutschen Metallarbeiterverband ein.

Anfang Mai 1916 führte die Arbeiterjugend in Braunschweig, Hannover und Magdeburg einen erbitterten Kampf gegen einen sogenannten Sparzwangerlaß der Militärbehörden, der den Jugendlichen einen erheblichen Teil ihres Lohnes entziehen sollte. Die Lehrlinge und jungen Arbeiter bewiesen den Militaristen, daß der proletarische Kampfgeist der Arbeiterjugend auf die Dauer nicht durch Terror und Belagerungszustand zu unterdrücken war. Sie gaben der deutschen Arbeiterklasse ein leuchtendes Beispiel, wie der Kampf gegen die Willkürherrschaft der Militärbehörden kühn und opferbereit geführt werden mußte. Unterstützt von den älteren Arbeitern, protestierten sie in zahlreichen Demonstrationen und erkämpften schließlich die völlige Aufhebung des „Sparzwangs". Zu den revolutionären Führern der Braunschweiger Arbeiterjugend gehörten Robert Biehl, Robert Gehrke und Rudolf Sachs. Viele Streikteilnehmer arbeiteten in dem Bildungsverein junger Arbeiter mit, an dessen Spitze Otto Grotewohl bis zu seiner Einberufung gestanden hatte.

Der Parteivorstand und die Gewerkschaftsführung beeilten sich aufgeschreckt, die Streikbewegung zum Stillstand zu bringen. Ende Juli 1916 veröffentlichten sie einen Aufruf, in dem sie die Massenstreiks verurteilten und die Mitglieder aufforderten, nur den Anweisungen

[97] Dokument Nr. 95.

der rechten Führer zu folgen und die „Einheitlichkeit der Organisationen" zu wahren.[98]

Die Militärbehörden holten, assistiert von sozialchauvinistischen Denunzianten, zu einem großen Schlag gegen die Führung der Spartakusgruppe aus. Nach der Verhaftung Karl Liebknechts wurden zwischen Mai und August 1916 auch Rosa Luxemburg, Julian Marchlewski, Franz Mehring und Ernst Meyer eingekerkert. Hugo Eberlein und Wilhelm Pieck waren zu dieser Zeit bereits eingezogen. Das war ein schwerer Schlag für die Antikriegsbewegung. Junge Genossen kämpften unter Aufbietung aller ihrer Kräfte, um den zeitweiligen Verlust der besten Führer auszugleichen und den Kampf der Spartakusgruppe erfolgreich fortzusetzen. Die Arbeit der Spartakusgruppe wurde von nun an maßgeblich von Leo Jogiches beeinflußt. Leo Jogiches stammte aus der polnischen Arbeiterbewegung. Zusammen mit Rosa Luxemburg und Julian Marchlewski hatte er im Jahre 1894 zu den Gründern der Sozialdemokratischen Partei Polens gehört. Als Teilnehmer an den revolutionären Kämpfen in Warschau 1905 war er zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nach seiner Flucht war er nach Deutschland emigriert, wo er zum Freundeskreis um Rosa Luxemburg gehörte. Leo Jogiches erwarb sich als hervorragender Organisator in der konspirativen Arbeit der Spartakusführung, besonders bei der illegalen Herstellung und beim Vertrieb der Spartakusbriefe, große Verdienste.

Der staatliche Terror und die Beschwichtigungspolitik der Opportunisten führten dazu, daß die Streikbewegung für die Freilassung Karl Liebknechts im August 1916 stark nachließ.

Die Sozialchauvinisten versuchten indessen, ihren Einfluß auf die Massen wieder zu festigen. Unter der verlogenen Losung vom „Kriegssozialismus" vertieften sie die Arbeitsgemeinschaft mit den herrschenden Klassen, indem sie in zahlreichen Kriegsbehörden und -organisationen mitarbeiteten.[99] Die Generalkommission der Gewerkschaften beteiligte sich am „Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen" und stellte Wanderredner zur Verfügung, die vor der notleidenden Bevölkerung über die Verwertung von Stroh, Schalen und Abfällen für die menschliche Ernährung sprachen. Die Gewerkschaftsführung unterstützte die Staatsorgane bei der Arbeitskräftelenkung für die Rüstungsproduktion und bei der Anwerbung von ausländischen Ar-

98 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 1, S. 424.

99 Dokument Nr. 96.

beitern für die Ausbeutung in deutschen Konzernbetrieben und auf den Junkergütern.

Als im Mai ein „Kriegsernährungsamt" unter der Leitung des ostpreußischen Oberpräsidenten und Großagrariers Adolf Tortilowicz von Batocki-Friebe gebildet wurde, delegierten die Sozialchauvinisten den sozialdemokratischen Genossenschaftspolitiker August Müller in den Vorstand des Amtes, in dem die Vertreter großer Monopole, der Großgrundbesitzer und der hohen zivilen und militärischen Bürokratie saßen. August Müller war der erste Sozialdemokrat, der im Zusammenhang mit der sozialchauvinistischen Unterstützung des imperialistischen Krieges in eine oberste Reichsbehörde eintrat. Die Politik des Kriegsernährungsamtes diente ausschließlich den Interessen der herrschenden Klasse und führte dazu, daß die Lebensmittel noch knapper und teurer wurden.

Ihre Unterstützung für die staatlichen Kriegsmaßnahmen versuchten die Sozialchauvinisten als „nationale Notwendigkeit" auszugeben. Sie spielten sich dabei als „Interessenvertreter" der Massen auf, indem sie zum Beispiel im Parlament Korruption und Spekulation unter den Kriegsgewinnlern kritisierten, für eine gerechtere Verteilung der Lebensmittel auftraten und Auswüchse der Pressezensur beklagten. So paarten sie geschickt nationalistische Demagogie und scheinbare Vertretung der Arbeiterinteressen. Große Teile der Arbeiterklasse, die von der revolutionären Agitation der Linken noch nicht erfaßt wurden, konnten diesen Betrug nicht durchschauen und blieben weiterhin unter dem Einfluß des Opportunismus. Das raffiniertere Auftreten der Sozialchauvinisten war Ausdruck dafür, daß sich die Opportunisten gezwungen sahen, angesichts der Zuspitzung der Krisenlage des deutschen Imperialismus und der wachsenden Antikriegsbewegung im Sommer und Herbst 1916 verstärkt zu Verwirrungsmethoden gegenüber der Arbeiterklasse zu greifen.

Durch die Kriegshandlungen vom Frühjahr bis Herbst 1916 waren die Mittelmächte in eine äußerst bedrängte militärische Lage geraten. Den deutschen Militaristen wuchs die Schwierigkeit, die Verluste an Menschen, Waffen und Munition auszugleichen, über den Kopf.

Unter dem Eindruck der militärischen Mißerfolge und der hohen Verluste bei Verdun, an der Somme und in Flandern nahm die Friedenssehnsucht in den Massen des deutschen Volkes weiter zu. Sie beschränkte sich längst nicht mehr nur auf die Arbeiterklasse. Bis weit in die städtischen und ländlichen Mittelschichten, die Schichten der An-

gestellten und Beamten und die Intelligenz hinein, deren Lage sich im Krieg erheblich verschlechtert hatte, verbreitete sich die Einsicht, daß die abenteuerliche Kriegspolitik der Regierung und der Obersten Heeresleitung das deutsche Volk in die Katastrophe führen mußte und daß es notwendig wurde, nach Auswegen aus dieser Lage zu suchen.

Durch die Einberufung der männlichen Arbeitskräfte zum Heeresdienst ruhte die Hauptlast der Arbeit in vielen kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben auf den Schultern der Frauen, die den Ausfall nicht ausgleichen konnten und deshalb häufig gezwungen waren, den Viehbestand zu verringern und weniger Land zu bebauen. Beschlagnahme von Getreide, Futter und Vieh untergrub die wirtschaftliche Existenzgrundlage der Klein- und Mittelbauernschaft.

In der Stadt wurden zahlreiche Handwerker und Kleinhändler wirtschaftlich ruiniert. Der allgemeine Waren- und Rohstoffmangel und der Verlust von Arbeitskräften zwang viele dieser Betriebe zu schließen. Das geringere Einkommen der Mittelschichten und die ständige Verteuerung aller Waren führten dazu, daß auch für viele Angehörige dieser Schichten manche Waren des täglichen Bedarfs unerschwinglich wurden. Der Krieg zwang sie, ihre Ersparnisse aufzubrauchen.

Der deutsche Imperialismus stellte sich immer deutlicher als Feind des ganzen Volkes heraus. Die Ruinierung und Verarmung der Mittelschichten während des Krieges stärkte die objektiven Grundlagen für die Entwicklung einer umfassenden demokratischen Massenbewegung gegen den Krieg und seine Folgen.

Auch in bürgerlichen Schichten wuchs mit den Kriegsjahren der Widerstand gegen Krieg und Annexionen. Bürgerliche Pazifisten sammelten sich in Vereinigungen wie der Deutschen Friedensgesellschaft und dem Bund Neues Vaterland.

Unter den Schriftstellern und Künstlern regten sich Stimmen der Empörung und des Protestes gegen den Krieg. Zunächst zögernd, aber mit der jahrelangen Fortdauer des Krieges immer deutlicher, zeichnete sich in der künstlerischen Intelligenz eine Antikriegsopposition ab. In verschiedenen bürgerlich-literarischen Zeitschriften, wie im „Forum" von Wilhelm Herzog, in der „Aktion" von Franz Pfemfert und in den in der Schweiz von René Schickele herausgegebenen „Weißen Blättern", nahmen deutsche Dichter und Schriftsteller das Wort gegen den Krieg. Zu ihnen gehörten Johannes R. Becher, Lion Feuchtwanger, Leonhard Frank, Walter Hasenclever, Hermann Hesse, Georg Kaiser, Heinrich Mann, Carl Sternheim, Fritz von Unruh und andere.

Johannes R. Becher klagte in seinen 1916 veröffentlichten Versen „An Europa" und „An die sozialistischen Armeen Europas" mit revolutionärem Elan den imperialistischen Krieg an. Sein Protest gegen den Krieg führte ihn während dieser Jahre vom bürgerlichen Pazifismus zum bewußten Kampf gegen das imperialistische Regime und zum Anschluß an die revolutionäre Arbeiterbewegung.

Lion Feuchtwanger bezeichnete später das Erlebnis des imperialistischen Krieges als mitbestimmend für seine literarische Entwicklung. Mehrere seiner während des Krieges entstandenen Werke wurden von der Zensur verboten.

Leonhard Frank schrieb in dieser Zeit seinen Novellenband „Der Mensch ist gut", in dem er Völkerhaß und Gewalt anprangerte und zur Beendigung des Krieges aufrief.

Heinrich Mann veröffentlichte in den „Weißen Blättern" sein „Zola"-Essay, eine heftige Anklage gegen den imperialistischen Krieg und ein kühnes Bekenntnis zur Demokratie.

Bildende Künstler suchten in ihrem Schaffen eine Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Krieges zu geben. Künstlerpersönlichkeiten wie Käthe Kollwitz verurteilten die Unmenschlichkeit des Krieges. In ihren Arbeiten aus den Kriegsjahren versuchte Käthe Kollwitz, dem Kriegswahnsinn das Menschliche im Menschen entgegenzustellen, erhob sie die Frage nach den Kriegsschuldigen.

In den ursprünglich chauvinistische Ziele verfolgenden Publikationen von Künstlervereinigungen, die die Stellung der Kunst zum Kriege dokumentieren sollten, tauchten künstlerische Arbeiten auf, die objektiv gegen den Krieg gerichtet waren und nichts mehr vom Hurrapatriotismus der ersten Kriegszeit an sich trugen. Die Brüder Wieland und Helmut Herzfeld erhoben gemeinsam mit anderen demokratischen Künstlern ihr Wort gegen den Krieg. Helmut Herzfeld nannte sich aus Protest gegen die chauvinistische, englandfeindliche Propaganda des deutschen Imperialismus John Heartfield.

Zu den namhaften deutschen Intellektuellen, die gegen die alldeutsche Annexionspropaganda protestierten, zählte der von aufrichtigem Humanismus erfüllte berühmte Naturwissenschaftler Albert Einstein.

Die bürgerlich-pazifistischen Organisationen und Zeitschriften wurden mit zunehmender Dauer des Krieges durch Zensur- und Militärbehörden immer schärfer verfolgt.

Auch die Tätigkeit der bürgerlichen Pazifisten und die wachsende

künstlerische Opposition gegen den Krieg waren ein Gradmesser dafür, in welchem Maße sich die Friedenssehnsucht in allen Teilen des Volkes ausbreitete und wie die objektiven Bedingungen wuchsen, unter der Führung der Arbeiterklasse eine umfassende Front von Kriegsgegnern für den demokratischen Friedenskampf zu schaffen.

Die Demonstrationen gegen den Hunger, Lebensmittelunruhen und Friedenskundgebungen rissen nicht mehr ab. In den Betrieben mehrten sich die Kämpfe gegen Ausbeutung und politische Entrechtung. Ende Juli 1916 kam es zu Lebensmittelunruhen im Gebiet Halle-Wittenberg, im August zu Friedensdemonstrationen und Lebensmittelunruhen in Hamborn. In Chemnitz streikten die Rüstungsarbeiter für Lohnerhöhung und bessere Lebensmittelversorgung. In Dortmund, Hindenburg und Hörde, in Kattowitz und Recklinghausen sowie auf westfälischen Schächten protestierten die Bergarbeiter mit Streiks gegen den Lebensmittelmangel. Lebensmittelunruhen brachen im gleichen Monat auch in Tangermünde aus. Bei einer Friedensdemonstration in Hamburg am 18. August 1916 führten 5000 bis 6000 Demonstranten Losungen wie „Hoch Liebknecht!", „Nieder mit dem Krieg!" und „Wir verlangen Brot!" mit sich. Die meisten derartigen Aktionen wurden von Losungen der Spartakusgruppe beherrscht.

Die Sozialchauvinisten befürchteten, daß die Masse der sozialdemokratischen Parteimitglieder sich von ihnen abwenden und die rechten Führer zu Offizieren ohne Soldaten werden würden. Sie versuchten im August 1916 im Reichstag, der Radikalisierung der Massen durch die Forderung nach einem imperialistischen Ausgleichsfrieden entgegenzuwirken. Der Parteivorstand rief zu einer Unterschriftensammlung für eine Friedenspetition an den Reichskanzler auf. Die Petition wurde bis zum Dezember 1916 von fast 900 000 Menschen unterzeichnet. Die Spartakusgruppe charakterisierte die sogenannte Neuorientierung des Parteivorstandes in einem Flugblatt als Schachzug zur Rettung des Sozialchauvinismus. Die Bedingungen des Parteivorstandes für einen Friedensschluß – Unversehrtheit des Reichsgebietes, Erhaltung der politischen Unabhängigkeit, wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit –, hieß es darin, „sind genau dieselben Phrasen, die auch die Regierung gebraucht, ... hinter die sich auch jede Eroberungspolitik verkriechen kann"[100].

Für den September 1916 berief der Parteivorstand eine Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei nach Berlin ein, auf der er

100 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 1, S. 447.

durch Partei- und Gewerkschaftsbürokraten seine Politik bestätigen lassen wollte. Die Sozialchauvinisten konnten jedoch weder die Zustimmung zum Ausschluß der Opposition noch eine Befürwortung ihrer Politik erzwingen. Redner der zentristischen Opposition, wie Georg Ledebour, die sich auf die oppositionelle Stimmung unter den sozialdemokratischen Mitgliedern stützten, übten scharfe Kritik an der Unterstützung des Krieges durch die Mehrheitssozialdemokraten und verurteilten die fortgesetzte Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten. Da jedoch die Zentristen auf der Konferenz keine praktischen Konsequenzen aus ihrer Opposition gegen die Sozialchauvinisten zogen, gelang es dem Parteivorstand, den Anschein zu erwecken, als habe seine Konferenz Erfolg gehabt. Damit konnte er Teile der Massen verwirren.

Auch auf der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei traten allein die Vertreter der Spartakusgruppe konsequent gegen die Manöver des Parteivorstandes auf. Käte Duncker wies darauf hin, daß der Friede nur unter Einsatz aller Machtmittel der Arbeiterklasse erkämpft werden könne. Ein solcher Friede werde den Sieg des Sozialismus vorbereiten und die Internationale zu einer Macht gestalten, die eine Wiederholung des entsetzlichen Völkermordens für alle Zeiten verhindere.[101]

Nach der Reichskonferenz der Sozialdemokratie verstärkte der Parteivorstand seinen Druck auf die Parteiopposition. Im Oktober 1916 bemächtigte er sich unter Bruch der Statuten des „Vorwärts" und im Dezember der „Bremer Bürger-Zeitung". In den Kreis- und Generalversammlungen der Sozialdemokratie spitzten sich die Auseinandersetzungen der Opposition mit dem Parteivorstand außerordentlich zu. In vielen Versammlungen, in Bochum, Burgstädt, Gelsenkirchen, Magdeburg, Mittweida und anderen Orten, setzten die oppositionellen Kräfte ihre Resolutionen durch. In Bremen sperrte die Generalversammlung am 1. Dezember 1916 dem Parteivorstand die Mitgliedsbeiträge. Mit 3000 gegen 30 Stimmen beschlossen am 14. Dezember auch die Braunschweiger Sozialdemokraten, dieser Losung der Spartakusgruppe zu folgen.

Das entschiedenere Auftreten der Linken und ihrer eigenen Anhänger zwang auch die zentristischen Führer, in den innerparteilichen Auseinandersetzungen im Herbst 1916 radikaler als zuvor gegen den Parteivorstand Stellung zu nehmen. Der mit der Bildung der Sozial-

101 Ebenda, S. 463.

demokratischen Arbeitsgemeinschaft begonnene Prozeß der organisatorischen Loslösung der Zentristen von den Sozialchauvinisten setzte sich fort. Die zentristischen Führer beriefen zum 7. Januar 1917 eine Reichskonferenz der Opposition ein. Diese Aktivität der Zentristen war aus der Abwehr des sozialchauvinistischen Angriffs auf die Opposition, mehr noch aber aus dem wachsenden Druck der Massen geboren. Das klassenbewußte Auftreten vieler Arbeiter mit den Losungen der Spartakusgruppe in den Mitgliederversammlungen, bei Friedensaktionen der Arbeiterklasse im Herbst 1916, zum Beispiel auf der Kaiserlichen Werft in Kiel, bei Friedensdemonstrationen und -streiks in Dresden und anderen Orten veranlaßte die zentristische Fraktion des Opportunismus, neue Wege zu gehen, um die Massen vom Abschwenken zur Spartakusgruppe abzuhalten.

An der Reichskonferenz der Opposition am 7. Januar 1917 in Berlin nahmen 157 Vertreter aus 72 sozialdemokratischen Organisationen teil. Die Spartakusgruppe trat auf der Konferenz entsprechend ihren Beschlüssen, die sie auf einer Vorkonferenz am 6. Januar gefaßt hatte, selbständig auf. Den Referaten von Hugo Haase und Richard Lipinski, die zwar ein geschlossenes Auftreten gegen das parteispaltende Verhalten des Parteivorstandes forderten, aber jede grundsätzliche Kritik am Sozialchauvinismus vermieden und den notwendigen organisatorischen Konsequenzen im Kampf gegen den Parteivorstand auswichen, setzte die Spartakusgruppe ein Korreferat von Ernst Meyer und einen eigenen Resolutionsentwurf entgegen. Darin verlangte sie, dem Parteivorstand die Beiträge zu sperren, die sozialchauvinistischen Parlamentsabgeordneten abzuberufen, die Parlamentstribüne als Hilfsmittel für die Friedensaktionen der Massen auszunutzen und die Opposition, deren politische Tätigkeit vor allem auf die Selbstbetätigung der Massen gerichtet sein müsse, straffer zusammenzuschließen. Die Resolution der Spartakusgruppe erhielt 34 Stimmen; sieben Delegierte stimmten für einen Antrag Julian Borchardts, der im wesentlichen der Resolution Ernst Meyers entsprach. Die Mehrheit der Konferenz billigte jedoch mit 111 Stimmen die von Richard Lipinski eingebrachte zentristische Resolution.

Die Wende vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden 1916/1917. Die Spartakusgruppe als Vorkämpferin für Frieden, Brot und Demokratie. Der Einfluß der Februarrevolution in Rußland auf die deutsche Arbeiterbewegung. Die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Streiks und Flottenaufstand im Sommer 1917

Bei den kriegführenden Mächten traten Ende 1916/Anfang 1917 Tendenzen zutage, den imperialistischen Krieg durch einen imperialistischen Frieden zu beenden. Monopol- und Finanzkapitalisten hatten den Völkern das Mark aus den Knochen gesogen und ungeheure Reichtümer angehäuft. Der Erschöpfungsgrad der durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Völker hatte die Grenze des Ertragbaren erreicht. „Mit Hilfe des *jetzigen* Krieges aus den Arbeitstieren der Lohnsklaverei noch mehr herauszupressen, ist offenbar nicht möglich – darin liegt eine der tiefsten ökonomischen Ursachen der jetzt zu beobachtenden Wendung in der Weltpolitik“[102], schrieb W. I. Lenin im Januar

[102] W. I. Lenin: Eine Wendung in der Weltpolitik. In: Werke, Bd. 23, Berlin 1964, S. 275.

1917. In allen kriegführenden Ländern waren die Klassengegensätze durch den imperialistischen Krieg außerordentlich zugespitzt worden. Außer in Rußland und Österreich-Ungarn war das ganz besonders in Deutschland deutlich.

Im Winter 1916/1917, dem berüchtigten Kohlrübenwinter, stieg die Not der Massen auf ein bisher ungekanntes Maß. Die Lebenshaltungskosten hatten sich 1917 gegenüber 1900 auf 329 Prozent erhöht. Die Preise für Grundnahrungsmittel waren gegenüber 1916 weiter sprunghaft angestiegen. Diese Nahrungsmittel gab es zudem selten zu kaufen. Die Rationen wurden immer weiter herabgesetzt. Kohlrüben mußten die Kartoffeln ersetzen. Sie wurden zur Streckung zahlreicher Lebensmittel verwendet, im Brotteig ebenso wie in der Wurst und im Kaffee-Ersatz. Im Vergleich zur Vorkriegszeit war der Verbrauch bei Fleisch auf 31 Prozent, bei Schmalz auf 14, bei Butter auf 22, bei Hülsenfrüchten auf 14, bei Zucker auf 49, bei Kartoffeln auf 71, bei Pflanzenfetten auf 39, bei Käse auf 3, bei Eiern auf 18 und bei Mühlenprodukten auf 53 Prozent gesunken. Der Mangel an Heizmaterialien setzte Millionen von Menschen der Kälte aus. An dieser Not des Volkes verdienten Schleichhändler, Spekulanten und Schieber. Die Preise auf dem schwarzen Markt kletterten in phantastische Höhen.

Die katastrophale Versorgungslage führte zu einer chronischen Unterernährung, zu einer bedrohlichen Untergrabung der Volksgesundheit. Tausende Menschen starben an Magen- und Darmkrankheiten. Typhuserkrankungen forderten 1917 doppelt so viele Opfer wie 1916. Die Ruhrerkrankungen vermehrten sich im gleichen Zeitraum um mehr als das Sechsfache. Über 17 500 Menschen, fast 30 Prozent der Erkrankten, starben 1917 an dieser Seuche. Die Todesfälle infolge Tuberkulose nahmen um 27 Prozent zu. Die Kindersterblichkeit lag 1917 bei Säuglingen um 50, bei Kindern von 5 bis 15 Jahren sogar um 55 Prozent höher als 1913.

Hemmungslose Antreiberei durch fortwährende Erhöhung der Akkordsätze und Verlängerung des Arbeitstages bis zur absoluten Grenze physischer Leistungsfähigkeit verursachten zahllose Betriebsunfälle. Die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang lag während des Krieges etwa um die Hälfte höher als zuvor.

Die Ausgaben für den Krieg waren ins Riesenhafte gewachsen. Ende 1916 waren bereits 57 Milliarden Mark für die Rüstung verschwendet worden. Der Anteil der Rüstungsausgaben am Volkseinkommen war von vier Prozent im Jahre 1913 bis Ende 1916 auf an-

nähernd 50 Prozent angestiegen. Da die Einnahmen weit hinter den Ausgaben zurückblieben, wurde der Staatshaushalt durch erweiterte Geldemission auf der Grundlage von Reichsschatzanweisungen aufrechterhalten. Dadurch erhöhten sich die Staatsschulden enorm. Das Vorspiel zur Nachkriegsinflation begann bereits im Kriege.

Eine raffinierte Methode der finanziellen Ausplünderung der Nation war das System der Kriegsanleihen. Millionen von Menschen zeichneten aus irregeleitetem Patriotismus und unter starkem Druck ihre Ersparnisse als Kriegsanleihe. Außer den Werktätigen wurden auch viele Angehörige der Mittelschichten und der mittleren Bourgeoisie ausgeraubt. Das System der Kriegsanleihen war ein zusätzliches Mittel der Konzernherren, den Konzentrationsprozeß des Kapitals zu beschleunigen.

Um ihre bis dahin zusammengerafften Kriegsprofite gegen revolutionäre Aktionen und um die eroberten Gebiete und Rohstoffquellen gegen die wachsende Übermacht der Entente zu sichern, orientierten auch die deutsche Monopolbourgeoisie und die Junkerklasse ihre Politik auf einen Frieden, der ihnen einen maximalen Anteil an der zu verteilenden Beute garantieren sollte.

Bereits Ende August 1916 wurde eine neue Oberste Heeresleitung unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff eingesetzt. Erich Ludendorff, ein eingefleischter Alldeutscher, war eng mit den Monopolherren der Schwerindustrie verbunden, die das abenteuerlichste Kriegszielprogramm verfolgten. Die Strategie der neuen Obersten Heeresleitung war darauf gerichtet, unter totalem Einsatz aller Kräfte in kürzester Frist doch noch die Ententemächte vernichtend zu schlagen und ihnen den Frieden zu diktieren. Dazu gehörte auch die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges zu Beginn des Jahres 1917.

Die Torpedierung der Handelsschiffe kriegführender und neutraler Länder ohne Warnung bot dem amerikanischen Imperialismus den willkommenen Anlaß, im Frühjahr 1917 auf seiten der Entente in den Krieg einzutreten. Die Imperialisten der USA, reich geworden als Finanziers und Waffenlieferanten der europäischen Ententemächte, erschienen jetzt, da die Teilung der Kriegsbeute in greifbare Nähe gerückt schien, in Europa, um sich entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Nachkriegsverhältnisse zu ihren Gunsten zu sichern.

Die Oberste Heeresleitung traf seit Ende 1916 unter der Bezeichnung „Hindenburg-Programm" eine Reihe von Maßnahmen mit dem

Ziel, auch den letzten Mann und alle verbliebenen Kräfte der Nation dem Raubkrieg der Monopole unterzuordnen. Die Produktion von Waffen und Munition sollte maximal erhöht werden. Um das zu erreichen, wurde im Zusammenwirken von Monopolen und Oberster Heeresleitung das sogenannte Kriegsamt als kriegswirtschaftliche Zentralbehörde eingerichtet. Es war Teil des preußischen Kriegsministeriums und besaß noch größere Vollmachten als die Kriegsrohstoffabteilung. Leiter des neuen Kriegsamtes wurde General Wilhelm Groener. Den hauptsächlichen Einfluß auf diese Zentrale übten die mächtigsten Monopole aus, die sich auf die militärischen Stellen als ausführende Organe stützten. Mit diesen Maßnahmen wurde die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in beispielloser Weise intensiviert, wodurch die Ausbeutung und Entrechtung der Arbeiterklasse außerordentlich scharfe Formen annahm.

Ergänzt wurden die direkt auf die Steigerung der Kriegsproduktion abzielenden Maßnahmen des „Hindenburg-Programms" durch das „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst" vom Dezember 1916. Nach diesem Gesetz waren alle Arbeiter vom 17. bis zum 60. Lebensjahr zur Arbeit in Rüstungsbetrieben verpflichtet. Die Arbeiter konnten ihre Arbeitsstelle nicht mehr frei wählen. Sie wurden der Willkür der Unternehmer und Militärbehörden ausgesetzt.[103] Zugleich forderte Erich Ludendorff, scharf gegen die Sozialdemokratie vorzugehen, Streikende als Landesverräter abzuurteilen und den Arbeitern keinerlei Lohnerhöhungen zu gewähren. Dieses Programm brachte, wie die Spartakusgruppe in einem Flugblatt treffend feststellte, „die Kasernierung des ganzen deutschen Proletariats vom 17. bis 60. Jahr, die Einführung des mittelalterlichen Frondienstes, der Zwangsarbeit, des Zuchthauses"[104]. Die neue Oberste Heeresleitung und ihr Programm bedeuteten die Errichtung der unverhüllten Militärdiktatur über das deutsche Volk.[105]

Die mehrheitssozialdemokratische Fraktion stimmte im Reichstag dem Hilfsdienstgesetz zu. Die Generalkommission der Gewerkschaften entsandte den Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, Alexander Schlicke, in das Kriegsamt, um mit der Autorität der Gewerkschaften die arbeiterfeindlichen Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes durchführen zu helfen. Die Sozialchauvinisten versuchten sogar, die

103 Dokument Nr. 99.

104 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 1, S. 505.

105 Dokument Nr. 98.

Errichtung der offenen Militärdiktatur des deutschen Imperialismus und den Abbau der Demokratie bis zum Raub elementarer Lebensrechte der Werktätigen in sozialistische Errungenschaften umzulügen. Dabei verwiesen sie auf jene Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes, in denen die Wahl von Arbeiterausschüssen in den Betrieben angeordnet wurde. Sie verschwiegen den Arbeitern, daß dieses Zugeständnis der bürgerlichen Parteien nicht in erster Linie den Verhandlungen der Gewerkschaftsführer, sondern der wachsenden Antikriegsbewegung in den Massen zu verdanken war. Um diese Bewegung einzudämmen, sahen sich die herrschenden Klassen gezwungen, in das Gesetz auch ein Zugeständnis aufzunehmen, das es den Gewerkschaftsführern ermöglichen sollte, bei der Durchführung des Gesetzes öffentlich mitzuwirken. Die Monopolbourgeoisie trug damit der Tatsache Rechnung, daß ohne die Arbeiter und die Gewerkschaften der Krieg nicht weiterzuführen war.[106]

Daß es die Arbeiter vieler Betriebe in den letzten Kriegsjahren verstanden, die Arbeiterausschüsse durch die Wahl revolutionärer Arbeiter zu Klassenkampforganen zu machen und sie für die Organisierung ökonomischer und politischer Kämpfe auszunutzen, hatte weder in der Absicht der rechten Gewerkschaftsführer gelegen noch war es das Verdienst dieser Führer.

Trotzdem gelang es den rechten Gewerkschaftsführern, mit Hilfe einer demagogischen Agitation über das Hilfsdienstgesetz viele Arbeiter irrezuführen und sie weiterhin unter dem Einfluß der Opportunisten zu halten.

Die mit der Durchführung des „Hindenburg-Programms" verbundene außerordentliche Intensivierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus war nach der Einschätzung W. I. Lenins beredter Ausdruck dafür, daß die objektiven Bedingungen für die sozialistische Revolution in Deutschland herangereift waren. Er schrieb: „Wenn beispielsweise Deutschland, um die Anspannung aller Kräfte des Volkes für den Raubkrieg zu erreichen, das gesamte Wirtschaftsleben des 66-Millionen-Volkes im Interesse von ein paar Hundert Finanzmagnaten oder Krautjunkern, der Monarchie und Co., *von einer zentralen Stelle* aus lenken mußte, dann kann *dies* im Interesse von neun Zehnteln der Bevölkerung durchaus von den besitzlosen Massen bewerkstelligt werden, wenn ihr Kampf von den klassenbewußten Arbeitern geleitet wird, die sich vom Einfluß der Sozialimperialisten und der Sozial-

106 Dokument Nr. 103.

pazifisten frei gemacht haben."[107] Diese Schlußfolgerung W. I. Lenins basierte auf seiner Kenntnis der Gesetzmäßigkeit der neuen Epoche.

W. I. Lenin hatte im Juni 1916 die Arbeit an seinem Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" beendet, in dem er als erster auf marxistischer Grundlage eine allseitige wissenschaftliche Analyse des Imperialismus vornahm. Dieses klassische Werk ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie die ökonomische Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels durch W. I. Lenin weiterentwickelt worden ist.

Bereits Karl Marx und Friedrich Engels hatten auf Keimformen des Imperialismus aufmerksam gemacht. So wiesen sie auf die fortschreitende Zentralisation, Konzentration und Vergesellschaftung der Arbeit, auf die sich in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts vollziehende Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol und auf die imperialistische Rüstungspolitik hin. Seit der Jahrhundertwende hatten sich Marxisten in der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung darum bemüht, die neuen Erscheinungsformen in der Entwicklung des Kapitalismus theoretisch zu verallgemeinern.

Auf diesen neuen Erkenntnissen baute W. I. Lenin seine Theorie des Imperialismus auf, wobei er gleichzeitig die ökonomische Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels gegen die Angriffe der Revisionisten verteidigte.

Bereits vor dem ersten Weltkrieg, besonders in der Zeit von 1912 bis 1914, hatte er sich in zahlreichen Arbeiten mit einzelnen Erscheinungsformen des Imperialismus beschäftigt. Nun aber waren alle Widersprüche des Imperialismus voll entfaltet. Im revolutionären Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen seine sozialchauvinistischen Befürworter und ihre sozialpazifistischen Helfershelfer um Karl Kautsky nahm W. I. Lenin eine umfassende Analyse des Imperialismus vor. Wesentliche Thesen über den Imperialismus finden sich vor allem in seinen Arbeiten „Sozialismus und Krieg", „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus", „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen" und „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa".

Die unmittelbaren Vorarbeiten für sein Werk über den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus nahm er 1915 in Bern auf.

107 W. I. Lenin: Rohentwurf der Thesen für einen Offenen Brief an die Internationale Sozialistische Kommission und alle sozialistischen Parteien. In: Werke, Bd. 23, S. 215/216.

Mit kritischer Gründlichkeit studierte er die bisherige bürgerliche und marxistische Literatur über den Imperialismus. Konspekte über Hunderte von Büchern, Zeitschriften und Zeitungsartikeln, zusammen mit Statistiken, Notizen und eigenen kritischen Bemerkungen in über 20 Heften niedergeschrieben, verdeutlichen das riesige Ausmaß der Arbeit, die W. I. Lenin in sehr kurzer Zeit leistete, damit er in seinem Werk „das *Gesamtbild* der kapitalistischen Weltwirtschaft in ihren internationalen Wechselbeziehungen"[108] am Vorabend des ersten imperialistischen Weltkrieges zeigen konnte.

Unter Verwertung der Ergebnisse bürgerlicher Betriebsstatistiken analysierte W. I. Lenin zunächst den Prozeß der Konzentration der kapitalistischen Produktion. Er erkannte als „eine der wichtigsten Erscheinungen – wenn nicht die wichtigste – in der Ökonomik des modernen Kapitalismus"[109], daß die freie kapitalistische Konkurrenz durch das Monopol abgelöst wurde. W. I. Lenin kennzeichnete die „Entstehung der Monopole infolge der Konzentration der Produktion" als „ein allgemeines Grundgesetz des Kapitalismus in seinem heutigen Entwicklungsstadium"[110]. Monopole in Form von Kartellen, Syndikaten, Konzernen und Trusts errichteten ihre Herrschaft über die Wirtschaft der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder. Die Folge der Monopolisierung ganzer Produktionsbranchen war ein „gigantischer Fortschritt in der Vergesellschaftung der Produktion"[111]. Während aber der Imperialismus zu einer nahezu allseitigen Vergesellschaftung der Produktion führte, blieben die gesellschaftlichen Produktionsmittel Privateigentum einer kleinen Anzahl von Kapitalisten. Das mußte zwangsläufig zu einer enormen Verschärfung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus führen. „Das Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt – das ist das Typische für die ‚jüngste Entwicklung des Kapitalismus', das ist es, was aus der Bildung allmächtiger wirtschaftlicher Monopole unvermeidlich hervorgehen mußte und hervorgegangen ist."[112]

Wie die Konzentration in der Industrie untersuchte W. I. Lenin den analogen Prozeß im Bankwesen. Dabei arbeitete er heraus, daß sich

108 W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Werke, Bd. 22, S. 193.
109 Ebenda, S. 201/202.
110 Ebenda, S. 204.
111 Ebenda, S. 209.
112 Ebenda, S. 211.

die Banken aus bloßen Vermittlern von Geldgeschäften zu gewaltigen Finanzmonopolen entwickelt hatten, „die fast über das gesamte Geldkapital aller Kapitalisten und Kleinunternehmer sowie über den größten Teil der Produktionsmittel und Rohstoffquellen des betreffenden Landes oder einer ganzen Reihe von Ländern verfügen“[113]. Diesen Prozeß nannte W. I. Lenin „einen der Grundprozesse des Hinüberwachsens des Kapitalismus in den kapitalistischen Imperialismus“[114]. Die neue Rolle der Banken im Imperialismus bedeutete eine „*Zentralisation,* eine Steigerung der Rolle, der Bedeutung, der Macht der Monopolriesen“[115]. W. I. Lenin untersuchte die Beziehungen zwischen Industrie und Banken und stellte fest, daß sich auf dem Wege der Personalunion in den Leitungen der Bank- und Industriemonopole „eine immer größere Verschmelzung oder ... ein Verwachsen des Bankkapitals mit dem Industriekapital“[116] vollzogen hatte. Daraus zog er den Schluß: „Das 20. Jahrhundert ist also der Wendepunkt vom alten zum neuen Kapitalismus, von der Herrschaft des Kapitals schlechthin zu der Herrschaft des Finanzkapitals.“[117]

Ausführlich untersuchte W. I. Lenin den für den Monopolkapitalismus im Unterschied zum Kapitalismus der freien Konkurrenz charakteristischen Kapitalexport großen Stils. Die fortgeschrittenen Länder exportierten Kapital in rückständige Länder, die auf diese Weise von den großen imperialistischen Mächten abhängig gemacht und zu Ausbeutungsobjekten degradiert wurden. W. I. Lenin schrieb über den Kapitalexport: „Welch solide Basis für die imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung der meisten Nationen und Länder der Welt, für den kapitalistischen Parasitismus einiger reicher Staaten!“[118]

In dem Maße, wie der Kapitalexport wuchs und die ausländischen und kolonialen Verbindungen und Einflußsphären der Monopolverbände sich erweiterten, gingen diese zu internationalen Abmachungen über die Abgrenzung ihrer Interessen- und Einflußgebiete über. Es entstanden internationale Kartelle. „Das ist eine neue Stufe der Weltkonzentration des Kapitals und der Produktion“, schrieb

113 Ebenda, S. 214.
114 Ebenda.
115 Ebenda, S. 217.
116 Ebenda, S. 226.
117 Ebenda, S. 229.
118 Ebenda, S. 246.

W. I. Lenin, „eine unvergleichlich höhere Stufe als die vorangegangenen."[119]

Die Welt wurde aber nicht nur ökonomisch unter die Monopolisten aufgeteilt. W. I. Lenin analysierte den Kolonialbesitz der kapitalistischen Mächte in seiner zeitlichen Entwicklung und stellte fest, daß im Prozeß der Herausbildung des Monopolkapitals ein ungeheurer Aufschwung der kolonialen Eroberungen begonnen und um die Jahrhundertwende zur vollständigen territorialen Aufteilung der Welt unter die kapitalistischen Staaten geführt hatte. In der Folgezeit konnte es also nur noch Neuaufteilungen der Welt geben, für die es aber unter dem Kapitalismus keine „andere Grundlage als die *Stärke* der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke"[120] gab. Damit wies W. I. Lenin die ökonomischen Ursachen des ersten imperialistischen Weltkrieges und aller imperialistischer Kriege sowie deren Unvermeidbarkeit für die damalige Zeit nach.

W. I. Lenin schloß seine Untersuchung der ökonomischen Wesenszüge des Imperialismus mit der Definition des Imperialismus als „das monopolistische Stadium des Kapitalismus"[121] und faßte fünf seiner grundlegenden Merkmale zusammen: „1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses ‚Finanzkapitals'; 3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet."[122]

Diese Untersuchungsergebnisse gestatteten W. I. Lenin, die Frage nach dem Platz des Imperialismus in der Geschichte zu beantworten.

Er deckte auf, daß das Monopol „unvermeidlich die Tendenz zur Stagnation und Fäulnis" erzeugt. „Die Möglichkeit, durch technische Verbesserungen die Produktionskosten herabzumindern und die Profite zu erhöhen, begünstigt natürlich Neuerungen. Aber die *Tendenz* zur Stagnation und Fäulnis, die dem Monopol eigen ist, wirkt nach wie

119 Ebenda, S. 250.
120 Ebenda, S. 300.
121 Ebenda, S. 270.
122 Ebenda, S. 270/271.

vor und gewinnt in einzelnen Industriezweigen, in einzelnen Ländern für gewisse Zeitspannen die Oberhand."[123] Ihrem Fäulnischarakter entspricht der Parasitismus der kapitalistischen Ordnung in der monopolistischen Epoche. Das Anwachsen der von der Produktion losgelösten und von der Finanzspekulation lebenden Rentnerschicht unter den Kapitalisten „drückt dem ganzen Land ... den Stempel des Parasitismus auf"[124].

Das politische Wesen des Imperialismus wurde von W. I. Lenin mit der Feststellung gekennzeichnet: „Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überall hin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System, äußerste Zuspitzung der Gegensätze auch auf diesem Gebiet – das ist das Ergebnis dieser Tendenzen. Insbesondere verschärfen sich auch die nationale Unterdrückung und der Drang nach Annexionen, d. h. nach Verletzung der nationalen Unabhängigkeit (denn Annexion ist ja nichts anderes als Verletzung der Selbstbestimmung der Nationen)."[125]

W. I. Lenins Analyse und Darstellung des Imperialismus war mit einer umfassenden Polemik gegen theoretische Ansichten über den Imperialismus verbunden, wie sie von bürgerlichen und opportunistischen Wissenschaftlern und Publizisten vertreten wurden. Er wies nach, daß die bürgerliche Ideologie vollständig darauf ausgerichtet ist, den Imperialismus zu verteidigen, Begeisterung für ihn zu erwecken und seine offensichtlichen Widersprüche zu beschönigen. Dabei stellte er fest, daß die meisten bürgerlichen Ideologen den Imperialismus in verkappter Form verteidigten, indem sie versuchten, seine wesentlichen Grundlagen und Eigenschaften zu vertuschen und von ihnen durch das Aufbauschen nebensächlicher Details abzulenken. Ausführlich widerlegte W. I. Lenin die Ansichten der kleinbürgerlichen Opposition gegen den Imperialismus. Sie richtete sich nicht gegen die Grundlagen des Imperialismus, sondern gegen seine Auswüchse, stellte dem Imperialismus den Kapitalismus der freien Konkurrenz als Idealbild gegenüber und strebte zu einer Entwicklungsstufe zurück, die den Imperialismus gesetzmäßig hervorgebracht hatte.

In diesem Zusammenhang untersuchte W. I. Lenin die Imperialismus-Definition und die Theorie des „Ultraimperialismus" von Karl

123 Ebenda, S. 281.

124 Ebenda.

125 Ebenda, S. 302.

Kautsky, deren theoretischen Kern er auf ebendiese kleinbürgerliche Opposition gegen den Imperialismus zurückführte. W. I. Lenin schrieb: „Sowohl Kautskys theoretische Analyse des Imperialismus wie auch seine ökonomische und politische Kritik des Imperialismus sind *völlig* von einem mit dem Marxismus absolut nicht zu vereinbarenden Geist der Vertuschung und Verwischung der grundlegenden Gegensätze durchdrungen, von dem Bestreben, die zerfallende Einheit mit dem Opportunismus in der europäischen Arbeiterbewegung um jeden Preis aufrechtzuerhalten."[126]

W. I. Lenin untersuchte die Möglichkeiten der Imperialisten, „einzelne Schichten der Arbeiter, vorübergehend sogar eine ziemlich bedeutende Minderheit der Arbeiter zu bestechen und sie auf die Seite der Bourgeoisie ... hinüberzuziehen"[127], wodurch der Imperialismus den Opportunismus „nährt, formt und festigt"[128]. Er deckte damit den gesetzmäßigen „Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus"[129] auf und begründete, „daß der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus"[130].

W. I. Lenins Analyse und Kritik des Imperialismus gipfelte in der Schlußfolgerung, daß der Imperialismus „sterbender Kapitalismus"[131] ist. Die gewaltige Verschärfung aller Gegensätze des Kapitalismus sei „die mächtigste Triebkraft der geschichtlichen Übergangsperiode, die mit dem endgültigen Sieg des internationalen Finanzkapitals ihren Anfang genommen hat"[132]. W. I. Lenin schloß mit der Feststellung, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse für die fast vollständig vergesellschaftete Produktion eine Hülle darstellen, „die dem Inhalt bereits nicht mehr entspricht und die daher unvermeidlich in Fäulnis übergehen muß, wenn ihre Beseitigung künstlich verzögert wird, eine Hülle, die sich zwar verhältnismäßig lange in diesem Fäulniszustand halten kann (wenn schlimmstenfalls die Gesundung von dem opportunistischen Geschwür auf sich warten lassen sollte), die aber dennoch unvermeidlich beseitigt werden wird"[133].

126 Ebenda, S. 303.
127 Ebenda, S. 306.
128 Ebenda, S. 286.
129 Ebenda, S. 307.
130 Ebenda.
131 Ebenda.
132 Ebenda, S. 305.
133 Ebenda, S. 308.

Diese wissenschaftliche Prognose mußte W. I. Lenin 1916 noch mit Rücksicht auf die Zensur verschlüsselt formulieren. Im Jahre 1920 konnte er dann in seinem Vorwort für die französische und deutsche Ausgabe seines Werkes ganz offen feststellen: „Auf dem Boden des durch den Krieg hervorgerufenen Ruins in der ganzen Welt erwächst somit die weltweite revolutionäre Krise, die, welch lange und schwere Wandlungen sie auch durchmachen mag, nicht anders enden kann als mit der proletarischen Revolution und deren Sieg ... Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats."[134]

Mit seinem Werk über den Imperialismus setzte W. I. Lenin genial die von Karl Marx im „Kapital" vorgenommene Analyse des Kapitalismus fort. Die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung erhielt eine vollständige wissenschaftliche Theorie über das monopolistische Stadium des Kapitalismus und damit die entscheidende Voraussetzung zur Beantwortung aller Fragen der Strategie und Taktik im Kampf für den Sturz des Imperialismus und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Die wissenschaftliche Analyse des Imperialismus ermöglichte es W. I. Lenin, die Theorie von der sozialistischen Revolution weiterzuentwickeln. Er bereicherte sie während des ersten Weltkrieges vor allem um folgende Lehren:

Erstens: Der imperialistische Weltkrieg und der Übergang zur allgemeinen Krise des Kapitalismus machten besonders deutlich, daß im Imperialismus alle objektiven Voraussetzungen für die sozialistische Revolution heranreifen. Mit dem Eintritt in die Epoche des Imperialismus als dem Vorabend der proletarischen Revolution mußte sich die Arbeiterklasse unter Führung ihrer revolutionären Partei auf den Kampf um die politische Macht vorbereiten.

Zweitens: Die sozialistische Revolution ist eine Kette von ökonomischen, politischen und ideologischen Klassenschlachten, in denen alle vom Imperialismus unterdrückten Klassen und Schichten in Bewegung geraten. Entscheidend für den Sieg der Revolution ist es, daß die von ihrer marxistischen Partei geleitete Arbeiterklasse die Führung in diesen Kämpfen übernimmt. Im Gegensatz zur Auffassung der Opportunisten ist es für die sozialistische Revolution nicht unbedingt erforderlich, daß das Proletariat die Mehrheit der Bevölkerung bildet.

Drittens: Die um die nationale Befreiung kämpfenden Völker in den kolonialen und abhängigen Ländern sind ein Teil der Bewegung

[134] Ebenda, S. 196 u. 198.

gegen den Imperialismus und Verbündete des Kampfes der Arbeiterklasse um die proletarische Revolution. Diese dient wiederum dem nationalen Befreiungskampf. W. I. Lenin forderte deshalb „die Ausnutzung *aller* nationalen Bewegungen gegen den Imperialismus im Interesse der sozialistischen Revolution"[135].

Viertens: In der Epoche des Imperialismus trifft nicht mehr die von Karl Marx und Friedrich Engels für den vorimperialistischen Kapitalismus aufgestellte These zu, daß die sozialistische Revolution nur bei einer gleichzeitigen Aktion des Proletariats aller oder doch der meisten kapitalistischen Länder siegen kann. In seiner 1915 verfaßten Arbeit „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa" schrieb W. I. Lenin: „Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist."[136] Auch in dem 1916 geschriebenen Aufsatz „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution" stellte W. I. Lenin, vom Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Länder ausgehend, fest: „Der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in *allen* Ländern siegen. Er wird zuerst in einem oder einigen Ländern siegen, andere werden für eine gewisse Zeit bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben."[137] Diese Erkenntnis war für die praktische Vorbereitung der proletarischen Revolution von allergrößter Bedeutung. Die sozialistische Revolution mußte nicht in dem fortgeschrittensten kapitalistischen Land, sondern vielmehr dort beginnen, wo sich die kapitalistischen Widersprüche ganz besonders kraß auf die Lage der Massen auswirkten, wo sich das schwächste Glied in der Kette des Imperialismus befand. Indem W. I. Lenin davon ausging, daß der Sozialismus zunächst nur in einem oder in wenigen Ländern siegen werde, begründete er, daß das friedliche Nebeneinanderbestehen des kapitalistischen und des sozialistischen Systems für lange Zeit möglich und notwendig ist.

Fünftens: Der Aufbau des Sozialismus wird in den verschiedenen Ländern je nach dem Stand der ökonomischen Entwicklung, dem Verhältnis der Klassenkräfte und den historischen Traditionen unterschiedlich sein. „Alle Nationen werden zum Sozialismus gelangen ...,

135 W. I. Lenin: Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung. In: Werke, Bd. 22, S. 350.

136 W. I. Lenin: Werke, Bd. 21, S. 345.

137 W. I. Lenin: Werke, Bd. 23, S. 74.

aber keine auf genau die gleiche Art und Weise, jede wird zu dieser oder jener Form der Demokratie, zu dieser oder jener Abart der Diktatur des Proletariats, zu diesem oder jenem Tempo der sozialistischen Umgestaltung der verschiedenen Seiten des gesellschaftlichen Lebens etwas Eigenes beitragen."[138]

Sechstens: Der Sieg des Sozialismus in einem Lande wird das direkte „Streben der Bourgeoisie anderer Länder erzeugen, das siegreiche Proletariat des sozialistischen Staates zu zerschmettern. In solchen Fällen wäre ein Krieg unsererseits legitim und gerecht, es wäre ein Krieg für den Sozialismus, für die Befreiung anderer Völker von der Bourgeoisie."[139] Mit dieser Feststellung erhob W. I. Lenin die These von den gerechten Kriegen zur Verteidigung des Sozialismus zu einem untrennbaren Bestandteil der Theorie der sozialistischen Revolution. W. I. Lenins Lehre vom Imperialismus und seine Theorie von der sozialistischen Revolution sind von weltgeschichtlicher Bedeutung. Mit ihnen war eine neue Stufe in der Entwicklung des wissenschaftlichen Kommunismus erreicht. Ohne sie war es nicht möglich, eine richtige Strategie und Taktik der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Imperialismus auszuarbeiten.

Mit diesen Leninschen Lehren erhielt auch die deutsche Arbeiterbewegung das theoretische Rüstzeug für ihren Kampf gegen Imperialismus und Krieg. Doch erst nach dem ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution wurden die meisten der Arbeiten W. I. Lenins, die er während des Krieges geschrieben hatte, in der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung bekannt.

Während sich die Imperialisten, unterstützt von den sozialchauvinistischen Verrätern in der Partei- und Gewerkschaftsführung, auf die Fortsetzung des Krieges bis zum Sieg über die Entente, bis zum „Siegfrieden", orientierten[140], kämpften die klassenbewußten Arbeiter unter der Führung der Spartakusgruppe und anderer linker Sozialdemokraten seit der Jahreswende 1916/1917 mit verstärkter Energie für einen wahrhaft demokratischen Frieden.

Seit Januar 1917 kündigten zahlreiche Streiks eine umfassende Massenstreikbewegung an. Im Januar, Februar und März fanden im

138 W. I. Lenin: Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus". In: Ebenda, S. 64.

139 W. I. Lenin: Das Militärprogramm der proletarischen Revolution. In: Ebenda, S. 74.

140 Dokument Nr. 100.

Ruhrgebiet große Streikaktionen der Berg- und Hüttenarbeiter statt. Mitte Februar traten 20 000 Berg- und Metallarbeiter der Krupp-Werke und anderer Betriebe in der Umgebung von Essen in den Ausstand. Im März brachen Massenstreiks in Barmen, Bremen, Hamburg, Kiel und Nürnberg aus. In allen Teilen des Reiches häuften sich seit Januar 1917 die Lebensmittelunruhen. In diesen Aktionen wirkten die revolutionären Losungen der Spartakusgruppe richtungweisend auf die Massen. Die aufklärende und mobilisierende Aktivität der Spartakusgruppe riß auch viele Arbeiter mit, die unter dem Einfluß der Mehrheitssozialdemokratie und der Zentristen standen, konfessionell organisiert oder parteilos waren.

Auf die anschwellende Massenbewegung in Deutschland wirkte die Nachricht vom Ausbruch der Revolution in Rußland im Februar 1917 wie ein Fanal.[141] Die Arbeiter und Bauern Rußlands, deren revolutionäre Vorhut, die von W. I. Lenin geführte bolschewistische Partei, den aufopferungsvollsten, konsequentesten und durch den Leninismus theoretisch fundiertesten Kampf gegen Imperialismus und Krieg führte, stürzten das zaristische Regime. Die revolutionären Arbeiter und Soldaten bildeten überall im Lande Sowjets als Organe der revolutionärdemokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. W. I. Lenin kehrte aus dem Schweizer Exil nach Petrograd zurück. Mit seinen berühmten Aprilthesen von 1917 zeichnete er den Weg der Arbeiterklasse Rußlands von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution vor. Die Arbeiterbewegung Rußlands und die bolschewistische Partei erreichten eine Entwicklungsstufe, die vor ihnen noch keine Arbeiterklasse und Partei irgendeines Landes erkämpft hatte. Die Erfahrungen des Proletariats in Rußland und die Lehren W. I. Lenins über den Weg der Arbeiterklasse zur Macht hatten daher für die gesamte internationale Arbeiterbewegung prinzipielle Bedeutung.

Der Sieg der revolutionären Arbeiter und Bauern Rußlands über den Zarismus und die Bildung von Sowjets der Arbeiter und Soldaten schufen ein Vorbild, auf das sich die marxistische Vorhut der Arbeiterklasse orientieren konnte. Von größter Bedeutung für den revolutionären Antikriegskampf war die Forderung der Arbeiter- und Soldatenräte Rußlands nach Frieden ohne Annexionen und Kontributionen. Diese demokratische Losung wurde zum Gemeingut der internationalen Arbeiterbewegung im Kampf gegen die imperialistische Frie-

[141] Dokument Nr. 104.

densheuchelei. Die Februarrevolution trug wesentlich dazu bei, das Kräfteverhältnis im internationalen Klassenkampf zugunsten der revolutionären Arbeiterklasse zu verändern.

Von den deutschen Arbeitern wurden die Nachrichten über die Revolution in Rußland begeistert aufgenommen und diskutiert.[142] Mit dem Sturz des Zarismus wurde auch der von der herrschenden Klasse Deutschlands und den Sozialchauvinisten verbreiteten Zwecklüge vom Verteidigungskrieg gegen den Zarismus der Boden entzogen. Die Weiterführung des Krieges gegen Rußland ließ nun unverhüllt erkennen, daß die wahren Absichten und Ziele des deutschen Imperialismus nicht „Vaterlandsverteidigung", sondern Raub und Eroberung waren.

An der Ostfront verbrüderten sich russische und deutsche Soldaten. Viele deutsche Arbeiter erhielten dabei Kenntnis vom siegreichen Kampf der russischen Werktätigen unter Führung der Bolschewiki. Viele deutsche Soldaten lernten begreifen, daß ihr Feind nicht jenseits, sondern diesseits ihres Schützengrabens stand.[143]

Viele klassenbewußte Arbeiter und Arbeiterfunktionäre erinnerten sich daran, daß das Proletariat Rußlands 1905 schon einmal der internationalen Arbeiterklasse entscheidende Impulse für den Klassenkampf gegen Imperialismus und Reaktion gegeben hatte. Sie empfanden den Sturz des Zarismus als eigenen Sieg. Das hob ihr Klassenbewußtsein und stärkte ihre Siegeszuversicht für den Klassenkampf im eigenen Land. Rosa Luxemburg schrieb aus dem Gefängnis: „... die herrlichen Dinge in Rußland wirken auf mich auch wie Lebenselixier. Das ist ja für uns alle eine Heilsbotschaft, was von dort kommt, ich fürchte, Ihr alle schätzt das nicht genügend hoch, ... daß es unsere eigene Sache ist, die dort siegt. Das *muß*, das *wird* auf die ganze Welt erlösend wirken, daß *muß* ausstrahlen nach ganz Europa, ich bin felsenfest überzeugt, daß eine neue Epoche jetzt beginnt und daß der Krieg nicht mehr lange dauern kann."[144] Die Spartakusgruppe zeigte den Arbeitern am Beispiel der Revolution in Rußland, „daß einzig und allein die revolutionäre Aktion des Proletariats einen Ausweg aus der Sackgasse des Weltkrieges bietet"[145]. Sie appellierte an die deutsche

142 Dokument Nr. 109.

143 Dokument Nr. 115.

144 Rosa Luxemburg an Marta Rosenbaum, April 1917. In: Rosa Luxemburg: Briefe an Freunde. Nach dem von Luise Kautsky fertiggestellten Manuskript hrsg. von Benedikt Kautsky, Zürich 1950, S. 157.

145 Spartakusbriefe, S. 323.

Arbeiterklasse, die Revolution in Rußland, ihre „eigene Sache, die Sache des einen und unteilbaren internationalen Proletariats“[146], dadurch zu unterstützen, daß sie in Deutschland ebenfalls die Schlacht gegen die herrschende Klasse vorbereitet. Die Spartakusgruppe veröffentlichte zahlreiche Dokumente der Revolution in Rußland, wodurch sie vielen deutschen Arbeitern erste Kenntnisse über die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte vermittelte.

Der Widerhall der Revolution in Rußland bei den Massen zwang selbst die „Kriegssozialisten“, der Revolution einen gewissen Beifall zu zollen. Sie behaupteten jedoch, um das große revolutionäre Ereignis zu bagatellisieren, die russischen Erfahrungen hätten für die deutsche Arbeiterbewegung keinerlei praktische Bedeutung.

Die rechten zentristischen Führer blieben auch jetzt ihrer Praxis treu, revolutionär klingende Reden zu halten, ohne revolutionär zu handeln. Der herrschenden Klasse drohten sie wortgewaltig mit dem Gespenst der Revolution, und den Massen erklärten sie, die Bedingungen in Deutschland seien für eine ähnliche Aktion wie in Rußland noch nicht reif.

Unter dem Einfluß der Februarrevolution verschärfte sich der Klassenkampf in Deutschland. Die Fragen der revolutionären Beendigung des Krieges waren durch das Proletariat in Rußland in der Praxis gestellt worden. Das drückte dem weiteren Verlauf des Klassenkampfes auch in Deutschland den Stempel auf. Es begann eine neue Etappe des Massenkampfes für Frieden, Brot und Demokratie.

In zahlreichen sozialdemokratischen Parteiorganisationen nahm die Unzufriedenheit der Mitglieder mit der offiziellen Parteipolitik rasch zu. Diese Entwicklung hatte bereits am 18. Januar 1917 zur Folge gehabt, daß die sozialchauvinistische Mehrheit des sozialdemokratischen Parteiausschusses die organisatorische Spaltung der deutschen Sozialdemokratie vollendete und die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft sowie ihre Anhänger aus der Partei ausschloß. Das gab den äußeren Anstoß zur Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) auf einer Konferenz der Parteiopposition, die vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha tagte.

Auf dem Gründungsparteitag waren 143 Teilnehmer anwesend, von denen 124 von ihren Wahlkreisen delegiert worden waren. Hugo Haase hielt ein Referat über die Situation in der Sozialdemokratie, in dem er bewußt die tiefen Differenzen zwischen den Zentristen und den

[146] Ebenda, S. 348.

Linken verschleierte. Der von Wilhelm Dittmann vorgelegte Organisationsentwurf fußte im wesentlichen auf dem alten Parteistatut der Sozialdemokratie. Endgültige Festlegungen wurden auf die Zeit nach dem Kriege vertagt. Georg Ledebour referierte über die Aufgaben der Partei, die im wesentlichen von den sozialpazifistischen und nurparlamentarischen Auffassungen der Zentristen bestimmt sein sollten. Ein Parteiprogramm wurde nicht beschlossen. Die Mehrheit des Parteitages nahm lediglich ein von Karl Kautsky verfaßtes Manifest an. Darin wurden die Arbeiter aufgefordert, sich für die Nachkriegszeit auf Kämpfe gegen Teuerung und Arbeitslosigkeit vorzubereiten. Ferner verlangte das Manifest von der Regierung eine Amnestie für politische Gefangene, die Aufhebung der Zensur, unbeschränktes Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht, Aufhebung der Ausnahmegesetze gegen Landarbeiter, Staatsarbeiter und Gesinde, Arbeitsschutz und Achtstundentag sowie das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Erwachsenen vom 20. Lebensjahr an. Die Abgeordneten der USPD wurden aufgefordert, für diese Ziele in den Parlamenten zu wirken. Einen Aufruf an die Arbeiter, diese Ziele durch Massenaktionen zu verwirklichen, enthielt das Manifest nicht. Es huldigte der Revolution in Rußland, ohne jedoch aus ihr revolutionäre Konsequenzen für den Kampf der deutschen Arbeiterklasse zu ziehen.[147]

Die Vertreter der Spartakusgruppe traten auf dem Gründungsparteitag mit ihrem eigenen Programm auf und kämpften gegen die falsche Einschätzung des Imperialismus und gegen den Sozialpazifismus der Zentristen. Sie forderten, entsprechend ihren Festlegungen auf einer Vorkonferenz am 5. April, entschieden die Steigerung der revolutionären Massenaktionen für einen demokratischen Frieden. Die Spartakusgruppe schloß sich der USPD an, wobei sie ihre politisch-ideologische Selbständigkeit wahrte und sich eine eigene organisatorische Tätigkeit vorbehielt.

Die Gründung der USPD war ein Ausdruck der tiefen Empörung vieler Sozialdemokraten über die Unterstützung des imperialistischen Krieges und die fortgesetzte Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialchauvinistischen Mehrheiten in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und im Parteivorstand.

Doch die rechten zentristischen Führer, wie Wilhelm Dittmann, Hugo Haase und Karl Kautsky, wollten durch die Gründung der

147 Dokument Nr. 108.

USPD den Radikalisierungsprozeß der Massen auffangen und den Übergang großer Teile der organisierten Arbeiter auf die Positionen der Linken verhindern. Das aber bedeutete, diese Massen weiterhin der antinationalen Politik der rechten Führung der Sozialdemokratie und damit der imperialistischen Bourgeoisie unterzuordnen. W. I. Lenin schrieb über die Gemeinsamkeiten zwischen dem offenen Opportunismus und dem Zentrismus: „Worin besteht nun die Haupteigentümlichkeit, die *beide* Formen des herrschenden Opportunismus auszeichnet? Darin, daß man die konkrete Frage des *Zusammenhangs des jetzigen Krieges mit der Revolution und andere konkrete Fragen der Revolution* verschweigt, vertuscht oder mit Rücksicht auf polizeiliche Verbote behandelt . . ."[148]

In Gestalt der USPD entstand eine zentristisch geleitete Arbeiterpartei, deren politische Zusammensetzung außerordentlich uneinheitlich war. Zu ihrer Mitgliedschaft zählten klassenbewußte Betriebsarbeiter, die in der Rüstungsindustrie die Bewegung der revolutionären Obleute trugen, Sozialdemokraten, die gegen den imperialistischen Krieg waren, aber den vom Opportunismus jahrelang verbreiteten parlamentaristischen Illusionen anhingen, sowie auch Anhänger bürgerlich-pazifistischer Auffassungen.

In der Überzeugung, eine Partei gefunden zu haben, die im Gegensatz zur alten Sozialdemokratie den Friedenskampf organisieren würde, sammelte sich die Mehrheit der klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre, die mit der opportunistischen Durchhaltepolitik der rechten Partei- und Gewerkschaftsführer unzufrieden war, in der USPD. Sie waren gegen den Krieg und seine sozialchauvinistische Unterstützung, besaßen jedoch keine Klarheit darüber, wie der Kampf für einen demokratischen Frieden geführt werden sollte. Diese Kräfte machten die Mehrheit der Mitgliedschaft der USPD aus.

Sie sahen in der Parteigründung den konsequenten und lange erwarteten Bruch mit der vom Opportunismus zerfressenen Partei der Kreditbewilliger. In etwas mehr als einem Jahr sammelten sich in der neuen Partei rund 100 000 Mitglieder. Ganze Ortsgruppen der Sozialdemokratie schlossen sich der USPD an. Die revolutionären Mitglieder traten für außerparlamentarische Massenaktionen gegen den imperialistischen Krieg ein und führten auf lokaler Ebene solche Aktionen durch. Zwischen den Spartakusanhängern und den anderen Mitglie-

[148] W. I. Lenin: Über die Losung der „Entwaffnung". In: Werke, Bd. 23, S. 97.

dern der USPD entwickelte sich rasch die Zusammenarbeit. Revolutionäre Mitglieder der USPD druckten und verbreiteten Spartakusbriefe und andere Materialien der Linken. Im unmittelbaren Kampf in den einzelnen Orten verwischten sich häufig die Grenzen zwischen der Spartakusgruppe und den anderen Mitgliedern der USPD. Die nicht zur Spartakusgruppe gehörenden linken Kräfte in der USPD waren ein bedeutender Teil des revolutionären Flügels in der deutschen Arbeiterbewegung. In ihren Reihen entwickelten sich viele der späteren marxistisch-leninistischen Kader der Kommunistischen Partei Deutschlands, wie Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Bernard Koenen, Wilhelm Koenen, Theodor Neubauer, Walter Stoecker, Ernst Thälmann und andere.

Die politisch differenzierte Zusammensetzung der Mitgliedschaft der USPD und ihre unterschiedlichen Vorstellungen spiegelten sich auch in der Parteiführung wider, zu der neben eingefleischten Revisionisten und Reformisten auch linksorientierte Arbeiterführer, wie Georg Ledebour, gehörten, die – wenn auch in vieler Hinsicht inkonsequent und mit Elementen des Opportunismus behaftet – für eine Politik im Interesse der Arbeiterklasse waren. In Perioden des Aufschwungs der Antikriegsbewegung unterstützten und leiteten sie Massenaktionen des Proletariats für den Frieden. Aber auch diese Führer der USPD waren im Prinzip bestrebt, ihre Friedensbemühungen auf die Ablehnung der Kriegskredite und andere parlamentarische Aktionen, auf Versammlungsreden und Presseerklärungen zu beschränken. In Massenaktionen sahen sie nicht den einzigen konsequenten Weg zu einem dauernden, antiimperialistischen Frieden im Interesse der Arbeiterklasse, sondern diese Aktionen sollten ihren parlamentarischen Bemühungen um einen Kompromißfrieden zwischen den Imperialisten untergeordnet sein. Diese linkszentristischen Führer begriffen nicht die Bedeutung einer revolutionären Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung, aber ihre relativ enge Verbundenheit mit den Massen veranlaßte sie, einzelne Schritte zu gehen, die objektiv die Revolutionierung der Mitgliedschaft der USPD begünstigten. Das wiederum stärkte unter den Arbeitern die Vorstellung, bei der USPD handele es sich in der Tat um eine revolutionäre Partei.

Aber nicht die klassenbewußten Arbeiter und Funktionäre, nicht die linken Kräfte in der Führung bestimmten die Linie und die Politik der USPD, sondern ihre rechten zentristischen Führer, zu denen sowohl das theoretische Haupt des Revisionismus, Eduard Bernstein, als

auch das Haupt des Zentrismus, Karl Kautsky, sowie Hugo Haase gehörten. Die rechte Führung der USPD redete zwar auch vom Kampf für den Frieden und stimmte im Reichstag gegen die Kredite, aber sie tat nichts, um den allein erfolgversprechenden revolutionären Friedenskampf mit außerparlamentarischen Mitteln zu fördern. In ihrer Massenbeeinflussung knüpfte sie an die bei der Mehrheit der Mitglieder vorhandenen, ihnen in der Vorkriegssozialdemokratie eingeimpften parlamentaristischen Illusionen und falschen Vorstellungen vom bürgerlichen Staat an und hinderte viele Arbeiter daran, sich vom Opportunismus vollständig zu lösen und zur Spartakusgruppe überzugehen. Selbst solche Mitglieder der USPD, die auf lokaler Ebene Hand in Hand mit Spartakusanhängern den außerparlamentarischen Kampf gegen den Krieg unter revolutionären Losungen, also mit einer der rechten Führung der USPD entgegengesetzten Konzeption führten, waren so stark in Illusionen befangen, daß sie nicht vermochten, den grundsätzlichen Widerspruch zwischen ihren eigenen Taten und der Politik ihrer Parteiführung zu erkennen. Die besondere Gefährlichkeit der rechten zentristischen Führer bestand darin, daß sie ihre zutiefst opportunistische Politik hinter ihrer Auflehnung gegen die Kriegskredite verbargen, Friedenserklärungen abgaben und scheinradikale Phrasen gebrauchten. Indem sie nur vom Frieden redeten, aber nicht den revolutionären Kampf gegen den imperialistischen Krieg organisierten, unterstützten sie die opportunistische Linie in der deutschen Sozialdemokratie. Diese verwirrende Politik konnten sie durch die Gründung der USPD um so wirksamer betreiben, als sie nunmehr über einen eigenen Parteiapparat mit eigener Reichstagsfraktion und eigener Presse verfügten.

Die Konstituierung des Zentrismus zur Partei hatte es bisher in keinem Lande gegeben. Daß es in Deutschland geschah, war Ausdruck für einen so außerordentlichen Prestigeverlust der offiziellen sozialdemokratischen Führung und ihrer sozialchauvinistischen Durchhaltepolitik in den Augen der Massen, daß sich die versteckten Opportunisten, die Zentristen, genötigt sahen, eine eigene Organisation zu schaffen, um die Abwanderung der Arbeiter in die Reihen der Spartakusgruppe zu verhindern.

Die verhängnisvolle Auswirkung dieser Parteigründung war, daß ein beträchtlicher Teil der deutschen Arbeiterklasse vom konsequenten Kampf für den revolutionären Sturz des Imperialismus abgehalten wurde.

Während viele Mitglieder der USPD und viele ihrer Funktionäre einerseits in den örtlichen Organisationen eine revolutionäre Politik gegen den Krieg zu entwickeln suchten, folgten sie andererseits auf Grund vieler opportunistischer Vorstellungen der zentristischen Parteiführung. Die USPD, eine Arbeiterpartei mit zentristischer Führung, konnte nicht die Partei sein, die die Arbeiterklasse für einen siegreichen antiimperialistischen Kampf brauchte.

Die damalige Führung der Spartakusgruppe schritt nicht zur Gründung einer eigenen Partei, um ihr revolutionäres Programm durchzusetzen. Durch ihren Anschluß an die USPD versäumte sie die historische Gelegenheit, sich noch vor der Revolution endgültig vom Kautskyanertum zu trennen. Dieser Fehler war besonders verhängnisvoll, weil die heranreifende revolutionäre Krise dringend die Existenz einer solchen Partei erforderte und überdies die Situation in den Reihen der Linken für die Schaffung der eigenen Partei günstig war.

Unter den örtlichen Spartakusgruppen wandte sich besonders die Chemnitzer gegen den Anschluß an die zentristische Partei. Ihr Führer war Fritz Heckert; ihm stand Heinrich Brandler zur Seite. Fritz Heckert war 1884 in Chemnitz geboren worden. Als revolutionärer Gewerkschaftsfunktionär hatte er bereits vor dem Kriege zur Strömung der Linken in der deutschen Sozialdemokratie gehört. Während des Krieges organisierte er die Spartakusgruppe in seiner Heimatstadt und sammelte 400 revolutionäre Arbeiter um sich. Auf dem Gründungsparteitag der USPD trat er als Korreferent der Spartakusgruppe auf und rechnete entschieden mit der sozialpazifistischen Verdummungspolitik Karl Kautskys ab.

Fritz Heckert und seine Kampfgefährten in Chemnitz waren nach dem Studium der Leninschen Kritik an der „Junius-Broschüre" zu dem Schluß gelangt, daß die organisatorische Trennung der Linken von den Opportunisten eine „unbedingte Notwendigkeit"[149] war. Die Meinung der Stuttgarter Linken, sich nicht den Zentristen anzuschließen, brachte ein Artikel von Arthur Crispien im „Sozialdemokrat" unter dem Titel „Nicht in den Sumpf!" zum Ausdruck. Auch die Bremer Linksradikalen traten gegen den Beitritt zur USPD auf.[150] Sie forder-

149 Wilma Heckert: Erinnerungen an Fritz Heckert. In: Die Novemberrevolution und die deutschen Gewerkschaften, 2. Halbbd.: 1918. Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung an die Novemberrevolution (1914–1920), Berlin 1958, S. 76.

150 Dokument Nr. 102.

ten die Spartakusgruppe auf ihrer Vorkonferenz am 5. April auf, die Initiative zur Gründung einer eigenen Partei der Linken zu ergreifen.

Leo Jogiches, der zu jener Zeit die Spartakusgruppe führte, und andere führende Vertreter der Gruppe ignorierten diese Willenskundgebungen. Sie glaubten, daß die legalen Arbeitsmöglichkeiten innerhalb der USPD die besten Voraussetzungen seien, den Kampf für die Gewinnung der Massen zu führen. Ihre ideologischen Unklarheiten über die Notwendigkeit einer selbständigen marxistischen Kampfpartei der Arbeiterklasse führte sie zu einer Überschätzung ihrer Möglichkeiten, die USPD für den revolutionären Kampf auszunutzen und die revolutionären Kräfte innerhalb der USPD für die Spartakuspolitik zu gewinnen. Der Standpunkt Leo Jogiches' in dieser Frage widersprach grundsätzlich der Auffassung W. I. Lenins über die Notwendigkeit des organisatorischen Bruchs mit dem Zentrismus.[151]

Die Tatsache, daß es innerhalb der Führung der USPD linksorientierte Kräfte gab und daß Zehntausende klassenbewußter, zum Kampf gegen Krieg und Burgfrieden drängender Arbeiter in den Reihen der USPD standen, stärkte den Glauben der Spartakusführung an die Möglichkeit, die neue Partei in ein wirksames Instrument für eine proletarische Politik umgestalten zu können. Sie hoffte, den von Anfang an in der USPD bestehenden Widerspruch zwischen den zentristischen Führern und den revolutionären Mitgliedern zugunsten der revolutionären Kräfte lösen und die opportunistischen Führer zu einer konsequenten Haltung vorantreiben zu können. Damit setzte sie die Politik der „Eroberung der Partei von innen" nunmehr innerhalb der USPD fort und versuchte, die linken Kräfte in der Führung für eine revolutionäre Politik der Partei zu gewinnen. Der Versuch, die linken Elemente in der USPD von der Richtigkeit der Spartakuslosungen zu überzeugen, war zweifellos berechtigt. W. I. Lenin hatte die Linken ausdrücklich darauf hingewiesen: „Ein Teil derer", die in der zentristischen Strömung „dem Untergang zutreiben, kann gerettet und für den Sozialismus wiedergewonnen werden". Er hatte aber unzweideutig erklärt, das gehe „nicht anders als durch die Politik des entschiedensten Bruchs" mit dem Opportunismus.[152]

Der Anschluß der Spartakusgruppe an die USPD verzögerte die

151 Dokument Nr. 101.

152 W. I. Lenin: Der tote Chauvinismus und der lebendige Sozialismus. In: Werke, Bd. 21, S. 89.

Herausbildung der marxistisch-leninistischen Partei in Deutschland und erschwerte es den revolutionären Arbeitern in der USPD, den prinzipiellen Unterschied zu begreifen, der zwischen der revolutionär aufgeputzten, schwankenden und kapitulantenhaften Politik der zentristischen Führung der USPD und dem konsequent revolutionären Klassenstandpunkt der Spartakusgruppe bestand.

In der Diskussion um die Schaffung einer eigenen Partei oder den Anschluß an die USPD wirkte sich für die Spartakusgruppe besonders nachteilig aus, daß Karl Liebknecht und andere hervorragende Führer eingekerkert waren. Karl Liebknecht hatte als der am klarsten sehende unter den Führern der Gruppe bereits im März 1916 vor dem Zusammengehen mit den Zentristen gewarnt.

Die Bremer Linksradikalen schlossen sich der USPD nicht an, sondern schlugen weiterhin eine eigene Parteigründung der Linken vor. Unklarheiten über das Wesen der revolutionären Partei und über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften hinderten sie aber daran, der Lösung dieses wichtigen Problems in der deutschen Arbeiterbewegung näherzukommen. Viele von ihnen verlangten eine anarchosyndikalistische Einheitsorganisation, die sowohl die Aufgaben einer Partei als auch die der Gewerkschaften erfüllen sollte.

Julian Borchardt, der zu dieser Zeit immer mehr auf kleinbürgerlich-anarchistische Positionen absank, unterbreitete Vorschläge, die darauf hinausliefen, die Partei zu einer führer- und richtungslosen Sekte zu degradieren.

Die Spartakusgruppe war trotz der Fehlentscheidung, sich der USPD anzuschließen, die ideologisch führende Kraft unter den deutschen Linken. Sie allein verfügte über ein wissenschaftliches Programm zur revolutionären Beendigung des Krieges, bei dessen Ausarbeitung und Verwirklichung sie sich Schritt für Schritt dem Leninismus annäherte. Die Spartakusgruppe war objektiv die führende Kraft des Prozesses, in dem sich die revolutionäre Partei in Deutschland herausbildete.

In den Tagen der Gründung der USPD gingen die Arbeiter unter dem unmittelbaren Einfluß der Februarrevolution dazu über, ihre Teilkämpfe in einen großen Generalstreik einmünden zu lassen. Unmittelbarer Anlaß für die Streikvorbereitungen war die zum 15. April 1917 angekündigte weitere drastische Kürzung der Brot- und Mehlrationen. Als Antwort darauf traten über eine halbe Million Arbeiter in Berlin, Braunschweig, Halle, Leipzig, Magdeburg und anderen

Städten in den Streik. Die Streiks erfaßten vor allem Zentren der deutschen Rüstungsindustrie und trafen den Krieg der Imperialisten an seinem Lebensnerv.

Den größten Umfang erreichte die Massenbewegung in Berlin, wo am 16. April rund 300 000 Arbeiter die Arbeit niederlegten. In eindrucksvollen Demonstrationen bekundeten sie ihre Empörung über die neuen Hungerrationen, und ihr Ruf „Wir wollen Brot!" hallte durch die Straßen der Berliner Innenstadt.[153] Das Charakteristische der Massenbewegung war die Forderung nach sofortigem Frieden. Die revolutionäre Konsequenz der Spartakusgruppe und das Beispiel der Revolution in Rußland bestimmten das Auftreten der Massen in einem solchen Maße, daß die reformistischen Gewerkschaften nicht umhin konnten, den Streik zu führen. Große Verdienste um den Aprilstreik erwarben sich die revolutionären Obleute der Metallarbeiter, die in den einzelnen Rüstungsbetrieben an der Spitze der Streikausschüsse standen.

Die herrschende Klasse war entsetzt. Hatte sie noch Tage vorher geplant, die angekündigten Aktionen der Arbeiter mit Gewalt niederzuschlagen, so war sie nun ängstlich bestrebt, jede Ausweitung der Bewegung infolge terroristischer Polizeimaßnahmen zu vermeiden. Doch wie stets in solchen Situationen erwiesen sich auch jetzt wieder die opportunistischen Arbeiterführer als die zuverlässigsten Helfer in der Not der herrschenden Klasse. Sie versuchten, die Bewegung auf rein ökonomische Forderungen abzudrängen, zu spalten und abzuwürgen. Sie verhandelten mit den Behörden und veranlaßten diese zu unverbindlichen Versprechungen. In der Tat gelang es, einen großen Teil der Arbeiter damit abzuspeisen und sie am 17. und 18. April zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. So wurde die Front der Streikenden aufgesplittert. Es fehlte ihnen eine zentrale revolutionäre Führung, die gesichert hätte, daß die Mehrheit der Streikenden den Kampf unter politischen Losungen fortsetzte.

Doch inzwischen erhoben auch die Streikenden in Berlin die Forderungen ihrer Leipziger Genossen, die unter anderem die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln und Kohlen, eine Erklärung der Regierung zur Friedensbereitschaft ohne Annexionen, die Aufhebung des Belagerungszustandes und des Hilfsdienstgesetzes, die Befreiung aller politischen Gefangenen, die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts sowie

153 Dokument Nr. 111.

die Bildung eines Arbeiterrates als Interessenvertretung der Streikenden verlangten.[154]

In Berlin beantworteten 40 000 Arbeiter den Verrat der opportunistischen Gewerkschaftsführung an den Streikenden mit der Fortsetzung ihres Kampfes unter politischen Losungen. Der wirtschaftliche Streik schlug in den politischen Massenstreik um. Als ideologische Führerin der Streikenden ging die Spartakusgruppe über die Leipziger Forderung nach einem Arbeiterrat als Interessenvertretung hinaus und verlangte die Schaffung „eines ständigen Delegiertenkörpers aus Vertretern aller Betriebe, der den Arbeiterkampf leiten soll"[155]. Die Propagierung des Rätegedankens war die augenfälligste unmittelbare Auswirkung der Revolution in Rußland auf den Kampf der deutschen Arbeiterklasse. In der Tat entstanden während des Aprilstreiks 1917 in Berlin unter Führung von Spartakusanhängern die ersten Arbeiterräte in Deutschland.

Mit direkter Unterstützung der rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften warf die Regierung den politischen Massenstreik in Berlin, in dem die Streikenden „russisch" zu reden begonnen hatten, mit terroristischen Mitteln nieder. Die bestreikten Betriebe wurden unter militärische Leitung gestellt.[156] Einziehung zum Militärdienst, Verhaftung und Entlassung trafen viele der tapferen Streikteilnehmer, vor allem die Genossen der Spartakusgruppe. „Ein Hundsfott, wer streikt, solange unsere Heere vor dem Feinde stehen!"[157] – so schrieb der Chef des Kriegsamtes, General Wilhelm Groener, in einem Aufruf vom 27. April 1917. Unter dieser berüchtigten Losung machten die Militärbehörden nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen deutschen Städten Jagd auf Arbeiter, die am Streik teilgenommen hatten.

Die Spartakusgruppe bemühte sich, die zwar geschwächten, aber nicht gebrochenen Kräfte der revolutionären Arbeiter für die Fortsetzung des politischen Kampfes am 1. Mai 1917 zu mobilisieren. Das scheiterte jedoch an der schwächlichen Haltung der zentristischen Führer. Eine Reihe von linkszentristischen Führern in Berlin hatte sich zunächst führend an der Vorbereitung und Durchführung des Aprilstreiks beteiligt. Funktionäre wie Adolph Hoffmann und Georg Ledebour gingen in die Betriebe und riefen die Arbeiter zum Kampf auf.

154 Dokument Nr. 110.

155 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 1, S. 617.

156 Dokument Nr. 112.

157 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 1, S. 629.

Die von ihnen unmittelbar beeinflußten Gewerkschaftsmitglieder kämpften in den ersten Reihen der Streikenden. Von Anfang an jedoch mangelte es den Losungen der linkszentristischen Führer an revolutionärer Konsequenz. Als sich die Niederlage des Streiks abzeichnete, wandten sie sich von der Bewegung ab und beschänkten sich erneut auf oppositionelle Reichstagsreden. Der Führer der USPD, Hugo Haase, gab dem Chef des Kriegsamtes, General Wilhelm Groener, in geheimer Aussprache sein Ehrenwort, daß er seinen Einfluß geltend machen werde, einen Streik am 1. Mai nicht zuzulassen.

Die Aprilstreiks waren die bis dahin größte und umfassendste revolutionäre Aktion der deutschen Arbeiterklasse gegen den Krieg. Als Höhepunkt der Massenstreikbewegungen seit Januar 1917 waren sie Anzeichen dafür, daß auch in Deutschland eine revolutionäre Krise heranreifte. W. I. Lenin stellte im April 1917 fest, daß die Revolution sich nicht auf Rußland beschränken werde. In Deutschland brodele es schon in den proletarischen Massen, schrieb er. *„Das deutsche Proletariat ist der treueste, zuverlässigste Verbündete der russischen und der internationalen proletarischen Revolution."*[158]

Die Aprilstreiks führten der herrschenden Klasse deutlich vor Augen, welche Kraft die revolutionäre Arbeiterbewegung im Kampf für Frieden, Brot und Demokratie geworden war. Die Furcht vor revolutionären Massenaktionen bestimmte immer mehr die politischen Handlungen der herrschenden Klasse.[159] In den Monaten nach der Februarrevolution verstärkte sie deshalb ihre Beschwichtigungsmanöver gegenüber der Arbeiterklasse. Einerseits glaubte sie, die Revolution in Rußland werde es ihr ermöglichen, den Krieg im Osten siegreich zu beenden und alle Kräfte für die Westfront frei zu bekommen, andererseits diktierte ihr die Furcht, die Massen in Deutschland könnten dem russischen Beispiel nacheifern, ihre Strategie und Taktik gegenüber der Arbeiterbewegung zu ändern. Das fand auch seinen Niederschlag in dem sich seit dem Frühjahr 1917 abzeichnenden Bemühen zahlreicher bürgerlicher Ideologen, soziologische und staatsrechtliche Begründungen für die Notwendigkeit innenpolitischer Reformen vorzubringen.[160] Ende März 1917 verlangte der führende Nationalliberale Gustav Stresemann im Reichstag eine Neuordnung in

158 W. I. Lenin: Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter. In: Werke, Bd. 23, S. 386.
159 Dokument Nr. 107 u. 114.
160 Dokument Nr. 105.

Deutschland und seinen Bundesstaaten mit dem Ziel, die Massen von ihrem Kampf gegen Hunger und Krieg durch eine gewisse Liberalisierung der Innenpolitik abzulenken.[161]

Walther Rathenau agitierte für eine Einschränkung des halbabsolutistischen Regimes zugunsten der Parlamente, in denen die für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung notwendigen politischen Talente herangebildet werden sollten. Er hoffte damit sowohl eine Quelle politischer Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu beseitigen als auch den Westmächten ein Argument ihrer Propaganda gegen das monarchistische Deutschland zu entziehen. Walther Rathenau motivierte seine Vorschläge mit den Worten: „Wir gehen einer veränderten Weltordnung entgegen, politisch, wirtschaftlich und sozial. Ihr gerecht zu werden, bedarf es schöpferischer Ideen ..."[162]

Auch der einflußreiche Soziologe Max Weber forderte eine „Demokratisierung" durch die Schaffung eines starken Parlaments, das er sich nicht etwa als Instrument der demokratischen Mitarbeit der Volksmassen an der Ausübung der Staatsmacht vorstellte, sondern, ähnlich wie Walther Rathenau, als eine politische Schule für die „Elite" der Bourgeoisie. Max Weber verfocht eine Politik kleiner Zugeständnisse an die Arbeiter und der Zusammenarbeit mit Revisionisten und Opportunisten, wofür er die absolute Beschränkung der Arbeiterbewegung auf ökonomische Probleme und die entschiedene Bekämpfung jeder revolutionären Regung in der Arbeiterbewegung verlangte.

Die Diskussion um „Parlamentarisierung" und „Demokratisierung", um „halbabsolutistische Monarchie oder parlamentarische Monarchie", um „Diktatur oder Demokratie" wurde von diesen bürgerlichen Ideologen lautstark in die Öffentlichkeit getragen und von nun an immer häufiger dazu benutzt, die in Bewegung geratenden Volksmassen politisch zu desorientieren und vom revolutionären Kampf für wirkliche Demokratie abzulenken.

Namentlich jene Gruppen der deutschen Bourgeoisie, die befürchteten, die Weiterführung des Krieges könne sie nicht nur um die bisher zusammengeraffte Beute bringen, sondern sogar die Existenz der kapitalistischen Ordnung in Deutschland aufs Spiel setzen, wandten sich jetzt der scheinliberalen Methode der Bekämpfung der revolutionären Arbeiterbewegung zu. Diese Kreise der deutschen Bourgeoisie vertra-

161 Dokument Nr. 106.

162 Walther Rathenau an Theobald von Bethmann Hollweg, 26. April 1917. In: Walther Rathenau: Politische Briefe, Dresden 1929, S. 111.

ten die Auffassung, die deutsche Regierung könne den Druck der Antikriegsbewegung abfangen, wenn sie auf einige der extremsten Annexionsziele verzichte, ihre Politik unter den Gedanken eines „Verständigungsfriedens" stelle und einige innerpolitische Reformen durchführe.[163]

In diesem Sinne versprach Wilhelm II. Ostern 1917 für die Zeit nach dem Kriege das direkte und geheime Wahlrecht zum preußischen Abgeordnetenhaus und stellte in unverbindlichen Formulierungen einige Verfassungsänderungen in Aussicht. Die Sozialchauvinisten zollten diesem demagogischen Manöver lebhaften Beifall. In den Versprechungen erblickten sie ein Entgegenkommen der herrschenden Klasse gegenüber den opportunistischen Vorstellungen, wie sie von den rechtssozialdemokratischen Führern wiederholt dargelegt worden waren und später, im Oktober 1917, auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Würzburg programmatisch formuliert wurden. Danach sollte die Arbeiterklasse durch eine parlamentarische „Volksregierung" unter Beibehaltung der Monarchie, auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts „als gleichberechtigter Teil in das staatliche Leben" eingeordnet werden. Wie auf dem Würzburger Parteitag, so drängten die Sozialchauvinisten stets, die Regierung solle die versprochenen Reformen noch während des Krieges durchführen, weil die Arbeiter dann „Entbehrungen und harte Arbeit" viel leichter ertragen würden.[164]

Im Juli 1917 brachte der Abgeordnete der Zentrumspartei Matthias Erzberger im Reichstag eine Friedensresolution ein, die sich in verschwommenen Formulierungen, die jede Art von Auslegung zuließen, für einen Verständigungsfrieden erklärte. Die Resolution erhielt die Zustimmung der Abgeordneten des Zentrums, der Fortschrittspartei und der Mehrheitssozialdemokratie.[165]

Die Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Klasse über die „Friedensresolution" vertiefte die Meinungsverschiedenheiten, die über die Weiterführung des Krieges unter den verschiedenen Monopolgruppen im Laufe des Jahres 1917 entstanden waren. Im Streit um die Taktik zur profitablen Beendigung des Krieges zwischen den An-

163 Dokument Nr. 117.

164 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Würzburg vom 14. bis 20. Oktober 1917, Berlin 1917, S. 6/7, 138–144, 336–338.

165 Dokument Nr. 116.

hängern des „Siegfriedens" und den Vertretern eines imperialistischen Verständigungsfriedens setzten sich die um die Oberste Heeresleitung gruppierten reaktionärsten Kräfte des deutschen Imperialismus durch. Sie stürzten den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg und erreichten die Absetzung des Leiters des Kriegsamtes, des Generals Wilhelm Groener. Die reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals und der Junker gingen mit Gewalt gegen alle vor, die sich ihrer antinationalen Katastrophenpolitik nicht bedingungslos unterordneten und nach Wegen suchten, die Ziele der herrschenden Klasse durch neue Formen der Zusammenarbeit mit den Sozialchauvinisten und durch Reformversprechungen zu verwirklichen.

Die Taktik des imperialistischen „Verständigungsfriedens" hatte nichts mit einer wirklich demokratischen Friedenspolitik gemein. In Wirklichkeit verfolgten die „gemäßigten" bürgerlichen Politiker nur eine realistischere und raffiniertere Politik, einig mit den extremsten Annexionisten und Chauvinisten in dem Ziel einer maximalen Machtausweitung des deutschen Imperialismus. Eine echte Alternative zur imperialistischen Politik in der Frage des Friedens bot nur die Spartakusgruppe mit ihrem Kampfprogramm für einen demokratischen Frieden.

Dennoch blieben die heuchlerischen Friedens- und Demokratisierungsversprechungen der herrschenden Klasse nicht ohne Wirkung auf die Volksmassen. Viele Menschen wurden von der Beteiligung an den revolutionären Kämpfen abgehalten. Das war der herrschenden Klasse jedoch nur möglich, weil sie die größte Unterstützung durch die Sozialchauvinisten, besonders unter den Gewerkschaftsführern, genoß und weil die zentristischen Führer der USPD jeweils nur so weit am Kampf der Massen teilnahmen, wie sie durch den Druck der Massen dazu gezwungen wurden und wie sie selbst es für notwendig hielten, um die Bewegung unter ihre Kontrolle zu bringen und zu dämpfen oder sie dem von ihnen als primär betrachteten parlamentarischen Kampf unterzuordnen. Besonders die raffiniert getarnte pseudorevolutionäre und inkonsequente Politik der zentristischen Führung der USPD verhinderte, daß sich aus der revolutionären Bewegung vom Januar bis April 1917 kontinuierlich eine einheitliche und umfassende Kampffront der deutschen Arbeiterklasse und aller Kriegsgegner entwickelte, die in der Lage gewesen wäre, auf revolutionärem Wege einen demokratischen, antiimperialistischen Frieden zu erzwingen.

Die Spartakusgruppe grenzte sich deutlich von den Halbheiten der zentristischen Politik ab. Während sich die Zentristen darauf beschränkten, einen Frieden ohne Annexionen von den imperialistischen Regierungen zu fordern und zu erwarten, erklärte die Spartakusgruppe, die Arbeiterklasse müsse die Sache des Friedens in ihre eigenen Hände nehmen und einen wahrhaft demokratischen Frieden im Klassenkampf gegen den Imperialismus erringen. Die Spartakusgruppe verwarf die Forderung der Zentristen nach gleichem und geheimem Wahlrecht zu den Landtagen als nicht mehr ausreichend und forderte die einheitliche, demokratische deutsche Republik. Sie stellte den allseitigen revolutionären Kampf für die Demokratie in den Mittelpunkt.[166] Das war unter den gegebenen Klassenkampfbedingungen die einzig richtige Losung, um die Massen auf den revolutionären Sturz des Imperialismus und Militarismus vorzubereiten.

Die Spartakusgruppe gab ihren revolutionären Standpunkt nicht um den Preis gemeinsamer Aktionen mit den Anhängern des Zentrismus auf. Aber die Kämpfe im April zeigten bereits, wie falsch der Anschluß an die USPD gewesen war. Ohne eine eigene Organisation konnten die Linken trotz ihres steigenden Einflusses auf die Massen gegen die organisierten Kräfte des Sozialchauvinismus und Zentrismus nicht aufkommen.

Die Situation in Deutschland hatte sich nach fast drei Jahren Krieg wesentlich verändert. Die Politik der herrschenden Klasse wurde mit jedem weiteren Kriegstag, der den Widerspruch zwischen ihr und den Interessen der Volksmassen verschärfte, immer aussichtsloser. Die Forderung nach Frieden hatte nicht nur die gesamte Arbeiterklasse erfaßt, sondern auch alle anderen Werktätigen, große Teile der bürgerlichen Mittelschichten und viele Soldaten.

Durch Terror, Betrugsmanöver und scheinradikale Phraseologie konnte das Tempo des Kampfes der Massen für einen demokratischen Frieden zwar verlangsamt werden; aufzuhalten aber war das Aufbegehren des Volkes gegen den Krieg nicht mehr. Die Massenaktionen – Streiks, Hungerunruhen und Straßendemonstrationen – für Frieden, Brot und Demokratie erreichten im Sommer und Herbst 1917 nicht den Umfang wie im April, aber sie wurden zu ständigen Erscheinungen und beunruhigten die herrschende Klasse unablässig.

Charakteristisch für diese Kämpfe war der mitteldeutsche Antikriegsstreik im August 1917. In seinem Verlauf legten 12 000 Arbeiter

166 Dokument Nr. 113.



Deutsche Truppen an der Westfront, 1917



Aushebung von Massengräbern für deutsche Soldaten an der Westfront



Frauen und Kinder stehen nach Volksküchenessen an

Lebensmittelwochenübersicht

vom 13. bis 19. August 1917.

Es gelangen zur Ausgabe:

Fleisch 250 Gramm, Abschnitt 46a—k der Reichsfleisch-Karte (Landesteile).

Kartoffeln 5 Pfund, Abschnitt 68 a, b, c, d und e der Kartoffelkarte (Landesteile).

Zucker ½ Pfund auf die Zuckerkarte vom 1.—31. August.

Rote Nahrungsmittelkarte.

Teigwaren 150 Gramm, Abschn. 128 vom 9. bis 16. August. Sorte I zum Pfundpreise von 72 Pfg., oder Sorte II zum Pfundpreise von 51 Pfg. je nach Vorrat.

Suppen 100 Gramm auf Abschnitt 1/3 vom 9. bis 16. August. 100 Gramm (netto) z. Preise v. 13 Pf. oder 2 Suppen wurfel bzw. Beutel.

Sorte I zum Preise von 18 Pfg., Sorte II zum Preise von 15 Pfg. für den Wurfel bzw. Beutel.

Graupen bzw. **Gerstengrütze** 125 Gramm, Abschnitt 12a, vom 16. bis 23. August 1917 zum Pfundpreise von 30 Pfg.

Butter und **Eier** } wie besonders bekannt gemacht.

Nährmittelzusatzkarte für Jugendliche.

Buchweizengrütze 125 Gramm, Abschnitt 18, vom 12. bis 19. August, zum Pfundpreise von 70 Pfg. oder 125 Gramm Buchweizenmehl zum Pfundpreise von 62 Pfg.

Lebensmittelausweiskarte.

Kriegsmus bis zu 2 Pfund pro Kopf in den zuständigen Lebensmittelverkaufsstellen, soweit der Vorrat reicht.

Sirup bis zu 2 Pfund pro Familie auf Familienzusatzkarte in den zuständigen Lebensmittelverkaufsstellen soweit der Vorrat reicht.

Steinpilze getrocknete bis zu 1 Pfund für jede Haushaltung in den bekanntgegebenen und durch Anschlag kenntlich gemachten Geschäften.

Frische Fische u. Fischräucherwaren zu den billigsten Tagespreisen in den einschlägigen Geschäften.

Haushaltsbezugsmarke J.

Bienenhonig ausländischen

1 Pfundglas für kleine Haushaltungen bis zu 3 Personen.
2 Pfundgläser für grosse Haushaltungen über 3 Personen zum Preise von 3,75 M. pro Glas in den Geschäften, in denen der Haushalt in die Kundenliste für Obst usw. eingetragen ist, vom 12. Juli ab bis auf weiteres.

Für Kantinen, Pensionen, Sanatorien, Kliniken, Gastwirtschaften, Konditoreien und sonstige grössere Betriebe stehen besondere Mengen Auslands-Marmelade zur Verfügung. Bezugsscheine hierauf können gegen sofortige Bezahlung in der Stadthauptkasse bis auf weiteres im Rathause Zimmer 43a empfangen werden.

Charlottenburg, den 11. August 1917.

Der Magistrat.

Bekanntmachung

Gemäß § 9 der Verordnung über die Anmeldung des Speisefettbezuges vom 20. Dezember 1916 wird für den Bezirk der Fettstelle Groß Berlin bestimmt:

Die Wochenmenge an Butter und Margarine beträgt vom 20. Jan. 1917 ab

für Butter 50 Gramm und
für Margarine 30 Gramm

Berlin, den 24. Januar 1917.

Fettstelle Groß Berlin

Bekanntmachung.

Auf Abschnitt 36 der Eierkarte kann vom 27. März bis 6. April

ein Ei

abgegeben und entnommen werden.

Berlin, den 23. März 1918.

Magistrat
der Königlichen Haupt- und Residenzstadt.

Speisenfolge

an Geburtstage Seiner Excellenz

Frhr. v. Sackendorff

17. März 1916.

Königin-Suppe.

Holländischer Schnittkäse
zerlassene Butter
Kartoffel.

Frischling in Sahne
Bayrische Steinpilze
Kartoffel-Küchlein.

Harmlose Bombe auf Mörser
Leibmunition im Lastaute.

Geburtstags-Torte.

Kaffee.

Die herrschende Klasse kannte keine Not

K.Q. Ost. den 27.8.1916

Speisenfolge

Kraftbrühe mit Einlage.

Alter Cherry 1911er Weinheimer Riesling
1904er Haut Brion

Eierspeise mit feinem
Champignonsragout.
1904er Niersteiner Auslese

Rehrücken mit jungen Gemüsen
umlegt. - - - Sahnentunke
Müller Extra

Birnen nach Regentenart
1881 Burgunder

Warme Käseschnitte
Ungar. wasl

Kaffee

K.Qu. Ost, den 30. 8. 16

Kraftbrühe mit Einlage

1915er Ruppertsberger

1911er Perle des Rheingaus

Hecht, gebraten

1906er Deidesheimer Hofstück

Kalbsrücken m. jg. Gemüsen

Burgess grün

Obst

Kaffee



Auf der Durchreise aus der Emigration nach Rußland hält sich



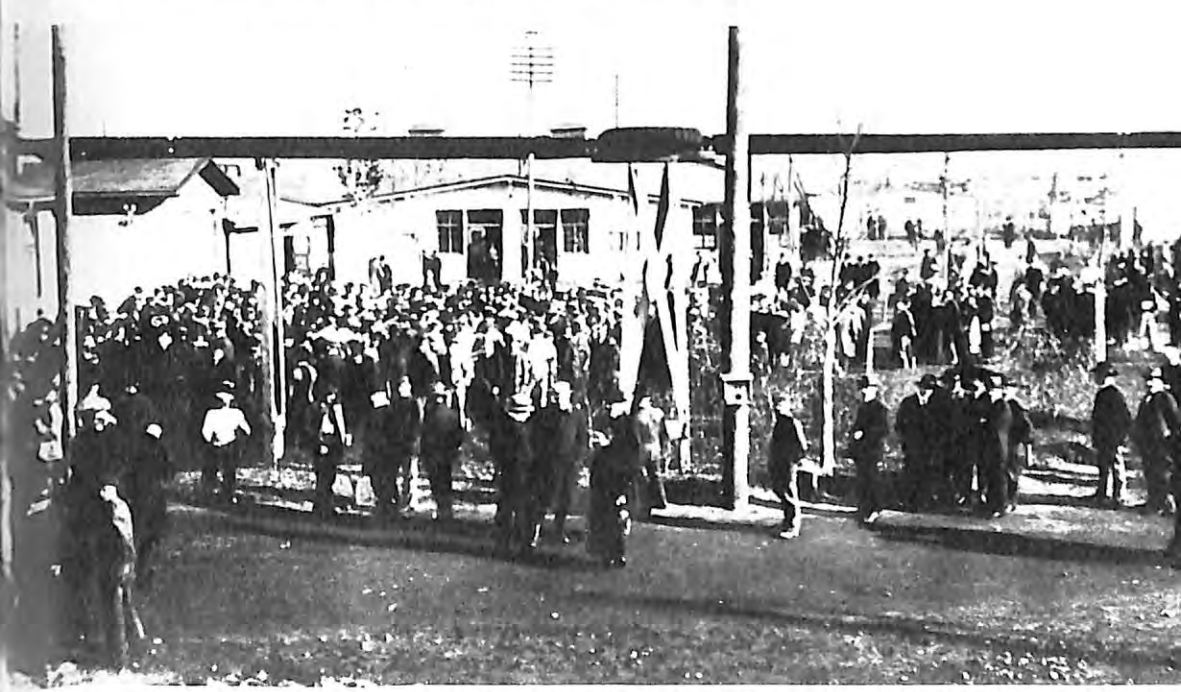
W. I. Lenin (Bildmitte mit Schirm) am 13. April 1917 in Stockholm auf



W. I. Lenin verkündet im Taurischen Palais in Petrograd die Aprilthesen, 17. April 1917



Teilnehmer einer illegalen Jugendkundgebung bei Göppingen, 1917



Streik in den Leunawerken, August 1917



Albin Köbis



Max Reichpietsch



Kesselmannschaft der aufständischen Besatzung von „SMS Prinzregent Luitpold", August 1917

der Leunawerke die Arbeit nieder. Sie forderten eine Lohnerhöhung, die Verkürzung des Arbeitstages und den sofortigen Friedensschluß. Zur gleichen Zeit kam es auch zu Streiks in verschiedenen sächsischen Städten. Auch in anderen Gebieten rissen die Aktionen nicht mehr ab. In dem Rüstungszentrum Duisburg-Düsseldorf-Elberfeld-Essen brachen allein im Juni 33 Streiks und Straßenunruhen aus. Lebensmittelunruhen und Friedensdemonstrationen, die Ende Juli 1917 in Gera stattfanden, wurden von den Militärbehörden mit der Verhängung des verschärften Belagerungszustandes und mit der gerichtlichen Verfolgung von 123 Frauen und Männern beantwortet.

In allen diesen Kämpfen stand die Arbeiterjugend in einer Kampffront mit den älteren Arbeitern. Die revolutionären jungen Arbeiter und Arbeiterinnen wirkten schriftlich und mündlich unermüdlich als Antikriegsagitatoren in illegalen Versammlungen, bei der Auswertung der Februarrevolution in Rußland und durch Verbindungen zu Jugendgenossen an der Front. In den Jugendgruppen traten die Mädchen stärker in Erscheinung und übernahmen Leitungsfunktionen.

Unter dem Einfluß der Bremer Linksradikalen wurde im Jahre 1917 eine Anzahl illegaler Beratungen und Konferenzen der Arbeiterjugend abgehalten, an denen sich auch Vertreter der Spartakus-Jugend und Delegierte von solchen Jugendgruppen beteiligten, die unter dem Einfluß linker Funktionäre der USPD standen. Eine Konferenz in Halle im Juli 1917 beschloß Antikriegsdemonstrationen für den 2. und 3. September 1917, den „Internationalen Jugendtag". Die Demonstrationen wurden in verschiedenen Städten – begünstigt durch die Unerfahrenheit der jungen Revolutionäre im illegalen Kampf – von der Polizei zerschlagen. Die Verhaftung vieler leitender Jugendfunktionäre durch die Militärbehörden schwächte den weiteren revolutionären Aufschwung der Jugendarbeit empfindlich. In politischen Prozessen schlug die imperialistische Klassenjustiz der Arbeiterjugendbewegung tiefe Wunden. Allein zehn Dresdener Jugendfunktionäre wurden zu insgesamt vierzehneinhalb Jahren Zuchthaus und neun Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Zu ihnen gehörten Erich Lewinsohn und die Vorsitzende des Dresdener Jugendbildungsvereins, Wella Henker, die vom Reichsgericht für acht beziehungsweise zweiundeinhalb Jahre in das Zuchthaus geschickt wurden. Zudem wirkte sich der fehlende Zusammenschluß der Linken in einer revolutionären Partei auch auf die Entwicklung der Arbeiterjugendbewegung hinderlich aus.

Ein weithin leuchtendes Signal des Revolutionierungsprozesses im Jahre 1917 war der Aufstandsversuch der Matrosen in der deutschen Hochseeflotte. Es war kein Zufall, daß die revolutionäre Bewegung bei ihrem Übergreifen auf die bewaffneten Kräfte des kaiserlichen Deutschlands zuerst und am stärksten die Flotte erfaßte. Die Schiffsbesatzungen setzten sich vor allem aus qualifizierten Arbeitern zusammen, von denen viele jahrelang der Sozialdemokratie angehörten und durch den antimilitaristischen Kampf der deutschen Linken geschult waren. Nirgendwoanders als auf den Schiffen gab es eine derartige Konzentration revolutionärer Arbeiter auf engstem Raum. Schikanierung und schlechte Verpflegung der Mannschaften einerseits und das Wohlleben der Offiziere andererseits machten auf den lange Zeit in den Heimathäfen liegenden Schiffen die Klassenunterschiede deutlicher als bei den Fronttruppen. Hinzu kam, daß die Matrosen in den Hafenstädten viele Möglichkeiten besaßen, ständig in Kontakt mit den Arbeitern und ihren Problemen zu bleiben. Sie unterhielten auf diese Weise auch feste Verbindungen zu den örtlichen Organisationen und Gruppen der revolutionären Sozialdemokratie.

Schon 1915/1916 hatten sich auf einzelnen Schiffen revolutionäre Heizer und Matrosen in kleinen sozialistischen Diskussionsgruppen zusammengefunden. Die Februarrevolution und die Gründung der USPD verstärkten diese Entwicklung. Auf mehreren Schiffen des IV. Geschwaders bildeten sich revolutionäre Mannschaftsorganisationen, die auf Hilfe und Anleitung durch die USPD rechneten.

Die revolutionären Matrosen wollten den Frieden durch einen Flottenstreik als Teil eines Generalstreiks der Arbeiter erzwingen. In kurzer Zeit führten sie in Kiel und Wilhelmshaven eine Reihe von Versammlungen durch, an denen Hunderte Heizer und Matrosen teilnahmen. Um an die Masse der Schiffsmannschaften heranzukommen, sammelten sie Unterschriften für den Beitritt zur USPD und für die Herbeiführung des Friedens. Die örtlichen Funktionäre der USPD in Kiel unterstützten diese Aktion. Sie übermittelten Flugblätter und andere Aufklärungsschriften. Außerdem besaßen die revolutionären Marinemannschaften Verbindungen zum Zentralkomitee der USPD, zur Spartakusgruppe und zu den Bremer Linksradikalen und erhielten deren Materialien.

Ende Juli entstand eine Flottenzentrale, der unter anderen Johannes Beckers, Albin Köbis und Max Reichpietsch angehörten. Angeleitet von dieser Organisation, häuften sich bei den Matrosen Gehorsams-

verweigerungen. Sie weigerten sich des öfteren, die Schiffe mit Kohle zu versehen, und lehnten die minderwertigen Lebensmittel ab, die ihnen als Verpflegung zugemutet wurden. Es wurden sogar Schiffseinrichtungen und Armierungen beschädigt. Auf mehreren Schiffen setzten die Mannschaften selbstgewählte Menagekommissionen als ihre allgemeinen Vertretungskörperschaften durch. Den Höhepunkt der zunehmenden Aufstandsbewegung bildete der Streik der Besatzung des „Prinzregent Luitpold" am 2. August 1917. Unter Führung der illegalen Schiffsorganisation verließen etwa 600 Matrosen das Schiff. In einer großen Versammlung sprach Albin Köbis über die Aufgaben der Mannschaften bei der Herbeiführung des Friedens und schloß mit den anfeuernden Worten: „Wir sind die wahren Patrioten! Nieder mit dem Krieg! Wir wollen nicht mehr Krieg führen!"[167]

Ehe der Aufstand sich jedoch ausbreiten konnte, gelang es der Marinejustiz, begünstigt durch Bespitzelung und Unerfahrenheit vieler revolutionärer Matrosen, die illegalen Organisationen aufzudecken und die Bewegung brutal niederzuschlagen. Auf Weisung der kaiserlichen Blutrichter fielen Albin Köbis und Max Reichpietsch am 5. September 1917 unter den Kugeln der Henker. Andere führende Teilnehmer des Matrosenaufstandes wurden zu insgesamt 400 Jahren Kerker verurteilt, in Strafkompanien gesteckt oder bei sogenannten Himmelfahrtskommandos eingesetzt.

Friedrich Ebert drückte gegenüber dem Staatssekretär des Reichsmarineamtes seine „Entrüstung über das landesverräterische Vorgehen"[168] der Matrosen aus. Einige Führer der USPD im Reichstag, die ihre revolutionären Anhänger in der Flotte ohne Anleitung kämpfen ließen, bedauerten zwar die Opfer der Bewegung, bekannten sich aber nicht offen zu den Zielen der Matrosen. Albin Köbis und Max Reichpietsch hatten nach den radikalen Worten der zentristischen Führer gehandelt. Jetzt demonstrierten die Zentristen den tiefen Widerspruch zwischen ihren Worten und ihren Taten.

Nur die Spartakusgruppe würdigte in ihrem Flugblatt „Folgt ihrem Beispiel!" den Kampf der Matrosen für die revolutionäre Beendigung

167 Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919–1928. 4. Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918, 2. Abteilung: Der innere Zusammenbruch. Im Auftrage des Vierten Untersuchungsausschusses hrsg. von Dr. Albrecht Philipp, M.d.R., Bd. 9/II, Berlin 1928, S. 277.

168 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 1, S. 659.

des Krieges.[169] Wenn auch 1917 die Matrosen und Heizer ihr Ziel, den Frieden nach russischem Vorbild zu erzwingen, noch nicht erreichten, so sammelten sie doch Kampferfahrungen, die sie befähigten, in der deutschen Revolution von 1918 in der ersten Reihe zu stehen.

W. I. Lenin charakterisierte den revolutionären Kampf deutscher Matrosen im Sommer 1917 als Menetekel der bevorstehenden welthistorischen Auseinandersetzung der von der Arbeiterklasse geführten Völker mit den Imperialisten und Militaristen. Er schrieb: „Das Heranreifen der Weltrevolution ist unbestreitbar ... Am wichtigsten aber ist der Aufstand in der deutschen Flotte. Man muß sich die unglaublichen Schwierigkeiten vor Augen halten, die sich in einem Lande wie Deutschland einer Revolution entgegenstellen, zumal unter den jetzigen Verhältnissen. Es ist unzweifelhaft, daß der Aufstand in der deutschen Flotte ein Anzeichen der großen Krise des Heranreifens der Weltrevolution ist."[170]

Der welthistorische Kampf des Proletariats in Rußland, die Große Sozialistische Oktoberrevolution, stand unmittelbar bevor. Mit ihr ging in Erfüllung, wofür die revolutionäre internationale Arbeiterbewegung, in ihren Reihen auch die deutsche Arbeiterklasse, seit dem Kommunistischen Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels unablässig gekämpft hatte. Damit begann auch für die deutsche Arbeiterbewegung eine neue historische Epoche.

169 Dokument Nr. 118.

170 W. I. Lenin: Brief an die Genossen Bolschewiki, die am Kongreß der Sowjets des Nordgebiets teilnehmen. In: Werke, Bd. 26, Berlin 1961, S. 169.

Dokumente

1

Aus dem Artikel Rosa Luxemburgs „Zum kommenden Parteitag" vom 16. September 1899

In den letzten anderthalb Jahren waren Bernstein und seine Theorien der Mittelpunkt der Diskussionen innerhalb unserer Partei. Auch auf dem Parteitag in Hannover werden die Debatten zum größten Teil wieder Bernsteins Ausführungen zum Gegenstand haben.

Allein es ist notwendig, daß wir nicht vergessen, wo die eigentliche Gefahr der opportunistischen Richtung für die Partei liegt. Hätten wir nur mit Bernstein, seinen Artikeln und seinem Buch zu tun, so wäre es kaum angebracht, daraus einen besonderen Gegenstand der Verhandlungen auf dem Parteitag der Sozialdemokratie zu machen. Eine literarische Auseinandersetzung hätte dann vollständig genügt. Eine Erörterung und offizielle Stellungnahme der Partei ist aber tatsächlich notwendig aus dem Grunde, weil Bernstein durchaus nicht als Eingänger, sondern vielmehr als theoretischer Dolmetsch einer ganzen Richtung innerhalb der Partei, und zwar als letztes Glied in ihrer geschichtlichen Entwicklung, auftritt.

Schon in Erfurt sehen wir Bebel alle gefährlichen Seiten der opportunistischen Anwandlungen Vollmars aufdecken und bekämpfen. Im Keim ist das ganze Bernsteinsche Buch in den beiden Münchener Reden Vollmars enthalten. Aber wie anders liegen die Verhältnisse heute im Vergleich zu 1891! Damals stand Vollmar ganz allein. Nicht nur erhob sich in der Partei keine Stimme zu seiner Verteidigung, weder in der Presse noch in irgendeiner Versammlung, noch auf dem Parteitag. Auch in Bayern selbst wie in ganz Süddeutschland stand er völlig isoliert mit seinen Anschauungen da. Einer nach dem anderen erhoben sich in Erfurt die süddeutschen Delegierten, um Vollmar zu desavouieren . . .

Seitdem haben sich die Verhältnisse stark geändert. Die von Vollmar ausgestreute Saat ist üppig ins Kraut geschossen. Jedes Jahr, jeder Parteitag brachte seitdem immer neue Fortschritte des Evangeliums „der praktischen Politik" zum Vorschein, und heute sehen wir auf seiner Seite in Bayern und Süddeutschland dieselben Genossen, die Vollmar in Erfurt aufs schärfste bekämpften, daneben Genossen Schippel, der damals gar mit den Unabhängigen – wenigstens bis ihr Schiff leck wurde – lebhaft sympathisierte, ferner als ständigen Schirmherrn des Genossen Schippel und aller in Verlegenheit geratenen „praktischen Politiker" – denselben Genossen Auer, der in Erfurt für die Annahme des Oertelschen Antrags so überzeugend plädierte. Vollmar kann jetzt eine annehmliche Reihe von Namen als seine Eroberungen aufzählen, in welcher Leporelloliste Genosse Bernstein nur als die letzte Schönheit von den „Tausendunddrei" figuriert.

Allein nicht nur die Quantität ist hier wichtig. Festgestellt muß vor allem werden, daß gerade diejenigen Genossen, die sich für die sogenannte praktische Politik erwärmen, eine ganze Reihe von wichtigsten Parteiposten einnehmen, was ihren Ansichten auch eine ausgedehnte Anwendung und Verbreitung sichert, sie haben nämlich eine Anzahl von Parteiblättern als Redakteure und eine Anzahl von parlamentarischen Tribünen als Reichstags- und Landtagsabgeordnete inne. Gerade dort also, wo der eigentliche Parteikampf nach zwei Fronten: gegen die Regierung und die herrschenden Klassen sowie für Aufklärung der Arbeitermassen geführt wird, in der Presse und in der Volksvertretung, sind die Anhänger der opportunistischen Taktik am stärksten vertreten.

Dieser Umstand ist es, der ihnen einen zu ihrer Stärke so unverhältnismäßigen Einfluß und Bedeutung verschafft. Als Abgeordnete und Redakteure können sie gewissermaßen die hinter ihnen stehenden Proletariermassen „repräsentieren", wenn auch, wie dies meistens der Fall ist, im direkten Gegensatz zu den Absichten und Überzeugungen dieser Massen. Sie können aber auch ferner auf die Massen einen nachhaltigen und unkontrollierbaren Einfluß ausüben und sie im Sinne ihrer Ansichten direkt erziehen, was besonders von den zur Partei neuhinzutretenden, jungen und ungeschulten Elementen aus der Arbeiterschaft gilt. Dabei ist zu beachten, daß wir gerade jetzt darauf angewiesen sind, immer mehr nicht nur rein proletarische, sondern auch kleinbürgerliche Elemente anzuwerben, diesen sind aber die Ansichten der opportunistischen Redakteure und Abgeordneten gerade aus dem Herzen gesprochen, so daß die ausgestreute Saat auch auf einen von vornherein günstigen Boden fällt.

Endlich sehr beachtenswert ist der Umstand, daß die bei weitem überwiegende Mehrheit der „praktischen Politiker" lauter junge Leute sind, die den eigentlichen Nachwuchs der Partei bilden und als Redakteure und Parlamentarier etwa in zehn bis fünfzehn Jahren das große Wort in der Bewegung zu führen berufen sind.

Faßt man alle diese Tatsachen zusammen, so muß die Gefahr, daß der sozialdemokratischen Bewegung über kurz oder lang, wie Bebel sagt, das Rückgrat gebrochen wird, als eine sehr ernste betrachtet werden. Und dazu gehört kein bloßes Gefallen an Schwarzseherei, an warnenden Kassandrarufen. Zwar ist unsere Bewegung in demselben Jahrzehnt, das das allmähliche Umsichgreifen des Opportunismus gezeitigt hat, nicht nur nicht bergab gegangen, sondern hat sich mächtig emporgerichtet und gefestigt. Aber wenn Vollmar in Stuttgart darauf mit den Worten hinwies: „Die Wiederholung (der Warnungen vor der opportunistischen Gefahr) ist ganz nutzlos, denn die Partei hat sich unbeirrt weiter zu ihrer jetzigen Höhe und Reife hinaufgesumpft", so hatte er sicherlich am allerwenigsten Anlaß, darüber zu triumphieren.

Nicht dank dem Evangelium der sogenannten praktischen Politik, sondern trotz ihm ist unsere Bewegung groß und stark geworden. Nur weil sie sich jedesmal gegen die opportunistischen Anwandlungen kräftig zur Wehr setzte, nur weil sie die Vollmarsche Taktik des „neuen Kurses", seine Budgetabstimmung, sein Agrarprogramm usw. konsequent ablehnte, konnte die Partei das leisten, was sie geleistet hat. Hätte sie die Anschauungen der „praktischen Politik" zur Richtschnur ihrer gesamten Tätigkeit bis jetzt gemacht, so würde sie weder die 2¼ Millionen Stimmen noch überhaupt die Bedeutung erlangt haben, die ihr jetzt im politischen Leben Deutschlands allgemein anerkannt wird.

Daraus ergibt sich aber der logische Schluß, daß auch fernerhin das Wachstum und die Stärke der Bewegung davon abhängen, ob die Partei die nötige Energie in der Bekämpfung des Opportunismus findet.

Leipziger Volkszeitung,
16. September 1899.

2

Anträge zum Tagesordnungspunkt „Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei" an den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Hannover vom 9. bis 14. Oktober 1899

43. Parteigenossen in Friedrichsberg bei Berlin: „Es liegt keinerlei Grund zu irgendeiner Änderung der Grundanschauungen oder der Taktik der Partei vor. Von den Vertretern der Partei muß verlangt werden, daß sie fest und entschieden im Sinne des Parteiprogramms wirken und das Endziel der Vergesellschaftung der Produktionsmittel im Auge haben und bei der Agitation dies Endziel in erster Linie in den Vordergrund stellen, um das sozialistische Bewußtsein der Massen zu wecken und zu stärken.

Es ist insbesondere gegenüber dem von Tag zu Tag sich mehr zuspitzenden Klassenkampf zu verwerfen, von dem Gerechtigkeitsgefühl der bürgerlichen Parteien etwas zu erwarten.

Die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Lohnsystems kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

Es ist an der revolutionären Grundanschauung und an der revolutionären Taktik der Partei festzuhalten und jedem Versuch der Vertuschung des Klassenkampfcharakters entgegenzutreten."

44. Parteigenossen in Stuttgart: „Die Parteiversammlung ist der Ansicht, daß Bernstein sich in seiner Schrift von dem grundsätzlichen Boden, auf dem die Sozialdemokratie steht, entfernt hat. Sie weist seine Kritik

unserer Grundsätze und die von ihm empfohlene Taktik aufs schärfste zurück. Die Sozialdemokratie muß an ihrem Charakter als revolutionäre Kampfespartei festhalten und damit auch an ihrer erprobten Taktik.

Im Interesse eines geschlossenen Auftretens des kämpfenden Proletariats erwartet die Versammlung von dem Parteitag in Hannover, daß er die Stellung der Partei zu den von Bernstein angeschnittenen Fragen klar präzisiert."

45. Parteigenossen des 7. sächsischen Wahlkreises Meißen-Großenhain „sehen trotz der verschiedenen Anregungen keine Notwendigkeit, eine Änderung in der Taktik vorzunehmen, sondern erwarten vom Parteitag, daß die bisherige Taktik bei wirtschaftlichen sowie in- und ausländischen Fragen beibehalten wird".

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten zu Hannover vom 9. bis 14. Oktober 1899,
Berlin 1899, S. 62.

3

Brief Wilhelm Liebknechts an den Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells in Neu-Haldensleben bei Magdeburg vom 4. August 1900

Berlin, den 4. August 1900

Liebe Genossen!

Gar gern wäre ich zu Ihnen gekommen, allein es ging wirklich nicht. Statt mich zu entschuldigen, will ich einfach erzählen, wie ich seit anderthalb Monaten am Sonntag beschäftigt war – dem einzigen Tag, den ich für die Familie frei habe.

Sonntag, den 24. Juni, sprach ich – zwischen 2 Gewittern – vor 4000 Menschen in einem Garten des Waldenburger Kreises, den wir auch erobert haben.

Sonntag, den 1. Juli, bei Offenbach am Main, zu einer Fahnenweihe vor Tausenden aus dem Maingau.

Sonntag, den 8. Juli, Sängerfest in Charlottenburg.

Sonntag, den 15. Juli, Kommers des internationalen Kongresses der Textilarbeiter in Berlin.

Sonntag, den 22. Juli, Sommerfest des VI. (meines) Berliner Wahlkreises.

Sonntag, den 29. Juli, Rede bei Dresden über Weltpolitik. Da können Sie sich nicht wundern und werden mir gewiß nicht übelnehmen, daß ich

einmal zu Hause sein will. Einmal. Denn nächsten Sonntag, den 12. August, habe ich auf einer internationalen Zusammenkunft, die mit Volksfest verbunden ist, in der Schweiz zu reden.

Ich bin überzeugt, Sie geben mir jetzt Absolution und – bemitleiden mich sogar ein wenig. Wir „Agitatoren" führen nicht das Schlemmerleben, wie unsre Feinde uns nachreden und wie unsre „notleidenden Agrarier" es üben. Wir sind ebenso abgerackert wie das Proletariat, für das wir kämpfen.

Mein Sohn wird Ihnen sagen, was ich Ihnen gesagt hätte: Kräftigen Sie die Organisation! Schmieden und gebrauchen Sie die Waffen für den großen Befreiungskampf der Arbeit!

Glückauf zu Ihrem Fest. Im Geist bin ich bei Ihnen.

Charlottenburg

Mit herzlichem Gruß
Ihr
W. Liebknecht

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Zentrales Parteiarchiv, NL – 34/73 – F.

4

Regulativ für die örtlichen Vertrauenspersonen, beschlossen auf der sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Mainz am 15. und 16. September 1900

§ 1. In jeder größeren Stadt haben die Genossinnen nach voraufgegangener Besprechung mit den Genossen eine weibliche Vertreterin zu wählen, welche am Ort die Agitation und die Heranziehung des weiblichen Proletariats zur modernen Arbeiterbewegung planmäßig betreibt.

§ 2. Die Wahl muß in öffentlicher Frauenversammlung stattfinden.

Die Vertrauenspersonen werden auf die Dauer eines Jahres gewählt und sind wieder wählbar.

§ 3. Die Vertrauenspersonen der einzelnen Orte eines Bezirks haben miteinander, mit der Vertrauensperson des Hauptorts und der Vertrauensperson für ganz Deutschland stete Fühlung zu halten und jährlich mindestens einmal zu einer gemeinsamen Besprechung zusammenzutreten.

§ 4. Des weiteren haben sie dafür zu sorgen, daß die Forderungen der proletarischen Frauen und Mädchen auf allen Gebieten des sozialen Lebens mit Nachdruck vertreten werden. Sie müssen darauf hinwirken, daß das weibliche Proletariat an allen Kämpfen und Aufgaben seiner Klasse teilnimmt und daß hinwieder den Interessen und Bestrebungen der

Proletarierinnen moralische und materielle Unterstützung seitens der organisierten Arbeiterschaft zuteil wird.

Das soll erreicht werden, indem die Vertrauenspersonen

a) Versammlungen veranstalten, in denen allgemeine wirtschaftliche und politische Fragen behandelt werden. Versammlungen, in denen die proletarischen Frauen vom Standpunkt ihrer Interessen aus Stellung zu den auftauchenden Tagesfragen sowie zu allen Kämpfen der Arbeiterklasse nehmen; Versammlungen, die dem Kampf für die Forderungen dienen, welche die Proletarierinnen stellen in ihrer Eigenschaft als Glieder der ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiterklasse und als Angehörige des sozial unfreien weiblichen Geschlechts (siehe Beschlüsse des Gothaer Parteitags).

b) für die Herausgabe und die Verbreitung zweckentsprechender, leichtfaßlicher Broschüren und Flugblätter sorgen;

c) darauf hinwirken, daß die lokale Arbeiterpresse die Aufklärung des weiblichen Proletariats mit dem gebührenden Nachdruck fördert und mit aller Energie für seine Interessen sowie für die Bestrebungen der Genossinnen eintritt;

d) Anknüpfungspunkte suchen für die Agitation und Organisation unter den Massen der Industriearbeiterinnen durch solche Mittel und Wege, welche von den lokalen Umständen als praktisch erscheinen;

e) Material über die Lage der Arbeiter sammeln;

f) für die Aufbringung materieller Mittel zu sorgen, welche für vorstehende Zwecke verwendet werden.

Bericht über die Frauenkonferenz in Mainz am 15. und 16. September 1900.
In: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten zu Mainz vom 17. bis 21. September 1900,
Berlin 1900, S. 248/249.

5

Aus einem Diskussionsbeitrag August Bebels auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in München, gehalten am 15. September 1902

Im höchsten Grade bin ich überrascht, wie der Artikel von Karl Liebknecht eine Kritik finden konnte, wie sie ihm Bernstein hat widerfahren lassen. Ich habe den Artikel mit großem Interesse gelesen, es war eine der ersten Arbeiten, die ich von Karl Liebknecht gelesen habe, ich habe gefunden, daß der junge Mann eine schneidige Feder führt, und das hat mich gefreut. Aber ich bestreite entschieden und bitte den Beweis zu

führen, daß darin auch nur eine beleidigende Zeile ist. Wie ist der Artikel entstanden? Jaurès hat aus der Veröffentlichung des Nachlasses von Liebknecht im „Vorwärts" versucht, diesen für die revisionistische Richtung auszuschlachten. Und dagegen wehrt sich der Sohn, der auf dem Standpunkt seines Vaters steht; er sagt: Hände weg, der Alte ist mein Vater, der gehört nicht zu euch. Und darin hat er vollständig recht. (Stürmischer Beifall) Wenn also der Sohn Liebknechts den Vater, der leider nicht mehr antworten kann – und ich sage, wenn er antworten könnte, die Antwort des Alten würde noch ganz anders geklungen haben (Lebhafte Zustimmung), darauf könnt ihr euch verlassen – wenn der Sohn den Vater in Schutz nimmt, so ist das etwas ganz Selbstverständliches.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten zu München vom 14. bis 20. September 1902,
Berlin 1902, S. 126.

6

Resolution über die Taktik der Partei, angenommen auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Dresden vom 13. bis 20. September 1903

Der Parteitag fordert, daß die Fraktion zwar ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstage durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, höfische Verpflichtungen zu übernehmen oder irgendwelchen Bedingungen sich zu unterwerfen, die nicht durch die Reichsverfassung begründet sind.

Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Überzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt:

1. daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapita-

listischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten;

2. daß die Sozialdemokratie, gemäß der Resolution Kautsky des Internationalen Sozialistenkongresses zu Paris im Jahre 1900, einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann.

Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Sozialdemokratie verwendet und entsprechend den Grundsätzen unseres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle aufs kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist, „und für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken".

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903,
Berlin 1903, S. 418/419.

7

Aus Berichten und Tagebucheintragungen des Generalfeldmarschalls Alfred Graf von Waldersee vom Oktober bis Dezember 1900 über die Niederschlagung des chinesischen Volksaufstandes durch deutsche Truppen

Durch die der Eroberung folgende dreitägige zugelassene Plünderung, der viele private Plünderungen noch gefolgt sind, muß der Einwohnerschaft ein gewaltiger, aber auch nicht annähernd zu beziffernder materieller Schaden zugefügt sein. Jede Nationalität weist einer anderen die Palme in der Kunst des Plünderns zu; es bleibt aber die Tatsache bestehen, daß sie sämtlich gründlich geplündert haben ...

Die Schädigungen, die dem Lande durch die Verwüstungen und Plünderungen bisher zugefügt worden sind, werden in Ziffern niemals festzustellen sein, sind aber ganz gewaltig. Es ist nur zu bedauern, daß die eigentlich am Kriege Schuldigen davon zum wenigsten betroffen sein werden. – Es ist leider auch hier nicht ausgeblieben, daß die aus Plünderungen sich ergebenden Ausschreitungen in Vergewaltigung von Frauen, Grausamkeiten verschiedenster Art, Mord und unnützer Brandlegung in nicht geringem Umfange zur Ausführung gekommen sind und auch in dieser Richtung Elend über die Bevölkerung gebracht haben ...

Ich kommandiere nun hier sowohl russische wie englische Truppen und am Jangtse die deutsche Flotte! Vorläufig läßt mich mein guter Humor nicht im Stich, während andere vielleicht verärgert wären. Das einzige, was mich bekümmert, ist die Schlappheit den Chinesen gegenüber ...

Es wird dann eine kleine Expedition hinausgeschickt, der betreffende Ort umzingelt, und das Ende ist regelmäßig die Erschießung der Übeltäter. Wie viele Menschen auf solche Weise schon umgekommen sind, wird nie ermittelt werden ...

Wie ich höre, werde ich sowohl in russischen als amerikanischen Zeitungen angegriffen, ich sei zu hart gegen die Chinesen und verzögere dadurch den Friedensschluß. Es spricht sich darin böser Wille und Unkenntnis der Verhältnisse aus. Wenn ich nicht hergekommen wäre, ständen noch heute feindliche Truppen im Halbkreise drei Meilen von Peking, und die Chinesen lachten über uns. Nur wenn man so scharf vorgeht wie möglich und rücksichtslos ist, kann man mit ihnen weiterkommen.

Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee.
Auf Veranlassung des Generalleutnants Georg Grafen von Waldersee
bearb. und hrsg. von Heinrich Otto Meisner,
Bd. 3: 1900–1904,
Stuttgart/Berlin 1923, S. 36, 39, 45, 60 u. 66.

8

Aus Friedrich Stampfers Buch „Erfahrungen und Erkenntnisse", veröffentlicht im Jahre 1957

Am folgenden Tag wurde ich von einem Fünf-Männer-Konsortium „gegründet". Victor Adler, Wien, Adolf Braun, Nürnberg, Max Quarck, Frankfurt, Carl Ulrich, Offenbach, und Wilhelm Keil, Stuttgart, taten sich zusammen, um von mir für ihre Zeitungen tägliche Berliner Briefe zu verlangen. Zu Neujahr 1904 machte ich diese Korrespondenz mit Zustim-

mung der Gründer der gesamten sozialdemokratischen Presse zugänglich, die auch bald fast ausnahmslos abonnierte. Von nun an erschienen meine täglichen politischen Aufsätze in vielen hunderttausend Zeitungsexemplaren in Kiel wie in München, in Köln wie in Breslau und in vielen anderen Städten ...

Was ich mir aber als den Zweck meiner Korrespondenz vorstellte, war dies. Die Partei hatte bis dahin nur sozialdemokratische Agitation getrieben, von nun an sollte sie sozialdemokratische Politik treiben, und diese Wandlung sollte nicht unter Fanfarenstößen im Getöse theoretischer Richtungsstreitigkeiten vor sich gehen, sondern ganz unauffällig. Die Partei sollte nicht mehr warten, bis sie größer und größer wurde, sondern sie sollte ihre Kraft im politischen Tageskampf einsetzen, um Forderungen durchzusetzen. Da ich darin mit Eisner und dieser wieder mit der Mehrzahl seiner Kollegen einig war, stand uns zur Durchführung dieses neuen Kurses eine erhebliche Pressemacht zur Verfügung, das Zentralorgan und meine Korrespondenz ... Meine Korrespondenz hatte keinen Namen. Rosa Luxemburg taufte sie: Groß-Lichterfelder Meinungsfabrik zur Verkleisterung der Proletariergehirne. Aber der Kampf, den sie und ihre Anhänger führten, um die Korrespondenz aus den Redaktionen zu vertreiben, blieb ziemlich ergebnislos. Ohne einen täglichen aktuellen Artikel kamen die Redakteure nicht mehr aus ...

In jener Zeit war es, daß ich Freundschaft mit zwei Männern schloß, die in den folgenden Jahren große politische Rollen gespielt haben: Ludwig Frank und Philipp Scheidemann ...

Während sie die Partei rednerisch vor der Welt vertraten, lieferte ich dem größten Teil der Parteipresse den täglichen Leitartikel. Was sie redeten und was ich schrieb, wurde sorgfältig zwischen uns dreien besprochen. Dadurch wurde eine reibungslose Zusammenarbeit hergestellt, die mehrere Jahre hindurch ausgezeichnet funktionierte. Offiziell wurde der Kurs der Partei vom Parteivorstand, dem „Vorwärts" und der „Neuen Zeit" bestimmt, praktisch aber hatte wohl unser Triumvirat, das übrigens durch Scheidemann im Parteivorstand vertreten war, den größeren Einfluß. Erfreulicherweise hatte auch der „Vorwärts" die ultraradikale Richtung, die er nach der Eisner-Krise eingeschlagen hatte, auf die Dauer nicht beibehalten können.

Friedrich Stampfer: Erfahrungen und Erkenntnisse.
Aufzeichnungen aus meinem Leben,
Köln 1957, S. 92/93, 94 u. 140.

9

Aus den Satzungen des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände, beschlossen am 16. Juli 1904

§ 2. Der „Verein Deutscher Arbeitgeberverbände" hat neben dem Bestreben, ein friedliches Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern, zum Zweck:

a) durch Vereinigung der in Deutschland bestehenden oder sich neu bildenden Arbeitgeberverbände die gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber gegenüber unberechtigten Anforderungen der Arbeitnehmer zu schützen;

b) den Schutz der Arbeitswilligen;

c) die Ausdehnung der Arbeitsnachweise der Arbeitgeber;

d) die Bildung von Gesellschaften zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen;

e) die möglichste Durchführung der Streikklausel;

f) die Übernahme des Rechtsschutzes der Arbeitgeber in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung.

Sonstige wirtschaftliche und politische Ziele hat sich der Verein nicht zu stellen.

§ 3. Zur Durchführung der in § 2 a bis f genannten Zwecke hat der Verein die Aufgabe:

a) auf den Anschluß der schon bestehenden oder sich neu bildenden Arbeitgeberverbände hinzuwirken;

b) die Gründung neuer Arbeitgeberverbände zu unterstützen;

c) die Errichtung und Ausgestaltung von Arbeitsnachweisen anzuregen und zu fördern sowie die bestehenden Arbeitsnachweise miteinander in Verbindung zu bringen;

d) die Sammlung von Materialien und die Einrichtung eines Nachrichtendienstes über alle für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und der Arbeiterbewegung bedeutungsvollen Tatsachen zu bewirken;

e) eine Verbindung zwischen den verschiedenen Verbänden zur gemeinsamen Bekämpfung von Streiks und Boykotts der Arbeiter herbeizuführen;

f) den von unberechtigten Streiks oder Boykotts betroffenen Arbeitgebern Hilfe zu gewähren;

g) die Errichtung und Ausgestaltung von Gesellschaften zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen anzuregen und zu fördern sowie zum Anschluß an bereits bestehende Gesellschaften dieser Art aufzufordern und, wenn angängig, eine Verbindung der einzelnen Gesellschaften herbeizuführen.

Zit. nach: Gerhard Kessler: Die Deutschen Arbeitgeberverbände, Leipzig 1907, S. 354/355.

10

Aus dem Artikel „Zur marokkanischen Frage", erschienen in den „Alldeutschen Blättern" am 18. Juni 1904

Das deutsche Volks-Interesse an Marokko finden wir darin, daß

1. das deutsche Volk Neuland für seinen Bevölkerungsüberschuß braucht, daß als solches Volksbesiedelungs-Gebiet nur Marokko in Betracht kommt und daß es nach maßgebenden Urteilen hierzu geeignet ist;

2. die deutsche Flotte Stützpunkte, Kohlen- und Kabel-Stationen braucht, und daß die atlantische Küste Marokkos nach maßgebenden Urteilen hierzu sehr wohl geeignet ist;

3. daß wir, um vom Ausland unabhängig zu werden, eigenen Baumwollenbau treiben müssen, und daß Marokko sehr wohl hierzu geeignet ist;

4. daß wir, um vom Ausland unabhängig zu werden, neue Erz-Lager erwerben müssen, und daß solche in Marokko zu finden sind;

5. daß unserer Ausfuhr bei dem sich stets verengernden Weltmarkt neue Absatzgebiete bei Zeiten eröffnet werden müssen, und daß Marokko hierzu nach den vorhandenen Anfängen sehr wohl in Betracht kommt.

Wir fragen nun: liegen diese Notwendigkeiten für das deutsche Volk vor? – und glauben, daß kein politisch Denkender sie verneinen wird. Wenn man, wie wir, diese Notwendigkeiten anerkennt, so muß man dem Ja das Also folgen lassen, und der Schluß kann, wenn man weiter anerkennt, daß zur Erfüllung dieser Notwendigkeiten nur Marokko noch in Betracht kommen kann, nur lauten, daß wir diejenigen Teile dieses Landes erwerben müssen, die für uns erreichbar sind und nicht offensichtlich einer fremden Interessensphäre angehören, d. h. Westmarokko.

Herr P. stößt sich daran, daß die sofortige Fußfassung gefordert wird; diese Forderung rechtfertigt sich damit, daß es sich, da die Erde vorläufig sonst verteilt ist, in Marokko um das letzte für uns in Betracht kommende Gebiet handelt, das in dem Augenblick für uns verloren ist, wo eine andere Macht tatsächlich Besitz ergreift. Nun wissen wir, daß andere Mächte – nicht von des Gedankens Blässe angekränkelt – im Zugreifen sich als schnell und tatkräftig erwiesen haben: wir müssen also, wenn wir die Vorhand haben wollen, eine vollendete Tatsache schaffen. Dazu kommt, daß die allgemeine Weltlage für uns von größter Gunst ist.

Alldeutsche Blätter (Berlin),
18. Juni 1904.

11

Aus dem ersten Aufruf des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie vom Herbst 1904

Die Reichstagswahlen des Jahres 1903 haben blitzartig die Gefahr beleuchtet, die den Bestand des Deutschen Reiches, die Zukunft des deutschen Volkes bedroht: nicht weniger als 3010771 Stimmen sind für die Kandidaten der Sozialdemokratie abgegeben worden, das heißt, die Zahl derjenigen, die sozialdemokratisch wählten, hat sich seit 1871 verdreißigfacht, seit 1881 verzehnfacht. Allein seit den Wahlen von 1898 betrug die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen nahezu eine Million oder 462 vom Hundert, und in einer Stärke von 81 Mann ist die sozialdemokratische Partei in den neuen Reichstag eingezogen.

Um der sozialdemokratischen Gefahr entgegenzutreten, ist am 9. Mai 1904 in Berlin von Männern der verschiedensten politischen und wirtschaftlichen Anschauungen, der verschiedenen Berufs- und Lebensstellungen und von Angehörigen aller Bundesstaaten und Landesteile der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie" begründet worden, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, alle nicht sozialdemokratisch gesinnten Staatsbürger in Stadt und Land ohne Unterschied der Partei und Religion zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammenzuschließen. Diese Aufgabe des Reichsverbandes schließt jede Tendenz zur Bildung einer neuen Partei aus, fordert vielmehr den bestehenden bürgerlichen Parteien gegenüber grundsätzlich volle Neutralität. Der Reichsverband wird lediglich die verhetzende, den Klassenhaß schürende und die Entwicklung Deutschlands lähmende Sozialdemokratie bekämpfen.

Der Reichsverband wird daher insbesondere ein Ziel verfolgen: die Herbeiführung geschlossenen Vorgehens gegen die Sozialdemokratie bei den Wahlen seitens aller treu zu Kaiser und Reich stehenden Parteien und Personen. Die letzten Reichstagsersatzwahlen in Zschopau-Marienburg, Altenburg, Frankfurt a. O., Jerichow, Hof, Hameln-Springe, Ober-Barnim und Fürth-Erlangen haben gezeigt, daß auch die sozialdemokratischen Bäume nicht in den Himmel wachsen, wenn nur das deutsche Bürgertum sich seiner Pflicht bewußt ist und alle nicht sozialdemokratischen Wähler unter einer gemeinsamen Flagge sich vereinigen. Bei genügender Organisation können in etwa 50 Wahlkreisen des Deutschen Reiches, die heut gefährdet sind, die bürgerlichen Parteien die rote Partei dauernd niederringen. Diese Organisation zu schaffen, und zwar sofort, nicht erst einige Wochen vor den allgemeinen Wahlen, wird eine der Hauptaufgaben des Reichsverbandes sein, der es sich angelegen sein lassen wird, durch ein ausgedehntes Netz von Vertrauensmännern der rührigen Propaganda der Sozialdemokratie mit gleichem Eifer entgegenzu-

treten. Diese Tätigkeit soll unterstützt werden durch die Verbreitung von Flugschriften und Flugblättern, in denen das deutsche Volk über das wahre Wesen der Sozialdemokratie und deren Gefahr für die Kultur und Wohlfahrt des deutschen Volkes sowie für die persönliche Freiheit des einzelnen aufgeklärt werden soll. Namentlich wird der Verband, der die berechtigten Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage ausdrücklich anerkennt, bemüht sein, in der deutschen Arbeiterschaft die Erkenntnis zu wecken, daß die Sozialdemokratie den wahren Interessen der Arbeiter nicht dient, sondern diese nur dazu benutzt, um mit ihrer Hilfe die politische Macht und damit die Möglichkeit zur Durchführung ihrer revolutionären und internationalen Endziele zu erlangen. Diesem Zwecke dient auch die Herausgabe einer seit August 1904 an 700 deutsche Zeitungen wöchentlich versandten „Korrespondenz", ferner eine Rednerschule, in der jährlich 50–60 Wanderredner ausgebildet werden sollen, und endlich auch die Errichtung von Rechtsauskunftsstellen.

Der Reichsverband wird aber auch alle diejenigen Kreise, die unter dem Drucke des sozialdemokratischen Terrorismus seufzen und durch rücksichtslosen Boykott und ähnliche Gewaltmaßregeln unter das sozialdemokratische Joch gezwungen werden sollen, insbesondere also die Arbeiterschaft, Kleinhandel, Gewerbe und Industrie, gegen sozialdemokratische Anmaßungen zu schützen und vor wirtschaftlichen Schädigungen zu bewahren suchen.

Die Lösung dieser großen Aufgaben wird aber nur dann möglich sein, wenn alle Deutschen ohne Unterschied der Partei und Religion mit allen ihren moralischen und materiellen Machtmitteln den Reichsverband in seiner vaterländischen Arbeit unterstützen. Wir richten daher an alle patriotisch fühlenden Deutschen, die den Ernst der Zeit klar erkennen, die dringende Bitte, sich dem Reichsverbande anzuschließen und mit uns sich zu vereinigen unter dem Feldgeschrei: Mit vereinten Kräften vorwärts für Kaiser und Reich, für die nationale Zukunft des deutschen Volkes und Vaterlandes gegen die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie!

Der Reichsverband ist auf namhafte, außerordentliche Spenden angewiesen, da der jährliche Mitgliedsbeitrag nur gering ist.

Zit. nach: 10 Jahre Reichsverband. Festgabe der Hauptstelle des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie" in Berlin zum 9. Mai 1914, Berlin 1914, S. 17/18.

12

Aus den Satzungen des Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins vom Oktober 1904

Der „Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend" bezweckt, die wirtschaftlichen, rechtlichen und geistigen Interessen der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu wahren und zu fördern.

Dieser Zweck soll erreicht werden durch:

1. Gewährung von unentgeltlichem Rechtsschutz bei Streitigkeiten, die aus dem Arbeitsverhältnis enstanden sind oder in welche die Mitglieder infolge ihrer Vereinstätigkeit geraten;
2. Errichtung von Stellennachweisen;
3. Veranstaltung statistischer Erhebungen über die Lage der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen;
4. Errichtung von Bibliotheken und Leseräumen;
5. Abhaltung von Vorträgen und Unterrichtskursen;
6. Pflege der Solidarität und des geselligen Verkehrs der Mitglieder.

Zit. nach: Zur Geschichte der Arbeiterjugendbewegung in Deutschland, Berlin 1956, S. 18.

13

Aus einem Brief Rosa Luxemburgs an Henriette Roland-Holst vom 17. Dezember 1904

Mit Ihnen möchte ich nicht bloß über das „Rassenproblem" in der Sozialdemokratie sprechen, sondern noch lieber über unsere jetzige allgemeine Lage. Ich bin nämlich keineswegs mit derjenigen Rolle entzückt, die der sogenannte orthodoxe „Radikalismus" bis jetzt gespielt hat. Das Nachlaufen der einzelnen opportunistischen Dummheiten und kritische Nachschwätzen ist mir keine befriedigende Arbeit, vielmehr habe ich dieses Amt so herzlich satt, daß ich am liebsten in solchen Fällen schweige. Ich bewundere auch die Sicherheit, mit der manche unserer radikalen Freunde stets nur für nötig halten, das verirrte Schaf – die Partei wieder in den sicheren heimatlichen Stall der „Prinzipienfestigkeit" zurückzuführen und dabei nicht empfinden, daß wir auf diese rein negative Weise keinen Schritt vorwärtskommen. Und für eine revolutionäre Bewegung nicht vorwärtskommen heißt – zurückgehen. Das einzige Mittel, gegen den Opportunismus radikal zu kämpfen, ist selbst vorwärtszugehen, die Taktik zu entwickeln, die revolutionäre Seite der Bewegung zu steigern. Der Oppor-

Staaten zu heben und für das von seinen Tyrannen niedergetretene und ausgesogene Volk menschenwürdigere Zustände herbeizuführen.

Insbesondere spricht die Versammlung ihre größte Genugtuung aus, daß die russisch-polnische Sozialdemokratie in diesen Kämpfen für die Befreiung des russisch-polnischen Volkes ihre hilfreiche Mission in so glänzender Weise erfüllt und keine Opfer scheut, um ihr Ziel zu erreichen.

Endlich fordert die Versammlung, daß die unwürdige Rolle, die Deutschland-Preußen gegenüber dem russischen Zarismus spielt, ein Ende nimmt und der russisch-preußische Auslieferungsvertrag vom 1. Januar 1886, der eine Schmach für Preußen ist, sofort gekündigt wird.

Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam,
Pr. Br. Rep. 30 Berlin C Polizeipräsidium,
Tit. 95, Sekt. 5, Lit. A Nr. 32, Bd. 26, Bl. 192.

17

Aus Berichten der „Leipziger Volkszeitung" über die Haltung der Bergarbeiter des Ruhrgebiets zum Abbruch des Streiks im Februar 1905

Der Beschluß wurde von den draußen Harrenden mit einer beispiellosen Entrüstung aufgenommen. Solche Szenen der Empörung, die sich vor den Lokalen abspielten, hat man hier noch nicht erlebt. Man schrie es förmlich hinaus: Das ist Verrat, wir sind verkauft! ... Man glaubte an ultramontane Mache, und der Verdacht fand Nahrung, als sofort nach Bekanntgabe des Resultats eine ultramontane Druckerei einen Wagen Flugblätter anfahren ließ, die, schon am Abend vorher gedruckt, das Resultat der gerade stattgefundenen Konferenz und die von der Siebenerkommission vorbereitete Resolution enthielten. Daß dadurch der Anschein der Mache erweckt, die Delegiertenkonferenz bei den Leuten gewissermaßen zur Farce gestempelt wurde, liegt auf der Hand. Die Flugblätter sollten von den Delegierten in ihren Revieren verbreitet werden. Im Augenblick war der Wagen gestürmt, hunderttausend Blätter, in den nächsten Sekunden in Fetzen zerrissen, bedeckten die Straße, die aussah wie ein Papierlager; der Verkehr der Straßenbahn stockte. Tausendfach rief man: Wir fahren nicht an. Abends fanden in Essen, Borbeck, Altenessen usw. Versammlungen statt, in denen zum Teil unter schweren Vorwürfen gegen die Leitung fast überall einstimmig beschlossen wurde, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

Es ist zu befürchten, daß nun die Bewegung zersplittert wird, ein Teil unserer Genossen wird nicht anfahren, und sie sind dann die Geschädigten. So schwer es dem einzelnen werden mag, unter den obwaltenden

Umständen muß der Beschluß der Delegiertenkonferenz einmütig befolgt werden. Bei der Stimmung, die vorherrscht, muß man aber in Sorge sein, daß es nicht geschieht . . .

Essen, 9. Februar. In den heute nachmittag abgehaltenen Versammlungen der Bergarbeiter, die die Fortsetzung des Ausstandes beschlossen, kam es fast überall zu tumultuarischen Szenen. Gegen die Siebenerkommission wurden heftige Vorwürfe erhoben und die Mitglieder als Verräter, die bestochen seien, bezeichnet. Aus Gelsenkirchen, Herne und Dortmund liegen ähnliche Meldungen vor; auch dort haben sich die Bergarbeiter mit großer Mehrheit für die Fortsetzung des Ausstandes ausgesprochen. – Eine in Altenessen abgehaltene Bergarbeiterversammlung konnte zu dem Beschluß der Delegiertenversammlung nicht Stellung nehmen, da die Polizei die Versammlung wegen sich erhebenden Tumultes aufhob. – In Borbeck, Mülheim und Oberhausen wurden Beschlüsse gegen die Wiederaufnahme der Arbeit gefaßt, während die in Karnap abgehaltene Bergarbeiterversammlung dem Beschluß der Delegiertenversammlung zustimmte.

Leipziger Volkszeitung,
10. Februar 1905.

18

Offener Brief August Bebels an die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen in Russisch-Polen und Litauen vom 9. April 1905

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Eure Kameraden und Kameradinnen, die russisch-polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen, befinden sich in einem schweren Kampfe gegen die Regierung ihres Landes und die Unternehmerklasse um die Eroberung ihrer Bürger- und Menschenrechte!

Arm, rechtlos, der Willkür der Behörden und Unternehmer preisgegeben, werden Männer, Frauen und Kinder gezwungen, für elenden Lohn schwere Arbeit zu verrichten. Gepeinigt und bedrückt von allen Seiten, haben sie keine Macht und kein Mittel, sich des auf ihnen lastenden Druckes zu entziehen. So bleibt ihnen nur die Aussicht auf ein Leben voller Not und Entbehrungen, die sich mit dem Alter steigern, ohne Aussicht auf Hilfe und Rettung, wenn sie sich nicht selber helfen, indem sie einmütig und geschlossen zu gemeinsamem Kampfe zusammentreten.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Wie es Euren Kameraden, den russisch-polnischen Arbeitern und Ar-

beiterinnen, ergeht, genauso ergeht es Euch, die Ihr durch das Schicksal nach Russisch-Polen und Litauen verschlagen seid.

Ob polnischer, russischer oder deutscher Arbeiter und Arbeiterin, Eure Lebenslage ist dieselbe. Ihr leidet allesamt unter dem gleichen Druck, dem gleichen Elend, der gleichen Schmach. Wie jene rechtlos und jeder Willkür unterworfen sind, so auch Ihr.

Ist dem aber so, seid Ihr allesamt Schicksalsgenossen, dann seid Ihr auch verpflichtet, gemeinsam an dem gleichen Strange zu ziehen mit Euren russisch-polnischen Brüdern und Schwestern. Ihr müßt Euch ihren Bestrebungen auf Erkämpfung von Freiheit, Gerechtigkeit und menschenwürdiger Existenz anschließen, und Ihr werdet mit ihnen siegen.

Der Unterschied der Sprache, der Religion, der Nationalität darf für Euch, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, kein Grund sein, Euch von Euren russisch-polnischen Brüdern und Schwestern fernzuhalten.

Ob Ihr bei einem polnischen, russischen oder deutschen, einem katholischen, orthodoxen oder jüdischen Arbeitgeber in Arbeit steht, der Eure Arbeitskraft ausbeutet und aus dem Ertrag Eurer Arbeit für sich rotes, blankes Gold münzt, das ist für Eure Lage vollkommen gleich. Kapitalist ist Kapitalist, und Unternehmer ist Unternehmer, einerlei welcher Religion oder Nationalität er angehört.

Die Unternehmer stehen ohne Unterschied der Religion und Nationalität zusammen gegen Euch, so müssen auch die Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Unterschied der Religion und Nationalität zusammenstehen und sich untereinander verbinden zu gemeinsamem Kampf, zur Wahrung ihrer Interessen und zur Eroberung ihrer Menschenwürde.

Die Kapitalisten sind international, und die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen es gleichfalls sein.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Eure russisch-polnischen Brüder und Schwestern, die ihre Klassenlage begriffen haben, haben sich der Sozialdemokratie angeschlossen, der sich die aufgeklärten Arbeiter und Arbeiterinnen in allen Ländern der Welt ebenfalls immer mehr anschließen.

Ihr deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen in Russisch-Polen und Litauen müßt diesem Beispiel folgen und Euch mit den Arbeitern und Arbeiterinnen Russisch-Polens und Litauens verbinden, weil Ihr mit ihnen unter den gleichen Verhältnissen lebt.

Was will die Sozialdemokratie?

Die Sozialdemokratie will die Beseitigung jeder Ungerechtigkeit und jeder Gewalttätigkeit; sie erstrebt die Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit in Staat und Gesellschaft für alle Menschen; sie kämpft für die Beseitigung von Not und Elend, von Druck und Ausbeutung; sie will, daß alle Menschen ohne Ausnahme ein menschenwürdiges Dasein führen und

die Frucht der gemeinsamen Arbeit aller voll genießen können. Die Sozialdemokratie will keine Herren und keine Knechte, keine Herrscher und keine Unterdrückten. Statt der Armut und des Elends, des Jammers und der Not der Millionen und des Überflusses weniger sollen alle Menschen gleich sich ihres Lebens freuen, die Güter der Erde und die Früchte ihrer Arbeit genießen.

Um dieses Ziel erreichen zu können, müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen, ohne Unterschied der Religion und der Nationalität, sich vereinigen, müssen sie sich organisieren und Mittel sammeln, seien die Beiträge auch noch so klein, denn viele Tropfen füllen das Faß. Sie müssen ferner Schriften und Flugblätter herstellen und verbreiten, damit Wissen und Aufklärung in die Köpfe der Unwissenden und Gleichgültigen kommt und die Zahl der Mitkämpfenden immer größer und gewaltiger wird, bis sie eine Macht sind, der nichts mehr zu widerstehen vermag.

Insbesondere müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen auch den Kampf gegen die schmachvollen staatlichen und politischen Zustände führen, die in ganz Rußland herrschen und unter denen die Arbeiter und Arbeiterinnen mit dem gesamten Volke schwer leiden.

Die Eroberung politischer Rechte und politischer Macht muß zunächst das Hauptziel der Bewegung sein, weil politische Rechte und politische Macht der Hebel sind, mit dem auch die sozialen Übel und Ungerechtigkeiten beseitigt werden können. Es muß also erobert werden:

eine freie Volksrepublik im ganzen Russischen Reiche; das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für beide Geschlechter und für alle Nationalitäten, ohne Unterschied der Religion, für alle Vertretungskörper; volle Vereins-, Versammlungs- und Verbindungsfreiheit und das Recht der Arbeitseinstellung ohne staatliche und behördliche Hindernisse; volle Preß- und Redefreiheit; volle religiöse Freiheit; Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche; volle Amnestie für alle, welche wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugungen verfolgt und bestraft wurden; Sicherung der Unparteilichkeit und der Unentgeltlichkeit der Strafrechtspflege; Verpflichtung zum Besuch der Volksschulen für alle Kinder vom 6. bis zum 15. Lebensjahr, Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel, Verpflegung und Bekleidung der mittellosen Schulkinder auf öffentliche Kosten; Einführung der progressiven Einkommen-, Vermögens-, Erbschaftssteuer für die Wohlhabenden und Reichen, Beseitigung der Steuern auf notwendige Lebensmittel; volle Selbstverwaltung des Landes und der Gemeinden; volle Rechtsgleichheit aller ohne Unterschied des Standes, der Geburt, der Religion und Nationalität; gesetzliche Einführung der achtstündigen Arbeitszeit; Verbot der Nachtarbeit, wenn die Natur des Betriebes diese nicht erforderlich macht, Abschaffung der Sonntagsarbeit; wirksamer Arbeiterschutz; Einführung

der allgemeinen Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung; Einrichtung von Kranken- und Niederkunftshäusern durch das ganze Reich, Unentgeltlichkeit der Krankenpflege und Geburtshilfe; Förderung der genossenschaftlichen Arbeit für das Land und die Industrie durch den Staat.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Dieses sind in Kürze die nächsten Forderungen, für deren Verwirklichung in Staat, Land und Gemeinde die Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens kämpft. Dieser müßt Ihr Euch anschließen und sie unterstützen.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Zögert nicht, tretet ein in die Reihen Eurer kämpfenden Brüder und Schwestern polnischer und russischer Nationalität.

Nur durch einiges und geschlossenes Handeln mit ihnen könnt Ihr die Verbesserung Eurer Lage, könnt Ihr eine menschenwürdige Existenz Euch erkämpfen. Vereinigt seid Ihr eine unüberwindliche Macht, der kein Gegner widerstehen kann.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Schließt die Reihen! Im Namen der internationalen Sozialdemokratie vereinigt Euch und marschiert vorwärts!

Schöneberg-Berlin, den 9. April 1905

August Bebel

Museum für deutsche Geschichte, Berlin, D 53/578.
Botho Brachmann: Russische Sozialdemokraten in Berlin 1895–1914, Berlin 1962, S. 141–144.

19

Aufruf des Internationalen Sozialistischen Büros „An die Arbeiter aller Länder!" vom Dezember 1905

Am 22. Januar wird es ein Jahr sein, seit Nikolaus II. und seine Ratgeber die Arbeiter Petersburgs niedermetzeln ließen, welche unbewaffnet auszogen, um Beendigung eines niederträchtigen Krieges, um Besserung ihrer unerträglichen Lage, um Bewilligung elementarster Volksrechte zu bitten, die das Proletariat aller übrigen Länder bereits besitzt.

Dieser Tag des 22. Januar ist ein entscheidendes Datum in der russischen Revolution.

Dieser Tag hat dem Volke die Augen weit geöffnet. Er hat alle Illusionen derer vernichtet, die noch an das Wohlwollen des Zaren glaubten. Er hat schließlich zum äußersten Kampfe das Signal gegeben, zu einem

Todeskampfe zwischen der Arbeiterklasse und den letzten Stützen eines Regimes, das vom Gewissen aller ehrlichen Menschen schon längst verdammt worden ist.

Vergebens versucht der Zarismus sein Geschick abzuwenden, indem er neue Verbrechen anstiftet: Er mobilisiert die Kosaken, er organisiert und bewaffnet die schwarzen Banden, er hetzt elende Finsterlinge gegen Juden, Armenier, gegen die Intelligenz, gegen alle diejenigen auf, deren Ansicht, Nationalität oder Rasse sie als Feinde der Bürokratie und des Absolutismus kennzeichnet.

Dieser niederträchtigen Politik gegenüber widersetzt sich das revolutionäre Proletariat seit einem Jahre mit der wunderbarsten Anstrengung, die je von einem Volke in seinem Befreiungskampfe angewandt worden ist.

Das ganze Reich ist von einer fortdauernden Revolution ergriffen. Ausstände folgen auf Ausstände. Keine Monatsfrist verstreicht, ohne daß neue Anstrengungen dem Zaren Zugeständnisse entreißen, die seinen endgültigen Sturz bereiten und unvermeidlich machen. Während der dem 22. Januar folgenden Tage findet ein Ausstand von 600000 Arbeitern in Polen statt, welcher bald das ganze Reich erfaßt, mit dem Losungsruf: „Tod oder Freiheit!" Kalajew richtet den Großfürsten Sergius hin. Die Arbeiterklasse verwirft die zaudernden Versuche der Schidlowski-Kommission und die des Finanzministers Kokowzew. Bauernunruhen brechen aus, und Landleute bemächtigen sich der herrschaftlichen Güter, deren Besitzer sich in die Städte flüchten. Die Matrosen des „Potemkin" schließen sich dem Volkskampfe an, und auf den Schiffen des Zaren hissen sie die Fahne der Internationale. Soldaten, die täglich zahlreicher werden, weigern sich, ihre Brüder niederzuschießen. Das hohe Kommando gibt schändlicherweise die mandschurische Armee dem gräßlichsten Elend preis und wagt es nicht, sie zurückzurufen. Zum erstenmal treten politische Parteien in die Öffentlichkeit. Man macht ihnen Versprechungen, man verspricht ihnen Konzessionen. Der Zar verkündet seinen „unerschütterlichen Willen", eine Nationalversammlung einzuberufen, aber eine beratende Versammlung, nur von Adligen und Reichen auserwählt, mit Ausschluß der ganzen Arbeiterklasse sowie der gebildeten Intelligenz. Er läßt die unvergeßlichen Helden der Revolution, so Wassiljew, Gerschkowitsch, Kasprzak, Krause, Chmelnizki, Nikoforow und andere, henken. Er läßt Petrow, Titow, Adamenko, Tschorni, Motscheslower und ihre Genossen der empörten Flotte erschießen. Aber das Blut der Märtyrer ist segensreich. Die fortwährend zunehmende sozialistische Bewegung vereinigt in einem gemeinschaftlichen Kraftaufwand oder durch hinreißende Gewalt das Proletariat der Städte, das Volk vom Lande, die liberalen Elemente des Bürgerstandes. In allen großen Städten bricht der allgemeine Ausstand los. Die Verbindungswege

werden unterbrochen. Rußland wird von der übrigen Welt abgeschnitten. Die Regierung wird durch den Ausstand der Eisenbahner ins Innere ihres Daseins getroffen, und nach einigen Tagen unnützen Widerstandes hat Nikolaus II. mit dem Manifest vom 30. Oktober feierlich seine Niederlage anerkannt, indem er neue Konzessionen verkündete.

Die Geschichte dieses Jahres 1905 hat der Welt den Wert des russischen Sozialismus klargelegt. Sie hat die auf dem internationalen Kongreß zu Paris 1889 geäußerte Prophezeiung bewahrheitet: „Die revolutionäre Bewegung wird in Rußland triumphieren als Arbeiterbewegung, oder sie wird nie triumphieren." Jetzt aber, dank der Opferwilligkeit, dank der Hingebung und dem Heldenmut des Proletariats, ist sie des Sieges sicher, und schon überall in Europa erschüttert heftig der unabwendbare Zusammenbruch des Zarismus alle Stützen der Reaktion in ihrer Grundlage. Allein das Werk ist nicht vollendet. Wenn die Revolution in den Geistern auch bereits gesiegt hat, so hat sie doch als materielle Tatsache erst nur begonnen. Ehe der russische Sozialismus einen entscheidenden Sieg feiern kann, wird noch das Proletariat monate-, vielleicht jahrelang seinen Kampf fortführen müssen.

In diesem Kampfe, der auch unser Kampf ist, muß das russische Proletariat auf unseren moralischen Beistand und ebenso auf die materielle Unterstützung der ganzen Internationale bauen können.

Auch war es ganz im Sinne unserer Auffassung, daß die Genossen der Vereinigten Staaten durch einen begeisterten Aufruf das Internationale Sozialistische Büro ersucht haben, die angeschlossenen Parteien zu bewegen, diesen historischen Tag, den 22. Januar, festlich zu feiern.

Wir sind der Überzeugung, daß unser Vorschlag überall, wo das sozialistische Bewußtsein wach geworden ist, gewogene Aufnahme finden wird. Daß die Parole also sei:

Am Montag, dem 22. Januar, oder wenigstens am Vorabend (Sonntag), werden alle Vereine aller angeschlossenen sozialistischen Parteien Massenversammlungen abhalten und womöglich Umzüge veranstalten. Die im voraus bezeichneten Redner werden an den heroischen Kampf unserer Brüder in Rußland erinnern, und eine Geldsammlung wird veranstaltet, um mit allen Mitteln denen behilflich zu sein, die gegen den Zarismus für die heilige Sache der Freiheit kämpfen. Die Sammlungen sollen an die Zentralorganisation der angeschlossenen Parteien oder an das Internationale Sozialistische Büro übermittelt werden.

Nieder mit der Alleinherrschaft!
Es lebe der internationale Sozialismus!

Das Internationale Sozialistische Büro

Vorwärts (Berlin),
24. Dezember 1905.

20

Anträge zum Tagesordnungspunkt „Der politische Massenstreik" an den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Mannheim vom 23. bis 29. September 1906

58. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg:

a) Der Parteitag erkennt an, daß eine zunehmende Verschärfung der Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat besteht und daß es mehr denn je der Mittel bedarf, um den Klassenkampf zu führen.

Eines der wichtigsten Mittel ist die Waffe des politischen Massenstreiks. Dieses Kampfmittel zu einem wirksamen zu gestalten, muß Aufgabe der politischen und gewerkschaftlichen Organisation sein. Mit Rücksicht darauf, daß eine große und gut disziplinierte Organisation erste Vorbedingung für das Gelingen des politischen Massenstreiks ist, wird es allen Parteigenossen zur Pflicht gemacht, für Partei und Gewerkschaft unablässig zu agitieren.

Der Parteitag wolle dahin wirken, die Meinungsdifferenz zwischen Partei und Gewerkschaften zu klären, um gemeinsam den Kampf gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung zu führen.

Das Proletariat betrachtet den politischen Massenstreik als eine Waffe, die die Arbeiterschaft ihrem Ziele, der Eroberung der politischen Macht, als Hebel zur Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft näherbringen kann.

b) Der Parteivorstand möge die Verhandlungen des Mannheimer Parteitages über die Fragen „Massenstreik" und „Partei und Gewerkschaften" als Agitationsbroschüre zum Massenvertrieb herausgeben.

59. Niederbarnim:

a) 1. Angesichts der verunglückten Wahlrechtsaktion des letzten Winters fordert der Parteitag den Parteivorstand auf, außergewöhnliche Aktionen, die über den Rahmen der gewöhnlichen Agitation hinausgehen, in Zukunft nur dann zu beginnen, wenn er sich vorher entschlossen hat, sie gegebenenfalls auch mit den stärksten Mitteln (Demonstrationen, Massenstreiks usw.) durchzuführen.

2. Der Parteitag nimmt Kenntnis von der Zusage der Generalkommission der Gewerkschaften, daß sie im Falle eines Massenstreiks der politischen Bewegung nicht hindernd in den Weg treten und sich an der Unterstützung der eventuell Gemaßregelten nach Kräften beteiligen wird.

Er erwartet daraufhin, daß der Parteivorstand in Zeiten großer politischer Erregung ohne weiteres die Initiative zur Anwendung auch der stärksten Kampfmittel ergreift und die natürliche Erregung der Massen planmäßig und mit Bewußtsein auf dieses Ziel hinleitet.

b) Der Parteitag möge beschließen, in ganz Deutschland eine Agita-

tionsbroschüre, welche den politischen Massenstreik behandelt und zum Beitritt in die politische Organisation auffordert, herauszugeben.

Dieselbe soll in Werkstellen, Fabriken und auf den Bauplätzen zur Verbreitung gelangen.

60. Hamburg II: In Sachen des politischen Massenstreiks stehen wir unentwegt auf dem Boden der auf dem Jenaer Parteitag gefaßten Resolution. Wir protestieren darum auf das entschiedenste gegen jeden Versuch, die Jenaer Beschlüsse in sophistischer Weise zu deuteln, wie dies in einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes mit der Generalkommission geschehen ist. Die in dieser Angelegenheit abgegebenen Erklärungen der Betreffenden genügen uns in keiner Weise, sie liefern vielmehr den Beweis, daß derartige Verhandlungen resp. Abmachungen zwischen diesen beiden Körperschaften sehr leicht dazu führen können, die Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit der Arbeiterbewegung zu stören und zu schwächen sowie Mißtrauen und Verwirrung in die Reihen der Arbeiter zu tragen.

Wir stellen darum den Antrag:

Alle Fragen, den politischen Massenstreik betreffend, gleichviel ob prinzipieller oder taktischer Natur, sind in voller Öffentlichkeit zu erledigen.

62. Straßburg-Stadt: Die heutige Versammlung des sozialdemokratischen Bezirksvereins Straßburg (Kreisfiliale Straßburg-Stadt) ist der Meinung, daß sich die politischen und wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat seit dem Parteitage in Jena in keiner Weise gemildert haben; sie hält im Gegenteil dafür, daß die Kämpfe zwischen der ausbeutenden und der ausgebeuteten Klasse sich von Tag zu Tag schärfer gestalten und daß die Reaktion auf allen Gebieten kühner denn je ihr Haupt erhebt. Deshalb erklärt auch die Versammlung, daß keinerlei Veranlassung besteht, auf das von dem Jenaer Parteitag in das Arsenal proletarischer Waffen aufgenommene Kampfmittel des politischen Massenstreiks zu verzichten, sondern daß es im Gegenteil dringende Aufgabe der Parteileitung ist, im Einvernehmen mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Durchführbarkeit des politischen Massenstreiks durch rege und energische Propagierung desselben nach Kräften vorzubereiten.

64. Mülhausen i. E.: Angesichts der trotz aller Ableugnungen auf eine bewaffnete Einmischung Preußen-Deutschlands in den bewunderungswürdigen Befreiungskampf des russischen Volkes gerichteten Hetze der preußischen Junkerpresse – einer Hetze, die bei den gewohnheitsgemäßen Plötzlichkeiten und Unbesonnenheiten des Zickzackkurses ernste Gefahren in sich schließt – erklärt der Parteitag: Es ist die dringende Aufgabe der Parteileitung, im Einvernehmen und zusammenwirkend mit der General-

kommission der Gewerkschaften Deutschlands die Durchführbarkeit des allgemeinen Massenstreiks ins Auge zu fassen und vorzubereiten.

69. 3. Hamburger Wahlkreis (Distrikt Hamm): Es darf nicht gestattet werden, daß Genossen die Beschlüsse des Jenaer Parteitages, „politischer Massenstreik" betreffend, umgehen, indem dieselben sich nach den entgegengesetzten Beschlüssen des Kölner Kongresses richten.

145. Resolution Friedrich-Darmstadt: Die heutige Parteiversammlung erklärt hinsichtlich des politischen Massenstreiks, an der Resolution von Jena festzuhalten. Sie erwartet ferner von dem Parteitag in Mannheim, daß er seine Stellung in dieser Frage so präzisiere, daß eine Umdeutung ausgeschlossen ist. Sollte es dennoch von einzelnen Partei- und Gewerkschaftsgenossen versucht werden, so ist dem mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906,
Berlin 1906, S. 115–118, 133.

21

Aus den Leitsätzen „Volkserziehung und Sozialdemokratie" von Heinrich Schulz und Clara Zetkin für den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Mannheim vom 23. bis 29. September 1906

II. Der Sozialismus, der die Abschaffung der Klassenunterschiede will, beseitigt damit auch die Klassenerziehung. Er bricht zu diesem Zwecke mit den geltenden Prinzipien der gegenwärtigen öffentlichen Erziehung. Der Sozialismus sieht in dem Kinde nicht den zukünftigen Lohnsklaven und rechtlosen Proletarier, sondern er würdigt in ihm das werdende Glied der sozialen Gemeinschaft freier Arbeiter, bei dem in seinem eigenen und zugleich im gesellschaftlichen Interesse alle geistigen und körperlichen Fähigkeiten zu möglichst hoher Vollendung zu entwickeln sind. Die öffentliche Erziehung wird dadurch zu einer der wichtigsten sozialen Aufgaben, für die die besten geistigen und materiellen Mittel der Gesellschaft nutzbar zu machen sind.

Da der Sozialismus in der gesellschaftlichen Arbeit den Ursprung und die Grundlage der gesellschaftlichen Organisation erblickt, da er aus diesem Grunde den Gegensatz zwischen Handarbeit und Kopfarbeit, zwischen Praxis und Theorie aufhebt und damit die Arbeit aus der verachteten Niedrigkeit von heute erheben und zu einer Quelle des Glücks und der Freude gestalten will, so wird auch für die Erziehung in der sozialisti-

schen Zukunft die „Arbeit" die Grundlage und zugleich das wertvollste, lebenerweckende und zu sozialer Gesinnung erziehende Element bilden. In dem kindlichen Spiel der ersten Lebensjahre kommt der allgemein menschliche Drang nach Betätigung zuerst zum Ausdruck. Die zukünftige öffentliche Erziehung wird daher – ohne die kindliche Lebensfreude zu beeinträchtigen – beim Spiel anknüpfen und von hier aus Knaben und Mädchen in gemeinsamer Erziehung und in steter Anlehnung an den sozialen Arbeitsprozeß durch die Jahre körperlichen und geistigen Wachstums geleiten, bis sie als vollentwickelte Individuen und mit vollem Verantwortlichkeitsbewußtsein in die soziale Gemeinschaft eintreten, und zwar an die ihrer Individualität am besten entsprechende Stelle.

III. Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die deutsche Sozialdemokratie im Interesse der Hebung der öffentlichen Erziehung zunächst:

Schaffung eines Reichsschulgesetzes auf der Grundlage der Weltlichkeit und Einheitlichkeit des gesamten Schulwesens.

Organische Angliederung der höheren an die niederen Bildungsanstalten. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Schulen. Beihilfe des Staates für die Weiterbildung befähigter, aber unbemittelter Schüler ohne Beeinträchtigung der bürgerlichen Rechte der Eltern.

Gleichberechtigung der Geschlechter in den Lehrkörpern und der Schulverwaltung. Mitwirkung der Eltern und der Lehrerschaft bei der Schulverwaltung. Fachschulaufsicht.

Errichtung von Erziehungs- und Verpflegungsanstalten für das vorschulpflichtige Alter (Kindergärten) weltlichen Charakters. Errichtung von Schulheimen, in denen die Kinder in den unterrichtsfreien Tagesstunden leibliche und geistige Fürsorge finden. Gründung von Sanatorien für schwächliche und kränkliche Kinder.

Errichtung von Fach- und Fortbildungsanstalten für die schulentlassene Jugend ohne Unterschied des Geschlechts. Obligatorischer Besuch dieser Schulen während der Tageszeit bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.

Einführung des Arbeitsunterrichts in allen Schulen. Errichtung von Lehrwerkstätten. Pflege der künstlerischen Bildung.

Festsetzung der Klassenfrequenz und der Unterrichtszeit sowie Organisation des inneren Schulbetriebes ausschließlich nach pädagogischen Grundsätzen unter Mitwirkung der Lehrer und Lehrerinnen.

Errichtung von besonderen Klassen und Schulen für abnorme Kinder (schwachbegabte, viersinnige, epileptische usw.). Überwachung des Gesundheitszustandes der Kinder durch Schulärzte. Ferienkolonien.

Bau und Ausgestaltung von Schulgebäuden nach den Forderungen der Pädagogik, Schulhygiene und Kunst.

Errichtung von Bädern, Schwimm-, Wärme- und Speisehallen in den Schulen.

Errichtung von Volksbibliotheken, Lesehallen und Instituten für Volksbelehrung und -unterhaltung (Volkskonzerte, Volksvorstellungen usw.).

Materielle und soziale Hebung der Lage der Lehrer und Lehrerinnen entsprechend der Bedeutung ihrer Aufgabe und zur Erzielung der höchsten persönlichen Leistungsfähigkeit. Universitätsbildung für sämtliche Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen.

IV. Der geschichtlichen Entwicklung eignet nicht die Tendenz, die Erziehung im Heim auszuschalten, sondern sie zu vertiefen. Die Erziehung im Heim hat das Wirken der öffentlichen Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu vervollständigen. Sie soll nicht bloß Mutterwerk, sie muß gemeinsames Elternwerk sein ... Sie erklärt es für die selbstverständliche Pflicht der Parteiangehörigen, daß sie die Kinder im Geiste der sozialistischen Weltanschauung erziehen. Solange aber der Klassenstaat besteht und die Volksschule als Werkzeug der Klassenherrschaft mißbraucht wird, kann sich die häusliche Erziehung nicht harmonisch an den Schulunterricht angliedern, sie muß vielmehr im großen Umfange bewußt und planmäßig den Tendenzen entgegenwirken, welche diesen verfälschen und vergiften. Das gilt in erster Linie und im besonderen Maße von dem Religions- und Geschichtsunterricht. Die Erziehung im Geiste der sozialistischen Weltanschauung erfolgt nicht dadurch, daß man die unmündigen Kinder zum Auswendiglernen programmatischer Formeln zwingt ...

Damit die Parteigenossen ihre verantwortungsreiche Aufgabe erfüllen können, müssen sie mit Eifer auf ihre theoretisch-sozialistische Weiterbildung bedacht sein, sie müssen in strenger Selbstzucht an ihrer Charakterbildung arbeiten.

Die Partei hat die erzieherische Aufgabe der Eltern dadurch zu fördern, daß sie in ihrer Presse dem Volksschulwesen wie den pädagogischen Problemen dauernd die gebührende Beachtung schenkt und eine geeignete sozialistische Kinderliteratur schafft.

V. Das Proletariat ist der Träger einer in sich geschlossenen Weltanschauung, die zwar die konsequente Fortentwicklung der höchsten wissenschaftlichen und künstlerischen Ideale unserer Zeit ist, aber in scharfem Gegensatz zu der bürgerlichen Weltanschauung und damit auch zu der bürgerlichen Wissenschaft und Kunst unserer Tage steht, die einen ausgeprägten Klassencharakter tragen ...

Ihr selbst aber erwächst die Aufgabe, in steigendem Maße für die allseitige Weiterbildung ihrer Mitglieder zu sorgen, und zwar in erster Linie für deren theoretische Schulung durch planmäßige Einführung in die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus. Als Mittel kommen in Betracht: die Gründung beziehungsweise der Ausbau von Arbeiterbil-

dungsschulen, die Veranstaltung von systematisch gegliederten Vortragskursen, die Veranstaltung von Lese- und Diskussionsabenden beziehungsweise die Ausgestaltung der Zahlabende zu solchen; die Verbreitung der Literatur des wissenschaftlichen Sozialismus; die Behandlung theoretischer Fragen in der Tagespresse.

Innerhalb der Partei ist der künstlerische Sinn zu erwecken und zu pflegen durch die Ausstattung der Festschriften und illustrierten Publikationen; durch die Herausgabe von Meisterbildern und künstlerisch wertvoller Unterhaltungsliteratur, durch die Veranstaltung von Konzerten, Vortragsabenden, gemeinschaftlichen Museumsbesuchen usw., durch einführende Vorträge und Artikel in der Tagespresse; durch eine zweckentsprechende Ausgestaltung der Feste.

Ein Bildungsausschuß von 7 Mitgliedern, dessen Vorsitzender als besoldeter Geschäftsführer mit dem Sitz in Berlin fungiert, dient als Zentralstelle für die Bildungsbestrebungen. Er stellt organisch aufgebaute Programme für Vorträge und Vortragskurse und die dazu gehörigen Literaturnachweise zusammen, erteilt Ratschläge für belehrende und künstlerische Veranstaltungen, vermittelt rednerische und künstlerische Kräfte und sucht auf andere geeignete Weise seiner Aufgabe gerecht zu werden. Der Ausschuß wird alljährlich von dem Parteivorstand und der Kontrollkommission gewählt. Die Kosten für die Geschäftsführung, die der Kontrolle des Parteivorstandes untersteht, trägt die Partei. Maßnahmen des Bildungsausschusses, die finanzielle Anforderungen an die Partei stellen, unterliegen der Genehmigung des Parteivorstandes.

VI. Die Sozialdemokratie erachtet es als eine ebenso dringliche wie bedeutsame Pflicht, die aus der Schule entlassene proletarische Jugend mit der Weltanschauung des Sozialismus zu erfüllen und für die aktive, zielbewußte Anteilnahme am proletarischen Emanzipationskampfe vorzubereiten.

Die Bestrebungen zur sozialistischen Erziehung der schulentwachsenen Jugend erhalten einen festen geistigen Mittelpunkt durch ein eigenes periodisches Organ, das methodisch in die Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus einführt und neben der allgemeinen geistigen Entwicklung die Charakterbildung fördert.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906,
Berlin 1906, S. 134–137.

22

Aus den von Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow gebilligten „Vorschlägen zur Führung des Wahlkampfes durch die Regierung", ausgearbeitet Mitte Dezember 1906

III. Agitation in Versammlungen.

1. Wichtiger als alle gedruckte ist die mündliche Agitation in Volksversammlungen, und diesmal kann am meisten mit Briefen von Kämpfern aus Afrika Eindruck gemacht werden. Eine Rundfrage bei den Hauptleuten und Rittmeistern – die Soldaten pflegen an ihre alten Kompanie- und Eskadronchefs noch eher als an die Mutter zu schreiben – würde viel Material ergeben. Das müßte nach Wahlkreisen geordnet und den aussichtsvollsten Kandidaten zur Verfügung (im Original) gestellt werden.

2. Den Missionaren beider Konfessionen könnte man unter der Hand zu verstehen geben, daß es jetzt an der Zeit für sie wäre, Farbe zu bekennen. Vor allem ist sofort festzustellen, welche katholischen Missionare aus unseren sämtlichen Kolonien zur Zeit in Deutschland sich befinden. Sie müßten von dritter Seite zu Vorträgen oder zum Eingreifen in die Debatte veranlaßt werden. Jedes Wort für oder gegen die Regierung aus diesem Munde ist dann eine Waffe im Wahlkampf. Entweder: „Da seht ihrs, wie wirkliche Kolonialkenner sprechen!" oder: „Die Regierung wird nun wohl ihre Stellung zu den Missionaren revidieren müssen!" Beides wirkt, nur auf verschiedene Wählerschichten.

3. Die Deutsche Kolonialgesellschaft könnte hier viel wirken. Sie muß (eventuell sie als Deckadresse) alle alten Afrikaner, auch mit Geld, mobil machen, damit sie mit in den Wahlkampf ziehen. Wo es nicht anders geht, „unpolitisch" mit Projektionsbildern, sonst als Begleiter der Kandidaten. Auch afrikanische Tunichtgute mit Geld rednerisch einspannen, ehe es die Gegenseite tut! Nicht gesinnungstüchtige, sondern interessante Sprecher machen oft das meiste. Farmer, Kaufleute, alle müssen heran.

IV. Ehrung der Afrikakämpfer.

1. Den schlimmsten Eindruck in einem Wahlkreise würde es machen, wenn ehemalige Reiter der Schutztruppe, von Sozialdemokratie oder Zentrum eingefangen, gegen die Regierungspolitik aufträten. Das muß unter allen Umständen verhindert werden. Von allen Bezirkskommandos Adressen der Afrikakämpfer einfordern, durch irgendein Komitee ihre etwaigen Nöte feststellen lassen; keiner darf in diesem Winter arbeitslos sein!

2. Ist unter diesen Leuten einer als Sozialdemokrat oder sozialdemokratischer Gewerkschafter bekannt, so sollte er von derselben Stelle angefragt werden, ob ihm mit einer Geldunterstützung behufs besseren Fortkommens jetzt in der Heimat gedient sei. Natürlich muß das von keiner

Wahlorganisation ausgehen, sondern von einem humanitären Ausschuß. Die Annahme des Geldes oder auch nur die Bereitwilligkeit dazu wird, falls der Betreffende sich mausig macht, dem aussichtsvollsten Kandidaten der Regierungsseite mitgeteilt. Auch hier „Original"-Dokumente zu Vorlage in der entscheidenden Versammlung.

3. Sofort anregen, daß in Kirchen und ev. auf Kriegerdenkmälern der Gemeinden in den Dörfern die Namen der in Afrika Gefallenen angebracht werden. Enthüllung, selbst wo es sich nur um einen einzigen einfachen Reiter handelt, unter Assistenz hohen Militärs und Verwaltung. Landrat oder Präsident muß die Eltern des zu Ehrenden am frühen Morgen schlicht, ohne Begleitung, aufsuchen und fragen, ob es der einzige Ernährer war. Bei der Feier selbst die Hauptsache: kein Wort von Politik! Je weniger von oben ermahnt wird, desto bessere Wahlen.

Deutsches Zentralarchiv, Potsdam,
Reichskanzlei, Nr. 1794, Bl. 30–32.
Zeitschrift für Geschichtswissenschaft,
1961, H. 3, S. 553/554.

23

Aus der Schrift „Arbeiter und Flotte" von Waldemar Zimmermann, erschienen 1906

Jedem Arbeiter sind natürlich derartige Gedankengänge aus der Welt seiner Arbeitskämpfe geläufig. Nur wenn er sich organisiert und eine Machtstellung gegenüber dem Unternehmer einnimmt, erwartet er, daß man ihn als gleichberechtigten Faktor ansieht und daß er sich ein gedeihliches Arbeitsverhältnis schaffen kann. Machtlos, muß er alles geduldig hinnehmen, was der Unternehmer ihm bietet. Der moderne Arbeiter hat verlernt, seine Arbeitsexistenz allein auf das Wohlwollen des anderen Teiles zu basieren, sondern sich in seinen Gewerkschaften eine Kampfrüstung und mit hohen Beiträgen eine Versicherung für die schlimmen Zeiten geschaffen. Der Arbeiter weiß, daß der Kampf zum Vorwärtsstreben gehört wie die Wellen zum Strom. Er wird es darum auch am ersten verstehen, warum der Krieg, der große Beweger des Menschengeschlechts, in der Menschheitsgeschichte noch immer nicht ausstirbt und warum eine Nation, die noch an sich selbst glaubt, auf eine starke Rüstung zu Wasser und zu Lande bedacht sein muß. Und im eigensten Interesse seiner Klasse, aus deren Millionen sich das Gros der Vaterlandsverteidiger rekrutiert, muß ihm doppelt ernst daran gelegen sein, daß diese Rüstung so vollkommen und wirksam, so achtunggebietend wie möglich sei, damit die deutschen Soldaten und Seeleute, wenn die Stunde der Not

kommt, wohlbewehrt und mit Aussicht auf einen siegreichen Ausgang in den Kampf ziehen können.

Dr. Waldemar Zimmermann: Arbeiter und Flotte.
Eine Studie über Seewirtschaft, Weltpolitik und Arbeiterpolitik,
Berlin 1906, S. 100/101.

24

Aus dem Artikel „Der Wille zur Weltpolitik",
erschienen in den „Alldeutschen Blättern" am 5. Januar 1907

Ohne Macht kann man keine Weltpolitik treiben. Weltpolitik bedeutet für uns die Erhaltung unserer Kolonien, den Schutz deutscher Volksgenossen und deutscher Unternehmungen im Auslande, die Erhaltung handelspolitischer Beziehungen, die unsere Ausfuhr sichern. Wenn wir auf die Macht, die vor allem in einer starken Flotte bestehen muß, und damit auf Weltpolitik überhaupt verzichten, so bedeutet das Rückgang unserer Industrie, Verminderung der Arbeitslöhne, Niedergang der Lebenshaltung unserer Arbeiterschaft oder Auswanderung von Millionen deutscher Volksgenossen in Länder, wo sie keine Möglichkeit haben, sich national zu erhalten, und wo die wirtschaftlichen Lebensbedingungen voraussichtlich weit schlechter sein werden als in der Heimat. Wenn man sich alles dies überlegt, so erkennt man erst die ganze Frivolität der sozialdemokratischen Führer, die der deutschen Arbeiterschaft vorschwindeln, mit ihrer starren Gegnerschaft gegen jede Art von Kolonial- und Weltpolitik deren Interessen zu vertreten. Wenn ein Agrarier sagen würde: „Ich habe von der ganzen industriellen Entwicklung nichts, sie verursacht nur, daß mir die Arbeiter davonlaufen und ich für alle Erzeugnisse mehr bezahlen muß", so könnte man das verstehen; um so mehr müssen wir anerkennen, daß diese Kreise doch stets trotz mancher Bedenken, die aus solchen Gedankengängen stammen, zur nationalen Sache stehen. Wenn aber angebliche Vertreter der Arbeiterschaft sich gegen deutsche Weltpolitik wenden, so versündigen sie sich auf das schwerste gegen die Interessen der Volksgenossen, die ihnen Vertrauen geschenkt haben. Gerade in diesem bevorstehenden Wahlkampf können wir nicht nachdrücklich und oft genug darauf hinweisen, daß wir um Brot und Land, vor allem für die Kinder unseres Proletariats kämpfen, daß die deutsche Weltpolitik vor allem der Nachkommenschaft der besitzlosen Klassen zugute kommen wird.

Alldeutsche Blätter (Berlin),
5. Januar 1907.

25

Aus Karl Liebknechts Schrift „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung", erschienen im Februar 1907

8. Der Militarismus, eine Gefährdung des Friedens

Nationalistische Gegensätzlichkeiten – das Bedürfnis nationaler Ausdehnung infolge der Bevölkerungsvermehrung, das Bedürfnis nach Einverleibung von Gebieten mit natürlichen Schätzen zur Hebung des Nationalreichtums (will sagen: des Reichtums der herrschenden Klassen) und zur Verselbständigung des Staats zu einer in der Produktion sich möglichst selbst genügenden Wirtschaftseinheit (eine natürliche Ergänzungstendenz zur Schutzzollpolitik, eine Tendenz, die freilich gegenüber der sich immer stärker durchsetzenden weitausgreifenden internationalen Arbeitsteilung nur von verschwindender Bedeutung sein kann), das Bedürfnis nach Erleichterung des Verkehrs im Inland und mit dem Ausland (zum Beispiel durch Erwerbung von schiffbaren Flüssen, von Seehäfen usw.), des Verkehrs, der das Mittel ist, durch das sich der Stoffwechsel des Wirtschaftskörpers, der Handel, vollzieht – und Gegensätze des allgemeinen kulturellen Niveaus, insbesondere auch der politischen Entwicklungsstufe, können sehr wohl auch heute noch internationale politische Spannungen erzeugen. Die wichtigsten politischen Spannungen, die heute zu internationalen kriegerischen Verwicklungen führen können, entstehen aber, wie oben bereits dargelegt, durch die Konkurrenz der einzelnen Staaten innerhalb der Weltwirtschaft, durch den Welthandel, durch die Weltpolitik mit all ihren Komplikationen, insbesondere die Kolonialpolitik. Hauptträger dieser Spannungen sind die mächtigen Expansionsinteressenten der Industrie und des Handels, die als Interessenten an einem erfolgreichen Krieg bezeichnet werden mögen.

Es kann aber nicht verkannt werden, daß die Existenz der stehenden Heere, in denen sich der Militarismus in seiner ausgeprägtesten Form sedimentiert, an und für sich den internationalen Frieden bedroht, eine selbständige Kriegsgefahr bildet. Dabei mag ganz davon abgesehen werden, daß die Steigerung der militärischen Lasten, jene „Schraube ohne Ende", zu der Neigung führen kann, einen günstigen Augenblick jeweiliger militärischer Überlegenheit nicht unbenützt verstreichen zu lassen oder eine nun einmal doch für notwendig gehaltene kriegerische Auseinandersetzung vor einer weiteren ungünstigen Verschiebung des militärischen Stärkeverhältnisses zum Austrag zu bringen, eine Neigung, die bekanntlich bei dem jüngsten Marokkokonflikt in Frankreich nicht ohne Einfluß war, die aber stets mehr für den Zeitpunkt des Kriegsausbruchs als für den Ausbruch selbst maßgebend ist.

Aber das stehende Heer erzeugt, wie in viel geringerem Maße ja auch die Miliz, eine moderne Kriegerkaste, eine Kaste von Personen, die sozusagen von Kindesbeinen auf den Krieg dressiert sind, eine privilegierte Konquistadorenkaste, die im Kriege Abenteuer und Beförderung sucht. Hinzu kommen diejenigen Kreise, die im Falle eines Krieges ihr besonderes Schäflein scheren, die Lieferanten von Waffen, Munition, Kriegsschiffen, Pferden, Ausrüstungs- und Bekleidungsmaterial, Verpflegungs- und Transportmitteln, kurz: die Armeelieferanten, deren es natürlich auch – aber minder – in Milizstaaten gibt. Beide Gruppen von speziellen Kriegsinteressenten, das heißt von Interessenten am Kriege, an der Kriegsführung selbst – die abenteuerlustige der Offiziere und die vom Kriegserfolg ganz unabhängige der Armeelieferanten –, sitzen, um einen populären Ausdruck zu gebrauchen, dicht an der Spritze. Sie sind versippt mit den höchsten Staatsämtern und besitzen großen Einfluß auf diejenigen Instanzen, die formell über Krieg und Frieden zu entscheiden haben. Sie lassen keine günstige Gelegenheit vorübergehen, ohne zu versuchen, diesen Einfluß, den sie meist durch ihre Bewucherung des Militarismus erst erworben haben, in pures Gold umzusetzen und Hekatomben von Proletariern auf dem Altar ihres Profits opfern zu lassen. Sie hetzen als Kolonialtreiber das „teure Vaterland" in gefährliche, kostspielige, für sie höchst profitable Abenteuer, um dann als Flottentreiber dieses selbige Vaterland auf Kosten anderer in einer für sie wiederum höchst profitablen Manier zu retten.

So bedeutet Kampf gegen die stehenden Heere und den chauvinistisch-militaristischen Geist Kampf gegen eine Gefahr für den Völkerfrieden. Das alte Wort: Si vis pacem, para bellum mag für den einzelnen von militaristischen Staaten umgebenen Staat immerhin gelten, keinesfalls aber gilt es für die Gesamtheit der kapitalistischen Staaten, an die sich die internationale Agitation der Sozialdemokratie richtet. Und noch weniger spricht dieser Satz für die Notwendigkeit, sich auf den Krieg gerade in Form des stehenden Heeres vorzubereiten, auf das im Gegenteil der genau umgekehrte Satz zutrifft: Si vis bellum, para pacem – keine größere Kriegsgefahr als eine solche Friedenssicherung! Für den aggressiven wirtschaftlich-politischen Imperialismus unserer Tage freilich ist das stehende Heer die adäquate Form der Kriegsvorbereitung.

So wahr aber der Völkerfriede im Interesse des internationalen Proletariats und darüber hinaus im Kulturinteresse der gesamten Menschheit liegt, so wahr ist der Kampf gegen den Militarismus, der da alles in allem gleich ist der Völkerverhetzung, der Summe und dem Extrakt aller friedenstörenden Tendenzen des Kapitalismus, kurzum, der da die ernste Gefahr des Weltkrieges ist, ein Kulturkampf, den zu führen das Prole-

tariat stolz ist, den es in seinem ureigensten Interesse führen muß und den zu führen keine andre Klasse als solche (einzelne wohlmeinende Schwärmer bestätigen hier nur die Regel) ein nur entfernt ebenso großes Interesse besitzt.

Der Militarismus stört aber auch den inneren Frieden, nicht nur durch die ihm eigene Verrohung der Bevölkerung, durch die schweren wirtschaftlichen Lasten, die er dem Volk auferlegt und durch den so geschaffenen Steuer- und Zolldruck, nicht nur durch die Hand in Hand mit ihm einhergehende Korruption (vergleiche die Woermann, Fischer, von Tippelskirch, Podbielski und Genossen), nicht nur durch die Zerreißung des unter der Klassenteilung schon genugsam seufzenden Volks in zwei Kasten, nicht nur durch Militärmißhandlungen und Militärjustiz, sondern vor allem dadurch, daß er ein mächtig wirksamer Hemmschuh gegen jeden Fortschritt, daß er ein kunstvolles und höchst kräftiges Instrument ist, um das Ventil des sozialen Dampfkessels gewaltsam zuzupressen. Wer immer eine Fortentwicklung des Menschengeschlechts für unvermeidlich hält, für den ist das Bestehen des Militarismus das wichtigste Hindernis für die Friedlichkeit und Stetigkeit einer solchen Entwicklung, dem ist der ungebrochene Militarismus gleichbedeutend mit der Notwendigkeit blutigroter Götzendämmerung des Kapitalismus.

9. Die Schwierigkeiten der proletarischen Revolution

So ist die Beseitigung oder möglichste Schwächung des Militarismus eine Lebensfrage für den politischen Emanzipationskampf, dessen Form und Art der Militarismus in gewissem Sinne degeneriert und damit entscheidend beeinflußt, eine Lebensfrage um so mehr, als die Überlegenheit der Armee über das Volk ohne Waffen, über das Proletariat, infolge der hochentwickelten Technik und Strategie, infolge der Riesenhaftigkeit der Armeen, infolge der ungünstigen lokalen Gliederung der Klassen und bei dem für das Proletariat besonders ungünstigen wirtschaftlichen Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie eine weit größere ist als je, und schon darum wird jede künftige proletarische Revolution bei weitem schwieriger sein als jede bisherige Revolution. Es ist wichtig, sich immer wieder vor Augen zu halten, daß in der bürgerlichen Revolution das treibende revolutionäre Bürgertum längst wirtschaftlich das Heft in Händen hatte, bevor die Revolution im engeren Sinne zum Ausbruch kam, daß es eine zahlreiche, ihm wirtschaftlich unterworfene und seinem politischen Einflusse preisgegebene Klasse für sich in das Feuer treiben und sich die Kastanien aus dem Feuer holen lassen konnte, daß es den alten Plunder des Feudalismus gewissermaßen erst angekauft hatte, bevor es ihn zertrümmerte oder in die Rumpelkammer warf, während das Prole-

tariat alles, was dort mit Reichtum errungen ist, mit Hunger und mit den eigenen nackten Leibern erobern muß.

Karl Liebknecht: Militarismus und Antimilitarismus
unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung,
Leipzig 1907, S. 66–68.
Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I,
Berlin 1958, S. 357–361.

26
Aus der Rede Gustav Noskes im Deutschen Reichstag am 25. April 1907

Noske, Abgeordneter: Meine Herren, es sind gestern geradezu unbeschreiblich und unbegreiflich falsche und irrige Ansichten über die Bestrebungen der Sozialdemokratie hier wieder vorgetragen worden. Wir Sozialdemokraten müssen uns immer wieder fragen, wie es eigentlich möglich ist, daß Politiker, die über alle möglichen Dinge unterrichtet sind, über unsere Partei die unglaublichsten Sachen vortragen können. Daß hier wider besseres Wissen falsche Behauptungen über die Sozialdemokratie aufgestellt werden, kann ich natürlich nicht annehmen. Darum haben wir Sozialdemokraten aber auch das Recht zu betonen, daß es doch geradezu die Pflicht unserer Gegner ist, sich etwas mehr darüber zu unterrichten, welches in Wirklichkeit die Bestrebungen sind, denen wir nachgehen ...

In der Resolution, die der Herr Kriegsminister angeführt hat, ist von der Abscheu vor dem Militarismus die Rede. Aber, meine Herren, die Abscheu vor dem Militarismus ist noch lange keine Abscheu vor der Wehrhaftigkeit; Militarismus und Wehrhaftigkeit sind himmelweit verschiedene Dinge. Was wir im Militarismus bekämpfen, ist der unnötige Drill, sind die Soldatenschindereien, die Abschließung der Offiziere als Kaste und die Erklärung des Heeres als ein Machtmittel, das Übergewicht der besitzlosen Klassen gegenüber den besitzenden aufrechtzuerhalten.

Der Herr Kriegsminister hat gesagt, wir wollten die Disziplin untergraben. Ein ungerechterer Vorwurf gegenüber der Sozialdemokratie ist überhaupt nicht denkbar. Ich frage den Herrn Kriegsminister: Wo gibt es in Deutschland außer im Heere noch ein höheres Maß von Disziplin als in der sozialdemokratischen Partei und in den modernen Gewerkschaften? Sie machen uns auf der rechten Seite des Hauses so außerordentlich oft den Vorwurf, daß wir eine zu stramme Disziplin in unseren Reihen forderten und daß wir von dem einzelnen Mann Unterordnung verlangten im Interesse seiner Klasse. Wir wenden uns nur gegen den Kadavergehorsam, der dazu führt, daß sich in der Armee Leute wie Hunde behan-

deln lassen müssen, ohne dagegen mucksen zu dürfen. Dagegen sind wir uns darüber durchaus im klaren, daß der einzelne die Pflicht hat, sich unterzuordnen, sobald das Interesse der Gesamtheit in Frage kommt.

Ich gehe als Sozialdemokrat mit dem Herrn Kriegsminister zusammen, wenn er erklärt hat, man habe ein Interesse daran, daß die deutschen Soldaten die besten Waffen haben. Wer so wie ich und Tausende von Männern jahrelang den Gestellungsbefehl für den ersten Mobilmachungstag in der Tasche getragen hat, der hat natürlich auch ein Interesse daran, daß er mit einem modernen Gewehr statt mit einer Heugabel ins Feld gestellt wird; das ist doch so selbstverständlich wie nur irgend etwas ...

Meine Herren, wir Sozialdemokraten sind davon durchdrungen, daß Deutschland wehrhaft sein muß; aber wir halten es nicht für notwendig, daß diese Wehrmittel gleichzeitig dazu benutzt werden sollen, das deutsche Volk selbst niederzuhalten. Wir protestieren durch unsere Ablehnung des Etats dagegen, daß man uns Sozialdemokraten bei jeder Gelegenheit gesagt hat: wenn die Arbeiterbewegung einen gewissen Umfang annimmt, der den besitzenden Klassen nicht mehr in den Kram paßt, dann lassen wir die Soldaten gegen das eigene Volk marschieren und losschlagen. Weil erklärt wird, daß unter Umständen das Heer dazu dienen soll, einem gesunden Fortschritt und einer gesunden Weiterentwicklung unseres Volkes Widerstand entgegenzustellen, deswegen lehnen wir in der Hauptsache den Etat ab ...

Meine Herren, im 17. sächsischen Reichstagswahlkreise, wo morgen die Ersatzwahl stattfindet, las ich dieser Tage wieder die Beschuldigung, die Sozialdemokraten wollten, daß Russen, Franzosen, Engländer Deutschland verwüsteten, um zur Republik zu gelangen. (Heiterkeit) Ja, meine Herren, wenn derartige niederträchtige Verleumdungen immer wieder in die Welt gesetzt werden, dann haben wir allen Anlaß, uns hier vor dem ganzen Lande gegen derartige Beschuldigungen zu verwahren. Wie könnten wir so wahnwitzig sein, wünschen zu wollen, daß ein Feind ins Land kommt und es verwüstet! Meine Herren, darüber sind wir Sozialdemokraten uns durchaus klar, daß unter einem verlorenen Krieg die Armen, die Arbeiterbevölkerung, am meisten zu leiden hätten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) Bebel hat hier – das ist doch auch dem Kriegsminister und den anderen Herren bekannt, die gegen uns Vorwürfe erheben – betont, daß selbstverständlich die Sozialdemokraten die Flinte auf den Buckel nehmen würden, wenn es sich darum handelte, Deutschland vor wirklichen Gefahren zu bewahren. Ich behaupte, daß es keinen deutschen Sozialdemokraten gibt, der eine andere Auffassung hegt.

Sie, meine Herren von der rechten Seite des Hauses, behaupten, wie es gestern Herr v. Liebermann unter Ihrem Beifall wieder getan hat, daß Sie Angriffskriege nicht unternehmen wollen, daß Sie aber den Standpunkt

vertreten, wenn frivole Angriffe gegen Deutschland gerichtet werden, zu erklären: sie sollen nur kommen! Der Kriegsminister hat diese Erklärung unterstrichen. Dazu sage ich: In der Beurteilung von Angriffskriegen auf Deutschland stimmen wir absolut überein! Es gibt da keinen Unterschied! Angriffe würden wir Sozialdemokraten mit ebenso großer Entschiedenheit zurückzuweisen bemüht sein, wie das irgendein Angehöriger der bürgerlichen Parteien tun könnte und wollte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten)

Wenn ich das hier feststelle, so halte ich es doch für notwendig, auch zu betonen, daß wir Sozialdemokraten eine solche Säbelrasselei, wie sie gestern und vorgestern hier im Reichstag stattgefunden hat, für überflüssig halten. Alle Welt weiß, daß Deutschland ein starkes Heer hat, weiß, daß wir gegen 600 000 Mann in Waffen haben, weiß, daß wir Millionen Mann auf die Beine bringen können. Wenn aber auch die politische Situation gespannt ist, hat man nicht notwendig, mit seiner Stärke zu renommieren, und hat – das halte ich für notwendig, besonders zu betonen – schon seit Jahr und Tag nicht notwendig gehabt, bei allen möglichen Gelegenheiten säbelrasselnde Reden zu halten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

Wenn hier darauf hingewiesen wird, daß die gegenwärtige politische Weltsituation ganz außerordentlich gespannt ist, dann dürfen wir doch auch nicht verkennen, wenn wir wirklich eine objektive Prüfung der Tatsachen vornehmen wollen, daß von gewisser Seite in Deutschland durch unvorsichtige Redewendungen ganz gehörig beigetragen worden ist, diese gespannte Situation hervorzurufen, und dazu, daß ein gewisses Mißtrauen gegenüber Deutschland in der Welt vorhanden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

Betonen will ich noch, daß wir Sozialdemokraten als die stärkste Partei in Deutschland von unserer Regierung mit allem Nachdruck fordern, daß sie eine so ehrliche, rückhaltlose Friedenspolitik betreibt, wie sie nur denkbar und wünschenswert ist.

Im übrigen erkläre ich noch einmal: Wir wünschen, daß Deutschland möglichst wehrhaft ist, wir wünschen, daß das ganze deutsche Volk an den militärischen Einrichtungen, die zur Verteidigung unseres Vaterlandes notwendig sind, ein Interesse hat. Das ist aber nur zu erreichen, wenn nicht an überlebten Einrichtungen festgehalten wird, sondern nur dann, wenn Sie mit der Sozialdemokratie sich dahin bemühen, daß Deutschland für das ganze Volk so wohnlich, so freiheitlich und so kulturell hochstehend wird, wie es nur einigermaßen denkbar ist! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten)

Verhandlungen des Reichstags, XII. Legislaturperiode, I. Session,
Band 228. Stenographische Berichte,
Berlin 1907, S. 1093, 1100, 1101.

27

Aus dem Erlaß des Kommandierenden Generals des VII. Armeekorps, Moritz Ferdinand Freiherrn von Bissing, über das Verhalten der Truppen „bei inneren Unruhen" vom 30. April 1907

Vom großen Generalstab sind auf Grund geschichtlicher Studien die Lehren und Erfahrungen zusammengefaßt worden, welche für das Verhalten des Militärs bei Aufständen und im Straßenkampf von Wichtigkeit sein können.

Ich bringe sie hiermit zur Kenntnis der Kommandeure, einschl. Stabsoffiziere.

Gegenüber Demonstrationen wird im allgemeinen die Polizei ausreichen, um die Ordnung aufrechtzuhalten. Lediglich zur Verstärkung der Polizei darf Militär nicht verwendet werden. Über das Verhältnis des Militärs zur Polizei, falls ersteres zum Beistand einer Zivilbehörde herangezogen wird, läßt die Vorschrift über den Waffengebrauch des Militärs (II, 2) keinen Zweifel.

Wird bei solchen Gelegenheiten das Einschreiten mit der Waffe nötig, so muß die durch das Gesetz verlangte dreimalige Aufforderung so deutlich erfolgen, daß auch weiter entfernt stehende Personen sie verstehen können und es muß dabei darüber kein Zweifel gelassen werden, daß auch schon beim Beharren im passiven Widerstand die unbedingte Folge das Eingreifen mit der Waffe ist.

Tritt dann die Notwendigkeit des Gebrauchs der Schußwaffe ein, so ist es auch einer anscheinend unbewaffneten Menge gegenüber unangebracht, erst den Hochanschlag anzuwenden. Es ist vielmehr besser, frühzeitig den aufrührerischen Elementen den festen Willen zu zeigen, alle revolutionären Gelüste im Keim zu ersticken.

Bei einem wirklichen Aufstand wird damit gerechnet werden müssen, daß die Aufständischen gut organisiert sind; die überall bestehenden sozialdemokratischen Genossenschaften, Gewerkschaften pp. sind dazu gewissermaßen schon eine Vorbereitung.

Auch mit Geldmitteln werden die Aufständischen reichlich versehen sein, ebenso wie mit guten modernen Waffen.

Die Kampfform der Aufständischen wird stets zunächst die Defensive sein. Durch Barrikaden und Drahthindernisse werden die Bewegungen der Truppen erschwert, diese selbst aus den zur Verteidigung eingerichteten Häusern beschossen. Mehr wie früher wird heute – besonders bei bergmännischer Bevölkerung – mit der Anwendung von Sprengstoffen zu rechnen sein. Auch von Brandstiftungen ist stets ein ausgedehnter Gebrauch gemacht worden, um das Vordringen der Truppen zu verhindern.

Sobald die Polizei der Bewegung der Massen nicht mehr Herr werden

kann und diese den Organen der Sicherheit und Ordnung gegenüber eine drohende Haltung annehmen, ist der Augenblick gekommen, über den rebellierenden Bezirk den Belagerungszustand zu verhängen (Gesetz über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851).

Mit dieser Maßregel geht gleichzeitig die ausübende Gewalt mit unbeschränkter Vollmacht in allen Verwaltungsangelegenheiten, in polizeilicher und gerichtlicher Beziehung auf den mit dem Oberbefehl und der Herstellung der Ordnung betrauten militärischen Führer über . . .

Die ersten Maßregeln, die gleichzeitig mit der Bekanntmachung des Belagerungszustandes getroffen werden müssen, sind die Unterdrückung aller, aufrührerische Tendenzen verfolgenden Blätter und die Verhaftung der Redakteure, sowie überhaupt aller als Führer und Agitatoren bekannten Personen, ohne Rücksicht auf die Immunität der Reichstagsabgeordneten. Die Festnahme dieser Personen wird vielleicht noch von der Polizei durchgeführt werden können, wahrscheinlich wird sie zum mindesten durch Militär gedeckt werden müssen. Jedenfalls müssen die Festgenommenen der Militärbehörde übergeben, von dieser sobald als möglich in Sicherheit gebracht werden.

Alle Versammlungen werden verboten und gerade beim Beginn aufrührerischer Bewegungen müssen alle Versuche zur Widersetzlichkeit im Keim erstickt werden. Nichts ist gefährlicher wie zögernde Maßnahmen. Abwarten bringt auch den Geist der besten Truppe ins Wanken, während Angriff und Kampf ihre Gesinnung festigt.

Wichtige Gebäude, wie Schlösser, Banken, Archive, Kasernen, Magazine, Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Werke, Waffen- und Munitionsfabriken sind zu besetzen. Um die Verbindung nach außen, die Heranziehung auswärtiger Truppen oder den Abtransport von Abteilungen nach anderen Orten sicher zu stellen, ist den Bahnhofsanlagen und Telegraphenämtern besondere Aufmerksamkeit zu widmen, wichtige Eisenbahnlinien sind eventuell durch Kavallerie zu bewachen.

Für den Fall von Aufständen der Eisenbahnarbeiter sind besondere Vorkehrungen ja schon getroffen . . .

Unter keinen Umständen dürfen höhere oder niedere Befehlshaber auf Unterhandlungen mit Aufständischen eingehen, es gibt nur eine Bedingung „Unterwerfung auf Gnade oder Ungnade". Eroberte Stadtteile sind genau abzusuchen, Gefangene sofort nach auswärts abzuschieben, falls sie nicht sofort an Ort und Stelle vor die Kriegsgerichte gestellt werden.

Alle Rädelsführer oder wer mit der Waffe in der Hand gefangen wird, ist dem Tode verfallen. Die volle Strenge des Gesetzes ist unbarmherzig anzuwenden.

gez. Frhr. von Bissing

Deutsches Zentralarchiv, Potsdam, Reichskanzlei, Nr. 1271, Bl. 47–50.
Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (Berlin), 1958, H. 6, S. 1302–1305.

28

Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses zu Stuttgart zum Tagesordnungspunkt „Der Militarismus und die internationalen Konflikte", angenommen am 24. August 1907

Der Kongreß bestätigt die Resolutionen der früheren internationalen Kongresse gegen den Militarismus und Imperialismus und stellt aufs neue fest, daß der Kampf gegen den Militarismus nicht getrennt werden kann von dem sozialistischen Klassenkampf im ganzen.

Kriege zwischen kapitalistischen Staaten sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkte, denn jeder Staat ist bestrebt, sein Absatzgebiet sich nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei Unterjochung fremder Völker und Länder eine Hauptrolle spielt. Diese Kriege ergeben sich weiter aus den unaufhörlichen Wettrüstungen des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist.

Begünstigt werden die Kriege durch die bei den Kulturvölkern im Interesse der herrschenden Klassen systematisch genährten Vorurteile des einen Volkes gegen das andere, um dadurch die Massen des Proletariats von ihren eigenen Klassenaufgaben sowie von den Pflichten der internationalen Klassensolidarität abzuwenden.

Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militärtechnische Entwicklung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung die Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt.

Daher ist die Arbeiterklasse, die vorzugsweise die Soldaten zu stellen und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen hat, eine natürliche Gegnerin des Krieges, der im Widerspruch zu ihrem Ziele steht: Schaffung einer auf sozialistischer Grundlage beruhenden Wirtschaftsordnung, die die Solidarität der Völker verwirklicht.

Der Kongreß betrachtet es deshalb als Pflicht der arbeitenden Klasse und insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten, unter Kennzeichnung des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft und der Triebfeder für die Aufrechterhaltung der nationalen Gegensätze, mit allen Kräften die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern, sowie dahin zu wirken, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt wird.

Der Kongreß sieht in der demokratischen Organisation des Heer-

wesens, der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, eine wesentliche Garantie dafür, daß Angriffskriege unmöglich und die Überwindung der nationalen Gegensätze erleichtert wird.

Die Internationale ist außerstande, die in den verschiedenen Ländern naturgemäß verschiedenen, der Zeit und dem Ort entsprechenden Aktionen der Arbeiterklasse gegen den Militarismus in starre Formen zu bannen. Aber sie hat die Pflicht, die Bestrebungen der Arbeiterklasse gegen den Krieg möglichst zu verstärken und in Zusammenhang zu bringen.

Tatsächlich hat seit dem Internationalen Kongreß in Brüssel das Proletariat in seinen unermüdlichen Kämpfen gegen den Militarismus durch die Verweigerung der Mittel für Rüstungen zu Wasser und zu Lande, durch die Bestrebungen, die militärische Organisation zu demokratisieren, mit steigendem Nachdruck und Erfolg zu den verschiedensten Aktionsformen gegriffen, um den Ausbruch von Kriegen zu verhindern oder ihnen ein Ende zu machen sowie um die durch den Krieg herbeigeführten Aufrüttelung der Gesellschaft für die Befreiung der Arbeiterklasse auszunutzen:

so namentlich die Verständigung der englischen und französischen Gewerkschaften nach dem Faschodafall zur Sicherung des Friedens und zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen England und Frankreich; das Vorgehen der sozialdemokratischen Parteien im deutschen und im französischen Parlament während der Marokkokrise; die Kundgebungen, die zum gleichen Zweck von den französischen und deutschen Sozialisten veranstaltet wurden; die gemeinsame Aktion der Sozialisten Österreichs und Italiens, die sich in Triest versammelten, um einen Konflikt der beiden Staaten vorzubeugen; weiter das nachdrückliche Eingreifen der sozialistischen Arbeiterschaft Schwedens zur Verhinderung eines Angriffs auf Norwegen, endlich der heldenhafte opferwillige Kampf der sozialistischen Arbeiter und Bauern Rußlands und Polens, um sich dem vom Zarismus entfesselten Krieg zu widersetzen, ihm ein Ende zu machen und die Krise des Landes zur Befreiung der arbeitenden Klasse auszunutzen.

Alle diese Bestrebungen legen Zeugnis ab von der wachsenden Macht des Proletariats und von seiner wachsenden Kraft, die Aufrechterhaltung des Friedens durch entschlossenes Eingreifen zu sichern; die Aktion der Arbeiterklasse wird um so erfolgreicher sein, je mehr die Geister durch eine entsprechende Aktion vorbereitet und die Arbeiterparteien der verschiedenen Länder durch die Internationale angespornt und zusammengefaßt werden.

Der Kongreß ist der Überzeugung, daß unter dem Druck des Proletariats durch eine ernsthafte Anwendung der Schiedsgerichte an Stelle der kläglichen Veranstaltungen der Regierungen die Wohltat der Abrüstung

den Völkern gesichert werden kann, die es ermöglichen würde, die enormen Aufwendungen an Geld und Kraft, die durch die militärischen Rüstungen und die Kriege verschlungen werden, für die Sache der Kultur zu verwenden.

Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.

Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart,
18. bis 24. August 1907,
Berlin 1907, S. 64–66.
Die revolutionäre Arbeiterbewegung
im Kampf um den Frieden 1848 bis 1964, Dokumente,
Berlin 1964, S. 23–26.

29

Änderungsvorschläge Rosa Luxemburgs, W. I. Lenins und L. Martows zum Resolutionsentwurf August Bebels für den Tagesordnungspunkt „Der Militarismus und die internationalen Konflikte", beantragt am 22. August 1907

Von den russischen und polnischen Delegierten Rosa Luxemburg, Lenin und Martow sind folgende Änderungen zur Resolution Bebel beantragt worden:

I. Dem ersten Passus der Resolution Bebel ist folgende Fassung zu geben:

„Der Kongreß bestätigt von neuem die Resolutionen der früheren internationalen Kongresse gegen den Militarismus und Imperialismus."

Folgt der erste Passus der Resolution Bebel, und anschließend daran folgt der Zusatz:

„Diese Kriege ergeben sich mit Naturnotwendigkeit aus den unaufhörlichen Wettrüstungen des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der

bürgerlichen Klassenherrschaft und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist."

II. Dem zweiten Passus der Bebelschen Resolution ist folgender Passus beizufügen:

„Um dadurch die Massen des Proletariats von ihren eigentlichen Klassenaufgaben sowie von den Pflichten der internationalen Klassensolidarität abzulenken."

III. Dem fünften Absatz der Bebelschen Resolution sollen die Worte folgen:

„sowie dahin zu wirken, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus erzogen und systematisch mit Klassenbewußtsein erfüllt wird, so daß die herrschenden Klassen es nicht wagen, sie als Werkzeuge für die Festigung ihrer Klassenherrschaft gegen das kämpfende Proletariat zu gebrauchen."

IV. Dem letzten Passus der Bebelschen Resolution ist die folgende Fassung zu geben:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern und steigern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen."

Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart,
18. bis 24. August 1907,
Berlin 1907, S. 102.

30

Aus dem Buch Ernst Hasses,
des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes,
„Die Zukunft des deutschen Volkstums",
erschienen im Jahre 1907

Die neueren Rassenforscher, von denen wir vorwiegend Röse folgen, als demjenigen, der fremde und eigene Forschungsergebnisse zuletzt zusammengefaßt hat, kommen nämlich zu den folgenden außerordentlich belangreichen Ergebnissen:

„1. Geistig hervorragende Menschen zeichnen sich im allgemeinen auch durch eine höhere Körperlänge aus, die das Durchschnittsmaß der gesamten Bevölkerung übersteigt; sie haben außerdem eine etwas längere Kopfform und eine bedeutendere Kopfgröße als die gleichgroße Durchschnittsbevölkerung.

2. Der nordische Rassenbestandteil des deutschen Volkes ist der Hauptträger seiner geistigen Kraft.

3. Die oberen Bevölkerungsschichten haben mehr nordisches Blut in ihren Adern als der Durchschnitt der gesamten deutschen Bevölkerung."

Aus diesen Leitsätzen Röses ergibt sich u. E. politisch ohne weiteres, daß die Bestrebungen des Staates und der Gesellschaft dahin gerichtet sein müssen, den noch vorhandenen Rest des nordischen Rassenbestandteiles des deutschen Volkes vor weiterer Vergeudung zu schützen und alle einer Verminderung dieses Rassenbestandteiles drohenden Gefahren abzuwenden. Die meisten Forscher der Rassenkunde sind der Meinung, daß die hauptsächlichste Gefahr von der Kultur, der Industrie und dem Stadtleben drohe. „Der Langkopf wandert in die Stadt und degeneriert dort."

Ernst Hasse: Deutsche Politik, Bd. I: Heimatpolitik,
H. 4: Die Zukunft des deutschen Volkstums,
München 1907, S. 51.

31

Aus dem Vortrag des Regierungsassessors B. Bodenstein „Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der Industrie", gehalten in der Versammlung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände am 27. Juni 1908 in Berlin

Alle diese Zahlen zeigen mit Deutlichkeit, wie der Ruhrbergbau (und in ähnlichem Verhältnis das gesamte Deutschland) auf ausländische Arbeiter angewiesen ist. Diese Zuwanderung bringt einmal Vorteile mit sich, die nicht zu unterschätzen sind. Nachdem unsere Arbeiterschaft sich unbestritten zu einer höheren Kulturstufe und höherem wirtschaftlichem Niveau aufgeschwungen hat, kann es in gewisser Weise als erfreulich bezeichnet werden, daß für die Verrichtung der niederen Arbeiten anspruchslose ausländische Arbeiter zur Verfügung stehen.

Die ausländischen Arbeiter sind in ihren Lebensanforderungen einfacher als die einheimischen. Für Ernährung, Wohnung und Kleidung sind ihre Ansprüche so gering, daß Italiener mit etwas über 1 M pro Tag auskommen können.

Manche Arbeiten können ohne Ausländer überhaupt nicht ausgeführt

werden. Bei großen Erdarbeiten, Kanal- und Chausseebauten sind ausländische Arbeitskräfte fast ausschließlich die einzigen, die zur Verfügung stehen ...

Dabei entsprechen die Leistungen der Ausländer bei diesen Arbeiten, die an Kraft und Ausdauer besondere Anforderungen stellen, vollkommen denen der einheimischen; bei qualifizierten Arbeiten reichen sie jedoch nicht an die der einheimischen Arbeiter heran.

Des weiteren kommt noch das Moment hinzu, daß es bei einer Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt oder im Falle einer wirtschaftlichen Krisis leichter sein wird, ausländische Elemente abzustoßen, als wenn ausschließlich einheimische Arbeiter in Betracht kommen.

Es empfiehlt sich jedoch nicht, bei abflauender Konjunktur die fremden Arbeiter in größerem Umfang zu entlassen, man sollte, wie der Jahresbericht des Vereins für die Interessen der rheinischen Braunkohlen-Industrie für das letztvergangene Jahr bei diesem Kapitel (S. 3) sehr richtig hervorhebt, in Erinnerung behalten, wie sehr man zuvor über den Arbeitermangel in sämtlichen Industriezweigen und in der Landwirtschaft geklagt hat und froh war, die ausländischen Arbeitskräfte erhalten zu haben; derartige Leute, die sich als wirklich brauchbar und tüchtig erwiesen haben, dürften nicht ohne Not abgegeben werden.

Aber diesen Vorteilen stehen auch auf der andern Seite erhebliche Nachteile gegenüber. Es ist entschieden bedauerlich, wenn der inländische Arbeitsmarkt vom Auslande abhängig gemacht wird, und eine große Gefahr kann uns daraus erwachsen, wenn erst diese Massen in politischer Richtung geleitet werden. Es ist ja nicht unbekannt geblieben, daß sich jenseits unserer Grenzen gerade in den letzten Jahren Bestrebungen geltend machten, diese Arbeitermassen politischen Zielen zuzuführen. Die Nachteile, die sich auch in mannigfacher anderer Richtung bewegen, haben im Laufe der Zeit zu verschiedenen Maßnahmen geführt, um die ausländischen Arbeiter hinsichtlich ihrer Zulassung sowohl wie der Art und des Umfanges ihrer Beschäftigung bei uns Beschränkungen zu unterwerfen.

Regierungsassessor Dr. B. Bodenstein:
Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der Industrie.
Vortrag gehalten in der Versammlung der Hauptstelle
deutscher Arbeitgeberverbände am 27. Juni 1908 in Berlin,
Berlin 1908, S. 8–10.
Dieter Fricke: Der Ruhrbergarbeiterstreik von 1905,
Berlin 1955, S. 160/161.

32

Erklärung von 66 reformistischen Delegierten aus Baden, Bayern, Hessen und Württemberg auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Nürnberg am 18. September 1908

Die unterzeichneten Parteimitglieder erklären: Wir erkennen dem deutschen Parteitag als der legitimen Vertretung der Gesamtpartei die oberste Entscheidung zu in allen prinzipiellen und in den taktischen Angelegenheiten, die das ganze Reich berühren. Wir sind aber auch der Ansicht, daß in allen speziellen Angelegenheiten der Landespolitik die Landesorganisation die geeignete und zuständige Instanz ist, die auf dem Boden des gemeinsamen Programms den Gang der Landespolitik nach den besonderen Verhältnissen selbständig zu bestimmen hat, und daß die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der ihrer Landesorganisation verantwortlichen Landtagsfraktion vorbehalten bleiben muß.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Nürnberg vom 13. bis 19. September 1908, Berlin 1908, S. 426.

33

Brief August Bebels an Karl Liebknecht vom 10. November 1908

Aug. Bebel

Schöneberg-Berlin, den 10. Nov. 1908
Hauptstraße 97

Lieber Karl!

Während der Krakeel im Reichstag mit Bülow vorbereitet wird, sitze ich hier, um an Dich zu schreiben.

Ich denke, wir werden das Frühjahr, wenn Du wieder frei bist, einmal eine Stunde haben, uns auszusprechen. Das ist nötig, denn schriftlich läßt's sich schwer verständigen.

Für mich handelt es sich darum, daß Du eine Position hast, in der Du am freiesten und unabhängigsten für die Partei wirken kannst. Wir brauchen tüchtigen Nachwuchs. Leider ist derselbe sehr rar, Du bist der einzige, auf den ich meine Hoffnung setze. Sollst Du aber einmal eine führende Stellung in der Partei bekleiden, so mußt Du vor allen Dingen finanziell von der Partei unabhängig sein. Dazu bietet Dir die Anwaltspraxis die Mittel. Nebenbei kannst Du als Anwalt in politischen Prozessen der Partei große Dienste leisten, denn wir haben sehr wenig Anwälte, die einen politischen Prozeß führen können.

Mag sein, daß man oben danach trachtet, Dir die Advokatur zu nehmen, um so mehr Grund hast Du, Dir sie nicht nehmen zu lassen. Und das kannst Du denn doch mit einiger Klugheit durchsetzen, ohne daß Du Dir dabei das geringste zu vergeben brauchst. Sieht man so klar wie in Deinem Fall, wohin der Gegner steuert, dann biete ich alles auf, um sein Ziel zunichte zu machen. Auch denke ich, daß die Erfahrung, die man jetzt in Leipzig machte, ihn zur größten Vorsicht veranlassen wird. Bis jetzt hast nur Du den Vorteil von seinen Maßnahmen.

Dein Freund Heine hat wieder seine Bierabende eingerichtet, bei welchen der ganze revisionistische Klüngel sich zusammenfindet.

Mit meiner Gesundheit geht es langsam besser. Mein Schwiegersohn u. 2 andere Züricher Ärzte verlangten, daß ich die Politik an den Nagel hängen u. mich aufs Altenteil zurückziehen sollte. Dazu kann ich mich noch nicht entschließen. Ich will jetzt den Winter durch – koste es, was es wolle – Ruhe halten u. werde im Reichstag den stummen Mann spielen. Ich werde dann sehen, wie es mir im Frühjahr geht, u. danach meine Maßnahmen treffen.

Nutze die 6 Monate, die Du noch zu brummen hast, aufs beste aus; es ist der einzige Vorteil, den wir von dem Sitzen haben, daß wir studieren können. Hüte aber auch Deine Gesundheit; wie mir Deine Mutter erzählte, ist Dein Quartier kein Muster für Hygiene. Da waren wir seinerzeit in Hubertusburg besser daran. Der Königstein, den ich bekanntlich als Zivilfestung einweihte, war, soweit die Räume in Frage kamen, auch viel ungemütlicher.

Komme ich mal nach Leipzig, so werde ich den alten Freytag besuchen, er hat mich schon mal eingeladen.

Herzliche Grüße von uns beiden
Dein A. Bebel

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin,
Zentrales Parteiarchiv,
Fonds Karl Liebknecht, NL 1 IV–B/3, Bl. 93 u. 94.

34

Aus dem Artikel Julian Marchlewskis „Die Krise" vom 1. Mai 1909

Man hat uns glauben machen wollen, daß in den Kartellen, Syndikaten und Trusts die kapitalistische Welt ein Mittel gefunden hat, die Krisengefahr zu mildern. In den Jahren 1900 und 1907 konnte man das Exempel auf die Rechnung machen: die mächtigen amerikanischen Trusts und die deutschen Syndikate haben die Krise nicht aufgehalten und nicht einmal

gemildert, im Gegenteil, sie haben sie verschärft. Indem diese Verbände den Versuch machten, die Preise ihrer Erzeugnisse trotz der Krise zu halten, verschlimmerten sie die Lage. Sie beherrschen die Produktion der Rohstoffe und Halbfabrikate; indem sie die Preise dieser Waren künstlich auf der Höhe hielten, die während der Hochkonjunktur erreicht war, verteuerten sie die Produktionskosten der Industrien, die „Fertigware", Gebrauchsgegenstände des Massenkonsums und fertige Produktionsmittel, wie Maschinen, Geräte usw., herstellen. Es entstand in diesen Industrien ein schreiendes Mißverhältnis zwischen Produktionskosten und Verkaufspreis. Die „Regulierung der Produktion" erfolgte bei den Syndikaten und Trusts einfach durch eine gewaltsame Reduktion, durch Stilllegung von Werken, durch Einschränkung der Arbeitszeit, durch Einlegung von Feierschichten, durch massenhafte Entlassung von Arbeitern. Und oft war diese Einschränkung größer, als es notwendig war; man entblößte den Markt von Ware, um den Preis gewaltsam zu halten. Aber auch dieses Ziel wurde nicht erreicht: die Preise mußten schließlich weichen.

Für die Arbeiter ist es ziemlich gleich, ob sie von jedem einzelnen Unternehmer aufs Pflaster geworfen werden oder ob dies auf Beschluß der Syndikate oder Trusts geschieht. Für die Arbeiter der nichtsyndizierten Industrien hat die Preispolitik der Syndikate zur Folge, daß bei dem Mißverhältnis zwischen Produktionskosten und Verkaufspreis der Druck auf die Löhne um so schärfer wird. – So stellen sich die Unternehmerverbände als das heraus, als was die sozialistische Kritik sie schon vorher erkannt hat: ein Mittel, um von dem Mehrwerte, den die Arbeiter der ganzen Welt produzieren, einen möglichst großen Teil in die Taschen der Verbündeten zu leiten. Als Mittel, die Krisen zu mildern, haben sie versagt . . .

In Deutschland wurden die Wunden, die die Krise schlug, vertieft durch die wahnwitzige Handelspolitik. Während das Einkommen der Massen sank, während Tausende und aber Tausende von Familien wochen- und monatelang mit einem stark reduzierten Verdienst rechnen mußten, blieben die Lebensmittelpreise hoch. Das Jahr 1908 brachte Preise für Brot und Fleisch, die weit über dem Durchschnitt des letzten Jahrzehnts standen. Hatten die Arbeiter während der Hochkonjunktur der Jahre 1906 und 1907 die Löhne durch unablässige Kämpfe kaum entsprechend der Verteuerung des Lebensunterhaltes steigern können, so mußte im Jahre 1908 bei sinkendem Lohnniveau die Lage selbst der vollbeschäftigten Arbeiter sich verschlechtern, während für alle Arbeiterfamilien, die unter Arbeitslosigkeit und vermindertem Einkommen zu leiden hatten, sie sich geradezu verzweifelt gestalten mußte. Deshalb bedeutet die gegenwärtige Krise einen gewaltigen Rückschlag in der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse.

Ein Ende der Krise ist nicht abzusehen. Wohl macht schon seit ein paar Monaten die Börse krampfhafte Anstrengungen, um die Spekulationslust von neuem anzufeuern, und hin und wieder zeigten sich kleine Anläufe zu einer Besserung der Marktlage, die aber stets wieder mit einem Rückschlage endeten. Die Behauptungen, daß nach vollzogener Präsidentenwahl eine Wendung der Konjunktur in den Vereinigten Staaten eintreten würde, hat sich als falsch erwiesen. Die starke Herabsetzung der Diskontsätze, die Verbilligung des Kredites hat keine merkliche Wirkung auf die Warenumsätze ausgeübt. Die Hoffnung auf eine starke Bautätigkeit ist gleichfalls fehlgeschlagen. Augenblicklich macht sich ein etwas besserer Absatz in der Eisenindustrie bemerkbar, der eine Folge der Herabsetzung der Preise ist, die Anfang April von den Abnehmern erzwungen wurde; ob aber diese Belebung andauern wird, ist noch fraglich. Der Geldmarkt zeigt insofern eine Belebung, als die niedrigen Zinssätze zur Emission neuer Wertpapiere seitens der Aktiengesellschaften anreizen. Da es sich aber bei diesen Emissionen nur zum Teil um Deckung des Kapitalbedarfes für Neuinvestitionen handelt, zum anderen Teil um reine Kreditoperationen (Abstoßung von Bankschulden, Fusionen bestehender Übernehmungen usw.), so bedeutet diese Zunahme des Kapitalbedarfes keineswegs ein sicheres Zeichen der Zunahme produktiver Tätigkeit.

Eines aber ist sicher: die Krise bereitet auch diesmal eine neue kolossale Ausdehnung und Konzentration der Produktion vor. Mitten in der Krise vollzieht sich in der deutschen und amerikanischen Eisenindustrie die Ausdehnung der Riesenwerke. Der amerikanische Stahltrust wirft Tausende von Arbeitern aufs Pflaster und läßt gleichzeitig neue gewaltige Stahlwerke erbauen. Krupp, Gelsenkirchen, Laurahütte usw. nehmen gewaltige Kapitalien auf, um die Produktivität ihrer Anlagen zu erhöhen, um die Werke zu erweitern und mit den letzten technischen Neuerungen auszustatten. Das gleiche Bild in der chemischen Industrie, in der elektrotechnischen Industrie. Die Folge muß sein, daß sobald durch die allmähliche Entwicklung, nachdem eine Entwertung der Waren und eine Abstoßung der Vorräte erfolgt ist, der Markt wieder normale Zustände zeigt, die Überfüllung, die Überproduktion im raschen Tempo sich einstellen wird und einen abermaligen noch heftigeren Krach zeitigen wird.

Die Krisen sind eine unabänderliche Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaft, und ihre verheerende Wirkung wächst in dem Maße, in dem die kapitalistische Wirtschaft über die ganze Erde ausgedehnt wird, je gewaltiger die Produktivkräfte werden, die diese Wirtschaftsform schafft. Es gibt kein Mittel für die kapitalistische Gesellschaft, den Krisen zu entrinnen.

Vorwärts (Berlin),
1. Mai 1909.

35

Aus „Erinnerungen" Elard von Oldenburg-Januschaus über die Situation in Berlin Anfang Februar 1910

Das Wort vom Leutnant und den 10 Mann erregte großes Aufsehen. Es gab kaum eine Zeitung, die nicht ihre Spalten mit ihrer Stellungnahme zu diesem Wort anfüllte. Überall, wohin man kam, schallte es einem entgegen. Zu meinem eigenen Erstaunen hatte dieses Wort auch bei der Masse gezündet. Denn als wenige Tage später eine neue Reichstagssitzung stattfand, war der Platz vor dem Wallotbau schwarz von Menschen. Es gelang mir aber, ohne erkannt zu werden, in den Reichstag hineinzukommen. Drinnen hörte ich dann von den Fraktionsgenossen, man habe irgendeinen Unbekannten für mich gehalten und verdroschen. Das war für mich Grund genug, um am Abend des gleichen Tages einen Rundgang durch Berlin zu tun. So nahm ich mir eine Droschke, die mich nach einer von den Sozialdemokraten einberufenen Versammlung im Friedrichshain führen sollte. Als ich ankam, sah ich, daß die dort zusammengetrommelten Menschenmassen in einen ungeheuren Wuttaumel versetzt waren. Es war nicht zweifelhaft, daß man mich – hätte ich meine Droschke verlassen – erkannt und verprügelt hätte. Dem wollte ich mich nicht ohne Not aussetzen und zog es darum vor, ungesehen in meiner Droschke wieder zu verschwinden.

Elard von Oldenburg-Januschau: Erinnerungen,
Leipzig 1936, S. 110/111.

36

Resolution gegen den Wahlgesetzentwurf der Regierung, angenommen auf den sozialdemokratischen Protestkundgebungen in Preußen am 13. Februar 1910

Die Versammlung nimmt voll Empörung Kenntnis von der sogenannten Wahlrechtsvorlage der Regierung. Sie erblickt in dieser Vorlage eine unverschämte Verhöhnung und freche Provokation des Volkes.

Statt der Einführung des freien Wahlrechts, das die große Mehrheit des preußischen Volkes verlangt, bringt die Vorlage eine erhebliche Verschärfung der bisherigen Rechtlosigkeit der arbeitenden Bevölkerung und eine Erweiterung der ungeheuerlichen Vorrechte der Besitzenden.

Das brutale Dreiklassenwahlsystem soll von neuem befestigt werden. Die Diktatur des platten Landes über die Städte soll durch Beibehaltung der skandalösen Wahlkreiseinteilung weiterbestehen und die nieder-

trächtige öffentliche Stimmabgabe bleiben, die alle wirtschaftlich Abhängigen zum Stimmvieh der Gewalthaber herabwürdigt.

Die Vorlage will weiter, daß Leute mit Universitäts- oder Kasernenhofbildung in die zweite und erste Klasse abgeschoben werden, um dort gemeinsam mit den Besitzenden die in der rechtlosen dritten Klasse zusammengepferchten Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern niederzustimmen.

Eine Regierung, die es mit ihrer Ehre und ihrer Würde vereinbar hält, einer gesetzgebenden Körperschaft ein so perfides Machwerk zu unterbreiten, züchtet den Klassenhaß und setzt sich der Verachtung der ganzen Kulturwelt aus.

Getreu ihrer historischen Rolle, der Hort aller Reaktion zu sein, stellt sich die preußische Regierung in schneidenden Gegensatz zu den Regierungen derjenigen deutschen Staaten, die mit der Änderung ihrer verfassungsrechtlichen und wahlgesetzlichen Einrichtungen den Forderungen der Zeit Rechnung getragen haben. Die Versammlung verlangt daher vom Abgeordnetenhaus, daß es diesen Wechselbalg schnellstens verscharrt.

Die Versammlung fordert von neuem ausdrücklichst, daß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, unter Anwendung des Verhältniswahlsystems, allen über 20 Jahre alten Staatsbürgern ohne Unterschied des Geschlechts eingeräumt wird, und richtet an alle freiheitlich gesinnten Männer und Frauen die Aufforderung, gemeinsam mit der Sozialdemokratie unausgesetzt und entschlossen für die Durchführung dieser Forderung zu kämpfen.

Vorwärts (Berlin),
14. Februar 1910.

37

Resolution für ein demokratisches Wahlrecht in Preußen und Sachsen, angenommen auf drei sozialdemokratischen Versammlungen in Leipzig am 10. April 1910

Die Versammelten erkennen an, daß die Junkermacht in Preußen unheilvoll und lähmend auf die politischen Verhältnisse des Deutschen Reiches einwirkt, diese Macht aber auf das oktroyierte Dreiklassenwahlrecht in Preußen gegründet ist und die Macht des preußischen Junkerparlaments und des Herrenhauses deshalb nur durch Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und des Herrenhauses sowie durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gebrochen werden kann.

Die Versammelten sprechen den preußischen Wahlrechtskämpfern ihre Sympathie aus und erklären sich bereit, den Kampf gegen die klerikal-feudale Herrschaft in Preußen mit Nachdruck zu unterstützen. Sie verurteilen die sogenannte Wahlrechtsvorlage als eine Verhöhnung des werktätigen Volkes und protestieren gegen die mißbräuchliche Auslegung des Vereinsrechtes und die gegen Wahlrechtskämpfer geübte Klassenjustiz.

Die Versammelten erwarten, daß auch in Sachsen der Kampf gegen das Vierklassenpluralwahlrecht und gegen die Erste Kammer erneut aufgenommen wird, und verlangen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Staatsbürger über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts. Zur Unterstützung dieser Forderung versprechen die Versammelten, bei den kommenden Wahlen den Kampf gegen die Volksverräter mit aller Energie aufzunehmen und den Organisationen der sozialdemokratischen Partei neue Mitgliederscharen zuzuführen.

Leipziger Volkszeitung,
11. April 1910.

38

Aus dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910

Am 3. Januar 1910 trat in Berlin der Parteitag der preußischen Sozialdemokratie zusammen, um eine neue Periode des Wahlrechtskampfes einzuleiten. Zu dem Punkt Wahlrechtsfrage in Preußen sprachen außer dem Referenten Landtagsabgeordnete aus Württemberg, Baden, Hessen, Oldenburg, Hamburg, Bremen und Lübeck, die alle versicherten, daß man den Kampf der preußischen Genossen in allen Bundesstaaten unterstützen werde. Bald nach dem Parteitag wurde in ganz Preußen in Versammlungen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Personen ohne Unterschied des Geschlechtes gefordert.

Am 4. Februar brachte dann die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" den Bethmann Hollwegschen Gesetzentwurf. Unwillkürlich entstand die Frage: Was will die Regierung mit einem solchen Entwurf bezwecken? Als Antwort hörte man nur eine Ansicht: die preußische Regierung wolle die Massen zu Putschen aufreizen. Denn der Entwurf enthielt keinen Satz, den man als eine auch nur teilweise Erfüllung des in der Thronrede vom 20. Oktober gegebenen Versprechens hätte deuten können. Der Entwurf wollte nur verhindern, daß Minister, Einjährige, Militäranwärter und hohe Beamte noch ferner Wähler dritter Klasse sind. Die Agitation gegen den Entwurf setzte sofort mit ganzer Schärfe ein. In Breslau,

Halle, Bielefeld, Solingen und anderen Orten kam es schon am 6. Februar zu gewaltigen Straßendemonstrationen.

Am 13. Februar fanden im ganzen Lande Massenversammlungen statt, in denen die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts verlangt wurde. Die in Groß-Berlin vorgesehenen 42 Versammlungen hatten das Polizeipräsidium in große Erregung versetzt. Es ließ an den Anschlagsäulen ein Plakat mit folgendem Inhalt anheften:

Bekanntmachung

Es wird das „Recht auf die Straße" verkündet.

Die Straße dient lediglich dem Verkehr.

Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch. Ich warne Neugierige.

Berlin, den 13. Februar 1910. Der Polizeipräsident: von Jagow

Dieses Plakat mußte um so komischer wirken, als es in der äußeren Ausstattung ganz jenen Plakaten glich, in denen der Polizeipräsident so oft bekanntmacht, daß die belebtesten Straßen wegen militärischer Schaustellungen oder höfischer Feste ganze oder halbe Tage für den Verkehr gesperrt seien.

Der 13. Februar wurde ein denkwürdiger Tag in der Geschichte Preußens. Millionen strömten in Versammlungen zusammen, verurteilten das Machwerk der Regierung und forderten ihr Recht. Was das Volk will, brachte es in Versammlungen und mächtigen Straßenkundgebungen zum Ausdruck.

In einzelnen Orten, wie in Neumünster, Frankfurt a. M., Halle und Rixdorf, griff die Polizei brutal mit der Waffe ein. Es waren aber nur einzelne Episoden. Wenn je ein Volk an einem Tage den Beweis seiner politischen Reife erbracht hat, dann das preußische Volk am 13. Februar. Nie hat ein Volk in solchen Massen mit gleichem Ernst und solcher Unerschütterlichkeit seine Forderungen geltend gemacht. Und es war erst die Einleitung zu dem Kampf, in dessen Verlauf das Volk wiederholt seine ruhige Entschlossenheit, die das sichere Merkmal des Machtgefühls ist, bewies.

Jeder folgende Tag brachte Meldungen über neue Demonstrationen. Im Osten in Königsberg, Breslau usw. wie im Westen in Essen, Elberfeld, Köln und Frankfurt a. M., überall dasselbe entschlossene Auftreten des Proletariats. Als dann jener Wechselbalg im Dreiklassenhaus und im Herrenhause beraten und zerpflückt wurde und der schwarzblaue Block seinem Übermut die Zügel schießen ließ, als man die öffentliche Wahl durch die geheime ersetzte, an Stelle der direkten Wahl Beibehaltung der indirekten setzte und bei der Abgeordnetenwahl wieder zur öffentlichen

Wahl überging, also jedes Unrecht der Vorlage strich, um es durch eine Niederträchtigkeit zu ersetzen, stieg die Erregung auf das höchste. In Berlin rief die Partei die Massen am Sonntag, dem 6. März, zu einer Versammlung unter freiem Himmel nach dem Treptower Park. Der Polizeipräsident verbot diese Versammlung und ließ unter Aufgebot der gesamten Schutzmannschaft alle Zugänge zum Treptower Park besetzen. Zu gleicher Zeit zogen jedoch nach niedriger Schätzung 150 000 Demonstranten nach dem Tiergarten und protestierten dort gegen das Wahlunrecht und gegen die durch nichts zu rechtfertigenden Maßnahmen der Polizei. Die Polizei kam zu spät und begnügte sich dann mit einigen Attacken auf die abziehende Menge. Die politische Reife des Proletariats mußte selbst von Gegnern vielfach anerkannt werden, während der Mißerfolg des Herrn von Jagow das Gelächter des In- und des Auslandes herausforderte.

Versammlungen, wie sie in solcher Zahl und Stärke Deutschland noch nicht gesehen hat, wurden am 10. April abgehalten. Nun war endlich auch in Berlin die polizeiliche Erlaubnis für Versammlungen im Treptower Park, im Humboldthain und Friedrichshain gegeben worden. In diesen Versammlungen waren reichlich 250 000 Menschen zusammengeströmt. Ähnlich war es in fast allen Städten und selbst in Dörfern Preußens.

War das Volk sich einig im Protest gegen den Wechselbalg der Vorlage, so wurde dieses Machwerk preußischer Staatskunst im Abgeordnetenhause und Herrenhause noch weiter derart verhunzt, daß nichts weiter übrigblieb, als es am 27. Mai ohne Sang und Klang zu begraben.

Der Kampf hat Hunderttausende Indifferente aufgerüttelt und unserer Partei zahllose neue Kämpfer zugeführt, die entschlossen für die Durchführung unserer Forderungen eintreten. Das preußische Proletariat wird keinen Finger breit zurückweichen und den Kampf zu gegebener Zeit mit verstärkter Kraft weiterführen.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910,
Berlin 1910, S. 30–32.

39

Aus der Artikelserie Rosa Luxemburgs „Ermattung oder Kampf?" vom Mai bis Juni 1910

Kommen wir zur Hauptsache.

Genosse Kautsky sucht die Frage, ob jetzt in Deutschland an einen Massenstreik gedacht werden könne, auf die breite Basis einer allgemei-

nen Theorie über Strategien zu stellen. Bis zum Pariser Kommuneaufstand sei für die revolutionären Klassen die „Niederwerfungsstrategie" maßgebend gewesen, seitdem aber sei die „Ermattungsstrategie" an ihre Stelle getreten. Dieser Ermattungsstrategie verdankte die deutsche Sozialdemokratie ihr ganzes Wachstum und ihre bisherigen glänzenden Erfolge, und wir hätten keinen Grund, jetzt mit einem Massenstreik diese siegreiche Strategie zu verlassen, um zur Niederwerfungsstrategie überzugehen. Die Auseinandersetzungen des Genossen Kautsky über die zwei Strategien und die Vorteile der Ermattungsstrategie sind offenbar der wichtigste Pfeiler seiner Argumentation. Namentlich verleiht Genosse Kautsky seiner Stellungnahme dadurch die größte Autorität, daß er seine „Ermattungsstrategie" direkt zum „politischen Testament" Friedrich Engels' erklärt. Leider beruht hier die ganze Argumentation auf einem neuen Worte, einer neuen Etikette für alte, wohlbekannte Dinge. Legt man aber diesen neuen und irreführenden Namen auf die Seite, dann hat die Streitfrage mit Friedrich Engels sehr wenig zu tun. Was steckt, konkret gesprochen, hinter jener angeblichen „Ermattungsstrategie", die Genosse Kautsky so preist und der die deutsche Sozialdemokratie ihre bisherigen glänzenden Erfolge verdankt? Die Ausnutzung der parlamentarischen Mittel des bürgerlichen Staates zum täglichen Klassenkampf, zur Aufklärung, Sammlung und Organisation des Proletariats. Für diese „neue Strategie" waren übrigens nicht erst seit der Pariser Kommune die Grundlagen gelegt, sondern namentlich in Deutschland schon fast ein Jahrzehnt früher durch die Agitation Lassalles, der darin, wie Engels sagt, nur ein Vollstrecker der Weisungen des Kommunistischen Manifestes war. Diese Taktik empfiehlt und begründet in der Tat Friedrich Engels in seinem berühmten Vorwort zu den „Klassenkämpfen in Frankreich". Anstatt indes wie Genosse Kautsky allgemeine Schemata über Strategien aufzustellen, sagt Engels ganz deutlich, worin die von ihm empfohlene Taktik besteht, namentlich aber – gegen welche andere Taktik sie gerichtet ist. „Alle bisherigen Revolutionen liefen hinaus auf die Verdrängung einer bestimmten Klassenherrschaft durch eine andere; alle bisherigen herrschenden Klassen waren aber nur kleine Minoritäten gegenüber der beherrschten Volksmasse. Eine herrschende Minorität wurde so gestürzt, eine andere Minorität ergriff an ihrer Stelle das Staatsruder und modelte die Staatseinrichtungen nach ihren Interessen um." Da alle diese Umwälzungen eigentlich Minoritätsrevolutionen waren, so kamen sie auf dem Wege von Überrumpelungen zustande. Auf demselben Wege einer Überrumpelung durch eine revolutionäre Minorität hoffte man 1848 die sozialistische Umwälzung einleiten zu können.

„Die Geschichte", sagt Engels, „hat uns und allen, die ähnlich dachten, unrecht gegeben. Sie hat klargemacht, daß der Stand der ökonomischen

Entwicklung auf dem Kontinent damals noch bei weitem nicht reif war für die Beseitigung der kapitalistischen Produktion", daß es „1848 unmöglich war, die soziale Umgestaltung durch einfache Überrumpelung zu erobern". Es wurde klar, daß erst im langen Entwicklungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft die objektiven Grundlagen für die sozialistische Umwälzung und in einem langen zähen täglichen Klassenkampf die Vorbereitung des Proletariats zu seiner Mission bei dieser Umwälzung erreicht werden könne. „Die Zeit der Überrumpelungen, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabeisein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie eintreten sollen. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt. Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit, und diese Arbeit ist es gerade, die wir jetzt betreiben, und das mit einem Erfolg, der die Gegner zur Verzweiflung bringt." Und nun hebt Engels als hervorragendste Waffe in diesem Sinne – die Benutzung des allgemeinen Stimmrechtes hervor. „Mit dieser erfolgreichen Benutzung des allgemeinen Stimmrechtes war – eine ganz neue Kampfweise des Proletariats in Wirksamkeit getreten, und diese bildete sich rasch weiter aus." Auf der anderen Seite zeigt Engels, wie sich gleichzeitig die Chancen für revolutionäre Überrumpelungen alten Stils auch äußerlich verschlechtert hätten. „Denn auch hier hatten sich die Bedingungen des Kampfes wesentlich verändert. Die Rebellion alten Stils, der Straßenkampf mit Barrikaden, der bis 1848 überall die letzte Entscheidung gab, war bedeutend veraltet." Nachdem Engels die militärtechnische Seite des Barrikadenkampfes in den modernen Bedingungen beleuchtet hat, sagt er: „Dies Wachstum" – der deutschen Sozialdemokratie, wie sie es dank der Ausnutzung des allgemeinen Wahlrechtes aufweist – „ununterbrochen im Gange zu halten, bis es dem herrschenden Regierungssystem von selbst über den Kopf wächst, das ist unsere Hauptaufgabe. Und da ist nur ein Mittel, wodurch das stetige Anschwellen der sozialistischen Streitkräfte in Deutschland momentan aufgehalten und selbst für einige Zeit zurückgeworfen werden könnte: ein Zusammenstoß auf großem Maßstab mit dem Militär, ein Aderlaß wie 1871 in Paris." Daher sucht die verzweifelte Bourgeoisie uns zu einem solchen zu verleiten. Beweis: die Umsturzvorlage.

Dies das „politische Testament" von Friedrich Engels, wie es vor fünfzehn Jahren im Moment, wo die Zuchthausvorlage erschien, veröffentlicht wurde. Klar, deutlich, konkret kritisiert er den vormärzlichen utopischen Sozialismus, der durch einen Barrikadenkampf die Verwirklichung des Endziels einzuleiten gedachte, und stellt ihm den modernen sozialdemo-

kratischen Tageskampf entgegen, der namentlich den Parlamentarismus ausnutzt.

Und nun frage ich: Was hat dieses „Testament" von Engels in aller Welt mit der heutigen Situation und mit unserer Frage vom Massenstreik zu tun? Hat denn irgend jemand an eine plötzliche Einführung des Sozialismus durch den Massenstreik gedacht? Oder ist es irgend jemand eingefallen, auf einen Barrikadenkampf, auf „einen Zusammenstoß mit dem Militär auf großem Maßstab" hinzuarbeiten? Oder endlich gedachte vielleicht irgendein Mensch, gegen die Benutzung des allgemeinen Wahlrechtes, gegen die Ausnutzung des Parlamentarismus zu eifern?

Es ist klar: indem Genosse Kautsky das Engelssche „Testament" gegen die Losung des Massenstreiks im heutigen preußischen Wahlrechtskampf ins Feld führt, ficht er wiederum siegreich in der Luft gegen ein anarchistisches Gespenst vom Massenstreik ... Andererseits wendet sich aber das Engelssche „Testament", sofern es die veraltete Taktik der Überrumpelungen kritisiert, höchstens gegen den Genossen Kautsky selbst, der ja den Massenstreik als einen vom „Kriegsrat" geheim ausgeheckten Überrumpelungsstreich auffaßt.

Wie wenig die vom Genossen Kautsky verteidigte „Ermattungsstrategie" in Wirklichkeit mit dem „politischen Testament" von Engels zu tun hat, beweist ein heiterer Umstand. Gleichzeitig mit dem Genossen Kautsky tritt in den „Sozialistischen Monatsheften" Ed. Bernstein gegen die Losung des Massenstreiks in der gegenwärtigen Situation auf. Mit denselben Argumenten, stellenweise in fast wörtlicher Übereinstimmung mit Genossen Kautsky, will Bernstein den Demonstrationsstreik vom „Zwangsstreik" ebenso wie den gewerkschaftlichen Streik vom politischen streng geschieden wissen und wettert gegen jene „Spieler", die die gefährliche Losung eines „Zwangsstreiks" jetzt in die Massen werfen. Eine solche Taktik sei nicht angemessen „für Vertreter der Bewegung der Arbeiterklasse ..., die die Gewißheit ihres sozialen Aufstiegs in sich trägt, für die aber als das sicherste Mittel zur Verwirklichung dieses Aufstiegs sich in Deutschland die unablässige systematische Organisationsarbeit bewährt" habe. Auf die Gefahren eines Massenstreiks ankommen zu lassen, liege „wahrhaftig kein Grund vor, wo die deutsche Arbeiterbewegung auf dem bisher von ihr beobachteten Weg vielleicht langsam, aber stetig und sicher Schritt für Schritt vorwärts gekommen" sei. Bernstein, nicht Engels, verteidigt hier die „Ermattungsstrategie" des Genossen Kautsky. Diese Ermattungsstrategie bedeutet aber ganz etwas anderes als das Engelssche Testament.

Der Massenstreik, wie er gegenwärtig im preußischen Wahlrechtskampf zur Debatte steht, war und ist von keinem Menschen als Gegensatz zum Parlamentarismus, sondern als seine Ergänzung, ja, als Mittel, parlamen-

tarische Rechte zu erringen, gedacht. Nicht als Gegensatz zum täglichen Werke der Schulung, Aufklärung und Organisierung der Massen, sondern als ein hervorragendes Mittel, gerade die Schulung, Aufklärung und Organisierung der proletarischen Massen zu fördern. Da Genosse Kautsky nun diesem so gedachten Massenstreik unsere altbewährte Taktik des Parlamentarismus entgegenstellt, empfiehlt er in Wirklichkeit vorläufig und für die gegenwärtige Situation einfach Nichtsalsparlamentarismus; nicht im Gegensatz zum utopischen Barrikadensozialismus, wie Engels, sondern im Gegensatz zur sozialdemokratischen Massenaktion des Proletariats zur Erringung und Ausübung politischer Rechte.

In der Tat weist uns Genosse Kautsky – dies der Grundpfeiler seiner Ermattungsstrategie – mit Nachdruck auf die kommenden Reichstagswahlen hin. Von diesen Reichstagswahlen sei alles Heil zu erwarten. Sie bringen uns sicher einen überwältigenden Sieg, sie werden eine ganz neue Situation schaffen, sie geben uns eine breitere Basis zum Kampfe, sie können allein die Bedingungen herstellen, unter denen wir an eine „Niederwerfungsstrategie", will sagen einfach an eine Massenaktion denken können ...

Nun hat diese Spekulation auf die Zukunft mit allen derartigen Spekulationen das gemein, daß sie eben – Zukunftsmusik ist. Tritt der Staatsstreich nicht ein, sondern wird das bisherige Fortwursteln im Zickzackkurs fortgesetzt – und Genosse Kautsky muß selbst zugeben, daß dieses Ergebnis der Reichstagswahlen das allerwahrscheinlichste ist –, so fällt auch die ganze Kombination mit der „neuen Situation" und unseren großen Aktionen in sich zusammen. Suchen wir freilich unsere Taktik nicht auf die Reichstagswahlen und den Staatsstreich zuzuspitzen, wollen wir uns überhaupt nicht auf bestimmte Zukunftskombinationen einrichten, dann kann uns die Frage, ob wir mehr oder weniger Mandate bei den nächsten Wahlen erobern, ob der Staatsstreich dann erfolgt oder nicht, ziemlich kühl lassen. Tun wir nur in jedem Moment in der Gegenwart unsere Pflicht, um in jeder gegebenen Situation das Höchstmaß an Aufrüttelung und Aufklärung der Massen zu leisten und auf der Höhe der Situation und ihrer Anforderungen zu sein, dann werden wir bei jedem weiteren Gange der Ereignisse unsere Rechnung finden. Will man hingegen, wie Genosse Kautsky, eine ganze „Ermattungsstrategie" für heute mit einer Aussicht auf Großtaten der „Niederwerfungsstrategie" im nächsten Jahre begründen, wobei diese letztere auch noch erst von einem eventuellen Staatsstreich abhängig ist, dann bekommt unsere „Strategie" eine leichte Ähnlichkeit mit derjenigen der kleinbürgerlichen Demokraten in Frankreich, die Marx im „Achtzehnten Brumaire" so genial charakterisiert hat: Über die eigenen Halbheiten und Niederlagen in der Gegenwart pflegten sie sich mit der Hoffnung auf Großtaten bei der nächsten Gelegenheit zu

trösten. „Über den 13. Juni aber vertrösteten sie sich mit der tiefen Wendung: Aber wenn man das allgemeine Wahlrecht anzugreifen wagt, aber dann! Dann werden wir zeigen, wer wir sind. Nous verrons" ...

Wie ist denn die Sachlage im ganzen? Zum erstenmal haben wir in Deutschland endlich eine lebhafte Massenbewegung bekommen, zum erstenmal sind wir über die bloßen Formen des parlamentarischen Kampfes hinausgegangen und haben es fertiggebracht, den Acheron in Bewegung zu setzen. Umgekehrt, wie es in Österreich fast ein Jahrzehnt lang der Fall war, sind wir nicht vor die harte Aufgabe gestellt, eine Massenaktion mitten in der allgemeinen Apathie mit aller Gewalt heraufzubeschwören, sondern wir haben nur die dankbare und natürliche Aufgabe, die kampffreudige, erregte Stimmung der Massen auszunutzen, um ihr die politischen Losungen zu geben, um sie in politische, sozialistische Aufklärung umzuprägen, um den Massen wegweisend voranzugehen, sie vorwärtszuführen. Aus dieser Situation heraus ergibt sich auch auf die natürlichste Weise, daß die Losung des Massenstreiks in den Vordergrund getreten ist, und es ist Pflicht der Partei, sie offen und klar zu erörtern, als ein Mittel, das sich früher oder später aus der anschwellenden Demonstrationsbewegung und dem hartnäckigen Widerstand der Reaktion ergeben muß. Nicht darauf kommt es an, plötzlich von heute auf morgen einen Massenstreik in Preußen zu kommandieren oder für die nächste Woche zum Massenstreik „aufzufordern", sondern im Zusammenhang mit der Kritik aller bürgerlichen Parteien und der Beleuchtung der ganzen Situation in Preußen-Deutschland geschichtlich, ökonomisch, politisch den Massen klarzumachen, daß sie nicht auf bürgerliche Bundesgenossen und nicht auf die parlamentarische Aktion, sondern bloß auf sich selbst, auf die eigene entschlossene Klassenaktion angewiesen sind. Die Losung des Massenstreiks ergibt sich dabei nicht als ein ausgeklügeltes patentiertes Mittel zur Erfechtung von Siegen, das angepriesen wird, sondern als die Formulierung, die Zusammenfassung der politischen und historischen Lehren der heutigen Verhältnisse in Deutschland.

Eine so geartete Agitation für den Massenstreik gibt die Möglichkeit, die ganze politische Situation, die Gruppierung der Klassen und Parteien in Deutschland in schärfster Weise zu beleuchten, die politische Reife der Massen zu steigern, ihr Kraftgefühl, ihre Kampffreude zu wecken, an den Idealismus der Massen zu appellieren, neue Horizonte dem Proletariat zu zeigen. Dadurch wird die Erörterung des Massenstreiks zum hervorragenden Mittel, indifferente Schichten des Proletariats aufzurütteln, proletarische Anhänger der bürgerlichen Parteien, namentlich des Zentrums, zu uns herüberzuziehen, die Massen für alle Eventualitäten der Situation bereit zu machen und endlich in wirksamster Weise auch für die Reichstagswahlen vorzuarbeiten.

Wenn nun Genosse Kautsky gegen diese Agitation den Feldzug eröffnet, die Erörterung des Massenstreiks für gefährlich erklärt und die ganze Wahlrechtsbewegung auf die kommenden Reichstagswahlen als den einzigen Zielpunkt zu richten sucht, so heißt das einfach, die bereits auf neuen Bahnen erfreulich vorgeschrittene Parteibewegung wieder in die alten ausgetretenen Geleise des reinen Parlamentarismus zurückschrauben.

Die Neue Zeit (Stuttgart),
28. Jg. 1909/1910, Zweiter Band, S. 291–296, 301/302.

40

Aus den Thesen Karl Liebknechts „Der Militarismus" für die II. Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen in Kopenhagen am 4./5. September 1910

Das Proletariat, der Feind und künftige Überwinder aller Ausbeutung und Unterdrückung, der Träger der internationalen proletarischen Solidarität und des Völkerfriedens, ist der geborene Feind des Militarismus, der geborene Träger des Antimilitarismus als eines Teiles des allgemeinen internationalen Befreiungskampfes des Proletariats. Das Proletariat steht der Klassenherrschaft und dem heutigen Staat, jener Zwangsorganisation des Volkes im Interesse der herrschenden Klassen, die sich gegen das Proletariat und gegen die organische Fortentwicklung des Volksganzen richtet, unversöhnlich gegenüber. Es erklärt dem Kriege den Krieg und beantwortet den von den herrschenden Klassen ausgestreuten Chauvinismus und ihre Kriegstreibereien, indem es sich die Hände über alle Grenzen hinweg zustreckt mit dem Gelöbnis der internationalen Solidarität und der Kampfesbrüderschaft gegen jene heute herrschenden Gewalten, den gemeinsamen Feind.

Der Kampf gegen den Militarismus befruchtet den Emanzipationskampf des Proletariats und ist besonders geeignet, alle revolutionären Energien zu entfesseln; er trägt dazu bei, den herrschenden Klassen das Gefühl der Sicherheit und damit einen Teil ihrer Widerstandskraft zu rauben.

Er verfolgt das Ziel, den Militarismus nach außen und innen für die herrschenden Klassen und gegen das Proletariat untauglich zu machen. Die Zersetzung der für den Militarismus erforderlichen Psychologie in der Gesamtbevölkerung, insbesondere in allen unter dem Militarismus seufzenden Schichten des Volkes, in allen zu seiner Stütze dienenden Einrichtungen und Organisationen und in der Armee selbst, und die Ersetzung dieser Psychologie durch die den Interessen des Proletariats ent-

sprechende ist der Weg zu diesem Ziel. Die hierzu erforderlichen und geeigneten Methoden haben sich je nach den besonderen Bedürfnissen und Möglichkeiten der einzelnen Länder zu richten. Die grundlegenden sind: unermüdliche Aufklärung über das wahre Wesen des Militarismus und seiner Helfershelfer; unablässige Brandmarkung der militaristischen Schädlichkeiten und Ausschreitungen; Propaganda für alle zur Abschwächung des Militarismus geeigneten Maßregeln (Schiedsgerichte, Abrüstung, Volksheer) und Erziehung des Proletariats im Geiste des Sozialismus zum proletarischen Klassenstolz, zur internationalen proletarischen Solidarität und zum Bewußtsein, daß der Soldat, wenn er den bunten Rock anzieht, den Bürger nicht auszieht; Förderung kühner und rücksichtslosester Opferbereitschaft und Opferfreudigkeit; kurzum, Ausbreitung, Veredelung, Vertiefung und Anfeuerung des Klassenkampfgeistes, in dessen Zeichen das Proletariat allein siegen kann. Die Erziehung der Jugend in diesem Geiste ist eine der wichtigsten Aufgaben des kämpfenden internationalen Proletariats. Die selbständige Jugendbewegung des Proletariats wiederum ist das wertvollste Mittel zu dieser Erziehung.

Über die Art, wie die Pflichten der Solidarität in jedem einzelnen Falle zu erfüllen sind, hat unter Innehaltung der im Beschluß des Stuttgarter Kongresses niedergelegten Grundsätze die Arbeiterbewegung jedes Landes je nach ihren Verhältnissen und Kräften zu entscheiden. In diesem Sinne wird in Übereinstimmung mit dem Stuttgarter Beschluß, den sich die Jugend-Internationale in allen Punkten zu eigen macht, die proletarische Jugend zum Kampf gegen den Militarismus in allen seinen Formen aufgerufen.

Brandenburger Zeitung, Märkisches Volksblatt (Brandenburg/Havel), 13. und 14. September 1910.
Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. III, Berlin 1960, S. 480–482.

41

Resolution gegen die Budgetbewilligung, angenommen auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910

Budgetbewilligung

Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse der Parteitage zu Lübeck, Dresden und Nürnberg, die von den sozialdemokratischen Vertretern eine grundsätzliche Ablehnung des Gesamtbudgets sowohl im Reiche wie in den Einzelstaaten fordern, weil diese Staaten Klassenstaaten sind, die auf der

Klassenherrschaft beruhen und die Aufgabe haben, die bestehende Eigentumsordnung an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. Der Staat kann daher den ausgebeuteten Klassen wohl notgedrungen mit kleinen Konzessionen, aber nie mit grundlegenden sozialen Umgestaltungen in der Richtung der Sozialisierung der Gesellschaft entgegenkommen.

Der Parteitag erblickt deshalb in der Bewilligung des Budgets durch die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten des badischen Landtags eine bewußt herbeigeführte grobe Mißachtung der wiederholt als Richtschnur für ihre parlamentarische Tätigkeit gefaßten Parteitagsbeschlüsse und eine schwere Verfehlung gegen die Einheit der Partei, die nur aufrechterhalten werden kann, wenn alle Parteimitglieder sich den Beschlüssen der Parteitage unterordnen. Die Mißachtung von Parteitagsbeschlüssen ist eins der schlimmsten Vergehen, dessen sich ein Parteigenosse gegen die Partei schuldig machen kann.

Der Parteitag spricht infolgedessen den sozialdemokratischen Abgeordneten, die im badischen Landtage das Budget bewilligt haben, die allerschärfste Mißbilligung aus.

Der Parteitag erklärt weiter die Teilnahme an höfischen Zeremonien und monarchischen Loyalitätskundgebungen für unvereinbar mit unseren sozialdemokratischen Grundsätzen und macht den Parteigenossen zur Pflicht, solchen Kundgebungen fernzubleiben.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910,
Berlin 1910, S. 487/488.

42
Aus den Erinnerungen Heinrich Claß', des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, „Wider den Strom" über den „Panthersprung" 1911

Für den 2. Juli 1911 war eine Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses anberaumt. Ich nahm diese Gelegenheit wahr, entsprechend der erwähnten Drahtung Kiderlens den Unterstaatssekretär Zimmermann am 1. Juli aufzusuchen ...

Dann kam ich auf Marokko zu sprechen; ich wiederholte kurz den Gang meiner Unterhaltungen mit dem Staatssekretär und fragte im Hinweis auf unsere Sitzung am folgenden Tage, ob mir etwas Neues mitgeteilt werden könnte. Über das, was nun folgte, habe ich mir sofort, nachdem ich das Auswärtige Amt verlassen hatte, eine Niederschrift in Stichworten gefer-

tigt, der ich folgendes entnehme: „Jetzt – dabei zog Zimmerman seine Uhr aus der Tasche – jetzt in einer Viertelstunde platzt die Bombe. Um 12 Uhr teilen unsere Botschafter usw. den fremden Regierungen mit, daß zur selben Zeit ein deutsches Kriegsschiff vor Agadir erscheint, das Kanonenboot ‚Panther'. Wir haben deutsche Firmen und Unternehmer veranlaßt, uns Beschwerden und Hilferufe zu schicken. Dabei hat sich besonders ein junger Ingenieur ausgezeichnet. Agadir haben wir gewählt, weil dort weder Franzosen noch Spanier sind. Es bildet den Zugang zum Sus, dem an Erzen reichsten und dabei landwirtschaftlich wertvollsten Teile Südmarokkos. Ich muß Sie nur um vertrauliche Behandlung bis heute nachmittag 5 Uhr bitten; dann wird nämlich die Nachricht in der ‚Norddeutschen Allgemeinen' amtlich bekanntgegeben."

Nachdem ich meine Freude über diesen Vorgang ausgedrückt hatte, fragte ich, welche Absicht man damit verfolge. Zimmermanns Bescheid lautete wörtlich: „Wir legen Hand auf dieses Gebiet, um es zu behalten, da wir unbedingt eine Siedlungskolonie brauchen. Wir dürfen keinen Verlust mehr an den auswandernden Deutschen erleiden. Nach außen erklären wir, daß es sich nur um die Sicherung unserer Reichsangehörigen handelt. Etwaige Verhandlungen werden wir nur mit Frankreich führen, ein internationales Forum aber unbedingt zurückweisen."

Heinrich Claß: Wider den Strom.
Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich,
Leipzig 1932, S. 205/206.

43

Aus der Niederschrift über die Beratung von Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes mit Reinhard Mannesmann in Berlin am 2. Juli 1911

Berlin, 2. Juli 1911

Auf die Sitzung folgte nach gemeinsam eingenommenem Mahl eine vertrauliche Besprechung der Ausschußmitglieder mit Herrn R. Mannesmann. Vom Ausschuß waren zugegen die Herren Claß, Petzold, Pohl, Karodi, v. Stoessel, v. Wrochem, der Berichterstatter und später Herr Ilges-Köln. In dieser Besprechung machte Herr Mannesmann eingehende Mitteilungen über die Verhältnisse in Marokko, und es wurde weiterhin eingehend über die Stellungnahme der Ausschußmitglieder auf der bevorstehenden Versammlung des Schriftstellerklubs verhandelt. Die Richtlinien d. ADV kamen erneut in den Forderungen zum Ausdruck:

1. Eine neue Konferenz ist abzulehnen.
2. Jede Kompensation ist abzulehnen.

3. Das atlantische Marokko ist zu fordern. In dieser Hinsicht bestanden erhebliche Meinungsverschiedenheiten nur darin, daß von einer Seite in Übereinstimmung mit Herrn Mannesmann nur das südliche Marokko (Sus, Mauretanien, Marrakesch), von der anderen Seite das ganze atlantische Marokko gefordert wurde.

Deutsches Zentralarchiv, Potsdam,
Alldeutscher Verband, Nr. 531, Bl. 60.

44

Aus einem unveröffentlichten Teil der vom Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, verfaßten Flugschrift „Westmarokko deutsch!" Anfang Juli 1911

Wir sehen nicht ein, weshalb um die Sache herumgeredet werden soll; an einem solchen Wendepunkt der Politik ist offene Sprache Pflicht. Wenn England uns nicht an der Westküste Marokkos sehen will und Frankreich aufreizt, so will es den Krieg, und es wird Frankreich in den Krieg hineintreiben, da ein Zurückweichen unseres Vaterlandes ausgeschlossen ist.

In Frieden leben wollen, könnte die Folge haben, daß England uns ganz woanders sehen und dulden müßte, an Stellen, wo wir ihm viel unbequemer wären als an der entfernten Küste des Atlantischen Ozeans; das meinen wir so:

Es ist geradezu ein politisches Bekenntnis unserer öffentlichen Meinung geworden, daß wir Frankreich gegenüber die größte Geduld haben müssen, weil ein Krieg mit diesem Nachbarn uns keinen Gewinn bringen könnte, abgesehen von einer Kriegsentschädigung, die aber, wenn sie auch noch so groß wäre, doch kein Entgelt für die Opfer an Blut und Gut sein wird, die unser Volk bringen müßte. Wir halten diese Ansicht für falsch und stellen ihr die Meinung entgegen, daß es nach einem uns aufgezwungenen Kampfe, der mit unserem Siege enden muß, mit einer Geldzahlung nicht getan sein darf. Wir müssen dann, um unsere Ruhe zu haben, endgültig mit Frankreich abrechnen ...

Es gibt nun Teile des französischen Gebietes, die wir sehr wohl gebrauchen können – deren Besitz uns mit einem Schlage vor Frankreich dauernd schützen und gleichzeitig England gegenüber eine unabhängige Stellung gewähren würde. Das Deutsche Reich müßte verlangen, daß ihm der Landstrich etwa von Nancy nordwestlich über Toul, Verdun bis an die Mündung der Somme, und von Nancy südlich über Besançon, Grenoble, bis Toulon abgetreten würde, wobei vom Rhônetal mitzunehmen wäre,

was militärisch notwendig erscheint. Dann sähe uns England seiner eigenen Küste gegenüber und gleichzeitig am Mittelmeer; Savoyen und Nizza gingen an Italien; wir aber müßten die abgetretenen Gebiete frei von Menschen erhalten.

Die Erfahrungen, die Preußen beim Erwerb polnischen Landes und Nordschleswigs, die das Reich mit Elsaß-Lothringen gemacht hat, verlangen, daß mit dem Grundsatze gebrochen wird, die ansässige Bevölkerung im abgetretenen Lande zu belassen; wir brauchen Land für unsere Deutschen, aber keinen Zuwachs übelwollender Fremdsprachiger; für Nordfrankreich kommt in Betracht, daß dort eine starke niederdeutsche Schicht vorhanden ist, die im Jahre 1870/71 aus ihrem Wohlwollen gegen die deutschen Truppen keinen Hehl gemacht hat.

Wir sind darüber klar, daß diese Forderung im ersten Augenblick von den Friedensseligen und Menschheitsbeglückern als Utopie empfunden wird – sie ist es aber nicht, sobald man daran festhält, daß dem aufgezwungenen Kampfe auch der Kampfpreis entsprechen muß – ein Kampfpreis von dauerndem politischem Werte. Die praktischen Engländer werden jedenfalls Verständnis dafür haben, daß solch eine Forderung durchführbar erscheint; möglich, daß sie sagen, das bedeute den Kampf auf Leben und Tod mit England – möglich auch, daß sie als praktische Leute den Anlaß zu solchem Kampfe dadurch vermeiden, daß sie jetzt Vernunft annehmen.

Deutsches Zentralarchiv, Potsdam,
Alldeutscher Verband, Nr. 531, Bl. 102/103.

45

Brief Camille Huysmans an die Sekretäre und Delegierten der Sozialistischen Parteien aller Länder vom 6. Juli 1911

Brüssel, den 6. Juli 1911

An die Genossen Sekretäre und Delegierten der Soz. Parteien aller Länder

Der plötzliche Beschluß Deutschlands, einen Kreuzer nach Marokko zu schicken, verschlimmert noch die Spannung der Beziehungen zwischen den interessierten Staaten. Wenn Sie der Meinung sind, daß es Zeit ist, eine Zusammenkunft von Delegierten der Sozialistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Spaniens und selbst auch Großbritanniens einzuberufen, wäre ich Ihnen sehr verbunden, mir postwendenden Bescheid geben zu wollen.

Für den Fall, daß eines der interessierten Länder die Einberufung dieser

Sitzung formell verlangen würde, könnte dieselbe, wegen der wünschenswerten Teilnahme Spaniens, in Paris oder Brüssel, am besten ein Montag oder Samstag, stattfinden.

Mit Parteigruß
Camille Huysmans

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 10. bis 16. September 1911, Berlin 1911, S. 464.

46

Brief Hermann Molkenbuhrs an das Internationale Sozialistische Büro vom 8. Juli 1911

Berlin, den 8. Juli 1911

Werte Genossen!

In einer Vorstandssitzung habe ich Ihren werten Brief noch nicht vorlegen können. Vorläufig will ich meine persönliche Ansicht mitteilen, die ich auch am Dienstag in einer Versammlung ausgesprochen habe.

Ich sehe in dem ganzen Streich etwas, womit unsere Staatslenker die allgemeine Aufmerksamkeit von den inneren Zuständen ablenken und Stimmung für die Reichstagswahlen machen wollen. Mit der inneren Politik ist unsere Regierung in solche Lage gekommen, daß sie bei einem Hund Mitleid erregen könnte. Sie greift also zu dem beliebten Mittel wie Bismarck 1887 mit Boulanger und Bülow 1906 mit den Hottentotten. Nun traue ich den Herren Bethmann Hollweg und Kiderlen-Waechter jede Dummheit zu, also auch solche, die zu ernsthaften europäischen Konflikten führen können. Bei Marokko glaube ich aber, daß die Herren nicht freie Hand haben, weil dort entgegengesetzte kapitalistische Interessen in Frage kommen, wovon die „französische" Gruppe auch in Deutschland die stärkere ist.

Diesen Minenkrieg haben wir schon seit einigen Jahren. Bekanntlich hat ein Herr Mannesmann dem Sultan von Marokko Geld gegeben und dafür ein Schriftstück erhalten, von dem er und seine Freunde und die kleine Gruppe der Schreier, die sich Alldeutsche nennen, behaupten, daß durch dieses Schriftstück den Gebrüdern Mannesmann ein Minenmonopol für Marokko gegeben ist. Freilich steht der Inhalt mit dem Algeciras-Vertrag im Widerspruch. Mannesmann und seine Freunde behaupten, das schade nichts, denn die Algeciras-Akte könne ältere Verträge nicht beeinflussen.

Trotz des großen Lärms, den Mannesmann und seine Freunde in der Presse machten, war der frühere Staatssekretär des Äußeren, v. Schön, nicht zu bewegen, nur ein freundliches Wort über den Mannesmann-Vertrag zu sagen, weil er nicht offen Stellung gegen Mannesmann nehmen

wollte. Als er doch zur Äußerung gepreßt wurde, fiel diese sehr zuungunsten des Herrn Mannesmann aus. Der Grund ist folgender: Es ist weniger der unsichere Rechtsboden des Mannesmann als ein entgegenstehendes kapitalistisches Interesse. Mit Mannesmann konkurriert ein französisches Minensyndikat. Dieses Syndikat hat seinen Sitz in Paris, und an demselben ist auch Schneider in Creusot beteiligt. Aber neben Schneider sind Krupp, Thyssen und andere Größen des Deutschen Stahlwerksverbandes darin vertreten. Die sagen: Wenn in Marokko Eisenerze in dem Umfange vorkommen, wie Mannesmann behauptet, dann können wir sie uns selber holen und brauchen uns nicht von Mannesmann ausbeuten zu lassen. Bei der Ausbeutung sind diese Herren viel lieber Subjekt als Objekt. Dieses Gegengewicht wog mehr als alle juristischen und staatsrechtlichen Gründe. – Soweit die Herren Mannesmann durch Bohren Eisenerze aufsuchen, haben sie in der letzten Zeit ihre Tätigkeit nach Agadir verlegt. Von dort kam die Klage, daß die Techniker an ihrer Arbeit gehindert würden. Hier haben also Bethmann Hollweg und Kiderlen-Waechter dem Schreien der Mannesmann und Genossen eine Konzession gemacht. Ich glaube aber nicht, daß sie sich weiter drängen lassen, weil sie sonst die Interessen der Großmächte des Stahlwerksverbandes verletzen würden. Also kurz: Ich traue unseren Leitern der auswärtigen Politik jede Dummheit zu, ich glaube aber nicht, daß sie weitergehen, weil sie sonst die Interessen der größten Kapitalisten verletzen könnten, und da haben diese einen scharfen Blick und gebieten rechtzeitig „Halt".

Würden wir uns vorzeitig so stark engagieren und selbst alle Fragen der inneren Politik hinter die Marokkofrage zurückstellen, so daß daraus eine wirksame Wahlparole gegen uns geschmiedet werden könnte, dann sind die Folgen nicht abzusehen. Denn in Sozialistenhaß und Sozialistenfurcht bleiben Krupp und Thyssen nicht hinter Bethmann Hollweg zurück. Für uns ist es ein Lebensinteresse, die inneren Vorgänge: Steuerpolitik, Agrarierprivilegien, Versicherungsordnung usw., nicht in der Diskussion zurückdrängen zu lassen. Das könnte aber geschehen, wenn wir selbst in jedem Dorfe über die Marokkofrage reden und damit die Gegenströmung fördern würden. Holen sich die Herren Bethmann und Genossen in dem Spiel eine gehörige Niederlage, was bei ihrem notorischen Ungeschick eine Wahrscheinlichkeit ist, dann haben wir zur Wahl ein Argument mehr.

Ich glaube daher, daß wir vorläufig mit der Besprechung noch warten können.

Mit bestem Gruß
H. Molkenbuhr

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten in Jena vom 10. bis 16. September 1911,
Berlin 1911, S. 465–467.

47

Aus dem Bericht des „Vorwärts" „Die Armee des Friedens" vom 4. September 1911

Solchem Massenandrang gegenüber versagen alle Schätzungen. Eine Meinung nur herrschte darüber, daß das Berliner Proletariat diesmal noch erheblich zahlreicher angetreten war als bei der großen Wahlrechtsdemonstration und daß die Schätzung von 200 000 Demonstrationsteilnehmern als eine keineswegs übertriebene anzusehen sei.

Um 1 Uhr begann das Meeting. Die Polizeibehörden hatten sich in ihrer staatsrettenden Vorsicht die Verwendung roten Fahnentuches als Signal verbeten – darum mußte ein Trompetensignal den Beginn der Versammlung anzeigen. Dünn und schmächtig nur klangen die metallischen Fanfaren über den weiten Platz; aber das Branden des Menschenmeeres verstummte alsbald und wich gespanntester Aufmerksamkeit der ungezählten Tausende. Und diese andächtige Stille hielt die ganze Stunde hindurch an, während der die Redner sprachen. Von den Tribünen aus vernahm man nur das Rauschen des Windes, der die drückende Hitze milderte, und, zwischen den Sätzen des eigenen Redners, gelegentlich die hellen, scharfen Laute der Sprecher von zwei oder drei benachbarten Tribünen. Bei dem sengenden Brand der allzu gut gelaunten Septembersonne war die Atmosphäre in den dicht zusammengekeilten Menschenmassen eine nichts weniger als angenehme, aber die Tausende wichen und wankten nicht von ihren Posten. Nichts von Schützenfeststimmung lag über den Massen, aufmerksam und bedächtig folgten sie den Ausführungen der Redner, die in gedrängter Kürze ein Bild der Ursachen des Marokkorummels, der infamen Kriegshetze und ihrer furchtbaren Gefahren und der unausbleiblichen traurigen Folgen dieser unsinnigen Völkerverhetzung entrollten. Aber jede politische Anspielung löste verständnisinnigen Beifall aus, jeder Hieb gegen die Panzerplattenpatrioten und ihre skrupellosen Werkzeuge wurde demonstrativ unterstrichen. Und ein Sturm der Empörung erhob sich jedesmal, wenn die Ruchlosigkeit gegeißelt wurde, eines so lächerlich aufgebauschten Froschmäusekrieges wegen große Kulturnationen wie unmündiges Herdenvieh in den Krieg peitschen zu wollen! Es wäre den Herren Diplomaten und allen abenteuerlustigen Politikern dringend zu empfehlen gewesen, inkognito dieser Riesenkundgebung der Armee des Friedens beizuwohnen. Hätten sie diese Massen, diese Stimmung, diese Entschlossenheit zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens miterlebt, sie würden nicht mehr davon zu fabeln wagen, daß die Masse hinter unseren alldeutschen Hanswürsten und den chauvinistischen Drahtziehern des Panzerplattenkapitals stehe. Hier hätten sie einmal den Puls der Massen fühlen, hier sich einmal davon überzeugen können, daß

in der Tat die Zeit der Kabinettskriege nicht nur, sondern auch die der kapitalistischen Beutekriege vorüber ist.

Überwältigend wirkte die Abstimmung. Als sich die Hunderttausende von Händen zum Himmel reckten, arbeitsgefurchte Proletarierhände, und zur Bekräftigung der einmütigen Annahme der Protestresolution minutenlang emporgereckt blieben, da fühlte jeder die Wucht des historischen Augenblicks: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!"

Und groß und würdig, wie die Demonstration begonnen und verlaufen, war auch ihr Ende. Ruhig zerstreuten sich die ungeheuren Massen. Die Disziplin der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Groß-Berlins hat abermals eine glänzende Probe bestanden. Das deutsche Proletariat darf auf den 3. September 1911 als einen seiner Ehrentage zurückblicken!

Vorwärts (Berlin),
4. September 1911.

48

Resolution des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Jena gegen das Marokkoabenteuer, angenommen am 14. September 1911

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Jena erhebt auf das nachdrücklichste Protest gegen jeden Versuch, einen männermordenden Krieg zwischen Kulturvölkern, wie sie das französische, englische und deutsche sind, hervorzurufen, der notwendig ein Weltkrieg werden müßte und mit einer allgemeinen Katastrophe enden würde.

Die Bestrebungen einer großkapitalistischen Clique, in Marokko festen Fuß zu fassen, um es um so wirkungsvoller kolonialpolitisch auszubeuten und dafür Gut und Blut des deutschen Volkes in Anspruch zu nehmen, unter der verlogenen Vorgabe, „daß die Ehre und die Interessen der Nation" dieses erfordern, weist der Parteitag als bewußte Fälschung der Tatsachen und schamlose Heuchelei zurück.

Die einzigen, die hüben und drüben an dieser Verhetzung verschiedener Kulturvölker ein Interesse haben, sind neben den Kolonialpiraten die Chauvinisten zu Wasser und zu Lande, deren Handwerk der Krieg ist, die nach Avancement und Auszeichnung dürsten, und die Fabrikanten und Lieferanten von Kriegsmaterial aller Art, die durch den Krieg ungeheure Gewinne in die Tasche stecken auf die Gefahr hin, daß Hunderttausende von Menschen in diesen Kämpfen zugrunde gehen, Millionen in Not und Unglück gestürzt werden.

Nur den seit vielen Jahren betriebenen Hetzereien der interessierten Kreise ist es zu danken, daß Mittel- und Westeuropa wiederholt in einen Zustand kriegerischer Unruhe versetzt wurden. Diese Beutemacher versuchten dabei die Reichsregierung in die Rolle des gefügigen Handlangers zu drängen, damit sie die Wehr- und Volkskraft der Nation ihren Interessen opfere. Der Grad, in dem ihnen dieses gelang, zeigt, wie sehr die heutigen Regierungen nur der Verwaltungsausschuß für die Interessen der besitzenden Klassen sind.

Der Parteitag weist mit Empörung diese dem Volke gemachten Zumutungen zurück und erwartet, daß insbesondere die deutsche Arbeiterklasse jedes mögliche Mittel anwendet, um einen Weltkrieg zu verhindern.

Der Parteitag fordert die sofortige Einberufung des Reichstags, damit der Volksvertretung Gelegenheit gegeben wird, ihre Meinung zu äußern und den volksfeindlichen Machinationen entgegenzutreten.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten in Jena vom 10. bis 16. September 1911,
Berlin 1911, S. 472.

49

Amendement Rosa Luxemburgs, Gustav Hochs und Clara Zetkins zur Resolution des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Jena vom 10. bis 16. September 1911 über den Marokkokonflikt

Die Unterzeichneten beantragen folgende Einschaltung in die Resolution über die Marokkoangelegenheit:

1. Nach dem ersten Passus der Resolution hinzuzufügen: Sowie er gegen jeden Krieg protestiert, der zur Unterjochung der barbarischen und halbbarbarischen Völker durch die kapitalistischen Staaten führt.

2. Im dritten Passus, im ersten Satz, nach den Worten: „Die Einzigen, die hüben und drüben an dieser Verhetzung verschiedener Kulturvölker" hinzuzufügen: und an der Unterdrückung und Ausbeutung der Eingeborenen (ein Interesse haben).

3. Nach dem vierten Passus der Resolution hinzuzufügen: Ferner aber ist es gerade das Wettrüsten zu Wasser und zu Lande, das, unter dem Vorwand der Sicherung des Friedens betrieben, in Wirklichkeit selbst früher oder später zum Ausbruch eines Weltkrieges führt. Für die über der Kulturwelt jetzt schwebende Kriegsgefahr sind also in erster Linie diejenigen Klassen und Parteien verantwortlich, die den Rüstungswahnwitz unterstützen, vor allem die Partei des konservativen Junkertums und

des Zentrums, ferner aber auch die liberalen Parteien, die jede Opposition gegen den Militarismus aufgegeben haben.

4. Im fünften Passus den ersten Satz so zu gestalten: Der Parteitag weist mit Empörung nicht nur alle Kriegshetzereien zurück, sondern auch jede auf dem Wege des diplomatischen Länderschachers erzielte Vergrößerung des Kolonialbesitzes Deutschlands.

Rosa Luxemburg Gustav Hoch Clara Zetkin

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten in Jena vom 10. bis 16. September 1911,
Berlin 1911, S. 162/163.

50

Vertrauliches Rundschreiben des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an die Bezirkssekretäre vom 17. Januar 1912

Berlin, 17. Januar 1912

Werte Genossen!

Zwischen den Fortschrittlern und uns haben Verhandlungen über die gegenseitige Unterstützung bei den Stichwahlen stattgefunden. Nach dem Ausfall der Hauptwahlen sind die Fortschrittler von ihrem Standpunkt aus in einer mißlichen Situation, und es bestand die Gefahr, daß sie Anschluß nach rechts suchen und damit nicht nur die Zahl unserer Mandate verringern, sondern auch das Ziel, den schwarzblauen Block zu zertrümmern, vereiteln würden. Unter diesen Umständen erschien es uns zweckmäßig, Verhandlungen nicht abzulehnen. Dabei haben wir es entschieden zurückgewiesen, irgendeine Kandidatur zurückzuziehen oder durch unser Verhalten auch nur dort eine Kandidatur preiszugeben, wo wir aus eigener Kraft einen Sitz zu erobern hoffen können oder auch nur einen ehemaligen Besitzstand mit Erfolg behaupten zu können glaubten. Wir haben ferner verlangt, daß bei dem Abkommen volle Gegenseitigkeit gewährleistet wird.

Die Fortschrittler haben sich verpflichtet, uns in den folgenden Wahlkreisen zu unterstützen:

Landkreis Danzig, Westpriegnitz, Ruppin-Templin, Potsdam-Osthavelland, Zauch-Belzig, Landsberg-Soldin, Königsberg-Neumark, Kottbus-Spremberg, Kalau-Luckau, Ueckermünde-Usedom, Striegau-Schweidnitz, Grünberg-Freistadt, Sagan-Sprottau, Landeshut-Jauer, Rothenburg-Hoyerswerda, Jerichow, Bitterfeld, Mansfeld, Mühlhausen-Langensalza,

Bielefeld-Wiedenbrück, Eschwege-Schmalkalden, Stadt Köln, Elberfeld-Barmen, Düsseldorf, Heilbronn, Gießen-Nidda, Hagenow, Güstrow, Jena, Altenburg, Straßburg-Land. (31)

Dagegen haben wir außer der selbstverständlichen Unterstützung der Fortschrittler gemäß dem Jenaer Parteitagsbeschluß in denjenigen Wahlkreisen, in denen sie mit uns in Stichwahl stehen, folgendes zugebilligt: Wir dämpfen den Wahlkampf in nachstehenden Wahlkreisen, die wir dann, wenn die Fortschrittler nach rechts Anschluß nehmen würden, nach unserer Meinung nicht gewinnen können, nämlich:

Oberbarnim, Liegnitz, Schönau-Hirschberg, Flensburg-Apenrade, Lauenburg, Merseburg-Querfurt, Hagen, Dithmarschen, Calw, Balingen, Meiningen, Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmold, Oldenburg I und II, Nordhausen. (16)

Die Erklärung der fortschrittlichen Kandidaten zu unseren Stichwahlen ist als ausreichend anzusehen, wenn sie dahin geht, daß die von uns gestellten Bedingungen dem Programm der Fortschrittlichen Volkspartei entsprechen, das der Kandidat als für sich verbindlich erklärt. Die Zentralinstanz der Fortschrittlichen Volkspartei wird öffentlich dazu auffordern, daß ihre Anhänger unter keinen Umständen einem Konservativen, einem Reichsparteiler, einem Zentrumsmanne oder einem Mitgliede der Wirtschaftlichen Vereinigung ihre Stimme geben dürfen, daß es vielmehr die politische Notwendigkeit gebiete, bei der Stichwahl mit aller Kraft auf die Zertrümmerung des schwarzblauen Blockes hinzuwirken. Die Fortschrittliche Volkspartei wird ferner in einem vertraulichen Zikular die lokalen Instanzen auffordern, für uns in den vorher zuerst genannten Kreisen einzutreten. Wir haben uns dagegen verpflichtet, in den vorher bezeichneten 16 Wahlkreisen bis zur Stichwahl keine Versammlung abzuhalten, kein Flugblatt zu verbreiten, keine Stimmzettel den Wählern zuzustellen und am Wahltage selbst keine Schlepperdienste zu verrichten, wogegen es uns freisteht, am Wahltage vor den Wahllokalen Stimmzettel zu verbreiten. Wir sind überzeugt, daß dieses Abkommen im Parteiinteresse und im allgemein-politischen Interesse gelegen ist, und bitten deshalb, die in Frage kommenden Kreise Ihres Bezirks sofort zu informieren und für dessen entschiedene Durchführung unter allen Umständen einzutreten.

Mit Parteigruß
Der Parteivorstand

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten in Chemnitz vom 15. bis 21. September 1912,
Berlin 1912, S. 29/30.

51

Diskussionsrede Wilhelm Piecks in der Generalversammlung des Verbandes Sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend am 25. August 1912

Es wird wohl keiner hier im Saale sein, der nicht enttäuscht wäre über den organisatorischen Abschluß des Geschäftsjahres. Die Freude über den Wahlerfolg wird sehr getrübt durch den geringen Zuwachs der Organisation, der nicht als Fortschritt, sondern als starker relativer Rückgang bezeichnet werden muß. Die Steigerung der Mitgliederzahl in Berlin beträgt noch nicht die Hälfte der durchschnittlichen Steigerung in der Gesamtpartei.

Wie in der Organisationszahl für Groß-Berlin kein Fortschritt zu verzeichnen ist, so ist es auch im übrigen Parteileben. Auch das geistige Leben in der Partei hat keine Besserung erfahren. Frisches, pulsierendes, vorwärtsdrängendes Leben findet man weder in den Versammlungen noch an den Zahlabenden. Die Klagen über die Öde der Zahlabende nehmen zu.

Aber von oben her ist man bisher ängstlich bemüht gewesen, diese Klagen zu unterdrücken, sie zu ignorieren, ohne ernsthaft an eine Beseitigung der Mißstände heranzugehen. Durch einen theoretisch fein ausgeklügelten Organisationsapparat, der aber praktisch von Jahr zu Jahr mehr und mehr versagt, versucht man ängstlich, den Fortschritt zu hindern.

Wenn man jedoch sieht, wie es in der Provinz überall vorwärtsgeht, in der Mitgliederzahl, im Abonnement der Presse, in den Einnahmen, im Bildungswesen, in der Jugendbewegung, dann müssen wir in Berlin beschämt die Augen senken. Man kann nicht sagen, daß die örtlichen Verhältnisse die Schuld an dem Schneckengang der Berliner Parteibewegung tragen. Die Schuld liegt zum Teil an einem verknöcherten Bürokratismus, der sich innerhalb der Berliner Organisation breitmacht und fortschrittlich gesinnten Elementen die Lust an der Mitarbeit verekelt, wenn nicht gar unmöglich macht. Die Schuld liegt aber auch bei der Masse der Parteigenossen, die sich eine solche Bevormundung gefallen läßt. Wir haben sorgfältig einen Organisationsaufbau errichtet, aber dabei vergessen, für die Zufuhr von Licht und frischer Luft zu sorgen, und wo noch eine Ritze der frischen Luft Zutritt gewährt, da wird sie schnell verstopft, wie es auf der letzten Generalversammlung geschah, indem dort das Einbringen von Anträgen unterbunden wurde.

Ich denke, daß der diesjährige Mißerfolg vielen Parteigenossen die Augen öffnen und sie veranlassen wird, über die Zweckmäßigkeit der Organisationseinrichtungen nachzudenken. Bei dem Aktionsausschuß fängt ja die Erkenntnis bereits an. Er hat den Genossen die Diskussion über

den Ausbau der Zahlabende empfohlen. Aber er konnte diesen fortschrittlichen Gedanken nicht aussprechen, ohne zugleich seinen Lauf zu hemmen. Als ich dem Aktionsausschuß einen Artikel mit Vorschlägen über den Ausbau der Zahlabende für das „Mitteilungs-Blatt" sandte, lehnte die Mehrheit des Aktionsausschusses die Veröffentlichung ab, weil die Kreise erst zu dem Ausbau der Zahlabende Stellung nehmen müßten. Also meine Vorschläge zur Diskussion in den Kreisen sollten erst veröffentlicht werden, wenn die Kreise mit der Diskussion fertig sind. Die Bürger von Schilda waren demnach nicht einfältiger als die Mehrheit des Aktionsausschusses im vorliegenden Falle.

Auch die Redaktion des „Vorwärts" läßt der Ruhm des Aktionsausschusses nicht schlafen. Auch sie lehnte die Veröffentlichung meines Artikels mit derselben Begründung ab wie der Aktionsausschuß. Die Mehrheit der Redaktion des „Vorwärts" darf sich bei dieser Haltung nicht wundern, wenn die Achtung vor ihrem Intellekt sich mindert und wenn innerhalb der Partei die Anschauung immer mehr Boden gewinnt, daß die „Vorwärts"-Redaktion über das Parteileben im Reiche nur das bringt, was der Parteivorstand erlaubt, und über das Parteileben in Groß-Berlin nur das, was der Aktionsausschuß gestattet.

Die Pressekommission hat ja erfreulicherweise etwas mehr Verständnis für die vernünftige Erledigung solcher Diskussionen bewiesen und hat die Veröffentlichung beschlossen, so daß die Genossen gestern und heute in den Besitz der Vorschläge gelangt sind. Auch der Zentralvorstand soll der Veröffentlichung zugestimmt haben, weil die Generalversammlung von Teltow-Beeskow die öffentliche Diskussion gewünscht hat.

Ich ersuche Sie, Parteigenossen, die Vorschläge von Grunwald und mir, zu denen sicher noch andere kommen werden, vorurteilsfrei zu prüfen. Sorgen Sie dafür, daß im kommenden Jahre wettgemacht wird, was im alten Jahr versäumt wurde. Niemand wird wollen, daß es so weitergeht. Aber dann muß auch die Liebe zu alten unzweckmäßigen Einrichtungen schwinden und dem Verständnis für neue, bessere Einrichtungen Platz machen. Je besser unsere Einrichtungen sind, um so besser werden wir unsere Aufgaben erfüllen können.

Vorwärts (Berlin),
27. August 1912.
Wilhelm Pieck: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I,
Berlin 1959, S. 293–295.

52

Aus Reden führender Alldeutscher auf dem „Deutschen Tag" in Erfurt, gehalten am 7. September 1912

Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Freiherr v. Vietinghoff-Scheel, erinnerte in seiner Begrüßungsansprache an die glorreiche Zeit vor 42 Jahren. Unser Volk ist seitdem an Zahl, Reichtum, Kenntnissen und Fähigkeiten mächtig gewachsen, aber in jüngster Vergangenheit ist sein Ansehen bei andern Völkern wieder im Sinken, während sich im eignen Innern Unzufriedenheit breitmacht. Grund zu letzterer ist, daß unsere Grenzen zu eng sind. Wir müssen landhungrig werden, neue Siedlungsgebiete erwerben, sonst werden wir ein sinkend Volk, eine verkümmerte Rasse. Aus echter wahrer Liebe müssen wir an unser Volk und seiner Kinder Zukunft denken, wenn man uns auch Kriegs- und Rauflust vorwirft. Wäre das germanische Volk kriegsfürchtig, so hätte es ausgelebt. Es gilt aber, den Mut zu stärken, daß, wenn schwere Stunden kommen sollten, alle einig und brüderlich zusammenstehen ...

General Keim aus Berlin betonte, daß der Weg zur Einigung und Macht Deutschlands nicht mit Tintenfässern, Druckerschwärze und parlamentarischen Beschlüssen gepflastert war, sondern durch Blut, Wunden und Waffentaten bezeichnet ist. Staaten werden aber nur durch die Mittel erhalten, mit denen sie geschaffen wurden. Deshalb gilt es, einzutreten für ein starkes Heer und eine mächtige Flotte. Die letzte Wehrvorlage hat dieser Notwendigkeit nicht genügt, um einen Sieg Deutschlands zu verbürgen; die allgemeine Wehrpflicht ist noch nicht durchgeführt. Heer und Flotte müssen aber auch von innerlichen, sittlichen Werten erfüllt sein, und was unser ganzes Volk anlangt, lehnen wir Ducken und Sichkuschen, Weile ohne Eile, Wägen ohne Wagen ab.

Erfurter Allgemeiner Anzeiger,
9. September 1912.

53

Aus dem Manifest des Außerordentlichen Internationalen Sozialistenkongresses in Basel am 24./25. November 1912

Die Ereignisse der letzten Zeit haben mehr als jemals dem Proletariat die Pflicht auferlegt, seinen planmäßigen und gemeinsamen Aktionen die größte Kraft und Energie zu geben. Auf der einen Seite hat der allgemeine Rüstungswahnsinn die Lebensmittelteuerung verschärft und dadurch die Klassengegensätze zugespitzt und in die Arbeiterklasse eine

unbezwingbare Empörung getragen. Die Arbeiter wollen diesem System von Beunruhigung und Verschwendung eine Grenze setzen. Andererseits wirken die unaufhörlich wiederkehrenden Kriegsdrohungen immer aufreizender. Die großen Völker Europas sind beständig auf dem Punkte, gegeneinander getrieben zu werden, ohne daß diese Attentate gegen Menschlichkeit und Vernunft auch nur durch den geringsten Vorwand eines Volksinteresses gerechtfertigt werden könnten.

Die Balkankrise, die bereits bis heute so schreckliche Greuel herbeigeführt hat, würde, wenn sie weitergreift, die furchtbarste Gefahr für die Zivilisation und das Proletariat sein. Sie wäre zugleich die größte Schandtat der Weltgeschichte durch den schreienden Gegensatz zwischen der Größe der Katastrophe und der Geringfügigkeit der ins Spiel kommenden Interessen.

Darum stellt der Kongreß mit Genugtuung fest die vollständige Einmütigkeit der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften aller Länder im Kriege gegen den Krieg.

Indem die Proletarier aller Länder sich gleichzeitig zum Kampfe gegen den Imperialismus erhoben, jede Sektion der Internationale aber der Regierung ihres Landes den Widerstand des Proletariats entgegenstellte und die öffentliche Meinung ihrer Nation gegen alle kriegerischen Gelüste mobilisierte, ergab sich eine grandiose Kooperation der Arbeiter aller Länder, die schon bisher sehr viel dazu beigetragen hat, den bedrohten Weltfrieden zu retten. Die Furcht der herrschenden Klassen vor einer proletarischen Revolution im Gefolge eines Weltkrieges hat sich als eine wesentliche Bürgschaft des Friedens erwiesen.

Der Kongreß fordert daher die sozialdemokratischen Parteien auf, ihre Aktion mit allen ihnen zweckmäßig erscheinenden Mitteln fortzusetzen. Er weist in dieser gemeinsamen Aktion jeder sozialistischen Partei ihre besondere Aufgabe zu . . .

Die wichtigste Aufgabe innerhalb der Aktion der Internationale fällt aber der Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands zu. Im Augenblicke ist es die Aufgabe der Arbeiter dieser Länder, von ihren Regierungen zu verlangen, daß sie sowohl Österreich-Ungarn als auch Rußland jede Unterstützung verweigern, sich jeder Einmengung in die Balkanwirren enthalten und unbedingte Neutralität bewahren. Ein Krieg zwischen den drei großen führenden Kulturvölkern wegen des serbisch-österreichischen Hafenstreites wäre verbrecherischer Wahnsinn. Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs können nicht anerkennen, daß irgendeine durch geheime Verträge herbeigeführte Verpflichtung besteht, in den Balkankonflikt einzugreifen.

Sollte aber in weiterer Folge der militärische Zusammenbruch der Türkei zur Erschütterung der osmanischen Herrschaft in Vorderasien führen,

dann ist es die Aufgabe der Sozialisten Englands, Frankreichs und Deutschlands, sich mit aller Kraft der Eroberungspolitik in Vorderasien zu widersetzen, die geraden Weges zum Weltkriege führen müßte. Als die größte Gefahr für den Frieden Europas betrachtet der Kongreß die künstlich genährte Gegnerschaft zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich. Der Kongreß begrüßt daher die Bemühungen der Arbeiterklasse der beiden Länder, diesen Gegensatz zu überbrücken. Er betrachtet als das beste Mittel zu diesem Zwecke die Abschließung eines Übereinkommens zwischen Deutschland und England über die Einstellung der Flottenrüstungen und über die Abschaffung des Seebeuterechtes. Der Kongreß fordert die Sozialisten Englands und Deutschlands auf, ihre Agitation für ein solches Übereinkommen fortzusetzen.

Die Überwindung des Gegensatzes zwischen Deutschland auf der einen, Frankreich und England auf der anderen Seite würde die größte Gefahr für den Weltfrieden beseitigen, die Machtstellung des Zarismus, der diesen Gegensatz ausbeutet, erschüttern, einen Überfall Österreich-Ungarns auf Serbien unmöglich machen und der Welt den Frieden sichern. Auf dieses Ziel vor allem sind daher die Bemühungen der Internationale zu richten.

Der Kongreß stellt fest, daß die ganze sozialistische Internationale über diese Grundsätze der auswärtigen Politik einig ist. Er fordert die Arbeiter aller Länder auf, dem kapitalistischen Imperialismus die Kraft der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenzustellen. Er warnt die herrschenden Klassen aller Staaten, das Massenelend, das die kapitalistische Produktionsweise herbeiführt, durch kriegerische Aktionen noch zu verschärfen. Er fordert nachdrücklich den Frieden. Die Regierungen mögen nicht vergessen, daß sie bei dem gegenwärtigen Zustand Europas und der Stimmung der Arbeiterklasse nicht ohne Gefahr für sie selbst den Krieg entfesseln können, sie mögen sich daran erinnern, daß der Deutsch-Französische Krieg den revolutionären Ausbruch der Kommune im Gefolge hatte, daß der Russisch-Japanische Krieg die revolutionären Kräfte der Völker des russischen Reiches in Bewegung gesetzt hat, daß die militärischen und maritimen Wettrüstungen den Klassenkonflikten in England und auf dem Kontinent eine unerhörte Zuspitzung gegeben und riesige Arbeitseinstellungen entfesselt haben. Es wäre Wahnwitz, wenn die Regierungen nicht begreifen würden, daß schon der bloße Gedanke der Ungeheuerlichkeit eines Weltkrieges die Entrüstung und Empörung der Arbeiterklasse hervorrufen muß. Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schießen zum Vorteile des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes der Dynastien oder zu höherer Ehre diplomatischer Geheimverträge.

Wenn die Regierungsgewalten jede Möglichkeit der normalen Fort-

entwicklung abschneiden und dadurch das Proletariat zu verzweifelten Schritten treiben sollten, würden sie selbst die ganze Verantwortung für die Folgen der durch sie herbeigeführten Krise zu tragen haben.

Die Internationale wird ihre Anstrengungen verdoppeln, um diese Krise zu verhindern, sie wird ihren Protest mit immer stärkerem Nachdruck erheben, ihre Propaganda immer energischer und umfassender gestalten. Der Kongreß beauftragt darum das Internationale Sozialistische Büro, mit um so größerer Aufmerksamkeit die Ereignisse zu verfolgen und, was immer eintreten möge, die Verbindung zwischen den proletarischen Parteien aufrechtzuerhalten und zu verstärken.

Das Proletariat ist sich bewußt, in diesem Augenblick der Träger der ganzen Zukunft der Menschheit zu sein. Um die Vernichtung der Blüte aller Völker zu verhindern, die von allen Greueln des Massenmordes, der Hungersnot und Pestilenz bedroht ist, wird das Proletariat all seine Energie aufwenden.

So wendet sich der Kongreß an euch, Proletarier und Sozialisten aller Länder, daß ihr in dieser entscheidenden Stunde eure Stimme vernehmen lasset! Verkündet euren Willen in allen Formen und in allen Orten, erhebt euren Protest mit voller Wucht in den Parlamenten, vereinigt euch in Massen zu großen Kundgebungen, nützt alle Mittel aus, die euch die Organisation und die Stärke des Proletariats in die Hand geben! Sorgt dafür, daß die Regierungen beständig den wachsamen und leidenschaftlichen Friedenswillen des Proletariats vor Augen haben! Stellt so der kapitalistischen Welt der Ausbeutung und des Massenmordes die proletarische Welt des Friedens und der Verbrüderung der Völker entgegen!

Außerordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Basel
am 24. und 25. November 1912,
Berlin 1912, S. 23–27.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, 1914–1945, Bd. 1,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 3–8.

54
Aus dem Artikel „Sozialdemokratie und auswärtige Politik" der „Leipziger Volkszeitung" vom 9. Dezember 1912

Die Ereignisse der letzten Wochen, die Kriegsgefahr, die proletarischen Friedensdemonstrationen, der Baseler Kongreß, die Debatten des Reichstags in Berlin und des Wehrausschusses im Wiener Abgeordnetenhause, haben gezeigt, wie die Sozialdemokratie immer mehr dazu gedrängt wird,

ihren Einfluß auf die Gestaltung der auswärtigen Politik auszudehnen. Nicht etwa, daß früher die Partei diese Dinge ohne Beachtung gelassen hätte – schon Marx wies ja in den Schlußsätzen der Inauguraladresse die Internationale auf die Notwendigkeit hin, die Geheimnisse der auswärtigen Politik beherrschen zu lernen –, aber die Macht der Sozialdemokratie war noch zu unentwickelt, als daß sie dem Gang der historischen Tatsachen mehr als einen ohnmächtigen Protest hätte entgegenstellen können. Je mehr jedoch die sozialen Gegensätze sich verschärften, je mehr der Imperialismus erstarkte und der Konkurrenzkampf um den Weltmarkt den Weltfrieden erschütterte, desto unabweisbarer wurde die Notwendigkeit für das internationale Proletariat, seinen Einfluß zur Gestaltung der auswärtigen Politik in die Waagschale zu werfen. Besonders gilt das für das deutsche Proletariat. Nicht bloß deshalb, weil Deutschlands politische und gewerkschaftliche Organisationen die stärksten sind, nicht bloß, weil hier die Macht des organisierten Proletariats relativ am größten ist, sondern auch, weil durch die wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches das deutsche Proletariat in den Vorkampf gegen den Imperialismus gestellt worden ist. Kein Staat der Welt ist so ruhelos, so rastlos, so vom weltpolitischen Hunger gequält wie das Deutsche Reich. Es bildet gewissermaßen die Unruhe im Uhrwerk des Imperialismus. Die deutsche Bourgeoisie stößt an allen Ecken an, gerade weil der deutsche Imperialismus noch in den jugendstarken Flegeljahren seiner Entwicklung steckt. Überall will er haben, haben, und überall wird er zurückgewiesen; denn andre Raubmächte, die älter und größer sind als er, haben ihm die letzten Fetzen schon lange weggeschnappt. Deshalb der deutsch-englische Gegensatz, und deshalb liegt die Hauptkriegsgefahr in Deutschland, diesem Emporkömmling des Imperialismus. Und gerade deshalb muß der Kampf gegen den Imperialismus just in Deutschland am schärfsten aufgenommen werden; denn hier liegt die Entscheidung.

Diese erweiterte Aufgabe des deutschen Proletariats, den Vorkampf zu führen gegen die letzte, gefährlichste und gleichzeitig machtvollste Organisation des Kapitalismus, hat natürlich auch gesteigerte Verantwortung für die deutsche Sozialdemokratie herbeigeführt. Das deutsche Beispiel, den Imperialismus zu bekämpfen, wird in den ausländischen Bruderparteien aufs eifrigste verfolgt und leicht zur Richtschnur genommen. Und auch die Bourgeoisien andrer Länder beobachten aufmerksam die Haltung des deutschen Proletariats in diesem welthistorischen Kampfe.

Wie ist nun unsere Haltung? Bei der Stellungnahme zur auswärtigen Politik muß – das liegt im Wesen der Sache – der internationale Charakter des Sozialismus noch schärfer beachtet werden als sonst. Von der bequemen und billigen Manier, die früher recht gebräuchlich war, die Politik fremder Staaten zu loben, um die der eigenen Regierung desto nach-

drücklicher kritisieren zu können, ist man freilich immer mehr abgekommen. Diese Methode hatte den ungewollten Effekt, unsern ausländischen Genossen die Kritik an der Haltung ihrer Regierungen zu erschweren. Aber noch andre Methoden gibt es, die zu ernsten Bedenken Anlaß geben und die gerade in der letzten Zeit häufiger zur Anwendung gelangt sind. Wir meinen damit die Tatsache, daß man sich mannigfach mit Bündnissen und Verträgen der kapitalistischen Staaten einverstanden erklärt hat, auf deren Gestaltung wir keinen Einfluß haben, deren Inhalt wir nicht einmal genau und restlos kennen und – was das Wichtigste ist – die abgeschlossen sind, um sich gegen andre Staaten zu wenden, allem Gerede von dem „rein defensiven Charakter" solcher Verträge unbeschadet. So ist beispielsweise der Dreibund geschlossen worden als „ein Bund des Friedens und der gegenseitigen Verteidigung". Aber dieser Dreibund hat mit innerer Logik sein Gegenspiel geschaffen, zuerst den Zweibund, der sich später zur jetzigen Tripelentente ausgewachsen hat. Heute ist das gesamte kapitalistische Europa geteilt in die beiden Kriegslager: hie Dreibund, hie Tripelentente! Und wie „rein defensiv" der Dreibund ist, das beweist ja gerade jetzt die Haltung Österreichs, das, gestärkt durch den Vertrag mit Deutschland und Italien, vor drei Jahren mitten im Frieden Bosnien raubte – Italien machte es im vorigen Jahre in Tripolis genauso – und jetzt ob seines Krakeels mit Serbien einen Weltkrieg heraufbeschwören möchte. Sich von sozialistischer Seite aus auf den Boden des Dreibundes zu stellen, wie es bei den Etatsdebatten am letzten Dienstag Gen. David tat, ist also eine reine Unmöglichkeit und führt letzten Endes zur Zerreißung der Internationale. Wenn wir uns auf den Boden des Dreibundes stellen, so dürfte man unsern Genossen in Frankreich, England und Rußland es nicht verdenken, wenn sie sich auf den Boden der Tripelentente stellen wollten, denn so „rein defensiv" wie der Dreibund ist die Tripelentente schließlich auch noch. Und diese Stellungnahme zugunsten des Dreibundes wird auch nicht gerechtfertigt durch den Hinweis auf Rußland ...

Nichts leichter, als einen „Angriffskrieg" zu provozieren. Und was die Äußerung Bebels angeht, so sollte man sich erinnern, daß sie in eine Zeit fiel, die vor der russischen Revolution lag. Durch dieses welthistorische Ereignis ist sie überholt worden. Heute liegen die stärksten Garantien dafür, daß der russische Zarismus nicht so leicht einen Weltkrieg entfesseln wird, genau da, wo sie auch für Deutschland und für die Regierungen aller andern kapitalistischen Staaten liegen, nämlich in der Furcht, daß der Anfang des Weltkrieges der Anfang der Weltrevolution wäre. Seitdem die soziale Zersetzung des russischen Reiches so weit vorgeschritten ist, wie uns die Jahre 1905/06 bewiesen haben, ist die Stellung Rußlands für die Internationale keine Ausnahmestellung mehr. Und wenn

wir auch heute noch erklären wollten: Gegen den russischen Despotismus greifen alle Sozialdemokraten zur Flinte, denn der russische Zarismus bedeutet die ärgste Gefahr!, so könnten die polnischen Sozialdemokraten mit dem gleichen Recht erklären: Wenn der deutsche Despotismus einen Angriffskrieg gegen Rußland macht, so greifen wir alle zur Flinte, denn der deutsche Despotismus ist für die Polen das Schlimmste, das es gibt! Die Internationale wäre damit zerrissen.

In Wahrheit stehen die Dinge so: Die kapitalistische Welt Europas steht, in zwei politischen Staatenkartellen organisiert, einander kampfbereit gegenüber: hie Dreibund, hie Tripelentente! Das internationale Proletariat hat mit keinem der beiden das geringste zu tun! Es steht über beiden als die Internationale des Weltfriedens. Der Kampf gegen den Despotismus der Einzelländer ist Sache der sozialdemokratischen Parteien des betreffenden Landes. Ein einzelnes Land jedoch herauszugreifen und es als den gemeinsamen und ganz besonderen Feind aller andern Länder zu bezeichnen, gegen den auch die Sozialisten dieser Länder zur Flinte greifen würden, ist heute nicht nur überflüssig, weil überholt, sondern auch in höchstem Maße gefährlich und würde der Idee des Weltfriedens nur schaden, nicht nützen. Wie sehr das tatsächlich für die Davidsche Rede zutrifft, geht aus der Haltung der bürgerlichen Presse hervor, die aus ihr den für das kapitalistische Bewußtsein sehr beruhigenden Schluß zog, daß man ruhig zu Felde ziehen könne, die deutsche Arbeiterklasse werde sich nicht regen. Sollte das der gewollte Effekt von Basel sein?

Leipziger Volkszeitung,
9. Dezember 1912.

55

Aus der Schrift des Generals Friedrich von Bernhardi „Unsere Zukunft. Ein Mahnwort an das deutsche Volk", erschienen im Jahre 1912

Betrachten wir nun von diesem Standpunkt aus die Stellung des Deutschtums auf der Welt, so müssen wir uns mit blutendem Herzen gestehen, daß die politische Stellung des Deutschen Reichs in keiner Weise dem Kulturwert des deutschen Volkes und der wirtschaftlichen Bedeutung des Deutschtums im Auslande entspricht ...

Befinden wir uns also als Kontinentalmacht in einer wenig vorteilhaften Lage, so ist unsere Weltstellung in dem gleichen Grade gefährdet; ja man kann von einer wirklichen Weltgeltung des Deutschen Reichs als solchen eigentlich noch gar nicht reden. Obwohl die wirtschaftliche Bedeutung des Deutschtums auf der ganzen Erde unter dem Schutze des

politischen Ansehens, das uns unsere Einigungskriege errungen hatten, eine sehr bedeutende geworden ist, können wir uns dennoch als Weltmacht nirgends zur Geltung bringen, und nur an wenigen Orten der Erde kann sich das Deutschtum frei und selbständig entwickeln, nämlich in den wenigen Kolonien, die wir seinerzeit mit Englands Einverständnis erworben haben und auch heute noch besitzen.

Dieser Kolonialbesitz aber entspricht in keiner Weise weder unserer Bedeutung als Kulturvolk noch unseren wirtschaftlichen Bedürfnissen, noch der zahlenmäßigen Größe und Entwicklungsfähigkeit unseres Volkes. Bei der Verteilung der politischen Macht, wie sie heute besteht, kann uns noch dazu der Verkehr mit unseren überseeischen Besitzungen jeden Tag unterbunden werden, ohne daß wir uns dagegen zu wehren vermöchten. Wenn wir dagegen die Kolonialreiche Englands, Frankreichs und sogar des kleinen Belgien betrachten, erkennen wir klar, daß wir bei der Verteilung der Erde nicht ohne unsere eigene schwere Schuld zu kurz gekommen sind ...

Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln und zugleich das wirksamste, wenn auch gefährlichste Mittel der Politik. Ja man muß sogar behaupten, daß die Möglichkeit des Krieges als eines äußersten Mittels eine notwendige Voraussetzung der Politik ist. Man kann sich eine solche ohne die Möglichkeit, sich unter Umständen auf die Waffen zu berufen, überhaupt nicht denken. Es gibt zwischen Staaten, die einen friedlichen Ausgleich entgegengesetzter Interessen nicht zuwege bringen, überhaupt keinen anderen Kraftmesser als den Krieg, und allein die Vorstellung von den nachteiligen Folgen, die ein Krieg zur Folge haben würde, vermag einen Staat zu bewegen, einen Teil seiner wertvollsten Interessen zugunsten eines Gegners preiszugeben ...

Dem Kriege muß auch in der öffentlichen Meinung seine sittliche Berechtigung und seine politische Bedeutung zurückgewonnen werden. Seine hohe Bedeutung als der mächtigste Kulturförderer muß ihrem Wert entsprechend allgemein anerkannt werden. Wir müssen einsehen, daß in einem wirklichen Kulturvolk die wirtschaftlichen und persönlichen Interessen allein niemals die entscheidenden sein dürfen; daß nicht die äußeren, sondern die sittlichen Güter die erstrebenswerten wahren Kulturgüter sind und daß Opfer bringen und Leiden erdulden im Interesse einer großen Sache den Menschen höher stellt als Genießen und gieriges Haschen nach sinnlichen Gütern dieser Welt; kurz, daß der Krieg um ideale Zwecke oder zur Selbstbehauptung eines edlen Volkes nicht als Barbarei, sondern als der höchste Ausdruck wahrer Kultur bezeichnet werden muß und als eine politische Notwendigkeit im Interesse des biologischen, sozialen und sittlichen Fortschritts ...

In diesen Ergebnissen aber beruht die biologische Bedeutung des Krie-

ges für die fortschrittliche Entwicklung der Menschheit; denn es ist klar, daß die Kräfte, die die Überlegenheit im Kriege gewähren, nämlich vor allem die geistigen und sittlichen, wie sie nur in einem lebensstarken Volke gedeihen, zugleich die sind, die eine fortschrittliche Kulturentwicklung ermöglichen. Eben dadurch, daß sie die Elemente des Fortschrittes in sich bergen, verleihen sie den Sieg, der dem lebensstarken Volke erweiterte und günstigere Lebensmöglichkeit und gesteigerten Einfluß verschafft. Ohne den Krieg aber würden nur allzuleicht minderwertige und verkommene Rassen durch Masse und Kapitalmacht die gesunden, keimkräftigen Elemente überwuchern, und ein allgemeiner Rückgang müßte die Folge sein. In der Auslese besteht die Schöpferkraft des Krieges. Indem er und er allein eine solche bewirkt, wird er zu einer biologischen Notwendigkeit, zu einem Regulator im Leben der Menschheit, der gar nicht zu entbehren ist, weil sich ohne ihn eine ungesunde, jede Förderung der Gattung und daher auch jede wirkliche Kultur ausschließende Entwicklung ergeben müßte.

Friedrich von Bernhardi: Unsere Zukunft.
Ein Mahnwort an das deutsche Volk,
Stuttgart, Berlin 1912, S. 22–24, 54, 56, 60.

56

Aus dem Buch Heinrich Claß', des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, „Wenn ich der Kaiser wär'", erschienen im Jahre 1912

Das allgemeine gleiche Wahlrecht ist immer eine Unwahrheit gewesen, da es eine Gleichheit der Menschen voraussetzt, die sich niemals verwirklichen lassen wird. Es ist unmoralisch, indem es den Würdigen, Fähigen, Reifen genauso behandelt wie den Unwürdigen, Unfähigen, Unreifen. Es ist endlich ungerecht, indem es tatsächlich durch die Gewalt der Masse, die Massenstimmenzahl, die Gebildeten und Besitzenden entrechtet. Es war nur so lange erträglich, als die nationale und staatliche Gesinnung auch der Nichtbesitzenden und Ungebildeten die in ihm ruhenden Gegensätze ausglich; bis dahin konnte man sagen, die Vaterlandsliebe hielt die Gefahren im Zaume; mit dem Massenabfall vom Vaterlande ist das ausgleichende Moment beseitigt, und das allgemeine gleiche Wahlrecht wirkt unverhüllt zerstörend gegen den Staat, entrechtend gegenüber allen, die ihn verteidigen wollen . . .

Eines aber sollte zum Gemeingut der öffentlichen Meinung unseres Vaterlandes werden, wie kläglich die Auffassung ist, die unsere Wehrmacht zu Lande und zu Wasser nur als Verteidigungsmittel gegen feind-

liche Angriffe ansieht. Das heißt sie des besten Teiles ihres Wertes berauben, drückt sie herab zu Werkzeugen philiströser Politik. Oben habe ich die Ansicht bekämpft, daß wir „saturiert" seien – stellt die öffentliche Meinung sich dazu in gleicher Weise, so wird sie auch unzweideutig aussprechen: Heer und Flotte sind auch Waffen des Angriffs, wenn die Sicherung unseres Daseins es verlangt.

Ein Glück ist es, daß unsere Offiziere von diesem Geiste erfüllt sind ...

Wie die Gebildeten in unserem Volke, die Leute mit etwas politischem Blicke, allmählich erkannt haben, daß die Politik der Saturiertheit unserer wirklichen Lage nicht mehr entspricht, so ist es geboten, daß alle am öffentlichen Leben Interessierten umdenken lernen und verlangen, daß wir tätige äußere Politik treiben, sagen wir ruhig aggressive ...

Der Krieg sei uns heilig wie das läuternde Schicksal; wie dieses das Leben des einzelnen oder eines Geschlechtes bessern kann oder vernichten, so denke man sich den Krieg und glaube daran, daß nur der im Sinne der Ewigkeit Schlechte und Unbrauchbare unterliegen wird.

Heilig sei uns der Krieg wie das läuternde Schicksal, denn er wird alles Große und Opferbereite, also Selbstlose wecken in unserem Volke und seine Seele reinigen von den Schlacken der selbstischen Kleinheit.

Wert sei er uns als der Prüfstein der Kraft und Tüchtigkeit und aller männlichen Tugenden.

Willkommen sei er uns als der Arzt unserer Seelen, der mit stärksten Mitteln uns heilen wird.

Daniel Frymann: Wenn ich der Kaiser wär'.
Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten,
Leipzig 1912, S. 43, 104, 137 u. 182/183.

57

Aus dem Artikel des „Reichsboten" „Über Krieg und Volkstum" vom 14. März 1913

Wie gegenwärtig der Balkan einen Rassenkampf erlebt, so ist jeder deutsche Krieg der Zukunft ein Rassenkrieg, ein Kampf um rassisch-völkische Macht und Selbständigkeit, um Boden für slawische oder germanische Siedlung. Deutschland wird von sich aus einen solchen Krieg freilich erst führen, wenn die Besiedelung im eigenen Lande zum Abschluß gelangt ist. Ebenso ist bei einem neuen Siege über Frankreich schon aus strategischen Gründen die Hinzunahme einiger Landstriche sicher; ebenso läßt sich voraussagen, daß Frankreich das Auskaufen und die Aufnahme aller Bewohner dieser Landstriche auferlegt würde, die nicht auf Grund ihrer geschichtlich-deutschen Abstammung deutsche Bürger werden wol-

len ... Tatsächlich ist der Kampf zwischen den Schichten desselben Volkes nichts anderes als Fieber und Zersetzung des Organismus, während der Kampf nach außen die innere organische Geschlossenheit mehrt und neue Kraft erzeugt. Kein Volk hat die Möglichkeit, den Kampf oder mindestens die Kampfbereitschaft nach außen aufzugeben und zugleich den inneren Frieden zu bewahren. Der sogenannte Weltfriede ist nicht Ordnung, sondern Chaos. Er bedeutet zunächst eine Gewaltherrschaft der Geldmächte und des Proletariats gegen die produktiven Kräfte der Völker und schließlich im Kampfe aller gegen alle die Rückkehr jener vorgeschichtlichen Zustände, von denen gerade nach Meinung unserer „Weltbürger" alle Kultur ihren Ausgang genommen hat.

Zit. nach: Otfried Nippold: Der deutsche Chauvinismus.
Veröffentlichungen des Verbandes für Internationale Verständigung, H. 9,
Stuttgart 1913, S. 26.

58

Aus der Begründung der Heeresvorlage vom 28. März 1913 durch Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg

Durch die Ereignisse, die sich auf dem Balkan abspielen, sind die europäischen Machtverhältnisse verschoben worden. Deutschland hat in einem Kriege, der ihm aufgenötigt werden sollte, langgestreckte, von Natur zum großen Teil offene Grenzen möglicherweise gleichzeitig gegen mehrere Feinde zu schützen. Infolge der eingetretenen Verschiebungen ist es heute mehr denn je unsere oberste Pflicht, diesen Schutz so stark zu gestalten, wie unsere Volkskraft es zuläßt.

Die Stärke unseres Heeres hat mit dem Wachstume der Bevölkerung nicht völlig gleichen Schritt gehalten. Teile der wehrkräftigen Bevölkerung bleiben gegenwärtig für den Waffendienst unausgebildet. Die allgemeine Wehrpflicht ist aber die bewährteste Unterlage für Deutschlands Stärke. Nur wenn sie verwirklicht bleibt, können wir der Zukunft mit dem sicheren Gefühl erfüllter Pflicht und festen Vertrauens entgegensehen. Dann bleibt auch die Armee jung, und wir sind nicht genötigt, im Kriegsfalle ältere Jahrgänge, Männer mit Frau und Kind, sofort und in vorderster Linie an den Feind zu führen, während junge, diensttaugliche Mannschaft zurückbleibt und beim Eintritt der Gefahr erst ausgebildet werden muß.

Leitender Gedanke der Vorlage ist deshalb der Ausbau der allgemeinen Wehrpflicht nach dem Stande der Bevölkerung.

Rund 63 000 Rekruten sollen jährlich mehr eingestellt werden. Ihre Einstellung wird vor allem dazu dienen, den Friedensstand der vorhandenen Truppenteile zu erhöhen. Durch die so verbesserte Zusammenset-

zung der Truppenteile erfährt das Heer einen Zuwachs an schnell bereiter Kampfkraft, wird ihm der Übergang vom Friedens- in den Kriegsstand erleichtert, werden die im Kriegsfall einzureihenden Jahrgänge des Beurlaubtenstandes verjüngt und verstärkt.

Soll die vermehrte Anspannung unserer Wehrkraft hiernach grundsätzlich nicht dazu dienen, zahlreiche neue Truppenteile aufzustellen oder neue große Truppenverbände zu schaffen, so können doch einzelne Neuformationen nicht länger entbehrt werden. Dies sind u. a. für die Infanterie die bei 18 Regimentern noch fehlenden dritten Bataillone, für die 18 Jäger-Bataillone Radfahrer- und Maschinengewehr-Kompanien, für die Kavallerie 6 neue Regimenter und bei 4 bayerischen Regimentern noch fehlende fünfte Eskadrons, für die Fußartillerie 3 neue Regimenter und 1 württembergisches Bataillon, für die Pioniere 11 und die Verkehrstruppen 13 neue Bataillone, für den Train 1 Bataillon und 20 Kompanien.

Um den zahlreicheren Heeresersatz ausbilden zu können, muß das Offizier- und Unteroffizierkorps wesentlich verstärkt werden. Zur Sicherung dieser Verstärkung sollen die Kriegsschulen in Preußen noch um eine vermehrt, die Kadettenanstalten in Preußen und Sachsen vergrößert, in Preußen zwei Unteroffiziervorschulen neu geschaffen, die preußischen und sächsischen Unteroffizierschulen und -vorschulen verstärkt werden.

Der Unteroffizierersatz wird aber in erster Linie durch Sicherstellung seiner Zukunft nach dem Ausscheiden gewonnen. Daher soll die Dienstprämie nach zwölfjähriger aktiver Dienstzeit von 1000 M auf 1500 M heraufgesetzt und die Abfindung für Nichtbenutzung des Zivilversorgungsscheins, wie nachstehend zu Artikel III noch im einzelnen zu begründen, ebenfalls erheblich höher bemessen werden. Um die Unteroffizierlaufbahn sonst noch günstiger zu gestalten, wird eine Besserstellung der Unteroffiziere und Kapitulanten hinsichtlich der Verpflegung und durch Gewährung von einzelnen besonderen Zuschüssen vorgeschlagen.

Hand in Hand mit der Steigerung der Friedenspräsenzstärke muß das Beamtenpersonal für allgemeine und besondere Verwaltungszwecke, für Rechtspflege und Seelsorge vermehrt werden. Desgleichen sind die Sanitätseinrichtungen, die Übungs- und die Schießplätze zu erweitern.

Schließlich ist zur Erhöhung der Schlagfertigkeit, der Zuverlässigkeit der Mobilmachung und des inneren Wertes, besonders der Reserve-Formationen, wiederum die Vermehrung der Offizierstellen ein unabweisbares Bedürfnis.

Die gesamte Vermehrung beläuft sich auf rund

4 000 Offiziere,
15 000 Unteroffiziere,
117 000 Gefreite und Gemeine,
27 000 Pferde.

Die Durchführung sämtlicher Maßnahmen bei den 3 Hauptwaffen ist in Anbetracht ihrer Dringlichkeit, soweit möglich, für den Oktober 1913 geplant. Nur bei den Spezialwaffen zwingen Rücksichten organisatorischer Art zu einer Verteilung der Durchführung auf einige Jahre.

Hingegen sollen die bereits in den Gesetzen über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres vom $\frac{27.\text{ März }1911}{14.\text{ Juni }1912}$ angeordneten organisatorischen Maßregeln, deren Verwirklichung noch im Vorjahr bis auf 1914 und 1915 verschiebbar erschien, schon im Herbste 1913 durchgeführt werden.

In ähnlicher Weise muß die größtenteils durch die Etats der letzten Jahre bereits angestrebte Beschaffung von Kriegsmaterial aller Art beschleunigt werden. Auch ist ein rascherer und vermehrter Ausbau unserer Festungen erforderlich, damit diese den Unternehmungen des Feldheeres einen sicheren Rückhalt und Stützpunkt bieten können.

Neu werden Mittel für den Ausbau der Luftflotte angefordert.

Im Zusammenhange mit den die Schlagfertigkeit des Heeres erhöhenden Maßregeln wird die Bereitstellung von Mitteln für eine bessere Verpflegung der Mannschaften sowie für freie Urlaubsreisen in die Heimat vorgeschlagen.

Die Gesamtkosten für die Jahre 1913 bis 1915 belaufen sich auf rund
183 Millionen fortdauernder Ausgaben (einschließlich Mindereinnahmen) und
884 Millionen einmaliger Ausgaben.

Verhandlungen des Reichtags, XII. Legislaturperiode,
I. Session, Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Nr. 869,
O. O. o. J., S. 5–7.

59

Resolution gegen die Heeresvorlage der Regierung, angenommen auf sozialdemokratischen Versammlungen in Leipzig im April 1913

Die Versammelten erheben entschiedenen Einspruch gegen die ungeheuerlichen Forderungen der neuen Militärvorlage. Sie protestieren gegen die unaufhörliche Steigerung der Rüstungen, die das gespannte Verhältnis zwischen den Mächtegruppen Europas verschärfen, den Frieden bedrohen und mit ihren Opfern an Gut und Blut die Kraft der Völker zermürben.

Die Versammelten fordern anstelle des den Frieden gefährdenden stehenden Heeres die Miliz, die Volkswehr mit kurzer Dienstzeit und ohne Paradedrill, die das ganze Volk wehrhaft macht und sich weder zu Eroberungskriegen noch gegen das Volk verwenden läßt.

Mit gleicher Entschiedenheit protestieren die Versammelten gegen den schwindelhaften Versuch, eine wirkliche Lösung der Deckungsfrage zu umgehen durch allerlei unzureichende und bedenkliche Ausfluchtsmittel, durch die zum Teil wieder der Konsum der Massen, der Geschäftsverkehr und der Mittelstand belastet werden. Sie protestieren gegen das Unternehmen, den Junkern die Möglichkeit zu geben, in den Landtagen einen erheblichen Teil der Steuern auf Proletarier und Mittelstand oder auf das Gewerbe abzuwälzen. Sie protestieren ferner gegen die Begünstigung der großen Vermögen in der Gestaltung des Wehrbeitrages zuungunsten der kleinen.

Sie fordern ferner für den Fall der Bewilligung der Heeresvorlage die Deckung der Kosten durch progressive Besteuerung des Vermögens und des Erbes von Reichs wegen.

Die Politik der gigantischen Rüstungen ist das Erzeugnis des Imperialismus, der neuesten Phase des Kapitalismus, des Strebens der herrschenden Klassen nach Erweiterung ihres Ausbreitungsgebietes und des feindlichen Gegensatzes, der daraus zwischen den herrschenden Klassen der großen Weltmächte erwächst.

Der Kampf gegen den Militarismus muß daher ein Kampf sein gegen seine Wurzel, gegen den Imperialismus, gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus. Die Versammelten verpflichten sich, in diesen Kampf mit allen Kräften durch Anschluß an die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse einzutreten.

Leipziger Volkszeitung,
5. April 1913.

60

Resolution gegen die Heeresvorlage der Regierung, angenommen auf sozialdemokratischen Versammlungen in Berlin im April 1913

Die Versammlung spricht ihr Erstaunen und ihre Entrüstung über die ungeheuerlichen Forderungen aus, die auf das Kommando des Generalstabs hin von der Regierung dem deutschen Volke angesonnen werden. Sie erblickt in dem sinnlosen Wettrüsten eine neue Verschärfung der chronischen Kriegsgefahr, ein Attentat auf den Kulturfortschritt und die Entwicklungsmöglichkeit der Nationen. Sie verwirft prinzipiell das ganze militaristische System und fordert seine Ersetzung durch das Milizsystem, die freie Volkswehr.

Die Versammlung erklärt die Milliardenvergeudung für militaristische Zwecke für eine nachhaltige Schädigung der deutschen Volkswirtschaft,

durch die auf alle Fälle die Arbeiterschaft schwer betroffen wird. Sie erklärt die Deckungsvorschläge der Regierung für völlig unannehmbar, für eine verwerfliche Verfälschung des Besitzsteuergedankens. Sie brandmarkt insbesondere den Versuch, den Reichstag des gleichen Stimmrechts um sein Steuerrecht zu bringen und an seine Stelle die Steuerhoheit der Privilegienlandtage zu setzen. Die Versammlung begrüßt mit Begeisterung den bewunderungswürdigen Widerstand, den insbesondere die französische Sozialdemokratie den militaristischen Plänen entgegensetzt, und gelobt, in Übereinstimmung und in brüderlicher Solidarität mit der ganzen Arbeiterinternationale den Kampf gegen den Militarismus mit aller Energie fortzuführen.

Vorwärts (Berlin),
7. April 1913.

61

Artikel Karl Liebknechts „Was ist? Was wird sein?" vom 21. April 1913

Die Wege des Kapitals sind nicht im mindesten wunderbar. Mit der gleichen naturgesetzlichen Notwendigkeit, die das Wasser den Berg hinuntertreibt, strömt das Kapital an den Ort des höchsten Profits. Ihm moralische Skrupel welcher Art immer ansinnen, hieße dem Wasser zumuten, bergan zu laufen oder dem Felde zuzufliegen.

Aber die Wege des Kapitals sind dennoch wunderbar. Nicht in ihrer Gesetzmäßigkeit, sondern in ihrer unerschöpflichen Mannigfaltigkeit. Wie wirkt sich die Kapitalmacht jeweils aus, wie setzt sie sich in soziale oder politische Macht um, die wiederum wirtschaftlich dem Profit nutzbar ist? Verborgene Maulwurfsgänge, geheime, geheimste Kanäle, ein weitverzweigtes unterirdisches Röhrennetz leiten in politische Parteien, die zu einem guten Teil geradezu die Ausgehaltenen gewisser kapitalistischer Interessentengruppen sind, leiten in allerhand scheinbar unabhängige, oft sich höchst idealistisch gebärdende Vereinsorganisationen, leiten vor allem auch in die Presse. Oft auf Schleichwegen, die selbst den Stipendiaten unbekannt sind.

Brutal, robust, voll zynischen Hohns gegen alle Argumente und Methoden einer sozusagen feineren Gesittung, wie der Militarismus selbst, diese konzentrierte, systematisierte Roheit der Gewalttätigkeit – so ist die Rüstungsindustrie. Ungeheuerlich in ihren Kräften, unersättlich in ihren Ansprüchen, leidenschaftlich in ihrem Profitwillen. Gefüttert mit den sauren Groschen der Armen, die sie in süße Millionen für Geld-

fürsten wandelt. Umflossen von dem Heiligenschein eines teils philisterhaften, teils marktschreierischen, teils in trüben Spekulationen entarteten „Patriotismus", dessen heuchlerische Verächtlichkeit vielfach so weit geht, daß die Heuchelei aufhört, bewußt zu sein. Und nicht gedeihend bei Glück, Freiheit und Frieden der Völker, sondern bei Zwietracht, Kriegsgefahr, Krieg, die ihre Nahrung bilden: Je mehr Völkerhaß, um so mehr Profit! Durch ihr innerstes Wesen international, weit über alle Landesgrenzen hinaus solidarisch im Interesse an der gegenseitigen Verhetzung der Völker, die innere und äußere Skrupellosigkeit des Kapitalismus übergipfelnd. Und voll Interesse gerade an einem bestimmenden Einfluß auf die Politik, vor allem auf die äußere, auf die Staatsgewalt und alle politischen Machtfaktoren, durch die das heillose Feuer des Völkerhasses geschürt, der „Gefahr" friedlicher Entwicklung entgegengewirkt werden kann, die aber gleichzeitig die höchst opulenten Auftraggeber sind.

Kein Band irgendwelcher moralischer Rücksicht könnte fest genug sein, um die von solcher Psychologie vorangetriebenen wilden, eigensüchtigen Profitinstinkte des Rüstungskapitals zu hemmen. Jeder Damm wird überflutet, den nicht Geschäftsklugheit aufrichtet.

Die Erfahrung bestätigt diese theoretisch selbstverständliche Auffassung. Die Treibereien der englischen Kriegsindustrie sind bekannt, die Pulverring-Skandale nicht minder. Vor wenigen Tagen erst ist in Italien Herrn Cresto, dem früheren Präsidenten der italienischen Handelskammer in Paris, gerichtlich bescheinigt worden, daß er während des libyschen Krieges zwar bei patriotischen Kundgebungen allen voran glänzte, sich aber zugleich „redlichste" Mühe gab, durch Waffenlieferungen an den türkischen Feind ein gutes Geschäft zu machen.

Und nun: Deutschland in der Welt voran! Freilich, die Skandale um den Panzerplattenkonzern, um Dillingen, das heißt König Stumms Nachfolger, um die Munitions- und Waffenfabriken, um den dreimal gebenedeiten Krupp sind nur Symptome eines allgemeinen Krebsleidens der heutigen Gesellschaftsordnung über alle Staatengrenzen hinaus.

Schwer ist es und fast stets nur durch einen Glückszufall möglich, in das Geheimkabinett des Kapitalismus so hineinzuleuchten, wie es uns in den letzten Tagen und Wochen vergönnt war.

Wütend ballt die Sippe der vaterlandsfeindlichen Patrioten die Fäuste, vor allem über die Aufdeckung des Kruppschen Reptilienfonds.

Krupps Ehre – Deutschlands Ehre! Krupps Schande – Deutschlands Schande! Im Augenblick, wo der schlüssige Beweis erbracht wird, welche furchtbaren Gefahren das gemeinschädliche Treiben der in Glanz und Glück sitzenden Rüstungsindustriellen über die Völker heraufbeschworen hat und heraufbeschwört, wird das Hohelied ihrer patriotischen Leistungen gesungen; und die Macht jener großen Unternehmungen müßte einige

dutzendmal kleiner sein, als sie ist, wenn nicht bereits an allen Ecken und Enden die Beschwichtigungshofräte, die Verwirrungshandlanger und die Vertuschungskünstler am Werke wären.

Und doch steht alles fest wie ein Fels. Und doch ist das Spiel für jene, trotz aller unlauteren und durchsichtigen Manöver, verloren. Das Selbstverständliche und Pflichtgemäße wird geschehen müssen. Daß es geschieht, ohne Schonung, rücksichtslos und radikal, darüber gilt's zu wachen.

Das erste aber und wichtigste ist: Alle Voraussetzungen für ein friedliches Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland sind bei gutem Willen gegeben. Die Wehrvorlagen in beiden Ländern bilden das einzige ernste Hindernis, wenn man die künstlich aufgebauschten Episoden von Nancy, Besançon, Lunéville usw. beiseite läßt, die wiederum aus der durch die Heeresvorlagen überhitzten Atmosphäre zu erklären sind. Auch diese Zwischenfälle sind in einer Weise gelöst, wie sie anständiger, vornehmer nicht gedacht werden kann. In beiden Ländern wächst die Abneigung gegen den Rüstungswahnsinn trotz alledem; trotz all der Machinationen der Rüstungsinteressenten und militärischen Karrieristen.

Es gilt, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden. Die Annäherung an den Gedanken einer maritimen Verständigung mit England hat sich vollzogen. Der psychologische Moment für eine Rüstungsverständigung zwischen Frankreich und Deutschland ist gekommen. Die Völker können und wollen nicht mehr weiter auf der bisherigen Bahn, die im Abgrund endet, enden muß. Am wenigsten, nachdem den Chorführern des Patriotismus die Maske abgerissen ist.

Die Berner Zusammenkunft steht nahe bevor. Werden die bürgerlichen Parteien wenigstens zu einem Teil – in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse und jedenfalls im Interesse des Volkes – mitzuarbeiten bereit sein an dem heiligen Werk des europäischen Friedens? Werden die Regierungen, wird die deutsche Regierung, gewarnt und gewitzigt, die Kraft und den Mut finden, um sich loszureißen aus der Umstrickung der alldeutschen Schreier, der Offizierskamarilla, der Krupp und Genossen? Wird sie endlich dem stürmischen Drängen der großen Masse des deutschen Volkes nachgeben und einer Vermittelung zwischen den beiden größten Militärstaaten des europäischen Kontinents zustimmen, deren Ergebnis eine stärkere Sicherung des Weltfriedens, der Sicherheit und Kultur beider Länder sein wird als alle Kanonen von Schneider-Creusot oder Krupp?

Vorwärts (Berlin),
21. April 1913.
Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VI,
Berlin 1964, S. 297–300.

62
Aus dem Artikel der „Post" „Die Wehrvorlage und die internationale Lage" vom 25. April 1913

Kann aber ein solcher Zustand dauernd erhalten bleiben? – Kann ein großes, rasch sich vermehrendes Volk wie das deutsche auf die Dauer darauf verzichten, sich weiter zu entwickeln und seine politische Macht zu erweitern? Können wir uns auf die Dauer mit unseren jetzigen unzureichenden Kolonien und mit unserer gefährdeten Stellung im Zentrum Europas begnügen? Dürfen wir es darauf ankommen lassen, daß der Zuwachs unserer Bevölkerung unserem Vaterlande, wie früher, verlorengeht und den uns feindlichen Staaten als weiteres Machtelement zufließt? Haben wir nicht die Verpflichtung, den Überschuß an geistigen Kräften, der in Deutschland vorhanden ist und überall vielfach umsonst nach Betätigung strebt, Arbeitsgebiete zu eröffnen, die den Interessen unseres Vaterlandes dienstbar sind?

Die Verwirklichung und Lösung aller dieser Aufgaben anzustreben, ist nicht nur unsere heilige nationale Pflicht, sondern wird sich sehr bald auch als eine Notwendigkeit herausstellen, die sich mit Naturgewalt geltend machen wird. Von einer Politik des Verzichts und der Entsagung, wie wir sie seit Jahren betrieben haben, werden wir unter dem Druck des nationalen Willens zu einer solchen übergehen müssen, die positive Zwecke verfolgt: die Stärkung unserer mitteleuropäischen Stellung, die endgültige Auseinandersetzung mit Frankreich und England; die Erweiterung unseres Kolonialbesitzes, um dem Überschuß unserer Bevölkerung neue deutsche Wohnsitze zu verschaffen; der energische Schutz der Auslandsdeutschen; die Erwerbung von Stützpunkten für unsere Flotte; die weitere Entwicklung unserer aktiven Macht im Verhältnis des Anwachsens der feindlichen Kräfte. Das sind die Aufgaben, die der nächsten Zukunft gestellt werden müssen ...

Die Gefahr eines Krieges ist daher keineswegs ausgeschlossen, sondern im Gegenteil in den Verhältnissen tief begründet. Die Frage liegt heute ebenso wie vor der Balkankrisis, ob wir auf jede weitere Entwicklung verzichten oder es auf einen Kampf gegen die feindlichen Mächte ankommen lassen wollen. Darüber sollte sich das deutsche Volk auch bei der Behandlung der deutschen Militärvorlage völlig klar sein.

Es ist daher durchaus verfehlt, wenn man unsere Heeresverstärkung immer und immer wieder als Versicherungsprämie gegen den Krieg bezeichnet; wenn man immer und immer wieder betont, daß die Erhaltung des Friedens die wesentlichste Aufgabe des Staats sei, die zu erfüllen kein Opfer als zu groß betrachtet werden dürfe; denn das ist nicht wahr und

nur geeignet, den Sinn des Volkes mit falschen und schwächlichen Vorstellungen zu vergiften.

Zit. nach: Otfried Nippold: Der deutsche Chauvinismus. Veröffentlichungen des Verbandes für Internationale Verständigung, H. 9, Stuttgart 1913, S. 14 f.

63

Aus dem Artikel Rosa Luxemburgs „Nach dem Jenaer Parteitag", geschrieben im Oktober 1913

Und doch wäre es unseres Erachtens ein Irrtum, aus den Entscheidungen über den Massenstreik und die Steuerfrage etwa den Schluß zu ziehen, der Jenaer Parteitag habe plötzlich einen heftigen Ruck der Partei nach rechts und eine Zweidrittelmehrheit des revisionistischen Flügels aufgezeigt. Ein so rapides Anwachsen des rechten Flügels, der bis zum letzten Parteitag eine schwache Drittelmehrheit darstellte, wäre ein unbegreifliches Phänomen und ist auch gar nicht eingetreten. Bewußter Revisionismus ist in der Steuerfrage mindestens von der Hälfte der siegreichen Mehrheit ganz gewiß nicht betrieben worden; es war die mangelhafte Orientierung über die wahren Konsequenzen und den wahren Charakter der getroffenen Entscheidung, was für eine große Anzahl der Delegierten mitbestimmend war. In der Massenstreikfrage aber mußte der Parteivorstand sichtbar durch die kräftigere Betonung des Willens zur Tat im letzten Augenblick eine Mehrheit für seine Resolution zusammenwerben.

Demnach haben wir gar keinen Grund anzunehmen, daß das übliche revisionistische Drittel der Parteitage, wie es durch die bewußten und konsequenten Wortführer des Opportunismus vertreten wird, auf diesem Parteitag irgendwie angewachsen wäre. Wer diesmal zusammen mit diesem revisionistischen Drittel die Mehrheit gebildet hat, das war jene unentschlossene und schwankende Schicht der Mitte, die Bebel in Dresden, nach den bekannten Bezeichnungen des Konvents der großen französischen Revolution, den Sumpf genannt hat:

„Es ist immer und ewig der alte Kampf, hier links, dort rechts, und dazwischen der Sumpf. Das sind die Elemente, die nie wissen, was sie wollen, oder besser gesagt, die nie sagen, was sie wollen. Das sind die ‚Schlaumeier', die immer erst horchen: Wie steht's da, wie steht's hier? Die immer spüren, wo die Majorität ist, und dorthin gehen sie dann. Diese Sorte haben wir auch in unserer Partei. Eine ganze Anzahl ist jetzt bei diesen Verhandlungen ans Licht des Tages gekommen. Man muß diese Parteigenossen denunzieren (Zuruf: denunzieren!?), ja, ich sage ja, denunzieren, damit die Genossen wissen, was das für halbe Leute sind.

Der Mann, der wenigstens offen seinen Standpunkt vertritt, bei dem weiß ich, woran ich bin, mit dem kann ich kämpfen. Entweder er siegt oder ich. Aber die faulen Elemente, die sich immer drücken und jeder klaren Entscheidung aus dem Wege gehen, die immer wieder sagen: wir sind ja alle einig, sind ja alle Brüder. Das sind die allerschlimmsten! Die bekämpfe ich am allermeisten."

Die Rolle dieses „Sumpfes" ist, trotz der Unentschiedenheit der Ansichten seiner einzelnen Mitglieder, in jeder politischen Körperschaft, und auch in unserer Partei, eine ganz bestimmte. Während der ganzen letzten Periode der Kämpfe mit dem Revisionismus unterstützte der Sumpf den linken Flügel der Partei und bildete mit ihm die kompakte Mehrheit gegen den Revisionismus, brachte ihnen gemeinsam mit der Linken eine eklatante Niederlage nach der anderen bei. Was ihn dazu bewog, war das scheinbar konservative Element, das es zu verteidigen galt. Es mußte doch „die alte bewährte Taktik" gegen revisionistische Neuerungen geschützt werden. Und was diesem Abwehrkampf die Weihe in den Augen aller mittleren Elemente verleihen mußte: an der Spitze des Kampfes standen oberste Instanzen, anerkannte Autoritäten. Der Parteivorstand, das wissenschaftliche Zentralorgan der Partei, altbewährte Namen wie Singer, Liebknecht, Bebel, Kautsky fochten in den ersten Reihen. So war alle beruhigende Gewähr für die Elemente des Sumpfes gegeben, daß sich das Traditionelle und Hergebrachte auf dieser Seite befand.

Die imperialistische Periode, die verschärften Verhältnisse der letzten Jahre, stellen uns aber vor neue Situationen und Aufgaben. Die Notwendigkeit, der Partei bei all ihrer massiven Breite eine größere Beweglichkeit, Schlagfertigkeit und Aggressivkraft zu verleihen, die Massen mobil zu machen und ihren unmittelbaren Druck in die Waagschale der Ereignisse zu werfen, all das erfordert mehr als das krampfhafte Festhalten an den äußeren Formen der „alten bewährten Taktik". Nämlich es erfordert die Einsicht darein, daß ebendiese alte bewährte revolutionäre Taktik nunmehr neue Formen der Massenaktionen erforderlich macht und daß sie auch in neuen Situationen, wie z. B. die Einführung der Besitzsteuer für den Militarismus in Deutschland, aufrechterhalten werden muß.

Hier versagt zunächst der „Sumpf". Als konservatives Element wendet er sich jetzt genauso gegen die vorwärtsstrebende Linke, wie er sich bis jetzt gegen die rückwärtsstrebende Rechte wendete. Dadurch aber wird er aus einem Schutzwall der Partei gegen den Opportunismus zu einem gefährlichen Element der Stagnation, in deren lauen Gewässern gerade der bis jetzt niedergehaltene Opportunismus wieder üppig ins Kraut wachsen kann. Nicht bloß zeigt die Entscheidung in Steuersachen bei näherem Besehen, wie der siegreiche Sumpf hier unbewußt für sich dem-

selben parlamentarischen Opportunismus einen Trumpf bereitet hat, den er auf einem Dutzend Parteitagen zu Paaren getrieben hatte. Die ganze Kampfweise gegen die Linke, die ganze Argumentation, mitsamt der systematischen Verzerrung der Ansichten der Gegenseite und den hartnäckigen „Mißverständnissen" über angebliche Verachtung der Kleinarbeit, Unterschätzung des Parlamentarismus und der Genossenschaften, putschistische Neigungen und was der schönen Phantasien mehr sind – dieser ganze Apparat ist leibhaftig dem Waffenarsenal des revisionistischen Flügels entnommen. Im Kampfe gegen die Linke bedient sich jetzt der Sumpf wortwörtlich derselben Argumente, die ihm von der Rechten jahrelang entgegengeschleudert wurden.

Und was die Haltung des Sumpfes endgültig bestimmt: die „Instanzen" wenden sich gegen die Linke. Der Parteivorstand, der jahrelang unter Bebels Führung gegen die Rechte focht, akzeptiert jetzt die Unterstützung der Rechten, um den Konservativismus gegen die Linke zu verteidigen. Endlich auch die wissenschaftliche Revue, die „Neue Zeit", hat seit 1910, zusammen mit dem Parteivorstand, diese Frontänderung gemacht. In den Kreisen ihrer Freunde ist in der letzten Zeit der beliebte Ausdruck vom „marxistischen Zentrum" gebraucht worden. Genauer gesprochen besteht dieses angebliche „marxistische Zentrum" in dem theoretischen Ausdruck für die gegenwärtige politische Funktion des Sumpfes. Auf den Sumpf gestützt und im Bündnis mit der Rechten, haben der Parteivorstand und die Fraktionsmehrheit ihre Siege in den entscheidenden Fragen auf dem Jenaer Parteitag erfochten. Und Kautsky, der über den Sieg der „alten bewährten Taktik" in Jena triumphiert, hat vergessen, sich über den merkwürdigen Umstand zu besinnen, daß diesmal die Kämpen – die Südekum, David, Noske, Richard Fischer – auftraten, gegen die er, Kautsky, über ein Jahrzehnt jene Taktik verteidigen mußte ...

Diese neue Konstellation ist kein Zufall, sie ergibt sich logisch aus den Verschiebungen in den äußeren und inneren Bedingungen unseres Parteilebens, und wir tun gut, das Andauern dieser Konstellation vielleicht für eine Reihe von Jahren in Aussicht zu nehmen, wenn nicht äußere Ereignisse den Gang der Entwicklung plötzlich beschleunigen. So unangenehm die Situation manchem Genossen vorkommen mag, zum Pessimismus und zur Verzagtheit liegt nicht der geringste Grund vor. Auch diese Periode muß, wie jede geschichtlich bedingte Situation, „durchgefressen" werden. Im Gegenteil, je klarer wir in den Dingen sehen, um so energischer, zielbewußter und fröhlicher kann weitergekämpft werden. Die nächste Aufgabe, die sich aus dem Jenaer Parteitag ergibt, ist das systematische Vorgehen gegen den „Sumpf", d. h. gegen den geistigen Konservatismus in der Partei. Auch hier ist das einzige wirksame Mittel: die Mobilmachung der breiten Masse der Genossen, die Aufrüttelung der

Geister durch die Hineintragung der Diskussion über den Massenstreik wie über die Steuerfragen (über alle taktischen Differenzen) in die Parteiversammlungen, in die Gewerkschaftsversammlungen, in die Presse. Der Gang der Dinge selbst führt mit historischer Notwendigkeit dahin, den taktischen Bestrebungen der Linken mit jedem Tage mehr Recht zu geben, und wenn die Entwicklung selbst zum Niederkämpfen der Elemente der Stagnation in der Partei führt, dann kann die Minderheit des Jenaer Parteitages guten Mutes in die Zukunft blicken. Daß der Jenaer Parteitag die Klarheit über das gegenseitige Kräfteverhältnis in der Partei gebracht und die Linke zum erstenmal in geschlossener Reihe gegen den Block des Sumpfes mit der Rechten geführt hat, ist als ein erfreulicher Beginn der weiteren Entwicklung nur zu begrüßen.

Die Internationale (Berlin),
1927, H. 5, S. 151–153.
Rosa Luxemburg: Ausgewählte Reden und Schriften, II. Bd.,
Berlin 1955, S. 413–417.

64

Aus der Schrift K. von Winterstettens „Berlin–Bagdad. Neue Ziele mitteleuropäischer Politik", erschienen im Jahre 1914

Die entscheidende Stelle unserer politischen Lage ist der Südosten, die Abschneidung des Balkanweges bedeutet für Mitteleuropa die Blockade und die Aushungerung, wenn uns nicht das Unwahrscheinliche gelingt: die englische Flotte niederzuringen ...

Wohl würde Mesopotamien kein eigentliches Bauernland, aber Raum für solches ist auf dem übrigen Boden Vorderasiens genug, der, ohne Arabien, nur 15 Millionen Bewohner zählt; während er wohl einmal die sechsfache Zahl ernähren wird. Sollen das Asiaten sein, Menschen der gelben oder gar der schwarzen Rasse? Ist es nicht eine Sache Europas, daß der Weiße dieses Land noch rechtzeitig in die Hand nimmt, damit die Grenze der Rassen nach Osten und nicht nach Westen bis an den Bosporus gerückt wird. Ist es nicht ein Verbrechen am Europäertum, wenn England lieber Hindus, Kulis und Fellachen in das Zweistromland einführen will, als daß es den Deutschen einen Anteil an der Erde gönnt? ...

Bauern-Neuland, ein großes Wirtschaftsgebiet, Rettung des Deutschtums in der Donaumonarchie, Rettung der Donaumonarchie selbst, Einigung des Gesamtdeutschtums, offene Türe im Südosten und freien Weg für das Deutschtum auf seinen alten Pfaden, Schutz den nichtslawischen Südostvölkern vor dem Panslawismus – kurzum Berlin–Bagdad, das Wort, das alles in sich birgt, das ist unsere Losung.

Ihre endgültige Vernichtung hieße nichts anderes, als daß wir Deutsche in alle Zukunft Amboß sind und die andern der Hammer. An der Durchführung der Aufgabe Berlin–Bagdad hängt das Schicksal unserer Rasse.

Verfehlen wir sie, so gibt es kein Wohnland mehr in der Welt, das der Teutone als Herr betreten kann, unser Los bleibt es dann, Kulturdünger zu sein.

Man täusche sich nicht; das deutsche Volk und die deutschen Fürsten, Hohenzollern und Habsburg voran, wenn sie fortbestehen wollen in dem, was sie ererbten und nicht gar bald schon trauern sollen auf den Trümmern ihrer Größe, sie müssen heute das Zeichen erkennen, hören auf den Schlag der letzten Stunde, die ihnen vergönnt ist. Eine Unglückswolke von furchtbarster Finsternis droht über allen – die Sonne der Vernunft, des Willens, der Tat könnte sie jeden Augenblick noch durchbrechen. Ein Sturm muß sich erheben, der die Kluft reißen soll in das Gewölk, orkangewaltig muß die Losung durch die Länder fliegen: ein geeintes Mitteleuropa! Berlin–Bagdad!

K. von Winterstetten: Berlin–Bagdad.
Neue Ziele mitteleuropäischer Politik, 9. Aufl.,
München 1914, S. 32, 62 u. 68/69.

65

Aus dem Artikel des „Vorwärts" „Die er rief, die Geister!" vom 2. Juli 1914

Er hatte es sich wohl etwas bequemer vorgestellt, der treffliche Schnurrbart, der jetzt Kriegsminister ist in Preußen, mit seiner tragikomischen Anklage gegen die Genossin Luxemburg! Armee is Jrundlage des Staats, oder wie der Staatsanwalt in Frankfurt a. M. ferner sagte: Lebensnerv. Ein Jahr hat das Frauenzimmer schon weg, lassen wir ihr noch ein Jahr oder anderthalbe draufpacken, dann haben wir wenigstens 'ne Zeitlang Ruhe. Auf Armeebeleidigung immer Gefängnis, und 'ne jrößere Beleidigung, als wenn man sagt, es kommen in der preußischen Armee täglich Mißhandlungen vor, jar nicht denkbar. In einer halben Stunde ist die Sache jemacht, Staat jerettet, Rosa verknurrt!

Es kam anders. Schon am zweiten Tage der Verhandlungen mußte das Gericht die Sitzungen unterbrechen, um dem Staatsanwalt Zeit zu lassen, sich zu fassen und wenigstens zu einem Teil des angebotenen Beweismaterials sich zu äußern. Als der Vorsitzende, der ja gleich zu Beginn der Verhandlungen durch seine höchst merkwürdige Ansprache gezeigt hatte, aus welchem Loche der Wind pfeift, von den Verteidigern vernahm, daß zunächst 922 Zeugen gemeldet seien, da sprangen ihm fast die Augen

aus den Höhlen, und entsetzt fragte er: „Wird denn beabsichtigt, alle diese 922 Zeugen vorzuladen?" Auf die beruhigende Antwort, daß das noch keineswegs alles sei und daß sich immer noch neue Zeugenbataillone meldeten, erklärte er resigniert: „Dann müssen wir uns ja nicht auf Wochen, sondern auf Monate einrichten!" Dem Staatsanwalt schwante schon, was ihm bevorstände, und mit Händen und Füßen wehrte er sich – ein wohl einzig dastehender Fall in der Strafrechtspflege –, daß auch nur die Beweisanträge verlesen würden, nachdem er vorher überhaupt jede Beweisführung abzuschließen versucht hatte! An dieser juristisch unbegreiflichen und politisch nur zu begreiflichen Haltung des Staatsanwalts konnte man noch deutlich erkennen, wie sich die Militärbehörde die „Erledigung" dieses Falles gedacht hatte. Es verschlug der Staatsanwaltschaft nichts, daß sie selber durch ihren Antrag, die Beweisführung von vornherein abzulehnen, die furchtbarste Armeebeleidigung beging, die denkbar war. Denn gibt es eine größere Beleidigung des glorreichen Kriegsheeres, als sich die Ohren zuzustopfen, wenn jemand erklärt: Ich will und kann beweisen, daß in der Armee die fürchterlichsten Mißhandlungen vorkommen, ohne daß ein Hahn danach kräht, daß von diesen systematisch betriebenen Verbrechen noch nicht ein Prozent zur Kenntnis der Öffentlichkeit, geschweige denn zur kriegsgerichtlichen Verhandlung kommt! – Hier konnte denn auch das Gericht nicht anders, es mußte die Beweisanträge entgegennehmen und resigniert sich auf eine lange, lange Sitzung vorbereiten.

Und so bietet sich denn zum ersten Male in der Geschichte dieses glorreichen Kriegsheeres die Gelegenheit, den Schanddeckel abzuheben von jenem System, dessen Existenz der Kriegsminister in einem unbewachten Augenblick im Reichstage selber zugegeben, das man aber immer und immer wieder zu leugnen, zu beschönigen versucht, dessen Aufklärung man verhindert und in dessen Bekämpfung man bis heute keinen Schritt praktisch vorwärtsgekommen wäre, wenn nicht die Sozialdemokratie immer wieder in aller Öffentlichkeit die uniformierten Schandbuben gebrandmarkt, das schlaffe öffentliche Bewußtsein wachgerüttelt und in den Massen selber das Gefühl für Ehre und Menschenwürde gesteigert hätte. Und nicht vor einem Militärgericht werden diese Dinge zur Sprache gebracht werden, wo man die Öffentlichkeit meidet wie die Pest, wo man sogar Urteilsbegründungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit verliest, wenn es sich um Schinderknechte in Offiziersuniform handelt, sondern vor einem bürgerlichen Strafgericht, wo man die Öffentlichkeit nicht nach Belieben zum Teufel jagen kann. Hunderte und aber Hunderte von Zeugen stehen vor der Tür, bereit, mit ihrem Eide der lange gedrosselten Wahrheit zum Siege zu verhelfen, die in den Kasernenstuben keine Stätte hat, wo man sie durch freche Drohungen am Reden hindert. Und die blutigen

Geister der Unglücklichen, die der Militarismus in den Tod gejagt hat, die er ins Wasser oder vor den Gewehrlauf gehetzt, die er an den Bettpfosten geknüpft oder hoch zum Fenster hinaus auf den Hof geschmettert hat, alle diese blutigen Leichen werden als schauerliche Blutzeugen eines fluchbeladenen Systems vor Gericht beschworen werden, und ihre stumme Aussage wird hier um so schwerer ins Gewicht fallen, je leichter damals ihr Tod in die Waagschale fiel. „Mein Sohn, du hast gut getroffen!", das waren die Worte, mit denen ein trefflicher Militärarzt die Leiche eines in den Tod Gehetzten begrüßte! Wozu denn auch große Aufregung!

Und so wird sich denn an dem Militarismus das Geschick vollziehen, das der ahnungslose Engel im Kriegsministerium über ihn heraufbeschworen hat. Dieser Prozeß ist nicht bloß die Sache der zufällig angeklagten Genossin Luxemburg – wir sagen zufällig angeklagt; denn die Worte, die hier unter Anklage stehen, hat jeder Sozialdemokrat, ja jeder normale Mensch dutzendmal gesagt und sagt sie immer wieder –, er ist der große Prozeß der Öffentlichkeit gegen die geheime Feme des Militarismus, er ist der Aufschrei der unterdrückten, geschändeten Massen gegen das fluchbeladene System des Soldatenschinders, er ist der Prozeß der „Gemeinen" gegen die – Feinen.

Aber gerade deshalb soll man sich über den Ausgang des Prozesses keinen Einbildungen hingeben. Wir stehen seiner Leitung mit tiefem Mißtrauen, dem kommenden Urteilsspruch ohne jede Illusion gegenüber.

Und einen wie trefflichen Instinkt die bürgerliche Presse diesem Prozeß gegenüber hat, das geht sehr deutlich aus der Haltung dieser Blätter hervor. Der „Lokalanzeiger", das Hoforgan, bringt sowenig wie möglich. Die „Tägliche Rundschau" beschimpft in ihrer gestrigen Nummer die Zeugen, von denen sie noch kein Wort vernommen hat, von denen sie nur weiß, daß sie existieren, gewissermaßen à conto ihrer künftigen Aussagen. Und die „B. Z. am Mittag", die vorne ein Demokrat und hinten ein Jockei ist, riß am ersten Tage gar gewaltig über den „Sensationsprozeß der Rosa" die wohlgepflegten Kiefer auseinander, am zweiten aber, wo die „Sensation" erst losging, schwieg sie wie ein Trappist. Das Weltblatt, die „Kölnische Zeitung", bringt wohlgerechnete 50 Zeilen. Das ist dieselbe Presse, die so laut und so bierehrlich ihr Bedauern ausdrückt, daß es immer noch „vereinzelte" Soldatenmißhandlungen gibt. Hier aber, wo sie Gelegenheit hat, den Kampf gegen die Soldatenschinder einmal ernsthaft zu führen, versagt sie und macht sich dadurch zur Mitschuldigen dieser Schinderknechte.

Doch wundert das jemanden? Das „glorreiche Kriegsheer" ist für diese Leute ein Kräutlein Rührmichnichtan, bei dessen bloßer Erwähnung sie, heiligen Schauers voll, ihre Kalbsköpfe dreimal auf den Boden schlagen und leise murmeln: Allah ist groß! Um so größeres Interesse hat die

Arbeiterpresse an diesem Prozeß. Er muß der Ausgang eines noch intensiveren Feldzuges gegen den Militarismus werden, als wir ihn gemeinhin führen. Das durch ihn entfachte Interesse gilt es gegen das gesamte militärische System zu konzentrieren, das ohne Soldatenschindereien so wenig denkbar ist wie die bürgerliche Gesellschaft ohne die Prostitution.

Vorwärts (Berlin),
2. Juli 1914.
Rosa Luxemburg im Kampf gegen den deutschen Militarismus.
Prozeßberichte und Materialien aus den Jahren 1913 bis 1915.
Mit einem Anhang, Berlin 1960, S. 177–180.

66

Aus der Resolution der Berliner Arbeiterschaft gegen die Kriegsgefahr, angenommen in Versammlungen am 28. Juli 1914

Österreich hat mit seinem brutalen Ultimatum Serbien den Krieg erklärt. Mit unheimlicher Klarheit erkennen jetzt die Völker Europas die Gefahr, in welche sie durch die verderbliche Politik der ohne ihre Zustimmung abgeschlossenen Geheimbündnisse geraten sind.

Droht doch die Kriegsflamme augenscheinlich nach den anderen Ländern hinüberzuschlagen, ganz Europa in Brand zu setzen, unsägliche Leiden über das Menschengeschlecht zu bringen, alles zu vernichten, was in Jahrzehnten mühsamer Kulturarbeit errichtet worden ist.

Diese Katastrophe mit aller Kraft zu verhindern, erachtet das klassenbewußte Proletariat aller beteiligten Länder eingedenk der Beschlüsse der internationalen Kongresse in Stuttgart, Kopenhagen und Basel, im gegenwärtigen Augenblick als seine dringendste heilige Aufgabe.

Heldenhaft hat das russische Proletariat dem blutdürstigen Zarismus das drohende Menetekel vor Augen geführt. Es läßt sich weder widerstandslos ausbeuten noch als willenloses Werkzeug zaristischer Gewaltpolitik mißbrauchen.

Durch flammenden Protest haben das deutsche wie das französische Proletariat den Abscheu vor dem verbrecherischen Treiben der Kriegshetzer zum energischsten Ausdruck gebracht.

Auch das nächstbeteiligte österreichische Proletariat hat mit Entschlossenheit jede Verantwortung für das Verhalten seiner Regierung abgelehnt.

Es ist also nicht wahr, daß die großen Massen dieser Länder sich in kriegerischer Stimmung befinden. Sie wollen vielmehr allen Chauvinisten zum Trotz den Frieden der Welt.

Die Kriegshetzer sollen wissen, daß, wenn der Weltkrieg ausbricht mit

allen seinen Leiden und Greueln, die durch ihn verursachten politischen und wirtschaftlichen Krisen mit unerbittlicher Logik dahin führen, die durch den Imperialismus verblendeten Volksschichten aufzurütteln und der Sozialdemokratie in die Arme zu führen, die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zum Sozialismus mächtig zu beschleunigen.

Trotzdem setzt das Proletariat im Namen der Menschlichkeit und Kultur seinen Friedenswillen mit Leidenschaft allen Kriegshetzern entgegen.

Vorwärts (Berlin),
29. Juli 1914.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 14/15.

67
Aus Erinnerungen Carl Litkes und Alfred Mühls an die Antikriegsaktionen Berliner Arbeiter Ende Juli 1914

Gegen den drohenden Krieg hatte die Berliner Sozialdemokratie in allen Stadtbezirken in vielen Sälen öffentliche Versammlungen einberufen. Die Genossen wurden angewiesen, auf der Straße vor den Versammlungsstätten Aufstellung zu nehmen. Die Säle und Versammlungsräume sollten von den nichtorganisierten Arbeitern eingenommen werden. Zu ihnen sprachen die Referenten. Alle Säle waren überfüllt.

Alle Versammlungen endeten zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die vor den Sälen stehenden Genossen setzten sich an die Spitze der Versammlungsteilnehmer, bildeten Demonstrationszüge und marschierten in Richtung Unter den Linden. Ich nahm an der Versammlung in der Wrangelstraße teil. Wir marschierten zunächst zu dem Berliner Gewerkschaftshaus am Engelufer. Hier vereinigten wir uns mit den Genossen und Versammlungsteilnehmern aus dem Gewerkschaftshaus zu einem großen Demonstrationszug. So war es in ganz Berlin.

„Mann der Arbeit, aufgewacht, und erkenne deine Macht!

Nieder mit dem Krieg! Es lebe der Frieden und die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie!" So schallte es immer wieder durch die Straßen bis zu den Linden.

Hier verschmolz unser Zug mit einer mächtigen Demonstration von Kriegsgegnern. Wir waren stolz und siegesbewußt. Die Auseinandersetzungen mit der Polizei waren in vollem Gange. Kriegslüsterne

Gegendemonstranten bezogen tüchtige Prügel. Die Arbeiterfäuste packten hart zu.

In den letzten Julitagen hatten wir die Bevölkerung zu einer großen Protestversammlung gegen die Kriegsgefahr in die „Concordiasäle" eingeladen. Der bekannte Genosse Otto Wels wetterte im Schweiße seines Angesichts gegen den Krieg und schilderte das Grauen des Krieges in allen Variationen. Da er aber nicht sagte, was getan werden soll, um den Beginn des Krieges zu verhindern, wurden wir stutzig. Sollte hier ein falsches Spiel getrieben werden? fragten wir uns. Die Funktionärversammlung, die anschließend stattfand, bestätigte unsere Befürchtung.

Wels erklärte, daß am Beginn des Krieges nichts mehr zu ändern sei. Diese Mitteilung entfesselte einen wahren Proteststurm. Wir sagten Wels, was wir erwartet hätten: eine Besprechung der Maßnahmen gegen den Krieg. Genosse Hornig erinnerte daran, daß man uns immer zu Taten gemahnt habe, und warf Wels Verrat vor. Statt zu antworten, sprang Wels voller Erregung auf, um zu erklären, daß er auf dieser Basis nicht mit uns diskutieren könne. Die Sitzung flog unter heftigen Vorwürfen gegen die Parteiführung auf. In den folgenden Parteiversammlungen wurden die Auseinandersetzungen immer schärfer, und damit kündigte sich die unvermeidliche Trennung von den Verrätern an.

Berlin 1917–1918. Parteiveteranen berichten über die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die Berliner Arbeiterbewegung, Berlin 1957, S. 13 u. 14/15.

68

Aus dem Brief Albert Südekums an den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg vom 29. Juli 1914

Euer Exzellenz

mache ich hierdurch Mitteilung über den Verlauf meiner Unterredung mit den Mitgliedern des Vorstands der Soziald. Partei nach unserem heutigen Gespräch und gebe diese mit der vollkommenen Offenheit, die ich der Sache und Euer Exzellenz persönlich schulde.

Ich traf im Büro des Partei-Vorstands die Herren Ebert, Braun, Müller, Bartels und den Reichstagsabg. R. Fischer – Bln. Herr Scheidemann ist in Bln., war aber abwesend, Herr Haase ist noch in Brüssel, wird aber morgen zurückerwartet.

Zunächst trug ich mit möglichster Genauigkeit diejenigen Teile der mir gemachten Eröffnungen vor, die nicht, wie Äußerungen über die Persön-

lichkeit und Stimmung von Fürsten und Staatsmännern, als direkt vertraulich bezeichnet worden waren.

Bei der dann folgenden Aussprache erhielt ich zunächst die Bestätigung meiner Bemerkung, daß – gerade aus dem Wunsche heraus, dem Frieden zu dienen – keinerlei wie immer geartete Aktion (General- oder partieller Streik, Sabotage u. dergl.) geplant oder auch nur zu befürchten sei.

Der seiner Verantwortung durchaus bewußte Part.-Vorstd. erkennt ferner die Notwendigkeit einer Vermeidung von zweideutigen oder mißverständlichen Äußerungen in der Presse, die von den Kriegsparteien in den verschiedenen Ländern dolos oder bona fide ausgenützt werden könnten, an und ist bemüht, diese seine Auffassung auch den Redakteuren der Parteiztgn. zu übermitteln. Was die von Ew. Exzllz. angezogenen Sätze aus dem heutigen „Vorwärts" anlangt, so scheinen sie in der Tat einer etwas absonderlichen Auffassung jenes Worts zu entspringen, daß der Mensch die Sprache hat, um seine Gedanken zu verbergen, d. h., sie bedeuten eigentlich nichts, sollen vielmehr nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß die für Frieden eintretenden Volkskreise auf der Wacht sein mögen, um nicht das Feld den anderen allein zu überlassen . . .

Endlich darf ich aber noch der aus der Unterredung mit den Mitgliedern des Partei-Vorstands geschöpften Überzeugung Ausdruck verleihen, daß der von Euerer Exzellenz unternommene Schritt gelegentlicher direkter Mitteilung in kritischen Momenten dankbar begrüßt und auf volles und sympathisches Verständnis gestoßen ist.

Indem ich hoffe, der Sache und Euer Exzellenz durch diese Mitteilungen einen bescheidenen Dienst geleistet zu haben, bin ich in aufrichtiger Hochachtung Ew. Exzellenz ergebenster

Dr. A. Südekum

Deutsches Zentralarchiv, Potsdam,
Reichskanzlei, Nr. 1395/8, Bd. 8, Bl. 240–242.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 17/18.

69

Aus Karl Liebknechts „Betrachtungen und Erinnerungen aus ‚großer Zeit'" über den 4. August 1914, geschrieben im Jahre 1916

Heute ist es nur bei Anspannung aller Gedächtniskraft möglich, sich in die taktische Lage zurückzuversetzen, die am 4. August 1914 für die Fraktionsmitglieder von der Minderheit bestand. Der Abfall der Fraktions-

mehrheit kam selbst für den Pessimisten überraschend; die Atomisierung des bisher überwiegenden radikalen Flügels nicht minder. Die Tragweite der Kreditbewilligung für die Umschwenkung der gesamten Fraktionspolitik ins Regierungslager lag nicht auf der Hand: Noch bestand die Hoffnung, der Beschluß vom 3. August 1914 sei das Ergebnis einer vorübergehenden Panik und werde alsbald korrigiert, jedenfalls nicht wiederholt und gar übertrumpft werden. Aus diesen und ähnlichen Erwägungen, allerdings auch aus Unsicherheit und Schwäche, erklärt sich das Mißlingen des Versuchs, die Minderheit für ein öffentliches Separatvotum zu gewinnen. Nicht übersehen werden darf dabei aber auch, welche heilige Verehrung damals noch der Fraktionsdisziplin entgegengebracht wurde, und zwar am meisten vom radikalen Flügel, der sich bis dahin in immer zugespitzterer Form gegen Disziplinbrüche oder Disziplinbruchsneigungen revisionistischer Fraktionsmitglieder hatte wehren müssen ... Nach aller Überlieferung gab es nur ein Mittel, seine von der Mehrheit abweichende Meinung zu vertreten und nach Kräften zur Geltung zu bringen: den Kampf in der Fraktion. Daß deren Mehrheitsentscheidung zu respektieren sei, galt als ausgemacht; süddeutsche Vorgänge hatten diese Psychologie wenigstens für die Reichstagsfraktion nicht erschüttert, gerade bei den Radikalen sogar befestigt. Und diese Disziplin wurde rein formell-organisatorisch aufgefaßt. Das praktische Verständnis für ihre notwendigen Grenzen war völlig unentwickelt ...

Nach alledem ist zu begreifen, daß noch am 4. August, wenigstens für die nicht in württembergischen Erfahrungen Bewanderten, alles, was gegen die Kreditbewilligung getan werden konnte, ihre Bekämpfung in der Fraktion zu sein schien, ein Standpunkt, über den die Stuttgarter Opposition allerdings damals bereits hinausgewachsen war. So kam es, daß die Fraktions-Opponenten am 4. August 1914 im Plenum Fraktionsdisziplin übten.

Die Vorgänge in der Partei, die sich nach dem 4. August abspielten, klärten die Situation gründlich und wiesen den einzig möglichen Kurs der Opposition.

Auch ich beschränkte mich unter diesen Umständen bei der ersten Kreditvorlage auf ihre Bekämpfung in der Fraktion, ohne zunächst – aus vielen Gründen, noch war der innere Zusammenbruch der Partei nicht klar zutage getreten, noch schien ein Einzelfall der Verirrung vorzuliegen, die Fraktionsdisziplin wurde damals auch von mir noch hochgestellt – den Kampf auch ins Plenum des Reichstags zu tragen. Im Dezember ging ich dann, die programmzerstörende Fraktionsdisziplin zum Teufel jagend, zur öffentlichen Ablehnung der Kredite im Plenum des Reichstags über.

Karl Liebknecht: Klassenkampf gegen den Krieg,
Berlin (1919), S. 87/88.

70

Aus der Tagebuchaufzeichnung Eduard Davids über seine Unterredung mit dem Staatssekretär Clemens von Delbrück am 24. August 1914

Nachmittag 6–7 Uhr. Meine Aussprache mit Delbrück. Dabei anwesend Direktor Lewald. Ich leite das Gespräch ein mit der Erklärung, daß es eine rein persönliche, beiderseits vertraulich zu behandelnde Sache ist. Ich hielt es für meine Pflicht, schon jetzt die Regierung zu orientieren, um mir nicht nachträglich den Vorwurf machen zu müssen, daß man nicht rechtzeitig gesprochen habe. Delbrück sagt die Vertraulichkeit zu. Ich lege zunächst dar, daß das Hauptmoment, mit dem die schweren Widerstände gegen die Bewilligung der Kriegskredite überwunden wurden, die Aussicht auf die Niederringung des Zarismus war; daß man dagegen für Frankreich milde Behandlung und anständigen Frieden erwarte ... Die augenblickliche Situation zeige das entgegengesetzte Bild. Ich nehme diese zwar nicht tragisch; aber schon sie hat in der Partei die Stimmung erzeugt, das Gegenteil von dem, was wir erwarteten, wird geschehen: Schonung Rußlands, gänzliche Vernichtung Frankreichs. Sollte das geschehen, so würde die Partei in geschlossener Front von links bis zum äußersten rechten Flügel in schärfste Opposition treten. Und wir glauben, dabei auch einen mächtigen Widerhall weit über die Parteikreise hinaus zu finden. Delbrück entgegnet, daß meine Befürchtungen grundlos seien. Er ist der Auffassung, daß man Rußland im Interesse unserer Sicherheit gründlich schwächen müsse ... Das sei auch sicher die Auffassung des Reichskanzlers. Was Frankreich betreffe, so bedauere er wie wir, daß es durch seine unglücklichen Verträge mit in den Krieg hineingerissen worden sei und nun die furchtbaren Folgen tragen müsse ...

Ich erörtere dann den zweiten Punkt: Was wird dem Volk nach dem Kriege? Ich weise darauf hin, daß durch den Krieg nicht nur eine starke militaristisch-monarchistische Welle, sondern auch eine starke demokratische Welle herkommt, die ihre Unterlage hat in dem gesteigerten Selbstbewußtsein der siegreichen Kämpfer, in dem Gefühl, dem Vaterlande einen großen Dienst geleistet zu haben. Nach 1813/14 war sie auch da; sie wurde zunächst zwar durch die zaristische Diktatur über Preußen und Österreich niedergezwungen, aber ihre Abrechnung hielt sie doch im Jahre 1848. 1870 erhielt Volk als Preis seiner Opfer die deutsche Einheit und das Reichsparlament mit dem demokratischen Wahlrecht. Nun aber erhebt sich die Frage: was erhält das Volk für seine ungeheuren Opfer 1914. Die politische Macht dieser Frage müsse auch die Regierung anerkennen. Und da sei es mit kleinen Dingen nicht getan. Hier gebe es nur eine Gabe, die groß genug sei: die preußische Wahlreform im demokratischen Sinne. Ich bitte Herrn Delbrück, mir aus seiner Kenntnis der

inneren widerstrebenden Kräfte heraus seine Meinung darüber zu sagen, ob er die Erfüllung dieser Forderung für möglich halte . . .

Man werde sagen: Seht ihr, da habt ihr euer Leben, habt eure Existenz in die Schanze geschlagen, habt ungeheure Opfer gebracht, und was habt ihr nun zum Danke? Ja, in der Stunde der Not, als man euch brauchte, hat man das Wort gesprochen: Es gibt für mich keine Parteien mehr, und jetzt seid ihr wieder Staatsbürger zweiter Klasse, denen man die Anerkennung und Gleichberechtigung versagt, die man als Heloten von der gesetzgebenden Körperschaft in Preußen so gut wie ausschließt, denen man jetzt glaubt, wieder den Fuß auf den Nacken setzen zu können. Die Regierung solle sich nicht täuschen: gehe die Sache so aus, so werde eine Wut in den Massen Platz greifen, die alles vernichte, was in den letzten Wochen an gegenseitiger Achtung und gegenseitigem Verstehen geschaffen worden sei . . . Ich lasse auch keinen Zweifel darüber, daß, falls diese Enttäuschung eintrete, die Partei geschlossen die radikale Taktik aufnehmen wird. Auch vom Standpunkt der Männer, die auf der rechten Seite der Partei stehen, gebe es dann keinen anderen Ausweg mehr zur Durchsetzung einer demokratischen Umgestaltung in Preußen. Ich für meine Person würde diese Wendung tief bedauern, denn sie vernichte jede Hoffnung, auf dem Wege, den ich von je als den richtigen, durch die Logik der Tatsachen und das Interesse des Landes gebotenen angesehen habe, nämlich auf dem Wege der reformistischen Taktik, zum Ziele zu gelangen. Auf der anderen Seite solle die Regierung sich klarwerden, was sie gewinnen könne durch eine in großer Gabe rasch dargebotene Wahlreform. Sie schaffe die Basis für die Wandlung unserer Partei zu einer nationalen Demokratie. Das bedeute nicht die Aufgabe unserer übernationalen Ideale. Aber es bedeute für unsere innere Politik doch ungeheuer viel: nicht eine Versöhnung . . ., aber doch einen anständigen Modus vivendi zwischen uns [und] den übrigen politischen Machtfaktoren.

Herr Delbrück anerkennt die Notwendigkeit, mit der Arbeiterbewegung zusammenzuarbeiten, um die großen Aufgaben zu lösen, vor die wir gestellt seien . . . Hinsichtlich der preußischen Wahlreform könne er jedoch zur Zeit nichts Bestimmtes sagen. Da kämen ja noch andere mitentscheidende Faktoren in Frage.

Ich ziehe daraus den Schluß, Herr Delbrück halte also doch wohl eine Entwicklung in der von mir erstrebten Richtung für möglich. Der Staatssekretär erklärt: er halte sie für möglich. Herr Lewald stimmt dem zu.

Ich betone zum Schluß, daß meine Darlegungen zwar nur als meine persönliche Meinungsäußerung anzusehen sind, [daß] von dieser Unterredung auch niemand außer Südekum Kenntnis hat, daß ich aber über die berührten Fragen selbst auch mit anderen näherstehenden Kollegen gesprochen habe, daß er meine Auffassung als Ausdruck der Meinung

unserer Richtung ansehen dürfe. Ich sei der Meinung, daß es möglich sei, die Massen der Partei – und darauf komme es ja an – für eine reformistische Politik endgültig zu gewinnen, wenn die Regierung in den erörterten beiden Fragen: Niederringung des Zarismus unter Schonung Frankreichs und demokratische Wahlreform, die Forderungen der Arbeiterschaft erfülle.

Bundesarchiv Koblenz,
Nachlaß Eduard David, Nr. 2, Bd. 2, Bl. 20–25,
Eintragung vom 24. August 1914.
Zit. nach Willibald Gutsche: Neue Dokumente zur Rolle
der Sozialchauvinisten im ersten Weltkrieg (Manuskript), S. 5–9.

71
Aus der Kriegszieldenkschrift des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg vom 9. September 1914

Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muß Frankreich so geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Rußland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden . . .

1. Frankreich. Von den militärischen Stellen zu beurteilen, ob die Abtretung von Belfort, des Westabhangs der Vogesen, die Schleifung der Festungen und die Abtretung des Küstenstrichs von Dünkirchen bis Boulogne zu fordern ist.

In jedem Falle abzutreten, weil für die Erzgewinnung unserer Industrie nötig, das Erzbecken von Briey.

Ferner eine in Raten zahlbare Kriegsentschädigung; sie muß so hoch sein, daß Frankreich nicht imstande ist, in den nächsten achtzehn bis zwanzig Jahren erhebliche Mittel für Rüstung anzuwenden.

Des weiteren: ein Handelsvertrag, der Frankreich in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland bringt, es zu unserem Exportland macht und es ermöglicht, den englischen Handel in Frankreich auszuschalten. Dieser Handelsvertrag muß uns finanzielle und industrielle Bewegungsfreiheit in Frankreich schaffen – so, daß deutsche Unternehmungen nicht mehr anders als französische behandelt werden können.

2. Belgien. Angliederung von Lüttich und Verviers an Preußen, eines Grenzstriches der Provinz Luxemburg an Luxemburg.

Zweifelhaft bleibt, ob Antwerpen mit einer Verbindung nach Lüttich gleichfalls zu annektieren ist.

Gleichviel, jedenfalls muß Belgien, wenn es auch als Staat äußerlich

bestehen bleibt, zu einem Vasallenstaat herabsinken, in etwa militärisch wichtigen Hafenplätzen ein Besatzungsrecht zugestehen, seine Küste militärisch zur Verfügung stellen, wirtschaftlich zu einer deutschen Provinz werden. Bei einer solchen Lösung, die die Vorteile der Annexion, nicht aber ihre innerpolitisch nicht zu beseitigenden Nachteile hat, kann franz. Flandern mit Dünkirchen, Calais und Boulogne, mit großenteils flämischer Bevölkerung diesem unveränderten Belgien ohne Gefahr angegliedert werden ...

3. Luxemburg. Wird deutscher Bundesstaat und erhält einen Streifen aus der jetzt belgischen Provinz Luxemburg und eventuell die Ecke von Longwy.

4. Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventuell Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.

5. Die Frage der kolonialen Erwerbungen, unter denen in erster Linie die Schaffung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreichs anzustreben ist, desgleichen die Rußland gegenüber zu erreichenden Ziele werden später geprüft ...

6. Holland. Es wird zu erwägen sein, durch welche Mittel und Maßnahmen Holland in ein engeres Verhältnis zu dem Deutschen Reich gebracht werden kann.

Dies engere Verhältnis müßte ... Holland ... äußerlich unabhängig belassen, innerlich aber in Abhängigkeit von uns bringen. Vielleicht ein die Kolonien einschließendes Schutz- und Trutzbündnis, jedenfalls enger Zollanschluß, eventuell die Abtretung von Antwerpen an Holland gegen das Zugeständnis eines deutschen Besatzungsrechts für die Befestigung Antwerpens wie für die Scheldemündung wäre zu erwägen ...

Deutsches Zentralarchiv, Potsdam,
Reichskanzlei, Großes Hauptquartier, Nr. 2476, Bl. 54–57.

72

Aus dem „Aufruf an die Kulturwelt", veröffentlicht von deutschen Gelehrten und Künstlern im September 1914

Es ist nicht wahr, daß Deutschland diesen Krieg verschuldet hat. Weder das Volk hat ihn gewollt noch die Regierung, noch der Kaiser. Von deutscher Seite ist das Äußerste geschehen, ihn abzuwenden ...

Es ist nicht wahr, daß wir freventlich die Neutralität Belgiens verletzt haben. Nachweislich waren Frankreich und England zu ihrer Verletzung entschlossen. Nachweislich war Belgien damit einverstanden. Selbstvernichtung wäre es gewesen, ihnen nicht zuvorzukommen.

Es ist nicht wahr, daß eines einzigen belgischen Bürgers Leben und Eigentum von unseren Soldaten angetastet worden ist, ohne daß die bitterste Notwehr es gebot ...

Es ist nicht wahr, daß unsere Truppen brutal gegen Löwen gewütet haben. An einer rasenden Einwohnerschaft, die sie im Quartier heimtückisch überfiel, haben sie durch Beschießung eines Teils der Stadt schweren Herzens Vergeltung üben müssen ... Sollten in diesem furchtbaren Kriege Kunstwerke zerstört worden sein oder noch zerstört werden, so würde jeder Deutsche es beklagen. Aber so wenig wir uns in der Liebe zur Kunst von irgend jemand übertreffen lassen, so entschieden lehnen wir es ab, die Erhaltung eines Kunstwerkes mit einer deutschen Niederlage zu erkaufen.

Es ist nicht wahr, daß unsere Kriegführung die Gesetze des Völkerrechts mißachtet. Sie kennt keine zuchtlose Grausamkeit ... Sich als Verteidiger europäischer Zivilisation zu gebärden, haben die am wenigsten das Recht, die sich mit Russen und Serben verbünden und der Welt das schmachvolle Schauspiel bieten, Mongolen und Neger auf die weiße Rasse zu hetzen.

Es ist nicht wahr, daß der Kampf gegen unseren sogenannten Militarismus kein Kampf gegen unsere Kultur ist, wie unsere Feinde heuchlerisch vorgeben. Ohne den deutschen Militarismus wäre die deutsche Kultur längst vom Erdboden getilgt. Zu ihrem Schutz ist er aus ihr hervorgegangen in einem Lande, das jahrhundertelang von Raubzügen heimgesucht wurde wie kein zweites. Deutsches Heer und deutsches Volk sind eins. Dieses Bewußtsein verbrüdert heute 70 Millionen Deutsche ohne Unterschied der Bildung, des Standes und der Partei ... Glaubt, daß wir diesen Kampf zu Ende kämpfen werden als ein Kulturvolk, dem das Vermächtnis eines Goethe, eines Beethoven, eines Kant ebenso heilig ist wie sein Herd und seine Scholle.

Dafür stehen wir euch ein mit unserem Namen und mit unserer Ehre!

Zit. nach: Romain Rolland: Das Gewissen Europas.
Tagebuch der Kriegsjahre 1914–1919,
Bd. I: Juli 1914 bis November 1915,
Berlin 1963, S. 94–96.

73

Aus einem Bericht über die Sitzung der sozialdemokratischen Vertrauensmänner Stuttgarts vom 21. September 1914

In dieser Sitzung wurde vornehmlich über die Haltung der Reichstagsfraktion debattiert. Westmeyer führte hierzu u. a. aus: Mir macht es den Eindruck, als ob sich die Genossen mit Freuden haben einseifen lassen. Die Aufgabe der Fraktion wäre es gewesen, den Krieg zu verhindern. Wenn wir der Regierung Schwierigkeiten bereitet hätten, so hätte dies im Ausland einen großen Eindruck gemacht, es wäre immerhin fraglich gewesen, ob sich nicht doch noch Mittel und Wege hätten finden lassen, die diesen Weltbrand verhindert hätten ... Wäre es der Internationale möglich gewesen, den Krieg zu verhindern? Ich behaupte es! Wenn in Deutschland nur 500 000 Arbeiter in den Generalstreik eingetreten wären, dann hätte sich die Regierung das Gefahrvolle des Krieges wohl noch einmal überlegt. Die Radikalen haben seit Jahr und Tag darauf verwiesen, daß der Krieg kommen werde. Wie hat man uns aber ferngehalten, den Massenstreik zu propagieren. Die Regierung hat sich mit dem Parteivorstand in Verbindung gesetzt, ob im Falle des Krieges der Massenstreik Anwendung finden werde. Auch haben Verhandlungen zwischen dem Parteivorstand und der Regierung stattgefunden wegen der Kriegskreditbewilligung. Die Partei ist verkauft und verraten worden.

Die Vorgänge in der Schwäbischen Tagwacht und ihre Ursachen,
Stuttgart (1914), S. 14/15.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 34/35.

74

Aus dem Brief Konrad Haenischs an Karl Radek vom 4. Oktober 1914

Und diese Haltung der Fraktionen ist nichts anderes als ein getreuer Ausdruck der Stimmung der Massen ... In den drei bis vier Orten, in denen sich so etwas wie eine Opposition zeigte, ist das ganz zweifellos eine Opposition einzelner Führer, nicht aber eine Opposition der Massen ...

Hätte die Sozialdemokratie in der großen Schicksalsstunde dieses Krieges anders gehandelt, als sie gehandelt hat; hätte sie sich nicht entschlossen auf die Seite ihres Volkes gestellt, so wäre sie erledigt gewesen. Er-

ledigt nicht durch die Vergeltungsmaßregeln der Regierung (mit denen wäre man schließlich fertig geworden), sondern erledigt durch den Sturm der Massen selbst ...

Die ungezählten Millionen, die die Arbeiterschaft in Grundstücken, Druckereien, Volkshäusern, Sekretariaten, aller Art sonstigen Institutionen angelegt hat, alle die zahlreichen Versicherungseinrichtungen (besonders auch die staatlichen) und alle andern Schöpfungen der Arbeiterbewegung haben nun einmal mit Naturnotwendigkeit das ganze innere Verhältnis des Proletariats zum Gegenwartsstaat verschoben.

Konrad Haenisch: Brief an Radek,
o. O., o. J., S. 1, 3 u. 5.

75

Aus einem Polizeibericht über die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins des II. Berliner Wahlkreises am 6. Oktober 1914

Nunmehr wurde dem Referenten, Reichstagsabgeordneten Richard Fischer, das Wort erteilt.

Derselbe führte aus, daß bei Ausbruch dieses ungeheuren Weltkrieges die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im In- und Ausland das größte Aufsehen erregt habe. Aber es sei ganz undenkbar gewesen, anders zu handeln, als es die Fraktion bei der Bewilligung der Kriegskredite getan habe. Die deutsche Sozialdemokratie habe alles getan, was in ihren Kräften stand, um diesen Krieg zu verhindern. Aber nachdem er dem deutschen Reiche aufgezwungen war, gab es auch für die Sozialdemokratie keinen anderen Ausweg, als alles daranzusetzen, um unser Vaterland zu unterstützen, um zu zeigen, daß wir keine vaterlandslosen Gesellen sind, für die wir so lange angesehen wurden.

Die deutsche Sozialdemokratie sei die stärkste und bestorganisierte Partei aller Länder ... Die deutsche Sozialdemokratie habe durch ihr einmütiges Verhalten aller Welt gezeigt, auf welch hoher kultureller Stufe sie stünde, und möge auch jetzt das ganze politische Leben während der Dauer des Krieges lahmgelegt sein, sobald die Entscheidung gefallen sein würde, dann werde die Sozialdemokratie ihre alten Forderungen von neuem erheben, und die Regierung werde dann nicht umhinkönnen, Zugeständnisse zu machen. Sollte jedoch die Regierung auf ihrer bisherigen Ablehnung, besonders mit dem Wahlrecht, bestehen und uns weiter knechten wollen, dann müßten eben ernste Worte mit ihr gesprochen werden.

Nach diesen Ausführungen brach ein großer Lärm aus, wobei gerufen wurde, Fischer hat keine Ahnung, wir werden später noch mehr geknechtet und rechtlos gemacht, als es bis jetzt geschehen ist, wir wollen nichts mehr hören ...

Der Vorsitzende Schröder gab ... bekannt, daß der „Vorwärts" leider einen ungeahnten Rückgang erfahre. Alte Parteigenossen hätten ihn abbestellt, und einige wären sogar aus dem Wahlverein ausgetreten.

Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam,
Rep. 30, Tit. 95, Sekt. 7, Lit. A, Nr. 11a, Bd. 4, Bl. 69/70.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 41/42.

76
Aus den Thesen Karl Liebknechts vom November 1914

Einen Wesenszug des Imperialismus, dessen Hauptträger auf dem europäischen Festland Deutschland ist, bildet das wirtschaftliche und politische Expansionsstreben, das immer stärkere politische Spannungen erzeugt.

Mächtige Unternehmungen der deutschen Schwerindustrie blicken seit Jahren verlangend nach dem an Bodenschätzen und industriellen Anlagen reichen Belgien und Französisch-Lothringen. Bereits heute besitzen sie dort wertvolle Anlagen, deren Ausnützung und Ausbau ihnen durch Einverleibung dieser Gebiete in Deutschland ungemein erleichtert und gegen die französischen Abschließungstendenzen sichergestellt würde.

Kleinasien und Syrien, Brennpunkte der internationalen Kapitalskonkurrenz, gehören zu den bedeutsamsten Siedlungsgebieten für das stürmisch vordringende deutsche Finanzkapital. Hier liegt das Zentrum des imperialistischen Gegensatzes zwischen Deutschland und Rußland, hinter dem der englisch-russische Widerstreit zeitweilig zurücktritt.

Als Brücke zu den asiatischen Ausbeutungsgefilden hat der Balkan für einen sehr einflußreichen Teil des deutschen Kapitals ein eigenes Interesse gewonnen. Auch die zunehmende Verknüpfung zwischen deutschem und österreichischem Kapital und die militärisch-politischen Gesichtspunkte des deutsch-österreichischen Zweibunds haben der Stellung Österreichs auf dem Balkan für die offizielle deutsche Politik beträchtliche Bedeutung verliehen.

Gewaltig ist die Begierde des deutschen Kapitals nach kolonialer Ausdehnung gewachsen, wobei der afrikanische Besitz Englands und Frankreichs im Vordergrund steht.

Die unter dem Vortritt Deutschlands vollzogene militaristische Entwicklung Europas, in der die Mächte einander in zunehmendem Tempo zu überflügeln suchten, hatte einen Grad erreicht, der einer Steigerung nicht mehr fähig schien. Zur Durchsetzung der immer gewaltigeren Rüstungsvorlagen wurde der Völkerhaß systematisch genährt. Die ins ungemessene gewachsenen Heereslasten mußten auch in Deutschland schließlich teilweise den besitzenden Klassen auferlegt werden, die dadurch in wachsende Unruhe gerieten. Jede Anregung zur Verständigung über eine internationale Rüstungseinschränkung wurde vor allem von dem vorantreibenden deutschen Imperialismus abgelehnt.

Eine verhängnisvolle Rolle bei der Zuspitzung der Konflikte spielte das international versippte Rüstungskapital, das im Zeichen des bewaffneten Friedens glänzend gediehen war, das bei einem Krieg ohne Rücksicht auf den Ausgang goldene Ernte erwarten durfte und dessen deutsche Hauptunternehmungen zudem in Belgien und Französisch-Lothringen lebhaft interessiert sind.

Der Militarismus erzeugte aus sich selbst noch andere mächtige Kriegsinteressenten, eine Offizierskamarilla, die besonders in Deutschland ungeniert auf einen kriegerischen Konflikt hinarbeitete und selbstherrlich ihre Nebenregierung etablierte.

Die innerpolitischen Zustände hatten infolge der Zuspitzung der nationalen und vor allem der Klassengegensätze für die herrschenden Klassen ein immer bedenklicheres Gesicht angenommen. In Deutschland entlockte ihnen das rapide Wachstum der Sozialdemokratie, die ihren politischen und wirtschaftlichen Besitzstand bedrohte, bereits vor einem halben Jahrzehnt den Ruf nach einem Kriege als dem einzigen Mittel zur Vernichtung der Arbeiterbewegung ...

Diesen Treibereien, für die es auch in den übrigen Staaten vielfach Gegenstücke gibt, wurde in Deutschland Vorschub geleistet durch halbabsolutistische Verfassungszustände, die die Entscheidung über Krieg und Frieden dem Einfluß der breiten Masse entzogen und in der auswärtigen Politik ein durch keine Kontrolle des Volkes begrenztes, um so mehr aber den Einwirkungen der herrschenden Klassen unterworfenes persönliches Regiment ermöglichten.

Die Geheimdiplomatie, die Politik der Geheimverträge bedrohte seit langem den Frieden ...

Alle jene Gefahren hat die Sozialdemokratie seit jeher erkannt, gekennzeichnet und in internationaler Zusammenarbeit bekämpft. Ihre Bemühungen vermochten den Ausbruch des Krieges nicht zu hindern ...

Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg reinsten Wassers, und zwar vor allem auf deutscher Seite, mit dem von mächtigsten Kreisen beharrlich verfolgten Ziel von Eroberungen großen Stils. Es handelt sich –

vom Gesichtspunkt des Wettrüstens aus – bestenfalls um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam hervorgerufenen Präventivkrieg, zu dem die Gelegenheit günstig erschien, als die große Wehrvorlage verabschiedet und ein technischer Vorsprung gewonnen war. Das Attentat von Sarajevo wurde als demagogischer Vorwand ausersehen. Das österreichische Ultimatum an Serbien vom 23. Juli war der Krieg. Alle späteren Friedensbemühungen waren nur Dekoration und diplomatische Winkelzüge, gleichviel, ob sie von einzelnen Mitwirkenden ernst gemeint waren oder nicht.

Der Krieg wurde in Deutschland in einer Weise inszeniert, die die schärfste Verurteilung herausfordert. Eine überaus raffinierte Regie setzte ein, die unter rücksichtsloser Ausnutzung des amtlichen Apparates die öffentliche Meinung beeinflußte, verwirrte, aufpeitschte. Das deutsche Volk wurde durch ein sentimentales Friedenskaiserspiel düpiert. Der Belagerungszustand folgte. Die verfassungsmäßigen Grundrechte wurden aufgehoben, jede Kritik gewaltsam und unnachsichtlich unterdrückt. Russische Invasionen und französische Angriffe wurden vorgespielt. Den unsinnigsten Gerüchten ließ die Regierung freien Lauf. Halbamtlich und amtlich wurde eine schnöde Ausländerhetze betrieben und eine wilde Spionenfurcht entfesselt, die Mißhandlungen harmloser Menschen, wirklicher oder vermeintlicher Ausländer veranlaßten ... Unter dem Schrecken des hereingebrochenen Weltkrieges und dem Druck der Militärdiktatur wurde der Anschein einer vollständigen Einmütigkeit des deutschen Volkes vorgegaukelt.

Die Verletzung der luxemburgischen Neutralität wurde verschleiert; die diplomatische Vorbereitung des Überfalls auf das neutrale Belgien – einschließlich des Ultimatums – wurde dem deutschen Volk und dem Reichstag über den 4. August hinaus verschwiegen. Unter solchen Umständen kamen die Beschlüsse des Reichstags vom 4. August zustande.

Dieser Krieg ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen Volkes entbrannt. Er ist kein deutscher Verteidigungskrieg und kein deutscher Freiheitskrieg, sondern ein kapitalistischer Angriffs- und Eroberungskrieg. Er ist kein Krieg für eine höhere „Kultur", die größten Staaten gleicher „Kultur" bekämpfen einander, und zwar gerade, weil sie Staaten der gleichen, d. h. der kapitalistischen „Kultur" sind ...

Die Parole „gegen den Zarismus" diente nur dem Zweck, die edelsten Instinkte des deutschen Volkes für den Kriegszweck, für den Völkerhaß zu mobilisieren, nicht aber einem Befreiungsfeldzug für das russische Volk oder die Fremdvölker Rußlands. Deutsches Kapital hat Rußlands Rüstungen auf ihre jetzige Höhe gebracht. Deutschland hat die äußere Politik Rußlands in wichtigsten Momenten unterstützt ... Kein Staat der

Welt hat das zarische Schreckensregiment gegen das geknechtete russische Volk so gestützt wie Deutschland. Deutschland ist der Mitschuldige des Zarismus bis zum heutigen Tage. Die deutsche Regierung stand bereit selbst zur militärischen Hilfe für den Blutzaren gegen die große russische Revolution. Deutschland, in dem die Masse des Volkes wirtschaftlich ausgebeutet, politisch unterdrückt, rechtlos ist, wo fremde Nationalitäten durch Ausnahmegesetze drangsaliert werden, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen Volkes muß dessen eigene Sache sein; die Befreierrolle Deutschlands wird von ihm voll Mißtrauen abgelehnt.

In der inneren Politik wurde sofort nach Kriegsausbruch unter Verhängung des Belagerungszustandes mit den äußersten Mitteln der Unterdrückung vorgegangen. Scheinbare Erleichterungen, die man der Arbeiterbewegung zuteil werden ließ, sind nur die Kehrseite ihrer Wehrlosmachung und verfolgen den Zweck, sie in den Dienst des Militarismus zu stellen. Die Parteien wurden für aufgehoben erklärt – die politische Unterdrückung, Wahlunrecht und Ausnahmegesetz blieben bestehen, nicht einmal die Schande des preußischen Dreiklassenwahlrechts ist ausgetilgt. Vom Klassenkampf zu sprechen wurde verboten – die Klassengegensätze blieben bestehen. Der Befreiungskampf des Proletariats wurde entwaffnet – an der politischen Unterdrückung und wirtschaftlichen Ausbeutung wurde nichts geändert. Der höchst einseitige Burgfriede, den man verkündete, ist nichts als eine stilistische Umschreibung der Worte Belagerungszustand und politische Kirchhofsruhe. Das Postulat „Es gibt keine Parteien mehr!" bedeutet nur: Anerkennung des Proletariats als gleichberechtigtes Kanonenfutter ...

Nach den Erklärungen, die die Regierung bis zum 4. August d. J. abgab, sollen keine Eroberungen gemacht werden. Die Zwischenzeit hat den Vertrauensseligsten gelehrt, was von diesen Erklärungen zu halten ist. Eine unverfrorene Annexionshetze wird geduldet, wenn nicht indirekt gefördert, während ihre Bekämpfung unter Vorwänden rücksichtslos und konsequent verhindert wird. Die offiziell kundgegebene Formel vom gesicherten Frieden ist deutlich im Sinne der Annexionspolitik zu verstehen.

Wir lehnen jede Annexion grundsätzlich und entschieden ab, da sie gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstößt und nur kapitalistischen Interessen dient ... Jeder Friede mit Eroberungen würde – weit davon entfernt, eine Friedenssicherung zu sein – vielmehr eine Ära des verschärften Wettrüstens einleiten und einen neuen Krieg im Schoße tragen. Pflicht eines jeden Sozialdemokraten ist es, mit allem Nachdruck gegen diese Pläne anzukämpfen ...

Dem Regierungsprogramm einer Fortsetzung des Krieges bis zu einem

durch Eroberung gesicherten Frieden stellen wir entgegen die Forderung eines schleunigen für keines der Länder demütigenden Friedens ...

Wir warnen die Regierungen und die herrschenden Klassen aller kriegführenden Länder vor der Fortsetzung des blutigen Gemetzels. Wir rufen das deutsche Volk und die Völker der anderen kriegführenden Staaten auf, sich zu erheben gegen den Wahnwitz, in dem sie ihr bestes Blut für ihre Ausbeuter und Unterdrücker verspritzen. Im Namen der Ausgebeuteten und Entrechteten fordern wir ein Ende dem Völkermord. Wir hoffen, daß der Tag bald kommen wird, an dem die Proletarier im Felde erklären werden, wir schießen nicht mehr aufeinander! Wo sie sich über die blutgetränkten Schlachtfelder die Hände reichen und die Macht des mordgebietenden Militarismus an dem Felsen der internationalen Brüderlichkeit zerschellt.

Indem wir Protest erheben gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die Annexionspläne, gegen den Bruch der belgischen Neutralität, gegen die Unmenschlichkeit der Kriegführung, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die herrschenden Klassen auch und gerade jetzt schuldig machen, lehnen wir die geforderten Kredite ab.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, Fonds Karl Liebknecht,
NL 1 III–A/4, Bl. 322–326.

77

Aus einer Tagebuchaufzeichnung Eduard Davids vom 14., 18. und 21. Dezember 1914

Versammlungen der Charlottenburger Funktionäre. K. Liebknecht Referent, ich Korreferent über die Frage der Kreditbewilligung. In der Diskussion Rosa Luxemburg, Paul Hirsch, S. Katzenstein u. a. Der Eindruck ist niederschmetternd. Die „Funktionäre" sind in Berlin fast durchweg junge Leute in den 20er Jahren, die die Mühe der Flugblattverteilung noch nicht scheuen. Jugendliche Unerfahrenheit und doktrinäre, durch eine ganz einseitige „Erziehung" seitens der radikalen Größen verbissene Geister. Ich weise auf die eigentliche Alternative hin: Verhinderung des Krieges durch Generalstreik usw. oder Verhinderung der Niederlage ... Alles vergebens! Die Funktionäre hatten schon im voraus eine Vertrauensresolution für Liebknecht gefaßt. Sie beharren unerschüttert auf ihrem Standpunkt ...

Ich verlasse den Schauplatz dieses vergeblichen Kampfes mit der festen Überzeugung: die Partei wird auseinanderreißen. Es ist kein gemeinsamer Boden mehr da. Bleiben diese Leute in der Partei, so werden sie die ganze Position des 4. August versauen ...

Bundesarchiv Koblenz,
Nachlaß Eduard David, Nr. 2, Bd. 2, Bl. 86/87.
Zit. nach: Willibald Gutsche: Neue Dokumente zur Rolle
der Sozialchauvinisten im ersten Weltkrieg (Manuskript). S. 22/23.

78

Aus einem Brief Karl Spindlers an Karl Liebknecht vom 3. März 1915

Die Situation in unserer Partei ist jetzt im Lande völlig verworren. Kein Genosse weiß mehr, woran er ist. Entweder sind wir verraten oder verkauft. Das kann doch nicht so weitergehen ... Die Genossen unserer Gröbaer Ortsgruppe – über 600 Mitgl. – stehen mit ganz wenigen Ausnahmen hinter meiner Überzeugung, die sich mit der Ihrigen vollauf deckt – wir werden bereits die Liebknechtsche Richtung genannt, zu unserem Stolz natürlich. Diese unsere Genossen, vor allem unsere Funktionäre, erklären nun, wenn es so weitergeht, wenn mit ihren Beitragsgeldern ihre Meinung bekämpft wird, die Taschen zuhalten zu wollen und es aufs Äußerste ankommen zu lassen. Ich habe dies dem Kreisvorstand geschrieben, die Antwort steht noch aus, sie wird aber auch nichtssagend ausfallen.

Ich möchte nun jede Zersplitterung unserer Kräfte verhindern und bitte Sie, mir doch mitteilen zu wollen, wie Sie sich das Partei- und Organisationsleben für die Zukunft denken. Ich denke wohl richtig, wenn ich annehme, daß sich die Minderheit der Mehrheit nie, nie unterwirft, das würde ja die Auflösung der Sozialdemokratie bedeuten. Wenn sich unsere Meinung doch zu einer selbständigen Parteirichtung entwickeln würde, worüber Sie mir bitte Ihre Ansicht mitteilen möchten, dann wäre es nach meiner Meinung nötig, schon jetzt in diesem Sinne im stillen zu wirken und in einem gegebenen Augenblick die Parteibeiträge an eine von uns zu schaffende Zentrale abzuführen. Erfüllen Sie also bitte unseren Wunsch, und stehen Sie uns in dieser kritischen Angelegenheit bei.

Institut für Marxismus- Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, Fonds Karl Liebknecht, NL 1 IV–B/7, Bl. 43, 45/46.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 108.

79

Aus dem Artikel Rosa Luxemburgs „Der Wiederaufbau der Internationalen", veröffentlicht am 14. April 1915

Kautsky, der als Vertreter des sogenannten marxistischen Zentrums oder politisch gesprochen: als der Theoretiker des Sumpfes, schon seit Jahren die Theorie zur willfährigen Magd der offiziellen Praxis der „Parteiinstanzen" degradiert und dadurch zu dem heutigen Zusammenbruch der Partei redlich beigetragen hat, hat auch jetzt schon eine neue Theorie gerade zur Rechtfertigung und Beschönigung des Zusammenbruchs zurechtgedacht. Danach soll die Sozialdemokratie zwar ein Instrument des Friedens, aber kein Mittel gegen den Krieg sein ...

Als gefälliges Mädchen für alle versichert uns diese Theorie, daß zwischen der heutigen Praxis des Sozialismus und seiner Vergangenheit die schönste Harmonie obwalte, daß keine der sozialistischen Parteien sich etwas vorzuwerfen hätte, was ihre Zugehörigkeit zur Internationale in Frage stellen würde. Gleichzeitig hat aber diese schmiegsame und biegsame Theorie auch schon eine ausreichende Erklärung in der Tasche für den Widerspruch zwischen der heutigen Position der internationalen Sozialdemokratie und ihrer Vergangenheit, ein Widerspruch, der nun doch das blödeste Auge schlägt. Die Internationale habe nur die Frage der Verhütung des Krieges ventiliert. Nun aber „war der Krieg da", wie die Formel heißt, und nun stellte es sich heraus, daß nach Ausbruch des Krieges ganz andere Verhaltungsmaßregeln für die Sozialisten gelten als vor dem Kriege. Sobald der Krieg da sei, gelte für jedes Proletariat nur noch die Frage: ob Sieg oder Niederlage ... Auf gut deutsch heißt das: es gibt für das Proletariat nicht eine Lebensregel, wie es der wissenschaftliche Sozialismus bisher verkündete, sondern es gibt deren zwei: eine für den Frieden und eine für den Krieg. Im Frieden gelte im Innern jedes Landes der Klassenkampf, nach außen die internationale Solidarität, im Kriege gelte im Innern die Klassensolidarität, nach außen der Kampf zwischen den Arbeitern verschiedener Länder. Der welthistorische Appell des Kommunistischen Manifests erfährt eine wesentliche Ergänzung und lautet nun nach Kautskys Korrektur: Proletarier aller Länder, vereinigt euch im Frieden und schneidet euch die Gurgeln ab im Kriege! Also heute „jeder Schuß ein Ruß – jeder Stoß ein Franzos" und morgen nach Friedensschluß: „Seid umschlungen, Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt." Denn die Internationale ist „im wesentlichen ein Friedensinstrument", aber „kein wirksames Werkzeug im Kriege".

Diese gefällige Theorie eröffnet nicht bloß reizvolle Perspektiven für die sozialdemokratische Praxis, indem sie die Wandelbarkeit der Fraktion Drehscheibe, gepaart mit dem Jesuitismus des Zentrums, geradezu zum

Grunddogma der sozialistischen Internationale erhebt. Sie inauguriert auch noch eine ganz neue „Revision" des historischen Materialismus, eine Revision, gegen die alle ehemaligen Versuche Bernsteins als ein harmloses Kinderspiel erscheinen. Die proletarische Taktik vor Ausbruch des Krieges und nach diesem Ausbruch soll ganz verschiedenen, ja direkt entgegengesetzten Richtlinien folgen. Das setzt voraus, daß auch die gesellschaftlichen Bedingungen, die Grundlagen unserer Taktik, im Frieden und im Kriege grundverschieden sind. Nach dem historischen Materialismus, wie ihn Marx begründet hat, ist die ganze bisherige geschriebene Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen. Nach Kautskys revidiertem Materialismus muß hinzugefügt werden: ausgenommen die Kriegszeiten ...

Die rettende Tat zur Wiederherstellung des Friedens wie der Internationale kann nur von den sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder ausgehen. Der erste Schritt zum Frieden wie zur Internationale ist hier die Umkehr auf der Bahn des Sozialimperialismus. Und wenn die sozialdemokratischen Parlamentarier weiter die Mittel zur Kriegführung bewilligen, so sind ihre Friedenswünsche und Friedensrezepte und ihre feierlichen Erklärungen „gegen jede Eroberungspolitik" im einzelnen das, was die Kautskysche „Internationale", deren Mitglieder sich „nichts vorzuwerfen haben" und die sich periodisch brüderlich umarmen oder sich die Hälse abschneiden, nämlich – eine Heuchelei und, was schlimmer noch – ein Wahngebilde ...

Die Internationale wie ein Friede, der dem Interesse der proletarischen Sache entspricht, können nur aus der Selbstkritik des Proletariats geboren werden, aus seiner Besinnung auf die eigene Macht ...

Die Internationale,
1915, H. 1, S. 1–10.
Rosa Luxemburg: Ausgewählte Reden und Schriften, II. Bd.,
Berlin 1955, S. 518, 522/523, 529, 531.

80

Aus dem Artikel Clara Zetkins „Für den Frieden", veröffentlicht am 14. April 1915

Wir stellen fest, was in Deutschland ist. Und da kommt niemand um die beschämende Tatsache herum, daß die ehemals so stolze Sozialdemokratie heute die Gefangene der imperialistischen Kriegspolitik ist und im Kampf für den Frieden versagt. Wohl haben wir die frommen Friedenswünsche gehört, mit denen Parteivorstand, Parteiausschuß, Reichstagsfraktion und andere führende Instanzen die „grundsätzliche Stellung der

Partei" beschwören. Allein, was wir trotz allem nicht mit der Lupe zu entdecken vermögen, das ist der Wille zur Tat, der die Massen des arbeitenden Volkes aufruft, für den Frieden und damit für ihre eigenen Interessen die nämlichen Energien einzusetzen, die gleichen Opfer zu bringen, die der Krieg des Imperialismus von ihnen einfordert . . .

Uns will bedünken, daß es die Auffassungen des bürgerlichen Nationalismus und nicht die des internationalen Sozialismus sind, die auf dem tiefsten Grund jedes Zauderns liegen, den Kampf für die Beendigung des Krieges aufzunehmen. Die politischen Ziele des deutschen Imperialismus und die strategischen Maßstäbe seiner Militärs können nicht unsere Aktionen als internationale Sozialisten bestimmen. Mit jedem Tag, den das verderbenschwere Völkerringen länger dauert, wächst die Notwendigkeit, ihm Halt zu gebieten um der Gegenwart und Zukunft des Proletariats halber, die in diesem Falle geradezu handgreiflich mit den höchsten Menschheitsinteressen zusammenfallen . . .

So halten wir eine sofortige kraftvolle Friedensaktion der deutschen Sozialdemokratie, der deutschen Arbeiter für die vornehmste Pflicht. Mit den Führern, wenn diese sich endlich entscheiden; ohne sie, wenn sie noch weiter unentschlossen zögern; gegen sie, wenn sie bremsen wollen. Eine solche Friedensaktion allein könnte die ersten festen Fundamente legen für den Wiederaufbau der Arbeiterinternationale. Denn nicht durch schwungvolle Solidaritäts- und Sympathieversicherungen der Führer und nicht durch weise ausgeklügelte Verständigungsresolutionen kann zusammengekittet werden, was der unselige Krieg in Trümmer geschlagen hat. Der stolze Bau der Internationale kann nur aufs neue erstehen, zusammengefügt von dem Vertrauen der proletarischen Massen, die sich in den Wettern und Flammen des Klassenkampfes brüderlich zusammenscharen. Auch hierfür heißt es: Im Anfang war die Tat!

Die Internationale,
1915, H. 1, S. 40/41.
Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften,
Bd. I: Auswahl aus den Jahren 1889 bis 1917,
Berlin 1957, S. 691–694.

81

Aus der Kriegszieldenkschrift der sechs größten Interessenverbände des deutschen Monopolkapitals und des Junkertums an den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg vom 20. Mai 1915

Die unterzeichneten Körperschaften haben sich mit der Frage beschäftigt, wie die in den letzten Monaten so oft gehörte Formel zu verwirklichen

ist, daß diesem Kriege ein ehrenvoller Frieden folgen müsse, der den gebrachten Opfern entspricht und die Gewähr seiner Dauer in sich trägt ...

Neben der Forderung eines Kolonialreiches, das den vielseitigen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands voll genügt, neben der Sicherung unserer zoll- und handelspolitischen Zukunft und der Erlangung einer ausreichenden, in zweckmäßiger Form gewährten Kriegsentschädigung, sehen sie das Hauptziel des uns aufgedrängten Kampfes in einer Sicherung und Verbesserung der europäischen Daseinsgrundlage des Deutschen Reiches nach folgenden Richtungen:

Belgien muß, wegen der notwendigen Sicherung unserer Seegeltung, wegen unserer militärischen und wirtschaftlichen Zukunftsstellung gegenüber England und wegen des engen Zusammenhanges des wirtschaftlich so bedeutenden belgischen Gebietes mit unserem Hauptindustriegebiet, militär- und zollpolitisch sowie hinsichtlich des Münz-, Bank- und Postwesens, der deutschen Reichsgesetzgebung unterstellt werden. Eisenbahnen und Wasserstraßen sind unserem Verkehrswesen einzugliedern. Im übrigen müssen Regierung und Verwaltung des Landes, unter Scheidung eines wallonischen und eines überwiegend flämischen Gebietes und unter Überführung der für die Beherrschung des Landes wichtigen wirtschaftlichen Unternehmungen und Besitzungen in deutsche Hand, so geführt werden, daß die Bewohner keinen Einfluß auf die politischen Geschicke des Deutschen Reiches erlangen.

Was Frankreich betrifft, so muß, aus dem gleichen Gesichtspunkte unserer Stellung zu England, der Besitz des an Belgien grenzenden Küstengebietes bis etwa zur Somme und damit der Ausweg zum Atlantischen Ozean als eine Lebensfrage für unsere künftige Seegeltung betrachtet werden. Das hierbei mit zu erwerbende Hinterland muß so bemessen werden, daß wirtschaftlich und strategisch die volle Ausnutzung der gewonnenen Kanalhäfen gesichert ist. Jeder weitere französische Landerwerb hat, abgesehen von der notwendigen Angliederung der Erzgebiete von Briey, ausschließlich nach militärstrategischen Erwägungen zu geschehen ... Mit dem Erwerb der Maaslinie und der französischen Kanalküste wäre ... auch der Besitz der Kohlengebiete des Departements du Nord und des Pas-de-Calais gegeben. Auch diese Erwerbungen setzen ... voraus, daß die Bevölkerung der angegliederten Gebiete nicht in die Lage gebracht wird, politischen Einfluß auf die Geschicke des Deutschen Reiches zu erlangen, und daß die in diesem Gebiete vorhandenen wirtschaftlichen Machtmittel, einschließlich des mittleren und größeren Besitzes, derart in deutsche Hand überführt werden, daß Frankreich deren Eigentümer entschädigt und übernimmt.

Für den Osten muß zunächst die eine Erwägung maßgebend sein, daß der im Westen zu erwartende große industrielle Machtzuwachs ein

Gegengewicht durch ein gleichwertiges im Osten zu erwerbendes Landwirtschaftsgebiet finden muß ...

Die Notwendigkeit, auch die gesunde landwirtschaftliche Grundlage unserer Volkswirtschaft zu stärken, eine großangelegte deutsche ländliche Besiedelung ... zu ermöglichen und unsere wehrkräftige Volkszahl stark zu erhöhen, fordert eine erhebliche Erweiterung der Reichs- und preußischen Grenzen gegen Osten durch Angliederung mindestens von Teilen der Ostseeprovinzen und der südlich davon liegenden Gebiete unter Berücksichtigung des Zieles, unsere östliche deutsche Grenze militärisch verteidigungsfähig zu gestalten ...

Hinsichtlich der Verleihung politischer Rechte an die Bewohner der neuen Gebiete und der Sicherung des deutschen wirtschaftlichen Einflusses in ihnen gilt das hinsichtlich Frankreich Gesagte. Die Kriegsentschädigung von seiten Rußlands wird in großem Umfange in der Übereignung von Land bestehen müssen.

Deutsches Zentralarchiv, Merseburg,
Rep. 77, Tit. 885, Nr. 4, Bd. 1, Bl. 16–21.

82

Aus der Schrift Werner Sombarts „Händler und Helden. Patriotische Besinnungen", erschienen im Jahre 1915

Was kann deutscher Militarismus anderes sein als der deutsche Geist, den wir kennengelernt haben? Es ist dieser deutsche Geist, so kann man es vielleicht ausdrücken, in seiner lebendigen Betätigung, in seiner Ausgestaltung zu äußeren Lebensformen. Militarismus ist die Sichtbarwerdung des deutschen Heldentums. Militarismus ist die Verwirklichung heldischer Grundsätze, insonderheit, soweit es sich um Vorbereitung und Durchführung von Kriegen handelt.

Militarismus ist der zum kriegerischen Geist hinaufgesteigerte heldische Geist. Er ist Potsdam und Weimar in höchster Vereinigung. Er ist „Faust" und „Zarathustra" und Beethoven-Partitur in den Schützengräben. Denn auch die Eroica und die Egmont-Ouvertüre sind doch wohl echtester Militarismus.

Fragen wir aber im einzelnen, was er ist, um uns seine Eigenart auch durch begriffliche Erfassung zu voller Einsicht zu bringen, so wird man, denke ich, folgende Bestandteile in dem militaristischen Geiste nachweisen können.

Vor allem wird man unter Militarismus verstehen müssen das, was man den Primat der militärischen Interessen im Lande nennen kann.

Alles, was sich auf militärische Dinge bezieht, hat bei uns den Vorrang. Wir sind ein Volk von Kriegern. Den Kriegern gebühren die höchsten Ehren im Staate. Was äußerlich in so vielen Dingen, die dem Fremden auffallen, in die Erscheinung tritt: unser Kaiser erscheint selbstverständlich offiziell immer in Uniform, bei feierlichen Gelegenheiten tun desgleichen auch unsere höchsten Beamten und unsere Abgeordneten, wenn sie in einem Militärverhältnis stehen; die Prinzen kommen sozusagen als Soldaten auf die Welt und gehören von Jugend auf der Armee. Alle andern Zweige des Volkslebens dienen dem Militärinteresse. Insbesondere auch ist das Wirtschaftsleben ihm untergeordnet usw.

Das zweite Merkmal des Militarismus ist die Hochhaltung und Pflege aller kriegerischen Tugenden; vor allem der beiden Grundtugenden des Kriegers: der Tapferkeit und des Gehorsams: der wahren Tugenden des freien Mannes ...

Weil aber im Kriege erst alle Tugenden, die der Militarismus hochbewertet, zur vollen Entfaltung kommen, weil erst im Kriege sich wahres Heldentum betätigt, für dessen Verwirklichung auf Erden der Militarismus Sorge trägt: darum erscheint uns, die wir vom Militarismus erfüllt sind, der Krieg selbst als ein Heiliges, als das Heiligste auf Erden. Und diese Hochbewertung des Krieges selber macht dann wiederum einen wesentlichen Bestandteil des militaristischen Geistes aus. Nichts wird uns so sehr von allen Händlern verdacht, als daß wir den Krieg für heilig halten.

Sie sagen: der Krieg sei unmenschlich, er sei sinnlos. Das Hinschlachten der Besten eines Volkes sei viehisch. So muß es dem Händler erscheinen, der nichts Höheres auf Erden kennt als das einzelne, natürliche Menschenleben.

Werner Sombart: Händler und Helden. Patriotische Besinnungen, München/Leipzig 1915, S. 84/85 u. 88.

83

Aus dem Flugblatt Karl Liebknechts „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" vom Mai 1915

Was seit 10 Monaten, seit dem Angriff Österreichs auf Serbien, täglich zu erwarten war, ist eingetreten: der Krieg mit Italien ist da.

Die Volksmassen der kriegführenden Länder haben begonnen, sich aus den amtlichen Lügennetzen zu befreien. Die Einsicht in die Ursachen und Zwecke des Weltkriegs, in die unmittelbare Verantwortlichkeit für seinen Ausbruch hat sich auch im deutschen Volk verbreitet. Der Irrwahn

heiliger Kriegsziele ist mehr und mehr gewichen, die Kriegsbegeisterung geschwunden, der Wille zum schleunigen Frieden mächtig emporgewachsen, allenthalben – auch in der Armee!

Eine schwere Sorge für die deutschen und österreichischen Imperialisten, die sich vergeblich nach Rettung umsahen. Sie scheint ihnen jetzt gekommen. Italiens Eingreifen in den Krieg soll ihnen die willkommene Gelegenheit bieten, neuen Taumel des Völkerhasses zu entfachen, den Friedenswillen zu ersticken, die Spur ihrer eigenen Schuld zu verwischen ...

Die Feinde des Volkes rechnen mit der Vergeßlichkeit der Massen – wir setzen dieser Spekulation entgegen die Losung: Alles lernen, nichts vergessen!

Nichts vergessen!

Wir haben erlebt, daß beim Kriegsausbruch die Massen von den herrschenden Klassen mit lockenden Melodien für den kapitalistischen Kriegszweck eingefangen wurden. Wir haben erlebt, wie die schillernden Seifenblasen der Demagogie zerplatzten, die Narrenträume des August verflogen, wie statt des Glücks Elend und Jammer über das Volk kamen; wie die Tränen der Kriegswitwen und Kriegswaisen zu Strömen anschwollen; wie die Erhaltung der Dreiklassenschmach, die verstockte Heiligsprechung der Viereinigkeit: Halbabsolutismus-Junkerherrschaft-Militarismus-Polizeiwillkür zur bitteren Wahrheit wurde ...

Wenn sich die deutschen und österreichischen Imperialisten jetzt hinter dem Busch der italienischen Raubpolitik, hinter der Kulisse der italienischen Treulosigkeit zu verstecken suchen; wenn sie die Toga der moralischen Entrüstung, der gekränkten Unschuld umwerfen, während sie doch in Rom nur eben ihresgleichen gefunden haben, so verdienen sie die Lauge des grausamsten Hohns ...

Wem hat, so fragen wir, das deutsche Volk die Fortsetzung des grauenvollen Kriegs, wem Italiens Eingreifen zu danken? Wem anders als den verantwortlichen Unverantwortlichen im eigenen Lande ...

Lernen und nicht vergessen aber gilt es auch und vor allem, welch heldenmütigen Kampf unsere italienischen Genossen gegen den Krieg gekämpft haben und noch kämpfen ...

Internationaler proletarischer Klassenkampf gegen internationale imperialistische Völkerzerfleischung heißt das sozialistische Gebot der Stunde.

Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land!

Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit

dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.

Wir wissen uns eins mit dem deutschen Volk – nichts gemein haben wir mit den deutschen Tirpitzen und Falkenhayns, mit der deutschen Regierung der politischen Unterdrückung, der sozialen Knechtung. Nichts für diese, alles für das deutsche Volk. Alles für das internationale Proletariat, um des deutschen Proletariats, um der getretenen Menschheit willen!

Die Feinde der Arbeiterklasse rechnen auf die Vergeßlichkeit der Massen – sorgt, daß sie sich gründlich verrechnen! Sie spekulieren auf die Langmut der Massen – wir aber erheben den stürmischen Ruf:

„Wie lange noch sollen die Glücksspieler des Imperialismus die Geduld des Volkes mißbrauchen? Genug und übergenug der Metzelei! Nieder mit den Kriegshetzern diesseits und jenseits der Grenze!

Ein Ende dem Völkermord!"

Proletarier aller Länder, folgt dem heroischen Beispiel eurer italienischen Brüder! Vereinigt euch zum internationalen Klassenkampf gegen die Verschwörungen der Geheimdiplomatie, gegen den Imperialismus, gegen den Krieg, für einen Frieden im sozialistischen Geist.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, Fonds Karl Liebknecht, NL 1 II–Ch 1, Bl. 42/43.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 162–166.

84

Aus dem Protestschreiben oppositioneller Sozialdemokraten an die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 9. Juni 1915

Werte Genossen!

Die Ereignisse der letzten Wochen zwingen uns zu diesem Schreiben.

Mit dem 4. August 1914 hat die parlamentarische und außerparlamentarische Leitung der deutschen Sozialdemokratie eine Politik begonnen, die nicht nur das Versagen der Partei in einem unvergleichlichen geschichtlichen Augenblick, sondern eine immer schroffere Abkehr von ihren bisherigen Grundsätzen bedeutet.

Die verhängnisvollen Wirkungen dieser Abkehr ergriffen unerbittlich von der äußeren Politik aus die gesamte innere Politik der Partei, die

damit auf beiden Gebieten aufhörte, als selbständiger Faktor zu existieren. Die Anerkennung des Burgfriedens war das Kreuz auf dem Grabe des Klassenkampfes, der nicht in behördlichen und parlamentarischen Geheimkonventikeln noch durch eine Hintertreppenpolitik nach dem Muster kapitalistischer Klüngel geführt werden kann.

Die Mehrheit der Reichstagsfraktion wich jedem ernsthaften Kampf aus, selbst dem für die Koalitionsfreiheit, für die Wahlreform. Sie lehnte es ab, auch nur die Aufhebung des Belagerungszustandes zu beantragen, und verwandelte damit die aufgezwungene Rechtlosigkeit in eine freiwillig übernommene ...

Immer klarer war zutage getreten, daß der Krieg nicht der Verteidigung der nationalen Unversehrtheit dient. Immer deutlicher hatte sich sein imperialistischer Eroberungscharakter offenbart. Immer ungeniertere Bekenntnisse zur Annexionspolitik wurden abgelegt ...

Die übergroße Masse der Parteigenossen daheim wie im Felde erwartete, daß die Reichstagsfraktion wenigstens jetzt endlich, im Mai, nach langen 10 Monaten eines furchtbaren, in Dauer und Ausgang unübersehbaren Krieges, in einer nachdrücklichen, unzweideutigen Kundgebung die schleunige Beendigung des Krieges fordern und dem entschlossenen Friedenswillen der Sozialdemokratie Ausdruck verleihen würde – entsprechend dem vom deutschen Parteitag noch ausdrücklich gebilligten Beschluß des Stuttgarter Kongresses, der die Partei verpflichtet, den Krieg zur Aufrüttelung der Massen im Klassenkampf auszunutzen und so für seine rasche Beendigung zu wirken.

Die Erwartung der Massen ist wieder unerfüllt geblieben ...

Die volle Bedeutung dieser Haltung der Fraktionsmehrheit ergibt sich aus der Tatsache, daß ihr das Kriegsziel der Regierung ganz autoritativ bekannt war ...

Der dringendste Anlaß war gegeben, sich endlich von der Regierungs-Kriegspolitik loszusagen und ihr den schärfsten Kampf zu erklären. Die endliche rücksichtslose Hervorkehrung der sozialistischen Interessen und der proletarisch-internationalen Friedensziele war geboten; aber eine erneute Verpflichtung zur Politik des Durchhaltens, eine wiederholte Solidaritätserklärung gegenüber den herrschenden Klassen und der Regierungs-Kriegspolitik erfolgte ...

Damit ist der Schlußpunkt unter die unheilvolle Entwicklung gesetzt, die am 4. August begann. Die Reichstagsfraktion, in der auch die meisten Mitglieder des Parteivorstandes sitzen, hat den Widerstand gegen die imperialistische Eroberungspolitik aufgegeben. Und nicht aus bloßer Schwäche und Burgfriedensfreudigkeit, sondern weil ein erheblicher Teil der Reichstagsfraktion – ebenso wie der preußischen Landtagsfraktion und wie andere einflußreiche Genossen – in konsequenter Fortbildung

der Politik des Durchhaltens, das heißt der hemmungslosen Völkerzerfleischung, auch dieser Eroberungspolitik mit vollem Bewußtsein anhängt ...

Treibt die Leitung der deutschen Sozialdemokratie jetzt weiter im Kielwasser der Eroberungspolitik, rettet sie sich nicht jetzt endlich auf den Boden des internationalen proletarischen Kampfes gegen den Krieg und die imperialistischen Raubgelüste zurück, so versäumt sie die letzte Gelegenheit, sich von der vollen Mitschuld daran zu entlasten, daß dieser Krieg als erbarmungsloser Vernichtungskrieg bis zum Weißbluten der Völker fortgesetzt und der auf ihn folgende Friede nur die Vorbereitung eines neuen Weltkrieges sein wird ...

Die Alternative lautet schlechthin: Parteirettung oder Parteizerstörung.

Wir warnen vor der Fortsetzung der Politik des 4. August und des 29. Mai. Wir wissen, daß wir die Auffassung eines großen Teils der Parteigenossen und breiter Bevölkerungsschichten ausdrücken, wenn wir fordern, daß Fraktion und Parteivorstand endlich ohne Zaudern dem Parteiverderben Einhalt tun, den Burgfrieden aufsagen und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen. Die Verantwortung für alles, was sonst kommt, fällt denen zu, die die Partei auf die abschüssige Bahn getrieben haben und ferner darauf erhalten wollen.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, Fonds Karl Liebknecht, NL 1 II–Cb/1, Bl. 39–41.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 169–173.

85

Aus einem Polizeibericht über die Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den VI. Berliner Wahlkreis am 15. Juni 1915

Die ... Versammlung war von ca. 250 Frauen und 150 Männern besucht ...

Duncker führte aus, daß das heutige Thema in allen vier Versammlungen des Kreises laute „Was fordert die deutsche Sozialdemokratie in der Gegenwart", und dazu wolle er bemerken, daß die Forderungen der Partei z. Zt. recht groß seien, besonders an die eigenen Führer. Die deutsche Sozialdemokratie habe bis zu Ausbruch des Krieges auf dem

ganzen Erdball einen sehr guten Ruf gehabt und, man könne sagen, die erste Stelle eingenommen. Als aber der Krieg ausbrach, da war es mit der deutschen Sozialdemokratie und besonders ihrer Führer vorbei.

Nicht allein, daß das politisch ungeschulte Volk in einen großen Siegesund Kriegsbegeisterungstaumel verfiel, nein, die Führer der deutschen Sozialdemokratie sind in einen solchen Taumel verfallen ...

Der gleiche und noch größere Vorwurf müsse unserer Reichstagsfraktion gemacht werden, denn diese hätte sich Sachen geleistet, die ihr unvergeßlich bleiben würden. Unsere Reichstagsfraktion trage an dem schrecklichen Blutvergießen einen großen Teil Schuld mit ...

Weil nun unsere Führer im Parlament vollständig versagt haben und uns vor aller Welt blamierten, deshalb müssen wir energischen Protest erheben und der Welt zeigen, daß die deutsche Arbeiterschaft mit der Haltung ihrer Reichstagsfraktion nicht einverstanden ist. Hierauf brachte Genosse Hans Weber eine Resolution ein, in der dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion wegen ihrer schlappen Haltung ein Mißtrauensvotum ausgestellt wurde, die auch einstimmige Annahme fand.

Eine zweite Resolution brachte Dr. Duncker ein, in der unverzüglich Brot, Freiheit und Frieden gefordert wird. Auch die fand einstimmige Annahme. 8 Genossen brachten in der Diskussion zum Ausdruck, daß Dr. Duncker ihnen aus der Seele gesprochen habe. Es sei wirklich an der Zeit, daß von seiten der Sozialdemokratie etwas geschehe, denn so mache die Regierung, was sie wolle. Vor allen Dingen wurde gefordert, daß der Belagerungszustand aufgehoben wird.

Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam,
Rep. 30, Tit. 95, Sekt. 7, Lit. A, Nr. 11a, Bd. 9, Bl. 137/138.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 187/188.

86
Aus dem Aufruf „Das Gebot der Stunde" vom 19. Juni 1915

Die Stunde der Entscheidung ist gekommen. Die deutsche Sozialdemokratie ist vor eine Frage gestellt, die für die Geschicke des deutschen Volkes, für die Zukunft der Kulturwelt von der größten Tragweite ist.

Forderungen, für die schon in früheren Monaten eine gewisse Presse sowie Vereinigungen, denen keine größere Bedeutung beigelegt wurde, systematisch Stimmung gemacht hatten, sind in den letzten Wochen von Persönlichkeiten in hervorragender Stellung sowie von einflußreichen

Körperschaften in teilweise sogar noch verschärfter Form vertreten worden. Programme werden aufgestellt, die dem gegenwärtigen Krieg den Stempel eines Eroberungskrieges aufdrücken ...

Es ist fernerhin bekannt geworden, daß sechs große Wirtschaftsvereinigungen, voran der großkapitalistische Zentralverband deutscher Industrieller und die Kampforganisation der Agrarier, der Bund der Landwirte, die der Politik des Deutschen Reichs so oft schon die Richtung gewiesen haben, unter dem 20. Mai 1915 eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet haben, worin sie fordern: Gewinnung eines großen Kolonialreichs, ausreichende Kriegsentschädigung und Annexionen in Europa, die allein im Westen über zehn Millionen Menschen – mehr als sieben Millionen Belgier und über drei Millionen Franzosen – zwangsweise unter deutsche Herrschaft stellen würden. Wie diese Zwangsherrschaft gedacht ist, kennzeichnet der Satz der Eingabe, wonach Regierung und Verwaltung in den annektierten Ländern so geführt werden müssen, daß „die Bewohner keinen Einfluß auf die Geschicke des Deutschen Reichs erlangen". Das heißt mit andern Worten, diese gewaltsam annektierte Bevölkerung soll politisch rechtlos gemacht und gehalten werden. Und weiter wird gefordert, aller Besitz, der einen starken wirtschaftlichen und sozialen Einfluß gewähre, „müsse in deutsche Hände übergehen", im Westen besonders der industrielle Besitz aller großen Unternehmungen, im Osten besonders der landwirtschaftliche große und Mittelbesitz.

Mehr noch. In den allerletzten Tagen hat ein deutscher Bundesfürst, der König von Bayern, in einer Ansprache in Fürth Forderungen in bezug auf die Ausdehnung unsrer Grenzen im Westen ausgesprochen, „durch die wir für Süd- und Westdeutschland günstigere Verbindungen zum Meere bekommen".

Angesichts aller dieser Kundgebungen muß sich die deutsche Sozialdemokratie die Frage vorlegen, ob sie mit ihren Grundsätzen und mit den Pflichten, die ihr als Hüterin der materiellen und moralischen Interessen der arbeitenden Klassen Deutschlands obliegen, vereinbaren kann, in der Frage der Fortführung des Krieges an der Seite derjenigen zu stehen, deren Absichten in schroffstem Widerspruch sind zu den Sätzen der Erklärung unsrer Reichstagsfraktion vom 4. August 1914, in denen diese aussprach, daß sie im Einklang mit der Internationale jeden Eroberungskrieg verurteilt ...

Was verschiedene unter uns befürchtet haben, zeichnet sich immer bemerkenswerter ab: Man erlaubt der deutschen Sozialdemokratie, die Kriegsmittel zu bewilligen, man geht aber kühl über sie hinweg bei den für die Zukunft unsres Volkes folgenschwersten Beschlüssen ...

Ungeheuer sind die Opfer, die dieser Krieg den in ihn hineingerissenen Völkern schon verursacht hat und die jeder Tag vermehrt. Die Welt-

geschichte kennt keinen zweiten Krieg, der auch nur annähernd gleich mörderisch gewirkt hätte. Es ist die Grausamkeit barbarischer Zeitalter, verbunden mit den raffiniertesten Mitteln der Zivilisation, welche die Blüte der Völker hinrafft. Nicht minder unerhört sind die Opfer an Gütern, die der Krieg den Völkern entreißt. Weite Gebiete werden verwüstet, und Summen, die für Kulturzwecke in einem Jahr auszugeben man sich gescheut hat, werden in diesem Kriege in einer Woche für die Tötung von Menschen und die Vernichtung von Grundlagen künftiger Wohlfahrt ausgegeben. Allen beteiligten Nationen starrt bei Verlängerung des Krieges der Bankrott entgegen.

In weiten Kreisen unsres Volkes und derjenigen Völker, mit denen das Deutsche Reich im Kriege liegt, macht sich denn auch immer stärkere Friedenssehnsucht geltend. Während die Herrschenden davor zurückschrecken, diesem Friedensbedürfnis zu entsprechen, blicken Tausende und aber Tausende auf die Sozialdemokratie, die man als die Partei des Friedens zu betrachten gewohnt war, und erwarten von ihr das erlösende Wort und das ihm entsprechende Verhalten.

Nachdem die Eroberungspläne vor aller Welt offenkundig sind, hat die Sozialdemokratie die volle Freiheit, ihren gegensätzlichen Standpunkt in nachdrücklichster Weise geltend zu machen, und die gegebene Situation macht aus der Freiheit eine Pflicht.

Das Proletariat erwartet sicherlich, daß, ebenso wie im Jahre 1870 sich bei einer ähnlichen Situation alle Sozialdemokraten trotz ihrer Meinungsverschiedenheiten bei Ausbruch des Krieges zu einem einmütigen Handeln zusammenfanden, die Sozialdemokratie auch jetzt in gleicher Einmütigkeit zusammenstehen wird.

Wir wissen, daß die Friedensbedingungen, die von einer Seite der Kriegführenden der andren aufgezwungen werden, keinen wirklichen Frieden bringen, sondern nur neue Rüstungen mit dem Ausblick auf neuen Krieg bedeuten. Ein wirklicher und dauernder Friede ist nur möglich auf der Grundlage freier Vereinbarung.

Diese Grundlage zu schaffen ist nicht der Sozialdemokratie eines einzelnen Landes gegeben. Aber jede einzelne Partei kann nach Maßgabe ihrer Stellung und ihrer Kräfte dazu beitragen, daß diese Grundlage hergestellt wird.

Die gegenwärtige Gestaltung der Dinge ruft die deutsche Sozialdemokratie auf, einen entscheidenden Schritt zu diesem Ziele zu tun. Sie ist heute vor die Wahl gestellt, diesem Gebote Folge zu leisten oder dem Vertrauen einen tödlichen Stoß zu versetzen, das sie bisher im deutschen Volk und in der gesamten Welt als Verfechterin des Völkerfriedens genoß.

Wir zweifeln nicht, daß unsre Partei diejenigen Folgerungen ziehen wird, die sich für unsre parlamentarische und außerparlamentarische Hal-

tung hieraus ergeben. Mit den schönsten Überlieferungen der Sozialdemokratie steht die Zukunft unsres Volkes auf dem Spiel, seine Wohlfahrt und seine Freiheit. Hat unsre Partei nicht die Macht, die Entscheidungen zu treffen, so fällt doch uns die Aufgabe zu, als drängende Kraft die Politik in der Richtung vorwärtszudrängen, die wir als die richtige erkannt haben.

Eduard Bernstein, Hugo Haase, Karl Kautsky

Leipziger Volkszeitung,
19. Juni 1915.
Eugen Prager: Geschichte der USPD,
Berlin 1921, S. 72–74.

87

Aus der Denkschrift Gustav Krupps von Bohlen und Halbach vom 31. Juli 1915

1. Das gesamte Deutschtum muß als Kern von Europa betrachtet und möglichst zusammengefaßt werden. Hierunter ist nicht etwa zu verstehen, daß alle Deutschen in das Deutsche Reich mit eingeschlossen werden müssen, in erster Linie kommt es vielmehr darauf an, daß die deutsche Kultur – im weitesten Sinne des Wortes – in Europa die herrschende wird und demgemäß nach allen Seiten hin eine Anziehungs- und Ausdehnungskraft sich sichert. Die deutsche Kultur hat ein Anrecht darauf, denn sie ist nicht ein äußerer Firnis oder Lack, sondern sie ist ein Bestandteil des deutschen Gemütes, des deutschen Herzens, sie hat ihre tiefste Grundlage in der deutschen Weltanschauung und Gottesfurcht.

2. Es muß politisch, auf militärischem und auf dem Gebiete der Marine dafür Sorge getragen werden, daß in absehbarer Zeit gegen das deutsche Reich eine Einkreisungs- und Erdrosselungspolitik nicht wieder betrieben werden kann.

3. Gleichwie in Europa muß auch auf überseeischen Gebieten eine erhebliche Erweiterung der deutschen wirtschaftlichen Betätigung ermöglicht werden ...

Aus obigen drei Gesichtspunkten ergeben sich nachstehende Forderungen:

zu 1. Wir müssen suchen, in ein festes wirtschaftspolitisches Verhältnis zu den mitteleuropäischen Staaten, insbesondere zu Österreich-Ungarn und zu Holland, sodann zur Schweiz und zu den nordischen Staaten zu kommen, und den im bisherigen Rußland lebenden Deutschen den Anschluß an uns ermöglichen. In Österreich-Ungarn muß dem Deutschtum maßgebender Einfluß für absehbare Zeiten gesichert werden ...

zu 2. Die Beurteilung der Sicherstellung der deutschen Grenzen kann zunächst nur vom militärischen und marinepolitischen Standpunkte aus erfolgen. Es läßt sich aber denken, daß die Verlegung der bisherigen deutsch-französischen Grenze in eine Linie westlich der Vogesen und im allgemeinen dem Lauf der Mosel, späterhin dem der Maas folgend, den militärischen Gesichtspunkten Rechnung tragen würde. Ein Frankreich ohne nennenswerte Erz- und Kohlengrundlagen kann wirtschaftlich auf dem Weltmarkte und politisch im Rate der Großmächte nicht mehr gefährlich werden.

Die militärische Beherrschung Belgiens und gegebenenfalls die maritime der Nordküste Frankreichs würde die Deckung gegen englische Angriffe gewährleisten. Wir würden hier am Rückenmark der englischen Weltherrschaft liegen, eine Stellung – vielleicht die einzigste –, die uns die dauernde Freundschaft Englands eintragen könnte. Denn nur wenn wir England jederzeit stark schädigen können, wird es uns wirklich unbehelligt lassen, gegebenenfalls zu unserem „Freund" werden, soweit dieses eben für England überhaupt möglich ist . . .

Im Osten ist meines Wissens die Wiederherstellung eines selbständigen Polens bereits in feste Aussicht genommen; es würde sich hier zunächst darum handeln, diesem „Pufferstaat" gegenüber ein rein deutsches Grenzgebiet zu sichern, das von vornherein allen Gelüsten dieses neuen Reiches nach den ehemals polnischen, jetzt preußischen Gebietsteilen einen festen Riegel vorschöbe . . .

Eine der schwierigsten Fragen bleibt diejenige der künftigen Behandlung des bisherigen Belgien. Die Wiederherstellung eines selbständigen und neutralen Staates ist nach allem, was geschehen ist, ausgeschlossen. Gesichtspunkte unserer Sicherstellung zu Lande wie zu Wasser erheischen die Beherrschung dieser Landesteile durch das Deutsche Reich; auch rein politische Erwägungen weisen darauf hin.

Ich könnte mir denken, daß, falls Holland an uns herantritt, die Überlassung eines großen Teiles des flämischen Belgien an Holland – gegebenenfalls selbst unter Einschluß von Antwerpen – diesem Lande den Entschluß zu einer engen wirtschaftspolitischen Annäherung an Deutschland – unter Einschluß seiner Kolonien – erleichtern müßte, während dem deutschen Reiche durch die Wasserverbindung mit Rotterdam der freie Rheinausgang gesichert würde.

zu 3. Ein Zollverein mit Holland und möglicherweise mit Österreich-Ungarn, zollpolitische Vereinbarungen mit der Schweiz, den nordischen und den Balkanstaaten sollten der deutschen wirtschaftlichen Betätigung neue Tore öffnen . . .

Wir müssen . . . Hand in Hand mit der Entwicklung unserer industriellen Möglichkeiten auch eine Erweiterung der landwirtschaftlichen Grund-

lagen unseres Volkes suchen: Wir müßten uns weite Provinzen angliedern, in denen wir in großem Umfange deutsche Bauern ansiedeln könnten. Das kann nur im Osten sein ... Es muß so eingerichtet werden, daß die fremdsprachigen Bewohner der angeeigneten Gebiete keinerlei Einfluß auf unsere politischen Geschäfte, namentlich also keine Möglichkeit zur Teilnahme am Reichstagswahlrechte, erlangen. Und es muß zweitens die Zahl dieser fremdsprachigen Bewohner dadurch ausschlaggebend herabgesetzt werden, daß sie durch den Friedensvertrag in möglichst großem Umfange von dem abtretenden Lande übernommen werden und daß andererseits der abtretende Staat als Kriegsentschädigung – die man diesmal in Geld doch nicht gezahlt bekommen kann oder will – Land bzw. Kohlen- und Erzgruben, aber auch Eisen- und andere bedeutsame Großbetriebe an uns liefert, so daß deutscher Einfluß demnächst diese Gebiete beherrschen und verdeutschen kann.

Nur mit der Annahme dieser beiden leitenden Gesichtspunkte bekommt man die Hände zu wirklicher Ausnutzung eines Sieges in Europa frei ...

Wohl aber kann man das eine klare Ziel schon jetzt aufstellen, daß wir ... eines ganz großen zusammenhängenden Kolonialreiches in Afrika bedürfen, so daß wir wirklich große Pläne darin verfolgen können ...

Die Ansässigmachung von wehrpflichtigen Deutschen in Südwestafrika und den Höhen Ostafrikas, genügend ausgerüstet mit Artillerie und anderem Kriegsmaterial. Dadurch und durch die Gewinnung eines Ausgangs- und Stützpunktes im Mittelmeer als Brücke nach Afrika würde ein afrikanisches Kolonialreich so gut wie völlig zu sichern sein.

Kann man statt allzu hoher finanzieller Kriegsentschädigung noch weitere Einzelkolonien von Frankreich verlangen, so wäre wegen seines Reichtums an seltenen Erzen zunächst an Neu-Kaledonien, sodann aus seestrategischem Gesichtspunkte an eine Linie von Flottenstützpunkten und Kohlenstationen zu denken ...

Werden diese Ziele erreicht, so bestimmt sich der Fortschritt der Menschheit nach deutscher Kultur und Zivilisation; für ein solches Ziel zu kämpfen und zu siegen ist des Blutes der Edlen wert.

Zit. nach: Krupp und die Hohenzollern. Aus der Korrespondenz der Familie Krupp 1850–1916, Berlin 1956, S. 149–153.

88

Aus dem Exposé Karl Liebknechts „Im Nessusgewand der Revolution", geschrieben im August 1915

Seit dem grauen Altertum suchen Conquistadoren Brände des eigenen Landes in auswärtigen Abenteuern zu löschen, an Bränden im fremden Land ihre Siegesfackel zu entzünden. Nur der Schein eines Widerspruchs, der dennoch in die Tiefe des Problems leuchtet, des Problems vom Verhältnis innerpolitischer Gegensätze zu auswärtigen Konflikten, vom Verhältnis zwischen Krieg und Revolution.

Das erfolgreiche auswärtige Abenteuer steigert die innerpolitische Macht des Abenteurers. Eine Niederlage mag ihn Kopf und Kragen kosten.

Aber die Kriegsniederlage eines Regimes ist nur dann der Sieg des Feindes, wenn sie auch die Niederlage des Volkes ist, das in den Kriegsstrudel gezogen wurde. Vermag beim militärischen Zusammenbruch eine revolutionäre Bewegung die Zügel an sich zu reißen, so kann sie eine neue unwiderstehliche oder doch unüberwindliche kriegerische Macht bilden. Je mehr ein Land die Revolution im Leibe trägt, je gewaltiger die Volkskräfte sind, die sie zu entfesseln vermag, um so trügerischer die Hoffnung des äußeren Feindes auf ihre Fruktifizierung.

Die Geschichte aller revolutionären Epochen bestätigt dieses Paradoxon, das so lange wahr bleiben wird, bis es jenen politischen Spiritisten des 4. August gelingt, das Wahngebilde eines Krieges zur Befreiung des bekriegten Volkes zu materialisieren.

Wenn sich die revolutionär erwachten, frei erhobenen, souveränen Massen dem Eindringling mit grenzenlosem Opfermut entgegenwerfen, so mag man das echten Patriotismus preisen. Patriotismus her und hin – das ist ein Wort. Es gilt die Realitäten!

Vor dem Eroberer kapitulieren, hieße sich und seine eben errungene Macht, seine eben erkämpfte Souveränität auf Gnade und Ungnade in die Hände des siegreichen Feindes legen; hieße Unterwerfung der eigenen Freiheit unter fremde Bajonette; hieße Preisgabe, Verrat der Revolution. Sie schlagen, heißt Klassenkampf gegen die herrschenden Klassen des „feindlichen" Staats; heißt Fortsetzung der Revolution: das ist der Schlüssel.

Karl Liebknecht: Das Zuchthausurteil.
Wörtliche Wiedergabe der Prozeßakten,
Urteile und der Eingaben Karl Liebknechts,
Berlin-Wilmersdorf 1919, S. 139/140.

89

Aus einem Schreiben des preußischen Ministers des Innern an den preußischen Ministerpräsidenten Theobald von Bethmann Hollweg vom 22. Oktober 1915

Die Lage des Lebensmittelmarktes, die teils unvermindert fortbestehende, teils ständig zunehmende Steigerung der Preise für unentbehrliche Volksnahrungsmittel, bergen eine schwere innerpolitische Gefahr sowohl für die Kriegszeit selbst wie für die Zeit nach dem Kriege. Die einmütige patriotische Stimmung, mit der die gesamte Bevölkerung diesen Krieg auf sich nahm, ist im Begriff, einer empfindlichen Störung, wenn nicht völliger Zerstörung entgegenzugehen ...

Selbstverständlich ist demgegenüber mit gleichem Nachdruck zu fordern, daß die sozialdemokratischen Vertreter reiner Konsumenteninteressen mehr als bisher das ihre tun, ihre Anhängerschaft zu größerem Verständnis für die durch die gegenwärtige Kriegslage bedingte Schwierigkeit agrarischer Produktion zu erziehen ... Von den sozialdemokratischen Führern, die bei gutem Willen sehr wohl Einfluß auf die Arbeiterschaft erlangen können, ist auch seitens der Staats- und Reichsregierung ernst und mit Nachdruck zu fordern, daß sie das Proletariat auf die Pflicht ruhigen Ertragens unabänderlicher Nahrungsschwierigkeiten und unvermeidlicher Preissteigerungen hinweisen. Die sozialdemokratische Presse ist durch Zensurmaßnahmen zur Zurückhaltung zu zwingen. Die Sozialdemokratie hat Organisationen von einer Geschlossenheit und Einflußkraft wie keine andere Partei oder Interessengruppe ... Auch von der Sozialdemokratie sowie von allen ihr nahestehenden Organisationen ist zu fordern, daß sie allen ihren Einfluß aufbieten, beruhigend auf die Bevölkerung zu wirken, und daß sie die Arbeiter anhalten, mit Würde auch die schweren Pflichten auf sich zu nehmen, die die Not der Zeit fordert.

Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 243–245.

90

Aus einem Protest sozialdemokratischer Frauen Berlins in der Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses vom 29. Oktober 1915

Wir kommen im Auftrag der meisten tätigen Genossinnen Berlins und im Einverständnis mit den Berliner Genossinnen überhaupt, um dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß von der Stimmung in unseren Kreisen

und von unseren Wünschen und Forderungen direkte Mitteilung zu machen. Denn es scheint, daß die gewählten Vertreter der Berliner Genossen im Parteiausschuß ganz und gar nicht im Sinne ihrer Auftraggeber berichten, stimmen und handeln.

Es ist den Instanzen bekannt, daß hier wie anderwärts eine große Erbitterung infolge der Teuerung herrscht ...

Die Frage der Lebensmittelteuerung steht aber doch nicht isoliert da. Sie steht vielmehr in engstem Zusammenhang mit der ganzen Kriegspolitik der Regierung und kann daher nicht gelöst werden, wenn man im übrigen mit allem einverstanden ist, was die Regierung tut und was sie durch den Krieg zu erreichen gedenkt ...

Vor allem ist es notwendig, der Presse die Freiheit zu verschaffen, die zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers notwendig ist ... Der Kampf gegen die Zensur müßte ferner zum Kampf gegen alle Einschränkungen durch den Belagerungszustand erweitert werden ... Vor allem ist es notwendig, sich der spontanen Massenbewegung gegen die Teuerung zu bemächtigen, dieselbe zu organisieren und zu leiten. Sie kann so zu einer mächtigen Volksbewegung gegen die Teuerung und für Abkürzung des Krieges werden ...

Die Erfahrungen beweisen deutlich, daß der Burgfrieden nur zu einer Schwächung der Arbeiterklasse und ihrer Organisation ausgenutzt worden ist. Wir wissen, daß durch die Wiederaufnahme des Klassenkampfes unsere Stellung nur gestärkt werden kann.

Der beste Schutz gegen weitere Verteuerung ist eine rasche Beendigung des Krieges. Wir fordern deshalb von der Parteileitung, daß sie alles tue, um dieses Ende herbeizuführen ...

Wir fordern deshalb von der Parteileitung, daß sie in aller Öffentlichkeit die Annexionspläne der Regierung und des Bürgertums energisch bekämpft, daß sie dem ständig wachsenden Friedenswillen des Proletariats Ausdruck gibt.

Spartakus im Kriege.
Die illegalen Flugblätter des Spartakusbundes im Kriege.
Ges. und eingel. von Ernst Meyer, Berlin 1927, S. 66–68.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 246–248.

91

Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie, beraten auf der Reichskonferenz der Gruppe „Internationale" am 1. Januar 1916

Eine größere Anzahl von Genossen aus allen Teilen Deutschlands hat die folgenden Leitsätze angenommen, die eine Anwendung des Erfurter Programms auf die gegenwärtigen Probleme des internationalen Sozialismus darstellen.

1. Der Weltkrieg hat die Resultate der 40jährigen Arbeit des europäischen Sozialismus zunichte gemacht, indem er die Bedeutung der revolutionären Arbeiterklasse als eines politischen Machtfaktors und das moralische Prestige des Sozialismus vernichtet, die proletarische Internationale gesprengt, ihre Sektionen zum Brudermord gegeneinander geführt und die Wünsche und Hoffnungen der Volksmassen in den wichtigsten Ländern der kapitalistischen Entwicklung an das Schiff des Imperialismus gekettet hat.

2. Durch die Zustimmung zu den Kriegskrediten und die Proklamation des Burgfriedens haben die offiziellen Führer der sozialistischen Parteien in Deutschland, Frankreich und England (mit Ausnahme der Unabhängigen Arbeiterpartei) dem Imperialismus den Rücken gestärkt, die Volksmassen zum geduldigen Ertragen des Elends und der Schrecken des Krieges veranlaßt und so zur zügellosen Entfesselung der imperialistischen Raserei, zur Verlängerung des Gemetzels und zur Vermehrung seiner Opfer beigetragen, die Verantwortung für den Krieg und seine Folgen mitübernommen.

3. Diese Taktik der offiziellen Parteiinstanzen der kriegführenden Länder, in allererster Linie in Deutschland, dem bisherigen führenden Lande der Internationale, bedeutet einen Verrat an den elementarsten Grundsätzen des internationalen Sozialismus, an den Lebensinteressen der Arbeiterklasse, an allen demokratischen Interessen der Völker. Dadurch ist die sozialistische Politik auch in jenen Ländern zur Ohnmacht verurteilt worden, wo die Parteiführer ihren Pflichten treu geblieben sind: in Rußland, Serbien, Italien und – mit einer Ausnahme – Bulgarien.

4. Indem die offizielle Sozialdemokratie der führenden Länder den Klassenkampf im Kriege preisgab und auf die Zeit nach dem Kriege verschob, hat sie den herrschenden Klassen in allen Ländern Frist gewährt, ihre Positionen auf Kosten des Proletariats wirtschaftlich, politisch und moralisch ungeheuer zu stärken.

5. Der Weltkrieg dient weder der nationalen Verteidigung noch den wirtschaftlichen oder politischen Interessen irgendwelcher Volksmassen, er ist lediglich eine Ausgeburt imperialistischer Rivalitäten zwischen den

kapitalistischen Klassen verschiedener Länder um die Weltherrschaft und um das Monopol in der Aussaugung und Unterdrückung der noch nicht vom Kapital beherrschten Gebiete. In der Ära dieses entfesselten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben. Die nationalen Interessen dienen nur als Täuschungsmittel, um die arbeitenden Volksmassen ihrem Todfeind, dem Imperialismus, dienstbar zu machen.

6. Aus der Politik der imperialistischen Staaten und aus dem imperialistischen Kriege kann für keine unterdrückte Nation Freiheit und Unabhängigkeit hervorsprießen. Die kleinen Nationen, deren herrschende Klassen Anhängsel und Mitschuldige ihrer Klassengenossen in den Großstaaten sind, bilden nur Schachfiguren in dem imperialistischen Spiel der Großmächte und werden ebenso wie deren arbeitende Massen während des Krieges als Werkzeug mißbraucht, um nach dem Kriege den kapitalistischen Interessen geopfert zu werden.

7. Der heutige Weltkrieg bedeutet unter diesen Umständen bei jeder Niederlage und bei jedem Sieg eine Niederlage des Sozialismus und der Demokratie. Er treibt bei jedem Ausgang – ausgenommen die revolutionäre Intervention des internationalen Proletariats – zur Stärkung des Militarismus, der internationalen Gegensätze, der weltwirtschaftlichen Rivalitäten. Er steigert die kapitalistische Ausbeutung und die innerpolitische Reaktion, schwächt die öffentliche Kontrolle und drückt die Parlamente zu immer gehorsameren Werkzeugen des Militarismus herab. Der heutige Weltkrieg entwickelt so zugleich alle Voraussetzungen neuer Kriege.

8. Der Weltfriede kann nicht gesichert werden durch utopische oder im Grunde reaktionäre Pläne wie internationale Schiedsgerichte kapitalistischer Diplomaten, diplomatische Abmachungen über „Abrüstung", „Freiheit der Meere", Abschaffung des Seebeuterechts, „europäische Staatenbünde", „mitteleuropäische Zollvereine", nationale Pufferstaaten und dergl. Imperialismus, Militarismus und Kriege sind nicht zu beseitigen oder einzudämmen, solange die kapitalistischen Klassen unbestritten ihre Klassenherrschaft ausüben. Das einzige Mittel, ihnen erfolgreich Widerstand zu leisten, und die einzige Sicherung des Weltfriedens ist die politische Aktionsfähigkeit und der revolutionäre Wille des internationalen Proletariats, seine Macht in die Waagschale zu werfen.

9. Der Imperialismus als letzte Lebensphase und höchste Entfaltung der politischen Weltherrschaft des Kapitals ist der gemeinsame Todfeind des Proletariats aller Länder. Aber er teilt auch mit den früheren Phasen des Kapitalismus das Schicksal, die Kräfte seines Todfeindes in demselben Umfange zu stärken, wie er sich selbst entfaltet. Er beschleunigt die Konzentration des Kapitals, die Zermürbung des Mittelstandes, die Vermehrung des Proletariats, weckt den wachsenden Widerstand der Massen und führt so zur intensiven Verschärfung der Klassengegensätze. Gegen den

Imperialismus muß der proletarische Klassenkampf im Frieden wie im Krieg in erster Reihe konzentriert werden. Der Kampf gegen ihn ist für das internationale Proletariat zugleich der Kampf um die politische Macht im Staate, die entscheidende Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Das sozialistische Endziel wird von dem internationalen Proletariat nur verwirklicht, indem es gegen den Imperialismus auf der ganzen Linie Front macht und die Losung „Krieg dem Kriege" unter Aufbietung der vollen Kraft und des äußersten Opfermutes zur Richtschnur seiner praktischen Politik erhebt.

10. Zu diesem Zwecke richtet sich die Hauptaufgabe des Sozialismus heute darauf, das Proletariat aller Länder zu einer lebendigen revolutionären Macht zusammenzufassen, es durch eine starke internationale Organisation mit einheitlicher Auffassung seiner Interessen und Aufgaben, mit einheitlicher Taktik und politischer Aktionsfähigkeit im Frieden wie im Kriege zu dem entscheidenden Faktor des politischen Lebens zu machen, wozu es durch die Geschichte berufen ist.

11. Die II. Internationale ist durch den Krieg gesprengt. Ihre Unzulänglichkeit hat sich erwiesen durch ihre Unfähigkeit, einen wirksamen Damm gegen die nationale Zersplitterung im Kriege aufzurichten und eine gemeinsame Taktik und Aktion des Proletariats in allen Ländern durchzuführen.

12. Angesichts des Verrats der offiziellen Vertretungen der sozialistischen Parteien der führenden Länder an den Zielen und Interessen der Arbeiterklasse, angesichts ihrer Abschwenkung vom Boden der proletarischen Internationale auf den Boden der bürgerlich-imperialistischen Politik ist es eine Lebensnotwendigkeit für den Sozialismus, eine neue Arbeiter-Internationale zu schaffen, welche die Leitung und Zusammenfassung des revolutionären Klassenkampfes gegen den Imperialismus in allen Ländern übernimmt.

Sie muß, um ihre historische Aufgabe zu lösen, auf folgenden Grundlagen beruhen:

1. Der Klassenkampf im Innern der bürgerlichen Staaten gegen die herrschenden Klassen und die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder sind zwei unzertrennliche Lebensregeln der Arbeiterklasse in ihrem welthistorischen Befreiungskampfe. Es gibt keinen Sozialismus außerhalb der internationalen Solidarität des Proletariats, und es gibt keinen Sozialismus außerhalb des Klassenkampfes. Das sozialistische Proletariat kann weder im Frieden noch im Kriege auf Klassenkampf und auf internationale Solidarität verzichten, ohne Selbstmord zu begehen.

2. Die Klassenaktion des Proletariats aller Länder muß im Frieden wie im Kriege auf die Bekämpfung des Imperialismus und Verhinderung der Kriege als auf ihr Hauptziel gerichtet werden. Die parlamentarische

Aktion, die gewerkschaftliche Aktion wie die gesamte Tätigkeit der Arbeiterbewegung muß dem Zweck untergeordnet werden, das Proletariat in jedem Lande aufs schärfste der nationalen Bourgeoisie entgegenzustellen, den politischen und geistigen Gegensatz zwischen beiden auf Schritt und Tritt hervorzukehren sowie gleichzeitig die internationale Zusammengehörigkeit der Proletarier aller Länder in den Vordergrund zu schieben und zu betätigen.

3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. Die Internationale entscheidet im Frieden über die Taktik der nationalen Sektionen in Fragen des Militarismus, der Kolonialpolitik, der Handelspolitik, der Maifeier, ferner über die gesamte im Kriege einzuhaltende Taktik.

4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran. Nationale Sektionen, die ihren Beschlüssen zuwiderhandeln, stellen sich außerhalb der Internationale.

5. In den Kämpfen gegen den Imperialismus und den Krieg kann die entscheidende Macht nur von den kompakten Massen des Proletariats aller Länder eingesetzt werden. Das Hauptaugenmerk der Taktik der nationalen Sektionen ist somit darauf zu richten, die breiten Massen zur politischen Aktionsfähigkeit und zur entschlossenen Initiative zu erziehen, den internationalen Zusammenhang der Massenaktion zu sichern, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen so auszubauen, daß durch ihre Vermittlung jederzeit das rasche und tatkräftige Zusammenwirken aller Sektionen gewährleistet und der Wille der Internationale so zur Tat der breitesten Arbeitermassen aller Länder wird.

6. Die nächste Aufgabe des Sozialismus ist die geistige Befreiung des Proletariats von der Vormundschaft der Bourgeoisie, die sich in dem Einfluß der nationalistischen Ideologie äußert. Die nationalen Sektionen haben ihre Agitation in den Parlamenten wie in der Presse dahin zu richten, die überlieferte Phraseologie des Nationalismus als bürgerliches Herrschaftsinstrument zu denunzieren. Die einzige Verteidigung aller wirklichen nationalen Freiheit ist heute der revolutionäre Klassenkampf gegen den Imperialismus. Das Vaterland der Proletarier, dessen Verteidigung alles andere untergeordnet werden muß, ist die sozialistische Internationale.

Spartakusbriefe,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 113–117.

92

Aus der Rede Karl Liebknechts auf der Reichskonferenz der Spartakusgruppe am 19. März 1916

Die Internationale ist zusammengebrochen. Weshalb? Weil die einzelnen Sektionen zusammengebrochen sind. In erster Linie die deutsche. Es ist zusammengebrochen die grundsätzliche Haltung der deutschen Sozialdemokratie. Die Führer haben die Prinzipien verraten. Aber auch die Masse hat versagt. Die ganze Organisation hat die Massen zu hilflosen Haufen gemacht, die ohne Leithammel nicht auskommen. In dem Zusammenbruch der deutschen Partei sind auch die ganzen Fehler klargeworden. Resümee aus den Sünden der Vergangenheit der Partei ... Daraus ergeben sich für uns die Konsequenzen.

Wir haben uns zunächst klarzumachen, daß die Aktionsfähigkeit einer Partei nicht in irgendeiner Weise von der Zahlengröße ihrer Anhänger abhängig ist, sondern daß sie im Verhältnis steht zu dem Maß an Übereinstimmung der Gedanken, der prinzipiellen Auffassung, der taktischen Bestrebungen und im direkten Verhältnis zu der Energie, dem festen Willen, die den Massen selbst anerzogen sind. Daraus erkennen wir unsere Aufgabe für die weitere Zukunft.

Die Schwäche unserer Partei liegt darin, daß man immer fünf hat gerade sein lassen. Einigkeit war die Hauptsache, und faktisch war es nichts weiter als der tiefste Krebsschaden. Das Brandmal der Schwäche war diese Einigkeit und nicht ein Anlaß zum Triumph. Daraus müssen wir entnehmen, die Pflicht in den Vordergrund der Aufgaben zu stellen, die scharfe Klärung der Grundsätze, daß sie nicht von Autoritätsglauben erfüllt einzelnen folgt, sondern jeder einzelne selbst denkt, selbst überlegt und selbst handelt aus eigenem Entschluß ...

Die Klarheit der Grundsätze ist nicht das einzige. Es bedarf der Klarheit auch für uns darüber, wie wir diese Grundsätze im einzelnen anzuwenden haben, und da ergibt sich, daß wir dieselben Fragen zu beantworten haben in Deutschland wie in bezug auf Zimmerwald. Sie haben sich bereits darauf festgelegt. 1. Frage der Landesverteidigung. Nur mit diesen können wir zusammenarbeiten. Wie steht es in Deutschland. Deutschland ist doch nur ein Teil der Internationale. Es kann nicht anders sein, als daß für Deutschland auch dieselben Grundsätze gelten, dieselben Scheidelinien gelten. Daraus ergibt sich für uns sofort, daß wir mit Leuten, die auf dem Boden der Landesverteidigung stehen, nicht zusammenarbeiten können ... Es ergibt sich also die Notwendigkeit eines Schnittes ...

Der Stuttgarter Kongreß hat uns zur Aufgabe gemacht, wenn der Krieg doch ausgebrochen ist, die sich im Krieg entwickelnden Verhältnisse aus-

zunutzen, um das Proletariat auszunutzen, für den Frieden zu kämpfen und die bürgerliche Gesellschaft zu erschüttern. Man kann nicht in der Dunkelkammer die Politik gegen den Krieg machen. Wir müssen ihn bei jeder Gelegenheit führen. Wir haben wenig Gelegenheit. Wir müssen durch geheime Zusammenkünfte usw. wirken. Im Parlament gilt es zunächst, die Gelegenheit auszunutzen. Wenn man später einmal die Geschichte der Fraktionen liest, wird man sich schämen, daß so wenige sich als Organe der Massen auch in dieser Zeit bewährt haben.

Die Kleinen Anfragen! Wer hat mit gehindert? Ledebour. Man will keine Konflikte mit der Fraktionsmehrheit. Einen Burschen wie Noske und Heine züchtigen und peitschen, daran hindert uns die Opposition. Die Tat vom 21. 12. usw. und die Erklärung. Es könnte aus der Aktion etwas werden, wenn sich daran geknüpft hätte ein energischer Kampf. Es ist vollkommen klar, daß diese Halbheit, daß diese Schwäche in bezug auf die Prinzipien die Taktik gegenüber dieser Opposition so bedenklich wie möglich machen muß. Wir dürfen mit diesen Leuten nicht zusammenarbeiten, da sie uns erdrücken würden. Es ist im Interesse der gesunden Entwicklung der Partei notwendig, daß wir unseren geraden Weg gehen, selbst auf die Gefahr hin, daß wir vorübergehend unter den Schlitten kommen sollten.

Was hat unsere gesamte Taktik gegenwärtig zu bestimmen? Der Krieg ist der schärfste Ausdruck der Klassenherrschaft und des Imperialismus ... Danach ist unsere Taktik vollkommen eindeutig und klar. Schärfster Kampf.

Aber nicht nur an die Parteigenossen, sondern an alle Indifferenten müssen wir uns wenden. In welcher Form denken wir uns die Einwirkung nach dem Stuttgarter Kongreß? Massenaktionen ... Es ist die besondere Aufgabe von uns, aufrüttelnd auf die Massen zu wirken. Es ist nicht das wichtigste, Scheidemann oder andere abzusägen. Es handelt sich um etwas ganz anderes. Unsere Parole ist: Klärung der Massen nach unseren Grundsätzen, sie zu Aktionen erziehen, Aktionen, die vorhanden sind, zu unterstützen und so die gegenwärtige Epoche zu einer revolutionären zu gestalten. Aus einer Konterrevolution wäre eine revolutionäre Aktion zu machen.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, Fonds Wilhelm Pieck, NL 36.
Heinz Wohlgemuth: Burgkrieg, nicht Burgfriede!,
Berlin 1963, S. 295–297.

93

Aus einem Bericht über Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins Braunschweig im April 1916

Der Sozialdemokratische Verein in Braunschweig erörterte in zwei Versammlungen die Vorgänge in der Partei. Folgende Resolution wurde mit großer Mehrheit gegen 21 Stimmen angenommen:

1. In der Ausschließung Liebknechts, Rühles und der 18 Genossen der Fraktionsgemeinschaft durch die Mehrheit der Reichstagsfraktion ... erblickt die Mitgliederversammlung die Verwandlung der Fraktionsmehrheit und der Vorstandsmehrheit in willfährige Handlanger des Imperialismus und der herrschenden Klassen.

2. Es ist die Pflicht aller noch auf dem Boden des Sozialismus stehenden Parteigenossen, die Partei für den Sozialismus, für den grundsätzlichen Klassenkampf zur Beendigung des Völkermordens, für die Wiederherstellung der proletarischen Internationale von unten auf zurückzuerobern.

3. Von der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft und den übrigen Mitgliedern der Minderheit verlangt die Versammlung:

a) daß sie in Zukunft alle Kriegskredite ohne Rücksicht auf die militärische Situation unter grundsätzlicher sozialistischer Begründung ablehnen;

b) daß sie der Regierung des Belagerungszustands und des Weltkrieges jegliche wie auch immer gearteten Steuern verweigern;

c) daß sie sämtliche Mittel der parlamentarischen Geschäftsordnung zur ständigen Bekämpfung der imperialistischen Parteien, zur Aufrüttelung der Volksmassen ausnutzen.

Leipziger Volkszeitung,
25. April 1916.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 346.

94

Resolution der illegalen Konferenz der oppositionellen sozialistischen Jugend in Jena am 23./24. April 1916

I

Die Tendenz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Ausbeutung auch des jugendlichen Proletariats zu steigern, hat sich im Weltkrieg gewaltig verschärft. Diese Verschärfung erstreckt sich sowohl auf die unmittelbar wirtschaftliche Ausbeutung im kapitalistischen Betriebe wie

auf die militärische Ausbeutung als Kanonenfutter im Krieg und in der Ausbildung dazu (militärische Jugenderziehung usw.). Hand in Hand damit geht eine Verstärkung des politischen Druckes auf die Arbeiterjugend, eine Bedrohung und teilweise Entziehung ihrer elementarsten Rechte (Beschränkung der Freizügigkeit, Sparzwang, der der Arbeiterjugend und ihren Angehörigen die sauer verdienten Groschen für die Kriegsanleihen abpreßt usw.). Diese Umstände, die die klassengesellschaftliche Folge einer rapide erhöhten Bedeutung der Arbeiterjugend für die kapitalistische Gesellschaftsordnung darstellen, peitschen die Arbeiterjugend zur verschärften Beteiligung am wirtschaftlichen und politischen und besonders am antimilitaristischen Klassenkampf.

In voller Würdigung der verschiedenen Formen, in denen sie ihre Aufgabe in den verschiedenen Altersklassen der proletarischen Jugend zu erfüllen hat, ist es die geschichtliche Mission der Arbeiterjugend, in der allgemeinen sozialistischen Bewegung die besonderen Klasseninteressen der proletarischen Jugend zu verfechten, durch Erziehung der Arbeiterjugend zum Klassenbewußtsein und zur ökonomischen und politischen Aktionsbereitschaft und durch Mitwirkung bei der sozialistischen Propaganda in den arbeitenden Massen die Gesamtbewegung der Arbeiterklasse zu fördern und an ihren Aktionen teilzunehmen, wo immer die Möglichkeit vorliegt.

Die deutsche Jugendkonferenz bekennt sich heute während des Weltkrieges mit besonderem Nachdruck zum Antimilitarismus im Sinne der Beschlüsse der internationalen Jugendkonferenzen von Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910), Bern (1915). Heute, während des Weltkrieges, ist es die vornehmste Aufgabe auch der proletarischen Jugendbewegung, mit allen Kräften und Mitteln den Krieg zu bekämpfen und die durch ihn geschaffenen Verhältnisse auszunutzen, um den Zusammenbruch der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.

Scharfe Abgrenzung gegen alle opportunistischen Neigungen in Prinzip, Taktik und Aktion, auch wo sie unter der Flagge der Opposition gegen die offizielle Instanzenpolitik segeln, und dauernde scharfe Kritik aller Unentschiedenheit und Halbheit ist dringend geboten. Die Konferenz verwirft alle Bestrebungen, die darauf abzielen, unter Verwischung oder Zurückstellung wesentlicher Gegensätze, auf Grund einer unklaren Parole möglichst schnell eine große Anhängerschaft zu sammeln, auf die in entscheidenden Momenten kein Verlaß wäre. Erst Klarheit und dann Mehrheit! Keine Sammlung ohne Einheit der Anschauungen!

Die Konferenz betrachtet es als dringendes Erfordernis der proletarischen Bewegung, alle ernsten prinzipiellen und taktischen Differenzen auch zwischen den verschiedenen Richtungen der Opposition vor die proletarischen Massen zu tragen, um in Verwirklichung des demokratischen Wesens der Organisation und zur Förderung der Aktionsfähigkeit und

Initiative der Massen die Entscheidung auch darüber in die Hände der Massen zu legen.

Die Konferenz verwirft die Verwirrungsphrase von der Landesverteidigungspflicht und die Lüge von der nationalen Klassenharmonie während des Krieges und stellt die Pflicht zur internationalen Solidarität und zum Klassenkampf vor alle anderen Pflichten.

Sie erklärt es für die Schuldigkeit jedes klassenbewußten Arbeiters, alles zu tun, um die Macht des Klassenstaates und der herrschenden Klassen zu untergraben, jede Unterstützung für den Krieg unter grundsätzlicher sozialistischer Begründung zu verwerfen, den parlamentarischen Burgfrieden zu zerstören, der Politik des 4. August, die die arbeitenden Massen dem Imperialismus ausliefert, rücksichtslose Offensive entgegenzusetzen, die Parteiinstanzen, die die heiligsten Grundsätze des Sozialismus seit Jahr und Tag mit Füßen treten und die Organisation der Partei durch Staatsstreich auf Staatsstreich in Scherben schlagen, unerbittlich als Verräter und Usurpatoren ihrer Ämter und Mandate öffentlich zu entlarven, so den Parteikonflikt zuzuspitzen und zur raschen und gründlichen Entscheidung zu treiben.

Sie spricht den offiziellen Instanzen der deutschen Jugendbewegung, die sich der Verräterpolitik des Parteivorstandes und der Generalkommission verschrieben haben, jedes Recht zur Vertretung der Arbeiterjugend ab und sagt auch ihnen die schroffste Fehde an.

Sie fordert die Jugendgenossen auf, auch an ihrem Teil dahin zu wirken, daß die Arbeiterorganisationen den pflichtvergessenen Partei- und Gewerkschaftsinstanzen jede Unterstützung versagen und die Mittel sperren, um alle Kraft und alle Mittel den sozialistischen Aufgaben zuzuführen.

II

Die rücksichtslose und vollkommene Verselbständigung, die Befreiung von aller Bevormundung, die organisatorische Loslösung von den von Partei und Gewerkschaften abhängigen offiziellen Jugendinstanzen ist eine Lebensfrage für die proletarische Jugendbewegung. Die deutsche Jugendkonferenz ersucht die Jugendgenossen, diese Forderung ohne Verzug durchzuführen, die „Arbeiter-Jugend" zu boykottieren und alles aufzubieten, um schleunigst ein eigenes Jugendorgan zu schaffen.

Die heute eingesetzte provisorische Zentrale hat die Aufgabe, die Verbindung zwischen den einzelnen Teilen der freien Jugendbewegung herzustellen und zu befestigen, sie über alle wichtigen Vorgänge zu unterrichten und mit Material zu versorgen, die Verselbständigung immer weiterer Teile der Jugendbewegung zu propagieren, auf die Ausführung des Beschlusses über die Aufgaben der sozialistischen Jugendbewegung zu dringen, gemeinsame politische und wirtschaftliche Aktionen der prole-

tarischen Jugend, vor allem im Kampf gegen den Krieg, anzuregen und vorzubereiten, dazu mit den Erwachsenen Fühlung zu nehmen, die internationalen Beziehungen aufrechtzuerhalten und zu entfalten. Sie erhält die besondere Anweisung zur baldigen Einberufung einer neuen deutschen Jugendkonferenz, der sie Rechenschaft abzulegen hat.

III

Die Internationale der Arbeiterjugend besteht ebensowenig wie die Internationale der Arbeiterklasse überhaupt aus organisatorischen Einrichtungen und Instanzen, sondern aus den im gleichen sozialistischen Geist verbundenen und wirkenden Proletariern aller Länder, die dem internationalen Klassenkampf treu geblieben sind, die die Verwirrungsphrase von der Landesverteidigungspflicht und die Lüge von der nationalen Klassenharmonie während des Krieges verwerfen und die Pflichten der internationalen Solidarität und des Klassenkampfes allen anderen Pflichten voranstellen.

Sie entfaltet sich während des Krieges im antimilitaristischen Kampf, im internationalen Klassenkampf gegen den Krieg, den die Jugend des Proletariats als Teil der proletarischen Gesamtbewegung zu führen hat.

Die deutsche Jugendkonferenz bestätigt den Anschluß der deutschen Arbeiterjugendbewegung an das internationale Jugendsekretariat.

Sie begrüßt die Gesinnungsgenossen der anderen Länder, besonders in Belgien, Frankreich, England, Rußland und den Balkanländern, in brüderlicher Herzlichkeit und ruft sie auf, im gemeinsamen Kampf gegen den Krieg alle Kräfte einzusetzen.

IV

Die Konferenz fordert die Delegierten auf, alles zu tun, damit in ihren Wirkungskreisen eine wirksame öffentliche Maidemonstration veranstaltet wird, und zwar so, daß der Gedanke der Maifeier als Friedensdemonstration klar zutage tritt.

Es lebe die proletarische Jugendinternationale!

Es lebe der Klassenkampf, der internationale Klassenkampf gegen den Krieg!

Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiterklasse!

Nieder mit dem Imperialismus!

Ein Ende dem Völkermord!

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, Fonds Karl Liebknecht, NL 1 II–Cc/1, Bl. 5–10.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 362–365.

95

Aus einem Bericht der Polizeidirektion Bremen vom 5. Juli 1916

Am Montag, dem 26. Juni 1916, waren in der westlichen Vorstadt vereinzelt Flugblätter aufgefunden worden, die ihrem Inhalte nach stark aufreizend waren, auf die bevorstehende Militärgerichtsverhandlung gegen den Reichstagsabgeordneten Liebknecht hinwiesen und zu Massenkundgebungen für den Abend des 26. Juni aufforderten.

Während an diesem Abend in der östlichen und südlichen Vorstadt sowie im Schwachhauser- und Parkviertel keinerlei Ansammlungen und Kundgebungen bemerkt wurden, versuchten wiederholt große Trupps (von je 4–500 Personen) unter Hochrufen auf Liebknecht von der Doventorsvorstadt in das Stadtinnere zu gelangen ... Die Teilnehmer bestanden in der Mehrzahl aus halbwüchsigen Personen beiderlei Geschlechts und auch aus Kindern in größerer Zahl ...

In der Nacht vom 28. zum 29. Juni war durch massenhafte Verbreitung von Flugzetteln in allen Stadtteilen zu Massenkundgebungen aufgefordert worden.

Ursache war die inzwischen bekannt gewordene Verurteilung Liebknechts.

Donnerstag, den 29. Juni, gegen 9 Uhr abends, wurde festgestellt, daß auf den Straßenbahnwagen der Linie 2 – Gröpelingen, Aktiengesellschaft Weser, Sebaldsbrück – auffällig viele Arbeiter fuhren. Beim Anhalten der Wagen wurde festgestellt, daß die Insassen – durchweg Arbeiter – alle dem einen Ziel, dem Stadtinnern zustrebten. Die Wagen wurden hierauf schon unterwegs geräumt. Es war aber trotzdem vielen Personen gelungen, nach dem Stadtinnern zu gelangen. Das Ziel – der Marktplatz – wurde von ihnen nicht erreicht.

Zwischen 10 und 11½ Uhr abends traten an verschiedenen Punkten in der Stadt ... wiederholt größere Menschenmassen auf. Es wurden dabei Hochrufe auf Liebknecht, auf den Generalstreik, Rufe: „Nieder mit der Regierung. Nieder mit dem Krieg, Bluthunde" laut ...

Am Sonnabend und Sonntag erhielt die Polizei von verschiedenen Seiten die Meldung, daß für Montag, den 3. Juli, bei der Aktiengesellschaft „Weser", den Atlas-Werken, der Norddeutschen Hütte und der Holzindustrie von Krages ein Sympathiestreik für Liebknecht beabsichtigt sei. Einige Tage vorher hatten die Gewerkschaften bei dem Arbeitgeberverbande Forderungen auf Lohnerhöhung gestellt ... Trotz der durchaus korrekten Haltung der Gewerkschaftsführer ist es aber einer kleinen Gruppe von Hetzern gelungen, bei einem Teil der Arbeiter einen Streik herbeizuführen. Zwar ist bei den Atlaswerken, der Norddeutschen Hütte und der Holzindustrie Krages die Arbeit in unveränderter Weise fort-

gesetzt worden; dagegen ist bei der Aktiengesellschaft „Weser" am 3. und 4. Juli von einem Teil der Arbeiter gestreikt worden. Die politischen Motive der Anstifter und die Absicht einer Demonstration für Liebknecht sind dabei mehr in den Hintergrund getreten, wenigstens ist nach außen die Frage des Lohns und der Lebensmittel hervorgekehrt, wahrscheinlich, weil für einen rein politischen Streik doch nur verhältnismäßig wenige Arbeiter zu haben gewesen wären. Im einzelnen verlief der Streik folgendermaßen:

Am Montag, dem 3. Juli, gegen $10^1/_2$ Uhr vormittags, legten 50 Schiffbauer der Aktiengesellschaft Weser die Arbeit nieder und verließen die Werft. Denselben schlossen sich nach und nach einzelne andere Betriebe der Werft an, so daß bis Mittag etwa 500 Mann ausständig waren. Nachmittags nahm die Arbeitsniederlegung an Umfang zu; ein Betrieb nach dem anderen verließ die Werft. Die Zahl der Ausständigen mag dann 1000–1200 Personen von der Gesamtzahl der 6900 Arbeiter betragen haben ...

Dienstag, den 4. Juli, war die Zahl der Streikenden weiter angewachsen; es soll über die Hälfte der Arbeiter der Werft, nach einer Schätzung sogar 4000–4500 Mann, gestreikt haben. Die Streikenden wählten eine Kommission zur Verhandlung mit der Werftdirektion. Durch das Eingreifen des am 4. Juli morgens in Bremen eingetroffenen Vertreters des stellvertretenden Generalkommandos in Altona ist es nach längeren Verhandlungen gelungen, die Arbeiter zu bestimmen, Mittwoch, den 5. Juli früh, die Arbeit wieder aufzunehmen; die Werftleitung hatte in einigen Nebenpunkten entgegenkommende Zusagen gegeben und zugesichert, daß sie in der Versammlung des Arbeitgeberverbandes für eine Lohnerhöhung eintreten würde; auch sollten zwei Mitglieder der Arbeiterkommission für die Beratungen des Arbeitgeberverbandes nach Hamburg fahren; bis zur endgültigen Erledigung der Lohnfrage sollten keine Überstunden gemacht werden ...

Die Polizeidirektion hat den Eindruck, daß nicht nur die Gewerkschaftsführer, sondern zur Zeit auch noch die große Mehrheit der bremischen Arbeiter derartige Streiks und die in den Flugblättern betriebene politische Verhetzung ablehnen, daß es aber der kleinen Gruppe von Hetzern, die der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft oder der Richtung des Reichstagsabgeordneten Liebknecht angehören, unter Ausnutzung der durch den Krieg geschaffenen schwierigen Lage, insbesondere der Lebensmittelknappheit, durch systematische, andauernde Agitation nach und nach gelingen wird, immer größere Kreise der bremischen Arbeiterschaft, vor allem auch der Kriegerfrauen und der jugendlichen Arbeiter, zu sich herüberzuziehen, wenn dem Treiben dieser Agitatoren nicht mit Entschiedenheit entgegengetreten wird. Besonders schwierig ist die Lage

in Bremen dadurch, daß das in allen hiesigen Arbeiterkreisen weit verbreitete sozialdemokratische Blatt, die „Bremer Bürger-Zeitung", ganz im Sinne der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft geleitet wird, ja, daß den maßgebenden Einfluß auf die „Bremer Bürger-Zeitung" neben dem bremischen Reichstagsabgeordneten Henke Männer haben, die eigentlich noch weiter links stehen als die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft. Während des Streiks bei der Aktiengesellschaft „Weser" hat einer dieser bei der „Bremer Bürger-Zeitung" maßgebenden Männer, der Kernmacher Buchholz, Vorsitzer der Zeitungskommission, ein unerhört aufreizendes Flugblatt „Nieder mit dem Kriege" verteilt ...

Fast durchweg handelt es sich dabei um Schriften und Flugblätter der Richtung Liebknechts und der äußersten Linken. Es ist bezeichnend, daß dieser Buchholz eine hervorragende Rolle bei der „Bremer Bürger-Zeitung" spielt. Infolge der militärischen Zensur hat sich die „Bremer Bürger-Zeitung", die sich im Frieden durch einen besonders hetzerischen Ton ausgezeichnet hat, während des Krieges eine gewisse Zurückhaltung auferlegt; die hinter ihr stehenden Hetzer der äußersten Linken bringen es aber trotzdem fertig, in versteckter Weise, vielfach in Berichten über die Arbeiterbewegung anderer Länder, zum Beispiel Norwegens, höchst aufreizende Bemerkungen einfließen zu lassen. Dadurch wird der Boden für die im geheimen durch Flugblätter und mündliche Bearbeitung getriebene Agitation der äußersten Linken vorbereitet. Die Ansammlungen und Demonstrationen der letzten Wochen, die schließlich in dem Streik bei der Aktiengesellschaft „Weser" ihren Höhepunkt erreicht haben, zeigen, wie eine anfangs auf ganz kleine Kreise beschränkte Bewegung durch nachhaltige, geschickte Agitation um sich greifen und schließlich auch auf an sich gemäßigte Elemente der Arbeiterschaft überspringen kann ... So ist es gekommen, daß der Streik gegen den Willen der Gewerkschaftsführer einen erheblichen Teil der Gewerkschaftler ergreifen konnte. Die Bewegung hatte schließlich einen Punkt erreicht, in dem die Gewerkschaftsführer ihre Leute nicht mehr in der Hand hatten. Die Polizeidirektion führt diese bedauerliche Erscheinung im wesentlichen auf den bezeichneten kleinen Kreis von Hetzern zurück und auf die Haltung der „Bremer Bürger-Zeitung", die, anstatt zu beruhigen und aufzuklären, alles benutzt, um, offen oder versteckt, die Unzufriedenheit zu schüren.

Museum für Deutsche Geschichte, Berlin,
Inv. Nr. D 63/763.

96

Aus der Schrift Konrad Haenischs „Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege", veröffentlicht im Jahre 1916

Mögen Brotkarten und Milchkarten, Fettkarten und Höchstpreise aller Art, mögen Einrichtungen wie die riesige Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums . . ., mögen die zentralen und lokalen Preisbestimmungskommissionen noch so ausschließlich im Interesse der siegreichen Durchführung dieses Krieges ins Leben gerufen sein, und mag man an ihrer Wirksamkeit mit vollem Rechte noch so vieles auszusetzen haben: es gehört doch eine unglaubliche Engstirnigkeit dazu, in dem allen nicht zum mindesten Meilensteine auf dem Wege zum Sozialismus zu erkennen! Die Anarchie des privatkapitalistischen Erzeugungs- und Verteilungssystems, die ganze unorganisierte Produktion von Waren für einen unbekannten und unbestimmten Markt: Das alles hat in den Stürmen und Wettern dieses Weltkrieges schmählich bankrott gemacht. Und die Ironie der Geschichte hat es gefügt, daß gerade die ausgesprochensten Vertreter des bürgerlichen Herrschaftssystems, die Militärbehörden, die ersten sein mußten, die in der Not der Stunde zu Maßnahmen gezwungen waren, die ganz dem Arsenal der sozialistischen Gedankenwelt entstammten . . .

Denn das ist das weitaus Wichtigste, aber leider noch keineswegs überall in seiner ungeheuren Bedeutung Erkannte in diesem Weltkrieg: Die grandiose Dialektik der Geschichte hat es so gefügt, daß das in aller Welt als reaktionär verschrieene Deutschland in diesem Kriege die Sache des großen historischen Fortschritts vertritt, während das überall als freiester Staat der Welt gepriesene England, genau wie in den Tagen der Napoleonischen Kriege, die Sache des historischen Rückschritts führt. England vertritt in diesem Kriege durchaus das reaktionäre, Deutschland aber das revolutionäre Prinzip! . . .

Von welcher Seite her man also auch die Dinge betrachten mag . . .: immer ergibt sich, daß auf der Seite Deutschlands in diesem Kriege das einzige Recht steht, das vor dem Richterstuhle der Geschichte Gehör finden wird: das Recht des historischen Fortschritts!

Konrad Haenisch: Die deutsche Sozialdemokratie
in und nach dem Weltkriege,
Berlin 1916, S. 128, 130/131.

Soll die Partei als Regierungspartei fungieren oder als Oppositionspartei?

Wenn das Auskämpfen dieses Gegensatzes mitunter unangenehme Formen angenommen hat, so liegt das, abgesehn von der Erregung durch die Leiden des Krieges, nicht daran, daß es an einer Aussprache in geschlossenem Zirkel fehlt, sondern daran, daß die Aussprache vor den Massen für die eine Seite unmöglich ist. Diese Aussprache wäre notwendig, sie ist aber heute nicht zu erreichen.

Diese Leiden erzeugen rasch wachsende Erbitterung und Verbitterung und damit das Wachsen dessen, was man „Radikalismus" nennt. Man kann noch nicht sagen, ob hinter der Opposition heute schon die Mehrheit der Partei steht. Sicher aber ist es, eine ganze Anzahl Symptome bezeugt es, daß sie (die Opposition) rasch wächst. Die Frage ist nicht mehr die, ob die Opposition, sondern welche Art der Opposition siegen wird, jene, die die Partei sprengen, oder jene, die innerhalb der Partei zur Mehrheit werden will.

Die Gefahr, die von der Spartakusgruppe droht, ist eine große. Ihr Radikalismus entspricht den augenblicklichen Bedürfnissen der breiten, ungeschulten Massen. Liebknecht ist heute der populärste Mann in den Schützengräben, das wird von allen übereinstimmend versichert, die von dort kommen. Die unzufriedenen Massen verstehn nichts von seiner besonderen Politik, aber sie sehn in ihm den Mann, der für das Ende des Krieges wirkt, und das ist ihnen jetzt die Hauptsache.

Den Spartakusleuten erscheint der Prozeß des Wachsens der Opposition innerhalb der Partei jedoch zu langsam – Geduld war nie ihre Tugend. Sie wollen aus der Partei heraus. Das ist vielen Leuten von rechts sehr gelegen, namentlich der Generalkommission und ihrem Anhängsel, dem Parteivorstand. Auch sie möchten, daß die Opposition jetzt aus der Partei hinausgedrängt wird, solange sie noch nicht die Mehrheit hat. Die Generalkommission ist dabei der drängende, entschiedene Teil, der Parteivorstand der unentschiedene, gedrängte, der von der Konsequenz des eigenen Tuns zurückschreckt.

So sonderbar es Dir erscheinen mag, die Arbeitsgemeinschaft ist gegenüber diesen beiden Extremen das Band, das die Partei tatsächlich noch zusammenhält. Hätte sie sich nicht gebildet, wäre Berlin von den Spartakusleuten erobert und stünde außerhalb der Partei. Anderseits, wäre die Linke der Fraktion schon vor einem Jahr selbständig aufgetreten, wie ich wünschte, dann hätte die Spartakusgruppe überhaupt keine Bedeutung gewonnen.

Anderseits hätte sich ohne die Arbeitsgemeinschaft die Mehrheit der Fraktion viel weiter von den David, Lensch, Legien nach rechts treiben lassen, als dies der Fall war. Wir sind das Zentrum, von dessen Größe es abhängt, ob es ihm gelingt, die zentrifugalen Kräfte von rechts und links zu überwinden. Das aber hängt wieder ab von dem Einfluß, den wir auf die Massen gewinnen, und nicht von Aussprachen in Konferenzen mit Leuten, mit denen man sich schon x-mal ausgesprochen hat.

Victor Adler: Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky.
Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler,
Wien 1954, S. 630/631.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 430/431.

98

Aus einem Schreiben des preußischen Innenministers an den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg vom 22. Oktober 1916

Im Hinblick auf die während der Geltung des Belagerungszustandes ungemindert fortbestehende parlamentarische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und der preußischen Minister konnte eine weitgehende behördliche Teilung der Handhabung des Belagerungszustandes, der den Charakter einer Militärdiktatur hat, auch nicht als wünschenswert erscheinen ... Das Gesetz hat seine besondere Bedeutung eben darin, daß es der Rechtskontrolle entbehrt und den Begriff der Verantwortlichkeit nur gelten läßt als den einer militärisch-dienstlichen Verantwortung gegenüber dem Obersten Kriegsherrn. Ich darf annehmen, daß auch Eure Exzellenz entschlossen sind, an dem bisherigen Charakter des Gesetzes unbedingt festzuhalten, da es dem Staat im Kriegsfalle sowohl wie in Fällen innerer Unruhen mit der Möglichkeit der Verhängung der Militärdiktatur ein unentbehrliches Mittel zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Händen läßt ...

Deutsches Zentralarchiv, Potsdam,
Reichsamt des Innern, Nr. 12217, Bl. 412–416.



Einflußsphären imperialistischer Staaten

- Großbritannien
- Frankreich
- USA
- Japan
- Deutschland
- Russisches Reich

Zahlenerklärung

1 Haïti, 1804 unabh.
2 Franz.-Somaliland, 1862/87
3 Basutoland, 1868 brit. Prot.
4 Betschuanaland, 1885 brit. Prot.
5 Tannu-Tuwa, 1914 russ. Prot.
6 Port Arthur, 1898 russ., 1905 japan.
7 Weheiwe, 1898 brit.
8 Djiaudschou (Kioutschou), 1898 deutsch
9 Macao, port.
10 Gouangdschouwan, 1898 franz.
11 Tschandarnagar, franz.

99

Aus dem „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst" vom 5. Dezember 1916

§ 1

Jeder männliche Deutsche vom vollendeten siebzehnten bis zum vollendeten sechzigsten Lebensjahr ist, soweit er nicht zum Dienste in der bewaffneten Macht einberufen ist, zum vaterländischen Hilfsdienst während des Krieges verpflichtet.

§ 2

Als im vaterländischen Hilfsdienst tätig gelten alle Personen, die bei Behörden, behördlichen Einrichtungen, in der Kriegsindustrie, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Krankenpflege, in kriegswirtschaftlichen Organisationen aller Art oder in sonstigen Berufen oder Betrieben, die für Zwecke der Kriegführung oder der Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben, beschäftigt sind, soweit die Zahl dieser Personen das Bedürfnis nicht übersteigt.

Hilfsdienstpflichtige, die vor dem 1. August 1916 in einem land- und forstwirtschaftlichen Betriebe tätig waren, dürfen aus diesem Berufe nicht zum Zwecke der Überweisung in eine andere Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst herausgezogen werden.

§ 7

Die nicht im Sinne des § 2 beschäftigten Hilfsdienstpflichtigen können jederzeit zum vaterländischen Hilfsdienst herangezogen werden.

Die Heranziehung erfolgt in der Regel zunächst durch eine Aufforderung zur freiwilligen Meldung ... Wird dieser Aufforderung nicht in ausreichendem Maße entsprochen, so wird der einzelne Hilfsdienstpflichtige durch besondere schriftliche Aufforderung eines Ausschusses herangezogen ...

Jeder, dem die besondere schriftliche Aufforderung zugegangen ist, hat bei einer der nach § 2 in Frage kommenden Stellen Arbeit zu suchen. Soweit hierdurch eine Beschäftigung binnen zwei Wochen nach Zustellung der Aufforderung nicht herbeigeführt wird, findet die Überweisung zu einer Beschäftigung durch den Ausschuß statt.

Reichsgesetzblatt,
1916, Nr. 276, S. 1333 u. 1335.

100

Aus dem Aufruf des „Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden" vom 19. Januar 1917

Dieser Krieg muß dem deutschen Volke durch Erweiterung seines Machtbereichs die Sicherheit für friedliche äußere und innere Entwicklung schaffen, die dem Wert und der Bedeutung seiner geistigen und materiellen Kräfte entspricht.

Solche Sicherheit kann nur gewonnen werden

1. durch einen stärkeren Schutz und eine günstigere Gestaltung unserer Grenzen im Osten und Westen;

2. durch eine bedeutende Erweiterung unserer landwirtschaftlich bebauten Fläche im Osten . . .;

3. durch die Erwerbung derjenigen feindlichen Grenzgebiete, die durch ihre Bodenschätze unserem Volke die notwendige wirtschaftliche Stärke und die dauernde Verfügung über die für die Kriegführung unentbehrlichen Erze und Kohlen sichern;

4. durch den Besitz der flandrischen Küste . . .;

5. durch politische, wirtschaftliche und militärische Oberleitung von Belgien und Polen . . .;

6. durch einen Kolonialbesitz, der imstande ist, unserer Industrie und Landwirtschaft die Rohprodukte zuzuführen, unsere Erzeugnisse aufzunehmen, unsere Macht und unsere Handelsbeziehungen über See zu stützen und zu sichern;

7. durch Abwälzung eines möglichst großen Teiles der Kriegskosten auf die Gegner, in der Form von Geldzahlungen oder Landabtretungen . . .

Einen solchen Deutschen Frieden erwarten wir von den Leitern unserer auswärtigen Politik . . . Wir sind bereit zu kämpfen, bis wir ihn durch unseren Sieg errungen haben.

Durch Deutschen Sieg zum Deutschen Frieden.
Mahnruf ans Deutsche Volk,
Berlin 1917, S. 52/53.

101

Aus einem Brief Leo Jogiches' an Arthur Crispien von Anfang 1917

Um auf die Frage der Neugruppierung der Partei zurückzukommen, wissen Sie bereits, daß wir – unter gewissen Bedingungen – für den Aufbau eines gemeinsamen Parteidachs mit der Arbeitsgemeinschaft eintreten. Wie wir zur AG stehen und wie wir sie einschätzen, ist aus unserer Presse genügend bekannt, und es erübrigt sich hier jedes weitere Wort. Aber

gerade deshalb, weil wir der AG nicht über den Weg trauen und uns von ihrem Kampf für die Massen sehr wenig versprechen, ja, gerade weil wir ihre Geistesverwandtschaft mit der Mehrheit in wesentlichen Punkten sehen, wollen wir nicht diese Massen ihrem ungehinderten Einfluß ausliefern. Und das würde eintreten, falls wir uns eine kleine Laube für uns bauen und eine kleine Partei bilden. Im Gegenteil: wir wollen und müssen um die noch unklare und schwankende Masse, die der AG heute folgt, kämpfen, sie vor der AG schützen, die letztere dadurch, daß wir ihr ihren Einfluß streitig machen, vorwärtstreiben, und falls sie nicht imstande oder nicht gewillt ist, vorwärtszumarschieren, sie vor der Masse ihrer eigenen Anhänger desavouieren und brandmarken. Und das alles können wir erreichen nur unter der Bedingung, daß wir innerhalb der Partei den Kampf führen und nicht als vollständig getrennte Organisation von außen her die AG berennen. Mit anderen Worten: Wir haben nicht die Absicht, eine gemeinsame Partei mit der AG zu gründen, um mit ihr ihre Politik mitzumachen und die Verantwortung für diese mitzutragen, sondern nur um für unsere Politik innerhalb dieser Partei zu kämpfen, wobei wir unsere Zugehörigkeit zu dieser Partei von einer Grundbedingung abhängig machen: Beibehaltung des jetzigen organisatorischen Zusammenschlusses der entschiedenen Opposition, also unserer inoffiziellen Organisation, und deren weiterer Ausbau; ferner: volle Freiheit der Kritik und der selbständigen Aktion.

Bei der Erfüllung dieser Bedingung ist für uns die feige, schwankende und häufig prinzipienwidrige Politik der AG nicht gefährlich; im Gegenteil: dann wird sie nur zu unserer Stärkung auf Kosten der AG innerhalb der gemeinsamen Partei führen. Überhaupt soll man sich bei der Entscheidung der Frage ‚Mit oder ohne AG?' weder von Gefühlen noch von der Abneigung gegen diese oder jene schwankende Gestalt von der AG, noch von dem Ekel vor ihren Halbheiten leiten lassen ... Aber wie gesagt, – ihre Politik wollen wir nicht nur nicht mitmachen, sondern sie direkt bekämpfen, und niemand wird imstande sein, uns die Möglichkeit dazu zu nehmen ... Nicht alle unsere Mitgliedschaften im Reich sind in ihrer Entwicklung so weit fortgeschritten wie die Braunschweiger, Württemberger und einige andere. Die meisten bestehen vielfach aus gemischten Elementen. Sie sind mit uns, und sie werden mit uns bleiben, – ich meine die noch weniger aufgeklärten Elemente innerhalb dieser Mitgliedschaften –, es werden treue prinzipienfeste Kämpfer aus ihnen werden, aber man muß ihnen noch Zeit dazu lassen. Andererseits macht die AG einen Zersetzungsprozeß durch, und gerade unsere vollständige Isolierung von ihr in einer eigenen Partei würde diesen Zersetzungsprozeß, der vor allem uns zugute kommt und kommen muß, auf lange Zeit hinaus aufhalten. Mit einem Wort: soll es zu einer reinlichen Scheidung zwischen uns und der

AG kommen, dann liegt es in unserem Interesse, diesen Moment möglichst hinauszuschieben, damit wir bei der Scheidung einen großen Teil der Armee in das Lager der entschiedenen Opposition hinüberziehen können.

Zit. nach: Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929, S. 147/148.

102

Resolutionsentwurf Johann Knieſs für die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bremen, veröffentlicht am 24. Februar 1917

1. Die Konzentration des Kapitals ist in den entwickelten Ländern Europas wie in den Vereinigten Staaten Nordamerikas durch die Bildung der Kartelle, Syndikate und Trusts in den wirtschaftlich bedeutsamsten Zweigen der Industrie, durch den Betrieb der Landwirtschaft mit den Methoden der kapitalistischen industriellen Produktion sowie durch die Beherrschung des gesamten Wirtschaftslebens durch die Banken so weit vorgeschritten, daß die Überführung des Kapitalismus in den Sozialismus schon jetzt ökonomische Notwendigkeit ist.

2. Das historische Problem für die Verwirklichung des Sozialismus besteht in der Entwicklung der Macht der Arbeiterklasse durch die Entfesselung ihres Kampfes um die Eroberung der politischen Gewalt.

Angesichts der Tatsache, daß die Arbeiterschaft heute mehr als je zum unentbehrlichsten Faktor des wirtschaftlichen und politischen Lebens geworden ist, angesichts der Tatsache ferner, daß der Krieg die ... Energien der Arbeiterklasse in dem Maße weckt und fördert, in welchem er den Kapitalismus und die gesamte bürgerliche Welt in immer tiefere, für die gegenwärtige Gesellschaftsordnung verhängnisvolle Widersprüche stürzt und die Klassengegensätze verschärft, ist das Auftreten der Arbeiterklasse selbst ... die Grundlage des Kampfes um die Eroberung der politischen Macht in dieser letzten im Zeichen des Imperialismus stehenden Epoche des Kapitalismus.

3. Die Entfesselung der Macht der internationalen Arbeiterklasse hat zur Voraussetzung die grundsätzliche, geistige wie organisatorische Trennung von den Sozialpatrioten in allen Ländern und ihre Bekämpfung als Klassenfeinde des Proletariats.

Ebenso notwendig aber ist die geistige und organisatorische Trennung vom Parteizentrum, das durch seine sozialpazifistische Propaganda des Abrüstens und der Schiedsgerichte, durch das Anrufen der Regierungen zur Herbeiführung des Friedens, durch sein Versagen in der Ausnutzung der Parlamentstribüne zur offenen Losung des Kampfes der Arbeiterklasse

gegen den Kapitalismus und alle seine Äußerungen, durch sein Versagen in der Frage der Landesverteidigung sowie durch sein Versagen im grundsätzlichen Kampf gegen den Sozialpatriotismus stets neue Verwirrung in die Köpfe und Reihen der oppositionellen Arbeiter trägt und dadurch den Sozialpatrioten und der Bourgeoisie, wenn auch unbewußt, Helferdienste leistet und den Durchbruch der Macht der Arbeiterklasse hemmt.

4. Die durch die sozialpatriotischen Instanzen vollzogene Spaltung der Partei erfordert gebieterisch den schärfsten Kampf gegen die Sozialpatrioten und das Parteizentrum auch in den Gewerkschaften und Genossenschaften; sie erfordert ferner den unverzüglichen Zusammenschluß aller ... linksradikalen Elemente zu einer neuen ... Arbeiterpartei, und sie erfordert endlich die Anbahnung des internationalen Zusammenschlusses der sozialistischen Arbeiterschaft durch die Fortführung des Werkes von Zimmerwald und Kienthal.

Arbeiterpolitik (Bremen),
24. Februar 1917.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 570/571.

103

Aus einem Schreiben des Unterstaatssekretärs Arnold Wahnschaffe an General Erich Ludendorff vom 24. Februar 1917

Im übrigen ist es zweifellos und vom Kriegsamt nach meiner Überzeugung mit vollem Recht grundsätzlich anerkannt, daß ohne den guten Willen des deutschen Industriearbeiters der Krieg nicht zu gewinnen ist. Auf die große Masse der Industriearbeiter hat aber niemand in der Welt annähernd denselben Einfluß wie die Führer der Gewerkschaften. Ohne diese Führer oder gar gegen sie ist da nichts zu machen. Ihr Einfluß beruht auf einer jahrzehntelangen erfolgreichen Arbeit für die Besserung der Stellung der Arbeiterschaft, die ihnen das volle Vertrauen ihrer Vereinsmitglieder eingetragen hat. Bisher ist es gelungen, während des ganzen Krieges die Gewerkschaften alle fest bei der Politik des 4. August 1914 zu halten. Wie wir durchhalten sollten, wenn es anders wäre, ist gar nicht abzusehen.

Die deutschen Gewerkschaften zählten beim Kriegsbeginn rund dreieinhalb Millionen Mitglieder, die „Gelben" rund eine halbe Million. Von den obigen dreieinhalb Millionen entfallen auf die freien sozialdemokratischen Gewerkschaften zweieinhalb, auf die christlichen dreiviertel,

auf die Hirsch-Dunckerschen eine viertel Million. Im Reichstag ist ihr Einfluß außerordentlich groß. Daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften das Rückgrat der Politik des 4. August der Sozialdemokratischen Partei bilden und im schärfsten Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaft und die noch weiter linksstehende ganz extreme „Spartakusgruppe" stehen, ist bekannt. Die verderbliche Agitation dieser kleinen „Spartakusgruppe" wird von Herrn Krupp von Bohlen mit vollstem Recht gebrandmarkt, aber auch ebenso von den sozialdemokratischen Gewerkschaften aufs schärfste verurteilt ...

Es liegt also die Tatsache vor, daß die große Mehrheit der Reichstagsparteien genötigt ist, auf gewerkschaftliche Wünsche Rücksicht zu nehmen. Daß ein solcher Machtfaktor nicht beiseite geschoben werden kann und ganz anders ins Gewicht fällt wie die „Gelben", die keinen einzigen Vertreter im Reichstag haben, liegt auf der Hand ...

Ich erwähne dies alles in der Erinnerung an die Kritik, die Sie an der Haltung des Staatssekretärs Helfferich übten, lediglich um Ihnen zu zeigen, daß die Reichsleitung keineswegs gewillt ist, Wünsche der Gewerkschaften zu erfüllen, die sie für schädlich hält. Die Reichsleitung hat gerade bei der Beratung des Zivildienstgesetzes zu weit gehende Wünsche der Gewerkschaften viel energischer bekämpft als diejenigen Abgeordneten, die industrielle Interessen zu vertreten pflegen.

Die wachsende Macht der Gewerkschaften, so wacker sie sich in diesem Kriege halten, hat ja auch zweifellos starke Bedenken. Ich verstehe es sehr wohl, daß sich die Industrie gegen diese Macht wehrt, daß sie Herr in ihren Betrieben bleiben will ...

Vor allen Dingen aber hat die Regierung jetzt alles zu beseitigen, was die Durchführung des Hindenburg-Programms hemmt. Darüber kann es nur eine Meinung geben. Ich kann aber nicht sehen, daß unsere Politik einer Heranziehung der Gewerkschaften für die Aufgaben des Staates solche Hemmungen verursacht hat. Ich bin vielmehr überzeugt, daß sie allein es ermöglicht, unsere Arbeiterschaft trotz aller Schwierigkeiten in Ruhe und Arbeitswilligkeit zu erhalten, ganz abgesehen von der enormen politischen Bedeutung einer Gewinnung der Volksmassen für den Staat.

Deutsches Zentralarchiv, Potsdam,
Reichskanzlei, Nr. 2272, Bd. 5, Bl. 14–21.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 559–561.

104
Schreiben des preußischen Kiegsministeriums an den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg vom 26. März 1917

Ein Teil der linksliberalen und sozialdemokratischen Presse behandelt die revolutionären Vorgänge in Rußland im Zusammenhang mit deutschen innerpolitischen Zuständen und wiederholt dabei immer dringlicher die bekannten politischen Forderungen. Derartige Erörterungen hatten an sich bereits durch die Landtagsverhandlungen am Vorabend der Revolution eine besonders starke Anregung erfahren. Die genannten Linksparteien suchen die russische Revolution für ihre Zwecke auszubeuten und steigern dadurch die politische Begehrlichkeit. Die Einigkeit in Volk und Heer und der geschlossene Volkswille zum Siege müssen darunter leiden. Berichte aus der Front bestätigen bereits diese Wirkung bei den Truppen, was angesichts der bevorstehenden ausschlaggebenden militärischen Entscheidungen besonders zu bedauern ist.

Indem Euerer Exzellenz ich hiervon Kenntnis gebe, darf ich in Übereinstimmung mit dem Herrn Chef des Generalstabes des Feldheeres ersuchen, schnellstens durch geeignete Maßnahmen der schädlichen Rückwirkung der russischen Revolution auf unsere jetzigen Verhältnisse wirksam entgegenzutreten. Eine direkte Einwirkung auf die führenden Vertreter in Parlament und Presse wird an erster Stelle erforderlich sein.

Sollte die öffentliche Behandlung dieser Frage in der vorstehend gezeichneten Richtung sich weiterentwickeln, so würde ein scharfes Eingreifen der Zensur aus militärischen Rücksichten unvermeidlich werden.

Erich Otto Volkmann:
Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege,
Berlin 1925, S. 286/287.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 585.

105
Aus der Schrift Walther Rathenaus „Die neue Wirtschaft", erschienen im Jahre 1917

Der Krieg ist... in einen neuen Abschnitt getreten, den man als das Stadium der Liquidation bezeichnen kann, sofern man mit diesem Begriff nicht die Vorstellung einer raschen Abwicklung verbindet. Noch immer ist die Mehrzahl geneigt, den Krieg durch eine plötzliche Entscheidung

beendet zu sehen, die unmittelbar zu einem Friedensschluß sämtlicher Kämpfenden führt, obwohl die Hauptbeteiligten als die zähesten Nationen der Geschichte bekannt sind, die zudem ausnahmslos um Lebensfragen fechten, und obwohl die Nebenbeteiligten, zumal die überseeischen, Sonderabsichten betreiben, die teilweise erst bei Schluß der Hauptkämpfe ans Licht treten werden.

Mehr und mehr bekräftigt sich indessen die Ansicht . . ., daß keine der kämpfenden Nationen die Ziele ihrer radikalen Angehörigen verwirklicht sehen wird und daß die Veränderungen der Landkarte in keinem Verhältnis zum unerhörten Aufwande an Gut und Blut, Leidenschaft und Opfer, Erfindung und Willenskraft stehen werden. Abgesehen von den äußeren Wirkungen langandauernder Verfeindungen werden die Ergebnisse des Krieges vorwiegend das innere Leben der Nationen betreffen und in langsamer Erkenntnis die Tatsache verdeutlichen, daß das große Ereignis unter der Form eines nationalistischen Bürgerkrieges der Europäer eine Umwälzung vorwiegend sozialpolitischer Art gewesen ist. Ihre politischen Wirkungen werden für die Obrigkeitsstaaten demokratisierender Art, für die demokratischen Staaten konzentrierender Art sein, ihre sozialen Wirkungen werden auf dem Wege über eine neue Wirtschaftsordnung allmählich zu einer neuen Ordnung der gesellschaftlichen Schichtung führen.

Walther Rathenau: Gesammelte Schriften in fünf Bänden, Fünfter Band, Berlin 1918, S. 181/182.

106

Aus der Rede Gustav Stresemanns im Deutschen Reichstag am 29. März 1917

Die neue Zeit fordert ihr neues Recht . . . Ich glaube, es gibt jetzt niemanden unter uns, der sich nicht herzlich des Bekenntnisses gefreut hätte, das innere Erleben dieses Weltkrieges umzusetzen in eine Neuordnung der Dinge in der Zukunft. Aber wir sind der Meinung, daß man damit nicht zu warten braucht bis zu der Zeit nach dem Kriege. Ich bin mir dabei bewußt, daß das im Widerspruch steht zu der Haltung, die wir bisher eingenommen haben . . .

Dieses Deutschland hat in seinen letzten Jahrzehnten diese gewaltige wirtschaftliche Entwicklung durchgemacht, steht an der zweiten Stelle des Welthandels, ist das erste Industrieland der Welt . . . Wenn wir gegenüber dieser glanzvollen Entwicklung im Innern doch politische Niederlagen nach außen und im Innern trotz unserer vorbildlichen Sozialpolitik

ein stetiges Anwachsen der radikalen Elemente sehen, dann muß irgendwo ein politischer Systemfehler sein, und dann muß man einmal nachforschen, ob es da nicht Dinge gibt, die der Änderung bedürfen ... Meine Herren, wo diese Fehler lagen, das ... ist auch von uns oft zum Ausdruck gebracht worden: Dieses mangelnde Verständnis für die Seelenstimmung anderer Völker, das mangelnde Verständnis für die Seelenstimmung des eigenen Volkes, mangelndes Verständnis für die Wirkung politischer Maßnahmen ...

Eines der größten Probleme in der Zukunft ist die Stellung der Sozialdemokratie zum Staatsgedanken. Daß die Möglichkeit, auf der Basis der Politik vom 4. August zu bleiben, davon abhängig ist, wie die Dinge in Preußen laufen, das muß doch schließlich der Blindeste einsehen.

Will man, daß diese Politik auf dieser Basis bleibt, dann kann man nicht an diesem Wahlrecht festhalten wollen, damit macht man jenen diese Politik unmöglich. Da aber schließlich unsere ganze innere Politik doch auch wieder davon mitberührt ist, ob eine Partei, die der Wählerzahl nach die stärkste ist, in die frühere Opposition zurückgeht oder sich zum Staatsgedanken bekennt, wie kann man angesichts dessen darüber zweifeln, daß das die eminentesten Fragen der deutschen Politik sind, die hier zur Debatte stehen? ...

Meine Herren, wenn irgendwo zwischen Staat und Volksvertretung und den verschiedensten Parteien Spannungsmomente bestehen, dann tut man gut, wenn man sich einmal zu großen politischen Reformen bekennt, auch selbst kühn die Initiative zu ergreifen ...

Wir wünschen eine Neuordnung der Dinge ... darin, daß wir als die Grundlage einer solchen Neuordnung die Gleichberechtigung aller Parteien in Staat und Verwaltung fordern ... Wo die Sozialdemokratie berufen ist, in Staat und Verwaltung mitzuarbeiten, da sollte sie uns ebenfalls willkommen sein ...

In dem Augenblick, wo diese Mitarbeit gesichert ist, werden wir die großen Fragen, die uns in der Zeit nach dem Kriege bevorstehen und die vielleicht zu heftigen Erschütterungen im Innern führen können, viel reibungsloser erledigen, als wenn wir starr an den Prinzipien festhalten, die nicht mehr aufrechtzuerhalten sind.

Verhandlungen des Reichstags,
XIII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 309,
Berlin 1917, S. 2853–2856.

107

Aus einem Schreiben des Vorsitzenden des Direktoriums der Hamburg-Amerika-Linie, Albert Ballin, an den Chef des Geheimen Zivilkabinetts, Rudolf von Valentini, vom 4. April 1917

Die innere Lage in unserem Vaterlande macht mir große Sorge . . .

Es sieht fast aus, als ob man die Zeichen der Zeit nicht verstände. Es wird der Regierung mit dem preußischen Wahlrecht ebenso gehen, wie es einst ging mit den Sibyllinischen Büchern: sie werden immer teurer, je länger man zögert, sie zu erwerben. Heute würde man mit einem Pluralwahlrecht noch sehr gut durchkommen. Wenn der Krieg aber zu Ende ist und die Sozialdemokratie ihre Leute demobilisiert und eines Abends 10 000 Mann, geschmückt mit Eisernen Kreuzen, in großen Demonstrationen auftreten läßt, so ist kein Halten mehr. Man sagt mir zwar, im Zeitalter des Maschinengewehrs gäbe es keine Revolutionen. Ich glaube nicht daran; ich glaube es noch weniger, seit wir die Ereignisse in Petersburg kennen. Daß das regierende Haus, und noch dazu in Rußland, so sang- und klanglos, ohne daß ein Großfürst oder ein Soldat die Hand aufhebt, verschwindet, gibt doch viel zu denken.

Deutsches Zentralarchiv, Merseburg,
Rep. 92, Nachlaß Valentini, Nr. 1, Bl. 5–9.
Archivalische Forschungen
zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Bd. 4/II: Die Auswirkungen der
Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland,
hrsg. von Prof. Dr. Leo Stern,
Berlin 1959, S. 404 u. 405.

108

Aus dem Manifest des Gründungsparteitages der USPD vom 6. bis 8. April 1917

Der Krieg bringt rascheste Konzentration des Kapitals, rapides Schwinden des Mittelstandes, ungeheure Vermehrung des Proletariats, das nach dem Kriege einen Kampf gegen Teuerung und Arbeitslosigkeit, gegen übermächtige Unternehmerverbände und erdrückende Steuerlasten aufs schärfste zu führen haben wird. Einen Kampf, der heute schon einsetzt.

Es gilt sich zu wappnen für die großen Kämpfe der Zukunft, es gilt Kraft zu gewinnen, um der Not der Gegenwart zu steuern. Das erheischt gründliche Umgestaltung des herrschenden Regierungssystems. Sache der Massen ist es, nicht nachzulassen, bis sie das erreicht haben.

Der Volkswille muß oberstes Gesetz werden.

Dringend geboten ist eine Amnestie für alle aus politischen Gründen Verhafteten und Verurteilten. Erforderlich ist die Aufhebung der Zensur, unbeschränkte Freiheit des Vereins- und Versammlungsrechtes sowie der Presse, Sicherung des Koalitionsrechtes, Aufhebung aller Ausnahmegesetze, insbesondere gegenüber den Landarbeitern, den Staatsarbeitern und dem Gesinde, weitgehender Arbeiterschutz, namentlich Achtstundentag. Unaufschiebbar ist ferner die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts aller Erwachsenen vom 20. Jahre an für den Reichstag, die Parlamente der Einzelstaaten, die Gemeindevertretungen und für die sonstigen Körperschaften der Selbstverwaltung.

Wir fordern das Wahlrecht für die Frauen ebensowohl wie für die Männer. Der Krieg hat den Frauen die Hauptarbeit an der Produktion aufgebürdet, die Not der Zeit zwingt jetzt die Frauen hinein in die Vorderreihen des politischen Kampfes, in den Kampf um Schutzbestimmungen, aber auch um politische Rechte und um die Neugestaltung von Staat und Gesellschaft. Die Frauen des Proletariats, deren Herzen als Gattinnen und Mütter von dem Massenelend doppelt zerrissen werden, die sozialistischen Frauen sind es denn auch, die, das Gebot der Zeit untrüglich erkennend, sich mit Leidenschaft hineinstürzen in den Kampf für Recht, für Freiheit, für Brot und für den Frieden.

Für Frauen und Männer in gleicher Weise gilt heute mehr als je der Satz, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur durch die Arbeiter selbst errungen werden kann.

Genossinnen und Genossen, ans Werk! Ihr habt große Aufgaben zu erfüllen!

Die oppositionellen Abgeordneten in den Parlamenten, namentlich die der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft im Reichstag, haben zunächst innerhalb ihrer Fraktion, dann öffentlich im Parlament selbst eine selbständige sozialdemokratische Politik getrieben ...

Eure oppositionellen Abgeordneten werden nach wie vor ihre sozialdemokratische Pflicht tun. Aber nur dann, wenn sie sich auf die sozialdemokratischen Massen stützen können, vermögen sie ihre volle Kraft zu entfalten. Gegenüber den Erschwerungen des Belagerungszustandes müßt ihr eure Kraft verdoppeln.

Von den Regierungssozialisten ist nichts Durchgreifendes zu erwarten. Während heute in Rußland sich selbst das Bürgertum für die demokratische Republik erklärt, hat der „Vorwärts", das Organ des Parteivorstandes, diesen Zeitpunkt für den geeigneten erachtet, ein Bekenntnis zur Monarchie abzulegen.

Nicht Stärkung und Anfeuerung des Proletariats, sondern Schwächung

seiner Aktionskraft und Minderung seines Einflusses müssen die Folgen dieser Politik sein, die von Mißerfolg zu Mißerfolg schreitet.

Demgegenüber haben jetzt die Arbeiter Rußlands ein leuchtendes Beispiel der entgegengesetzten Politik gegeben.

Die sozialistischen Arbeiter Rußlands, die Träger der gewaltigsten Revolution Rußlands, haben, durchdrungen von ihrer großen geschichtlichen Aufgabe, selbständige sozialistische und demokratische Politik getrieben. Ihnen danken wir es, daß das stärkste Bollwerk der Reaktion, der Zarismus, zusammengebrochen ist. Jedem von uns muß ihr machtvolles Auftreten stolze Zuversicht einflößen. Wir bringen ihnen unsere begeisterte Huldigung dar.

Die Proletarier Rußlands haben für die Demokratie gekämpft, für die Eröffnung der Bahn zum Sozialismus, aber auch für den Frieden, für die baldigste Beendigung des furchtbarsten aller Kriege durch einen Friedensschluß auf der Grundlage unserer gemeinsamen sozialdemokratischen Grundsätze.

Kein Zweifel, die Arbeiter Rußlands werden auch in dieser Beziehung ihre Pflicht erfüllen. Aber der Erfolg ihrer Friedensarbeit hängt nicht von ihnen allein ab. Er hat zur Vorbedingung das Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder in gleichem Sinne, das erneute Aufleben der Internationale und die Betätigung der Arbeiter in ihrem Rahmen.

Für die oppositionellen Sozialdemokraten Deutschlands ist die Verständigung über den Frieden mit den Sozialdemokraten der anderen Nationen keine unüberwindliche Schwierigkeit. Das bezeugen die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal, auf denen Vertreter der deutschen Opposition mit französischen und russischen Sozialdemokraten zusammengewirkt haben ...

Wir verlangen einen Frieden durch Verständigung der Völker, ohne direkte oder versteckte Annexionen, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, mit internationaler Beschränkung der Rüstungen und obligatorischen Schiedsgerichten. Wir sehen in diesen Einrichtungen nicht Zaubermittel, den ewigen Frieden zu sichern, wohl aber die kräftigsten Stützpunkte für den proletarischen Kampf um Erhaltung des Friedens, unsere wichtigste Aufgabe nach dem Kriege. Nicht auf die Regierungen bauen wir, weder in bezug auf Herbeiführung noch auf Erhaltung des Friedens. Auch hier vertrauen wir bloß auf die Kraft des Proletariats, das am stärksten ist in seiner internationalen Zusammenfassung.

Der nationalen Solidarität der Klassen setzen wir entgegen die internationale Solidarität des Proletariats, den internationalen Kampf der Arbeiterklasse.

Im Sinne dieser Grundsätze haben wir den Kampf weiterzuführen. Ohne Ruhe, ohne Rast müssen wir der Verschärfung der Verfolgungen

die Verdoppelung unserer Anstrengungen entgegensetzen, bis unser Ziel erreicht ist.

Brot und Wissen für alle!
Frieden und Freiheit allen Völkern!

Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitags der USPD vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha.
Mit Anhang: Bericht über die Gemeinsame Konferenz der Arbeitsgemeinschaft und der Spartakusgruppe vom 7. Januar 1917 in Berlin, Berlin 1921, S. 80–82.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958, S. 594–597.

109

Aus einem Polizeibericht über eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Ortsvereins Neukölln im April 1917

Wielepp sprach sofort von der russischen Revolution und führte aus, daß sich das russische Volk, welches hier dauernd als dumm und stumpfsinnig verschrien worden sei, politisch reifer gezeigt habe als das deutsche Volk. Das russische Volk habe sich von der Knechtschaft des russischen Zarismus mit einem Ruck befreit, während das deutsche Volk nach wie vor stumpfsinnig unter der Knechtschaft des Kapitalismus weiter schmachtet und verblutet. Es sei die höchste Zeit geworden, daß auch bei uns die Gemüter endlich erwachten ... Jetzt, wo hier das ganze Volk nach Brot schreit, müssen sich die Führer des Zeitpunktes bewußt sein und an der Spitze voran sich mit dem ganzen Volk erheben. Das Volk hat jetzt eine Stimmung, in der es zu allem fähig ist. Die Überzeugung sitzt jetzt fest im ganzen Volke, daß es nur ein Opfer des Kapitalismus ist, für diesen verblutet und dazu ausgenützt und ausgepreßt wird wie eine Zitrone. Bisher war es nicht möglich, aber jetzt ist es Zeit, solche Sprache zu reden, sonst geht das Blutvergießen immer weiter. Wenn das Volk sich jetzt nicht selbst hilft und sich erhebt, dann wird von keiner Seite Einhalt geboten, und jetzt ist die Zeit dazu gekommen. Er fordert zum Schluß die Führer auf, in diesem Sinne zu agitieren und sich rücksichtslos zu opfern. (Lebhafter Beifall)

Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam, Rep. 30, Tit. 95, Sekt. 7, Lit. T, Nr. 1, Bd. 3, Bl. 182/183.
Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4/II: Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, hrsg. von Prof. Dr. Leo Stern, Berlin 1959, S. 432.

110

Resolution der streikenden Leipziger Arbeiter vom 16. April 1917

Die Versammelten beauftragen die Ortsverwaltung der Metallarbeiter Leipzigs, unter Hinzuziehung von Vertretern der unabhängigen sozialdemokratischen Partei eine Delegation an den Reichskanzler abzuschicken und an die Reichsregierung folgende Forderungen zu stellen:

1. Ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln und Kohlen.

2. Eine Erklärung der Regierung zur sofortigen Friedensbereitschaft unter Verzicht auf jede offene oder versteckte Annexion.

3. Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur.

4. Sofortige Aufhebung aller Schranken des Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrechtes.

5. Sofortige Aufhebung des schändlichen Arbeitszwangsgesetzes.

6. Sofortige Befreiung der wegen politischer Vergehen Inhaftierten und Verurteilten, Niederschlagung der politischen Strafverfahren.

7. Volle staatsbürgerliche Freiheit, allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht zur Wahl für alle öffentlichen Körperschaften im Reich, in den Bundesstaaten und in den Gemeinden.

Der Deputation an den Reichskanzler bleibt es überlassen, weitergehende Forderungen, die sich aus der politischen Situation ergeben, im Namen der Versammelten zu erheben.

Die Versammelten fordern die ganze Arbeiterschaft auf, sich diesen Forderungen anzuschließen. Zur wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen fordern die Versammelten alle Berufsgruppen auf, Vertreter zu entsenden, um mit den Vertretern der Metallarbeiter und der unabhängigen sozialdemokratischen Partei einen Arbeiterrat zu bilden.

Die Versammelten geloben, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, als bis von der Regierung befriedigende Zugeständnisse gemacht worden sind.

Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam,
Rep. 30, Tit. 95, Sekt. 7, Lit. D, Nr. 3a, Bd. 2, Bl. 384.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 612.

111

Aus einem Bericht des Polizeipräsidiums in Berlin über die Demonstrationen streikender Berliner Arbeiter am 16. April 1917

Zug von 1500 Personen von Schöneberg kommend, die Flottwellstraße entlangmarschierend, an Königin-Augusta- und Cöthenerbrücke ohne Waffen abgewiesen und nach dem Halleschen Tor zu abgedrängt.

12^{40} Zug von etwa 6000 Personen durch Acker-, Invaliden-, Veteranen-, Fehrbelliner Straße nach Osten gezogen.

12^{05} Zug ca. 10000, Teutoburger Platz, Schwedterstr., Schönhauser Allee nach Alte Schönhauser Str., versucht, nach Stadtinnern zu kommen.

12^{10} Ansammlung im Humboldthain von etwa 5000 Personen in Richtung Hussitenstr. in Marsch gesetzt.

10^{30} Zug von etwa 500 Personen von Neukölln kommend, durch den Kottbuser Damm marschierend, an der Kottbuserbrücke zerstreut.

1^{16} Zug von 400 Jugendlichen Leipziger Str., vom Spittelmarkt kommend, in Wilhelmstr. nach Süden abgedrückt.

1^{10} Zug von 1000–1500 Personen von Prenzlauerstr. kommend auf dem Alexanderplatz zerstreut ...

10^{57} Zug von 1300 Personen von Köpenickerstr. kommend, am Schulze-Delitzsch-Platz zerstreut.

1^{35} Zug von 500 bis 600 Personen nach den Linden zu an Kaiser-Wilhelm-Brücke zersprengt.

Zug von 10000 Personen durch die Brunnenstraße. Richtung Rosenthaler Tor.

Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam,
Rep. 30, Tit. 95, Sekt. 7, Lit. D, Nr. 3a, Bd. 2, Bl. 75–77, 79, 80.
Heinrich Scheel: Der Aprilstreik 1917 in Berlin.
In: Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland
während der Periode der
Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/1918.
Hrsg. vom Institut für Geschichte
an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin
unter der Redaktion von Prof. Dr. Albert Schreiner,
Berlin 1957, S. 33.

112

Aus einer Verordnung des Oberbefehlshabers in den Marken vom 19. April 1917

§ 1 Die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken ... werden hiermit bis auf weiteres in militärische Leitung übernommen ...

§ 2 Diejenigen Personen, die in den Betrieben der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken ... beschäftigt waren und seit dem 14. April 1917 die Arbeit niedergelegt haben, haben bis zum 21. April d. Js. die Arbeit bis morgens 7 Uhr wieder aufzunehmen ...

§ 3 Diesen Personen ist bis auf weiteres verboten:

1. ohne Zustimmung des militärischen Leiters oder seines Stellvertreters die Arbeitsstelle zu wechseln,

2. von der Arbeitsstelle fernzubleiben, ohne nachweislich arbeitsunfähig zu sein,

3. die Arbeit niederzulegen,

4. die Arbeit zu verweigern oder die Arbeit absichtlich einzuschränken.

§ 4 Sämtlichen Personen ist bis auf weiteres verboten, Arbeiter der genannten Betriebe mündlich oder schriftlich oder durch Verteilung von Drucksachen, Erlaß von Aufrufen oder sonst in irgendeiner Weise zur Einstellung oder Beschränkung der Arbeit aufzufordern oder anzureizen.

§ 5 Zuwiderhandlungen werden, soweit keine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahre, Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

§ 6 Alle wehrpflichtigen Arbeitnehmer der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken ..., die bis zum 14. April 1917 in den Betrieben dieser Fabriken gearbeitet und seitdem die Arbeit niedergelegt haben, gelten, sofern sie nicht bis zum 21. April 1917 morgens 7 Uhr die Arbeit dort wieder aufgenommen haben oder nachweislich arbeitsunfähig sind, von diesem Zeitpunkt an als zum Heeresdienst eingezogen, erhalten in dieser Eigenschaft Soldatenlöhnung und unterstehen den Kriegsgesetzen.

Deutsches Zentralarchiv, Merseburg,
Rep. 77, Tit. 500, Nr. 52, Bd. 1, Bl. 147–149.
Archivalische Forschungen
zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Bd. 4/II: Die Auswirkungen der
Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland,
hrsg. von Prof. Dr. Leo Stern,
Berlin 1959, S. 454/455.

113

Aus dem Rundschreiben der Spartakusgruppe vom 22. April 1917

Unsere Aufgabe ist, die Bewegung auf die Friedensfrage zu richten und zu deren Lösung auf revolutionärem Wege zu drängen.

Es handelt sich um illegale Tätigkeit, und es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir getrennt von der A. G. vorgehen, wobei wir der

Bewegung voranmarschieren müssen, indem wir ihr einerseits die Ziele stecken, andererseits ihre Fehler kritisieren und sie vorwärtstreiben. Zwischen unserer Richtung und der A. G. bestehen in der Auffassung der Ziele und Wege der gegenwärtigen Massenbewegung wesentliche Unterschiede.

1. In der Friedensfrage verlangt die A. G. von der jetzigen Regierung die Abgabe einer klaren Erklärung, daß sie auf jegliche Annexionen und Kriegsentschädigungen verzichte. Wir erheben ebenfalls diese Forderung, aber wir erklären dabei, daß wir von der Regierung nichts Gutes erwarten, daß der Friede, den diese Regierung schließen würde, nur gegen die Interessen des Proletariats ausfallen könnte, daß die Arbeiterklasse die Sache des Friedens in die eigene Hand nehmen müsse, um den Frieden den Interessen des internationalen Proletariats entsprechend und gegen die Interessen des Imperialismus selbst direkt oder indirekt zu gestalten.

2. Die A. G. stellt unter anderen Forderungen ... diejenige des allgemeinen, direkten usw. Wahlrechts zu den Landtagen. Diese Forderung betrachten wir als durch die Ereignisse überholt. Sie ist ungenügend an sich und entspricht in keiner Beziehung der revolutionären Situation, der wir allem Anschein nach entgegengehen und bei der man die Ziele weit stecken und aufs Ganze hinausgehen muß. Würde der deutsche Arbeiter nur um dieses Recht bereichert aus dem Kriege hervorgehen, so würde er nach dem Kriege ebenso recht- und machtlos bleiben und ebenso schutzlos gegen zukünftige Kriege sein, wie er es vor dem Kriege war. Es wäre auch eine lächerlich winzige Folge des gewaltigen Krieges mit seinen ungeheuren Opfern. Im Gegensatz zu der A. G. erstreben wir nicht das Wahlrecht zu den Landtagen, sondern umgekehrt: die gänzliche Abschaffung der zwei Dutzend deutschen Vaterländer mitsamt ihren Landtagen. Unsere Parole lautet: einheitliche demokratische deutsche Republik. Sollte sich die Massenbewegung in aufsteigender Linie bewegen und revolutionären Charakter annehmen, so wird diese Parole zweifellos immer mehr zum Durchbruch kommen müssen ...

3. sucht die A. G. die jetzige Massenbewegung unter die Leitung der Partei und der Gewerkschaftsorganisation zu stellen, da, wo letztere (wie in Leipzig die Metallarbeiter) auf ihrem Boden steht. Wir betrachten diesen Rahmen als zu eng für die Bewegung und sind der Meinung, daß eine spezielle Massenkampforganisation geschaffen werden muß (siehe unsere beiden Flugblätter „Der Kampf dauert fort" und „Die Lehren"), in der die bestehenden Organisationen die Rolle einer Triebkraft zu übernehmen haben.

Aus der Verschiedenheit der Auffassung ergibt sich, daß wir ein Zusammengehen unserer Richtung mit den lokalen Vertretern der A. G. in

den einzelnen Orten nur in dem Falle für angebracht und zulässig halten können, wenn sie unsere Losungen und Forderungen, also auch unsere Flugblätter usw., voll und ganz akzeptieren. Unsre besonders revolutionäre Stellungnahme darf unter keinen Umständen der Gemeinsamkeit der Aktion geopfert werden; man muß suchen, die A. G. auf unseren Boden zu drängen. Kommt einmal die Arbeitermasse in Bewegung, so wird uns die A. G., auch was die Losung betrifft, folgen müssen, ob sie will oder nicht. Und will sie es jetzt noch nicht, so muß man sie eben links liegenlassen.

Übrigens müssen wir ihr diesmal das Zeugnis ausstellen, daß sie hier in Berlin ihre Pflicht und Schuldigkeit bei der Vorbereitung der Bewegung in hohem Maße, während des Streiks selbst aber sogar voll und ganz getan hat. Ihre Abgeordneten gingen in die Fabriken, hielten Reden usw., ihre Gewerkschafter kämpften mit in den ersten Reihen und halfen die Bewegung organisieren. Leider waren die Losungen der A. G. entweder nicht ausgeprägt genug oder – wie in Leipzig – zum Teil irreführend. Unsere Richtung ging in Berlin vollständig selbständig und getrennt vor. Die Einheit der Aktion selbst, d. h. des Streiks, hat selbstverständlich darunter nicht gelitten.

Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam,
Rep. 30, Tit. 95, Sekt. 7, Lit. D, Nr. 3a, Bd. 2, Bl. 385–387.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 622–624.

114

Aus einem Schreiben des Professors Hans Delbrück an den Chef des Geheimen Zivilkabinetts, Rudolf von Valentini, vom 1. Juli 1917

Ich möchte nicht unterlassen, Euer Exzellenz bei dieser Gelegenheit zu unterrichten, daß ich in der letzten Woche meine politische Ansicht in einem Punkt geändert habe. Es unterliegt mir jetzt keinem Zweifel mehr, daß der Tauchbootkrieg die erhoffte Wirkung nicht zu erzielen imstande ist, daß uns Amerika immer gefährlicher wird und daß unsere Hoffnungen auf den Zusammenbruch in Rußland recht unsicher sind. Gehen wir aber einem neuen Kriegswinter entgegen, so ist eine schwere innere Krisis, beinahe eine Katastrophe, zu befürchten. Das einzige Mittel, ihr vorzubeugen, ist eine große Konzession an die Demokratie. Sie kann in nichts anderem bestehen als in der sofortigen Durchführung der Wahlreform

in Preußen mit dem gleichen Stimmrecht. Man mag zum allgemeinen Wahlrecht stehen, wie man will, in diesem Augenblick ist es für uns ein Rettungsmittel.

Deutsches Zentralarchiv, Merseburg,
Rep. 92, Nachlaß Valentini, Nr. 4, Bl. 31/32.
Archivalische Forschungen
zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Bd. 4/II: Die Auswirkungen der
Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland,
hrsg. von Prof. Dr. Leo Stern,
Berlin 1959, S. 571/572.

115

Aus dem Brief des Gefreiten Gustav Zeller an den Vorsitzenden des „Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden", Professor Dietrich Schäfer, vom 9. Juli 1917

Ich bin nun seit etwa 2 Jahren dauernd mit der Mannschaft zusammen und bin voll Sorge, wie es da schließlich noch gehen soll. Es herrscht eine dumpfe, revolutionäre Stimmung, bes. bei den Preußen. Aber auch bei dem Württembergischen Regiment kann man von geplanter Revolution, ja sogar gelegentlich von dem geheimen Plan einer Absetzung der Hohenzollern hören. Sehr vergiftet wird die Stimmung der Mannschaft noch dadurch, daß die Leute nicht die ihnen zustehende Verpflegung erhalten. Wir mußten wochenlang unerträglich hungern, bes. Ende 1915, als die Brotportion herabgesetzt wurde. Währenddessen lebten Vorgesetzte und Burschen, außerdem Bagage und Küche aufs beste auf Kosten der übrigen ... Die Stimmung der Mannschaft, die noch durch die Ungerechtigkeiten in der Urlaubsverteilung erbittert wird, ist eine ganz furchtbare. Die Leute drohen damit, die Offiziere zu erschießen. Vom Überlaufen zu den Russen, wo es nicht schlechter sein könnte und wo man dann doch zu essen hätte, wird ganz offen, gelegentlich selbst von den Unteroffizieren gesprochen.

Ich habe die furchtbarsten Majestätsbeleidigungen bei den 99er gehört, und zwar von Preußen, die dort die Mehrheit bilden. Es sind dort außer Zabernern, Elsässern rheinische Fabrikarbeiter, Nordschleswiger, auch Hamburger und Polen. Die Leute verallgemeinern dort, was sie bei den Vorgesetzten sehen, in der Weise, daß sie die höheren Stände überhaupt für lauter Betrüger und Ausbeuter des niederen Volkes und die deutsche Regierung als Mitursache des Weltkrieges ansehen. Gerade die letztere Auffassung ist überall an der Front verbreitet, und alle Versuche, zu beweisen, daß gerade das Gegenteil der Fall ist, daß unsere Regierung eher

zu friedfertig und schwach vor dem Krieg war, sind völlig umsonst. Die sozialdemokratische Parole eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen wird blindlings angenommen, und die ganze Wut der Leute richtet sich gegen die Alldeutschen als die Kriegshetzer und – Verlängerer ... Wie soll es gehen, wenn diese Leute vom Feld zurückkommen? Der Reichskanzler scheint keine Ahnung von der Stimmung der Leute zu haben. Wie würde er sonst eine Erweiterung der Rechte aus Dankbarkeit für die gebrachten Opfer planen? Freilich könnte man es auch so ansehen, daß er glaubt, bei Zeit Reformen einführen zu sollen, ehe es zu spät ist.

Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin,
Archiv, Nachlaß Dietrich Schäfer, Paket 3,
Unabhängiger Ausschuß für einen Deutschen Frieden.
Karl-Heinz Schädlich: Der „Unabhängige Ausschuß
für einen Deutschen Frieden"
als ein Zentrum der Annexionspropaganda
des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg.
In: Politik im Krieg 1914–1918. Studien zur Politik
der deutschen herrschenden Klassen im ersten Weltkrieg,
Berlin 1964, S. 60/61.

116

Aus einer von Matthias Erzberger verfaßten Begründung der Friedensresolution des Deutschen Reichstages vom 19. Juli 1917

1. ... Die Frage: Wie kommt man zum Frieden? welche bis dahin mit dem Hinweis auf die rasche Wirkung des uneingeschränkten U-Bootkrieges beantwortet wurde, trat schärfer als je hervor ... Nur ein Verständigungsfrieden konnte die Antwort sein.

2. Die Fortdauer des Krieges mit unbestimmtem Ende müßte stets zunehmende Verstärkung der Kräfte unseres Feindes bringen ...

4. Der Reichstag hat durch diese Erklärung die Verantwortung für den Frieden, der den Erwartungen weiter Volkskreise nicht entsprechen wird, übernommen und sich vor die Krone und die Regierung gestellt ... Die Reichstagsresolution bedeutet so den stärksten Schutzwall für die Krone, wobei besonders wertvoll ist, daß auch die Sozialdemokratie hierzu gehört.

5. Für das Durchhalten im Innern war es angesichts der großen Lebensmittelnot unentbehrlich, dem Volke zu sagen, daß Reichsleitung und Reichstag mit den Eroberungsplänen einzelner Kreise nichts zu tun haben. Durch eine solche Kundgebung sollte der innere Wille zum Durchhalten gestärkt werden.

6. Im Juli 1917 bestand große Gefahr, daß die Sozialdemokraten, nicht nur die Unabhängigen, die Kriegskredite ablehnten und in die Opposition übergingen ... Die Sozialdemokraten wollten vor der Bewilligung der Kredite ihrerseits einen Antrag einbringen, aufgebaut auf die russische Formel: „Ohne Annexionen und Kontributionen, Selbstbestimmungsrecht der Völker." Bei Ablehnung dieses Antrages hätten sie zweifellos nicht für die Kredite gestimmt. Dieser Absplitterung mußte vorgebeugt und eine Formel gesucht werden, welche einerseits der Sozialdemokratie die Annahme der Kredite ermöglichte, andererseits aber den Reichstag und die Regierung nicht an die starre russische Formel festknüpfte ...

Matthias Erzberger: Erlebnisse im Weltkrieg,
Stuttgart, Berlin 1920, S. 266/267.

117

Aus der Denkschrift des Vorsitzenden der Metallgesellschaft Frankfurt (Main), Richard Merton, dem Reichskanzler Georg Michaelis übersandt von General Wilhelm Groener am 25. Juli 1917

Wenn man die Entwicklung der Kriegswirtschaft zurückschauend betrachtet und sich fragt, was die treibende Kraft gewesen ist, die es fertiggebracht hat, daß die deutsche Industrie sich in einer so erstaunlichen Weise den stetig wachsenden Anforderungen der Kriegführung hat anpassen können, so muß man bei nüchterner Betrachtung zu der Erkenntnis kommen, daß nur in geringem Maße irgendwelche ethischen Motive wie Opfersinn, Vaterlandsliebe und dergl. mitgespielt haben, sondern daß bei dem Schaffensdrang, der sich gezeigt hat, und den ungeheuren Leistungen, die auf allen Gebieten der Heeresindustrie vollbracht worden sind, fast ausschließlich der Verdienstanreiz die Wurzel aller guten und bösen Kräfte, der Grund aller Erfolge und Mißerfolge gewesen ist. Ferner besteht die Tatsache, daß, je länger der Krieg gedauert hat, das Bestreben, die Konjunktur nach Kräften auszunutzen, auf allen Seiten um so rücksichtsloser zum Ausdruck gekommen ist ...

Die Bilanzen der großen und kleinen Industrie-Gesellschaften, die direkte und indirekte Kriegslieferungen ausführen, beweisen, daß es der Industrie auch jetzt noch möglich ist, trotz steigender Unkosten, besonders für Löhne, ganz außerordentliche, in durchaus keinem Verhältnis zu den Leistungen stehende Gewinne zu erzielen. Auch der legitime Handel, soweit er sich überhaupt noch lebensfähig erhalten konnte, rechnet heute mit Gewinnaufschlägen, die außerhalb jedes Verhältnisses zur Leistung ste-

hen; und welche Gewinne in illegitimen Zwischenhandelskreisen, die immer noch eine große Rolle spielen, als normal betracht werden, darauf wirft z. B. der Prozeß Kupfer ein bemerkenswertes Streiflicht.

Je länger der Krieg dauerte, desto deutlicher hat es sich aber gezeigt, daß der Aufbau unserer Kriegswirtschaft auf dem ausschließlichen Anreiz der Konjunktur-Ausnutzung ... eine große Gefahr mit sich gebracht hat, die mehr und mehr anfängt, die Leistungsfähigkeit der Kriegsindustrie zu hemmen, und die in rapidem Anwachsen ist. Diese Gefahr ist in der Entwicklung der Arbeiter-Lohnverhältnisse zu erblicken.

Es ist fraglos richtig, daß die schlechten Ernährungsverhältnisse vielfach die Veranlassung zu den Arbeiter-Unruhen und Lohnforderungen gegeben haben. In einem viel wesentlicheren Maßstab wirkt aber bei der ganzen Beunruhigung der Arbeiterschaft der Umstand mit, daß auch die Arbeiterschaft mehr ihrerseits sich bemüht, die Konjunktur durch Forderung möglichst hoher Löhne ... für sich auszunutzen. In manchen Flugblättern ist dies auch unverblümt zum Ausdruck gekommen. – Die immer größer werdende Knappheit, zunächst an Facharbeitern, dann aber überhaupt an Arbeitskräften, hat es ferner mit sich gebracht, daß die Industrie ... sich durch gegenseitiges Überbieten und Ausspannen die notwendigen Arbeitskräfte zu sichern sucht. – Natürlich waren und sind einzelne Industriezweige in dieser Beziehung konkurrenzfähiger als andere; einzelne Gegenden, besonders großstädtische Industriezentren (Groß-Berlin), nehmen ihrerseits wieder eine Sonderstellung ein. Die Folge davon ist, daß heute Lohnunterschiede nicht nur zwischen Kriegs- und Friedensindustrie, sondern innerhalb einzelner Industriegruppen und Industriezentren bestehen, ... die an und für sich schon den Keim zu großer Unzufriedenheit in die gesamte Arbeiterschaft hineintragen müssen ... Die Arbeiter wissen, daß ihre Macht unendlich gewachsen ist ...

In einsichtigen Kreisen der Industrie herrscht schon lange kein Zweifel mehr darüber, daß die gegenwärtigen Zustände ..., je länger sie andauern, desto unerwünschter sind. Desgleichen ist bei einsichtigen Arbeiterführern, wenn sie nicht gerade in Betriebsversammlungen Reden halten und dabei zur Befestigung ihrer Position nach Popularität haschen, auch schon die Erkenntnis vorhanden, daß die Lohnentwicklung durchaus ungesund und dem eigentlichen Interesse der Arbeiterschaft auf die Dauer sehr schädlich ist. In diesem Zusammenhang ist es auch bemerkenswert, daß die Taktik der Gewerkschaften in letzter Zeit augenscheinlich dahin geht, zur Unterdrückung der Streikgefahr und Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft ihrerseits jede Lohnforderung zu unterstützen und sogar unter Umständen selbst in die Arbeiterschaft hineinzutragen, um sie von anderen gefährlicheren Dingen abzuhalten.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn mit einer längeren

Dauer des Krieges zu rechnen ist – und das muß angenommen werden –, die geschilderten Zustände auf allen Gebieten unhaltbar werden, und es scheint deswegen an der Zeit, nach Mitteln und Wegen zu suchen, die geeignet sind, eine weitere Ausbreitung dieser Übelstände zu verhüten und gleichzeitig auch die bestehenden Mißstände nach Möglichkeit einzuschränken.

Deutsches Zentralarchiv, Potsdam,
Reichswirtschaftsministerium, Nr. 3410, Bl. 4–6.

118
Aus dem Flugblatt der Spartakusgruppe „Folgt ihrem Beispiel!" vom September 1917

Die deutschen Arbeiter fangen endlich an zu erwachen und sich auf sich selbst zu besinnen. Noch gibt es wahre Helden im deutschen Proletariat, wenn sie auch vorerst vereinzelt auftreten. Aus seinen eigenen Reihen sind sie hervorgegangen. Keine Kommandohelden, die auf Befehl von oben die Proletarier anderer Länder abwürgen. Nein, Helden aus eigener selbstwilliger Entschließung, die für ihre Klasse und für den Sozialismus ihr Leben als Einsatz boten: wir meinen die revolutionären Matrosen von Wilhelmshaven!

Freilich: ihr revolutionärer Wille hat noch nicht zum Ziele geführt. Aber der deutsche Militarismus wurde doch von ihnen in seinem innersten Mark getroffen. Das beweist die furchtbare Rache der militärischen Gewalthaber. Zwei unserer Genossen, die Matrosen Reichpietsch und Köbis, wurden von einem kommandierten Standgericht zum Tode verurteilt und erschossen, und über etwa 50 Matrosen wurden 400 Jahre Zuchthaus verhängt. Doch diese Opfer sind nicht umsonst gebracht. Die rebellischen Matrosen von Wilhelmshaven haben ihren Klassengenossen ein Signal und ein Beispiel gegeben:

Deutsche Arbeiter, handelt ebenso wie wir, dann wird der Menschheit ein sozialistischer Frieden beschieden sein. Aber nur dann, denn ein solcher Frieden kann nur erkämpft werden! Das ist ihr schlichtes Testament.

Die deutsche Arbeiterklasse soll dieses Testament erfüllen; sie soll ebenso handeln wie ihre Blutzeugen.

Deutsches Zentralarchiv, Potsdam,
Reichskanzlei, Nr. 548, Bl. 170.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1,
hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 676.

Register

Personenverzeichnis

Adler, Victor (1852–1918) 184
Agnes, Lore (1876–1953) 255
Albrecht, Karl Leopold Adolf (1855 bis 1930) 217
Antrick, Otto Friedrich Wilhelm (1858 bis 1945) 217
Arendsee, Martha (1885–1953) 239 255
Auer, Ignaz (1846–1907) 41 60 68

Balabanoff, Angelica (Balabanowa, A. I.) (geb. 1878) 184
Ballin, Albert (1857–1918) 23
Baluschek, Hans (1870–1935) 123
Barbusse, Henri (1873–1935) 281
Barlach, Ernst (1870–1938) 123
Batocki-Friebe, Adolf Tortilowicz von (1868–1944) 284
Bauer, Gustav Adolf (1870–1944) 195 198 214
Bebel, August (1840–1913) 30 34–36 39 44 55 61 65–67 75 80 85/86 93 99 105 109 117/118 121/122 132 137 bis 141 163/164 166 171 175–177 181 184 195–198 204 211
Becher, Johannes R(obert) (1891–1958) 122 285/286
Beckers, Johannes (geb. 1892) 322
Below, Georg von (1858–1927) 169

Bernstein, Eduard (1850–1932) 30–37 43/44 56/57 60 63 68 130 131 170 182 219 243 257 263 309
Berten, Peter (1873–1960) 242
Bethmann Hollweg, Theobald von (1856 bis 1921) 144 152 199 209/210 216 262 287 319
Biehl, Robert (geb. 1898) 282
Blagojeff, Dimiter (1856–1924) 114
Bock, Wilhelm (1846–1931) 217
Böhme, Curt (geb. 1889) 279
Bömelburg, Theodor (1862–1912) 97
Borchardt, Julian (1868–1932) 234/235 259/260 289 313
Borsdorf, Max (1893–1917) 227 279
Brandler, Heinrich (geb. 1881) 268 311
Braun, Otto (1872–1955) 209
Briand, Aristide (1862–1932) 112
Bromme, Moritz William Theodor (1873 bis 1926) 121
Bülow, Bernhard Fürst von (1849–1929) 44 64 124/125 142 204

Chef der Reichskanzlei siehe Loebell, Friedrich Wilhelm von
Claß, Heinrich (1868–1953) 168 189
Cohen (Reuß), Max (geb. 1876) 214 221 248
Crispien, Arthur (1875–1946) 173 242 311

Dahlem, Franz (geb. 1892) 228 279 309
Dämmrich, Martha 279
Dattan, Otto 279
David, Eduard (1863–1930) 63 130/131 134 137 158 186 195 213 217 221 248
Debs, Eugene Victor (1855–1926) 113
Dietrich, Georg Philipp (geb. 1888) 256
Dittmann, Wilhelm (1874–1954) 177 263 307
Duncker, Hermann (1874–1960) 82 117 119 143 228 234 242 257
Duncker, Käte (1871–1953) 80 82 158 173 234 236 242 255 265 277 288
Düwell, Frida (1884–1962) 255
Dzierzynski, Feliks (1877–1926) 114

Eberlein, Hugo (1887–1940) 228 262 265 277 283
Ebert, Friedrich (1871–1925) 161 175 323
Eildermann, Wilhelm (geb. 1897) 279
Einem, Karl von (gen. Rothmaler) (1853 bis 1934) 130
Einstein, Albert (1879–1955) 114
Eisner, Kurt (1867–1919) 73 100 209
Engels, Friedrich (1820–1895) 16 18 28 40 59 62 71 90 94/95 115/116 125 139 148 153 211 222 229 243 250 273 295 302 324
Erzberger, Matthias (1875–1921) 318
Etzel (Attila) (gest. 453) 25

Feuchtwanger, Lion (1884–1958) 285/286
Fischer, Edmund (1864–1925) 217
Fleißner, Hermann (1865–1939) 260
Flieg, Leopold (geb. 1893) 227
Florin, Wilhelm (1894–1944) 309
Frank, Leonhard (1882–1961) 285/286
Frank, Ludwig (1874–1914) 184 198 236
Frassek, Paul (geb. 1883) 277
Frohme, Karl-Franz Egon (1850–1933) 241
Frölich, Paul (1884–1953) 260
Frymann, Daniel siehe Claß, Heinrich
Fuchs, Fritz (geb. 1880) 261
Fuchs, Hedwig 279
Fürstenberg, Carl (1850–1933) 22/23

Gäbel, Otto 239 242
Galliffet, Gaston-Alexandre-Auguste Marquis de (1830–1909) 43
Geck, Ernst Adolf (1854–1942) 172 177
Geffke, Herta (geb. 1893) 255
Gehrke, Robert (geb. 1892) 282
Geithner, Otto (1876–1948) 226 242
Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd siehe Heineken, Philipp und Wiegand, Heinrich
Georgieff, Gavril (1870–1917) 114
Geyer, Friedrich (1853–1937) 217
Globig, Fritz (geb. 1892) 227

Göhre, Paul (1864–1928) 68 214 248
Gorki, Maxim (Peschkow, A. M.) (1868 bis 1936) 120
Goethe, Johann Wolfgang von (1749 bis 1832) 121
Greulich, Hermann (1842–1925) 184
Groener, Wilhelm (1867–1939) 293 315 316 319
Gropper, Roberta (geb. 1897) 255
Grotewohl, Otto (1894–1964) 282
Guesde, Mathieu-Basile (gen. Jules) (1845–1922) 184 223

Haase, Hugo (1863–1919) 175 176 182 208/209 217 222 257 263 275 289 306/307 310 316
Haeckel, Ernst (1834–1919) 116
Hansemann, Adolf von (1826–1903) 22 23
Hardie, James Keir (1856–1915) 184
Hasenclever, Walter (1890–1940) 285
Hasse, Sella (geb. 1878) 123
Hauptmann, Gerhart (1862–1946) 122
Haywood, William D. (1869–1928) 113
Heartfield, John (Herzfeld, Helmut) (geb. 1891) 286
Heckert, Fritz (1884–1936) 117 235 311
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1770 bis 1831) 121
Heilmann, Ernst (1881–1940) 249
Heilmann, Friedrich (1892–1963) 227
Heine, Thomas Theodor (1867–1948) 123
Heine, Wolfgang (1861–1944) 63
Heineken, Philipp (1860–1947) 169
Henke, Alfred (1868–1946) 177 217 263
Henker (Rümmler), Wella (geb. 1895) 228 321
Herzfeld, Joseph (geb. 1853) 177 217 263
Herzfeld, Helmut siehe Heartfield, John
Herzfelde (Herzfeld), Wieland (geb. 1896) 286
Herzog, Wilhelm (geb. 1884) 285
Hesse, Hermann (1877–1962) 285
Hildebrand, Gerhard 173
Hilferding, Rudolf (1877–1941) 179/180
Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von (1847–1934) 145 292
Hofer, Adolf (geb. 1868) 233
Hoffmann, Adolph (1858–1930) 233 259 260 315
Hoffmann, Paul (geb. 1867) 233
Hopfe, Günther 279
Hoernle, Edwin (1883–1952) 173 279
Hue, Otto (1868–1922) 59 97 249
Hugenberg, Alfred (1865–1951) 192
Huysmans, Camille (geb. 1871) 184
Hyndman, Henry Mayers (1842–1921) 223

Ibsen, Henrik (1828–1906) 120
Isegrim siehe Schippel, Max

Jagow, Traugott von (1865–1941) 198
Jansson, Wilhelm (1877–1923) 249
Jaurès, Jean (1859–1914) 112 184 223
Jogiches, Leo (1867–1919) 35 114 283 312
Jogsch (Globig), Marta (geb. 1901) 227

Kaiser siehe Wilhelm II.
Kaiser, Georg (1878–1945) 285
Kaiser, Karl (geb. 1868) 121
Kämpchen, Heinrich (1847–1912) 121
Kant, Immanuel (1724–1804) 32 56 121
Karski siehe Marchlewski, Julian
Kautsky, Karl (1854–1938) 33 34 41 61 74 93 95 107 109/110 148 152–155 170/171 182 219 224 243 250/251 257 275 295 299/300 307 310/311
Keim, August (1845–1926) 168/169
Kirdorf, Emil (1847–1938) 23 169
Kirkoff, Georgi (1867–1919) 114 184
Klaar, Ernst (1861–1920) 121
Knief, Johann (1880–1919) 235 266 268 275
Köbis, Albin (1892–1917) 322/323
Kol, Henri van (1851–1925) 130
Kollwitz, Käthe (1867–1945) 123 286
Koenen, Bernard (1889–1964) 309
Koenen, Wilhelm (1886–1963) 117 279 309
Krayn, Hugo (1885–1919) 123

Kriegsminister siehe Einem, Karl von
Krshishanowski, G. M. (1872–1959) 15
Krupp, Friedrich Alfred (1854–1902) 23 27 38 53 191/192
Krupskaja, N. K. (1869–1939) 15
Kunert, Fritz (1850–1931) 217
Kuusinen, O. W. (1881–1964) 184

Langrock, Willi (1889–1962) 227 279/280
Lassalle, Ferdinand (1825–1864) 64 160
Laufenberg, Heinrich (1872–1932) 235 257
Laukant, Gustav (geb. 1869) 257
Lazzari, Costantino (1857–1927) 184
Ledebour, Georg (1850–1947) 137 158 177 217 241 257 259 263 288 307 309 315
Legien, Carl (1861–1920) 77 97 186 195 198 221 240/241
Lenin (Uljanow), W. I. (1870–1924) 10/11 14–19 25 34 48 55/56 58 60 63 69–75 87–92 95 99 104 112 114–116 130 132/133 138 147 155 160–162 164 166 171 179 184–186 218–220 224/225 232 237/238 240 242 251 bis 254 256 259/260 290 294–304 308 312 316 324
Lensch, Paul (1873–1926) 137 139 182 217
Leon, Daniel de (1852–1914) 113 184
Lessing, Gotthold Ephraim (1729–1781) 121
Levi, Paul (1883–1930) 242
Lewinsohn, Auguste (1868–1957) 255
Lewinsohn, Erich (geb. 1892) 228 280 321
Lewinsohn, Felix (geb. 1897) 280
Liebknecht, Karl (1871–1919) 39 61 81/82 85/86 93 95/96 98 101 110/111 127–130 133–135 137–144 147–149 151 159 161 169/170 175–177 181 bis 184 191/192 199 201/202 213 217/218 222 226–229 233/234 236–242 250 253–258 260–263 265–268 271–275 279–283 287 313
Liebknecht, Theodor (1870–1948) 39
Liebknecht, Wilhelm (1826–1900) 39/40
Lindau, Rudolf (geb. 1888) 266 268
Lipinski, Richard (1867–1933) 289
Ljadow, M. N. (1872–1947) 73/74
Loebell, Friedrich Wilhelm von (1855 bis 1931) 124
Lohagen, Ernst (geb. 1897) 228
Ludendorff, Erich (1865–1937) 292/293
Luther, Martin (1483–1546) 105
Luxemburg, Rosa (1871–1919) 32/33 35/36 39 43 57 61 64/65 74 93 96 98 101 103/104 110–112 114 116/117 120 131–133 151–154 157 165 171/172 175 180/181 184 194/195 199/200 222 226 228/229 234 240–243 251/252 262 266 269 272 283 305

Macdonald, James Ramsay (1866–1937) 184
Mann, Heinrich (1871–1950) 47 122 285/286
Mannesmann, Alfred 23
Mannesmann, Karl 23
Mannesmann, Max (1861–1915) 23
Mannesmann, Reinhard (1856–1922) 23
Marchlewski, Julian (1866–1925) 114 131 146 159 180/181 195 199 228 234 239 241 247 257 283
Martow, L. (Zederbaum, J. O.) (1873 bis 1923) 15 132
Marx, Karl (1818–1883) 15/16 18 28 32 40 59 62 71 90 116 125 139 148 181 211 222 243 250 273 295 301/302 324
Mehring, Franz (1846–1919) 31/32 37/38 40 61 77 93 98 110/111 117/118 120/121 175 190 195 199 226 228/229 234 240 242/243 257 262 265 273 283
Meinecke, Friedrich (1862–1954) 169
Meinig, Valeska (geb. 1879) 255
Menke, Bernhard (1876–1928) 242
Meyer, Ernst (1887–1930) 228 234 257 259/260 262 265 283 289
Millerand, Alexandre-Etienne (1859 bis 1943) 43 64
Minster, Karl (geb. 1873) 235 266

Molkenbuhr, Hermann (1851–1927) 171 176 184 217
Mommsen, Theodor (1817–1903) 196
Morgner, Gertrud (geb. 1887) 255
Morizet, André (1876–1942) 201
Müller, August (geb. 1873) 284
Müller, Hermann (1876–1931) 222

Nemec, Anton (1858–1926) 184
Neubauer, Theodor (1890–1945) 309
Newbold, J.T. Walton (1888–1943) 201
Nikolaus II. (1868–1918) 84
Noll, Alfred (geb. 1896) 280
Noske, Gustav (1868–1946) 131 134/135 137–139 177 195 249
Notz, Friedrich (1889–1957) 256 280

O'Grady, James (1846–1928) 184
Oberpräsident, ostpreußischer siehe Batocki-Friebe, Adolf Tortilowicz von

Pannekoek, Anton (1873–1960) 164 182
Peirotes, Jacques Laurent (1869–1935) 217
Pfemfert, Franz (1879–1954) 285
Pieck, Wilhelm (1876–1960) 117–119 174 199 228 234 242/243 255 265 277 283
Plechanow, G. W. (1856–1918) 184
Pokorny, Franz (1874–1923) 98
Polizeipräsident, Berliner siehe Windheim, Ludwig von und Jagow, Traugott von
Popp, Adelheid (1869–1939) 121
Potressow, A. N. (1869–1934) 15
Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses siehe Schwerin-Löwitz, Hans Graf von
Puttkamer, Jesco von (1855–1917) 178

Quessel, Ludwig (1872–1931) 131 182

Radek (Sobelsohn), Karl (1855–1939) 180
Rathenau, Emil (1838–1915) 22/23
Rathenau, Walther (1867–1922) 232 317
Rehbein, Franz (1867–1909) 121/122
Reichpietsch, Max (1894–1917) 322 323
Reichskanzler siehe Bülow, Bernhard Fürst von und Bethmann Hollweg, Theobald von
Renner, Karl (1870–1950) 184
Richter, Eugen (1838–1906) 35
Roland-Holst van der Schalk, Henriette (1869–1952) 96
Rück, Fritz (1895–1959) 266
Rühle, Otto (1874–1943) 217 242 250 263 266

Sachs, Rudolf 282
Saltykow-Schtschedrin, M. J. (1826 bis 1889) 120
Schabbel, Clara (1894–1943) 227
Schäfer, Dietrich (1845–1929) 169
Scheidemann, Philipp (1865–1939) 184 195 214 217
Schickele, René (1883–1940) 285
Schiller, Friedrich von (1759–1805) 121
Schippel, Max (1859–1928) 43 249
Schlicke, Alexander (1863–1940) 293
Schmidt, Robert (1864–1943) 97 214 248
Schönlank, Bruno (geb. 1891) 227 261
Schönlank, Reinhold 227
Schöpflin, Georg Johann (1869–1954) 214 217 248
Schulz, August Heinrich (1872–1932) 119
Schumann, Georg (1886–1945) 117 227 266 280
Schwenk, Paul (1880–1960) 239
Schwerin-Löwitz, Hans Graf von (1847 bis 1918) 234
Sedat, August 228
Sembat, Marcel (1862–1922) 223
Sender, Toni (1888–1964) 255
Singer, Paul (1844–1911) 39/40 42 105 166 175
Stadthagen, Arthur (1857–1917) 137 177 263
Stampfer, Friedrich (1874–1957) 211/212
Stegmaier, Anna 255
Stengele, Gustav (geb. 1861) 102

Sternheim, Carl (1878–1942) 122 285
Stinnes, Hugo (1870–1924) 23 83
Stirner 256
Stoecker, Walter (1891–1939) 279 309
Stresemann, Gustav (1878–1929) 316
Strindberg, August (1849–1912) 120
Ströbel, Heinrich (1869–1944) 233/234 257
Stumm-Halberg, Carl Ferdinand Freiherr von (1836–1901) 38 53/54
Südekum, Albert Oskar Wilhelm (1871 bis 1944) 131 134 137/138 177 195 198 209/210 217 229 241

Thalheimer, August (1884–1948) 266
Thalheimer (Schöttle), Berta (1883–1959 255 259/260 266
Thälmann, Ernst (1886–1944) 235 309
Thiele, Georg 227
Thyssen, August (1842–1926) 23
Tolstoi, L. N. (1828–1910) 120
Trotzki (Bronstein), L. D. (1879–1940) 90
Tschechow, A. P. (1860–1904) 120
Turgenjew, I. S. (1818–1883) 120

Ulbricht, Walter (geb. 1893) 227 279
Unruh, Fritz von (geb. 1885) 285
Uspenski, G. I. (1843–1902) 120

Vaillant, Edouard (1840–1915) 184
Vandervelde, Emile (1866–1938) 184 223/224
Vietinghoff-Scheel, Hermann Freiherr von (geb. 1851) 168
Vogtherr, Ewald (1859–1923) 217
Vollmar, Georg Heinrich von (1850 bis 1922) 63/64 68 134 137 198

Wagner, Adolph (1835–1917) 169
Walcher, Jacob (geb. 1887) 173
Warburg, Max (1867–1946) 169
Weber, Max (1864–1920) 317
Wels, Otto (1873–1939) 217 248
Wengels, Margarete 255
Westmeyer, Friedrich (1873–1917) 173 235 262
Wichert, Karl (geb. 1899) 280
Wiegand, Heinrich (1855–1909) 23
Wiesner, Erich (geb. 1897) 280
Wilhelm II. (1859–1941) 24–26 29 38 44 64 106 189 199 207 318
Windheim, Ludwig von (geb. 1857) 30/31
Winguth, Fritz 227
Wolffheim, Fritz 235
Wolfstein (Frölich), Rosi (geb. 1888) 280
Wurm, Emanuel (1857–1920) 194

Zar siehe Nikolaus II.
Zetkin, Clara (1857–1933) 35/36 39 49 57/58 61 80–82 93 97/98 110/111 118/119 130 133/134 136/137 139 143 158/159 165 173 175 181 185 199/200 208 229 235/236 240 243 255 262
Zille, Heinrich (1858–1929) 123
Zimmerlich, Hans (1893–1918) 227 280
Zimmerlich, Willy (geb. 1896) 227
Zubeil, Friedrich (1848–1926) 163
Zweig, Arnold (geb. 1887) 122

Verzeichnis der geographischen Namen

Aachen 178
Afghanistan 87
Afrika 10 75 124 212 248
– Südafrika 10
Agadir 167 170
Ägypten 127
Algeciras 106
Altona 228 279
Amerika 75
Amsterdam 75 96 184
Anhalt 147
Antwerpen 248
Arbon 169
Arnstadt 273
Asien 75 87
– Ostasien 10
Augsburg 170
Australien 75

Baden 162/163 165
Balkan 21 127 183
Balkanländer, Balkanstaaten siehe Balkan
Barcelona 11
Barmen 208 228 277 304
Basel 133 184/185 202 211 215
Bayern 162
Belfort 247
Belgien 11 21 26 84 96 118 178 184 bis 186 204 212 215 222 230 247/248

Berlin 24 36 39/40 65 75 79 81 85 98 101 105/106 117 142 144 147/148 150 166 169/170 172 176 183/184 190 201 208/209 227 234 241/242 246 253 261 265 269 271 276/277 279 281/282 287 289 313–315
– Moabit 157
– Wedding 157
Bern 255/256 259 262 295
Bielefeld 105 208
Bochum 288
Böhmen 76 178
Brandenburg (Havel) 170 208
Brandenburg, Provinz 75
Braunschweig 208 227/228 266 273 281/282 288 313
Braunschweig, Herzogtum 144 147 167
Bremen 81 86 96 98 105 118 147 170 180 197 208 227 235 266 268 279 281/282 288 304
Bremerhaven 25 208
Breslau (Wrocław) 101 105 208
Briey 247
Brüssel 42 69 208
Budapest 184
Bulgarien 87 114 160 225
Burgstädt 288

Cannstatt 266
Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) 102 175 180/181 235 261 268 273 287 311
Chikago 113
China 10 24/25 38–40 87 177
Crimmitschau 76/77 79 121

Dänemark 166
Danzig (Gdánsk) 261
deutsch-russische Grenze 15
Dortmund 150 183 271 287
Dresden 66–69 74–76 98 102 108 144 201 208 228 242 255 266 273 279 281 289
Duisburg 105 228 262 266 277 279 281 321
Düsseldorf 21 105 150 228 242 262 277 279 321

Elberfeld 208 227/228 279 321
Elsaß-Lothringen 147
England siehe auch Großbritannien 10/11 44 55 106 112 118 185/186 189 212 222/223
Erfurt 105 170 228 279
Essen (Ruhr) 105 134 136–138 140 150 170 172 228 277 304 321
Eßlingen 227
Europa 11 23 25 75 87 137/138 140 147 183/184 191 196 203 212 214 222 254 292 305
– Mitteleuropa 86
– Westeuropa 13 86 92 103 147

Ferner Osten 84
Finnland 113
Flandern 284
Flensburg 197
Forst (Lausitz) 170
Frankfurt (Main) 98 105 150 208 242 266 273 277 279
Frankfurt (Oder) 170
Frankreich 10/11 14 26 55 87 106 112 118 126/127 167 178 185/186 188/189 204 208 212 215 222/223 232 238 248
– Kanalküste 247
– Nordfrankreich 247
Freiburg (Breisgau) 208

Galizien 11
Gelsenkirchen 288
Genf 71
Genua 11
Gera 101 279 321
Glasgow 112
Glatz 143
Glauchau 101
Göppingen 227 256 273 277
Görlitz 170 208
Gotha 172 227/228 242 279 306
Großbritannien siehe auch England 10 26 87 126/127 167 178 188 203/204 208

Guam 10
Guben (Wilhelm-Pieck-Stadt Guben) 118
Hagen (Westfalen) 170 208 228
Halle (Saale) 105 150 170 208 279 287 313 321
Hamborn 287
Hamburg 98 102 143 170 183 197 208 227 235 255 266 268 277 279 287 304
Hanau 150 273 277
Hannover 30 32–34 36 68 105 150 170 282
Haspe 228
Hessen 147
Hindenburg (Zabrze) 287
Holland siehe Niederlande
Hörde 65 287

Indien 87 127
Indonesien 87
Iserlohn 75
Italien 11 87 96 113 118 127 186 189 223 238 253

Japan 10 84 106
Jena 55 82 98–100 107 144 170/171 175 194/195 198 208 228 255 277 279–281

Kahla 280
Karlsruhe (Baden) 172 256
Karolinen 29
Kassel 105
Kattowitz (Katowice) 287
Kiel 98 150 197 208 277 281 289 304 322
Kienthal 260
Köln 97–99 105 107 144 150 183 208 228
Kongo 248
Französisch-Kongo 248
Königsberg (Kaliningrad) 86 208
Konstanz 106
Kopenhagen 114 133 158–160 167 202
Kuba 10

Langendreer 83
Leipzig 39 65 79 98 102 144 170 183 190 194 201 208 227 235 266 273 277 279 281/282 313
– Probstheida 15
Leuna 320
Lichterfelde, Kreis Teltow 277
Limbach (Sachsen) 255
Liverpool 112
London 69 106 112 184
Longwy 247
Lothringen 178
Lübeck 105 208
Ludwigshafen (Rhein) 208
Luxemburg 21 204

Magdeburg 98 145 150 162 165/166 281/282 288 313
Mähren 11 76
Mainz 40–42 105
Manchester 113
Mannheim 81/82 107–109 119 142 170 172 198
Mansfeld-Revier 121 144/145
Marne 232/233 245
Marokko 105/106 127 167 169 171
– Westmarokko 168
Mecklenburg 62 94 144 147
Meerane 75 101
Meißen 279
Minsk 14
Mittweida 288
Mosel 142
Moskau 106
Mühlberg (Elbe) 279
München 15/16 92 170 208

Naher Osten 212
Neukölln 227 234 261 277
Niederbarnim, Kreis 227 234 239 242
Niederlande 21 26 96 118 160 238
Niederrhein 172 227 235
Nordseehäfen 142
Nowawes, Kreis Teltow (Potsdam-Babelsberg) 98
Nürnberg 101 143 161/162 170 208 304

Offenbach (Main) 105
Offenburg 172
Ostelbien 21 46 52 93/94
Österreich 113 166 185/186 189
Österreich-Ungarn 11 21 87 127 185 203 207 209/210 222/223 232 291
Ostpreußen 62
Ostseegebiet 127
Ostseehäfen 142

Paris 42/43 58 96 99 118 153 184 230 232
Passugg 195
Persien 87 127
Petersburg (Leningrad) 84 104/105 304
Petrograd siehe Petersburg
Philippinen 10
Pirna 279 281
Plauen (Vogtland) 102
Polen 51 111 127 160
Pommern 62
Potsdam 170
Preußen 46 79 94 101 147 149 151 198 233
Puerto Rico 10

Recklinghausen 287
Remscheid 228 262 277 279
Rheingebiet 227/228
Rheinland 273
Rheinland-Westfalen 21
Rheinprovinz 261
Riesa 208
Rostock 208
Ruhrgebiet 20/21 53 83–85 121 178 227/228 304
Ruhrrevier 178
Rumänien 87 241
Rußland 10–14 16–18 21 55 69–71 73/74 84–88 90–93 95/96 99 101 103 bis 106 108–114 117/118 120 125 127 133 139/140 160 185/186 189 204 207–212 223 237 243 248 254 291 304–307 314–316 321
Rüstringen (Oldenburg) 208

Saar 142 178
Sachsen 101 144 167 172 178
Sachsen, Provinz 261
Sarajevo 207
Schlesien 11 167
Schweden 11 96
Schweiz 21 35 131 166 229 256 270 285 304
Schwerin (Mecklenburg) 170
Selb (Oberfranken) 279
Serbien 207 210 223
Skandinavien 21 120
Solingen 105 172 228
Somme 284
Spandau 273
Spanien 10
Steglitz, Kreis Teltow 227 234
Stettin (Szczecin) 142 197 255
Stralsund 170
Stuttgart 16 36 66 98 114 130–134 137 139 144 169/170 172/173 183/184 190 201/202 208 211 215 227 234/235 242 255 266 273 279 281/282
Süddeutschland 227
Südwestdeutschland 227
Suhl 228

Tanger 106 248
Tangermünde 287
Teltow–Beeskow–Storkow–Charlottenburg, Kreis 227 234 273
Thüringen 228
Triest 11
Türkei 21 87 127 183 232

Ukraine 127
Ulm (Donau) 227 255
USA siehe Vereinigte Staaten von Amerika

Vegesack 197
Verdun 247 270 284
Vereinigte Staaten von Amerika 9/10 113 118 141 188 292
Vogtland 101
Vorderer Orient 127

Wanne 208
Warschau 35 103 283

Weimar 144 228 279
Westdeutschland 21
Westfalen 39 167
Wien 198 200
Wilhelmshaven 98 322
Wittenberg 287
Włocławek 131
Würzburg 39 105 318
Württemberg 162 173 208
Zabern (Saverne) 199
Zamość 35
Zimmerwald 259 260
Zürich 35 171 196

Inhalt

Vorbemerkung 5

KAPITEL IV · Der Beginn des Zeitalters des Imperialismus. Die Verlagerung des Schwerpunktes der internationalen Arbeiterbewegung nach Rußland. Die Begründung des Leninismus und das Entstehen der Partei der Bolschewiki unter der Führung W. I. Lenins. Die Massenkämpfe der deutschen Arbeiterklasse gegen Reaktion und Kriegsgefahr unter dem Einfluß der Revolution von 1905 bis 1907 in Rußland. Die Herausbildung der drei Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie und die Vorherrschaft des Opportunismus. Der Kampf der deutschen Linken gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus sowie gegen den Opportunismus in der Arbeiterbewegung. (Periode vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1914)

Die neuen Kampfbedingungen und Aufgaben der Arbeiterklasse in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen. Der Beginn

der Leninschen Etappe in der internationalen Arbeiterbewegung. Die Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und politische Entrechtung, imperialistische Rüstungs- und Weltmachtpolitik (vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1904) 9

1. Die Verlagerung des Zentrums der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung nach Rußland. Der Kampf für die Partei neuen Typus in Rußland. Der Charakter und die Besonderheiten des deutschen Imperialismus 9

2. Die Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und politische Entrechtung, imperialistische Rüstungs- und Weltmachtpolitik. Die Auseinandersetzung zwischen Marxismus und Revisionismus um die Jahrhundertwende 29

3. Der Dresdener Parteitag von 1903 und die Auseinandersetzungen der Marxisten in der deutschen Arbeiterbewegung mit den Revisionisten in Theorie und Praxis. Die internationale Bedeutung des II. Parteitages der SDAPR 62

Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Ausbeutung, politische Reaktion und imperialistische Kriegsvorbereitung in den Jahren 1905 bis 1909. Der Einfluß der Revolution von 1905 bis 1907 in Rußland auf Deutschland. Die drei Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung 83

1. Die Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse 1905/1906 und die Auswirkungen der ersten Revolution in Rußland auf den Klassenkampf in Deutschland. Die Herausbildung der deutschen Linken. Das Entstehen des Zentrismus 83

2. Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Reaktion und imperialistische Kriegsvorbereitung 1907 bis 1909 124

Das Heranreifen einer politischen Krise in Deutschland 1910 bis 1914. Die Rolle der deutschen Linken im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus, für Demokratie und Frieden. Das weitere Vordringen des Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung 146

1. Die Massenaktionen der deutschen Arbeiterklasse. Der Kampf der deutschen Linken für die demokratische Republik und die Anwendung des politischen Massenstreiks. Das weitere Vordringen des Zentrismus 146

2. Das weitere Anwachsen der Massenaktionen der deutschen Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und zunehmende Kriegsgefahr 1911/1912. Die Diskussion über den Imperialismus in der deutschen Sozialdemokratie. Der Baseler Sozialistenkongreß 166

3. Der Kampf der deutschen Linken für die Rettung der deutschen Nation vor der Katastrophenpolitik des deutschen Imperialismus 1913/1914. Die Vorherrschaft des Opportunismus in der Partei und in den Gewerkschaften 187

KAPITEL V · Der erste Weltkrieg. Der Zusammenbruch der II. Internationale. Der offene Übergang der rechten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer in das Lager des Imperialismus. Der Kampf der deutschen Linken gegen imperialistischen Krieg, Sozialchauvinismus und Sozialpazifismus. Der Aufschwung der Massenbewegung gegen den Krieg. Der Einfluß der Februarrevolution in Rußland auf Deutschland (Periode von 1914 bis 1917)

Die Entfesselung des ersten Weltkrieges durch den deutschen Imperialismus. Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie und der Zusammenbruch der II. Internationale. Die Stellung der Linken 207

Das Scheitern der Blitzkriegsstrategie des deutschen Imperialismus. Das allmähliche Anwachsen einer revolutionären Opposition gegen den Krieg und den Sozialchauvinismus bis zur Gründung der Gruppe „Internationale" (September 1914 bis Frühjahr 1915) 230

Die Ausarbeitung eines Programms zum revolutionären Kampf gegen den Krieg durch die Linken. Die Massenaktionen gegen Hunger und Krieg im Jahre 1915 245

Die Konstituierung der Spartakusgruppe. Das Anwachsen der revolutionären Bewegung gegen den imperialistischen Krieg im Jahre 1916 265

Die Wende vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden 1916/1917. Die Spartakusgruppe als Vorkämpferin für Frieden, Brot und Demokratie. Der Einfluß der Februarrevolution in Rußland auf die deutsche Arbeiterbewegung. Die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Streiks und Flottenaufstand im Sommer 1917 290

DOKUMENTE

1 Aus dem Artikel Rosa Luxemburgs „Zum kommenden Parteitag" vom 16. September 1899 327

2 Anträge zum Tagesordnungspunkt „Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei" an den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Hannover vom 9. bis 14. Oktober 1899 329

3 Brief Wilhelm Liebknechts an den Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells in Neu-Haldensleben bei Magdeburg vom 4. August 1900 330

4 Regulativ für die örtlichen Vertrauenspersonen, beschlossen auf der sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Mainz am 15. und 16. September 1900 331

5 Aus einem Diskussionsbeitrag August Bebels auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in München, gehalten am 15. September 1902 332

6 Resolution über die Taktik der Partei, angenommen auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Dresden vom 13. bis 20. September 1903 333

7 Aus Berichten und Tagebucheintragungen des Generalfeldmarschalls Alfred Graf von Waldersee vom Oktober bis Dezember 1900 über die Niederschlagung des chinesischen Volksaufstandes durch deutsche Truppen 334

8 Aus Friedrich Stampfers Buch „Erfahrungen und Erkenntnisse", veröffentlicht im Jahre 1957 335

9 Aus den Satzungen des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände, beschlossen am 16. Juli 1904 337

10 Aus dem Artikel „Zur marokkanischen Frage", erschienen in den „Alldeutschen Blättern" am 18. Juni 1904 338

11 Aus dem ersten Aufruf des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie vom Herbst 1904 339

12 Aus den Satzungen des Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins vom Oktober 1904 341

13 Aus einem Brief Rosa Luxemburgs an Henriette Roland-Holst vom 17. Dezember 1904 341

14 Resolution einer sozialdemokratischen Volksversammlung in Offenbach (Main) am 30. Januar 1905 342

15 Resolution einer sozialdemokratischen Volksversammlung in Leipzig am 31. Januar 1905 343

16 Resolution der 21 sozialdemokratischen Volksversammlungen in Berlin am 9. Februar 1905 343

17 Aus Berichten der „Leipziger Volkszeitung" über die Haltung der Bergarbeiter des Ruhrgebiets zum Abbruch des Streiks im Februar 1905 344

18 Offener Brief August Bebels an die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen in Russisch-Polen und Litauen vom 9. April 1905 345

19 Aufruf des Internationalen Sozialistischen Büros „An die Arbeiter aller Länder!" vom Dezember 1905 348

20 Anträge zum Tagesordnungspunkt „Der politische Massenstreik" an den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Mannheim vom 23. bis 29. September 1906 351

21 Aus den Leitsätzen „Volkserziehung und Sozialdemokratie" von Heinrich Schulz und Clara Zetkin für den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Mannheim vom 23. bis 29. September 1906 353

22 Aus den von Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow gebilligten „Vorschlägen zur Führung des Wahlkampfes durch die Regierung", ausgearbeitet Mitte Dezember 1906 357

23 Aus der Schrift „Arbeiter und Flotte" von Waldemar Zimmermann, erschienen 1906 358

24 Aus dem Artikel „Der Wille zur Weltpolitik", erschienen in den „Alldeutschen Blättern" am 5. Januar 1907 359

25 Aus Karl Liebknechts Schrift „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung", erschienen im Februar 1907 360

26 Aus der Rede Gustav Noskes im Deutschen Reichstag am 25. April 1907 363

27 Aus dem Erlaß des Kommandierenden Generals des VII. Armeekorps, Moritz Ferdinand Freiherrn von Bissing, über das Verhalten der Truppen „bei inneren Unruhen" vom 30. April 1907 366

28 Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses zu Stuttgart zum Tagesordnungspunkt „Der Militarismus und die internationalen Konflikte", angenommen am 24. August 1907 368

29 Änderungsvorschläge Rosa Luxemburgs, W. I. Lenins und L. Martows zum Resolutionsentwurf August Bebels für den Tagesordnungspunkt „Der Militarismus und die internationalen Konflikte", beantragt am 22. August 1907 370

30 Aus dem Buch Ernst Hasses, des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, „Die Zukunft des deutschen Volkstums", erschienen im Jahre 1907 371

31 Aus dem Vortrag des Regierungsassessors B. Bodenstein „Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der Industrie", gehalten in der Versammlung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände am 27. Juni 1908 in Berlin 372

32 Erklärung von 66 reformistischen Delegierten aus Baden, Bayern, Hessen und Württemberg auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Nürnberg am 18. September 1908 374

33 Brief August Bebels an Karl Liebknecht vom 10. November 1908 374

34 Aus dem Artikel Julian Marchlewskis „Die Krise" vom 1. Mai 1909 375

35 Aus „Erinnerungen" Elard von Oldenburg-Januschaus über die Situation in Berlin Anfang Februar 1910 378

36 Resolution gegen den Wahlgesetzentwurf der Regierung, angenommen auf den sozialdemokratischen Protestkundgebungen in Preußen am 13. Februar 1910 378

37 Resolution für ein demokratisches Wahlrecht in Preußen und Sachsen, angenommen auf drei sozialdemokratischen Versammlungen in Leipzig am 10. April 1910 379

38 Aus dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910 380

39 Aus der Artikelserie Rosa Luxemburgs „Ermattung oder Kampf?" vom Mai bis Juni 1910 382

40 Aus den Thesen Karl Liebknechts „Der Militarismus" für die II. Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen in Kopenhagen am 4./5. September 1910 388

41 Resolution gegen die Budgetbewilligung, angenommen auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910 389

42 Aus den Erinnerungen Heinrich Claß', des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, „Wider den Strom" über den „Panthersprung" 1911 390

43 Aus der Niederschrift über die Beratung von Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes mit Reinhard Mannesmann in Berlin am 2. Juli 1911 391

44 Aus einem unveröffentlichten Teil der vom Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, verfaßten Flugschrift „Westmarokko deutsch!" Anfang Juli 1911 392

45 Brief Camille Huysmans an die Sekretäre und Delegierten der Sozialistischen Parteien aller Länder vom 6. Juli 1911 393

46 Brief Hermann Molkenbuhrs an das Internationale Sozialistische Büro vom 8. Juli 1911 394

47 Aus dem Bericht des „Vorwärts" „Die Armee des Friedens" vom 4. September 1911 396

48 Resolution des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Jena gegen das Marokkoabenteuer, angenommen am 14. September 1911 397

49 Amendement Rosa Luxemburgs, Gustav Hochs und Clara Zetkins zur Resolution des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Jena vom 10. bis 16. September 1911 über den Marokkokonflikt 398

50 Vertrauliches Rundschreiben des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an die Bezirkssekretäre vom 17. Januar 1912 399

51 Diskussionsrede Wilhelm Piecks in der Generalversammlung des Verbandes Sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend am 25. August 1912 401

52 Aus Reden führender Alldeutscher auf dem „Deutschen Tag" in Erfurt, gehalten am 7. September 1912 403

53 Aus dem Manifest des Außerordentlichen Internationalen Sozialistenkongresses in Basel am 24./25. November 1912 403

54 Aus dem Artikel „Sozialdemokratie und auswärtige Politik" der „Leipziger Volkszeitung" vom 9. Dezember 1912 406

55 Aus der Schrift des Generals Friedrich von Bernhardi „Unsere Zukunft. Ein Mahnwort an das deutsche Volk", erschienen im Jahre 1912 409

56 Aus dem Buch Heinrich Claß', des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, „Wenn ich der Kaiser wär'!", erschienen im Jahre 1912 411

57 Aus dem Artikel des „Reichsboten" „Über Krieg und Volkstum" vom 14. März 1913 412

58 Aus der Begründung der Heeresvorlage vom 28. März 1913 durch Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg 413

59 Resolution gegen die Heeresvorlage der Regierung, angenommen auf sozialdemokratischen Versammlungen in Leipzig im April 1913 415

60 Resolution gegen die Heeresvorlage der Regierung, angenommen auf sozialdemokratischen Versammlungen in Berlin im April 1913 416

61 Artikel Karl Liebknechts „Was ist? Was wird sein?" vom 21. April 1913 417

62 Aus dem Artikel der „Post" „Die Wehrvorlage und die internationale Lage" vom 25. April 1913 420

63 Aus dem Artikel Rosa Luxemburgs „Nach dem Jenaer Parteitag", geschrieben im Oktober 1913 421

64 Aus der Schrift K. von Winterstettens „Berlin–Bagdad. Neue Ziele mitteleuropäischer Politik", erschienen im Jahre 1914 424

65 Aus dem Artikel des „Vorwärts" „Die er rief, die Geister!" vom 2. Juli 1914 425

66 Aus der Resolution der Berliner Arbeiterschaft gegen die Kriegsgefahr, angenommen in Versammlungen am 28. Juli 1914 428

67 Aus Erinnerungen Carl Litkes und Alfred Mühls an die Antikriegsaktionen Berliner Arbeiter Ende Juli 1914 429

68 Aus dem Brief Albert Südekums an den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg vom 29. Juli 1914 430

69 Aus Karl Liebknechts „Betrachtungen und Erinnerungen aus ‚großer Zeit'" über den 4. August 1914, geschrieben im Jahre 1916 431

70 Aus der Tagebuchaufzeichnung Eduard Davids über seine Unterredung mit dem Staatssekretär Clemens von Delbrück am 24. August 1914 433

71 Aus der Kriegszieldenkschrift des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg vom 9. September 1914 435

72 Aus dem „Aufruf an die Kulturwelt", veröffentlicht von deutschen Gelehrten und Künstlern im September 1914 436

73 Aus einem Bericht über die Sitzung der sozialdemokratischen Vertrauensmänner Stuttgarts vom 21. September 1914 438

74 Aus dem Brief Konrad Haenischs an Karl Radek vom 4. Oktober 1914 438

75 Aus einem Polizeibericht über die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins des II. Berliner Wahlkreises am 6. Oktober 1914 439

76 Aus den Thesen Karl Liebknechts vom November 1914 440

77 Aus einer Tagebuchaufzeichnung Eduard Davids vom 14., 18. und 21. Dezember 1914 444

78 Aus einem Brief Karl Spindlers an Karl Liebknecht vom 3. März 1915 445

79 Aus dem Artikel Rosa Luxemburgs „Der Wiederaufbau der Internationalen", veröffentlicht am 14. April 1915 446

80 Aus dem Artikel Clara Zetkins „Für den Frieden", veröffentlicht am 14. April 1915 447

81 Aus der Kriegszieldenkschrift der sechs größten Interessenverbände des deutschen Monopolkapitals und des Junkertums an den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg vom 20. Mai 1915 448

82 Aus der Schrift Werner Sombarts „Händler und Helden. Patriotische Besinnungen", erschienen im Jahre 1915 450

83 Aus dem Flugblatt Karl Liebknechts „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" vom Mai 1915 451

84 Aus dem Protestschreiben oppositioneller Sozialdemokraten an die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 9. Juni 1915 453

85 Aus einem Polizeibericht über die Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den VI. Berliner Wahlkreis am 15. Juni 1915 455

86 Aus dem Aufruf „Das Gebot der Stunde" vom 19. Juni 1915 456

87 Aus der Denkschrift Gustav Krupps von Bohlen und Halbach vom 31. Juli 1915 459

88 Aus dem Exposé Karl Liebknechts „Im Nessusgewand der Revolution", geschrieben im August 1915 462

89 Aus einem Schreiben des preußischen Ministers des Innern an den preußischen Ministerpräsidenten Theobald von Bethmann Hollweg vom 22. Oktober 1915 463

90 Aus einem Protest sozialdemokratischer Frauen Berlins in der Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses vom 29. Oktober 1915 463

91 Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie, beraten auf der Reichskonferenz der Gruppe „Internationale" am 1. Januar 1916 465

92 Aus der Rede Karl Liebknechts auf der Reichskonferenz der Spartakusgruppe am 19. März 1916 469

93 Aus einem Bericht über Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins Braunschweig im April 1916 471

94 Resolution der illegalen Konferenz der oppositionellen sozialistischen Jugend in Jena am 23./24. April 1916 471

95 Aus einem Bericht der Polizeidirektion Bremen vom 5. Juli 1916 475

96 Aus der Schrift Konrad Haenischs „Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege", veröffentlicht im Jahre 1916 478

97 Aus dem Brief Karl Kautskys an Victor Adler vom 7. August 1916 479

98 Aus einem Schreiben des preußischen Innenministers an den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg vom 22. Oktober 1916 480

99 Aus dem „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst" vom 5. Dezember 1916 481

100 Aus dem Aufruf des „Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden" vom 19. Januar 1917 482

101 Aus einem Brief Leo Jogiches' an Arthur Crispien von Anfang 1917 482

102 Resolutionsentwurf Johann Knefs für die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bremen, veröffentlicht am 24. Februar 1917 484

103 Aus einem Schreiben des Unterstaatssekretärs Arnold Wahnschaffe an General Erich Ludendorff vom 24. Februar 1917 485

104 Schreiben des preußischen Kriegsministeriums an den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg vom 26. März 1917 487

105 Aus der Schrift Walther Rathenaus „Die neue Wirtschaft", erschienen im Jahre 1917 487

106 Aus der Rede Gustav Stresemanns im Deutschen Reichstag am 29. März 1917 488

107 Aus einem Schreiben des Vorsitzenden des Direktoriums der Hamburg-Amerika-Linie, Albert Ballin, an den Chef des Geheimen Zivilkabinetts, Rudolf von Valentini, vom 4. April 1917 490

108 Aus dem Manifest des Gründungsparteitages der USPD vom 6. bis 8. April 1917 490

109 Aus einem Polizeibericht über eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Ortsvereins Neukölln im April 1917 493

110 Resolution der streikenden Leipziger Arbeiter vom 16. April 1917 494

111 Aus einem Bericht des Polizeipräsidiums in Berlin über die Demonstrationen streikender Berliner Arbeiter am 16. April 1917 495

112 Aus einer Verordnung des Oberbefehlshabers in den Marken vom 19. April 1917 495

113 Aus dem Rundschreiben der Spartakusgruppe vom 22. April 1917 496

114 Aus einem Schreiben des Professors Hans Delbrück an den Chef des Geheimen Zivilkabinetts, Rudolf von Valentini, vom 1. Juli 1917 498

115 Aus dem Brief des Gefreiten Gustav Zeller an den Vorsitzenden des „Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden", Professor Dietrich Schäfer, vom 9. Juli 1917 499

116 Aus einer von Matthias Erzberger verfaßten Begründung der Friedensresolution des Deutschen Reichstages vom 19. Juli 1917 500

117 Aus der Denkschrift des Vorsitzenden der Metallgesellschaft Frankfurt (Main), Richard Merton, dem Reichskanzler Georg Michaelis übersandt von General Wilhelm Groener am 25. Juli 1917 501

118 Aus dem Flugblatt der Spartakusgruppe „Folgt ihrem Beispiel!" vom September 1917 503

Verantwortlich für die wissenschaftlich-organisatorische Arbeit: Fredi Sumpf
Zusammenstellung der Illustrationen: Rudi Stahl, Fredi Sumpf, Eckhard Trümpler

Mit 56 Bildseiten und einer Karte (MdI Nr. 906/65) · Dietz Verlag GmbH, Berlin
1. Auflage 1966 · Lektor: Kurt Zeisler · Printed in the German Democratic Republic
Alle Rechte vorbehalten
· Lizenznummer 1 · Typographie: Horst Kinkel · Einband und Schutzumschlag: Volkmar Brandt · Die Kartengrundlage wurde vom VEB Verlag Bibliographisches Institut, Leipzig, und vom VEB Hermann Haack, Geographisch-kartographische Anstalt, Gotha, Vorlagen für die Illustrationen vor allem vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, vom Museum für Deutsche Geschichte und von Zentralbild zur Verfügung gestellt · Gesamtherstellung: Karl-Marx-Werk Pößneck V 15/30 · ES 5 C 4 · 11,00